Parlamentsdienste

Services du Parlement

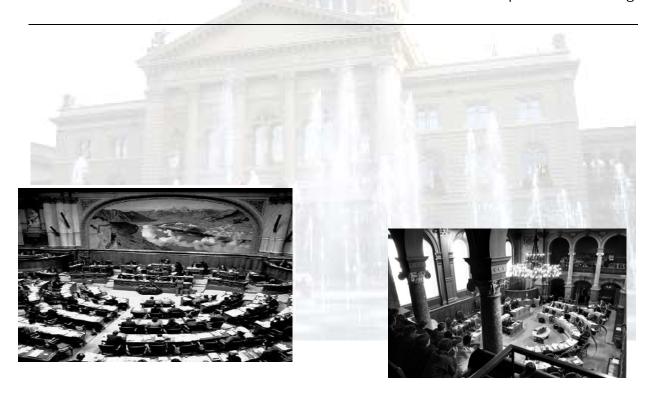
Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst 3003 Bern Tel. 031 322 97 44 Fax 031 322 82 97 doc@parl.admin.ch

# 06.062 Schweizerische Zivilprozessordnung





Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament

# Curia Vista - Geschäftsdatenbank

06.062 – Geschäft des Bundesrates Schweizerische Zivilprozessordnung

	Einre									2006									
					 					.,	**************	200-100-0-100	 	diam's and	Augenton dans	 			
÷			- 50	1.00			7	2011	4.00				 100				100		
ď			%					2011	4.0				7.77			100		7 Y Y	
ď	<u> </u>		<b>_</b>			4.00		- 1/4											
7	Stone	l dor	Boro	una				- □	dodi	t					1				
ď	Stanc	l der	Rera	hima				F	rledi	nf									
	Stand	l der	Bera	tuna				E	rledi	at									
	Stand	l der	Bera	tung				E	rledi	gt									
	Stanc	l der	Bera	tung				E	rledi	gt									
	Stand	l der	Bera	tung				E	rledi	gt									

Botschaft vom 28. Juni 2006 zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (BBI 2006 7221)

# **Dokumente**

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221)
Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen
Medienmitteilungen
Anträge, Fahnen

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle Text des Erlasses (BBI 2009 21)

Chronologie / Wortprotokolle

# Entwurf 1

Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Datum	Rat	
21.06.2007	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
29.05.2008	·NR	Behandlung der Vorlage bis Art. 111.
12,06,2008	NR	Abweichend.
29.09.2008	SR	Abweichend.
02,12.2008	NR	Abweichend.
04.12.2008	SR	Zustimmung.
19.12.2008	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
19.12.2008	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
and Principal Principal Principal and American State of the State of t		Bundesblatt 2009 21; Ablauf der Referendumsfrist: 16. April 2009

# Behandelnde Kommissionen

·Kommission für Rechtsfragen NR (RK-NR)

Antrag: Differenzbereinigung

Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)

Antrag: Differenzbereinigung

# Behandlungskategorie NR

III, Reduzierte Debatte (Art. 48 GRN) IV, Kurzdebatte (Art. 48 GRN)

# Erstbehandelnder Rat

Ständerat

Deskriptoren: Hilfe

Zivilprozess Gerichtsverfahren Verfahrensrecht Zivilgerichtsbarkeit Vereinfachung von Verfahren Föderalismus Kanton Schiedsgerichtsbarkeit Konfliktregelung Justizreform **Ergänzende Erschliessung:** 

12; Freie Schlagwö rter: Friedensrichter, Novenrecht

# Zuständig

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Sie sind hier: Das Schweizer Parlament > Suche > Geschaefte

© Das Schweizer Parlament / CH - 3003 Bern, Impressum, Disclaimer

# 06.425

Parlamentarische Initiative SPK-NR. Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten Initiative parlementaire CIP-CN. Encouragement de la presse par une participation aux frais de distribution

Differenzen - Divergences

Einreichungsdatum 23.02.06 Date de dépôt 23.02.06

Bericht SPK-NR 15.02.07 (BBI 2007 1589) Rapport CIP-CN 15.02.07 (FF 2007 1497)

Stellungnahme des Bundesrates 28.02.07 (BBI 2007 2547) Avis du Consell fédéral 28.02.07 (FF 2007 2399)

Nationalrat/Conseil national 22.03.07 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 11.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 12.06.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.07 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 20.06.07 (Différenzen - Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 21.06.07

Nationalrat/Conseil national 21.06.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 22.06.07 (Schlussabstimmung - Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 22.06.07 (Schlüssabstimmung - Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2007 4539) Texte de l'acte législatif (FF 2007 4309)

Postgesetz (Beförderung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften) Loi fédérale sur la poste (Transport de journaux et de périodiques en abonnement)

Art. 15 Abs. 6, 7

Antrag der Einigungskonferenz Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la Conférence de conciliation Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. II Abs. 1bis, 2

Antrag der Einigungskonferenz Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II al. 1bis, 2

Proposition de la Conférence de conciliation Adhérer à la décision du Conseil national

Heberlein Trix (RL, ZH), für die Kommission: Die Einigungskonferenz hat heute Morgen vollzählig getagt und stellt Ihnen folgenden Einigungsantrag, der im Übrigen im National-

rat bereits genehmigt worden ist.

In der Hauptsache, bei Artikel 15 des Postgesetzes, obsiegte die Version des Ständerates mit 18 zu 6 Stimmen über jene des Nationalrates. Die Regional- und Lokalpresse mit Auflagen bis 40 000 Exemplare erhält also 20 Millionen und nicht 40 Millionen Franken jährlich, wie das der Nationalrat ursprünglich beschlossen hat. Die Mitgliedschaftspresse erhält 10 Millionen und nicht 20 Millionen Franken, wie dies der Nationalrat vorsah. Neue Gesichtspunkte sind in der Einigungskonferenz nicht aufgetaucht. Pro und Kontra beider Lösungen sind seit den früheren Beratungen aus diesen Räten hinlänglich bekannt, und ich möchte sie nicht wiederholen.

Die Ausgabenbremse für diese Beträge wurde bereits in den ersten Beratungen beider Räte gelöst, im Nationalrat am 22, März 2007 und im Ständerat am 11. Juni 2007.

Was die Befristung der Subventionstatbestände in den Schlussbestimmungen betrifft, so obsiegte hier die nationalrätliche Fassung über die ständerätliche mit 12 zu 10 Stimmen. Die 20 Millionen Franken für die Regional- und Lokalpresse werden somit nicht befristet. Die 10 Millionen Franken für die Mitgliedschaftspresse werden Ende 2011 auslaufen. Die Bedeutung dieser Befristung ist allerdings gering; es steht ja eine Totalrevision des Postgesetzes bevor. Ob die vorliegende Teilrevision des Postgesetzes nun befristet wird oder nicht - so oder so wird sie mit Inkrafttreten des totalrevidierten Postgesetzes durch eine neue Regelung abgelöst

Ich beantrage Ihnen daher, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

06.062

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221) Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Art. 253

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 253 geht es um den Rechtsschutz in klaren Fällen, das heisst, wenn der Sachverhalt entweder unbestritten oder sofort beweisbar, mit anderen Worten liquid ist und wenn bezüglich der Rechtsfolgen klares Recht vorliegt. In den heutigen Prozessordnungen wird dieses Verfahren vielfach als «Befehlsverfahren» bezeichnet. Es stellte sich daher die Frage, ob wir diesen Begriff nicht auch in der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) verwenden sollten. Man hat dann aber von diesem Begriff abgesehen, weil er insbesondere in der Romandie nicht bekannt ist. Daher sind wir in der Kommission der Auffassung, dass der Begriff «Rechtsschutz in klaren Fällen» den Sachverhalt, um den es hier geht, anschaulicher zum Ausdruck bringt.

Herr Vizepräsident, die nächste Bemerkung habe ich dann bei Artikel 266.

Angenommen – Adopté

Art. 254-265

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 266

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 266 verweise ich grundsätzlich auf die Ausführungen auf Seite 7357f. der Botschaft. Es geht bei der Schutzschrift um ein neues Rechtsinstitut. Es stammt aus Deutschland und hat sich dann in der Schweiz allmählich zu etablieren begonnen, vor allem in Kantonen mit Handelsgerichten. Übliche Anwendungsgebiete sind das Immaterialgüterrecht und das Wettbewerbsrecht, wo praktisch jeder Prozess mit einem vorsorglichen Rechtsschutzverfahren beginnt. Die Frist von sechs Monaten hat sich aufgrund der Praxis herauskristalli-

Angenommen – Adopté

# Art. 267

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Zunächst einige Vorbemerkungen zum besonderen eherechtlichen Verfahren in den Artikeln 267ff. Die Artikel 267 bis 303 regeln die besonderen familienrechtlichen Prozesse: Der sechste Titel handelt von den eherechtlichen Verfahren, der siebte Titel von den Kinderbelangen in familienrechtlichen Angelegenheiten und der achte Titel vom Verfahren bei eingetragener Partnerschaft.

Zunächst geht es also um die besonderen eherechtlichen Verfahren. Im ersten Kapitel, also den Artikeln 267 bis 269, werden Angelegenheiten des summarischen Verfahrens aufgezählt. Hier geht es im Wesentlichen um den in der Praxis bedeutsamen Bereich des Eheschutzes; dort gilt die unbeschränkte Untersuchungsmaxime. Im zweiten Kapitel, also den Artikeln 270 bis 288, wird das Scheidungsverfahren geregelt. Hier ist zu beachten, dass die ZPO natürlich nur die prozessrechtlichen Aspekte des Scheidungsrechtes regelt; die materiellen Bestimmungen bleiben selbstverständlich im Zivilgesetzbuch. Hier ist lediglich zu erwähnen, dass das materielle Scheidungsrecht zum Teil in Revision begriffen ist, ebenso das gemeinsame Sorgerecht der Eltern und der Vorsorgeausgleich.

Bis zu Artikel 270 habe ich keine weiteren Bemerkungen zu

Angenommen – Adopté

# Art. 268, 269

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

# Art. 270-283

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Die Artikel 270ff. regeln das Scheidungsverfahren. Hierzu lediglich der Hinweis, dass das Scheidungsverfahren ein eigener Verfahrenstyp ist, der aber dem vereinfachten Verfahren ähnlich ist. Subsidiär gilt das ordentliche Verfahren.

Angenommen – Adopté

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 284 ist darauf hinzuweisen, dass es bei dieser Bestimmung nur um die Rechtsmittel bezüglich des Scheidungspunktes geht, aber nicht bezüglich der Nebenfolgen. Das heisst allerdings nicht, dass die Nebenfolgen nicht auch anderweitig anfechtbar sind.

Angenommen – Adopté

#### Art. 285

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Die Scheidungsklage kann ohne schriftliche Begründung beim Gericht am Wohnsitz einer Partei eingereicht werden. Sie ...

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit (Inderkum, Wicki) Abs. 1 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Art. 285

Proposition de la majorité

.... peut être déposée sans motivation écrite auprès du tribunal du domicile de l'une des parties. Elle ....

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité (Inderkum, Wicki) ÀI. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 285 Absatz 1 haben wir eine Mehrheit und eine Minderheit. Die Sache ist - zumindest aus der Sicht der Mehrheit relativ einfach; daher erlaube ich mir gerade zu sagen, worum es geht. Sie ersehen aus der Fahne, dass ich der Minderheit angehöre; ich werde deshalb deren Standpunkt auch kurz darlegen.

Die Mehrheit will, dass in Artikel 285 Absatz 1 ausdrücklich verankert wird, dass die Scheidungsklage beim Gericht am Wohnsitz einer Partei eingereicht werden kann. Dies ist aber nach Auffassung der Minderheit nicht erforderlich, und zwar deshalb, weil Artikel 22 Absatz 1 bestimmt, dass für eherechtliche Gesuche und Klagen das Gericht am Wohnsitz einer Partei zwingend zuständig ist. Nach Auffassung der Mehrheit ist es aus Gründen der Lesbarkeit des Gesetzes auch für den Laien richtig, dass hier der Wohnsitz einer Partei ausdrücklich erwähnt wird.

Die Minderheit vertritt die Meinung, dass dies einen Einbruch in die Systematik des Gesetzes bedeuten würde. Wenn schon, müsste man das dann auch konsequent durchziehen. Die Minderheit meint, dass die Konsequenz beachtet werden müsste, wenn der Gerichtsstand des Wohnsitzes nicht nochmals ausdrücklich erwähnt wird.

Le président (Berset Alain, deuxième vice-président): Après que Monsieur Inderkum nous a présenté dans une procédure un peu inhabituelle à la fois la position de la majorité et celle de la minorité, je vous propose d'ouvrir la discussion.

Hess Hans (RL, OW): Es tont so, wie wenn es eine Selbstverständlichkeit wäre, dass die Vorlage des Bundesrates die bessere sei. Herr Inderkum hat begründet, dass in Artikel 22 schon alles steht, was zu stehen hat. Dann könnte man sich nach der Logik von Herrn Inderkum damit begnügen zu formulieren: «Die Scheidungsklage kann ohne schriftliche Begründung eingereicht werden.» - fertig, basta. Es steht auch andernorts, dass der Name der Parteien vermerkt werden muss, dass man also das Gesuch nicht namenlos einreichen kann. Wir haben in der Folge auch Wiederholungen.

Wenn Sie als Praktiker ein solches Gesetz in die Hände bekommen, sind Sie froh, wenn Sie nicht im ganzen Inhaltsverzeichnis suchen müssen, wo nun die Klage einzureichen ist. Herr Inderkum, wir in diesem Saal wissen, dass es Artikel 22 ist. Mit dem Antrag der Mehrheit weiss der Praktiker, wenn er dieses Gesetz in die Hände nimmt, dass die Klage beim Gericht am Wohnsitz einzureichen ist.

Ich ersuche deshalb die wenigen Anwesenden, der Mehrheit zuzustimmen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es geht hier um eine gesetzessystematische Frage, wie sowohl Herr Inderkum als auch Herr Hess angeführt haben. Die Kommissionsmehrheit möchte in Artikel 285, der sich mit der Scheidungsklage befasst, auch den Gerichtsstand regeln. Sie möchte also etwas wiederholen, was schon vorne im Gesetz steht. Wir haben das bei diesem Gesetz konsequent vermieden. Erstens wird es natürlich immer länger, wenn man das macht, zweitens irritiert es, wenn man den Gerichtsstand an den einen Orten im Gesetz aufführt und an anderen nicht. Darum haben wir ihn jetzt konsequent nur vorne in Artikel 22 aufgeführt.

Wie ist es heute, im geltenden Recht? Sie müssen sehen: Auch heute, im geltenden Recht, ist die örtliche Zuständigkeit nicht direkt bei der Scheidungsklage in Artikel 135 ZGB geregelt, sondern im Gerichtsstandsgesetz, in Artikel 15. Die beiden Dinge sind heute also sogar in zwei verschiedenen Gesetzen geregelt; jetzt ist es dann im gleichen zusammengefasst.

Der Äntrag der Mehrheit widerspricht dieser Systematik. Ich sage nicht, dass deswegen die Welt zusammenbricht. Es hat ja in jedem Gesetz etwas, was nicht ganz logisch ist. Aber wir sind der Meinung, Artikel 285 wäre ein Ausreisser bezüglich des sonst konsequent befolgten Grundsatzes. Nun hat Herr Hess gesagt: Ja, dann könnte man aber nur Absatz 1 belassen und den Rest von Artikel 285 streichen. Der Rest ist keine Wiederholung, es sind Präzisierungen, die nur für diese Klage gelten. Wenn es eine reine Wiederholung wäre, hätten wir es nicht aufgeführt.

Der Bundesrat schliesst sich hier also der Minderheit an, obwohl es eine rein gesetzessystematische Sache ist; aber die Gesetzessystematik darf man ja auch nicht ganz vernachlässigen.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit .... 14 Stimmen Für den Antrag der Minderheit .... 11 Stimmen

# Art. 286-289

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Art. 290

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C; UR), für die Kommission: Zunächst einige allgemeine Ausführungen und dann speziell zu Artikel 291 und 292. Zum 7. Titel, «Kinderbelange in familienrechtlichen Angelegenheiten»: Der Entwurf entspricht im Grundsatz dem geltenden Recht. Die entsprechenden prozessrechtlichen Bestimmungen des ZGB werden in die ZPO integriert

Für Kindesentführungen gilt ein spezielles Verfahren, geregelt in Artikel 298. Der Bundesrat – und deshalb diese Ausführungen – hat am 28. Februar 2007 die «Botschaft über die Umsetzung der Übereinkommen über internationale Kin-

desentführung sowie die Genehmigung und Umsetzung der Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und Erwachsenen» verabschiedet. Diese Vorlage – es handelt sich um die Vorlage 07.029 – enthält auch den Entwurf für ein Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und Erwachsenen. Dieses Gesetz wird Vorgaben des Haager Übereinkommens organisatorisch und prozessrechtlich umsetzen. Geplant ist, die verfahrensrechtlichen Bestimmungen dann letztendlich in die Schweizerische Zivilprozessordnung überzuführen. In dem Sinne sind Artikel 297 Buchstabe a und Artikel 298 ZPO einstweilen nur provisorisch.

Das zu Artikel 290ff.

Angenommen - Adopté

# Art. 291

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

#### Art. 291

Art. 291
Proposition de la commission
Al. 1
Le tribunal examine les faits d'office.
Al. 2, 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Zu Artikel 291 möchte ich eine Bemerkung zuhanden des Amtlichen Bulletins machen. Gemäss Absatz 1 erforscht das Gericht den Sachverhalt von Amtes wegen. Verschiedene andere Bestimmungen verwenden die Formulierung «Das Gericht stellt den Sachverhalt fest». Hier wird der Begriff «erforscht» verwendet, weil auch das ZGB diesen Begriff verwendet und damit die Untersuchungsmaxime beschreibt. Die Formulierung «Das Gericht stellt den Sachverhalt fest» geht weniger weit und umschreibt die richterliche Fragepflicht.

Angenommen – Adopté

# Art. 292

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

.... auffordern. Es kann eine unentgeltliche Mediation bewilligen, wenn den Parteien die erforderlichen Mittel fehlen; die Bestimmungen über die unentgeltliche Rechtspflege gelten sinngemäss.

# Art. 292

Proposition de la commission Al. 1 Adhérer au projet du Conseil fédéral Al. 2

Le tribunal peut exhorter les parents à tenter une médiation. Il peut accorder la gratuité de la médiation, si les parties ne disposent pas de moyens suffisants; les dispositions concernant l'assistance judiciaire s'appliquent par analogie.

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: In Artikel 292 Absatz 2 sehen Sie eine Einfügung der Kommission im Zusammenhang mit der Mediation. Gemeint ist hier die Mediation im Rahmen der eherechtlichen Verfahren – Eheschutz, Ehescheidung und Trennung. Das Gericht kann die Eltern von Amtes wegen auffordern, eine Mediation zu versuchen. Auffordern heisst: mit Nachdruck empfehlen. Auffordern bedeutet aber nicht die Anordnung einer Mediation. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang schliesslich noch darauf, dass sich auch bei Artikel 298 Absatz 2 eine Einfügung bezüglich der Mediation findet. Hier geht es um die Mediation im Rahmen internationaler Kindesentführungen.

Das Gericht kann hier die Mediation anordnen, und die Mediation kann auch unentgeltlich bewilligt werden.

Damit habe ich bereits auch zu Artikel 298 Absatz 2 Stellung genommen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Bei Artikel 292 Absatz 2 ist eine Unklarheit entstanden. Die Kommission hat einen Zusatz aufgenommen – wir waren damit einverstanden – für den Fall, dass Sie vorne die Mediation streichen. Man hat gesagt: Aber dann ist in diesem Kapitel, im Kindsrecht, eine Mediation sinnvoll. Nun haben Sie vorne mit Stichentscheid des Präsidenten die Mediation generell beibehalten. Die Konsequenz ist, dass wir die Mediation hier jetzt streichen müssen, denn nun gilt sie generell.

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Das musste ich auch feststellen. Da ich nicht für die Mediation war, war ich wahrscheinlich immer noch vom anderen Konzept geprägt. Ich entschuldige mich.

Blocher Christoph, Bundesrat: Mir geht es gleich.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Der Präsident war sich der Tragweite seines Stichentscheides zur Frage der Mediation auch nicht bewusst. Der Bundesrat beantragt, Absatz 2 zu streichen.

Abs. 2 - Al. 2

Angenommen gemäss Antrag des Bundesrates Adopté selon la proposition du Conseil fédéral

Übrige Bestimmungen angenommen Les autres dispositions sont adoptées

# Art. 293-297

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

# Art. 298

Antrag der Kommission

Abs. 1. 3-5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

.... eine Mediation ein. Es kann eine unentgeltliche Mediation bewilligen, wenn den Parteien die erforderlichen Mittel fehlen; die Bestimmungen über die unentgeltliche Rechtspflege gelten sinngemäss.

# Art. 298

Proposition de la commission

Al. 1, 3-5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... l'amiable. Il peut accorder la gratuité de la médiation, si les parties ne disposent pas de moyens suffisants; les dispositions concernant l'assistance judiciaire s'appliquent par analogie.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Der Berichterstatter hat sich bereits zu dieser Bestimmung geäussert. Es handelt sich um den gleichen Sachverhalt wie bei Artikel 292.

Abs. 2 - Al. 2

Angenommen gemäss Antrag des Bundesrates Adopté selon la proposition du Conseil fédéral

Übrige Bestimmungen angenommen Les autres dispositions sont adoptées

# 4. Kapitel Titel

Antrag der Kommission Unterhalts- und Vaterschaftsklage

# Chapitre 4 titre

Proposition de la commission Demande d'aliments et action en paternité

Angenommen - Adopté

# Art. 299

Antrag der Kommission

Abs. 1

Steht das Kindesverhältnis fest, so kann der Beklagte verpflichtet werden, angemessene Beiträge an den Unterhalt des Kindes zu hinterlegen oder vorläufig zu zahlen.

Abs. 2

Ist die Unterhaltsklage zusammen mit der Vaterschaftsklage eingereicht worden, so hat der Beklagte auf Gesuch der klagenden Partei:

 a. die Entbindungskosten und angemessene Beiträge an den Unterhalt von Mutter und Kind zu hinterlegen, wenn die Vaterschaft glaubhaft gemacht ist;

b. angemessene Beiträge an den Unterhalt des Kindes zu zahlen, wenn die Vaterschaft zu vermuten ist und die Vermutung durch die sofort verfügbaren Beweismittel nicht umgestossen wird.

#### Art. 299

Proposition de la commission

Al.

Si la filiation est établie, le défendeur peut être tenu de consigner ou d'avancer des contributions d'entretien équitables. Al. 2

Lorsque la demande d'aliments est introduite avec l'action en paternité, le défendeur doit, sur requête du demandeur; a. consigner les frais d'accouchement et des contributions

équitables pour l'entretien de la mère et de l'enfant, lorsque la paternité est rendue vraisemblable;

b. contribuer de manière équitable à l'entretien de l'enfant, lorsque la paternité est présumée et le reste après l'administration des preuves immédiatement disponibles.

Angenommen – Adopté

# Art. 300

Antrag der Kommission

.... das für die Beurteilung der Klage zuständige Gericht.

# Art. 300

Proposition de la commission

Le tribunal compétent pour connaître de l'action statue ....

Angenommen – Adopté

# Art. 301-303

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

# Art. 304

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Die Artikel 304 bis 332 oder der 9. Titel regeln die Rechtsmittel. Zunächst einige generelle Ausführungen: Die Rechtsmittel sind Rechtsbehelfe, die das Gesetz den Parteien zur Verfügung stellt, um gerichtliche Entscheide überprüfen und gegebenenfalls verbessern zu lassen. Die Rechtsmittel können

nach verschiedenen Kriterien voneinander unterschieden werden. Eines der Hauptkriterien ist die Unterscheidung zwischen ordentlichen und ausserordentlichen Rechtsmitteln. Ordentliche Rechtsmittel richten sich gegen Entscheide, die noch nicht in Rechtskraft erwachsen sind, und hemmen den Eintritt von Rechtskraft und Vollstreckbarkeit, mindestens im Umfang der Rechtsmittelanträge. Man spricht von der sogenannten Suspensivwirkung. Demgegenüber hemmen ausserordentliche Rechtsmittel die Rechtskraft und Vollstreckbarkeit der angefochtenen Entscheide nicht von Gesetzes wegen. Es kann ihnen aber aufschiebende Wirkung erteilt werden.

Die Expertenkommission hatte drei Rechtsmittel vorgesehen, nämlich die Appellation oder Berufung, den Rekurs und die Beschwerde. Dies wurde im Vernehmlassungsverfahren als zu kompliziert kritisiert. Vorgeschlagen werden nun nur noch zwei Hauptrechtsmittel; als ordentliches die Berufung und als ausserordentliches die Beschwerde. Abgerundet wird die Rechtsmittelordnung mit den üblichen ausserordentlichen Behelfen der Revision, der Erläuterung und der Berichtigung.

Angenommen - Adopté

# Art. 305, 306

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

#### Art. 307

Antrag der Kommission Titel

Einreichen der Berufung

Abs. 1

Die Berufung ist bei der Rechtsmittelinstanz innert dreissig Tagen seit Zustellung des begründeten Entscheides beziehungsweise seit der nachträglichen Zustellung der Entscheidbegründung (Art. 235) schriftlich und begründet einzureichen.

Abs. 2

Der angefochtene Entscheid ist beizulegen.

# Art. 307

Proposition de la commission

Titre

Introduction de l'appel

AI. 1

L'appel est interjeté, par écrit et motivé, auprès de l'instance de recours dans les trente jours dès la notification de la décision motivée ou de la motivation de la décision (art. 235) effectuée ultérieurement.

Al. 2

La décision attaquée est jointe à l'appel.

# Art. 308

Antrag der Kommission Streichen

# Art. 308

Proposition de la commission Biffer

# Art. 309

Antrag der Kommission

Abs.

.... stellt die Berufung der Gegenpartei zur schriftlichen Stellungnahme zu, es sei denn ....

Abs. 2

Die Frist für die Berufungsantwort beträgt dreissig Tage.

# Art. 309

Proposition de la commission

Al. 1

L'instance de recours notifie l'appel à la partie adverse pour se prononcer par écrit, à moins que ....

Al. 2

La réponse doit être déposée dans un délai de trente jours.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Zu Artikel 309 liegt eine korrigierte Fahne vor.

# Art. 310

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Gegenpartel kann in der Berufungsantwort Anschlussberufung erheben.

Abs. 2

Streichen

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Art. 310

Proposition de la commission

Al. 1

La partie adverse peut interjeter un appel joint dans la réponse.

AI. 2

Biffer

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

# Art. 311

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... die Frist zur Einreichung der Berufung und zur Berufungsantwort je zehn Tage.

Abs. 2

Die Anschlussberufung ist unzulässig.

# Art. 311

Proposition de la commission

AI.

.... l'appel et la réponse sont introduits dans un délai de dix jours chacun.

AI. 2

Le recours joint n'est pas admis.

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Artikel 307 bis 311, weil diese zusammenhängen. Sie sehen ja, dass die Kommission hierzu Änderungsanträge stellt.

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, bei welchem Richter die Berufung – und hier geht es ja um die Berufungserklärung – zu erklären ist. Es ist entweder der sogenannte ludex a quo oder der iudex ad quem. Iudex a quo heisst, die Berufung wird bei demjenigen Gericht erklärt, das den Entscheid gefällt hat, und iudex ad quem heisst, die Berufung ist bei demjenigen Gericht zu erklären, das dann auch materiell über die Berufung zu entscheiden hat. Vorgeschlagen wird hier der iudex ad quem. Das hat gewichtige Vorteile: Das Verfahren wird sofort der Oberinstanz oder Berufungsinstanz überwälzt. Der oder die Vorsitzende ist dann sofort für die Prozessleitung zuständig, allenfalls auch für den Entzug der aufschiebenden Wirkung, die Fortsetzung der Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege und den Erlass von prozessleitenden Verfügungen.

Eine weitere Frage betrifft die Frist, innerhalb welcher die Berufung zu erklären ist. Der Bundesrat hat eine Berufungsfrist von zehn Tagen seit Eröffnung des Entscheides vorgeschlagen, und zwar unabhängig davon, ob der Entscheid begründet ist oder nicht. Die Rechtsmittelinstanz setzt dann der Berufungsklägerin eine Frist, um die Berufung zu begründen. Wenn der Entscheid der Vorinstanz noch nicht begründet ist, kann diese Fristansetzung erst erfolgen,

wenn die Begründung des erstinstanzlichen Entscheides vorliegt.

Das erschien der Kommission zu kompliziert. Sie hat sich daher für eine einfachere Variante entschieden, die heute schon verschiedene neuere kantonale Prozessgesetze kennen, beispielsweise jene der Kantone Aargau, Genf, St. Gallen, Uri und Wallis. Es ist eine Variante, welche als Modell der Zukunft bezeichnet werden kann. Danach ist die Berufung bei der Rechtsmittelinstanz einzureichen - hier gibt es also keine Änderung gegenüber der Fassung des Bundesrates -, jedoch innert einer Frist von dreissig Tagen seit Zustellung des begründeten Entscheides bzw. seit der nachträglichen Zustellung der Entscheidbegründung. Dabei muss die Berufung schriftlich und begründet eingereicht werden. Mit anderen Worten: Erst wenn die Begründung des erstinstanzlichen Entscheides vorliegt, läuft die Berufungsfrist von dreissig Tagen. Innerhalb dieser Frist ist dann aber nicht nur die Berufung zu erklären, sondern sie ist auch zu begründen.

Diese Variante – und damit eben zum Konnex mit den weiteren von mir erwähnten Artikeln – hat dann zur Folge, dass Artikel 308 gestrichen werden kann und die Artikel 309, 310 und 311 entsprechend anzupassen sind.

Angenommen - Adopté

#### Art. 312

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Ich habe hier eine Bemerkung zu Artikel 312 Absatz 5. Die Kommission hat darüber diskutiert, ob Absatz 5, welcher eine Ausnahme von Absatz 4 Buchstabe b enthält, zu streichen sei. Für eine Streichung würde sprechen, dass die betreffende vorsorgliche Massnahme grundsätzlich infrage gestellt wird, wenn die Rechtsmittelinstanz eine aufschiebende Wirkung erteilen kann, bevor sie sich mit dem Entscheid auseinandergesetzt hat. Gegen eine Streichung spricht, dass es Sache des zuständigen Richters ist zu entscheiden, ob ein nichtwiedergutzumachender Nachteil droht. Dem Richter muss die Möglichkeit eingeräumt werden, ausnahmsweise keine Vollstreckung zuzulassen.

Angenommen – Adopté

# Art. 313

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

# Art. 314

Antrag der Kommission

Abs. 1

Neue Tatsachen und Beweismittel werden nur noch berücksichtigt, wenn sie:

a. ohne Verzug vorgebracht werden; und

b. trotz zumutbarer Sorgfalt nicht schon vor erster Instanz vorgebracht werden konnten.

Abs 2

Eine Klageänderung ist nur noch zulässig, wenn:

a. die Voraussetzungen nach Artikel 223bis Absatz 1 gegeben sind; und

b. sie zudem auf neuen Tatsachen und Beweismitteln beruht.

#### Art. 314

Proposition de la commission

Al.

Des faits et des moyens de preuve nouveaux ne sont encore admis que:

a. s'ils sont invoqués sans retard; et

b. s'ils ne pouvaient être invoqués devant la première instance en dépit de la diligence requise.

AL 2

La demande peut encore être modifiée uniquement:

a. si les conditions de l'article 223bis alinéa 1 sont remplies;

b. si elle repose sur des faits et des moyens de preuve nouveaux.

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kömmission: Hier sehen Sie, dass Ihnen die Kommission etwas anderes vorschlägt, und zwar in Absatz 1 und 2. Es geht um das Nachvollziehen der Änderungen, der sogenannten novenrechtlichen Änderungen, die wir im Rahmen des erstinstanzlichen ordentlichen Verfahrens in Artikel 223bis ff. beschlossen haben. Es handelt sich also um die Auswirkungen eines Konzepts, das wir schon früher beschlossen haben.

Blocher Christoph, Bundesrat: Artikel 314 ist so wesentlich besser formuliert, als dies der Bundesrat getan hat. Wir schliessen uns auch hier der ständerätlichen Kommission an

Angenommen – Adopté

# Art. 315

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Art. 316

Antrag der Kommission

a. erstinstanzliche Endentscheide, Zwischenentscheide und Entscheide über vorsorgliche Massnahmen, die nicht berufungsfähig sind;

# Art. 316

Proposition de la commission

a. dans la mesure où elles ne peuvent pas faire l'objet d'un appel, les décisions de première instance finales, incidentes et relatives aux mesures provisionnelles;

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Die Artikel 316ff. regeln die Beschwerde, das Rechtsmittel der Beschwerde; auch dazu einige kurze Ausführungen: Die Beschwerde – ich habe es erwähnt – ist ein ausserordentliches Rechtsmittel, präzise das ausserordentliche Hauptrechtsmittel. Anfechtungsobjekte sind zunächst alle Endentscheide, Zwischenentscheide und vorsorglichen Massnahmen, wenn die Voraussetzungen der Berufung nicht erfüllt werden. Insofern steht die Beschwerde zur Berufung im Verhältnis der Subsidiarität. Dazu kommen sogenannte Inzidenzentscheide: Sie betreffen die Rahmenbedingungen oder den Ablauf des Prozesses, beispielsweise Fragen des Ausstandes, Fragen der unentgeltlichen Rechtspflege, Zulässigkeit von Intervention oder Streitverkündung usw. Inhaltlich kann mit der Beschwerde eine unrichtige Rechtsanwendung und/oder eine willkürliche Feststellung des Sachverhaltes gerügt werden.

Nun zu Artikel 316 Buchstabe a: Die Kommission schlägt hier vor, dass Entscheide über vorsorgliche Massnahmen explizit erwähnt werden; das ist die Änderung, die wir Ihnen



06.062

hier vorschlagen. Das erscheint nach Auffassung der Kommission erforderlich oder zumindest sinnvoll, weil Entscheide über vorsorgliche Massnahmen in der Terminologie der ZPO weder Endentscheide noch Zwischenentscheide sind. Dennoch sollen sie der Beschwerde unterliegen, soweit sie nicht berufungsfähig sind.

Angenommen - Adopté

#### Art. 317

Antrag der Kommission

b. offensichtlich unrichtige Feststellung des Sachverhaltes.

#### Art. 317

Proposition de la commission

b. constatation manifestement inexacte des faits.

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 317 Buchstabe b beantragt Ihnen die Kommission, statt von «willkürlicher Feststellung des Sachverhaltes» von «offensichtlich unrichtiger Feststellung des Sachverhaltes» zu sprechen und in dem Sinne zu legiferieren. Damit wird eine Anpassung an die Terminologie des Bundesgerichtsgesetzes vorgenommen. Offensichtlich unrichtig ist die Feststellung eines Sachverhaltes nur, wenn sie aktenwidrig ist. Eine Aktenwidrigkeit kann eigentlich nur auf Willkür oder auf Versehen beruhen.

Angenommen - Adopté

# Art. 318

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Beschwerde ist bei der Rechtsmittelinstanz innert zwanzig Tagen seit Zustellung des begründeten Entscheides beziehungsweise seit der nachträglichen Zustellung der Entscheidbegründung (Art. 235) schriftlich und begründet einzureichen.

Abs. 2-4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Art. 318

Proposition de la commission

AI. 1

Le recours limité au droit est interjeté, par écrit et motivé, auprès de l'instance de recours dans les vingt jours dès la notification de la décision motivée ou de la motivation de la décision (art. 235) effectuée ultérieurement.

Al. 2-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

# Art. 319

Antrag der Kommission Streichen

# Art. 319

Proposition de la commission Biffer

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 318 und auch bei Artikel 319 geht es um eine Anpassung der beiden Bestimmungen an die einschlägigen Bestimmungen bei der Berufung.

Angenommen – Adopté

# Art. 320-322

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

#### Art. 323

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 323 fällt in Absatz 2 auf, dass das Gesetz nicht sagt, unter welchen Voraussetzungen eine Vollstreckung aufgeschoben werden kann. Das erfolgt bewusst, weil damit implizit auf das pflichtgemässe Ermessen des Richters verwiesen wird.

Angenommen – Adopté

# Art. 324, 325

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Art. 326-331

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Die Artikel 326 bis 331 regeln die Revision. Die Berufung und die Beschwerde sind sogenannte devolutive Rechtsmittel. Das heisst, dass aufgrund dieser Rechtsmittel eine höhere Instanz entscheidet. Demgegenüber entscheidet bei der Revision, und übrigens auch bei der Erläuterung und bei der Berichtigung, dasjenige Gericht, das zuletzt mit der Sache befasst war. Die Revision ist in allen Kantonen bekannt, die Schweizerische Zivilprozessordnung übernimmt die klassischen Revisionsgründe. Dazu kommt die Anfechtung prozessualer Dispositionsakte der Parteien, z. B. die Anfechtung eines Vergleiches wegen Willensmängeln und die Aufhebung eines Entscheides wegen einer Verletzung der EMRK.

Angenommen – Adopté

# Art. 332

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Ahs 2

.... sinngemäss. Bei der Berichtigung von Schreib- oder Rechnungsfehlern kann das Gericht auf eine Stellungnahme der Parteien verzichten.

# Art. 332

Proposition de la commission

Al. 1, 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

.... par analogie. En cas d'erreurs d'écriture ou de calcul, le tribunal peut renoncer à demander l'avis des parties.

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 332 geht es um die Erläuterung und die Berichtigung. Sie sehen, dass Ihnen die Kommission bei Absatz 2 eine Ergänzung gegenüber der Fassung des Bundesrates vorschlägt. Damit hat es folgende Bewandtnis: Bei der Erläuterung und der Berichtigung ist grundsätzlich eine Stellungnahme der Gegenpartei erforderlich. Wenn es aber um die Berichtigung von Schreib- oder Rechnungsfehlern geht, kann auf eine solche Stellungnahme verzichtet werden.

**Blocher** Christoph, Bundesrat: Der in Absatz 2 gemachte Zusatz Ihrer Kommission dient einer Klarstellung. Wir sind damit einverstanden.

**Präsident** (Bieri Peter, Präsident): Somit darf man weiterhin Schreib- und Rechnungsfehler machen. (Heiterkeit)

Angenommen - Adopté

# Art. 333-344

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Art. 345-348

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Art. 349

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die verpflichtete Partei ist mit Einwendungen gegen die Leistungspflicht nur zu hören, sofern ....

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Art. 349

Proposition de la commission

AI.

La partie succombante ne peut soulever des objections contre son obligation qu'à condition qu'elles puissent être prouvées immédiatement.

AI. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

# Art. 350

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Die Artikel 345 bis 350 regeln die Vollstreckung öffentlicher Urkunden. Hier handelt es sich um ein neues Rechtsinstitut, und zwar war dieses in der Vernehmlassung nicht unumstritten. Vielleicht ist es gut, wenn Herr Bundesrat Blocher hierzu auch noch einige Ausführungen macht.

Es geht darum, auch für Realforderungen, also nicht nur für Geldforderungen, eine erleichterte Vollstreckung zu schaffen, und zwar liegt der Hauptgrund im internationalen Verhältnis. Heute muss in der Schweiz eine vollstreckbare öffentliche Urkunde aus einem Land, das dem Lugano-Übereinkommen beigetreten ist, wie ein Urteil vollstreckt werden. Umgekehrt aber, wenn es sich um schweizerische Urkunden handelt, die im Ausland vollstreckt werden, geniesst der Gläubiger nicht das gleiche Recht, da die schweizerische Rechtsordnung das Institut der vollstreckbaren Urkunde nicht kennt.

Dieses Manko soll deshalb mit der Schaffung dieses Institutes der vollstreckbaren Urkunde beseitigt werden. Es handelt sich aber nicht um eine qualifizierte Schuldanerkennung, auch nicht um ein Urteil. Es macht also keine autoritative Aussage über den Bestand der beurkundeten Forderung.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es ist so, wie Herr Inderkum gesagt hat: Es war umstritten, weil die meisten Zivilprozessordnungen der Kantone das nicht kennen. Dieses Institut war in der Vernehmlassung umstritten. Schon der Bedarf wurde infrage gestellt. Denn bei uns sind Urkunden, und zwar nicht nur die öffentlichen notariellen Urkunden, ja schon heute vollstreckbar. Wenn darin eine Geldschuld anerkannt wird, gelten sie im SchKG bekanntlich als provisorische Rechtsöffnungstitel.

Worum geht es hier also noch? Zum einen geht es darum, auch für Realforderungen eine erleichterte Vollstreckung zu schaffen, z. B. für Lieferverpflichtungen im Handel. Der Hauptgrund liegt aber zum andern im internationalen Bereich. Heute muss die Schweiz eine vollstreckbare öffentliche Urkunde aus einem Land, das dem Lugano-Übereinkommen beigetreten ist, wie ein Urteil vollstrecken. Viele Lugano-Staaten kennen solche Urkunden. Im umgekehrten Fall aber, wenn eine schweizerische Urkunde im Ausland vollstreckt werden soll, geniesst der Gläubiger nicht dieselbe Garantie; dies aus dem einfachen Grund, weil unsere Rechtsordnung kein spezielles Institut kennt, das vollstreckbare Urkunde heisst. Damit entsteht natürlich ein Manko. Wenn also eine schweizerische Urkunde im Ausland vollstreckt werden soll, ist der schweizerische Gläubiger benachteiliot.

Die vollstreckbare Urkunde, die der Bundesrat vorschlägt, ist eine qualifizierte Schuldanerkennung, sie ist aber kein Urteil. Sie macht also keine autoritative Aussage über den Bestand der verurkundeten Forderung. Der Schuldner ist nicht rechtskräftig verurteilt. Diesen fundamentalen Unterschied zu einem Gerichtsurteil dürfen wir nicht übersehen; das hat nämlich Konsequenzen.

In der Vernehmlassung wurde die Befürchtung geäussert, das neue Instrument könnte zum Missbrauch von Marktmacht führen. Vor allem die wirtschaftlich starken Gläubiger – so wurde geltend gemacht –, z. B. Banken, Grossindustrie und Grosshandel, würden davon Gebrauch machen, und die kleinen und mittleren Betriebe sowie Konsumenten würden dann praktisch gezwungen, sich der erleichterten Vollstreckung zu unterwerfen.

Der Bundesrat hat diese Bedenken ernst genommen und ihnen darum im Gesetz Rechnung getragen. Wodurch? Erstens dadurch, dass die Materien des sozialen Privatrechtes von dieser Vollstreckungsart grundsätzlich ausgeschlossen werden; zweitens durch die Einredeordnung: Dem Schuldner bleiben sämtliche materiellen Einwendungen erhalten. Ihr Ausschluss, wie er zum Teil propagiert wird, ist ganz klar abzulehnen. Das würde zu den Benachteiligungen führen, die ich genannt habe. Wir würden sonst unser ausgeklügeltes Einredensystem des Privatrechtes aushebeln; für diesen Bereich würde man es ausschliessen. Doch muss der Schuldner allfällige Einwendungen sofort beweisen können. Zulässig sind somit nur liquide Beweismittel.

Insgesamt haben wir bei der Ausgestaltung dieses neuen Instruments alle Freiheiten, denn es gibt keinen einheitlichen europäischen Urkundentyp. Es besteht auch keine internationale Verpflichtung, eine solche Urkunde einzuführen. Sie sehen in diesem Zusammenhang, dass wir den Bedenken in der Vernehmlassung Rechnung getragen haben. Wenn man die Urkunde jedoch nicht eingeführt hätte, wären die Nachteile noch grösser gewesen. Hätte man den anderen Bedenken, dass man sie schärfer hätte ausgestalten sollen, Rechnung getragen, hätte dies zu einer Verminderung des Einrederechtes und zu einer Benachteiligung namentlich derjenigen geführt, die im nationalen und internationalen Rechtsleben nicht so gewandt sind, wie das Grossbetriebe, Banken, Versicherungen usw. sind.

Angenommen – Adopté

# Art. 351-361

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral



Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Einige allgemeine Bemerkungen zur Schiedsgerichtsbarkeit: Anfänglich war die Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz in den einzelnen Zivilprozessordnungen geregelt. Jede Zivilprozessordnung hatte Bestimmungen über die private Schiedsgerichtsbarkeit. Im Jahre 1969 ist dann ein Konkordat zustande gekommen, das Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit, dem sukzessive alle Kantone beigetreten sind. Im Namen der Schaffung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht hat man dann eine eigene Schiedsordnung für die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit geschaffen. Nun hat sich bei der Schaffung der Schweizerischen Zivilprozessordnung die Frage gestellt, ob an diesem Dualismus interne oder nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit festgehalten werden solle. Und wenn ja, hat sich die weitere Frage gestellt, ob das Konkordat abzulösen sei und die Schiedsgerichtsbarkeit durch eine einheitliche Regelung, durch eine «loi uniforme», in der neuen ZPO geregelt werden solle. Man hat sich für die Beibehaltung des Dualismus entschieden, wollte aber einige Mängel des Konkordates beseitigen und damit die sogenannte Binnenschiedsgerichtsbarkeit oder interne Schiedsgerichtsbarkeit fördern. Solche Schwächen des Konkordates waren oder sind etwa der Ausschluss der Verrechnungseinrede, wenn die Verrechnungsforderung nicht auch von der Schiedsabrede erfasst wird; keine Kompetenz des Schiedsrichters, vorsorgliche Massnahmen anordnen zu können; ein kompliziertes Rechtsmittelsystem - wir werden darauf zurückkommen. Eine weitere Schwachstelle war, dass der Bundeszivilprozess als subsidiäre Verfahrensordnung galt, wenn die Parteien das Verfahren nicht selber geregelt hatten oder der Schiedsrichter das Verfahren geregelt hatte. Daher diese Bestimmungen hier in der neuen Zivilprozessordnung

Eine kurze Bemerkung zu Artikel 351 Absatz 2: Sie sehen dort, dass die Parteien die Geltung dieser Schiedsgerichtsordnung durch eine ausdrückliche Erklärung ausschliessen können, oder sie können auch die Anwendung der Schiedsordnung gemäss IPRG vereinbaren, ohne dass die entsprechenden Voraussetzungen von Artikel 176 Absatz 1 gegeben sind. Den Parteien steht es also generell frei, unabhängig von der Frage, ob die Voraussetzungen gemäss Artikel 176 Absatz 1 erfüllt sind oder nicht, die Bestimmungen über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als anwendbar zu erklären.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es ist in der Eintretensdebatte oft darüber gesprochen worden, dass Gerichtsverfahren teuer seien und immer teurer würden. Ein Ziel der Zivilprozessordnung ist auch, die Verfahren zu beschleunigen und zu klären, indem man nicht so viele verschiedene Zivilprozessordnungen hat. Ein wesentlicher Weg ist die Schlichtung eines Verfahrens vor einem Schledsgericht. Das geht in der Regel schneller, und Sie haben die Möglichkeit, eben auch die fachlichen Voraussetzungen mit einzubeziehen. Im modernen Wirtschaftsleben ist das Schiedsgericht immer wichtiger, vor allem auch für den internationalen Bereich, weil Sie sonst bei Streitigkeiten vor Gerichte kommen, die keine Erfahrung haben und wo auch versierte Marktteilnehmer in der Wirtschaft einfach nicht glauben, dass sie Recht bekommen. Darum wird in Verträgen sehr oft auf Schiedsgerichtsklauseln verwiesen.

Wir haben jetzt hier einfache schiedsgerichtliche Möglichkeiten geprägt. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit wird, wie es Herr Inderkum gesagt hat, damit nicht ausgeschlossen, man kann sie anwenden; und auch für kleinere Unternehmen sind solche Schiedsgerichte möglich. Im Zivilprozess sind ja immer zwei Parteien, die sehr oft auch ein Interesse haben, dass die Sache rasch und ohne zu grosse Kostenfolgen entschieden werden kann.

Ich bin froh, dass die ständerätliche Kommission diesem Konzept gefolgt ist, und habe hier keine weiteren Bemerkun-

Angenommen - Adopté

Art. 362

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 362 geht es um die Annahme des Amtes durch den Schiedsrichter oder die Schiedsrichterin. Diese Annahme kann ausdrücklich oder konkludent erfolgen. In der Praxis erfolgt sie meistens durch die Abgabe der sogenannten Unabhängigkeitserklärung.

Angenommen – Adopté

Art. 363

Antrag der Kommission

Abs.

Das Schiedsgericht kann ein Sekretariat bestellen.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 363

Proposition de la commission

Le tribunal arbitral peut désigner un secrétaire.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Bei Artikel 363 Absatz 1 beantragt Ihnen die Kommission eine Änderung gegenüber der Fassung des Bundesrates. Nach Auffassung der Kommission besteht bei der Fassung des Bundesrates die Gefahr, dass eine Partei der Bestellung eines Sekretariates nicht zustimmt und dadurch das Verfahren verzögert oder zumindest erschwert wird. Daher beantragt Ihnen die Kommission, dass das Schiedsgericht einfach die Kompetenz hat, ein Sekretariat zu bestellen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir sind mit dieser Fassung einverstanden. Das stärkt die Organisationsautonomie des Schiedsgerichtes, und ich glaube, es ist zu verantworten, dass in dieser Frage die Parteien nicht auch noch einverstanden sein müssen. Wenn man betreffend Konsens der Parteien zu viel verlangt, dann ist die Gefahr gross, dass es zu Verzögerungen führt.

Angenommen - Adopté

Art. 364-386

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 387-390

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Wir kommen nun zur Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens im Rahmen der Schiedsgerichtsbarkeit. Heute haben wir, aufgrund des Konkordates, einen doppelten Instanzenzug: zunächst die Nichtigkeitsbeschwerde an ein kantonales Gericht, meistens das Obergericht; dann die Beschwerde in Zivilsachen, früher die staatsrechtliche Beschwerde an das Bundesgericht. Vorgesehen ist nun eine direkte Beschwerde an das Bundesgericht, und zwar analog, wie sie auch die internationale Schiedsgerichtsbarkeit gemäss Artikel 191 IPRG kennt. Hinzuweisen ist allerdings auf Artikel 388 Absatz 1: Er gibt den Parteien die Möglichkeit, eine Beschwerde beim

06.062

kantonalen Gericht anzubringen - dessen Entscheid dann aber endgültig wäre.

Nun hat das Schweizerische Bundesgericht mit Schreiben vom 7. Dezember 2007 an unsere Kommission für Rechtsfragen gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates, dass direkt das Bundesgericht angerufen werden kann, Bedenken geäussert. Im Wesentlichen waren diese Bedenken begründet mit einer zusätzlichen Belastung des Bundesgerichtes, was diametral im Gegensatz zum Bestreben des Parlamentes stehe, das Bundesgericht zu entlasten. Die Kommission hat sich mit diesen Bedenken des Bundesgerichtes auseinandergesetzt. Wenn sie trotz dieser Bedenken zugunsten des Entwurfes des Bundesrates entschieden hat, so ist dies

aus folgenden Gründen geschehen:

Wenn man ein staatliches Gericht als Rechtsmittelinstanz hat bzw. wenn man nur ein staatliches Gericht als Rechtsmittelinstanz hat, und das erscheint uns wesentlich, dann bedingt dies nach Auffassung der Kommission, dass dies die oberste Instanz sein muss, nämlich das Bundesgericht. Ansonsten läuft man Gefahr, dass man eine uneinheitliche Rechtsprechung produziert. Die zweite Feststellung der Kommission lautet, dass eine Mehrbelastung zwar zweifelsohne gegeben ist, dass sie aber ebenso klar der Auffassung ist, dass sich diese Mehrbelastung in Grenzen halten wird. Man hat uns gesagt, dass sich das Bundesgericht pro Jahr etwa mit 20 Beschwerden in Schiedssachen zu befassen habe. Und das Verhältnis zwischen internationalen und nationalen Fällen sei fünf zu eins. Es handelt sich also um sehr wenige Fälle, die nach Auffassung der Kommission an das Bundesgericht gehen würden. Aber, wie gesagt, der Hauptgrund besteht darin, dass die Kommission überzeugt ist, dass es, wenn man die interne Schiedsgerichtsbarkeit fördern will - und das wollen wir tun, Herr Bundesrat Blocher hat auf die Bedeutung auch der internen, der Binnen-schiedsgerichtsbarkeit hingewiesen – auch wichtig ist, dass eine einheitliche Gerichtspraxis besteht.

Pfisterer Thomas (RL, AG): Ich lade den Nationalrat ein, das Rechtsmittelsystem bei der nationalen Schiedsgerichtsbarkeit noch einmal zu überprüfen. Ich stelle Ihnen jetzt also keinen Antrag, sondern ich bitte darum, das Anliegen in den Zweitrat mitzunehmen, weil sich verschiedene Optionen anbieten, die zumindest nach meinen Informationen noch nicht geprüft worden sind und noch geprüft werden müssen.

Es gibt die Möglichkeit, nur das obere kantonale Gericht als erste Instanz, und es gibt die Möglichkeit, das Bundesgericht als zweite Instanz einzusetzen. Selbstverständlich würdige ich die Ausführungen des Berichterstatters, aber ich erlaube mir, Sie noch einmal auf den Zusammenhang hinzuweisen

Zunächst die Vorgeschichte: Heute haben wir die Nichtigkeitsbeschwerde beim oberen kantonalen Zivilgericht, und dann die staatsrechtliche Beschwerde. Wir haben zwei Instanzen, und die Hauptverantwortung liegt beim kantonalen Richter. Weiter zur Vorgeschichte: Die Expertenkommission hatte beantragt, die Möglichkeit einer direkten Beschwerde auszuschliessen. Als Begründung hatte die Expertenkommission angegeben, sie wolle das Bundesgericht entlasten; das war ihre Begründung. Genau gleich votiert hat meines Wissens der Branchenverband, die Schweizerische Vereinigung für Schiedsgerichtsbarkeit: Auch diese war mit einem einzigen einstufigen System beim kantonalen Gericht einverstanden. Erst die Botschaft ebnete, wahrscheinlich gestützt auf Vernehmlassungen, den Weg der direkten Beschwerde beim Bundesgericht. Bei der Würdigung der Ausgangslage bitte ich also auch zu bedenken, wer sich für eine Entlastung des Bundesgerichtes ausgesprochen hat. Natürlich hat das auch das Bundesgericht getan, wie Herr Inderkum erwähnt hat.

Ich erlaube mir, Ihnen als Würdigung folgende Punkte mitzugeben: Erstens ist mit Sicherheit mit einer Zunahme der Belastung des Bundesgerichtes zu rechnen. Zweitens zeigen die Statistiken der letzten Jahre, dass die Zuständigkeit des kantonalen Gerichtes ein wirksamer Filter ist: Etwa die Hälfte der Fälle wurde dort abgehalten; die Hälfte der Fälle

ist also nicht ans Bundesgericht weitergezogen worden. Drittens handelt es sich bei den Fällen, die von Schiedsgerichten behandelt werden, zu einem guten Teil um Baustreitigkeiten, um Auseinandersetzungen über Bauten, Gebäude, Anbauten usw., also um die berühmten «Badewannenstreitigkeiten». Es gibt natürlich grosse Auseinandersetzungen, es gibt aber auch viele kleine. Ich habe den Eindruck, dass einige davon nicht bundesgerichtswürdig sind.

Viertens, noch einmal: Der Gesetzgeber ist ausgezogen, Herr Inderkum hat das bestätigt, das Bundesgericht zu entlasten, um den Rechtsschutz zu verbessern - einverstanden! Diesem Ziel handeln wir zuwider, wenn wir hier übernehmen, was der Bundesrat vorgeschlagen hat. Ich meine also, es sei vernünftig, sich das noch einmal zu überlegen. Was spricht dagegen? Die Attraktion des Schiedsstandortes Schweiz? Wenn wir schon dem kantonalen Richter künftig die Verantwortung für alle zwingenden Fälle zutrauen, wird er doch auch noch diese Fälle übernehmen können. Natürlich hat das Argument der Einheitlichkeit der Rechtsprechung Gewicht. Aber in allen Normalfällen trauen wir das dem kantonalen Oberrichter auch zu - und dort zwingend; also können wir das hier auch vorsehen!

Ich bitte also, das noch einmal abzuklären und die offenen Fragen, die ich aufgeworfen habe, zu überprüfen. Sonst treffen wir hier einen systemwidrigen Entscheid, und das scheint mir nicht verantwortbar. Ich bitte Sie, diese Überlegungen mitzunehmen, und vertraue darauf, dass der Bundesrat sie in der Kommission des Zweitrates zur Diskussion

Blocher Christoph, Bundesrat: Herr Pfisterer hat jetzt darauf hingewiesen; er hat gesagt, es gebe noch andere Optionen: eine Option mit dem Bundesgericht als zweiter Instanz nämlich den Instanzenzug über ein Kantonsgericht an das Bundesgericht - und die Option einer kantonalen Gerichtsbarkeit als einziger Instanz, ohne Möglichkeit der Weiterziehung. Wir werden das in der nationalrätlichen Kommission selbstverständlich nochmals zur Sprache bringen, aber ich darf Ihnen sagen, dass wir die Optionen geprüft haben. Es ist also nicht so, dass sie nicht gewürdigt worden wären. Einerseits muss ich Ihnen sagen, dass von keiner Seite be-

stritten wird, dass der heutige doppelte Instanzenzug gegen den Schiedsspruch eine Hauptschwäche der Binnen-schiedsgerichtsbarkeit ist – das wird von allen Seiten aner-kannt. Eine einzige Rechtsmittelinstanz würde genügen, und wenn man die hat, ist natürlich auch der Instanzenzug - das Schiedsgericht und eine Beschwerdeinstanz - kurz und schneller, als wenn noch zwei Instanzen obendrauf sind. Wenn es noch zwei Instanzen gibt, wird die Binnenschiedsgerichtsbarkeit vielfach nicht benützt, weil gesagt wird: Ja, wir müssen zuerst ein Gericht bestellen, wir müssen schauen, ob sie Zeit haben; dann haben wir trotzdem noch zwei Instanzen. Das wird heute von Rechtskreisen als Hauptnachteil empfunden.

Andererseits ist kontrovers, wie auch heute zum Ausdruck gekommen ist, wer diese Rechtsmittelinstanz sein soll: das Bundesgericht oder das örtliche kantonale Obergericht. Für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ist es das Bundesgericht, festgelegt in Artikel 191 IPRG. Es soll auch so bleiben, ich glaube, das ist unbestritten; auch Herr Pfisterer möchte da nicht zurückbuchstabieren. Das Bundesgericht wehrt sich jedoch dagegen, künftig auch in der Binnengerichtsbarkeit die einzige Rechtsmittelinstanz zu sein. Es befürchtet vor allem eine Mehrbelastung, und es befürchtet, dass sich die Zivilprozessordnung so in Widerspruch zur Justizreform setzen würde. Das sind die Argumente, die hier angeführt werden; das muss ernst genommen werden.

Wir haben einmal versucht, Schiedsgerichtsurteile zu analysieren, auch in Bezug auf ihren Weiterzug. Es ist zuzugeben: Es ist schwierig, jetzt Prognosen über die zukünftige Belastung des Bundesgerichtes abzugeben, für den Fall, dass wir diese Beschwerdemöglichkeit zulassen und das Bundesgericht auch für die Binnengerichtsbarkeit als einzige Instanz haben.

Was wir aber herausgefunden haben, ist, dass die Anzahl angefochtener Schiedssprüche im Binnenmarkt heute, mit dem heutigen Verfahren eher klein ist. Das kann sich später natürlich ändern, das schliesse ich nicht aus. Nur in schwerwiegenden Fällen, in denen man das Gefühl hat, die Urteile seien wirklich ausserhalb des Rechtes, wird Beschwerde geführt. Es ist kein Grund ersichtlich, warum dies in Zukunft anders sein sollte. Ich kann Ihnen allerdings zwar nicht garantieren. Aber was ist dann in Zukunft anders? Gibt es mehr Schiedsgerichtsurteile? Wenn es mehr Schiedsgerichtsurteile weitergezogen. Das ist die Frage.

Eine allfällige Mehrbelastung des Bundesgerichtes schliesse ich nicht aus. Aber das ist unseres Erachtens kein zwingendes Gegenargument. Wenn man die Sache nämlich materiell anschaut, sieht sie anders aus - und wir meinen, das sei höher zu gewichten. Warum sollen Binnenschiedsgerichtsurteile anders behandelt werden als internationale? Das ist nicht einzusehen. Und muss einer immer das internationale Schiedsgericht nehmen, damit er vor Bundesgericht gehen kann? Das wäre ja dann die Folge. Er kann die internationale Schiedsgerichtsbarkeit wählen, das ist ihm freigestellt. Wenn wir die Vernehmlassungen anschauen, sehen wir, dass die interne Schiedsgerichtsbarkeit heute etwas despektierlich als Feld-, Wald- und Wiesenverfahren bezeichnet wird. Es sei wohl kaum die Aufgabe unseres höchsten Gerichtes, Schiedssprüche zu überprüfen, die von «unbedarften Ad-hoc-Schiedsrichtern» stammen. Das hat das Bundesgericht geltend gemacht. Deshalb brauche es eine kantonale Vorinstanz als Filter, Das Bundesgericht will eine Vorinstanz. Aber ich habe ihnen dargelegt: Wenn Sie eine Vorinstanz machen, sind Sie wieder bei den von allen anerkannten Nachteilen.

Ich weiss nicht, ob die heutige Binnenschiedsgerichtsbarkeit – würde man die Sache heute untersuchen – so grundlegend anders und schlechter wäre als die internationale. Das haben wir nicht festgestellt. Auch in der Binnenschiedsgerichtsbarkeit sind heute schon viele institutionelle Schiedsgerichte tätig. Die Hauptfälle sind im gesamten Bereich der Wirtschaft. Die Handelskammern der Kantone sind durchaus gute, professionelle Schiedsgerichte, welche mit den internationalen Schiedsgerichten durchaus verglichen werden können.

Natürlich gibt es auch Ad-hoc-Schiedsgerichte. Aber auch dort – zum Beispiel im ganzen Immobilien- und Baubereich – greift man meist auf bestehende Schiedsordnungen zurück, es muss ja eine Schiedsordnung gewählt werden. Dort wählt man, nicht wahr, diese bestehenden Schiedsordnungen. Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass es nicht so ist, dass man einfach wild drauf los improvisiert und prozessiert. Das mag es im Ad-hoc-Bereich im Einzelfall einmal gehen.

Dass das Bundesgericht – und das ist jetzt natürlich ein wesentlicher materieller Faktor – und nicht ein kantonales Obergericht als einzige Rechtsmittelinstanz im Vordergrund steht, ist natürlich von der Einheitlichkeit des Prozessrechtes und der Einheitlichkeit des Rechtes ein Gebot. Sie müssen sehen: Wenn alle Schiedsgerichte im Bereich der Binnenschiedsgerichtsbarkeit am Bundesgericht vorbeigehen würden und dies auch noch häufiger vorkommen sollte – was man ja eigentlich erwarten dürfte, wir wissen es nicht – und wenn wir keine gesamtschweizerische oberste Instanz hätten, dann fällte natürlich ein kantonales Gericht den letzten Entscheid, in jedem Kanton einen anderen, und dann erlangten wir diese Einheitlichkeit nicht.

Der Vorschlag des Bundesrates, dem sich die Kommission für Rechtsfragen einstimmig angeschlossen hat, wird diesem Umstand gerecht.

Herr Pfisterer hat Recht: Das ist erst nach der Vernehmlassung dazugekommen. Denn die Bedenken gegen den Vorschlag der Expertenkommission waren so zahlreich, dass man das nicht mehr wollte. Zudem ist in den Vernehmlassungen noch ein Grund, unterschwellig und manchmal auch deutlich, zum Ausdruck gekommen: Es wurde gesagt, dass man vor allem bei Schiedsgerichtsbarkeiten, wo es um kantonale Angelegenheiten geht und ein Aussenstehender dabei ist, wenig Vertrauen habe, dass der Aussenstehende berücksichtigt wird.

Ich möchte Sie daher bitten, dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen. Es ist ja kein anderer Antrag gestellt.

Wir werden es nochmals zur Sprache bringen, aber ich wollte es hier erklären, weil es eine bedeutungsvolle Frage ist. Wir nehmen die Vorbehalte von Herrn Pfisterer selbstverständlich ernst.

Angenommen – Adopté

#### Art. 391-397

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Artikel 391 enthält die Beschwerdegründe, und zwar geht es um verfahrensrechtliche Rügen, die sich bei den Buchstaben a, b, c und d finden; bei Buchstabe e geht es dann um die materielle Rüge. Die verfahrensrechtlichen Rügen, also die Buchstaben a bis und mit d, sind identisch mit den Rügen gemäss der Schiedsordnung in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

Ein Unterschied besteht jedoch bei Buchstabe e, der hier in der Schweizerischen Zivilprozessordnung den Begriff der Willkür enthält, was übrigens identisch mit der heutigen Regelung gemäss Konkordat ist, wogegen die Schiedsordnung gemäss IPRG - also die internationale Schiedsgerichtsbarkeit - als materiellen Beschwerdegrund die Unvereinbarkeit mit dem sogenannten Ordre public enthält. Es wurde durch das Bundesgericht vorgeschlagen, dass man hier in der Schweizerischen Zivilprozessordnung den Beschwerde-grund der Willkür durch denjenigen der Unvereinbarkeit mit dem Ordre public ersetzen solle. Mit Ordre public, wie er sich in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit findet, ist aber der sogenannte universelle Ordre public gemeint, d. h., es geht um fundamentale Rechtssätze, welche universelle Geltung beanspruchen, beispielsweise etwa die Grundsätze «Pacta sunt servanda» und «Keine Enteignung ohne Entschädigung». Dieser Begriff ist also sehr eng. Anders verhält es sich mit dem Begriff der Willkür, der ein breiteres Anwendungsgebiet impliziert.

Die Kommission ist hier bewusst beim Begriff der Willkür geblieben, weil sie der Auffassung ist, dass die Willkürkontrolle – die wir wie gesagt jetzt schon im Konkordat kennen – im schweizerischen Rechtsbewusstsein und insbesondere auch im Rechtsbewusstsein des Schiedsgerichtswesens tief verankert ist. Daher soll er für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit beibehalten werden.

Damit habe ich keine Bemerkungen mehr zur Schiedsgerichtsbarkeit, und mit der Schiedsgerichtsbarkeit ist meine Berichterstattung abgeschlossen.

# Angenommen – Adopté

**Präsident** (Bieri Peter, Präsident): Ich danke Herrn Inderkum für seine Berichterstattung. Bericht erstatten wird von hier an Herr Wicki.

# Art. 398

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wir kommen nun zu den Schlussbestimmungen, zu Artikel 398. Im Rahmen seiner Ausführungsbestimmungen wird der Bundesrat insbesondere Formulare für gewisse Gerichtsurkunden und Parteieingaben ausarbeiten. Im Vordergrund steht ein Formular für das Schlichtungsgesuch. Nützlich wären aber auch, zumindest für das vereinfachte Verfahren, Klageformu-

lare und Gesuchsformulare für das summarische Verfahren, zum Beispiel ein Formular für das Rechtsöffnungsbegehren. So könnte man diese Formulare vom Internet herunterladen, ausfüllen, ausdrucken und dann ans Gericht schicken. In einzelnen Kantonen, zum Beispiel in Luzern, ist das schon heute möglich. Wichtig ist, dass die Formulare laientauglich gestaltet werden. Zudem ist aber auch darauf hinzuweisen, dass es keinen Zwang geben darf, diese Formulare zu benutzen.

Angenommen - Adopté

## Art. 399

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Trotz der neuen Bundeskompetenz für das Zivilprozessrecht bleibt den Kantonen gemäss Artikel 399 die Möglichkeit, Pilotprojekte durchzuführen. In dieser Hinsicht ist aber Zurückhaltung angezeigt. Der Zweck der Vereinheitlichung darf nicht gefährdet werden. Daher ist es richtig, dass solche Versuche vom Bund genehmigt werden müssen.

Seitens des Bundesrates und des Bundesamtes für Justiz wurde uns in der Kommission erklärt, man werde mit der Bewilligung von Pilotprojekten zurückhaltend sein, ein wildes Experimentieren sei somit ausgeschlossen. Es könne nicht sein, dass ein Kanton einen dauernden Versuch ausserhalb der ZPO mache. Ewige Versuche seien klar zu vermeiden. Es könne nicht angehen, dass einige Kantone unter dem Titel «Versuch» längere Zeit eine Praxis betreiben, ohne dass eine Aussicht auf Verallgemeinerung und damit auf die Wiederherstellung eines rechtsgleichen Zustandes bestehe.

Angenommen – Adopté

# Art. 400

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wir kommen zum 2. Titel: Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts, Artikel 400. Auf die einzelnen Bestimmungen betreffend die Aufhebung und Änderung des bisherigen Rechts werden wir im Anhang eingehen. Grundsätzlich ist zu sagen, dass das materielle Zivilrecht soweit als möglich von prozessrechtlichen Regeln entlastet wird. Das Zivilprozessrecht wird in der neuen Schweizerischen Zivilprozessordnung kodifiziert. Hinsichtlich der kantonalen Prozessordnungen ist Artikel 49 Absatz 1 der Bundesverfassung zu beachten, wonach das Bundesrecht entgegenstehendem kantonalem Recht vorgeht. Die Bundeskompetenz auf dem Gebiet des Zivilprozessrechtes ist in Artikel 122 Absatz 1 der Bundesverfassung gegeben. Bei dieser Bundeskompetenz handelt es sich um eine sogenannte konkurrenzierende Kompetenz. Diese entfaltet gegenüber dem kantonalen Recht nachträglich derogatorische Wirkung. Die Schweizerische Zivilprozessordnung kann somit in Kraft treten, ohne dass das kantonale Prozessrecht durch einen förmlichen Akt seitens der Kantone aufgehoben werden müsste.

Jetzt noch eine Bemerkung betreffend die kantonalen Konkordate. In unserer Kommission stellten wir uns die Frage, was mit den kantonalen Konkordaten geschieht, wenn die eidgenössische Zivilprozessordnung in Kraft tritt. Die Abklärungen des BJ ergaben Folgendes: Betroffen sind fünf Konkordate, nämlich erstens jenes über die Schiedsgerichtsbarkeit, zweitens jenes über die Rechtshilfe in Zivilsachen, drittens jenes über die Vollstreckung von Zivilurteilen, viertens jenes über die Rechtshilfe zur Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen Ansprüchen und fünftens jenes über die Befreiung von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die

Prozesskosten. Diese Konkordate werden durch die eidgenössische Prozessordnung obsolet. Die Schweizerische ZPO geht ihnen als höherrangiges Recht automatisch vor. Rechtlich gesprochen sind diese Konkordate in ihrer Geltung suspendiert. Es spielt an sich keine Rolle, ob sie formell aufgehoben werden oder nicht. Der Bundesrat wies darauf hin, dass wegen der historischen Bedeutung der einheitlichen ZPO wohl ein formeller Aufhebungsakt angezeigt sei. Zuständig dafür sind aber die Kantone. Der Bund ist nicht befugt, Staatsverträge unter den Kantonen aufzuheben. Am einfachsten wäre es, wenn die Kantone bei der organisatorischen Umsetzung der Schweizerischen ZPO jeweils eine Bestimmung aufnehmen, dass die genannte Konkordate gekündigt sind.

Angenommen – Adoptě

# Art. 401, 402

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu den Artikeln 401 und 402: Für die Prozesse, die bei Inkrafttreten der Schweizerischen Zivilprozessordnung hängig sind, ist bis zum Urteil das bisherige kantonale Prozessrecht massgebend. Für ein anschliessendes innerkantonales Rechtsmittel gilt dann aber die Schweizerische Zivilprozessordnung.

Angenommen – Adopté

# Art. 403, 404

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Art. 405

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Referendum und Inkrafttreten: Hinsichtlich des Inkrafttretens habe ich mich bereits beim Eintreten geäussert. Im Übrigen wird, wie beim eidgenössischen Strafprozessrecht, der Übergang zum eidgenössischen Zivilprozessrecht von der KKJPD begleitet werden und in Zusammenarbeit mit dem EJPD erfolgen können.

Angenommen – Adopté

Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts Abrogation et modification du droit en vigueur

# Ziff. I

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Ch.

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das materielle Zivilrecht so weit als möglich von prozessrechtlichen Regeln entlastet wird, dass die prozessrechtlichen Béstimmungen also aus dem materiellen Recht herausgenommen und in die ZPO überführt werden. In verschiedenen Fällen handelt es sich bei den Änderungen bisherigen Rechts lediglich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Ziffer I, Aufhebung bisherigen Rechts: Der Gegenstand des Gerichtsstandsgesetzes wird nun in den Artikeln 8 bis 44 der ZPO geregelt. Sonst habe ich zu Ziffer I keine Bemerkungen.

Angenommen - Adopté

# Ziff. II Einleitung

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Ch. Il introduction

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

# Ziff. II Ziff. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Ch. II ch. 1

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Wicki** Franz (C, LU), für die Kommission: Artikel 11, Schlichtungsverfahren, und Artikel 12, Zivilrechtspflege, sind in die ZPO integriert worden.

Angenommen - Adopté

# Ziff. II Ziff. 2

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Ch. II ch. 2

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 76 Absatz 1: Gemäss der Botschaft geht es um eine Anpassung an Artikel 57 ZPO. Im Bundesgerichtsgesetz, das erst seit Kurzem in Kraft ist, heisst es in Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b: «Zur Beschwerde in Zivilsachen ist berechtigt, wer .... ein rechtlich geschütztes Interesse an der Aufhebung oder Änderung des angefochtenen Entscheids hat.» Das rechtliche Interesse ist ausdrücklich erwähnt. Mit der Änderung soll ein schutzwürdigen Interesse genügen

Wir haben uns in der Kommission mit dieser Änderung nicht im Detail auseinandergesetzt. Persönlich bin ich der Meinung, dass der Zweitrat prüfen sollte, ob die bisherige restriktivere Formulierung, also nicht allgemein «schutzwürdiges Interesse», sondern «rechtlich geschütztes Interesse», nicht beizubehalten ist, dies insbesondere, nachdem das Bundesgerichtsgesetz erst vor Kurzem in Kraft getreten ist.

**Blocher** Christoph, Bundesrat: Wir werden diese Frage, die Herr Wicki gestellt hat, selbstverständlich im Zweitrat auch von uns aus zur Sprache bringen.

Angenommen - Adopté

# Ziff, II Ziff, 3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
mit Ausnahme von:
Art. 8 Titel
Streichen
Art. 135 Titel
G. Aufhebung des ....

#### Ch. II ch. 3

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
à l'exception de:
Art. 8 titre
Biffer
Art. 135 titre
G. Suspension ....

**Wicki** Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 8 Randtitel: Dieser Änderungsvorschlag wurde versehentlich in den Entwurf aufgenommen. Die Änderung ist nicht nötig, demzufolge bleibt es beim bisherigen Recht bzw. beim bisherigen Text.

Zu Artikel 10 und den folgenden angeführten Artikeln: Dies sind Anpassungen an die ZPO. Artikel 10 ZGB ist eine Beweisvorschrift. Die Kantone können für die Beweisbarkeit eines Geschäftes nicht mehr an besondere Formen anknüpfen. Es gilt nun die freie Beweiswürdigung nach Bundesrecht. Die übrigen genannten Bestimmungen werden aufgehoben, da sie nun in der ZPO geregelt sind.

Die nächste Bemerkung betrifft Artikel 135: Hier gibt es eine redaktionelle Änderung: Statt «Aufhebung des gemeinsamen Haushalts» lautet der Titel jetzt «G. Aufhebung des gemeinsamen Haushalts».

Im Übrigen habe ich bis und mit Artikel 598 Absatz 2 ZGB auf Seite 175 der deutschen Fahne keine Bemerkungen mehr zu machen.

Zu Artikel 618 Absatz 1 ZGB; Gemäss der heutigen Fassung des Zivilgesetzbuches stellt beim Schatzungsverfahren von Grundstücken der amtlich bestellte Sachverständige den Anrechnungswert endgültig fest. Nun wird das Wort «endgültig» gestrichen, da der Richter nach Artikel 154 ZPO die Beweise frei würdigt. Das Gericht ist nach dieser Änderung nicht mehr an den Schätzungswert gebunden; es kann zum Beispiel auch noch einen Oberexperten anrufen. Das die Bemerkungen zu dieser Bestimmung.

Dann geht es weiter zu Artikel 712c und den restlichen zu ändernden Artikeln des ZGB, zu welchen ich keine Bemerkungen mache.

Angenommen – Adopté

# Ziff. II Ziff. 4

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Ch. II ch. 4

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Ziff. II Ziff. 5

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
mit Ausnahme von:

Art. 97 Abs. 2

Für die Vollstreckung gelten die Bestimmungen des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes sowie der Schweizerischen Zivilprozessordnung vom ....

Art. 1165 Abs. 3

..., letzten Sitz des Schuldners ....

# Ch. li ch. 5

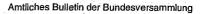
Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral à l'exception de:

Art. 97 al. 2

Les dispositions de la loi fédérale du 11 avril 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite et du Code de procédure civile suisse du .... s'appliquent à l'exécution.

Art. 1165 al. 3

.... Le juge du siège actuel ou du dernier siège du débiteur



Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hinsichtlich der Verjährungsunterbrechung bleibt es bei der heutigen gefestigten Praxis. Massgebend ist der Moment des Abschickens, also der Poststempel, oder die Übergabe gegen Quittung, allenfalls im internationalen Verhältnis die Übergabe an die konsularische Vertretung.

Zu Artikel 138 Absatz 1: Hier haben wir eine materielle Änderung. Heute ist es so, dass die Verjährungsfristen durch Prozesshandlungen unterbrochen werden und dann immer wieder unterbrochen werden müssen. Wenn der Prozess lange dauert, besteht das Risiko der Verjährung. Nach der neuen Regelung kann während des Prozesses keine Verjährung eintreten. Wenn dann der Prozess zu Ende ist, beginnt die Frist neu zu laufen.

Zu den Artikeln 139 bis 697 Absatz 4 habe ich keine Bemer-

Zu Artikel 697h ff.: Hier kann erwähnt werden, dass bisher im Obligationenrecht Spezialfälle geregelt waren. Jetzt haben wir die allgemeinen Regelungen in der ZPO

Zu Artikel 1165 Absatz 3, das finden Sie auf Seite 179 der Fahne: Massgebend ist nicht der Wohnsitz, sondern der Sitz. Diese Änderung wurde auf Vorschlag der Verwaltung aufgenommen.

Angenommen - Adopté

# Ziff. II Ziff. 6-16

06.062

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Ch. II ch. 6-16

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Ziff. II Ziff. 17

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates mit Ausnahme von: Art. 56 Ziff. 2

2. während der Betreibungsferien, nämlich:

a. vom siebten Tag vor Ostern bis und mit dem siebten Tag nach Ostern:

b. vom 15. Juli bis und mit dem 15. August;

c. vom 18. Dezember bis und mit dem 2. Januar.

In der Wechselbetreibung gibt es keine Betreibungsferien.

Art. 81 Abs. 2

.... Einwendungen gegen die Leistungspflicht erheben, sofern ....

# Ch. II ch. 17

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral à l'exception de: Art. 56 ch. 2

2. pendant les féries, à savoir:

a. du septième jour avant Pâques au septième jour après Pâques inclus;

b. du 15 juillet au 15 août inclus;

c. du 18 décembre au 2 janvier inclus.

Il n'y a pas de féries en cas de poursuite pour effets de change.

.... peut soulever d'autres objections contre son obligation à condition qu'elles puissent être prouvées immédiatement.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 56 Ziffer 2 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs: Hier werden die Betreibungsferien den Gerichtsferien angepasst. Dies war ein Anliegen der Betreibungs- und Konkursleute. Dadurch werden die Betreibungsferien etwas ausge-

Die nächste Bemerkung betrifft Artikel 81 Absatz 2. Hier geht es um die Vollstreckung öffentlicher Urkunden. Es geht darum, Artikel 81 Absatz 2 SchKG dem Artikel 349 Absatz 1 der ZPO anzupassen; für den Fall, dass Geldleistungen mittels dieser vollstreckbaren öffentlichen Urkunde vollstreckt werden. Es sind hier auch die weiteren Einwendungen gegen die Leistungspflicht zugelassen; unter der Voraussetzung, dass sie sofort, d. h. mit liquiden Beweismitteln, beweisbar sind. Da besteht ein Unterschied zur provisorischen Rechtsöffnung. Es wird präzisiert, dass sich Einwendungstatsächen nicht nur gegen die Vollstreckbarkeit, sondern auch gegen die Leistungspflicht aus dem Grundgeschäft richten können. Die Begründung dafür ist die materielle Differenz zum Urteil als Titel für die definitive Rechtsöffnung. Dort haben wir eine Res iudicata, was wir bei der öffentlichen Urkunde nicht haben. Es sollen mehr Einwendungen möglich sein als beim gerichtlichen Urteil.

Blocher Christoph, Bundesrat: Sie sehen die Änderung bei Artikel 56 Ziffer 2. Wir finden es auch zweckmässig, dass die Betreibungsferien an die Gerichtsferien angepasst werden wobei für uns nicht die Verlängerung dieser Ferien im Vordergrund gestanden ist, sondern einfach die Übereinstimmung. Darum finden wir das zweckmässig.

Angenommen – Adopté

# Ziff. II Ziff. 18

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates mit Ausnahme von: Art. 12 Aufheben Art. 109 Abs. 2; 112 Abs. 1; 113; 129 Abs. 2, 3 Unverändert

# Ch. II ch. 18

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral à l'exception de: Art. 12 Abroger Art. 109 al. 2; 112 al. 1; 113; 129 al. 2, 3 Inchangé

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht: Im Gegensatz zum Entwurf des Bundesrates sind die Artikel 109 Absatz 2, 112 Absatz 1, 113 sowie 129 Absätze 2 und 3 nicht aufzuheben. Die Aufhebung wurde versehentlich vorgeschlagen. Dann habe ich bis zum Schluss keine Bemerkungen mehr.

Blocher Christoph, Bundesrat: Zu Ziffer 18: Sie sehen, es gibt eine ganze Reihe von Änderungen, z.B. bei den Artikeln 12 und 109. Wir opponieren diesen Änderungen nicht, aber diese Bestimmungen werden im Rahmen der Revision des Lugano-Übereinkommens noch geprüft werden. Wir sind noch nicht sicher, ob sie damit in Übereinstimmung stehen. Das gilt auch für die Artikel 113 und 129.

Angenommen – Adopté

# Ziff. II Ziff. 19-30

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Ch. II ch. 19-30

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

21. Juni 2007 Ständerat 06.062

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes .... 24 Stimmen (Einstimmigkeit) (0 Enthaltungen)

Abschreibung - Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen - Adopté

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr La séance est levée à 12 h 55



Delegation dieser Aufgabe einverstanden erklärt. Wir sind deshalb der Meinung, dass es zulässig ist, und bitten Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie auch bitten, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Wie gesagt worden ist, hat die Teilrevision des Asylgesetzes mit dem neuen Artikel 98b den zuständigen Behörden die Möglichkeit eröffnet, zur Feststellung der Identität einer asylsuchenden oder zu schützenden Person die biometrischen Daten zu bearbeiten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt hat das Bundesamt für Migration aus praktischen Gründen die Abnahme der Fingerabdrücke von Asylsuchenden in den Empfangszentren an Dritte delegiert. Da vorgesehen ist, auch künftig biometrische Daten – auch andere als Fingerabdrücke – zu erfassen und zu evaluieren, und da biometrische Daten zu den besonders schützenswerten Daten gehören, muss die Delegation an einen Dritten in einem formellen Gesetz erfolgen; Herr Nationalrat Fluri hat dies ausgeführt.

Die Einführung von Absatz 1bis in Artikel 98b trägt diesem Erfordernis Rechnung. Das Bundesamt für Migration muss gewährleisten, dass der beauftragte Dritte die datenschutzrechtlichen Normen und diejenigen der Informatiksicherheit beachtet. Der Dritte muss einen hohen Sicherheitsstandard und hohe Anforderungen erfüllen. Ich denke, dass es richtig ist, dass man diese Aufgabendelegation auf Gesetzesstufe vornimmt und die Möglichkeit eröffnet, diese Aufgabe unter ganz bestimmten Voraussetzungen an Dritte zu delegieren.

Humbel Näf Ruth (CEg, AG), für die Kommission: Die Kommission hat die Aufgabendelegation mit 15 zu 8 Stimmen beschlossen, hat den von der Minderheit aufgenommenen Antrag also abgelehnt. Die Kommissionsmehrheit ist klar der Meinung, dass die Kompetenzdelegation, welche heute auf Verordnungsstufe geregelt ist, auf Gesetzesstufe erhoben werden muss, weil es künftig auch um biometrische Daten geht, welche erfasst werden sollen. Das sind schützenswerte Daten. Es braucht dazu eine gesetzliche Grundlage. Wir liessen uns auch informieren, dass der Datenschutzbeauftragte nichts dagegen einzuwenden hat. Es ist daher richtig, wenn wir der Fassung der Kommissionsmehrheit zustimmen, also der Fassung des Bundesrates, wie sie vom Ständerat beschlossen worden ist.

Die Kommission beantragt dies mit 15 zu 8 Stimmen; ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Le président (Bugnon André, président): Le groupe UDC soutient la proposition de la majorité.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 07,083/598) Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 56 Stimmen

# Anhänge

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# **Annexes**

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 07.083/599) Für Annahme des Entwurfes ... 99 Stimmen Dagegen ... 50 Stimmen 06.062

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221)
Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)
Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)

Antrag der Minderheit

(Schwander, Freysinger, Geissbühler, Heer, Kaufmann, Reimann Lukas)

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, den Entwurf zur Zivilprozessordnung so zu überarbeiten, dass den Kantonen neben der Organisation der Gerichte, der Regelung der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte und der Regelung der Kostentarife zusätzlich die offene Regelungsautonomie garantiert wird.

Proposition de la minorité

(Schwander, Freysinger, Geissbühler, Heer, Kaufmann, Relmann Lukas)

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat de remanier le projet du Code de procédure civile de telle sorte que les cantons jouissent d'une autonomie totale en matière de réglementation, en plus de la liberté d'organisation des tribunaux, de réglementation de la compétence matérielle des tribunaux et de réglementation des tarifs des coûts.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Nous examinons aujourd'hui une loi extrêmement importante et qui reflète la volonté du peuple et des cantons de codifier le droit de la procédure civile au niveau fédéral, comme nous l'avons déjà fait en matière de procédure pénale.

Comme vous le savez, la Suisse compte actuellement 26 cantons, pour autant de codes de procédure qui contiennent environ 10 000 dispositions légales cantonales. Cette situation n'est évidemment pas sans créer de nombreux problèmes car, même si les grands principes de procédure sont en général les mêmes dans tous les cantons, les situations pratiques donnent lieu à des traitements différents d'un canton à l'autre.

Pour le justiciable commé pour l'avocat, il est aujourd'hui extrêmement difficile de plaider hors de son canton, ce qui restreint le libre choix du mandataire pour le justiciable et augmente les coûts des interventions de celui-là. A cela s'ajoute le fait qu'au fil du temps, le législateur fédéral a édicté dans les lois fédérales de multiples dispositions de procédure qui s'appliquent en lieu et place des dispositions de droit cantonal, ou parallèlement à celles-ci.

L'avant-projet de Code de procédure civile a reçu un accueil positif sur le principe et il a fait l'objet de nombreuses critiques dont le Conseil fédéral a tenu compte en présentant son message du 28 juin 2006. Les craintes les plus fréquentes ont été émises par les cantons, soucieux que la nouvelle loi n'entraîne pas de dépenses supplémentaires et que l'organisation des tribunaux reste de leur compétence.

Le projet a largement tenu compte de ces voeux, puisque le Code dè procédure civile réglemente exhaustivement la procédure, alors que les cantons demeurent libres d'organiser les tribunaux ainsi que de réglementer la compétence matérielle qui s'y rattache. De même, ils conservent la compétence de légiférer en matière de tarifs. D'ailleurs, le code devrait aussi répondre à la volonté légitime des cantons que

l'unification n'engendre pas de coûts supplémentaires dans l'administration de la justice.

Contrairement à ce qui s'est passé en matière de procédure pénale, où il a fallu faire des choix entre différents modèles de procédure, le Code de procédure civile constitue plutôt un condensé des 26 codes de procédure civile et des principes qu'ils contiennent. La transition sera ainsi de toute évidence plus aisée pour l'ensemble des cantons. Alors que dans plusieurs cantons l'entrée en vigueur du Code de procédure pénale modifiera, pour ne pas dire révolutionnera, la structure de certains tribunaux, le Code de procédure civile n'entraîne la création d'aucun tribunal.

Dans les grandes lignes, ce nouveau code est empreint de l'idée, tant pour des raisons philosophiques que pratiques, que les tribunaux ne doivent être, dans l'idéal, saisis qu'après qu'un règlement extrajudiciaire du litige aura été tenté. C'est la raison pour laquelle le code fait la part belle à la conciliation et à la médiation, cette dernière étant en pleine évolution et appliquée dans de nombreux pays, notamment dans ceux de droit anglo-saxon. La conciliation et la médiation deviennent ainsi la règle, avant qu'un tribunal ne soit saisi, même si des exceptions sont prévues. Contrairement à la conciliation, la médiation peut encore intervenir durant la procédure.

Le nouveau Code de procédure civile distingue également la procédure ordinaire, que connaissent déjà tous les cantons et dans laquelle l'initiative des parties est prédominante, de la procédure simplifiée soumise à la maxime inquisitoire et essentiellement orale, même si, là aussi, des exceptions sont prévues, le but étant qu'une certaine souplesse permette de rendre la justice dans les meilleures conditions

Le Code de procédure civile prévoit également des règles particulières en matière de divorce, même si le consensus ne s'est pas fait à ce stade en matière de conciliation, le Conseil fédéral et la majorité de la commission estimant qu'elle n'a pas lieu d'être dans ce type de procédure.

Par ailleurs, le nouveau Code de procédure civile prévoit expressément le droit d'action des organisations, conformément à la jurisprudence du Tribunal fédéral, développée tout d'abord dans le domaine de la protection de la personnalité, puis étendue à d'autres lois spéciales, notamment dans le domaine de la propriété intellectuelle. Les organisations ne pourront toutefois agir qu'en interdiction, en cessation ou en constatation d'atteintes imminentes, mais non en exécution d'une prétention pécuniaire des personnes lésées

En revanche, la «class action» n'a pas été introduite dans le Code de procédure civile pour plusieurs raisons: elle est étrangère à nos outils juridiques traditionnels de droit continental; elle est considérée comme étant extrêmement complexe et source d'abus possibles sous forme de «legal blackmail». Le fait que personne ne semble sérieusement le regretter démontre que nos moeurs judiciaires ne sont, à tout le moins en l'état, pas prêtes à adopter une tellé action en droit de procédure civile helvétique.

Enfin, ce nouveau code fait la part belle à l'arbitrage interne, l'arbitrage international relevant du droit international privé. Il était important de réserver à l'arbitrage une place de choix dans le nouveau Code de procédure civile, car l'arbitrage, qu'il soit interne ou international, tient un rôle extrêmement important dans le monde juridique et économique helvétiaue.

Finalement, c'est un bon code, compréhensible par le justiciable, et assurant une application unifiée du droit de procédure sur tout le territoire suisse. Mais ce code est aussi respectueux du fédéralisme, puisqu'il laisse aux cantons une marge de manoeuvre très importante en matière d'organisation judiciaire, de réglementation de la compétence matérielle qui s'y rattache et de tarification des procédures.

C'est la raison pour laquelle la commission vous invite à entrer en matière sur ce projet de loi.

Une fois l'entrée en matière acceptée, ce qui sera une formalité puisque aucun groupe ne l'a contestée, je vous invite à rejeter la proposition de la minorité Schwander de renvoyer le projet au Conseil fédéral, déposée pour le moins tardivement et soutenue uniquement par les membres du groupe UDC.

Je rappelle que l'avant-projet et le projet émanent de l'ancien conseiller fédéral Blocher qui a littéralement porté ce projet devant la commission du Conseil des Etats, devant le Conseil des Etats lui-même, puis devant la Commission des affaires juridiques du Conseil national. Ce n'est d'ailleurs pas par hasard que la proposition de renvoi est intervenue postérieurement à sa non-réélection. Ce n'est pas sérieux: en effet, rarement projet de loi n'aura été aussi minutieusement étudié dans toutes les phases de son élaboration. A cela s'ajoute le fait que la proposition de renvoi est motivée par la volonté d'assurer aux cantons une autonomie dans des domaines qui leur sont déjà attribués par le présent projet.

De surcroît et enfin, le texte allemand demande que le Conseil fédéral garantisse la «offene Regelungsautonomie» des cantons, ce qui est un concept inconnu du droit de procédure civile et ce qui rend la proposition de renvoi totalement incompréhensible.

Pour ces raisons, après l'entrée en matière, la commission vous demande de rejeter la proposition de la minorité Schwander de renvoi au Conseil fédéral.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommission, auf die Vorlage einzutreten. Wir haben hier fraglos ein Jahrhundertprojekt vor uns. Bereits in der Helvetik galt der Grundsatz «ein Recht, eine Armee». Auch nach der Bundesstaatsgründung von 1848 gab es jahrelang einen hervorstechenden Diskurs, wonach gerade das Prozesswesen in diesem Lande vereinheitlicht werden müsse. Indessen, es war dem Prozessrecht nicht das gleiche Schicksal beschieden wie dem übrigen Privatrecht. Es brauchte mehr als anderthalb Jahrhunderte, bis die wichtige Weichenstellung eines einheitlichen Prozessrechtes endlich im Strafprozess und nunmehr im Zivilprozess ihren Durchbruch fand. Vielleicht könnte man sogar sagen: Mit dieser Revision findet die 1848 eingeleitete Bundesstaatsbildung im Rechtswesen ihren eigentlichen Abschluss, Aber ich will nicht allzu pathetisch werden. Dieses Gesetz bildet eine wichtige Grundlage für eine neue Stufe der Rechtssicherheit. Es ist wichtig für die ökonomische Entwicklung in diesem Land. Nicht zuletzt angesichts der Globalisierung ist es dringend, hier eine Vereinheitlichung zu schaffen, weil dies die Durchschaubarkeit der Verfahren in unserem Lande verbessert.

Wie Sie wissen, wurde diese Revision mit der grossen Justizreform von 1999 eingeleitet, die auch in der neuen Verfassung ihren Niederschlag fand. Bereits damals wurde eine Expertenkommission eingesetzt. Sie leistete eine wichtige Vorarbeit, weil der heutige Entwurf in den Grundsätzen eigentlich auf dieser Vorarbeit basiert. Im Jahre 2003 fand das Vernehmlassungsverfahren statt, derweil die Botschaft vom 28. Juni 2006 datiert. Unser Rat ist Zweitrat, der Ständerat hat diese Vorlage in der Sommersession des letzten Jahres gutgeheissen. Was sind nunmehr die Grundlagen dieser Vorlage?

1. Das Verfahren wird vereinheitlicht, die Gerichtsorganisation indessen bleibt Sache der Kantone - also: einheitliches Verfahren, Organisationshoheit der Kantone.

2. Keine finanzielle Mehrbelastung für die Kantone – das gilt bei jeder Vereinheitlichungsrevision -, gleichzeitig aber Ge-währung hinreichenden Rechtsschutzes durch die neue Zivilprozessordnung.

3. Einbezug der Mediation und des Schiedsgerichtsverfah-

rens als wesentlicher Teil des Zivilprozesses.

4. Etablierung der Regeln des klassischen Zivilprozesses, wie sie in Lehre und Rechtsprechung in diesem Lande in den letzten Jahrzehnten entwickelt worden sind. Natürlich war das eine Schwierigkeit. Wir haben in den Kantonen heute sehr weit auseinanderliegende Verfahrensgrundsätze und Organisationsgrundsätze – denken Sie an das Novenrecht. Es galt gewissermassen, einen mittleren Weg zu finden. Ich denke, dass die Zivilprozessordnung, wie sie nun vorliegt - auf die Details werden wir noch eingehen -, hier tatsächlich eine gute Mitte gefunden hat.

633

5. Einfaches, bürgernahes und für den Laien – das sei unterstrichen – leicht zugängliches Verfahren.

6. Es werden zwei Grundverfahrensarten etabliert. Zum einen haben wir das ordentliche Verfahren, das dem heutigen ordentlichen Verfahren der meisten Kantone entspricht. Es handelt sich um den klassischen Zivilprozess mit seinen Schriftenwechseln und Replik/Duplik im öffentlichen Gerichtsverfahren. Zum anderen haben wir – bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken und bei ausgewählten Verfahrenstypen, wo es auf die rasche Erledigung ankommt – ein sogenannt vereinfachtes Verfahren, das, so meine ich, durchaus zu einer Verbesserung des Gerichtsalltages nicht zuletzt für Laien, die schnell einen Richterspruch suchen, führen kann. Ebenso haben wir im Bereich des Scheidungsverfahrens spezielle Bestimmungen; dies gilt modifiziert auch für das eherechtliche Verfahren.

Diese Grundsätze, getragen auch vom Kerngrundsatz, dass in der Regel immer zwei Instanzen zur Verfügung stehen müssen, ergeben ein abgerundetes Bild eines griffigen, aber der Komplexität der Fälle gerecht werdenden Zivilprozesses. Die nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen hat in einigen wesentlichen Punkten Differenzen gegenüber den Beschlüssen des Ständerates geschaffen. Das betrifft zum einen die Frage: Soll ein Weiterzug auch gegen handelsgerichtliche Urteile möglich sein, wo solche Handelsgerichte bestehen? Die Nationalratskommission hat das bejaht. Eine Differenz wurde sodann geschaffen, indem in miet- und arbeitsrechtlichen Verfahren nicht nur patentierte Anwältinnen und Anwälte, sondern auch Fachpersonen aus dem Umkreis der entsprechenden Verbände gewerblich tätig sein können. Sodann wurde im ganzen Beweisrecht eine gewisse Modifizierung vorgenommen, indem nun der Beweisauflagebeschluss als wesentlicher Bestandteil des Beginns des Beweisverfahrens gesetzlich normiert worden ist. Ebenso gab es Änderungen im strittigen Bereich des Novenrechts. Die Nationalratskommission hat auch im Bereich des Säumnisses die mildere Fassung des Bundesrates der schärferen Fassung des Ständerates vorgezogen, und wir haben auch im Bereich des Schlichtungsverfahrens in Mietsachen gewisse Modifizierungen gegenüber der Fassung des Ständerates vorgenommen.

Welches sind nun die strittigen Punkte, die sich in der Kommission ergaben? Sie ersehen sie aus der langen Liste der Minderheitsanträge, und es liegen auch Einzelanträge vor. Man kann sagen, dass in der Hauptsache folgende Punkte strittig sind: Das ist einmal die Frage, ob das Sühnverfahren obligatorisch sein soll. Es ist die Frage des Schlichtungsverfahrens im Mietrecht, es ist die Frage des Novenrechts, wo es unterschiedliche Auffassungen gibt, und es sind weitere Detailfragen, auf die wir dann in der Detailberatung eingehen werden. Man kann also festhalten, dass es eigentlich in allen wesentlichen Punkten der zivilprozessualen Essentialia in der Kommission zu Auseinandersetzungen gekommen ist. Die Kommission hat es sich nicht leichtgemacht. Sie hat diese Auseinandersetzung vertieft geführt, und ich denke, wir können Ihnen hier ein Resultat präsentieren, das tatsächlich eine ausgewogene Vorlage beinhaltet.

Ich erlaube mir der Einfachheit halber, jetzt auch gleich zum Rückweisungsantrag der Minderheit Schwander Stellung zu nehmen.

Dieses Gesetz ist ja ein Gesetz, das bis Dezember 2007 vom damaligen Bundesrat Blocher betreut worden ist. Herr Bundesrat Blocher wollte eigentlich, dass dieses Gesetz schon in der Wintersession 2007 behandelt wird, dies war aber leider nicht möglich, weil die Kommission der eingehenderen Beratung doch einen gewissen Vorzug gab – dies übrigens, meine ich, zu Recht. Es war bis Dezember 2007 im Rahmen der Kommission völlig unbestritten, dass auf diese Vorlage einzutreten ist und dass eine Rückweisung eigentlich gar kein Thema ist. Aber es gibt wie überall im Leben auch in der parlamentarischen Beratung Überraschungen. Die Überraschung hier betraf den Rückweisungsantrag der Minderheit Schwander, der gewissermassen abrupt, unverhofft und unerwartet mit dem Argument kam, die Vorlage müsse zurückgewiesen werden, um eine stärkere Kantonali-

sierung in das Gesetz einzubringen, wenn ich das richtig verstanden habe.

Dazu ist Folgendes zu sagen: Das Gesetz basiert auf dem Grundsatz «Bundesverfahrensvorschriften – kantonale Organisation der Gerichtsbarkeit». Zur Frage einer weiter gehenden Kantonalisierung: Es ist unklar, worin die überhaupt bestehen könnte. Es kann aber sicher nicht sein, dass Wir auf dieser Wegstrecke, auf der wir den Schritt des Paradigmenwechsels vollzogen haben, eine Bundeszivilprozessordnung zu etablieren, nunmehr wieder zurückgehen auf einen unsinnigen Mischmasch zwischen Bundesvorschriften und kantonalen Vorschriften. Wir müssen beim Prinzip dieser Zivilprozessordnung, wie sie nun vorliegt, bleiben.

Ich beantrage Ihnen daher namens der Mehrheit der Kommission bereits jetzt, den Rückweisungsantrag der Minderheit Schwander abzulehnen. Wir empfehlen Ihnen Eintreten, das war unbestritten; die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 11 zu 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen

Schwander Pirmin (V, SZ): Am 12. März 2000 hat das Schweizer Stimmvolk der Justizreform zugestimmt. Damit bekam der Bund die Kompetenz, das Zivilprozessrecht für die ganze Schweiz einheitlich zu regeln. Diese für die Schweiz ungewöhnliche Kompetenzverlagerung von unten nach oben wurde unter anderem damit begründet, die unterschiedlichen kantonalen Prozessordnungen mit gegen 10 000 Vorschriften der 26 kantonalen Zivilprozessordnungen und Einführungsgesetze würden die Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche massiv erschweren und entsprächen nicht mehr den Anforderungen im internationalen Prozesswettstreit. Zudem sei die heutige Gesellschaft mobiler und pflege ihre Geschäftsbeziehungen weit über die Kantonsgrenzen hinweg. Weiter wurde gesagt, die Prozesse seien kostengünstiger und beförderlicher durchzuführen. Prozessverschleppungen seien zu unterbinden und die Entscheidungen seien gerecht und aufgrund der materiellen Wahrheit zu fällen. Das sind alles hehre Ziele, aber können wir diese Ziele mit dem vorliegenden Entwurf erreichen? In der Gesamtbeurteilung verneine ich persönlich diese Frage, weshalb meine Minderheit Ihnen einen Rückweisungsantrag unterbreitet, mit dem Auftrag, die Autonomie der Kantone dort, wo es notwendig ist, zu stärken und offener zu formulieren. Warum? Drei Gründe möchte ich anführen:

1. Rückgrat des Zivilprozesses sind die Dispositions- und die Verhandlungsmaxime. Dazu braucht der Instruktionsrichter klare, einheitliche Leitplanken, aber er braucht auch Freiraum. Im Entwurf ist diese Gratwanderung zwischen klaren Leitplanken und Freiraum nicht gelungen, insbesondere nicht bei der Einreichung von Beweisunterlagen und beim Novenrecht. Aber auch im Miet- und Pachtrecht sind viele Fragen ungeklärt und offen. Der Antrag der Minderheit IV (Huber) zu Artikel 195 Absatz 2 ist zwar dringend notwendig und zu unterstützen, aber er bleibt meines Erachtens ein minimaler Rettungsversuch.

nimaler Rettungsversuch.

2. Gegen eine kostengünstige und beförderliche Prozessführung spricht auch die ganze Mediation. 80 Prozent aller Fälle sind Forderungsklagen, und der Kläger will möglichst schnell einen Rechtsöffnungstitel. Wir brauchen keine Konkurrenz zum Schlichtungsverfahren. Vielmehr ist die Möglichkeit einzuräumen, die kantonalen Schlichtungsverfahren je nach Kantonsgrösse unterschiedlich auszugestalten.

3. Das Bundesgesetz über das Bundesgericht sieht die Möglichkeit vor, in Zivilsachen eine einzige Gerichtsinstanz vorschreiben zu können. Warum machen wir von dieser Möglichkeit nicht vollumfänglich Gebrauch und geben den Kantonen nicht die generelle Kompetenz für Spezial- und Fachgerichte, statt die zwei Ausnahmen Handelsgericht und Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung fix festzuschreiben? Die Gesellschaft ist tatsächlich mobiler geworden, auch die Geschäftsbeziehungen reichen überall über die Kantonsgrenzen hinaus. Aber die heutigen Problemstellungen sind auch nicht nur reines Zivil- und reines Verwaltungsrecht. Die Möglichkeit, öffent-

lich-rechtliche und privatrechtliche Verfahren zusammenzulegen, muss in einer modernen Zivilprozessordnung gegeben sein. St. Gallen und Thurgau praktizieren eine Zusammenlegung zum Beispiel bei Baubewilligungsverfahren sehr erfolgreich. Im Personal- und Haftpflichtrecht haben wir ebenso sehr schnell Überschneidungen, auch in den entsprechenden Unternehmungen. Im Lichte des internationalen Prozesswettstreits sind parallele öffentlich-rechtliche und zivilrechtliche Verfahren in der gleichen Sache zu vermeiden.

Mit meinem Rückweisungsantrag würde dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben, die Zivilprozessordnung im Sinne der Ausführungen so föderalistisch wie möglich und so modern wie heute notwendig bei Überschneidungen in zivil- und öffentlich-rechtlichen Fragen auszugestalten. Auch würde dem Bundesrat dadurch die Möglichkeit gegeben, die Zivilprozessordnung noch mehr zu straffen, im Sinne auch der Vorlage der Experten.

Ich bitte Sie deshalb, meinen Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Thanei Anita (S, ZH): Die Vereinheitlichung der Zivilprozessordnung ist grundsätzlich zu begrüssen, weshalb ich Sie im Namen der SP-Fraktion bitte, auf dieses Geschäft einzutreten und den Rückweisungsantrag der Minderheit Schwander abzulehnen.

Die aktuell bestehende Zersplitterung im Prozessrecht ist unzumutbar und stellt eine Barriere für die Rechtsuchenden dar. Leider sind die Bemühungen auf halbem Wege stehengeblieben. Weiterhin sollen die Gerichtsorganisation, die Regelung der sachlichen Zuständigkeit sowie die Tarifhoheit bei den Kantonen bleiben. Unserer Ansicht nach sollten Regelungen auch in diesen Bereichen in den wesentlichen Zügen in der Schweizerischen Zivilprozessordnung enthalten sein. Es ist im Bereich des Sozialschutzes entscheidend, welche Gerichte zuständig sind und welches Verfahren zur Anwendung gelangt, vor allem für die schwächere Partei. So spielt es beispielsweise im Mietrecht eine Rolle, ob paritätische Gerichte und ordentliche Verfahren oder Einzelrichter im summarischen Verfahren vorgesehen sind. Dasselbe gilt für das Arbeitsrecht. Auch dort spielt es eine Rolle, ob Einzelrichter zuständig sind oder ob es paritätisch zusammengesetzte Gerichte gibt. Auch was die Gerichtskosten betrifft, gibt es heute wesentliche kantonale Unterschiede. Auch hier besteht ein Regelungsbedarf auf Bundesebene. Es ist nicht einzusehen, wieso Herr Müller im Kanton Bern weniger bezahlen muss als allenfalls im Kanton Zürich.

Schlimmer ist jedoch der vorgesehene Kahlschlag im Mietrecht. Worum geht es? Mit der letzten Mietrechtsrevision wurde der Schutz der Mietenden vor allem im Bereich Kündigung und Mängelrechte verbessert. Damit dieser Schutz in der ganzen Schweiz einheitlich durchgesetzt werden kann, enthält das geltende Mietrecht – in Kraft seit dem 1. Juli 1990 – auch Prozessvorschriften. Bundesrat und Parlament gingen nämlich im Jahre 1988 zu Recht davon aus, dass ein richtig verstandener Mieterschutz auch ein spezielles Verfahren benötigt, denn was nützen die besten Gesetzesbestimmungen, wenn sie nicht einfach und ohne grosses Kostenrisiko durchgesetzt werden können? Mit den entsprechenden Prozessvorschriften im OR wird im Übrigen auch dem Sozialschutz gemäss Artikel 109 der Bundesverfassung zum Durchbruch verholfen.

Zwingend sind heute im OR paritätisch zusammengesetzte Schlichtungsbehörden als Fachgremien vorgeschrieben. Diese sind im Bereich Kündigungsschutz und im Verfahren betreffend Mietzinshinterlegung wegen Mängeln entscheidungsbefugt, und es ist nicht ihrem Belieben überlassen. Sie müssen entscheiden, sie können es nicht einfach nur tun, wenn sie das wollen. Bei Mietzinserhöhungsverfahren besteht zwar keine Entscheidungskompetenz der Schlichtungsbehörde, es ist jedoch gesetzlich vorgesehen, dass sich die Vermieterschaft im Falle der Nichteinigung nach einer Schlichtungsverhandlung an das Gericht wenden muss. Diese Regelung hat sich in der Praxis bewährt; insbeson-

dere hat die Mieterseite mit der Entscheidungskompetenz der Schlichtungsbehörde gute Erfahrungen gemacht.

Ohne Not soll nun einiges zulasten der Mietenden anders geregelt werden. Im Namen der SP-Fraktion kann ich Ihnen mitteilen, dass das nicht akzeptiert wird. Wir verlangen entweder die Beibehaltung der heutigen Regelung oder eine äquivalente Lösung. Wir haben diesbezüglich Minderheitsanträge gestellt; ich werde dort konkret dazu Stellung nehmen.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und selbstverständlich unseren Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Sommaruga Carlo (S, GE): Le Parti socialiste suisse (PSS) salue le principe de l'unification de la procédure, qui intervient plus de cent ans après l'unification du droit matériel, c'est-à-dire plus de cent ans après l'adoption du Code civil dans notre pays. Cette unification du droit de procédure est un élément positif pour l'ensemble des justiciables. En effet, ceux-ci pourront connaître les règles qui s'appliquent tant à Genève qu'à Lugano ou dans les Grisons et à Bâle, alors que maintenant, vu les multiples réglementations, c'est extrêmement difficile. C'est aussi un progrès notable pour la profession qui accompagne les justiciables, à savoir celle des avocats, dans la mesure où aujourd'hui, dans les faits, malgré la libre circulation des avocats sur le plan intercantonal, les 26 codes de procédure civile existants rendent cette libre circulation peu effective. Ce changement va dans un sens positif pour la justice et pour les justiciables.

Le PSS souligne aussi le fait que cette proposition laisse aux cantons une marge de manoeuvre importante pour l'organisation judiciaire civile. C'est positif. Cela permet de maintenir un certain nombre d'institutions judiciaires cantonales – différentes selon les cantons – et de ne pas avoir une organisation complètement centralisée et uniforme.

Le groupe socialiste conteste vivement la proposition de renvoi d'une minorité formée de membres du groupe UDC, qui est d'ailleurs incompréhensible. D'une part, il y a eu un long travail de réflexion autour de l'unification de la procédure civile. D'autre part, cette unification laisse — comme je le disais tout à l'heure — une marge de manoeuvre non négligeable aux cantons pour l'organisation de l'appareil judiciaire, contrairement à ce qu'affirment les membres du groupe LIDC.

Pour tous les motifs évoqués, le groupe socialiste vous invite

Si le groupe socialiste se réjouit d'un certain nombre d'améliorations du projet qui vous est présenté, il a en revanche aussi un certain nombre d'inquiétudes. J'examine successivement ces deux aspects.

D'abord, en ce qui concerne les aspects positifs, on a pu introduire dans le projet qui vous est présenté aujourd'hui une extension du principe de la gratuité, à l'appréciation des cantons; ceux-ci peuvent dès lors non seulement ne pas fixer de frais de justice, mais aussi, le cas échéant, supprimer tout dépens pour permettre dans certains domaines, surtout en matière de contrat de bail ou de contrat de travail, la gratuité totale de la justice. C'est une façon de faciliter aux justiciables les plus faibles l'accès à la justice.

Un autre élément positif du projet est celui de la reconnaissance des mandataires professionnellement qualifiés qui, dans le cadre du droit du travail comme dans le droit du bail, pourront représenter les parties. Ce n'est pas négligeable, car cela permet aux secrétaires syndicaux, patronaux et ouvriers, comme aux gérants d'immeuble et aux représentants d'associations de défense des locataires de pouvoir accompagner les justiciables, comme c'est le cas maintenant dans nombre de cantons.

Cependant, le projet pose un problème majeur en ce qui concerne la procédure en matière de défense des locataires. Le projet défait l'accord politique qui avait été conclu en 1989, lors de la révision du droit du bail entrée en vigueur le 1er juillet 1990. En matière de droit du bail, ce n'est pas seulement le droit de fond qui est important, comme ce qui est actuellement discuté dans la révision des droits des loyers,

mais aussi la procédure, c'est-à-dire le fait de savoir comment le justiciable peut faire valoir ses droits devant la juridiction des baux et loyers. En l'état, pour le groupe socialiste, le projet aboutit à une situation qui n'est pas acceptable

en matière de hausses de loyers et de congés. Les dispositions y relatives doivent faire l'objet d'une correction au cours des débats qui commencent à l'instant.

Dès lors, je vous invite à soutenir les différentes propositions de minorité visant à améliorer la situation en matière de conciliation, tout particulièrement en matière de droit du bail. A

la fin du débat, nous examinerons si l'amélioration est intervenue ou pas. C'est en fonction de cela que le groupe socialiste déterminera sa position lors de la décision finale.

von Graffenried Alec (G, BE): Recht haben und Recht bekommen sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Das ist der Spruch, den ich jeweils meinen Klientinnen und Klienten gesagt habe, wenn ihr Anliegen zwar berechtigt war, es aber halt nicht möglich war, dieses Recht mit vernünftigem Aufwand vor Gericht durchzusetzen. Das ist etwas, was man den Leuten nur schlecht erklären kann. Der Sinn unserer Gerichtsverfahren liegt heute leider meistens nicht mehr darin, Streitigkeiten direkt zu regeln. Vielmehr helfen die Geschäftsverkehr Regeln aufzustellen, die dann angewendet werden. Für den einzelnen Streitfall sind unsere Gerichtsverfahren hingegen leider oft zu langsam, zu teuer, zu umständlich.

Am schwierigsten ist das für Anwältinnen und Anwälte. wenn sie in einem fremden Kanton prozessieren müssen. Realistischerweise muss man eigentlich darauf verzichten. Der Ausgang ist einfach zu unsicher. Man stützt sich besser auf eine Vertretung vor Ort. In anderen Kantonen zu prozessieren ist heute ein fast untragbares Risiko. Die Gegenanwältinnen und -anwälte machen sich einen Spass daraus die jassen an den Wochenenden ja mit den Richtern -, den fremden Fötzel durch Ausnützen von Finessen des eigenen Prozessrechts nach Noten in die Pfanne zu hauen. Das kann kein Zustand sein. 26 unterschiedliche Prozessordnungen erschweren und verkomplizieren es, im Gerichtsverfahren zu seinem Recht zu kommen. Diese Nachteile betreffen natürlich nicht nur Private, Mieterinnen und Mieter, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber, sondern natürlich auch national und international tätige Firmen, die eben nicht nur an einem Ort prozessieren. Diese Vorlage stärkt daher die Rechtssicherheit im Allgemeinen und sorgt auch für stabile Verhältnisse für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Deswegen unterstützen wir die Vorlage grundsätzlich und sind für Eintreten.

Wenn die kantonalen Zivilprozessordnungen vereinheitlicht werden sollen, dann stellt sich die Frage, wie und nach welchem System die neue Schweizerische Zivilprozessordnung ausgestaltet werden soll. Auch hier gilf es, die Rechtssicherheit im Auge zu behalten. Wir müssen uns daher für die Detailberatung die grundlegenden Prinzipien vor Augen halten, nach denen dieses Gesetz ausgestaltet werden soll:

1. Es gilt, Mass zu halten. Man könnte jetzt profitieren von dieser Revision und vieles gleich ändern, aber wir nehmen mit dieser Reform bereits einen Systemwechsel vom Recht der Kantone zu einem einheitlichen Bundesrecht vor. Gleichzeitig haben wir auch noch die Vereinheitlichung des Strafprozessrechts und – möglicherweise auch noch fast gleichzeitig – die Revision des Erwachsenenschutzrechts, was auch mit formellen Änderungen einhergehen wird. Wir verlangen also den Kantonen sehr viele organisatorische Änderungen ab, und man sollte deshalb die Änderungen für die Kantone nicht allzu weit treiben. Es ist also jetzt nicht der Zeitpunkt, um die Reform durch weitere Forderungen, beispielsweise zur Gerichtsorganisation, allzu stark zu überladen. Daher wurde auch auf die Einführung von gewissen Neuerungen im jetzigen Zeitpunkt verzichtet.

 Zur Kontinuität: Es geht um eine grosse Reform, die von den Kantonen mit grossem Aufwand umzusetzen ist. Wir müssen daher darauf achten, dass wir nicht Kompliziertes schaffen. Kompliziertes schaffen sollte man sowieso nicht ohne Not. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir die Kontinuität wahren und dass wir die bewährten Instrumente des Schweizerischen Zivilprozessrechts integrieren. Auch das gebietet uns die Rechtssicherheit, damit die Judikatur nahtlos funktioniert. Wir müssen natürlich auch integrieren, was wir in den letzten Jahren im Mietrecht eingeführt haben, und dürfen auch hier jetzt nicht Rückschritte oder Änderungen des Rechts vornehmen. In diesem Sinne werden wir die Anträge der SP-Fraktion in der Detailberatung unterstützen.

3. Wir müssen einen einfachen und niederschwelligen Zugang zum Gericht beibehalten. Wir müssen diesen Schritt benützen, um uns gut zu überlegen, wie wir den Zugang zum Gericht ausgestalten wollen, wie hoch wir die Hürden bauen wollen, bis jemand zu seinem Recht kommt. Wir haben in den Kantonen teilweise sehr einfache und rasche Verfahren, und wir sollten jetzt nicht allzu kompliziert werden. Der Zugang zur ersten Instanz ist heute schon oft mit Hindernissen gespickt; lassen wir uns also auch leiten von einfachen und raschen Verfahren, vor allem bei der ersten Instanz. Auch Rechtsunkundige sollen ein einfaches Verfahren selber bewältigen können und sollen nicht durch ein hinterhältiges Prozessrecht daran gehindert werden. Das ist in unseren Kantonen eine Tradition, und wir sollten uns an diese Tradition halten, ob das nun Friedensgerichte sind oder Schlichtungsstellen. Es ist für uns Grüne wichtig, dass solche niederschwellige, bürgernahe Angebote bestehen bleiben und aufrechterhalten werden können.

4. Wir verstärken die Möglichkeit, autonome und einvernehmliche Lösungen zu finden. Es ist heute Mode geworden, dass man Urfeile der ersten Instanz sowieso nicht mehr gelten lässt und dass man jederzeit und möglichst alles mindestens bis vor Bundesgericht weiterzieht. Eine Prozessordnung sollte den Trend zur Rechthaberei nicht noch verstärken, sondern diesem entgegenwirken. Aus diesem Grund wurde versucht, die aussergerichtliche Einigung – die Einigung vor den Schlichtungsstellen und die Mediation – zu stärken. Diese Instrumente sollen dafür sorgen, die Autonomie der Parteien, einen Konflikt beizulegen, zu steigern. Damit kann die Zivilprozessordnung auch einen Beitrag zu einer friedlichen Gesellschaft leisten. Tragen auch wir etwas dazu bei, dass es in diese Richtung geht.

Die grüne Fraktion bittet Sie also, auf dieses Geschäft einzutreten und in der Detailberatung die Leitlinien, die ich erläutert habe, im Auge zu behalten.

Zum Rückweisungsantrag aus den Reihen der SVP kann ich es kurzmachen: Eigentlich ist es ja keine Rückweisung, sondern ein Antrag auf Nichteintreten, weil ja der Kernpunkt der Vorlage zurückgewiesen werden soll. Es ist aber eben der Witz dieser Vorlage, dass das Prozessrecht vereinheitlicht wird. Wenn Sie das nicht wollen und Rückweisung beantragen, haben Sie den Witz nicht verstanden. Die Vorlage verlöre ihren Sinn. Ich möchte Ihnen aber noch etwas zu bedenken geben. Ich habe Ihnen vorher gesagt, dass gleichzeitig die Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes laufe – den Erwachsenenschutz könnte man auch noch einbeziehen -; die Kantone sind bereits daran, ihre Organisationen der neuen Prozessordnung anzupassen. Es ist eine einheitliche Inkraftsetzung auf das Jahr 2010 vorgesehen. Die Anpassungen sind bei den Kantonen bereits sehr weit fortgeschritten. Wenn Sie jetzt hier einen Rückzieher machen, schaffen Sie auch aufseiten der kantonalen Organisationen sehr grosse Probleme. Ich kann nur für den Kanton Bern sagen, dass die Anpassungsgesetzgebung eigentlich bereits vorliegt und dass man sich bereits organisatorisch und logistisch - mit Raumbelegungen usw. - auf diese Reorganisation vorbereitet. Wir sollten darauf achten, es zu schaffen und das einheitliche Inkrafttreten des gesamten Prozessrechtes nicht zu gefährden.

Ich danke Ihnen, obschon Sie nicht sehr zahlreich anwesend sind, für Ihre Aufmerksamkeit.

Müller Thomas (CEg, SG): Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Rückweisungsantrag der Minderheit Schwander ablehnen.

Die Schweiz ist das letzte Land in Europa, das sein Zivilprozessrecht noch nicht vereinheitlicht hat. Die Vereinheitlichung ist jetzt ein Gebot der Zeit und der Berechenbarkeit der Rechtspflege. Die Zivilprozessordnung schafft ja nicht grundlegend Neues, sie ist im Wesentlichen ein Zusammenzug von bewährten Regeln. Wichtig ist, dass wir keine formalistischen Spitzfindigkeiten in die Zivilprozessordnung aufnehmen, die sich später beim Prozessieren für die Parteien als Fallen erweisen könnten. In dieser Hinsicht liegt nach unserer Auffassung der Entwurf aber gut, die Prozessregeln sind weitestgehend nachvollziehbar. Weil die Zivilprozessordnung wahrscheinlich fünfzig bis hundert Jahre Bestand haben wird, ist auch darauf zu achten, dass die einzelnen Bestimmungen in ihrer Gesamtheit aufeinander abgestimmt sind und dass wir nicht jetzt in der Debatte im Nationalrat isolierte Bestimmungen oder isolierte Regeln schaffen, die aus dem Gesamtzusammenhang fallen und die grundsätzliche Ausrichtung der Zivilprozessordnung beein-

Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird im Wesentlichen den Anträgen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates folgen und nur dort abweichen, wo es prozessual zweckmässig ist. Ich sage zu fünf Bereichen etwas, in der Meinung, dass ich später nicht zu jeder einzelnen Gesetzesbestimmung

spreche.

1. Die CVP/EVP/glp-Fraktion lehnt bei Artikel 4a den Minderheitsantrag zu den paritätischen Miet- und Arbeitsgerichten ab. Wir haben es vom Kommissionssprecher gehört: Die Organisation der Gerichte bleibt den Kantonen vorbehalten, und wenn wir den Kantonen heute vorschreiben, dass sie zwingend paritätische Miet- und Arbeitsgerichte schaffen müssen, dann greifen wir in die Organisationsfreiheit der Kantone ein. Es gibt Vorteile und Nachteile bei diesen Gerichten. Darum geht es aber nicht, sondern darum, dass wir den Kantonen konsequent die Zuständigkeit belassen müssen, wo das Gesetz sie durchgehend vorsieht. Es wäre im Übrigen auch falsch, wenn man davon ausginge, dass die Arbeitnehmer- oder Arbeitgebervertreter bzw. die Vermieteroder Mietervertreter in den paritätischen Gerichten so quasi anwaltschaftliche Rollen der Prozessparteien übernehmen könnten.

2. Unsere Fraktion unterstützt den Minderheitsantrag zu den Handelsgerichten bei Artikel 6. Die Schaffung von Handelsgerichten ist weiterhin freiwillig. Es gibt nur vier Kantone, die Handelsgerichte kennen, nämlich Zürich, Bern, Aargau und St. Gallen. Die Stärke dieser Gerichte ist ganz klar: Durch die Fachrichter mit ihren Branchenkenntnissen fliesst zusätzlich zum allgemeinen juristischen Wissen spezielles Fachwissen ein. Die Unternehmen sind an schnellen Verfahren interessiert, selbst in komplexen Fällen; deshalb scheint es zweckmässig, dass wir eine Ausnahme vom Prinzip des zweistufigen Instanzenzuges im Kanton machen und die Handelsgerichte, sofern sie überhaupt geschaffen werden, als einzige Instanz im Kanton vorsehen.

3. Zur Mediation will ich mich nicht gross äussern. Unsere Fraktion hat in der Strafprozessordnung die Mediation klar abgelehnt, weil es dort um den Strafanspruch und das Strafmonopol des Staates ging und der Staat selbst am Verfahrensausgang interessiert ist. Im Zivilprozess geht es um Streit zwischen Privaten. Der Staat stellt lediglich das Verfahren für die Streiterledigung bereit. Am Verfahrensausgang ist der Staat selbst aber nicht interessiert, deshalb kann man da die Mediation als neues Element zulassen. Es ist auch gut, zu beachten, dass sie nur auf übereinstimmenden Antrag der Prozessparteien überhaupt zustande kommt. Wir werden also die Minderheitsanträge zu den Artikeln 210

bis 215 ablehnen.

4. Der Zeitpunkt der Behauptungen und Beweisanträge: Im Zivilprozess gilt grundsätzlich die Verhandlungsmaxime. Die Parteien tragen dem Gericht den Sachverhalt vor, und der Richter kennt das Recht und zieht die Rechtsfolgen aus dem Sachverhalt, der ihm vorgetragen wird. Die Fragepflicht des Richters besteht ja nur in sehr eingeschränktem Mass. Für die Prozessführung ist es deshalb absolut entscheidend. welchen Sachverhalt eine Partei dem Richter vorträgt und

wie sie ihn beweisen kann. Damit ist die prozessual wichtige Frage gestellt, bis zu welchem Zeitpunkt eine Partei Sachverhalts- und Beweisanträge vorbringen darf. Da gibt es völlig unterschiedliche Regelungen, teils sehr restriktive, teils sehr weitgehende.

Die Auffassung der CVP/EVP/glp-Fraktion ist, dass wir in der ersten Instanz längstens bis zu den ersten Parteivorträgen Sachverhalts- und Beweisanträge zulassen wollen, weshalb wir die Minderheitsanträge aus der SVP-Fraktion ablehnen werden. In der zweiten Instanz, in der Berufung, gehen wir dann aber einen Schritt weiter und sind grundsätzlich für das volle Novenrecht für echte und unechte Noven in der Berufung, wie es die Minderheit Vischer beantragt. Ich denke, die SVP-Fraktion wird geschickt handeln, wenn sie ihre Minderheitsanträge betreffend die erste Instanz zurückzieht und dafür bei der zweiten Instanz mit uns zieht.

5. Zum Schluss eine Bemerkung zu den Verfahren im Mietrecht: Wir haben Frau Thanei gehört. Unsere Auffassung ist, dass grundsätzlich die jetzige Ausgangslage gewahrt werden soll, dass also weder auf die eine noch auf die andere Seite starke Eingriffe stattfinden sollen. Wenn Frau Thanei den Antrag zu Artikel 208 durchbringt, gehen wir davon aus, dass sie dafür die Minderheitsanträge zurückzieht. Damit wäre eine Einigung möglich. Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird aber den Minderheitsantrag Huber zu Artikel 195 Absatz 2 unterstützen.

Fluri Kurt (RL, SO): Namens der FDP-Fraktion kann ich mich den Argumenten pro Schweizerische Zivilprozessordnung anschliessen, mitsamt den historischen Reminiszenzen. Ich tue dies mit folgenden Bemerkungen:

Wir legen an sich auch Wert auf die gewachsenen kantonalen Strukturen, begrüssen deshalb die Trennung zwischen den eidgenössischen Regelungen zum Verfahren und dem kantonalen Vorbehalt bei den Gerichtsorganisationen als Grundsatz. Unter diesem Titel werden wir auch die Frage der Handelsgerichte behandeln. Sie sehen, dass wir dort einen Minderheitsantrag eingereicht haben, der die bundesrätliche Fassung unterstützt.

Eine weitere Bemerkung verdient das vorgesehene Mediationsverfahren. Im Gegensatz zum Strafprozess handelt es sich beim Mediationsverfahren in der Zivilprozessordnung um ein Verfahren innerhalb der sogenannten Dispositionsmaxime, das heisst, der Sachverhalt und dessen Erklärung liegen in den Händen der Prozessparteien. Das ist ein grundsätzlich anderes Thema als im Strafprozess, wo wir die Mediation nicht unterstützen konnten. Die Mediation hier ist ein sinnvolles Alternativinstrument gegenüber dem obligatorischen Schlichtungsverfahren vor dem Friedensrichter. Eine weitere Novität ist die sogenannte Verbandsklage nach Artikel 87. Die Detailregelung mit den Fragen der Aktivlegitimation und der Frage des Beschwerdeobjektes halten wir für sachgerecht, und wir werden diese Neuigkeit deshalb unterstützen.

Wir sind deshalb ohne grundsätzliche Vorbehalte bereit, auf diese Vorlage einzutreten, und werden die Minderheitsanträge generell ablehnen, mit vier Ausnahmen: Den Minderheitsantrag zu Artikel 6, wie gesagt im Bereich der handelsgerichtlichen Zuständigkeit, jene zu Artikel 195 Absatz 1 Litera f und Absatz 2 sowie jenen zu Artikel 246 werden wir unterstützen. Es sind ja auch unsere Minderheiten. Die übrigen werden wir ablehnen.

Wir haben von den fünf Einzelanträgen Kenntnis genommen. Es ist natürlich immer etwas problematisch, wenn man nach sieben Sitzungen mit Beratungen von x Stunden mit Einzelanträgen in ein System eingreifen will. Wir können uns vorstellen, den einen oder anderen zu unterstützen, müssen aber sagen, dass wir das eher im Sinne einer Einbringung dieser Ideen in das Differenzbereinigungsverfahren betrachten und nicht als abschliessende Zustimmung. Wir behalten uns vor, dass wir auch auf heute unterstützte Einzelanträge später zurückkommen, wenn sie nicht ins Gesamtsystem hineinpassen sollten. Dies wird aber vielleicht erst aufgrund des Differenzbereinigungsverfahrens erkennbar.

Mit dem Rückweisungsantrag aus den Reihen der SVP-Fraktion ist es so eine Sache. Im Text auf der Fahne sehen wir, dass dieser Rückweisungsantrag eine Garantie für eine zusätzliche offene Regelungsautonomie zugunsten der Kantone verlangt. In der heutigen Begründung hingegen haben wir in diesem Zusammenhang nicht viel vernommen; es ging heute eher um materielle Punkte. Gemäss Fahne ginge es eigentlich um einen grundsätzlichen Vorbehalt, vielleicht analog zu Artikel 3 der Bundesverfassung, wo es heisst, dass alles, was nicht geregelt ist, grundsätzlich Sache der Kantone ist. Das dürfte hier aber schwierig sein, weil wir in der Bundeszivilprozessordnung eine Aufgabenzuteilung vorgenommen haben. Deswegen können wir ja nicht einen offenen Punkt aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundes nun plötzlich den Kantonen übergeben. Das würde etwas schwierig. Ich glaube, dass wir hier mit dem bewährten System weiterfahren müssen, indem offene Punkte durch die Lehre, die Wissenschaft und die Rechtsprechung aufgefüllt werden, soweit es unechte Lücken sind. Echte Lücken müssen wir als Gesetzgeber später schliessen, wenn wir das als notwendig erachten.

Die materiellen Einwände, die von Kollege Schwander vorgebracht worden sind, hätten wir eigentlich an sieben langen Sitzungen bereinigen können. Wir gehen davon aus, dass auch die Bundeszivilprozessordnung irgendwann eine Wirkungsüberprüfung erfahren wird; es wird dabei darum gehen, ob wir «Servicearbeiten» ausführen müssen oder nicht, und da könnte durchaus der eine oder andere Punkt wieder aufgenommen werden. Aber unseres Erachtens ist es fehl am Platz, heute im Rahmen einer Rückweisung diese Punkte, die wir ja mehr oder weniger alle behandelt haben, noch

einmal durchzuackern.

Mit diesen Begründungen bitten wir Sie selbstverständlich, auf das Geschäft einzutreten und danach den Rückweisungsantrag der Minderheit Schwander abzulehnen.

Reimann Lukas (V, SG): Auch in der SVP-Fraktion war Eintreten unbestritten, denn der Verfassungsauftrag ist klar. Es geht bei der Zivilprozessordnung – Herr Lüscher hat es gesagt – um ein ganz zentrales Gesetz unseres Staates. Alle Rechte im Zivilgesetzbuch und im Obligationenrecht sind letztlich Makulatur, wenn wir sie nicht mithilfe einer effizienten und bürgernahen Justiz durchsetzen können. Dieses

Ziel verfehlt die neue Zivilprozessordnung

Das neue Gesetz ist kompliziert, formalistisch und bürgerfremd. Wer den Entwurf studiert, wird den Eindruck nicht los, dass es den Verfassern darum ging, den Richter vor dem Bürger zu schützen und nicht den Bürger vor dem Richter. Wir sind aber immer noch ein Volk, das eine Justiz hat, und nicht umgekehrt. Der Bürger, der sich vertrauensvoll an den Richter wendet, sieht sich plötzlich mit einer Fülle von formaljuristischen Stolpersteinen und Kautionsforderungen des Staates konfrontiert. Diese Stolpersteine machen die Durchsetzung seiner Rechte zum Glücksspiel. Jede Verfahrensvorschrift erhöht das Risiko, dass ein Anliegen wegen angeblicher formaljuristischer Mängel kurzerhand zurückgewiesen wird, ohne dass sich der Richter mit der Angelegenheit wirklich befasst. Jede einzelne Verfahrensvorschrift schränkt damit letztlich die Freiheit von uns Bürgern ein, unser Problem möglichst unkompliziert dem Richter vortragen zu können und vom Richter auch tatsächlich angehört zu werden. Der Entwurf enthält ein Dickicht von 400 Verfahrensvorschriften. Das sind rund ein Drittel mehr Bestimmungen, als etwa die heutige Zivilprozessordnung des Kantons Zürich kennt. War denn das Verfahren im Kanton Zürich, der immerhin mit Abstand die meisten Zivilprozesse zu erledigen hat, bis jetzt wirklich so ungenügend?

Und die Hürden sollen noch zahlreicher werden: Die Verwaltung hat im Entwurf bereits angekündigt, dass sie weitere Fallstricke auf Verordnungsstufe regeln will. Unsere Justiz hat sich bis anhin dadurch ausgezeichnet, dass sie auch einem Bürger, der nicht anwaltlich vertreten war, möglichst unkompliziert zum Recht verhelfen wollte. Wenn wir uns nun auf dieses komplizierte Gesetz einlassen, werden letztlich nur noch spezialisierte Prozessanwälte ein Recht erfolgreich

vor Gericht durchsetzen können. Lassen wir es nicht so weit kommen; lassen wir es nicht zu, dass die Bürger das Vertrauen in die Rechtsdurchsetzung verlieren, weil sie nicht unkompliziert und einfach ist. Nur die Rückweisung dieser Vorlage eröffnet die Chance, ein bürgernahes und einfaches Gesetz zu schaffen, das jedem Bürger in diesem Land ungehinderten und unkomplizierten Zugang zur Justiz gewährleistet und das den Kantonen den nötigen Spielraum offenlässt.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit Schwander zuzustimmen. Ich glaube nicht, dass dieses Gesetz die nächsten fünfzig bis hundert Jahre Bestand haben könnte, wie es Herr Müller gesagt hat. Zu den weiteren Anträgen, die wir gestellt haben, werden wir in der folgenden Debatte Stellung nehmen.

Stamm Luzi (V, AG): In Ergänzung zu dem, was mein Fraktionskollege soeben gesagt hat, möchte ich Ihnen sagen, dass ein Teil der SVP-Fraktion sich mit der Rückweisung nicht identifizieren kann. Es war ziemlich genau halb und halb. Ein Teil der SVP-Fraktion ist der Meinung, es sei jetzt die Zeit gekommen, wo man die kantonalen Prozessrechte

auf Bundesebene vereinheitlichen müsse..

Wir sehen zwar die Gründe für die Rückweisung, und ich muss sagen, es ist ein Punkt drin, der schon bei der Strafprozessordnung zutraf, nämlich das Phänomen, dass das etzige Gesetz tatsächlich umfangreich ist. Also auch bei der Strafprozessordnung war auffallend, dass der Umfang der Vorlage wesentlich grösser war als jener der Gesetze der meisten Kantone. Das ist jetzt auch mit der Zivilprozessordnung so. Sie ist umfangreich, sogar - es wurde gesagt - im Vergleich mit jener des Kantons Zürich. Trotzdem ist ein Teil der SVP-Fraktion bereit, diesen historischen Schritt eigentlich jetzt zu vollziehen. Er will das auf die nationale Ebene anheben und ist gegen die Rückweisung. Wenn wir diesen Schritt tun, wenn wir das auf die nationale Ebene heben, dann werden wir uns nachher in der Detailberatung in aller Regel dem Bundesrat anschliessen. Ich verweise auf die Ausführungen von Herrn Kollege Fluri.

Es gibt einige Minderheitsanträge, die wir gutheissen werden, selbstverständlich in erster Linie diejenigen aus den eigenen Reihen, auch zwei oder drei, die von FDP-Vertretern gestellt werden, teilweise bei Artikel 6, sicher bei Artikel 195. Wie gesagt, wir werden einige Minderheitsanträge unterstützen. Bei den Einzelanträgen kann ich mich auf Kollege Fluri beziehen. Wir werden dort einigen zustimmen; sei es auch nur, damit wir einen Diskussionspunkt aufnehmen, um mit dem Ständerat zusammen dann eventuell eine andere Lö-

sung zustande zu bringen.

Noch einmal: Eintreten ist unbestritten, eine starke Minderheit der SVP-Fraktion ist gegen die Rückweisung, und den Rest werden wir bei der Detailberatung sehen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Die schweizerische Justizlandschaft ist im Umbruch. Die Bundesrechtspflege wurde vollständig umgebaut. Die Schweizerische Strafprozessordnung wartet nur noch darauf, in Kraft gesetzt zu werden. Das soll am 1. Januar 2010 geschehen. Heute beraten wir im Zweitrat die gesamtschweizerische Zivilprozessordnung; wir haben es gehört. Wir stehen also kurz davor, das Ziel unserer Justizreform zu erreichen. Nach jahrzehntelanger Diskussion geht es heute kaum mehr darum, dass jemand gegen eine Vereinheitlichung ist. Die Zeit ist reif dafür. Unser heutiges Zivilprozessrecht ist zersplittert. Die Rechtsuchenden müssen sich an 26 verschiedenen kantonalen Zivilprozessordnungen orientieren und an verschiedenen Konkordaten – darüber wurde heute nicht gesprochen ∹ Neben den Zivilprozessordnungen haben wir noch eine Vielzahl von Konkordaten, welche das Leben für die Rechtsuchenden auch nicht einfacher machen. Sie müssen überdies zahlreiche zivilprozessuale Vorschriften beachten, die sich im materiellen Bundesrecht finden, im ZGB oder im OR, dann im ungeschriebenen Bundeszivilprozessrecht und zuletzt auch in Staatsverträgen, in der EMRK, im Lugano-Übereinkommen. Überall finden sich zivilprozessuale Vor-



06.062

schriften. Die Situation ist also kompliziert, und entgegen dem, was heute auch gesagt wurde, ist unser Prozessrecht alles andere als benutzerfreundlich.

Prozessieren ausserhalb des eigenen Kantons ist immer mit zusätzlichen Risiken und zusätzlichen Kosten verbunden. Ich könnte jetzt Herrn Nationalrat Schwander fragen, ob er schon einmal im Kanton Tessin, im Kanton Genf oder auch im Kanton Graubünden prozessiert hat. Ich sage Ihnen, das ist vom Formellen her relativ trickreich. Da haben Sie zunächst einiges im formellen Bereich abzuklären, bevor Sie sich überhaupt materiell mit einem Fall befassen können. Und zu Herrn Nationalrat Reimann möchte ich sagen: Das Problem haben wir heute: heute hat man aus formellen Gründen in einem Prozessverfahren Schwierigkeiten, nämlich mit diesen 26 Zivilprozessordnungen, von denen jede im Durchschnitt über 300 Bestimmungen hat. Das gibt gut und gern rund 8000 zivilprozessuale Bestimmungen in den kantonalen Zivilprozessordnungen. Dagegen ist diese Vorlage mit rund 400 Artikeln schon relativ bescheiden.

Der Zugang zur Justiz wird heute verteuert, er wird erschwert - zum Nachteil der Volkswirtschaft insgesamt, aber auch zum Nachteil der einzelnen Rechtsuchenden, der Bürgerinnen und Bürger. Die Rechtszersplitterung verursacht einen grossen Aufwand, auch für die Kantone, denn die kantonalen Zivilprozessordnungen müssen immer wieder den neuen Entwicklungen angepasst werden, den Entwicklungen im Bundesrecht und den Entwicklungen im internationalen Recht. Die Vereinheitlichung – das möchte ich hier beto-nen – wird daher auch von den Kantonen unterstützt. Es waren nicht zuletzt auch die Kantone, die das Anliegen hatten, dass im Verfahrensrecht eine Vereinheitlichung auf Bundesebene stattfindet. Die Kantone haben sich für bundesrechtliche Verfahren und natürlich auch für den Föderalismus im Bereich der Organisation, der sachlichen Zuständigkeit und der Tarifhoheit ausgesprochen; dem wird Rechnung getragen.

Bei der Erarbeitung der einheitlichen Zivilprozessordnung, über die wir heute diskutieren, hat man sich klar an den kantonalen Regelwerken orientiert. Es wurde eine gesamtschweizerische Ordnung entwickelt, die eine Art Synthese der 26 kantonalen Zivilprozessordnungen ist. Man findet sich denn auch in dieser Zivilprozessordnung relativ schnell zurecht. Die Systematik und die Terminologie sind vertraut. Die Sprache ist für den Rechtsbereich relativ einfach. Es wurde bewusst auf Instrumente verzichtet, die unserem Recht fremd sind. Der Akzent wurde auf Vereinheitlichung gelegt und nicht auf Erneuerung. Das heisst aber nicht, dass sich die neue Zivilprozessordnung neueren Tendenzen ver-

schliesst. Sie ist durchaus ein modernes Werk

Beim Entwurf des Bundesrates wird Wert darauf gelegt, dass die kantonalen Grundanliegen berücksichtigt werden. So dürfen den Kantonen durch die neue Zivilprozessordnung insbesondere keine neuen Kosten und keine Mehrkosten erwachsen; das wurde ausdrücklich festgehalten. Dieses Anliegen zieht sich im Übrigen wie ein roter Faden durch sämtliche kantonalen Vernehmlassungsantworten hindurch. Die knappen Ressourcen der Kantone sollen im Auge behalten werden. Der Ständerat hat dieses Kernanliegen der Kantone mit Nachdruck unterstützt.

Die Kantone behalten drei substanzielle Regelungskompetenzen im Prozessrecht: Gerichtsorganisation, sachliche Zuständigkeit der Gerichte und die Kompetenz für den Kostentarif. Der Bund regelt also das Verfahren, und dies im abschliessenden Sinne, im Sinne einer Kodifikation. Die Kantone bleiben zuständig für die Regelung der Rahmenbedingungen. Das ist ein föderalistischer Kompromiss, der von den Kantonen mitgetragen wird.

Jetzt komme ich zum Antrag der Minderheit auf Rückweisung der Vorlage: Trotz des Konsenses über die Vereinheitlichung der Zivilprozessordnung beantragt die Minderheit, die Vorlage zurückzuweisen, mit der Begründung, den Kantonen solle eine offene Regelungsautonomie – was auch immer das bedeuten soll – garantiert werden. Ich weiss nicht, ob der Minderheit ein blosses Rahmengesetz vorschwebt ich habe das heute nicht eruieren können -, jedenfalls soll

offensichtlich die Zivilprozessordnung keine Kodifikation sein. Ein solches Rahmengesetz oder irgendeine Regelstruktur würde aber die Rechtszersplitterung, die wir heute schon haben, noch verstärken. Das wäre ein unbefriedigender Zustand, nicht zuletzt auch für die Kantone, die – ich sage es noch einmal - sich klar im Sinne einer gesamtschweizerischen Kodifikation für den Bereich des Verfahrens geäussert haben. Ich möchte Sie bitten, die Kantone in diesem Sinne nicht «zwangszubeglücken»; sie hätten etliche Mühe damit, wenn sie wieder in die alten Strukturen zurückfahren müssten. Sie sind bereit, sie sind an den Vorbereitungsarbeiten, um die neue Zivilprozessordnung mit der Strafprozessordnung-zusammen auf den 1. Januar 2010 umzusetzen.

Ich möchte Sie daher bitten, auf die Vorlage einzutreten und den Antrag der Minderheit abzulehnen.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Die Kommission hat mit 17 zu 6 Stimmen den Rückweisungsantrag abgelehnt. Ich ersuche Sie, das Gleiche zu tun.

Wir haben heute eigentlich zwei verschiedene Begründungen für die Rückweisung gehört. Herr Schwander begründet den Rückweisungsantrag seiner Minderheit, wie er auch auf der Fahne aufgeführt ist, nämlich mit dem Wunsch nach einer stärkeren Kantonalisierung. Allerdings ist nicht ganz klar, in welchen Bereichen er tatsächlich eine stärkere Kantonalisierung will. Wie Sie ja in der Eintretensdebatte gehört haben, ist das Verfahrensrecht hier bundesweit einheitlich geregelt, derweil die Gerichtsorganisation den Kantonen überlassen bleibt. Ich weiss nicht, was weiter gehend kantonalisiert werden soll und kann. Sie müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es den gegenteiligen Wunsch gibt, nämlich eine weitere Vereinheitlichung auch in Bezug auf das Gerichtswesen; das hat die Mehrheit bislang abgelehnt. Herr Reimann nun wiederum bringt eine ganz andere Begründung: Er sagt, die Vorlage sei kompliziert, formalistisch und bürgerfremd – wenn ich ihn richtig verstanden habe. Nur hat das gar nichts mit der Rückweisung zu tun, wie sie Herr Schwander will. Sie haben die Möglichkeit – oder hätten sie gehabt -, in der Detailberatung in einzelnen Punkten, sei es bezüglich der Kosten, sei es bezüglich des Novenrechtes, sei es bezüglich des Instanzenzuges, gewisse Anträge einzubringen. Hiezu bedarf es aber keiner Rückweisung, und vor allem hat die Rückweisung, wie Sie sie begründen, rein gar nichts mit einer stärkeren Kantonalisierung zu tun, sondern sie betrifft ja – wie Sie selbst ausführen – hauptsächlich den Verfahrensteil, der eigentlich unbestrittenermassen Bundesvorschriften beschlägt.

Etwas muss ich aber noch beifügen: Die Mehrheit der Kommission ist für bürgernahe, nichtformalistische, möglichst einfache Verfahrensgrundsätze. Aber der Zivilprozess ist trotz allem kein «Jekami», d. h., im Zivilprozess braucht es natürlich formale Vorgaben, denn nur wenn Sie diese formalen Vorgaben haben - ich denke etwa an das Beweisrecht -, können Sie auch tatsächlich eine einheitliche Rechtsprechung in diesem Land gewährleisten. Es tönt unglaublich gut, einfach zu sagen: Wir wollen keine formalistischen Vorgaben. Aber ein Zivilprozess braucht die, sonst brauchen wir nämlich keinen Zivilprozess. Ich glaube, das Verfahrensrecht - es wurde darauf hingewiesen - ist so etwas wie eine Königsdisziplin des Privatrechtes geworden. Wenn wir nämlich keine griffigen und klaren Verfahrensvorschriften haben, nützen uns alle privatrechtlichen Bestimmungen nichts, weil wir dann nicht gewährleisten können, dass sie tatsächlich einheitlich durchgesetzt werden.

Ein Letztes: Herr Schwander, Sie sagen, die Dispositionsmaxime und die Verhandlungsmaxime gälten zwar, aber es brauche in den Kantonen eine grössere Freiheit. Ich komme nicht drauf, was für eine Freiheit das sein soll. Die Dispositions- und die Verhandlungsmaxime geben den Prozess in die Hand der Parteien, aber ich weiss nicht, wer jetzt die Freiheit haben soll, hier noch weiter gehend einzugreifen. Ich weiss nicht, ob Sie damit nicht eigentlich die Grundlagen des Zivilprozesses, wie er heute in diesem Lande unbestrit-

ten angelegt ist, infrage stellen wollen.

Kurzum: Es liegt eigentlich kein brauchbares Material vor, um sagen zu können, eine Rückweisung sei angängig. Ich ersuche Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: L'argument de la minorité selon lequel nous vivons dans un monde idéal de droit cantonal dans lequel le justiciable peut aujourd'hui accéder à la justice et selon lequel le Code de procédure civile, au contraire, priverait ce même justiciable de l'accès aux tribunaux est une hérésie totale: c'est exactement le contraire qui est vrai. Et d'ailleurs, une fois encore, je m'étonne de cette proposition de renvoi de la minorité, parce que je rappelle que la volonté d'unifier la procédure civile résulte d'une décision de la volonté du peuple et des cantons et que l'UDC se targue de manière constante d'être le parti qui respecte la volonté du peuple et des cantons. En proposant de renvoyer le projet, vous faites très exactement le contraire de ce que vous dites aujourd'hui.

En réalité, le Code de procédure civile permet précisément au justiciable et au citoyen de mieux comprendre la procédure civile: la loi est plus simple, la loi est plus claire, la loi s'appliquera de la même manière sur l'intégralité de notre territoire. Une loi de procédure précise et claire, que ce soit en matière civile ou en matière pénale, est précisément une

garantie contre les décisions arbitraires.

Aujourd'hui, la situation n'est pas satisfaisante: un avocat genevois qui doit aller plaider dans le canton de Vaud hésitera beaucoup à se déplacer parce qu'il aura peur de ne pas comprendre les règles de la procédure. Si la procédure est complexe, il devra mandater un avocat sur place, dans le canton de Vaud, ce qui signifie que pour le client, pour le justiciable, il y aura des coûts supplémentaires d'intervention et il y aura plus d'incertitudes quant au résultat de la procédure.

De toute évidence, la loi que nous allons voter est une amélioration pour le justiciable, et s'il y a une amélioration pour les avocats, il y aura aussi une amélioration pour le justiciable en termes de coûts et de compréhension ainsi qu'en termes d'unification de l'application du droit en matière de procédure. Je crois que cela est très important.

Pour les membres de l'UDC qui continuent – mais, si je comprends bien, il n'y a pas vraiment une majorité au sein de la minorité – à maintenir qu'il faut renvoyer ce projet de loi au Conseil fédéral, je les invite à lire les déclarations enflammées en faveur de cette loi que l'ancien conseiller fédéral Blocher a faites au Conseil des Etats.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

08.9001

# Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Le président (Bugnon André, président): J'ai le plaisir de saluer à la tribune d'honneur une délégation qui vient d'Azerbaïdjan et qui est invitée par l'Institut fédéral de la propriété intellectuelle. D'anciens députés au Parlement azerbaïdjanais font partie de la délégation.

Je souhaite à tous les membres de la délégation un bon séjour dans notre pays. (Applaudissements)

06.062

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221)
Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)
Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

Le président (Bugnon André, président): Nous votons maintenant sur la proposition de renvoi au Conseil fédéral de la minorité Schwander.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/603) Für den Antrag der Minderheit ... 33 Stimmen Dagegen ... 129 Stimmen

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Detailberatung - Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1–4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 4a

Antrag der Minderheit (Thanei, Aeschbacher, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Vischer) Die Kantone setzen paritätische Miet- und Arbeitsgerichte

# Art. 4a

Proposition de la minorité (Thanei, Aeschbacher, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Vischer) Les cantons prévoient des tribunaux des baux et des prud'hommes paritaires.

Thanel Anita (S, ZH): Wie ich bereits in der Eintretensdebatte ausgeführt habe, macht die Vereinheitlichung leider vor der Organisation der Gerichte halt. Mit Ausnahme der Artikel 5, 6 und 7 gibt es keine bundesrechtlichen Regelungen respektive Vorschriften. Heute bestehen in den Kantonen grosse Unterschiede in Bezug auf die arbeits- und mietrechtlichen Verfahren, das heisst in einem sehr sensiblen Bereich, welcher sehr viele Menschen betrifft.

Im Arbeitsrecht sind zum Teil Friedensrichter und Friedensrichterinnen oder Schlichtungsstellen vorgesehen, dann folgen eine erste und eine zweite Instanz. Das sind beispielsweise paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgerichte, oder es sind Einzelrichterinnen und -richter im summarischen Verfahren. Im Mietrecht ist heute von Bundesrechtes wegen

ein Schlichtungsverfahren vorgesehen. Die erste gerichtliche Instanz ist auch hier den Kantonen überlassen. Auch in diesem Bereich gibt es grosse Unterschiede. Es gibt Kantone, die für das Kündigungsschutzverfahren summarische Verfahren vor dem Einzelrichter respektive vor der Einzelrichterin vorsehen. Die Zivilprozessordnung, die uns hier vorliegt, vereinheitlicht nur das Vorverfahren vor der Schlichtungsbehörde. Somit bleiben im Mietrecht für die Regelung des gerichtlichen Verfahrens weiterhin die Kantone zuständig.

Ich bin der Ansicht, dass nicht anwaltlich vertretene Mietende und Arbeitnehmende auf gut zusammengesetzte Gerichte angewiesen sind. Einzelrichter im summarischen Verfahren erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Es kommt dazu, dass die Streitigkeiten sachgerechter erledigt werden, wenn paritätisch zusammengesetzte Gerichte bestehen. Arbeits- und Mietgerichtsentscheide werden eher akzeptiert. Überdies kommt es häufiger zum Abschluss von Vergleichen. Das ist beispielsweise in Zürich der Fall, wo es sowohl Arbeits- wie auch Mietgerichte gibt, die paritätisch zusammengesetzt sind. Dort werden nachgewiesenermassen weniger Fälle an die obere Instanz weitergezogen, weil sich die Betroffenen besser vertreten und beurteilt fühlen.

Die Streitbeilegung in der ersten Instanz, besser natürlich schon bereits im Schlichtungsverfahren, macht Sinn und dient auch der gewünschten und angestrebten Effizienz. Das Obligationenrecht enthält bereits heute Vorschriften mit Bezug auf das arbeits- und mietrechtliche Verfahren, weshalb es problemlos ist, diese mit Vorschriften betreffend paritätisch zusammengesetzte Gerichte im Miet- und Arbeitsrecht zu ergänzen. Die bisherigen Einwände dagegen betreffen nur die höheren Kosten. Das überzeugt nicht, wenn man bedenkt, dass mit paritätisch zusammengesetzten Gerichten mehr Erfolgsaussichten bestehen und somit mehr Verfahren bereits vor der ersten Instanz erledigt werden. Ich bitte Sie deshalb, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Hofmann Urs (S, AG): Wie Frau Thanei es in der Begründung ihres Minderheitsantrages dargelegt hat, geht es hier um die Frage der Gerichtsorganisation in zwei Rechtsgebieten, bei denen eine grosse Mehrzahl der Bevölkerung existenziell betroffen wird. Es ist deshalb kein Zufall, dass in diesen Bereichen auch im materiellen Obligationenrecht Verfahrensvorschriften festgesetzt werden. Im Arbeitsrecht ist festgelegt, dass ein rasches, kostenloses Verfahren Platz greifen muss. Im Mietrecht ist ein Schlichtungsverfahren vor Schlichtungsbehörden, die paritätisch zusammengesetzt sein müssen, vorgegeben.

Im Weiteren handelt es sich bei diesen beiden Rechtsgebieten um Rechtsgebiete, die traditionellerweise von einem starken Zusammenwirken der Verbände der betroffenen Parteien geprägt sind. Beim Arbeitsrecht stehen auf der einen Seite die Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf der anderen Seite die Arbeitgeberorganisationen, die zusammen wesentliche Grundlagen des Arbeitsverhältnisses in Gesamtarbeitsverträgen regeln. Beim Mietrecht werden in verschiedenen Kantonen gemeinsam Rahmenmietverträge abgeschlossen, und auch dort wirken die Verbände der Vermieterinnen und Vermieter und der Mieterinnen und Mieter bei der Weiterentwicklung des materiellen Rechts oft eng zusammen.

Es ist deshalb konsequent, dass in diesen Gebieten der Charakter dieses Zusammenwirkens auch bei der Regelung der Gerichtsorganisation zum Ausdruck gebracht wird. Die Arbeitsgerichte haben sich in einem Grossteil der Kantone bestens bewährt. Es gibt keinen Grund, hier nicht im Rahmen und nach dem Grundgedanken der Zivilprozessordnung auch gesamtschweizerisch eine einheitliche Lösung zu treffen. Noch klarer scheint mir dies im Bereich des Mietrechts zu sein. Wenn schon quasi für die erste Instanz, die Schlichtungsstellen, von Bundesrechts wegen eine paritätische Organisation vorgegeben ist, dann ist es widersinnig, diesem Grundgedanken nachher im gerichtlichen Verfahren, wo es um die Wurst geht, nicht mehr nachzuleben und diese Verfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu unterstellen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, dem Antrag der Minderheit Thanei zuzustimmen.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Wir halten an der Organisationsautonomie der Kantone fest, und die Tatsache, dass die Kantone, welche die paritätischen Gerichte kennen, gute Erfahrungen damit machen, heisst noch lange nicht, dass die anderen Kantone schlechte Erfahrungen mit ihrer jeweiligen Institution machen. Uns ist nicht bekannt, dass Kantone ohne paritätische Einrichtung darauf gedrängt hätten, dass solche auf dem Weg der eidgenössischen Zivilprozessordnung nun einzuführen seien.

Das Bild, das nun von diesen paritätischen Gerichten gezeichnet worden ist, ist nicht realistisch. Es geht ja nicht darum, dass in diesen Gerichten die Arbeitnehmer- oder Mietervertreter immer die anwaltschaftliche Rolle der Arbeitnehmer und Mieter übernähmen und die Gegenseite diejenige der Arbeitgeber oder Vermieter. Das wäre zu einfach. So würde immer nur der Präsident, der Vorsitzende den Ausschlag geben. Die Beschlussfassung hat so oder so objektiv zu erfolgen. Das und der angeführte Hinweis auf die Organisationsautonomie bringen uns zur Auffassung, dass hier die Kantone bei ihren Zuständigkeiten und Freiheiten bleiben können sollen.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Müller Thomas (CEg, SG): Ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion ebenfalls, den Minderheitsantrag Thanei abzulehnen. Es geht um eine einzige Frage: Müssen die Kantone zwingend paritätische Miet- und Arbeitsgerichte einführen? Wollen wir sie dazu zwingen? Wir sagen: nein. Jeder Kanton hat die Möglichkeit, das zu tun, und soll das selbst entscheiden.

In diesem Sinne ersuche ich um Ablehnung des Minderheitsantrages Thanei.

Wyss Brigit (G, SO): Im Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie, den Minderheitsantrag Thanei anzunehmen. Diese Gerichte, diese erste Stufe, sind bürgernah. Es gibt sie in gewissen Kantonen, aber eben nicht überall. Wir erachten dieses Gebiet als dermassen wichtig, dass wir möchten, dass diese Gerichte eingeführt werden.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat bittet Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen. Selbstverständlich sind wir nicht dagegen, dass Kantone Miet- und Arbeitsgerichte einführen. Solche Fachgerichte können durchaus sinnvoll sein, aber wir dürfen die Kantone nicht dazu zwingen; das wurde auch von verschiedenen Rednern gesagt. Die meisten Kantone müssten erhebliche organisatorische Anpassungen vornehmen, denn in den meisten Kantonen sind heute die ordentlichen Gerichte für das Miet- und Pachtrecht zuständig. Auch Arbeitsgerichte gibt es nur in rund der Hälfte der Kantone. In den allermeisten Fällen funktioniert heute das Verfahren mit den Gerichten, die wir haben, und ich kann Ihnen sagen, dass die Kantone durchaus in der Lage sind, mit den Strukturen, die sie bestimmt haben, die Verfahren so durchzuführen, dass sie den Rechtsuchenden gerecht werden. Mit der Annahme des Minderheitsantrages würde ganz erheblich in die Organisationsstruktur der Kantone eingegriffen, und es würde - das möchte ich hier auch sagen - zu erheblichen Mehrkosten führen. Das Bundesrecht darf den Kantonen nur dort organisatorische Vorschriften machen, wo es zur Durchsetzung des materiellen Bundesrechts unbedingt notwendig ist, und das ist hier ganz sicher nicht der Fall.

Ich bitte Sie daher, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: J'aimerais peutêtre juste dire un mot pour situer le cadre du débat en français. Nous sommes entrés dans la partie générale du code cela représente à peu près la moitié des dispositions de l'ensemble de la loi. Cette partie générale contient des règles applicables à tous les types de procédure que nous exami-

nerons ensuite dans la partie spéciale, certainement la semaine prochaine. Parmi ces règles, il y a celles relevant de la recevabilité, de la litispendance, des frais, des différents types d'action, de l'assistance juridique, du droit de la preuve et des différents moyens d'administrer les preuves, de l'entraide judiciaire et, évidemment, de la compétence matérielle des tribunaux, c'est-à-dire de déterminer quel tribunal est compétent pour connaître de quelle matière.

La minorité Thanei vous propose, au chapitre de la compétence, une règle qui relève au fond de l'organisation des tribunaux, puisqu'on nous propose d'imposer aux cantons qu'ils prévoient, en matière de baux et de prud'hommes, des tribunaux qui soient organisés de manière paritaire. Nous venons d'adopter un article 3 sur l'organisation des tribunaux qui donne aux cantons la compétence de s'organiser judiciairement comme ils le souhaitent, c'est pourquoi suivre la minorité Thanei équivaudrait à revenir en arrière et probablement à contredire cet article 3 que nous venons d'adopter. Les cantons qui utilisent cette possibilité pourront, en vertu de l'article 3, continuer à fonctionner de manière paritaire s'agissant des prud'hommes et de baux et loyers. C'est-à-dire à recourir à des juges qui sont issus à égalité: 1. des milieux de locataires et des milieux immobiliers en ce qui concerne les tribunaux des baux; 2. à 50 pour cent des milieux syndicaux de travailleurs et à 50 pour cent des milieux patronaux en ce qui concerne les tribunaux de prud'hommes.

. Les cantons qui sont heureux de cette situation la perpétueront sans l'imposer aux autres cantons qui nourrissent, malgré l'expérience lumineuse des cantons qui procèdent ainsi, l'avis que leur système à eux doit continuer. Et puis très honnêtement, si vous me permettez une remarque personnelle. pour avoir présidé le Tribunal des prud'hommes à Genève pendant une dizaine d'années, je ne crois pas que toutes les vertus que Madame Thanei attribue au système paritaire en lui-même soient toujours présentes dans ces systèmes-là. Au nom de la commission, je vous recommande donc de rejeter la proposition défendue par la minorité Thanei.

Abstimmung - Vote (namentlich - nominatif: Beilage - Annexe 06.062/604) Für den Antrag der Minderheit ... 56 Stimmen Dagegen ... 99 Stimmen

Antrag der Kommission Abs. 1

gbis. Streitigkeiten nach dem Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen sowie Streitigkeiten nach dem Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel;

h. Streichen

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Art. 5

Proposition de la commission

gbis. des litiges selon la loi fédérale du 23 juin 2006 sur les placements collectifs de capitaux et selon la loi fédérale du 24 mars 1995 sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières;

h. Biffer

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 6

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

... welches für handelsrechtliche Streitigkeiten zuständig ist.

Abs. 2. 2his

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Abs. 3

a. ... Buchstaben a bis obis.

c. Streichen

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit (Markwalder Bär, Donzé, Fluri, Lüscher) Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

# Antrag Hofmann Urs

Abs. 1

... bezeichnen, welches als einzige oder erste kantonale Instanz für handelsgerichtliche Streitigkeiten zuständig ist.

Schriftliche Begründung Mit ihrem Antrag wollte die Kommission für Rechtsfragen den Kantonen die Möglichkeit einräumen, auch gegen handelsgerichtliche Urteile ein innerkantonales Rechtsmittel vorzusehen. Hingegen entsprach es nicht der Absicht der Kommissionsmehrheit, die Kantone neu zwingend zu einem

doppelten innerkantonalen Instanzenzug zu verpflichten. Mit der vorgeschlagenen Formulierung soll dem kantonalen Gesetzgeber die Entscheidung bezüglich der kantonalen Rechtsmittelordnung (einzige Instanz oder Rechtsmittelmöglichkeit) überlassen werden.

#### Art. 6

Proposition de la majorité

Al. 1

... spécial pour connaître des litiges commerciaux.

Al. 2, 2bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats Al. 3

a. ... lettres a à gbis;

c. Biffer

AI. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité (Markwalder Bär, Donzé, Fluri, Lüscher) AI. 1 Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Hofmann Urs

Al. 1

... désigner un tribunal spécial qui statue en tant qu'unique ou première instance cantonale dans les litiges commerci-

Markwalder Bär Christa (RL, BE): Namens der Minderheit empfehle ich Ihnen, dass wir beim bundesrätlichen Entwurf bleiben, der die Handelsgerichte als einzige kantonale Instanz zulassen will.

Kantone wie Bern, Zürich, Aargau und St. Gallen kennen Handelsgerichte zur Beurteilung von Streitigkeiten zwischen Unternehmungen bereits heute. Die Handelsgerichte haben sich als Fachgerichte bewährt. Deshalb will der Bundesrat es weiterhin den Kantonen überlassen, Handelsgerichte einzusetzen. Gleichzeitig ist es dem Bundesrat und auch der Minderheit wichtig, die Handelsgerichtsbarkeit aufzuwerten, da sie von grosser Bedeutung für die Wirtschaft ist. Über die Hälfte der Streitigkeiten kann vor Handelsgerichten einvernehmlich geregelt werden, da die spezialisierten Richterinnen und Richter in der Lage sind, den Parteien auch in komplizierten Fällen sachgerechte Vergleiche vorzuschlagen. Aufwendige Beweisverfahren und teure Expertisen können so vermieden werden. Justiz und Wirtschaft sparen erheblich an Zeit und Geld.

Streitpunkt ist nun, ob die kantonalen Handelsgerichte die einzige kantonale Instanz bilden und damit in Zivilsachen der Beschwerde an das Bundesgericht unterliegen oder ob noch ein innerkantonales Rechtsmittel vorzuschalten ist. Sachlich ist es gerechtfertigt, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben und die Minderheit zu unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen: Die vorgesehene direkte Beschwerde an das Bundesgericht ist die wichtigste Massnahme zur Stärkung der Handelsgerichtsbarkeit. Organisatorisch gehören die Handelsgerichte bereits heute zur oberen kantonalen Gerichtsbarkeit. Die juristischen Mitglieder der Handelsgerichte sind kantonale Oberrichter. Die Abkürzung des Instanzenzugs - und es ist mir wichtig, dies zu betonen dient der Beschleunigung der Prozesse, die bei der Handelsgerichtsbarkeit eine herausragende Rolle spielt. Schliesslich sieht auch das Bundesgerichtsgesetz, das wir 2005 verabschiedet haben, in Artikel 75 Absatz 2 Buchstabe b ausdrücklich vor, dass bei Handelsgerichten das Prinzip der «double instance», also der doppelten Instanz, durchbrochen werden kann.

Wer also beschleunigte Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Unternehmen will, wer die Handelsgerichtsbarkeit stärken und aufwerten will, wer der Justiz und der Wirtschaft Geld und Zeit für aufwendige Expertisen ersparen will, stimmt der Minderheit zu, sodass das Handelsgericht als einzige kantonale Instanz entscheiden kann.

Schmid-Federer Barbara (CEg, ZH): Im Namen der CVP/ EVP/glp-Fraktion bitte ich Sie, bei Artikel 6 Absatz 1 dem Antrag der Kommissionsminderheit zu folgen und somit dem Entwurf des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen. Sollte der Minderheitsantrag keine Mehrheit finden, bitte ich Sie, dem Antrag Hofmann zu folgen.

Worum geht es? In den vier grossen Mittellandkantonen St. Gallen, Zürich, Aargau und Bern gibt es sogenannte Handelsgerichte, in welchen Kantons- und Oberrichter zusammen mit Fachrichtern urteilen. Diese Gerichte sind für die vier Kantone, in welchen es sie gibt, von ausserordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung. Sie tragen dazu bei, dass auch komplexe handelsrechtliche Streitigkeiten rasch beigelegt werden können. Die Bedeutung der Handelsgerichte ist aber nicht nur für die vier genannten Kantone massgebend. Es gilt als allgemein anerkannt, dass diese Gerichte für den Wirtschaftsstandort Schweiz von grosser Bedeutung sind. Denn Unternehmungen, welche auch global tätig sind. können sich auf die von den Handelsgerichten ausgehende Rechtssicherheit verlassen. Bei den Handelsgerichten geht es um das Regeln von Streitsachen zwischen Parteien, die im schweizerischen Handelsregister eingetragen sind. Ungefähr zwei Drittel der Fälle kommen vor dem Handelsgericht zu einer gütlichen Einigung. Dies ist insbesondere für KMU eine Erleichterung. Dank der Mitwirkung von Fachrichtern aus dem Wirtschaftsbereich haben Urteile und Vorschläge für Vergleiche von Handelsgerichten eine hohe Akzeptanz erlangt.

Für Handelsgerichte gilt grundsätzlich - das hat Frau Markwalder schon gesagt -, dass die Urteile direkt beim Bundesgericht angefochten werden können. Dies führt dazu, dass die Verfahren rasch ablaufen und auch entsprechend kostengünstig sind. Dieser abgekürzte Instanzenzug ist in hohem Masse im Interesse der Wirtschaft.

Folgen wir dem Antrag der Mehrheit unserer Kommission, dann wird die Bestimmung, dass ein Handelsgericht die einzige kantonale Instanz ist, gestrichen. Einzelne Votanten der Mehrheit beabsichtigen damit offensichtlich eine zwingende Rückkehr zum Prinzip des doppelten Instanzenzugs, was alle vier Kantone mit Handelsgerichten vor grosse gerichtsorganisatorische Probleme stellen würde. Im Kanton Zürich beispielsweise müsste eine zusätzliche Instanz geschaffen werden, die Beschwerden oder Berufungen gegen Entscheide des Handelsgerichtes behandeln würde. Wir hätten damit ein Spezial-Obergericht in Handelssachen. Dieses müsste Berufungs- und Beschwerdegericht sein. Die Schaffung eines solchen Gerichtes würde eine Ausdehnung des heute bestehenden Rechtsschutzes bedeuten und wäre mit

einem auch finanziell erheblichen Aufwand verbunden. Eine solche Abkehr vom heutigen System hätte beispielsweise auch im Kanton Aargau fatale Folgen. Dort müsste ein dem Handelsgericht übergeordnetes, zusätzliches Gericht geschaffen werden, oder aber die handelsrechtlichen Streitigkeiten müssten erstinstanzlich bei den Bezirksgerichten angesiedelt werden, was praktisch einer Abschaffung des Handelsgerichtes gleichkäme.

Der Antrag Hofmann folgt grundsätzlich dem Antrag der Mehrheit, er hält jedoch - das ist entscheidend - nicht zwingend an einem doppelten innerkantonalen Instanzenzug

fest; in diesem Fall ist es eindeutig formuliert.

Der Bundesrat, der Ständerat und die Minderheit Ihrer Kommission verfolgen mit ihrer Fassung fünf Ziele: Erstens wird durch das Etablieren einer einzigen kantonalen Instanz dem Gedanken der Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts Rechnung getragen. Zweitens wird dadurch die Rechtszersplitterung aufgehoben. Drittens werden rasche und effiziente Verfähren ermöglicht. Viertens wird die Handelsgerichtsbarkeit gefördert - nicht zuletzt dadurch, dass Kantone, welche keine Handelsgerichte haben, diese ohne grossen Aufwand einführen können. Fünftens wird der Wirtschaftsstandort Schweiz gefördert, insbesondere im Vergleich mit anderen europäischen Ländern.

Ich bitte Sie daher, in erster Linie dem Minderheitsantrag Markwalder Bär zuzustimmen. Sollte der Minderheitsantrag keine Mehrheit finden, bitte ich Sie, eventualiter dem Antrag Hofmann zuzustimmen. Den Antrag der Kommissionsmehr-

heit empfehle ich zur Ablehnung.

Hofmann Urs (S, AG): Bei Artikel 6 geht es um eine derjenigen Bestimmungen, gemäss welchen den Kantonen auch künftig eine Gestaltungsmöglichkeit bei den einzusetzenden Instanzen und bei den einzusetzenden Gerichten offengehalten werden soll.

Wir haben heute in vier Kantonen Handelsgerichte; in 22 Kantonen gibt es keine solchen Instanzen. Wie sich diese Situation künftig entwickeln wird, wissen wir nicht. Entscheidend ist für uns, dass eine Regelung vorgegeben wird, die den Kantonen effektiv die Möglichkeit gibt, Handelsgerichte einzuführen, ohne zwingend einen doppelten Instanzenzug vorsehen zu müssen. Das war eigentlich in der Kommission für Rechtsfragen auch die Absicht der Mehrheit; so wurde auch diskutiert, und so wurde beschlossen. Im Nachhinein wurde aber dieser Entscheid in der Öffentlichkeit - in der interessierten juristischen Öffentlichkeit - anders ausgelegt, nämlich als zwingende Vorschrift eines doppelten Instanzenzuges auch bei der Einführung von Handelsgerichten.

Mit meinem Eventualantrag soll klargestellt werden, dass das nicht der Fall sein soll, wenn er gegenüber dem Antrag der Kommissionsmehrheit obsiegt. Damit sollen die Kantone weiterhin, wie das heute der Fall ist, die Möglichkeit haben, Ja zu einem doppelten Instanzenzug zu sagen, wie Zürich es heute mit dem Kassationsgericht kennt, oder Ja zu einer einzigen kantonalen Instanz zu sagen, wie es der Kanton Aargau mit seinem Handelsgericht kennt. Welchen Weg man gehen will, ist letztlich eine Frage der Autonomie, welche den Kantonen in diesem Bereich gelassen werden soll; sie sollen auch künftig das Recht haben, selbstständig zu entscheiden, ob sie überhaupt ein Handelsgericht einführen wollen oder nicht.

Ich habe meinen Antrag als Eventualantrag formuliert, weil ich persönlich der Meinung bin, dass der Antrag der Kommissionsminderheit hierzu eigentlich die richtige Vorgabe gebe. Sollte der Antrag der Kommissionsmehrheit obsiegen, sollte die Möglichkeit einer freien Wahl bei den Kantonen belassen werden.

Deshalb bitte ich Sie, meinem Eventualantrag für den Fall eines Obsiegens der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Stamm Luzi (V, AG): Nachdem der Rückweisungsantrag betreffend die Zivilprozessordnung von Ihnen abgelehnt wurde und Sie somit signalisiert haben, dass Sie die Vorlage des Bundesrates im Grundsatz wollen, stellt Ihnen die SVP-Fraktion auch hier den Antrag, dem Bundesrat zu folgen. Das bedeutet im Klartext Zustimmung zum Antrag der Minderheit Markwalder Bär. Es ist ja ein Geschäft, das noch von unserem Bundesrat aufgegleist wurde; wir bitten Sie also, dieser Lösung zuzustimmen. Worum geht es?

Wir haben Handelsgerichte; nur vier Kantone kennen solche Handelsgerichte, und diese sind spezialisiert. Wenn Sie neben den spezialisierten Gerichten und dem Bundesgericht eine zweite kantonale Instanz dazwischenschalten, haben Sie das Problem, dass die auf dem Sachwissen dieser Spezialgerichte beruhenden Urteile bereits kantonal einmal überprüft werden. Das ist vor allem deshalb ein gewisses Problem, weil die Praxis gezeigt hat, dass die Handelsgerichte einen sehr guten Ruf haben. Ich darf, ohne zu übertreiben, sagen, dass zum Beispiel das Zürcher Handelsgericht sogar einen gewissen Weltruf erlangt hat. Es gibt sehr viele internationale Parteien, die dieses Gericht als Schiedsgerichtsinstanz wählen; allein das zeigt, dass die Qualität der Rechtsprechung dort hoch ist.

Wenn Sie dieses Sachwissen in heute vier Kantonen - vielleicht werden später weitere hinzukommen - mit einer zweiten kantonalen Instanz belasten, verschiebt sich die gewünschte Konzentration ein bisschen. In erster Linie ist es auch eine Frage des Tempos: Wenn Sie nur eine kantonale Instanz haben, von wo aus Sie direkt ans Bundesgericht gelangen können, dann wissen Leute, die in der Wirtschaft oder im Handel besonders aufs Tempo angewiesen sind, dass der Streit direkt vom Handelsgericht ans Bundesgericht

geht. Das ist ein ganz zentrales Argument

Eine Bemerkung zum Antrag von Kollege Hofmann, ich habe das wahrscheinlich richtig begriffen: Wenn bei der Abstimmung, die wir durchführen werden, der Antrag der Minderheit Markwalder Bär - das heisst gemäss Bundesrat - gewinnt, ist der Antrag Hofmann vom Tisch. Nur wenn der Antrag der Mehrheit der Kommission gewinnen würde, müssten wir auch über den Antrag Hofmann abstimmen. Das heisst Folgendes: Wenn Sie jetzt in der ersten Hauptabstimmung dem Bundesrat folgen, ist die ganze Frage vom Tisch, und Sie haben die Situation, dass wir in den Kantonen nur noch die spezialisierten Handelsgerichte und keine zweite Instanz mehr haben.

Ich bitte Sie, das zu tun: dem Bundesrat zu folgen, das heisst, dem Antrag der Minderheit Markwalder-Bär zuzustimmen.

von Graffenried Alec (G, BE): Eigentlich der beste Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt - leider nur in Form eines Eventualantrages -, ist der Eventualantrag Hofmann, der eben eigentlich alle Möglichkeiten in sich vereinigt. Ich könnte persönlich auch dem Minderheitsantrag Markwalder zustimmen. Wir werden als Fraktion bestimmt dem Eventualantrag Hofmann zustimmen. Es ist wichtig, dass die Handelsgerichte in ihrer heutigen Funktion bestehen bleiben können und dass man den Kantonen hier nicht unnötige Vorschriften, auch Verfahrensvorschriften, macht, die eben die heutige, sehr wichtige Stellung der Handelsgerichte be-schneiden. Man darf sich nicht davon blenden lassen, dass es nur vier Handelsgerichte gibt. Diese vier Handelsgerichte erledigen nämlich eine sehr grosse Anzahl der handelsrechtlichen Streitigkeiten.

Ich würde Ihnen also namens der Mehrheit unserer Fraktion empfehlen, der Mehrheit zu folgen, aber im Eventualfall dann dem Eventualantrag Hofmann zuzustimmen.

Fluri Kurt (RL, SO): Selbstverständlich bitten wir Sie ebenfalls, dem Minderheitsantrag zuzustimmen oder, für den inzwischen unwahrscheinlich gewordenen Fall, dass dieser abgelehnt wird, allenfalls dem Eventualantrag Hofmann. Wir haben in der Kommission zur Kenntnis genommen, dass auch der Vertreter des Kantons Zürich, der wegen seines Kassationsgerichtes von diesem Entscheid betroffen würde, mit der bundesrätlichen Regelung einverstanden ist, nicht zuletzt auch unter dem Aspekt, dass mit der Vereinheitli-chung des Prozessrechts das Kassationsgericht seine ursprüngliche Funktion, nämlich die Kontrolle des kantonalen Prozessrechts, ja nicht mehr hat. Weiter können wir darauf

hinweisen, dass wir im Bundesgerichtsgesetz (BGG) seinerzeit bei den Artikeln 75 und 77 bewusst Ausnahmen vom Prinzip der doppelten innerkantonalen Instanz statuiert haben. Diese Ausnahmen haben wir nun bei Artikel 5 wahrgenommen, den wir soeben beschlossen haben, aber auch bei Artikel 7 oder auch bei Artikel 387 der jetzigen Zivilprozessordnung. So ist es nur logisch, dass wir auch bei Artikel 6 die uns vom BGG gewährte Möglichkeit ergreifen und in handelsgerichtlichen Angelegenheiten den Kantonen die Gelegenheit geben, eine einzige Instanz vorzusehen.

Wir bitten Sie deshalb, den Minderheitsantrag zu unterstüt-

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Mehrheit der Kommission zu Artikel 6 Absatz 1 abzulennen und beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben, damit also den Minderheitsantrag zu unterstützen. Warum ist die Sonderstellung des kantonalen Handelsgerichtes als einzige kantonale Instanz so wichtig? Solche Fachgerichte sind für die Wirtschaft von aussergewöhnlicher Bedeutung. Sie tragen dazu bei, dass auch komplexe Streitigkeiten relativ rasch beigelegt werden können. Über die Hälfte der Fälle wird heute vor dem Handelsgericht einvernehmlich geregelt, dies dank der besonderen Fachkunde, welche die Richterinnen und Richter am Handelsgericht haben. Langwierige Beweisverfahren, teure Experten können oft vermieden werden; die Justiz und die Wirtschaft sparen viel Zeit und auch Geld. Bundesrat und Ständerat wollen die Handelsgerichtsbarkeit daher ganz wesentlich stärken. Das ist ein zentrales Anliegen der Justizreform. Auch in Fällen, die streitig bleiben, sollen diese Spezialgerichte also möglichst rasch und verbindlich Klarheit schaffen können. Wie in der Schiedsgerichtsbarkeit ist somit ein kürzerer Instanzenzug vorzusehen; die Urteile des Handelsgerichtes sollen direkt mit einer Beschwerde ans Bundesgericht weitergezogen werden können.

Dank der besonderen Kompetenz des Handelsgerichtes genügen zwei Instanzen, wie sie vorgesehen sind, bei Weitem. Eine zusätzliche kantonale Instanz wäre schwerfällig, zumal das Bundesgericht volle Rechtskontrolle ausüben kann, und zwar auch in Bezug auf das Prozessrecht. Das Prozessrecht ist künftig Bundesrecht, und somit übernimmt das Bundesgericht die heutigen Kontrollaufgaben der kantonalen Kassationsgerichte. Eine direkte Beschwerde ans Bundesgericht drängt sich umso mehr auf, als die Handelsgerichte organisatorisch zu den oberen kantonalen Gerichten gehören. Ihre juristischen Mitglieder sind kantonale Oberrichter. Auch das Ergebnis der Vernehmlassung war in diesem Punkt eindeutig. Sämtliche Kantone mit Handelsgerichten, auch der Kanton Zürich, sprachen sich klar für eine direkte Beschwerde ans Bundesgericht aus, mit der Begründung, dass nur so die Handelsgerichtsbarkeit tatsächlich gestärkt werden könne. Der Antrag der Mehrheit der Kommission würde zu einer Abwertung der Handelsgerichte führen. Gegen Urteile eines Handelsgerichtes wäre neu sogar eine Berufung zulässig, also ein ordentliches Rechtsmittel. Damit könnte dann die innerkantonale Berufungsinstanz auch den Sachverhalt voll überprüfen. Das ist heute in keinem der Kantone mit Handelsgerichten möglich, und es wäre, so meine ich, auch absurd.

Ich bitte Sie daher, dem Minderheitsantrag zu folgen und damit beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.

Ich kann Ihnen hier auch gerade sagen, dass der Bundesrat mit dem Antrag der Kommission zu Absatz 3 einverstanden

Ich möchte mich noch zum Antrag Hofmann zur Handelsgerichtsbarkeit äussern, und ich möchte Sie bitten, auch diesen Eventualantrag abzulehnen, soweit er dann noch auf-rechterhalten bleibt. Warum? Die Zivilprozessordnung stellt es den Kantonen frei, ob sie ein Handelsgericht einführen wollen oder nicht. Wenn sie dann aber ein Handelsgericht einführen, dann muss es ein Fachgericht sein, das als einzige Instanz entscheidet. Der Begriff Handelsgerichtsbarkeit bekommt damit eine neue Qualität. In der ganzen Schweiz wird dann unter Handelsgerichtsbarkeit dasselbe verstanden, nämlich ein besonderes Fachgericht, das als einzige kantonale Instanz für besondere Streitigkeiten zuständig ist. Wirtschaftlich betrachtet ist das ein erheblicher Standortvorteil für die Schweiz, denn es ist eine ganz effiziente Gerichtsbarkeit. Entsprechend klar war denn auch – ich habe es gesagt – das Vernehmlassungsergebnis, indem sich eine Vielzahl der Vernehmlassungsadressaten klar für diese Lösung ausgesprochen hat. In Kantonen, die kein solches qualifiziertes Handelsgericht vorsehen – es steht ihnen frei, ich habe es gesagt –, werden die betreffenden Streitigkeiten wie auch heute ganz einfach von den ordentlichen Gerichten beurteilt; in diesen Fällen bestehen, wie auch heute, ganz ordentlich zwei kantonale Instanzen. Der Eventualantrag Hofmann ist also unnötig, er verwässert den Qualitätsbegriff «Handelsgerichtsbarkeit».

Ich möchte Sie daher bitten, auch diesen Eventualantrag abzulehnen.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Wir haben jetzt die Mehrheitsfassung und den Eventualantrag Hofmann. Die Kommission ging bei ihrer Beschlussfassung – 15 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen - mehrheitlich davon aus, dass die Kantone die Möglichkeit haben sollen, eine zweite Instanz einzurichten, wenn sie ein Handelsgericht haben. Das heisst, die Mehrheit war der Meinung, es sei eine fakultative Bestimmung für die Kantone. Nachher wurde moniert - das war irgendein Oberrichter aus Zürich, der Papers zu dieser Frage verfasst -, dies sei nicht so. Ich habe mich bei der Verwaltung vergewissert. Sie geht davon aus - und ich glaube, sie kommt draus -, dass die Mehrheitsfassung eine fakultative und nicht eine obligatorische Regelung beinhaltet. Insofern erübrigt sich der Eventualantrag Höfmann, weil der Wille der Mehrheit und der Wille von Herrn Hofmann - es kommt ja vor allem auch auf den Willen an - identisch sind. Das zum Ersten.

Zum Zweiten: Es geht hier um vier Handelsgerichte. Es stimmt, diese Handelsgerichte nehmen in der Prozesslandschaft der vier Kantone Bern, Zürich, Aargau, St. Gallen eine wichtige Stellung ein. Immerhin gibt es auch Wirtschaftszentren, die kein Handelsgericht haben: Basel hat keines und floriert auch, das Waadtland und Genf haben auch keines und florieren auch. Man kann also nicht sagen, je mehr Handelsgerichte, desto besser die Wirtschaft. Was stimmt: die Handelsgerichte sind wichtig. Frau Schmid-Federer hat einen Katalog vorgetragen und gesagt, warum die Handelsgerichte wichtig sind. Ich kenne ihn, ich habe diese Papers auch gelesen, alles okay - nur hat es nichts mit der hier zu entscheidenden Frage zu tun. Es gibt überhaupt niemanden, der bestreitet, dass die Handelsgerichte in ihrer herausragenden Funktion beibehalten und gestärkt werden sollen. Etwas aber ist falsch in der Darlegung jener, die die Minderheit stützen: Der Kanton mit jenem Handelsgericht, das am meisten gelobt wurde - irgendjemand hat von Weltruf gesprochen -, nämlich das Handelsgericht Zürich, kannte ja notabene bislang zwei Instanzen. Offensichtlich hat es sich für das Handelsgericht des Kantons Zürich bewährt, dass die Möglichkeit besteht, dass seine Urteile angefochten werden können. Jetzt weiss ich nicht, warum das in Zukunft schlecht sein soll.

Es kommt ein Grundsatz ins Spiel. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Grundsatz der «double instance», wonach zwei kantonale Instanzen in einem Verfahren zum Zug kommen sollen, eigentlich ein Grundsatz der Zivilprozessordnung ist, den wir durchhalten möchten. Man kann sagen: Je einfacher ein Verfahren, desto weniger braucht es zwei Instanzen; je komplizierter ein Verfahren, desto eher braucht es zwei Instanzen. Nun sind ja handelsgerichtliche Verfahren nicht gerade «schmürzelig-einfache» Bagatellverfahren, sondern komplexe Verfahren, wo es um schwierige Rechtsfragen geht. Es ist deshalb eigentlich nicht einzusehen, warum der Grundsatz gelten soll: Je schwieriger das Verfahren, desto weniger Instanzen. Aus diesem Grund scheint es mir vom Prinzip her richtig und wichtig, die Möglichkeit einer zweiten Instanz zu installieren oder beizubehalten wie im Falle des Kantons Zürich. Das wird am Vergleichsverhalten

der ersten Instanz gar nichts ändern; schon heute hat das Handelsgericht eine weitere Instanz über sich, und es werden zu 50 Prozent oder mehr Vergleiche geschlossen. Das hat gar nichts miteinander zu tun! Aber es soll die Möglichkeit gegeben werden, dass eine sinnvolle Rechtsüberprüfung stattfindet; dies wird übrigens gar nicht so häufig der Fall sein.

Ich bin aber auch gegen die Tendenz der Justiz, die darauf hinausläuft, dass man eigentlich gar nicht mehr daran interessiert ist, dass Rechtsprechung erfolgt, sondern immer nur Vergleiche anstrebt. Es gibt nicht zuletzt im Zivilrecht Bereiche, wo es eigentlich schade ist, dass nicht mehr gerichtliche Überprüfungen gerade von heiklen Rechtsfragen stattfinden.

Ein Letztes: Bei den Arbeitsgerichten handelt es sich auch um Fachgerichte. Man könnte also mit den gleichen Gründen sagen, es brauche keine zweite Instanz. Da werden genauso viele Vergleiche geschlossen wie in einem Handelsgericht. Ich sehe also nicht ein, weshalb eine Ungleichbehandlung zwischen Handels- und Arbeitsgericht erfolgen soll.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen, ausdrücklich in der Meinung, der Eventualantrag Hofmann und jener der Mehrheit seien identisch.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/605) Für den Antrag der Minderheit ... 135 Stimmen Für den Antrag der Mehrheit ... 13 Stimmen

Le président (Bugnon André, président): Etant donné ce résultat, la proposition subsidiaire Hofmann Urs devient caduque.

# Art. 6a

Antrag der Kommission

Titel

Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung

Text

Die Kantone können ein Gericht bezeichnen, welches als einzige kantonale Instanz für Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung zuständig ist.

# Art. 6a

Proposition de la commission

Titre

Litiges portant sur les assurances complémentaires à l'assurance-maladie sociale

Texte

Les cantons peuvent désigner un tribunal qui statue en tant qu'instance cantonale unique dans les litiges portant sur les assurances complémentaires à l'assurance-maladie sociale selon lá loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie.

Angenommen – Adopté

# Art. 7-33

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu 08.3243

Dringliche Interpellation grüne Fraktion.
Ernährungskrise und Lebensmittelsicherheit Interpellation urgente groupe des Verts.
Crise et sécurité alimentaires

Ordnungsantrag - Motion d'ordre

Einreichungsdatum 26,05,08 Date de dépôt 26,05,08 Nationalrat/Conseil national 29,05.08 Nationalrat/Conseil national 12,06,08

Le président (Bugnon André, président): Une motion d'ordre a été déposée par le groupe des Verts. Elle demande que l'interpellation 08.3243 soit déclarée urgente.

Frösch Therese (G, BE): Wir haben heute Morgen im Büro über die Thematik «weltweite Ernährungskrise und steigende Rohstoffpreise» gesprochen. Es gab dazu drei dringliche Interpellationen.

Die grüne Fraktion hat ihre dringliche Interpellation mit dem Titel «Ernährungskrise und Lebensmittelsicherheit» zuerst eingereicht, schon am Sonntagabend. Sie finden die Interpellation auf dem grünen Blatt; wir haben sie verteilen lassen. Über unsere dringliche Interpellation wurde deshalb auch zuerst abgestimmt. Es wurde abgestimmt darüber, ob man ein Paket mit dieser Thematik, die uns wirklich bewegt, vorlegen will. Weil die dringliche Interpellation unserer Fraktion zuerst eingereicht wurde, kam sie auch zuerst zur Abstimmung. Die Dringlichkeit wurde aus unerklärlichen Gründen abgelehnt.

Die beiden Interpellationen zum gleichen Thema von der SP- und der SVP-Fraktion wurden dringlich erklärt. Ich denke, es ist wichtig, dass alle drei Interpellationen zum selben Thema gleich und fair behandelt werden. Ich bitte den Rat deshalb um Zustimmung zur Dringlicherklärung der Interpellation der grünen Fraktion, analog zu denjenigen von SP- und SVP-Fraktion. Das ändert nichts an der beschlossenen Redezeit. Wie Sie wissen, haben wir ja ein neues Programm erhalten und haben wiederum Zeitprobleme. Wir haben im Büro sechzig Minuten beschlossen, und dabei bleibt es. Obman unsere Interpellation jetzt dringlich erklärt oder nicht, es bleibt bei sechzig Minuten Redezeit.

Ich bitte Sie um Zustimmung zur Dringlicherklärung unserer Interpellation.

Wandfluh Hansruedi (V, BE), für das Büro: Wir haben uns heute Morgen im Büro über vier Vorstösse unterhalten und nicht über drei. Einer der Vorstösse – zur Aussenpolitik – ist dabei herausgefallen. Vonseiten der SVP hatten wir vorgeschlagen, dass wir ein Paket machen. Aussenpolitik ist mit ausschlaggebend und mitbestimmend für die Versorgungssicherheit. Wir akzeptierten diesen Entscheid.

In der Folge wurde, wie Frau Frösch richtig erklärt hat, über jede Interpellation der Reihe nach einzeln abgestimmt. Die Grünen hatten das Pech, dass sie zuerst an der Reihe waren. Ich gehe davon aus, dass das Programm in der dritten Woche anders aussehen würde, dass wir keine Diskussion führen würden, wenn der SP-Vorschlag zuerst diskutiert worden wäre.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Grünen zuzustimmen und diese Interpellation auch als dringlich zu erklären. Sie gehört zum Thema, und es darf nicht sein, dass solche Entscheidungen davon abhängen, wann eine Abstimmung durchgeführt wird. Wir spielen hier nicht russisches Roulett.

Ich bitte Sie, den Antrag der Grünen zu unterstützen.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 08.3243/652) Für den Ordnungsantrag der grünen Fraktion ... 133 Stimmen Dagegen ... 4 Stimmen

06.062

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221) Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung - Suite)

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Δrt 34

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Hämmerle, Hubmann, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Vischer)

Abs. 1

Auf die Gerichtsstände nach den Artikeln 31 bis 33 können nicht verzichten:

... *Abs. 2* Streichen

Art. 34

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Hämmerle, Hubmann, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Vischer)

AI. 1

Ne peuvent renoncer aux fors prévus aux articles 31 à 33:

... Al. 2 Biffer

Thanei Anita (S, ZH): Artikel 34 hält fest, dass auf den gesetzlichen Gerichtsstand gemäss den Artikeln 31 bis 33 nicht durch Einlassung oder eine Gerichtsstandsvereinbarung verzichtet werden kann. Das ist richtig. Absatz 2 stipuliert nun, dass der Abschluss einer Gerichtsstandsvereinbarung nach Entstehung der Streitigkeit zulässig ist. Ich beantrage Ihnen, diesen Absatz 2 zu streichen. Weshalb?

Gerade im Sozialschutzbereich, und nur dort, bestehen ja zwingende Gerichtsstände. Da gilt es, übereilte Abschlüsse von Verträgen, auch von solchen betreffend Gerichtsstand, zu verhindern. Die schwächere Partei läuft nämlich auch hier Gefahr, überrumpelt zu werden. Gemäss Auskunft der Verwaltung ist es sogar zulässig, dass solche Vereinbarungen per E-Mail abgeschlossen werden, und das ist schlichtweg nicht mehr vertretbar. Man muss damit rechnen, dass jemand eine entsprechende Offerte nicht richtig liest, und schon ist eine Gerichtsstandsvereinbarung zustande ge06.062

kommen. Ich bin der Ansicht, dass sich der Gesetzgeber bei der Regelung der zwingenden Gerichtsstände die notwendigen Überlegungen gemacht hat und diese Gerichtsstände den sachlichen und örtlichen Gegebenheiten am besten entsprechen. Überdies wollen wir die Verfahren beschleunigen, und es macht keinen Sinn, wenn es noch zu Streitigkeiten darüber kommt, ob eine Gerichtsstandsvereinbarung zustande gekommen ist oder nicht.

Es gibt noch ein Problem im Zusammenhang mit dem Anknüpfungspunkt. Im Gesetz ist vorgesehen, dass eine Vereinbarung dann abgeschlossen werden kann, wenn die Streitigkeit entstanden ist. Diese Bestimmung ist unklar: Wann entsteht eine Streitigkeit? Sie muss nicht erst dann entstehen, wenn jemand eine Klage einreicht oder eine Forderung stellt, sie kann grundsätzlich auch schon vorher bestehen. Ich weiss, dass wir eine ähnliche Regelung im Gerichtsstandsgesetz haben, aber man muss ja denselben Fehler nicht unbedingt wiederholen.

Ich bitte Sie deshalb. Absatz 2 zu streichen.

Müller Thomas (CEg. SG): Namens der CVP/EVP/glp-Fraktion ersuche ich Sie, den Minderheitsantrag Thanei abzulehnen. Artikel 34, wie er hier in der Zivilprozessordnung vorgeschlagen wird, entspricht dem geltenden Recht, Artikel 21 des Gerichtsstandsgesetzes. In Absatz 1 wird klargemacht, dass keine Abweichung vom gesetzlichen Gerichtsstand zum Voraus zulässig ist, das heisst vor der Entstehung des Streites. Das heisst aber auch, dass sämtliche vom gesetzlichen Gerichtsstand abweichenden Gerichtsstandsklauseln in Arbeits-, Konsumenten- und Mietverträgen nicht zulässig

Zu Absatz 2, zur Bestimmung, die von der Minderheit Thanei zur Ablehnung empfohlen wird: Absatz 2 traut den Parteien zu, dass sie sich nach der Entstehung eines Streites auf einen Gerichtsstand einigen. Aber auch das bitte ich Sie zu beachten: nur durch Gerichtsstandsvereinbarung, nicht durch blosse Einlassung. Das heisst, es braucht die volle Schriftlichkeit, einerseits den Vorschlag des Gerichtsstandes, andererseits das Akzept. Diese Regelung für den Zeitpunkt nach Entstehung einer Streitigkeit scheint uns zweckmässig und sachgerecht zu sein. Sie bringt keine unnötige Einschränkung der Prozessparteien.

Zur Frage, wann die Streitigkeit entsteht: Hier kann auf die Rechtsprechung abgestellt werden. Eine Streitigkeit entsteht dann, wenn in einem Rechtsverhältnis erstmals abweichende Positionen bezogen und der Gegenpartei so mitgeteilt werden.

Ich ersuche Sie um Ablehnung des Antrages der Minderheit Thanei.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat bittet Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen und gemäss dem Antrag der Mehrheit beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Artikel 34 der Zivilprozessordnung entspricht in der Fassung des Bundesrates und der Mehrheit geltendem Recht, d. h. Artikel 21 des Gerichtsstandsgesetzes. Das geltende Recht besagt klar, dass es keine Abweichung vom geltenden gesetzlichen Gerichtsstand zum Voraus, d. h. also vor Ausbruch eines Rechtsstreites, geben darf. Gerichtsstandsklauseln in Miet-, Arbeits- und Konsumentenverträgen sind somit grundsätzlich unzulässig. Hingegen kann man sich nach Ausbruch eines Rechtsstreites auf einen abweichenden Gerichtsstand einigen, dies aber nicht einfach so und nur durch Einlassung, sondern durch einen entsprechenden ausdrücklichen Gerichtsstandsvertrag.

Die Zivilprozessordnung hält an diesem Einlassungsverbot fest. Der Minderheitsantrag will nun zusätzlich auch die Möglichkeit einer nachträglichen Gerichtsstandsvereinbarung verbieten. Das geht ganz klar zu weit; wir dürfen die Parteien nicht total bevormunden, und man darf durchaus davon ausgehen, dass sie in der Lage sind, ihre Eigenverantwortung auch in diesem Bereich wahrzunehmen.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Thanei abzulehnen.

Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: Les fors qui sont prévus aux articles 31 à 33 visent à protéger les consomateurs, les locataires et les travailleurs en leur offrant une possibilité d'agir devant un tribunal qui leur est proche au moment du litige. Il est prévu qu'il soit impossible de faire signer à un consommateur, à un locataire ou à un travailleur un contrat dans lequel il y aurait une clause qui le priverait de ce for protecteur. C'est donc une règle qui a tout son sens pendant la durée du rapport contractuel, c'est-à-dire pendant que le travailleur travaille à un certain endroit, pendant que le consommateur consomme et achète des produits et que le locataire est lié au lieu où se trouve son loge-

Il n'y a évidemment pas de raison d'étendre cette protection, qui vise finalement à protéger la personne contre elle-même si elle avait par hypothèse envie de renoncer à l'un de ces fors-là, au-delà du moment où cette protection en est une de par la proximité du lieu. Cette règle se retrouve d'ailleurs dans d'autres textes comme la Convention de Lugano qui fixe des fors en matière internationale.

C'est la raison pour laquelle la commission a rejeté, par 13 voix contre 6, la proposition de la minorité Thanei. Elle vous recommande d'en faire de même.

Le président (Bugnon André, président): Le groupe radicallibéral soutient la proposition de la majorité.

Abstimmung - Vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 06.062/607) Für den Antrag der Mehrheit ... 91 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

# Art. 35-39

Antraa der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 39bis

Antrag der Kommission Titel

Stimmrechtssuspendierungsklagen

Für Stimmrechtssuspendierungsklagen nach dem Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel ist das Gericht am Sitz der Zielgesellschaft zuständig.

# Art. 39bis

Proposition de la commission

Titre

Actions en suspension de l'exercice du droit de vote Texte

Le tribunal du siège de la société visée est compétent pour connaître des actions en suspension de l'exercice du droit de vote fondées sur la loi fédérale du 24 mars 1995 sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières.

Angenommen – Adopté

# Art. 40-44

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

647

# Art. 45

Antrag der Kommission

c. mit einer Partei ... verheiratet ist oder war, in eingetragener Partnerschaft lebt oder lebte oder ...

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

c. s'ils sont conjoints, ex-conjoints, partenaires enregistrés ou ex-partenaires enregistrés d'une partie ...

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 46-50

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit (Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Heer, Kaufmann, Schwander) Abs. 2

... lassen. (Rest streichen)

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité (Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Heer, Kaufmann, Schwander) Al. 2

... copie. (Biffer le reste)

Reimann Lukas (V, SG): Der Zugang zu sämtlichen Akten eines Zivilverfahrens ist zentraler Bestandteil eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Eine Einschränkung des Zugangs zu den Akten führt letztlich zu Geheimakten. Die Botschaft verweist in diesem Zusammenhang auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtes. Es handelt sich beim zitierten Ent-scheid jedoch um ein öffentlich-rechtliches Verfahren und nicht um einen Zivilprozess. Dass bei einem öffentlich-rechtlichen Verfahren öffentliche Interessen tangiert sind, liegt in der Natur der Sache. Ich sehe jedoch nicht, welche öffentlichen Interessen im Zusammenhang mit einem Zivilprozess, bei dem sich ja zwei Privatpersonen gegenüberstehen, eine Rolle spielen. Letzte Woche hat sich auch Professor Sutter-Somm, der Präsident der Expertenkommission, dazu geäussert und gesagt, er kenne kein Beispiel, wo das zutreffen würde.

Der Schutz von Drittinteressen ist durch Artikel 153 der Zivilprozessordnung hinreichend gewährleistet. Insbesondere kann das Gericht gewisse Stellen in einer Urkunde abdecken, also schwärzen. Die Möglichkeit, gewisse Informationen auf einem Dokument abzudecken, würde im Übrigen auch für Dokumente gelten, welche öffentliche Interessen tangieren, sofern es überhaupt solche gäbe. Die Partei eines Zivilprozesses hat meiner Ansicht nach einen Anspruch darauf zu wissen, auf welche Dokumente das Gericht sich bei

einem Entscheid stützt, der in ihre privaten Rechte eingreift. Aufgrund des allgemeinen Grundsatzes der Verhältnismässigkeit ist dieser Anspruch nur so weit einzuschränken, als es unbedingt notwendig ist. Die involvierten Drittinteressen können durch das Abdecken von gewissen Stellen in den Dokumenten hinreichend geschützt werden. Ein gänzliches Vorenthalten der Urkunden erscheint mir demgegenüber unverhältnismässig und könnte auch Artikel 5 Absatz 2 der Bundesverfassung widersprechen.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Es ist ja so, dass in einem Zivilprozess sowohl Private als auch der Staat Prozesspartei sein können. Deswegen ist zumindest diese Gleichsetzung gerechtfertigt. Der Sprecher der Minderheit macht geltend, Artikel 153 sei eine genügende Schutzvorschrift. Dieser Artikel bezieht sich aber auf die Beweisabnahme, während sich Artikel 51 auf das ganze Verfahren bezieht. Das rechtliche Gehör beziehungsweise dessen Einschränkung bezieht sich auf das Verfahren von A bis Z, Artikel 153 bloss auf die Phase der Beweisabnahme. Deshalb genügt Artikel 153 nicht. Artikel 51 Absatz 2 ist in der Fassung von Bundesrat und Kommissionsmehrheit so nötig und angebracht.

Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Widmer-Schlumpf Eveline. Bundesrätin: Ich möchte Sie auch bitten, den Minderheitsantrag abzulehnen. Dass die Akteneinsicht gewährleistet ist, ist ein unbestrittener Grundsatz unseres Rechts, doch steht dieses Parteirecht unter dem Vorbehalt der «überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen». Auch dies ist ein Grundsatz, der in unserer Rechtsordnung gilt. Er wurde von Lehre und Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem rechtlichen Gehör entwickelt, auch für den Zivilprozess. Wenn Sie diesen Vorbehalt nun streichen, wie es die Minderheit der Kommission verlangt, würden Sie nichts anderes tun als Verwirrung stiften und falsche Signale aussenden. Dieser Vorbehalt gilt nämlich schon kraft der Verfassung. Er steht insofern auch Artikel 5 Absatz 2 der Bundesverfassung nicht entgegen, sondern steht in Übereinstimmung mit Artikel 5 Absatz 2 der Bundesverfassung.

Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Nationalrat Reimann, stören Sie sich vor allem am Vorbehalt der schutzwürdigen öffentlichen Interessen. Im Zivilprozess haben wir es grundsätzlich mit privaten Interessen zu tun, das ist richtig; schützenswerte öffentliche Interessen kommen in diesem Sinn relativ selten vor. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sie einmal vorkommen, nämlich dann, wenn der Staat selber Prozesspartei ist.

Ich möchte Sie darum bitten, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen - das Abstimmungsergebnis betrug 13 zu 11 Stimmen –, den Minderheitsantrag Reimann abzulehnen.

- 1. Zum Ort der Bestimmung: Wie ausgeführt wurde, ist diese Bestimmung dort situiert, wo es um die generellen Verfahrensgrundsätze geht. Das heisst, dieser Verfahrensgrundsatz gilt für den ganzen Prozess und hat mithin nichts mit der weiter hinten angesiedelten Bestimmung von Artikel 153 zu tun.
- 2. Was ist mit «überwiegende private Interessen» gemeint? In einem Zivilprozess sind in den Akten unter Umständen Dokumente enthalten, bei denen ein überwiegendes Schutzinteresse des Privaten besteht. Ich denke zum Beispiel an Arztzeugnisse, an Geschäftsgeheimnisse, an private Aufzeichnungen. Jetzt ist aber von Herrn Reimann eine wichtige Frage gestellt worden: Dürfen diese Dokumente dann überhaupt in einem Prozess verwendet werden? Ich denke, dass sich eine Handhabung einspielen wird, wo zum Beispiel ein Arztzeugnis vom Richter eingesehen werden darf, wo gewisse intimere Kenntnisse über eine Krankheit aufgeführt sind, die aber nicht weitergegeben werden dürfen. Es ist ja heute zum Beispiel auch schon so, dass gewisse Akten nur

der Rechtsvertretung zur Einsicht gegeben werden und keine Kopien angefertigt werden dürfen. Das soll eigentlich mit dieser Bestimmung präzisiert werden. In diesem Sinne erachte ich sie als sinnvoll.

3. Was ist mit «überwiegende öffentliche Interessen» gemeint? Ich glaube, über etwas sind wir uns einig: Der Staatsschutz kann hier nicht gemeint sein; dieser hat jedenfalls in einem Zivilprozess nichts zu suchen. Darüber besteht Einigkeit. Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat aber darauf hingewiesen, dass es Prozesse geben kann, wo der Staat selber Prozesspartei ist und wo diffizile öffentliche Interessen im Spiel sind, die überwiegen können. Da muss es eine solche Handhabung geben. Ich habe selber schon einmal einen solchen Prozess erlebt, bei dem es um eine arbeitsrechtliche Frage betreffend eine Fluggesellschaft ging. Das sind heikle Fragen, das gebe ich zu. Es ging um Sicherheits-Flugbegleiter, und da wurde aufgeworfen, gewisse Dispositive dürften nicht herausgegeben werden, weil sie Sicherheitsaspekte beträfen, was öffentliches Interesse beschlägt. Das ist natürlich heikel, weil dann vielleicht wichtige Dokumente dem Prozess entzogen werden, die Beweiskraft haben. Aber es geht um eine Abwägung, die vorgenommen werden muss, und es ist richtig, dass es diese Bestimmung aibt.

Sie sagen, es dürfe nicht unverhältnismässig ausgelegt werden. Das ist richtig; es ist ein zentraler Verfassungsgrundsatz, dass diese Bestimmung nur verhältnismässig zum Zuge kommen darf. Das heisst, es dürfen also nicht vorschnell überwiegende öffentliche oder private Interessen angenommen werden, denn es besteht ein Interesse daran, dass alle Beweismittel und Unterlagen für einen reibungslosen Ablauf des Prozesses verfügbar sind. Aber es braucht diese Einschränkung.

Im Übrigen wurde zu Recht auf Folgendes hingewiesen: Wahrscheinlich würde diese Bestimmung auch gelten, wenn der Zusatz gar nicht in der Zivilprozessordnung aufgeführt wäre. Aber im Sinne der Kundenfreundlichkeit wird die Lesbarkeit eines Gesetzes verbessert, wenn das niedergeschrieben ist.

Le président (Bugnon André, président): Le groupe PDC/ PEV/PVL soutient la proposition de la majorité.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/608) Für den Antrag der Mehrheit ... 98 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 43 Stimmen

# Art. 52

Antrag der Kommission

Abs. 1

Verhandlungen und eine allfällige mündliche Eröffnung des Urteils sind öffentlich.

Abs. 1bis, 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Art. 52

Proposition de la commission

Al. 1

Les débats et une éventuelle communication orale du jugement sont publics.

Al. 1bis, 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 53-61

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 62

Antrag der Kommission

Abs.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Für die Wahrung einer gesetzlichen Frist des Privatrechtes, die auf den Zeitpunkt der Klage, der Klageanhebung oder auf einen anderen verfahrenseinleitenden Schritt abstellt, ist die Rechtshängigkeit nach diesem Gesetz massgebend.

#### Art. 62

Proposition de la commission

Δ1 :

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

La litispendance au sens de la présente loi est déterminante pour l'observation d'un délai de droit privé qui se fonde sur la date du dépôt de la demande, de l'ouverture de l'action ou d'un autre acte introductif d'instance.

Angenommen – Adopté

#### Art. 63-65

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 66

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

b. ... sowie in den Angelegenheiten des summarischen Verfahrens: patentierte Sachwalter ...

c. ... Artikel 27 SchKG;

d. vor den Miet- und Arbeitsgerichten gewerbsmässig qualifizierte Vertreter, sofern das kantonale Recht es vorsieht.

# Art. 66

Proposition de la commission

Al. 1, 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

b. ... et dans les affaires soumises à la procédure sommaire, les agents d'affaires ...

c. ... l'article 27 LP;

d. les mandataires professionnellement qualifiés dévant les juridictions spéciales en matière de contrat de bail et de contrat de travail si le droit cantonal le prévoit.

Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: J'apporte une précision pour le Bulletin officiel dans la perspective de la suite des travaux, soit de la procédure d'élimination des divergences entre les deux conseils. La Commission des affaires juridiques du Conseil national a modifié quelque peu la version déjà amendée par le Conseil des Etats à l'article 66 qui traite de la représentation conventionnelle, c'est-à-dire de la question de savoir qui est autorisé à pratiquer les tribunaux et à y représenter des parties.

A l'alinéa 2 lettre a, il est question des «avocats autorisés», sans que les avocats stagiaires soient mentionnés. Renseignements pris auprès de l'administration, le point de vue du Conseil fédéral à ce sujet comprend également les avocats stagiaires, même s'ils ne sont pas mentionnés en toutes lettres, les conditions de leur activité devant les tribunaux étant réglées par la loi fédérale sur la libre circulation des avocats et les lois cantonales qui ne sont évidemment pas restreintes par le Code de procédure civile.

A la lettre b, il est question des «agents d'affaires». La version du Conseil des Etats réduit leur activité aux actes de

procédure sommaire qui sont visés à l'article 247, c'est-àdire à un certain nombre d'actes qui sont relatifs au droit des poursuites. Or, il se trouve que dans certains cantons, le canton de Vaud par exemple, les règles cantonales permettent aux agents d'affaires d'opérer dans un domaine plus large que celui-ci, c'est-à-dire dans l'ensemble des cours soumises à la procédure sommaire. En d'autres termes, cette règle, telle qu'elle a été adoptée par le Conseil des Etats, restreindrait l'autonomie des cantons et mettrait un frein à la pratique des agents d'affaires dans certains cantons. C'est la raison pour laquelle la commission a souhaité modifier cela en précisant que les agents d'affaires peuvent agir dans l'ensemble des procédures sommaires, si le droit cantonal le permet.

A la lettre d, dans la logique de la possibilité pour les cantons d'avoir des tribunaux paritaires et d'avoir des juges qui sont issus des partenaires sociaux, il s'agit de conserver également la faculté, pour des mandataires professionnellement qualifiés issus des partenaires sociaux, de pouvoir représenter les parties dans ces causes-là, par respect de la nature et de l'identité de ce type de juridiction paritaire.

Angenommen – Adopté

# Art. 67-86

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 87

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I. (Menétrey-Savary, Hämmerle, Hubmann, Sommaruga Carlo, Thanei) Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Nidegger, Schwander)

Abs. 1

... können in eigenem Namen klagen, sofern und soweit das materielle Recht ein entsprechendes Verbandsklagerecht vorsieht.

# Art. 87

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I (Menétrey-Savary, Hämmerle, Hubmann, Sommaruga Carlo, Thanei)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II (Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Nidegger, Schwander) AI. 1

... peuvent agir en leur propre nom dans la mesure où le droit matériel prévoit un tel droit d'action des organisations.

Le président (Bugnon André, président): La proposition de la minorité I (Menétrey-Savary) est presentée par Madame Brigit Wyss.

Wyss Brigit (G, SO): Bei Artikel 87 geht es um die Verbandsklage. Die Verbandsklage gibt es seit sechzig Jahren. Die Vorlage der Zivilprozessordnung sieht nun eine Klage vor, die sich auf das Persönlichkeitsrecht und natürlich auf

die Spezialgesetzgebungen beschränkt. Die Organisationen müssen neu von gesamtschweizerischer oder regionaler Bedeutung sein. Die Statuten geben die Ziele vor, und nach diesen dürfen die Organisationen Beschwerde erheben. Es gibt keine positiven Leistungsklagen. Es gibt zwei Dinge, die bei dieser Regelung zuvorderst stehen: Die neue Regelung ist restriktiver als diejenige in der Spezialgesetzgebung; es gibt dieses kollektive Interesse – gesamtschweizerische oder regionale Tätigkeit –, es gelten ideelle und wirtschaftliche Interessen, so, wie das Bundesgericht Klagen beurteilt hat.

Wenn Sie die Fahne anschauen, dann sehen Sie, dass es beim Minderheitsantrag I (Menétrey-Savary) genau um ein Wort geht: ob man «von Angehörigen» oder «der Angehörigen» sagt. Hier geht es darum, wie gross die Gruppe sein muss, damit eine Organisation zur Beschwerde legitimiert ist. In der Debatte, die im Ständerat stattgefunden hat – es wurde auch ein Bericht dazu verfasst –, wurde gesagt, es bedeute nur eine kleine redaktionelle Retusche. Ich bitte Sie, zum Entwurf des Bundesrates zurückzugehen. Wir sind der Ansicht, dass es sich nicht um eine kleine redaktionelle Retusche handelt. Eine Organisation sollte auch dann immer die Möglichkeit haben, eine Verbandsklage einzureichen, wenn es um eine Minderheit einer Personengruppe geht. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, die Minderheit I (Menétrey-Savary) zu unterstützen.

Reimann Lukas (V, SG): Die Legitimation zu einer Klage ist eine Frage des materiellen Rechts und nicht des Prozessrechts. Das Bundesgericht hat bisher die Frage nicht entschieden, inwieweit ein Verbandsklagerecht im Zusammenhang mit Artikel 28 ZGB, Verletzung der Persönlichkeit, besteht. Das Bundesgericht hat die Frage bis anhin stets offengelassen, und zwar in allen Entscheiden, auf welche die Botschaft verweist. Das Verbandsklagerecht im Zusammenhang mit Artikel 28 ZGB ist ein politisch heikles Thema. Schadenersatz- oder Genugtuungsklagen gegen einen Bürger zu erheben, der sich in öffentlichen Ausserungen abschätzig gegenüber Gruppen äussert, ist sehr heikel. So könnte beispielsweise ein Jagdverein eine Schadenersatzoder Genugtuungsklage gegen einen Bürger erheben, der sich öffentlich abschätzig über Jäger äussert. Dass ich hier primär nicht an Jagdvereine denke, sondern an ganz andere Organisationen, dürfte auch klar sein.

Es geht nicht an, über die Zivilprozessordnung eine so wichtige materiell-rechtliche Frage zu regeln. Die Frage der Zulässigkeit des Verbandsklagerechts ist vielmehr grundsätzlicher Natur und sollte im Rahmen eines separaten Gesetzgebungsverfahrens beantwortet werden. Ansonsten ist es eine gefährliche Vermischung von prozessualem und materiellem Recht. Das Verbandsklagerecht ist ein heisses Eisen, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Aufgrund verschiedener Vorfälle in der Vergangenheit, insbesondere im öffentlichen Recht, sind viele Bürger verunsichert oder sogar verärgert, wenn sie das Wort «Verbandsklagerecht» hören. Es wäre schade, wenn ein so zentrales Gesetz wie die Zivilprozessordnung dazu verwendet würde, durch die Hintertüre ein privates Verbandsklagerecht einzuführen, das es in dieser allgemeinen Form in der Schweiz noch nicht gibt.

Wenn einige unter Ihnen der Ansicht sind, dass wir ein generelles Verbandsklagerecht im Bereich des Persönlichkeitsschutzes brauchen, ersuche ich Sie, dies im Rahmen einer Änderung des Zivilgesetzbuches zu beantragen, nicht aber im Rahmen der Zivilprozessordnung. Ich beantrage deshalb, dass die Zivilprozessordnung von solch heiklen materiellrechtlichen Fragen frei bleibt. Mein Änderungsantrag verweist deshalb bezüglich der Frage der Aktivlegitimation von Verbänden auf das materielle Recht.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit II zuzustimmen und den Antrag der Minderheit I, der eine Ausdehnung verlangt, abzulehnen.

Müller Thomas (CEg, SG): Ich ersuche Sie namens unserer Fraktion, beide Minderheitsanträge abzulehnen, wobei jener der Minderheit II (Reimann Lukas) an sich bereits durch das

heutige Recht erfüllt ist. Es trifft sicher zu, dass die Verbandsklage ein sehr heikles Instrument ist. Sie wurde aus dem Persönlichkeitsschutz hergeleitet. Wir kennen sie heute im Wettbewerbsrecht, im Materialgüterrecht und im Gleichstellungsrecht. Richtig ist auch, was Herr Kollege Reimann gesagt hat: Die Klagelegitimation ist letztlich eine Frage des materiellen Rechtes und nicht des Prozessrechtes. Dennoch macht es eben Sinn, Artikel 87 in der Fassung des Ständerates in die Zivilprozessordnung aufzunehmen. Durch eine ausdrückliche Regelung in der Zivilprozessordnung können wir beispielsweise die Verbandsklage im Bereich Persönlichkeitsschutz so definieren, dass hier nicht unkontrolliert eine Ausuferung stattfindet, wie es beispielsweise in der Expertenkommission im Hinblick auf die Schaffung der Zivilprozessordnung dargelegt worden ist. Die Anliegen der Minderheit II (Reimann Lukas) sind also bereits mit dem Gesetzestext an sich erfüllt; es braucht diesen Zusatz nicht.

Die Minderheit I (Menétrey-Savary) ersuche ich Sie aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen, weil es eben bei der Bestimmung von Artikel 87 der Zivilprozessordnung genau darum geht, die Verbandsklage prozessual eingrenzen

und nicht Tür und Tor für Missbrauch zu öffnen.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, beide Minderheitsanträge abzulehnen. Beim Antrag der Minderheit I handelt es sich wahrscheinlich um ein Missverständnis: Bei der Formulierung «Persönlichkeit der Angehörigen» kann es nicht darum gehen, dass nur dann ein Klagerecht möglich ist, wenn alle Betroffenen klagen; es braucht eine Kollektivität, aber diese kann beispielsweise mit einem Quorum eines bestimmten Gremiums umschrieben werden.

Das ganze Verbandsklagerecht wurde vom seinerzeitigen Justizminister vehement vertreten, mit einem Beispiel, bei dem mehrere Hundert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von einer Massnahme ihres Arbeitgebers betroffen waren. Er hat uns dazu motiviert, dieses Klagerecht im Gesetz zu behalten, mit dem Argument, dass es sinnvoller sei, wenn eine Verbandsklage eingereicht werde statt mehrerer Hun-

dert Individualklagen.

Der Sprecher der Minderheit der SVP-Fraktion bringt mich dazu, Folgendes festzuhalten: Er hat bewusst oder unbewusst einen Zusammenhang mit dem berühmt-berüchtigten Verbandsbeschwerderecht hergestellt. Vermutlich wollte er damit in anderen Kreisen Sympathie für seinen Antrag wecken. Das Verbandsbeschwerderecht ist aber etwas grundlegend anderes. Hier geht es um eine Klage in Fällen, in denen an sich auch ein individuelles Klagerecht bestünde. Beim Verbandsbeschwerderecht geht es hingegen immer um eine Beschwerde in Fällen, in denen keine individuelle Beschwerdelegitimation besteht. Das ist ein grundlegender Unterschied, ganz abgesehen vom Unterschied zwischen dem öffentlich-rechtlichen Charakter der einen und dem zivilrechtlichen Charakter der anderen Institution.

Somit bitten wir Sie, beide Minderheitsanträge abzulehnen.

von Graffenried Alec (G, BE): Herr Reimann, Sie sind ja noch im Studium, und deswegen werden Sie sich ja mit diesen Fragen auch auseinandersetzen. Uns hat man im Studium erklärt, man müsse eben die beiden Dinge auseinanderhalten: Organisationsbeschwerde/Organisationsklage und Verbandsbeschwerde/Verbandsklage. Das Verbandsklagerecht, worüber wir hier sprechen, ist, wie Kollege Fluri gesagt hat, eben klar vom Organisationsklagerecht zu trennen, wo eine Organisation dann plötzlich im eigenen Namen klagen kann, wenn gar keine vertretenen Subjekte da sind. Hier geht es aber um ein Instrument der Prozessökonomie. Man will eben genau, wie Herr Fluri gesagt hat, verhindern, dass es eine Vielzahl von Prozessen gibt, man will das reduzieren, indem alles in einem Verfahren zusammengefasst wird. Das ist effizient.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit II abzulehnen und natürlich unseren Antrag der Minderheit I anzunehmen. Es geht hier darum, dass nicht die Totalität der Vertreter dieses Verbandes verletzt werden muss, sondern dass es reicht, wenn Angehörige dieses Verbandes, dieser Gruppierung,

verletzt werden, damit der Verband in ihrem Namen klagen kann. Hier stellt sich genau die gleiche Frage der Prozes-

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, die Minderheitsanträge abzulehnen. Es stehen zwei Minderheitsanträge zur Diskussion. Der erste will die Formulierung des Bundesrates anstelle derjenigen des Ständerates, der zweite will in der Zivilprozessordnung lediglich einen Verweis auf das materielle Recht vorsehen.

Zuerst zum Antrag der Minderheit II (Reimann Lukas), zum Verweis auf das materielle Recht: Die Klagelegitimation der Verbände ist an sich eine materiell-rechtliche Frage, da haben die Vertreter des Minderheitsantrages II sicher Recht. Somit könnte die Regelung von Artikel 87 der Zivilprozessordnung an sich geradeso gut auch im ZGB stehen, nämlich bei den Artikeln 28ff. Es könnte an sich sogar auf eine Regelung verzichtet werden, dann bliebe es einfach bei der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zum Persönlichkeitsrecht. Warum also trotzdem eine Regelung in der Zivilprozessordnuna?

Durch eine gesetzliche Umschreibung der Klagelegitimation können wir Missbräuchen vorbeugen, denn im Vergleich mit der bundesgerichtlichen Praxis bringen diese Bestimmungen in der Zivilprozessordnung zusätzliche Präzisierungen. Erstens wird die Klagelegitimation enger gefasst. Klageberechtigt sind nur Verbände von gesamtschweizerischer oder mindestens regionaler Bedeutung. Das Bundesgericht verlangt dies für den Bereich Persönlichkeitsrechte heute nicht. Zweitens betont die Zivilprozessordnung das kollektive Interesse an der Klage. Es genügt nicht, dass sich ein Verband für eine einzelne Person wehrt. Vielmehr muss allgemein eine Personengruppe betroffen sein.

Heute ist die Verbandsklage bezüglich des Persönlichkeitsschutzes reines Richterrecht. Durch eine ausdrückliche Regelung im Gesetz können wir verhindern, dass sie sich unkontrolliert weiterentwickelt. Die Formulierung des Minderheitsantrages II würde demgegenüber dem Richterrecht

wieder Tür und Tor öffnen.

Nun noch zum Minderheitsantrag I (Menétrey-Savary), also zu den Formulierungen des Bundesrates gegenüber jenen des Ständerates: Der Ständerat hat die Verbandsklage eine Spur restriktiver formuliert, als dies der Entwurf des Bundesrates tut: Nicht nur einzelne Vertreter einer Personengruppe müssen in ihrer Persönlichkeit verletzt sein, sondern die ganze Personengruppe. Durch diese Präzisierung kommt das Element der kollektiven Interessenwahrung besser zum Ausdruck. Dies wird vom Bundesrat begrüsst.

Ich möchte Sie daher bitten, dem Antrag der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen zu folgen, d. h., der Fassung des Ständerates zuzustimmen und die Minderheitsanträge

abzulehnen.

Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: La proposition de la minorité II (Reimann Lukas) concerne le chapitre de la procédure et parle des types d'action. La légitimation active est un problème de fond, mais la qualité pour agir - qui est traitée ici – est un problème de forme. Dès lors, un renvoi au droit de fond ne suffirait pas à régler les questions procédurales, qui sont tout à fait distinctes de celles qui sont réglées par le droit de fond.

Quant à la restriction proposée, c'est-à-dire donner aux organisations par l'action collective une possibilité à celles-ci d'agir là où leurs membres individuels n'auraient pas le moyen de le faire, il faut dire que c'est l'ensemble des membres, au sens des statuts, défendus par une organisation qui doit être touché, au moins potentiellement, pour que ce type d'action soit ouverte.

Nous vous recommandons de rejeter les deux propositions de minorité et de suivre le Conseil des Etats.

Erste Abstimmung – Premier vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 06.062/609) Für den Antrag der Mehrheit ... 85 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I ... 54 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/610) Für den Antrag der Mehrheit ... 95 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II ... 45 Stimmen

# Art. 88, 89

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 90

Antrag der Kommission Abs. 1 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Abs. 2 ... gilt als Kapitalwert der zwanzigfache Betrag ...

#### Art. 90

Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 2
... le capital est formé par le montant annuel du revenu ou ...

Angenommen – Adopté

# Art. 91-94

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 95

Antrag der Kommission

Das Gericht klärt die nicht anwaltlich vertretene Partei über die mutmassliche Höhe ...

# Art. 95

Proposition de la commission ... informe la partie qui n'est pas assistée d'un avocat sur ...

Angenommen – Adopté

# Art. 96

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Vischer, von Graffenried, Jositsch, Kiener Nellen, Reimann Lukas, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit) Abs. 1

... einen Vorschuss von höchstens der Hälfte der mutmasslichen Gerichtskosten verlangen.

# Antrag der Minderheit

(Vischer, Jositsch, Hofmann, Sommaruga Carlo, Wyss Brigit)

Abs. 2

Bei Scheidungen auf gemeinsames Verlangen und im Eheschutzverfahren werden den Parteien keine Vorschüsse auferlegt.

# Art. 96

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Proposition de la minorité

(Vischer, von Graffenried, Jositsch, Kiener Nellen, Reimann Lukas, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Al. 1

... une avance à concurrence de la moitié au plus des frais judiciaires présumés.

Proposition de la minorité

(Vischer, Jositsch, Hofmann, Sommaruga Carlo, Wyss Brigit)

Al. 2

Dans les procédures de divorce sur requête commune et dans les procédures de mesures protectrices de l'union conjugale les parties n'ont pas à verser d'avance de frais.

Vischer Daniel (G, ZH): Die beiden Minderheitsanträge betreffen das gleiche Thema, nämlich den Kostenvorschuss. Zum Ersten will ich, dass nur die Hälfte der mutmasslichen Gerichtskosten beim Kläger eingeholt werden kann. Zum Zweiten beantrage ich, dass es bei Scheidungen auf gemeinsames Verlangen und im Eheschutzverfahren nicht zulässig sein soll, dass Vorschüsse erhoben werden.

Die vorliegende Zivilprozessordnung hat diesbezüglich grundsätzlich zwei Probleme: Zum Ersten ist sie klägerlastig, d. h., sie geht davon aus, dass die Kosten immer vom Kläger zu bezahlen sind. Das kann stossend sein, denn es kann Prozesse geben, wo sich alsbald herausstellt, dass die besten Karten in der Hand des Klägers sind, weil zum Beispiel Urkunden dies sofort glaubhaft machen. Das könnte man bezweifeln; dazu wurde aber kein Antrag gestellt.

Das Zweite: Die vorliegende Prozesskosten-Vorschussregel ist relativ weitgehend und hat in dieser Einseitigkeit eine falsche Wirkung. Sie will Parteien präventiv vom Prozes-sieren abhalten. Das kann aber just die falsche Partei treffen, nämlich die klägerische Partei, die mit guten Gründen einen Prozess einleiten will und kann, weil sie die besseren Beweismittel in der Hand hat, aber aufgrund der Notwendigkeit der Bezahlung eines Kostenvorschusses davon abgehalten wird. Generell ist es ein Problem heutigen Prozessierens, dass sich eigentlich nur noch reiche oder ganz arme Menschen Zivilprozesse leisten können. Arme Menschen bekommen eine unentgeltliche Rechtspflege, von der auch der Kostenvorschuss ausgenommen ist, für reichere Personen spielt es keine Rolle, denn sie gehen kein hohes finanzielles Risiko ein. Ausgeschlossen ist dagegen der untere Mittelstand, denn da muss man sich zweimal überlegen, ob man überhaupt prozessieren will, weil die Kosten ins Gewicht fallen und keine unentgeltliche Rechtspflege möglich

Eine solche Regelung, wie sie hier steht, wirkt zusätzlich prohibitiv, weil diese Kosten ja am Anfang erhoben werden. Dazu kommt, dass es schnell dazu führen kann, dass man Kosten vorschiessen muss, auf die man dann selbst bei der anderen Partei im Fall des Obsiegens Regress nehmen kann. Was aber, wenn die andere Partei zahlungsunfähig ist? Das heisst, man hat eigentlich einen Prozess im Voraus bezahlt, den man gewinnt, dessen Kosten aber nicht mehr eintreibbar sind. Deshalb halte ich es für sinnvoll, dass die Höhe dieses Prozesskostenvorschusses, den viele Kantone in dieser weitgehenden Art sowieso gar nicht kennen, halbiert wird. Im Kanton Zürich beispielsweise kennen wir diese Form des Prozesskostenvorschusses heute gar nicht, sondern es gibt nur Kautionsgründe, die hier bei der Sicherstellung der Parteientschädigung aufgeführt sind. Das heisst, es müssen ausserordentliche Gründe der potenziellen Zahlungsunfähigkeit einer Partei vorliegen. Dies ist aber hier nicht vorausgesetzt.

Beim zweiten Minderheitsantrag geht es darum, dass in familienrechtlichen Verfahren wie Scheidung auf gemeinsames Verlangen und im Eheschutzverfahren überhaupt keine Kostenvorschüsse erhoben werden dürfen. Dies scheint mir sozial gerechtfertigt zu sein. Es scheint mir aufgrund des speziellen Verfahrenstyps der Scheidung auf ge-

meinsames Verlangen zusätzlich sinnvoll zu sein, das zu regeln.

Ich ersuche Sie, beiden Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Sommaruga Carlo (S, GE): Le groupe socialiste soutient les deux minorités dans la mesure où elles facilitent l'accès du justiciable à la justice, et singulièrement le justiciable avec peu de moyens financiers, cela surtout dans le cadre des procédures de divorce comme le prévoit la proposition de la minorité Vischer à l'alinéa 2.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich bitte Sie, die beiden Minderheitsanträge Vischer zu den Absätzen 1 und 2 von Artikel 96 abzulehnen; ich werde zu beiden Anträgen sprechen.

Die Minderheit beantragt bei Absatz 1, dass das Gericht höchstens die Hälfte der mutmasslichen Gerichtskosten als Vorschuss verlangen darf. Das war auch der Vorschlag der Experten in Artikel 87 des Vorentwurfes. Dieser stiess dann in der Vernehmlassung bei den Kantonen auf heftigsten Widerstand. Der Bundesrat hat darum die Vorschusspflicht auf das mutmassliche Kostentotal ausgedehnt, und dem ist der Ständerat gefolgt. Zu beachten ist, dass das Gericht natürlich nicht gezwungen ist, den mutmasslichen Gesamtbetrag zu erheben; es handelt sich ja um eine Kann-Bestimmung. Ferner ist das Recht auf unentgeltliche Rechtspflege immer vorbehalten. Ich bitte Sie deshalb, bei der Lösung des Bundesrates zu bleiben und der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen. Die allgemeine Vorschusspflicht ist heute eine gängige Regel; sie entspricht der Mehrheit der kantonalen Regelungen. Wir sollten und dürfen den Kantonen nicht zusätzliche Inkasso- und Verlustrisiken aufbürden

Zum Minderheitsantrag betreffend Absatz 2: In der Regel werden auch im Scheidungs- und im Eheschutzverfahren Kostenvorschüsse erhoben. Doch gerade vor dem Scheidungs- und Eheschutzrichter ist die unentgeltliche Rechtspflege an der Tagesordnung. Wie gesagt, das Gericht ist nicht gezwungen, Vorschüsse zu erheben; es kann dies tun, muss aber nicht. Im Einzelfall kann diese Vorschusspflicht durchaus auch sehr flexibel gehandhabt werden. Das Gericht kann auch einen Vorschuss festsetzen – hier denke ich an den Eheschutz – und erste Massnahmen treffen, bevor das Geld in der Gerichtskasse gutgeschrieben ist. Auch das passiert immer wieder. Wenn Sie den Minderheitsantrag annehmen, haben wir gar keine Flexibilität mehr; dann muss das Gericht immer auf Kredit arbeiten, mit einem entsprechenden Inkasso- und Verlustrisiko für den Kanton.

Ich bitte Sie daher, den Minderheitsantrag zu Absatz 2 ebenfalls abzulehnen.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission hat sich lange bezüglich dieser Thematik beraten, und zwar sowohl über die Frage der Kostenvorschüsse wie auch über die Frage der kostenlosen Verfahren. Wie es die Frau Bundesrätin bereits ausgeführt hat, war im Expertenentwurf vorgesehen, dass Vorschüsse nur bis zur Hälfte der mutmasslichen Gerichtskosten erhoben werden können. Die Kantone haben sich unisono dagegen ausgesprochen, weil sie Mehrkosten befürchten. Überdies kennen wir heute in den Kantonen sehr unterschiedliche Regelungen: Zum Teil können Kostenvorschüsse ohne Voraussetzung gefordert werden, und zum Teil bedarf es besonderer Voraussetzungen wie beispielsweise im Kanton Zürich.

Die Mehrheit Ihrer Kommission geht davon aus, dass die Kann-Vorschrift flexibel ist. Das Gericht kann, muss aber nicht einen Vorschuss verlangen. Die Höhe des Vorschusses ist auf die mutmasslichen Gerichtskosten beschränkt. Es kann jedoch ein tieferer Betrag verlangt werden. Im Weiteren geht die Mehrheit der Kommission davon aus, dass die Möglichkeit der unentgeltlichen Prozessführung besteht und teilweise in arbeits- und mietrechtlichen Verfahren sowie in weiteren Sozialschutzverfahren Kostenlosigkeit vorgesehen ist.

Die Minderheit Vischer beantragt bei Absatz 1, dass die Vorschüsse höchstens der Hälfte der mutmasslichen Gerichtskosten entsprechen sollen. Es handelt sich um eine starke Minderheit: Die Kommission hat mit 11 zu 10 Stimmen dem Beschluss des Ständerates – gemäss dem Entwurf des Bundesrates – zugestimmt.

Betreffend den Minderheitsantrag Vischer zu Absatz 2 hat die Kommission mit 12 zu 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Beschluss des Ständerates – gemäss dem Entwurf des Bundesrates – zugestimmt.

Le président (Bugnon André, président): Le groupe PDC/ PEV/PVL et le groupe radical-libéral soutiennent la proposition de la majorité pour les deux votes.

Abs. 1 - Al. 1

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/611) Für den Antrag der Mehrheit ... 80 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen

Abs. 2 - Al. 2

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/612) Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen Dagegen ... 78 Stimmen

Art. 97-101

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

2. Kapitel Titel

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates (die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Chapitre 2 titre

Proposition de la commission Répartition et règlement des frais

Angenommen – Adopté

Art. 102-108

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 109

Antrag der Kommission

Titel

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates (die Änderung betrifft nur den französischen Text) Abs. 1–3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 109

Proposition de la commission
Titre
Règlement des frais
Al. 1–3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 110, 111

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12,55 Uhr La séance est levée à 12 h 55



# Sechste Sitzung - Sixième séance

Montag, 2. Juni 2008 Lundi, 2 juin 2008

14.30 h

# 08.9001

# Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Le président (Bugnon André, président): Hier, le peuple suisse s'est exprimé en sa qualité de souverain pour répondre à trois questions qui lui étaient posées. Au sujet des naturalisations notamment, la votation populaire a été précédée d'une campagne très animée portant sur la démocratie, l'Etat de droit et la politique de naturalisation. Tout en étant conscient de la complexité du problème, le peuple a pris une décision nette à ce sujet, suivant en cela la majorité des membres du Parlement et le Conseil fédéral.

Au sujet de l'article constitutionnel sur la santé, nous devons prendre acte du fait que le peuple ne partage pas l'avis du Parlement. La politique de la santé est un domaine extrêmement sensible et difficile, où la nécessité d'agir ne fait toutefois aucun doute. Cependant, ce n'est que lorsque nous serons arrivés à un large consensus dans ce domaine que nous pourrons trouver une majorité favorable au sein du peuple. Ce qui est arrivé hier doit nous servir de leçon pour l'élaboration de futurs projets.

Le verdict du peuple a encore été plus net au sujet de l'initiative populaire «Souveraineté du peuple sans propagande gouvernementale». L'idée selon laquelle les autorités ne doivent pas faire de propagande était juste, mais l'initiative allait trop loin. Pour le peuple, il est manifestement important que le Conseil fédéral et l'administration continuent à pouvoir présenter, comme les autres acteurs en présence, leurs arguments et leurs réflexions avant chaque votation populaire. Le résultat de ce dimanche implique néanmoins que le Conseil fédéral le fasse en faisant preuve de pertinence et d'une certaine retenue.

08.5113

Fragestunde.
Frage Goll Christine.
Fehlender
Krankenversicherungsschutz
Heure des questions.
Question Goll Christine.
Absence de couverture
d'assurance de soins

Einreichungsdatum 02.06.08 Date de dépôt 02.06.08

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Aucune personne n'est exclue de l'assurance-maladie en cas de non-paiement des primes, des participations aux coûts et des autres redevances. La conséquence de l'application de l'article 64a LAMal est la suspension de la prise en charge des coûts des prestations et non l'exclusion de l'assurance.

Il n'y a donc pas lieu en l'occurrence de parler de situation illégale. Cela étant, les cantons et les assurances-maladie peuvent atténuer les effets négatifs de l'application de l'article 64a LAMal en faisant usage de la possibilité offerte par l'article 105c alinéa 6 de l'ordonnance sur l'assurance-maladie - disposition entrée en vigueur le 1er août 2007 - de passer des conventions. Grâce à ces conventions, les assureurs renoncent à suspendre la prise en charge des coûts des prestations, en contrepartie les cantons prennent en charge les sommes dues lorsque certaines conditions sont réunies. Plusieurs cantons ont déjà saisi cette opportunité. Si le chiffre avancé du nombre de suspensions prononcées dans le canton de Zurich est possible, il appartient à ce canton, s'il l'estime nécessaire, de prendre les mesures adéquates pour en diminuer le nombre, par exemple en agissant sur le système de la réduction des primes ou en concluant une convention avec les assureurs-maladie. Des discussions ont actuellement lieu entre la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS) et Santésuisse au sujet des problèmes d'application qui subsistent. Lors d'une séance commune avec la CDS et Santésuisse à fin février 2008. le président de la CDS a exprimé la conviction qu'une solution au problème actuel allait être rapidement trouvée.

Goll Christine (S, ZH): Ich bin erfreut zu hören, dass nach Lösungen gesucht wird. Aber ich möchte konkret wissen: Welche Möglichkeiten haben Sie, um einzugreifen, wenn Sie erfahren, dass in den Kantonen Leute aus der Krankenversicherung ausgeschlossen werden? Die Zahl, die ich Ihnen genannt habe, ist eine offizielle Zahl des Zürcher Regierungsrates, die er auf eine parlamentarische Anfrage hin genannt hat. Was können Sie konkret unternehmen, wenn Sie wissen, dass die Leute aus der Krankenversicherung ausgeschlossen werden? Ein solcher Ausschluss widerspricht ja letztlich dem Gesetz.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Tout d'abord, il faut rappeler deux ou trois chiffres en rapport avec l'ensemble du système. Dans le canton de Zurich, il y a 392 000 personnes, soit 30 pour cent des assurés, qui bénéficient d'un subside. Il faut mettre ce chiffre en rapport avec le nombre total des assurés: 1 290 000. La suspension de la prise en charge des coûts des prestations, comme vous l'avez dit – et nous ne contestons pas ce chiffre –, concerne 1,7 pour cent de la population, soit 22 200 personnes. C'est beaucoup de cas humains, difficiles, mais en proportion, c'est peu. Il n'en reste pas moins que ce sont des cas difficiles et qu'il faut chercher à les régler.

Au niveau de la Confédération, nous n'avons pas de moyen d'intervenir; c'est le canton de Zurich qui doit prendre ses responsabilités. Mais nous sommes conscients que certains cantons ne veulent pas prendre leurs responsabilités. Le président de la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS), Monsieur Pierre-Yves Maillard, m'a dit au mois de février dernier que la CDS était en discussion à ce propos. Il m'a dit aussi que la CDS et Santésuisse étaient à la veille de trouver une solution. Je lui ai alors dit: «Si vous trouvez une solution entre les cantons et Santésuisse et que vous prévoyez quelque chose qui est conforme à la logique, nous sommes prêts à proposer une modification de la loi.» C'était donc au mois de février; j'attends toujours! Pour l'instant, je dois compter sur l'efficacité des responsables cantonaux.

Je constate que, dans certains cas, c'est plus difficile que dans d'autres; je ne comprends pas pourquoi.

# 08.014

# Kantonsverfassung Luzern. Gewährleistung Constitution du canton de Lucerne. Garantie

Zweitrat - Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 30.01.08 (BBI 2008 1431) Message du Conseil fédéral 30.01.08 (FF 2008 1279)

Bericht SPK-NR 10.04.08 Rapport CIP-CN 10.04.08

Ständerat/Conseil des Etats 11.06.08 (Erstrat - Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Le président (Bugnon André, président): Là aussi, la commission vous a fait distribuer un rapport écrit.

Eintreten ist obligatorisch L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Gewährleistung der Verfassung des Kantons Luzern Arrêté fédéral accordant la garantie fédérale à la Constitution du canton de Lucerne

Detailberatung - Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Le président (Bugnon André, président): Il n'y a pas de vote sur l'ensemble.

06.062

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221) Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung - Suite)

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Art. 112

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Antrag der Minderheit

(Thanei, Daguet, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo)

f. aus dem Miet- und Pachtverhältnis.

Eventualantrag der Minderheit

(Thanei, Daguet, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo)

f. aus dem Miet- und Pachtverhältnis bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken und in Kündigungsschutzverfahren unabhängig von der Höhe des Streitwertes.

Art. 112

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Daguet, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo)

f. du droit du bail à loyer et à ferme.

Proposition subsidiaire de la minorité

(Thanei, Daguet, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo)

f. du droit du bail à loyer et à ferme jusqu'à une valeur litigieuse de 30 000 francs et dans les procédures concernant la protection contre les congés indépendamment de la valeur litigieuse.

Thanei Anita (S, ZH): In der Schweiz können es sich salopp gesagt nur Arme und Reiche leisten, zu prozessieren. Wes-halb? Die Reichen können es sich leisten, weil sie genug Geld haben; die Armen haben die Möglichkeit, sich auf die unentgeltliche Prozessführung zu berufen. Sie müssen jedoch jederzeit damit rechnen, mit einer Rückforderung konfrontiert zu werden. Es ist eine Tatsache, dass die Aussicht, mit Prozesskosten konfrontiert zu werden, eine Rechtsweg-barriere darstellt. Deshalb sieht auch unser Prozessrecht bereits heute kostenlose Verfahren im Bereich der Sozialschutzgesetzgebung vor. Weiterhin soll gemäss Vorlage das Schlichtungsverfahren im Bereich Mietrecht, für Klagen betreffend das Gleichstellungsgesetz, in arbeitsrechtlichen Verfahren bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken und noch in weiteren Verfahren kostenlos sein.

Im Entscheidverfahren - darum geht es hier in Artikel 112 wird folgerichtig die Kostenlosigkeit weiterhin gleich geregelt, mit einer Ausnahme: im Bereich des Mietrechtes. Das ist äusserst stossend. Warum wird ein, und zwar ein besonders sensibler Bereich anders behandelt als die übrigen Verfahren? Der Druck auf die Mietenden, im Schlichtungsverfahren zu einer Einigung zu ihren Ungunsten Hand zu bieten, wird dadurch verstärkt. Es ist bereits heute eine bekannte Tatsache, dass den Mietenden während eines Schlichtungsverfahrens oft mitgeteilt wird, sie müssten im Falle einer Nichteinigung oder eines Weiterzuges mit Gerichtskosten rechnen, womit ihnen zum Teil ein Vergleich schmackhaft gemacht wird, den sie ohne diesen Druck nicht akzeptieren würden. Die andere Seite, im Allgemeinen die stärkere Partei, die Vermieterschaft, lässt sich von allfälligen Gerichtskosten nicht vom Prozessieren abhalten.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen die Kommissionsminderheit, analog zum Schlichtungsverfahren die Kostenlosigkeit für das erstinstanzliche Verfahren vorzusehen. Es gibt keinen Grund für diese besondere Schlechterstellung der Mietenden. Eventualiter beantragen wir Ihnen eine Regelung wie im Arbeitsrecht, das heisst ein kostenloses Verfahren bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken sowie Kostenlosigkeit des Verfahrens betreffend Kündigungsschutz ohne Streitwertgrenze.

Ich bitte Sie, diesem Antrag der Minderheit oder allenfalls dem Eventualantrag zuzustimmen.



Hofmann Urs (S, AG): Wir beantragen Ihnen, dem Antrag der Minderheit Thanei zuzustimmen.

Das Kostenrisiko in zivilprozessualen Auseinandersetzungen ist für viele Leute in unserem Land eines der zentralen Hemmnisse, das sie daran hindert, ihr Recht, das sie haben, auch effektiv durchzusetzen. Im Arbeitsrecht haben wir diesen Überlegungen mit der Kostenfreiheit bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken Rechnung getragen. Im Mietrecht ist jedoch für das gerichtliche Verfahren kein kostenloses Verfahren vorgesehen, obwohl es gerade in Miet- und Pachtverhältnissen - es geht ja nicht nur um die Miete, sondern auch um die Pacht, auch um die landwirtschaftliche Pacht um Streitigkeiten mit einem geringen Streitwert geht und obwohl, wie im Arbeitsrecht sehr häufig, die finanziellen Möglichkeiten der Parteien sehr ungleich verteilt sind. Es entdeshalb elementaren Grundsatz dem Waffengleichheit der Parteien im Zivilprozess, auch für mietrechtliche Streitigkeiten eine Kostenfreiheit in der ersten Instanz vorzusehen - zumindest im gleichen Umfang, wie das für das Arbeitsrecht gilt.

In diesem Sinne bitten wir Sie, dem Antrag der Minderheit Thanei zuzustimmen.

Müller Thomas (CEg, SG): Namens der CVP/EVP/glp-Fraktion beantrage ich Ihnen, den Antrag der Minderheit abzulehnen. Das vorgängige Schlichtungsverfahren ist ja gratis, und wir sind der Meinung, dass der anschliessende Prozess selbst in Mietstreitigkeiten nicht unentgeltlich sein soll. Grundsätzlich sollen auch hier die Kostenpflicht und die Kostenverteilung gelten.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, auch den Eventualantrag der Minderheit abzulehnen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen, und zwar sowohl den Hauptals auch den Eventualantrag. Wir dürfen den Kantonen keine neuen Gratisprozesse aufzwingen. Die heute geltenden Gratisprozesse haben die Kantone akzeptiert, aber sie sind nicht bereit, sich vom Bund neue diktieren zu lassen. Daher verzichtet der Entwurf auf neue Gratisverfahren; die ZPO übernimmt das geltende Bundesrecht. Das Mietschlichtungsverfahren bleibt ja gratis. Das Verfahren vor Gericht hingegen kostet etwas, wie es schon heute etwas kostet.

Ich möchte betonen: Die ZPO verbietet es den Kantonen nicht, grosszügiger zu sein als das Bundesrecht. Artikel 114 ZPO besagt nämlich, dass die Kantone zusätzliche Kostenbefreiungen gewähren dürfen. In der Tat ist der Mietprozess in einzelnen Kantonen mit Mietgerichten heute gratis, so in Freiburg, Waadt und Genf. Das können diese Kantone selbstverständlich auch so beibehalten, und weitere Kantone können sich dem auch anschliessen. Bundesrechtliche Zwänge sind jedoch nicht sachgerecht.

Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: La question posée ici par la minorité Thanei est celle de la gratuité qui serait imposée plus largement aux cantons. Cette minorité estime que la faculté donnée aux cantons à l'article 114, qui peuvent prévoir des dispenses de frais plus larges, n'est pas suffisante. La minorité voudrait imposer la gratuité dans toute la Suisse de manière uniforme en élargissant le catalogue dressé à l'article 112, qui exclut la perception de frais judiciaires dans certains types de procédure: pour les litiges relevant de l'assurance-maladie, en lieu et place des seules assurances complémentaire à l'assurance-maladie — ce qui était prévu dans le projet du Conseil fédéral; pour les litiges relevant du droit du bail à loyer et à ferme, et, à titre subsidiaire, pour les litiges relevant du droit du bail à loyer et à ferme jusqu'à une valeur litigieuse de 30 000; et dans les procédures concernant la protection contre les congés indépendamment de la valeur litigieuse.

Un débat a eu lieu en commission. La proposition défendue par la minorité Thanei a été combattue, puisque la commission s'est prononcée par 10 voix contre 7 et 1 abstention. Les motifs qui ont amené la commission à rejeter la proposition précitée sont essentiellement de deux ordres: premièrement, il était entendu avec les cantons que le Code de procédure civile suisse n'impliquerait pas pour eux de frais et de charges supplémentaires. Or, la gratuité obligatoire de certaines procédures est évidemment une prestation supplémentaire à la charge des cantons, donc qui leur coûte quelque chose. Et deuxièmement, les cantons doivent rester libres – et c'est un des principes du Code de procédure civile – d'organiser les tribunaux comme ils le souhaitent et les tarifs sont du domaine de l'organisation de l'activité judiciaire, les cantons étant parfaitement libres d'adapter leurs tarifs pour les rendre extrêmement sociaux si cela les intéresse. Il n'est pas question, dans le respect de l'esprit de la loi, que le législateur fédéral impose aux cantons leur manière de percevoir ces choses.

C'est la raison pour laquelle la commission vous invite à rejeter la proposition de la minorité Thanel.

Le président (Bugnon André, président): Le groupe radicallibéral et le groupe UDC soutiennent la proposition de la majorité.

Erste Abstimmung – Premier vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/613) Für den Antrag der Mehrheit ... 92 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/614) Für den Antrag der Mehrheit ... 88 Stimmen Für den Eventualantrag der Minderheit ... 49 Stimmen

# Art. 113

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 114

Antrag der Kommission Abs. 1

... von den Prozesskosten gewähren.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Art. 114

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats (la modification ne concerne que le texte allemand) *Al. 2* 

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 115

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 116

Antrag der Kommission Abs. 1

c. ... notwendig ist, insbesondere wenn die Gegenpartei anwaltlich vertreten ist. Die Rechtsbeiständin ... Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Art. 116

Proposition de la commission Al. 1

c. ... l'exige, en particulier lorsque la partie adverse est assistée d'un avocat. L'assistance ...

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 117-119

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 120

Antrag der Kommission

Titel

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates (die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 120

Proposition de la commission

Titre

Règlement des frais

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 121

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates (die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Art. 121

Proposition de la commission

Une partie est tenue de rembourser ...

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 122

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Die Prozessleitung kann an eines der Gerichtsmitglieder delegiert werden.

# Art. 122

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

La conduite du procès peut être déléguée à l'un des membres du tribunal.

Angenommen - Adopté

# Art. 123-126

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 127

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Streichen

#### Art. 127

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des États

Al. 2 Biffer

Angenommen – Adopté

# Art. 128-129

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 130

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann,

Nidegger, Schwander)

Abs. 3

Rechtsschriften, die auf querulatorischer oder rechtsmissbräuchlicher Prozessführung beruhen, sind unzulässig.

Proposition de la maiorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann,

Nidegger, Schwander)

AI. 3

Les écritures qui reposent sur une conduite du procès abusive ou procédurière sont irrecevables.

Reimann Lukas (V, SG): Es ist sicher richtig und wichtig, dass Gerichte querulatorische und rechtsmissbräuchliche Eingaben abweisen können. Der Tatbestand der querulatorischen und rechtsmissbräuchlichen Eingabe wird ohne Weiteres von Artikel 50 der ZPO, «Handeln nach Treu und Glauben», erfasst. Es wäre deshalb an sich gar nicht notwendig, diesen Tatbestand hier zu regeln. Ich habe jedoch erhebliche rechtsstaatliche Bedenken, was die im Entwurf vorgeschlagene Rechtsfolge von querulatorischen und rechtsmissbräuchlichen Eingaben betrifft. Es gibt genügend rechtliche Werkzeuge für den Richter, um solchen Eingaben mit rechtsstaatlich anerkannten Mitteln zu begegnen. So kann der Richter beispielsweise in einem Nichteintretensentscheid die Unzulässigkeit der Eingabe wegen fehlendem Rechtsschutzinteresse oder wegen fehlender Prozessfähigkeit des Querulanten verneinen.

Aus diesem Grund beantragt meine Minderheit, dass in Absatz 3 die Rechtsfolge der Unzulässigkeit statuiert wird. Der von mir vorgeschlagene Wortlaut stimmt wortwörtlich mit je-nem von Artikel 42 Absatz 7 des Bundesgerichtsgesetzes überein. Der ZPO-Entwurf hat nur Absatz 5 und Absatz 6 von Artikel 42 des Bundesgerichtsgesetzes übernommen, nicht aber Absatz 7. Auch die Botschaft übergeht die Bestimmung von Artikel 42 Absatz 7 des Bundesgerichtsgesetzes mit Schweigen und erklärt nicht, weshalb die ZPO mit Absatz 3 von Artikel 130 eine komplett andere Lösung vorsieht als das Bundesgerichtsgesetz.

Es ist mit unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren, Eingaben einfach als querulatorisch oder rechtsmissbräuchlich zurückzuweisen und sie ohne Entscheid, ohne Begründung und ohne Definition zurückzuschicken. Dies käme einem Freipass für Willkür gleich, um unliebsame Eingaben abzuweisen. Meines Wissens gibt es in keinem anderen Rechtsstaat ein solches Konzept des Zurückschickens.

Da diese Lösung den Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt, bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Würde er angenommen, würde das heissen, dass man in Fällen von querulatorischen oder rechtsmissbräuchlichen Schriften einen Nichteintretensentscheid fällen müsste, der wiederum angefochten werden könnte. Hingegen gilt es als allgemeiner Grundsatz, dass derartige Schriften aus dem Recht, aus den Akten gewiesen werden können. Der Unterschied zum richtig zitierten Artikel 42 des Bundesgerichtsgesetzes besteht nun darin, dass eben im Bundesgerichtsgesetz keine weitere Instanz anrufbar ist. In dieser ZPO hingegen steht Ihnen die Rechtsverweigerungsbeschwerde zur Verfügung. Mit anderen Worten: Das Recht ist für denjenigen gewahrt, der es nicht richtig findet, dass ihm die Schrift zurückgeschickt worden ist. Das ist der grosse Unterschied zum BGG.

Deshalb ist es aus unserer Sicht nicht nötig, hier den Minderheitsantrag anzunehmen. Wir bitten Sie deshalb, ihn ab-

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte auch bitten, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Die Minderheit befürchtet, dass Artikel 130 Absatz 3 ZPO das rechtliche Gehör verletze. Diese Befürchtung ist unbegründet, denn die Parteien sind ja nicht schutzlos; gemäss Artikel 316 Buchstabe c ZPO steht ihnen die Rechtsverzögerungsbeschwerde zu Verfügung. Das genügt; das ist ja ein Rechtsmittel, das sie jederzeit ergreifen können.

Wenn wir der Minderheit folgten, müsste das Gericht bei querulatorischen oder rechtsmissbräuchlichen Eingaben jeweils einen förmlichen Nichteintretensentscheid fällen. Dieser würde je nach Streitwert sogar der Berufung unterliegen. Mit einer solchen Lösung würde für die Gerichte ein absolut unnötiger Mehraufwand geschaffen. Ich denke, das wollen wir nicht.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Herr Reimann befürchtet - das legt sein Antrag nahe -, dass vorschnell querulatorisches Prozessieren, rechtsmissbräuchliches Prozessieren angenommen wird. Bei der Bestimmung, wie sie hier steht, benutzen ja beide, Mehrheit und Minderheit, den Begriff der querulatorischen oder rechtsmissbräuchlichen Prozessführung bzw. Eingabe. Bei beiden ist davon auszugehen, dass nicht leichthin angenommen werden darf, dass dieser Tatbestand gegeben ist; ich glaube, da gibt es keine Differenz. Die Differenz liegt darin, was die Rechtsfolgen sind, wenn eine Rechtsschrift als querulatorisch oder rechtsmissbräuchlich taxiert wird. Sie, Herr Reimann, sagen, sie sei unzulässig. Die Mehrheit sagt, sie werde zurückgeschickt.

Mit der Fassung der Mehrheit geschieht das, wie Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf ausgeführt hat, mithin mittels eines formlosen Entscheides; es folgt, blöd gesagt, einfach ein Rückantwortcouvert. Bei Ihrer Fassung, Herr Reimann, muss ein förmlicher Nichteintretensentscheid formuliert werden, der das Ergreifen eines Rechtsmittels ermöglicht. Wenn wir davon ausgehen, dass dieser Tatbestand nicht leichthin anzunehmen ist, dann muss man sagen, dass es bei querulatorischen Rechtsschriften schon mühsam ist, wenn iedes Mal ein neuer Entscheid gefällt werden muss, der wiederum einen Instanzenzug auslösen kann. Es ist zwar richtig: Es gibt den berühmten Satz, der besagt, die Anwälte machten

nie so viele Fehler wie bei Klientinnen und Klienten, von denen sie vorschnell meinen, sie seien guerulatorisch. Das besagt aber nur, dass nicht alles, was nicht als makellos ausgeführte Rechtsschrift daherkommt, einfach guerulatorisch ist. Aber ich glaube, alle, die mit Gerichten zu tun haben, wissen, dass es notorisch querulatorische prozessführende Parteien gibt, die die Gerichte teilweise sogar lahmlegen. Genau auf diesen Fall zielt die Fassung der Mehrheit ab, weshalb ich Sie in enger Auslegung ihrer Fassung bitte, ihr zuzustimmen. Die Kommission hat dies mit 12 zu 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen getan.

Le président (Bugnon André, président): Le groupe PDC/ PEV/PVL soutient la proposition de la majorité.

Abstimmung – Vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 06.062/615) Für den Antrag der Mehrheit ... 97 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 37 Stimmen

# Art. 131-142

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 143

Antrag der Kommission Abs. 1, 3, 4 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Abs 2

b. Streichen

# Art. 143

Proposition de la commission Al. 1, 3, 4 Adhérer à la décision du Conseil des Etats Al. 2

b. Biffer

Angenommen - Adopté

# Art. 144, 145

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 146

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Art. 146

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 147-151

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

#### Art. 152

Antrag der Kommission

Titel

Beweisverfahren

Abs. 0

Das Beweisverfahren kann an ein oder mehrere Gerichtsmitglieder delegiert werden.

Abs. 1

Vor der Beweisabnahme werden die erforderlichen Beweisverfügungen getroffen. Darin sind insbesondere die zugelassenen Beweismittel zu bezeichnen, und es ist zu bestimmen, welcher Partei zu welchen Tatsachen der Haupt- oder der Gegenbeweis obliegt. Beweisverfügungen können jederzeit abgeändert oder ergänzt werden.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 152

Proposition de la commission

Titre

Procédure probatoire

Al. O

La conduite de la procédure probatoire peut être déléguée à un ou plusieurs membres du tribunal.

Les ordonnances de preuves nécessaires sont rendues avant l'administration des preuves. Elles désignent en particulier les moyens de preuve admis et déterminent à quelle partie incombe la preuve ou la contre-preuve de quels faits. Elles peuvent être modifiées ou complétées en tout temps. Al. 2. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 153-160

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 161

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Allemann, Pagan, Vischer)

Das Gericht kann auch die nicht beweisbelastete Partei anweisen, eine für die Beendigung des Streites nützliche Urkunde herauszugeben. Bei ungerechtfertigter Weigerung kann die von der Gegenpartei behauptete Tatsache als bewiesen erachtet werden.

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Allemann, Pagan, Vischer)

Le tribunal peut ordonner à la partie qui détient une pièce utile à la solution du litige de la produire, même si le fardeau de la preuve ne lui incombe pas. En cas de refus sans motif légitime, le fait allégué par la partie adverse peut être tenu pour avéré.

Sommaruga Carlo (S, GE): Dans la section 2, nous traitons de l'obligation de collaborer et du droit des parties de refuser de collaborer. A l'article 161, il est indiqué quelles seraient les conséquences que pourrait tirer le juge lorsque l'une des

parties ne collabore pas au procès. Dans le projet du Conseil fédéral, à l'article 161, il y a une disposition que je qualifierai de générale. La minorité vous invite à introduire une précision qui n'est pas de mon cru, mais qui est reprise de codes de procédure civile cantonaux. Cette proposition de minorité prévoit qu'on indique de manière très claire ce qui se passe lorsqu'une des parties ne donne finalement pas le document qu'elle détient. Je vous donne un exemple. Que doit faire le juge lorsqu'une des parties dispose d'un exemplaire d'un contrat et qu'elle ne le produit pas dans la procédure civile, alors que l'autre partie ne l'a plus ou ne l'a jamais eu en sa possession? L'idée est donc de permettre au juge de demander explicitement la production de ce contrat dans l'hypothèse où ce document ne serait pas produit lors de la procédure; il s'agirait de donner de manière plus incisive la compétence au juge d'en tirer les conséquences. La conséquence serait notamment de considérer que le fait allégué par la partie adverse est avéré. C'est le sens de ma proposition de minorité. Il s'agit d'une précision qui devrait amener les parties à ne pas jouer un jeu de mauvaise foi durant le procès et, finalement, à être soumises à plus de pression pour collaborer, de manière à obtenir une décision judiciaire civile claire qui corresponde à la réalité des faits, et non pas à un résultat vicié par le fait que l'une ou l'autre des parties s'est refusée à produire une pièce.

Je vous invite donc à suivre la minorité qui, je vous le rappelle, a été soutenue par des membres de la commission issus de groupes différents, de droite comme de gauche.

Müller Thomas (CEg, SG): Ich beantrage Ihnen namens meiner Fraktion, den Minderheitsantrag Sommaruga Carlo abzulehnen, weil die Präzisierung, die Herr Sommaruga erwähnt hat, gar nicht nötig ist.

Festzuhalten ist, dass der erste Satz des Minderheitsantrages Sommaruga Carlo prozessual ohnehin gilt. Wenn eine Prozesspartei die Edition einer Urkunde beim Prozessgegner verlangt und der Richter diesem Antrag zustimmt, dann hat der Prozessgegner grundsätzlich diese Urkunde heraus-

zuaeben.

Carlo abzulehnen.

Dann zum zweiten Punkt: Was ist die Rechtsfolge, wenn der Prozessgegner diese Urkunde nicht herausgibt? Diese Prozessfolge ist in Artikel 161, wie er vorliegt, allgemein formuliert, nämlich, dass der Richter die unberechtigte Verweigerung der Mitwirkung bei der Beweiswürdigung zu beachten hat. Das gilt allgemein und nicht nur in Bezug auf die Herausgabe von Urkunden. Wenn wir das hier gesondert festhalten, dann kann sich - und das wollen wir ja nicht - die Frage stellen, ob diese Rechtsfolge nur in Bezug auf die Herausgabe von Urkunden gelten soll und nicht bei allgemein unberechtigter Verweigerung der Mitwirkung. Ich ersuche Sie also, den Minderheitsantrag Sommaruga

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie auch bitten, den Minderheitsantrag abzulehnen. Wenn eine Partei zu Unrecht nicht kooperiert, dann darf der Richter die Angaben des Gegners in extremis als richtig annehmen. Insofern hat die Minderheit Recht. Doch geht diese Schlussfolgerung bereits aus Artikel 161 ZPO hervor. Die Formulierung der Minderheit ist insofern überflüssig. Zudem ist sie unpräzis und irreführend. Die Editionspflicht ist von der subjektiven Beweislast unabhängig; das möchte ich hier festhalten. Das Gericht kann also auch die nicht beweisbelastete Partei auffordern, Urkunden herauszugeben; das ist allgemein aner-

Was sind sodann nützliche Urkunden? Ist das eine zusätzliche Einschränkung, oder genügt es wie bis anhin, dass eine Urkunde rechtserhebliche Tatsachen wiedergibt?

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen. Meines Erachtens stiftet er nur Verwirrung.



Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: La commission, par 16 voix contre 6, a rejeté la proposition présentée par la minorité Sommaruga, et elle vous propose d'en rester à la formulation initiale de l'article 161 qui prévoit que, si une partie refuse de collaborer sans motif valable, le tribunal en tient compte lors de l'appréciation des preuves. Cette formulation respecte le principe qui doit régir les tribunaux, à savoir la libre appréciation des preuves, que la minorité Sommaruga contredit en proposant d'obliger le juge à des conclusions éventuellement absurdes pour le seul fait qu'une partie n'aurait pas produit un document.

Ne pas produire un document peut naturellement être une manifestation de mauvaise foi. On ne produit pas le contrat dans lequel il y a un million de francs de salaire par année c'est l'exemple de Monsieur Sommaruga - parce qu'on ne veut pas être condamné à payer ce montant. Mais on peut aussi ne pas produire une pièce pour d'autres motifs, dont certains sont légitimes et dont certains sont même imposés par la loi. Il y a le secret bancaire, il y a des secrets professionnels divers et variés qui peuvent empêcher une partie de produire une pièce demandée. Et dès lors, obliger le juge à considérer que n'importe quel fait allégué par une partie prétendant ne pas avoir la pièce à l'appui de son fait devrait - parce que c'est de cela qu'il s'agit - être retenu comme avéré par le juge même si c'était complètement illogique, viole évidemment le principe de la libre appréciation des preuves et enferme le juge dans un carcan qu'il n'est pas possible d'instituer ni de généraliser lorsqu'il existe par-fois dans certains cantons, et qui va au-delà de la saine application du droit.

En conséquence, nous vous invitons à en rester à la formulation du Conseil fédéral, qui vise très exactement le même but mais qui le fait dans le respect de la proportionnalité.

Sommaruga Carlo (S, GE): Après avoir entendu les diverses interventions, notamment celles de Monsieur Thomas Müller, de Madame la conseillère fédérale et du rapporteur, je retire ma proposition de minorité dans la mesure où l'ensemble des intervenants ont indiqué que l'essence de ce que je proposais était contenu à l'article 161.

Je rappelle simplement, sans vouloir faire injure au rapporteur de langue française, que la proposition de la minorité n'est pas une élucubration de ma part, mais que c'est la disposition à laquelle lui et moi, comme avocats genevois, sommes soumis depuis des décennies!

Le président (Bugnon André, président): La proposition de la minorité Sommaruga Carlo est ainsi retirée.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

# Art. 162-185

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 185a

Antrag der Kommission Titel Privatgutachten Text Eine Partei kann ein Privatgutachten einreichen.

# Art. 185a

Proposition de la commission
Titre
Expertise privée
Texte
Les parties peuvent produire une expertise privée.

Angenommen - Adopté

# Art. 186-194

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

#### Art. 195

Antrag der Mehrheit Einleitung, Bst. a, b, g, h Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Bst. c, d, f Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Bst. e

in. Aberkennungsklage (Art. 83 Abs. 2 SchKG);

Antrag der Minderheit I (Stamm, Aeschbacher, Joder, Mathys, Miesch, Pagan) Bst. c, d Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit II

(Sommaruga Carlo, Amherd, Daguet, Hubmann, Mathys, Menétrey-Savary, Pagan, Stamm, Thanei) Bst. e

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit III (Moret, Burkhalter, Huber, Markwalder Bär) Bst. f Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit IV

(Huber, Burkhalter, Fluri, Markwalder Bär, Mathys, Miesch, Pagan, Stamm)

Abs. 2

Ficht der Mieter oder Pächter eine ausserordentliche Kündigung an und ist ein Ausweisungsverfahren hängig (Art. 246 Bst. b Ziff. 1), so überweist die Schlichtungsbehörde die Begehren an das für die Ausweisung zuständige Gericht. Das Schlichtungsverfahren entfällt, und das für die Ausweisung zuständige Gericht entscheidet auch über die Wirkung einer Kündigung:

1. wegen Zahlungsrückstand des Mieters oder Pächters (Art. 257d OR, Art. 282 OR, Art. 21 LPG);

 wegen schwerer Verletzung der Pflicht des Mieters oder Pächters zu Sorgfalt und Rücksichtnahme (Art. 257f Abs. 2 und 4 OR, Art. 285 OR, Art. 22b LPG);

3. aus wichtigen Gründen (Art. 266g OR, Art. 297 OR, Art. 17 LPG);

4. wegen Konkurs des Mieters (Art. 266h OR).

Hat der Vermieter oder Verpächter aus wichtigen Gründen (Art. 266g OR, Art. 297 OR, Art. 17 LPG) vorzeitig gekündigt, so entscheidet das für die Ausweisung zuständige Gericht auch über die Erstreckung des Miet- oder Pachtverhältnisses.

Antrag der Minderheit V (Vischer, Hofmann, Wyss Brigit) Abs. 0

Mit Ausnahme von miet- und arbeitsrechtlichen Streitigkeiten entfällt das Schlichtungsverfahren, wenn beide Parteien schriftlich darauf verzichten.

lbs. 1

Das Schlichtungsverfahren entfällt sodann generell: a. ...

# Art. 195

Proposition de la majorité Introduction, let. a, b, g, h Adhérer à la décision du Conseil des Etats *Let. c, d, f* Adhérer au projet du Conseil fédéral

...

11. en libération de dette (art. 83 al. 2 LP);

Proposition de la minorité I

(Stamm, Aeschbacher, Joder, Mathys, Miesch, Pagan) Let. c, d

Adhérer à la décision du Conseil des États

Proposition de la minorité II

(Sommaruga Carlo, Amherd, Daguet, Hubmann, Mathys, Menétrey-Savary, Pagan, Stamm, Thanei)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité III (Moret, Burkhalter, Huber, Markwalder Bär)

Let. f
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité IV

(Huber, Burkhalter, Fluri, Markwalder Bär, Mathys, Miesch, Pagan, Stamm)

AI 2

Lorsque le locataire ou le fermier conteste un congé extraordinaire et qu'une procédure d'expulsion est engagée contre lui (art. 246 let. b ch. 1), l'autorité de conciliation transmet la requête au tribunal compétent en matière d'expulsion. La procédure de conciliation n'a pas lieu et le tribunal compétent en matière d'expulsion statue aussi sur la validité d'un congé:

1. en cas de demeure du locataire ou du fermier (art. 257d et 282 CO; art. 21 LBFA);

 pour violation grave par le locataire ou le fermier de son devoir de diligence ou pour de graves manques d'égards envers les voisins (art. 257f al. 3 et 4 et 285 CO; art. 22b LBFA):

3. pour de justes motifs (art. 266g et 297 CO; art. 17 LBFA); 4. en cas de faillite du locataire (art. 266h CO).

Lorsque le congé est donné par le bailleur pour de justes motifs (art. 266g et 297 CO; art. 17 LBFA), le tribunal compétent en matière d'expulsion statue aussi sur la demande de prolongation du bail à loyer ou à ferme.

Proposition de la minorité V (Vischer, Hofmann, Wyss Brigit)

AI. O

A l'exception des litiges en droit du bail et du travail, la procédure de conciliation n'a pas lieu lorsque les parties y renoncent par écrit.

AI. 1

En outre la procédure de conciliation n'a pas lieu de manière générale:

a. ..

Stamm Luzi (V, AG): Es geht um das Schlichtungsverfahren. Die Minderheit I, die ich hier vertrete, will eigentlich nur die Stellung des Friedensrichters bzw. die Stellung des Schlichtungsverfährens ein bisschen aufwerten. Es geht bei diesem Minderheitsantrag nur um die Scheidungsverfahren. Ich glaube, ein Teil ist klar: Wenn sich zwei Scheidungswillige geeinigt haben, muss man sie sicher nicht zwingen, noch zum Friedensrichter zu gehen. Beim extrem einfachen Verfahren, welches die Folge ist, ist es sicher der richtige Weg, direkt ans Bezirksgericht, direkt an die erste Instanz zu gelangen. Die Frage ist aber: Was machen wir, wenn sich die Eheleute nicht einig sind? Es gibt zurzeit einige Kantone, die in diesem Bereich das Friedensrichterverfahren haben. Diese Kantone teilen also auf: Wenn noch Probleme da sind, muss man zum Friedensrichter gehen; man muss dieses Schlichtungsverfahren vorziehen und kann erst nachher vor Gericht gehen. Dieses System macht meines Erachtens

Sinn. Gerade bei vielen rechtsunkundigen Leufen kann der Friedensrichter informieren: Normalerweise sieht eine Konvention so und so aus; normalerweise wird ein Besuchsrecht so und so formuliert; es gibt die Kinderalimente, es gibt die persönlichen Alimente, die Pensionskasse darf nicht vergessen werden usw. Das macht Sinn. Gerade für die Leute, die dafür sind, dass man nicht nur auf Rechtsanwälte setzt, sondern dass es auch andere Instanzen geben sollte, welche die Eheleute informieren und instruieren, macht der Friedensrichter Sinn.

Jetzt komme ich zur Fahne: Sie sehen, dass der Bundesrat vorgesehen hat, dass die Schlichtungsverfahren, die Friedensrichter im Scheidungsverfahren nichts mehr zu suchen haben. Der Ständerat hat genau das beschlossen, was ich vorher empfohlen habe, nämlich dass bei der Scheidung auf gemeinsames Begehren die Friedensrichter nichts zu suchen haben. Demgegenüber empfiehlt die Mehrheit der Kommission, bei Scheidungsverfahren den Friedensrichter nicht mehr vorzusehen. Die Minderheit I, also ich, empfiehlt Ihnen jetzt, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen. Man sagt damit den Friedensrichtern: Bei Konventionalscheidungen, bei einvernehmlichen Scheidungen, habt ihr nichts zu suchen; da braucht man eure Hilfe nicht. Bei umstrittenen Scheidungen braucht man sie jedoch sehr wohl; formell müssen die Eheleute in diesen Fällen zuerst zum Schlichtungsverfahren. Das scheint mir Sinn zu machen. Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit I zuzustimmen.

Sommaruga Carlo (S, GE): La minorité II vise en fait à biffer des objets qui ne seraient pas soumis à conciliation: les actions en libération de dette. Juste pour comprendre de quoi il retourne, le projet du Conseil fédéral exclut de la procédure de conciliation les actions dans lesquelles — et on le sait au départ — ou il n'y a pas de conciliation possible, ou il n'y a vraisemblablement pas de chance d'obtenir un accord entre les parties.

La majorité propose en fait d'introduire dans la liste des exclusions les actions en libération de dette. Or, l'action en libération de dette n'est pas une procédure particulière, c'est une action au fond. C'est-à-dire que les parties se retrouvent, en rôle inversé, en procédure pour la créance qu'elles ont l'une envers l'autre. Or, dans ces cas-là, puisque l'on discute du fond, même s'il s'agit d'une procédure qui relève de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite, on se trouve procéduralement dans le même cas de figure que dans une action ordinaire de demande de palement.

Dans ces conditions, je vous invite à traiter la demande en libération de dette de la même manière que la demande en paiement et à la soumettre à la tentative de conciliation, ceci dans le but de libérer le tribunal ou les tribunaux d'une surcharge de travail, dès lors que les parties pourraient aboutir à une solution consensuelle.

De relève que cette proposition est soutenue par des commissaires issus de différents partis, puisqu'elle est soutenue par des représentants des groupes des Verts, PDC/PEV/ PVL et également UDC, ce qui montre bien que la problématique n'est pas politique mais judiciaire et juridique. La meilleure voie consiste à suivre la minorité II.

Moret Isabelle (RL, VD): Dans ce projet de Code de procédure civile, la conciliation est obligatoire. L'article 195 prévoit un certain nombre de cas dans lesquels la procédure de conciliation n'a pas lieu d'être. Le Conseil des Etats a estimé, à l'unanimité, que cette procédure ne devait pas avoir lieu dans les litiges qui sont de la compétence d'une instance cantonale unique en vertu de l'article 6 de ce projet, c'est-à-dire quand les cantons ont décidé de désigner un tribunal de commerce. Pour rappel, c'est aux cantons de décider s'ils veulent ou non instaurer un tribunal de commerce, c'est-à-dire une instance cantonale unique compétente en cas de litiges commerciaux et en présence de parties qui sont des professionnels.

Un tribunal de commerce ne peut pas statuer sur les petits litiges, car l'article 6 prévoit qu'il ne peut être compétent que pour les valeurs litigieuses supérieures à 30 000 francs, soit les litiges susceptibles de recours en matière civile au Tribunal fédéral. Quatre cantons connaissent actuellement cette instance: Zurich, Berne, Argovie et Saint-Gall.

S'agissant premièrement de parties qui sont des professionnels, deuxièmement de litiges portant sur l'activité commerciale de l'une des parties au moins et troisièmement de litiges de plus de 30 000 francs, les conseillers aux Etats ont décidé à l'unanimité que la conciliation obligatoire était inutile. Dans son argumentation le Conseil des Etats a aussi insisté sur le respect de la compétence cantonale puisque les cantons décident seuls s'ils désirent ou non instaurer un tribunal de commerce.

Je vous remercie de bien vouloir suivre le Conseil des Etats en adoptant cet amendement.

Vischer Daniel (G, ZH): Es geht hier um verschiedene Details bezüglich des Friedensrichterverfahrens bzw. des Sühneverfahrens oder des Schlichtungsverfahrens. Es geht bei meinem Minderheitsantrag um eine Grundsatzfrage. An sich war ja der Expertenentwurf in dieser Hinsicht auf der Linie meines Minderheitsantrages. Er wollte nämlich das Schlichtungsverfahren nur dann für obligatorisch erklären, wenn beide Parteien nicht das Gegenteil wollen.

Ich beantrage hier, dass wir dem bewährten Konzept, wie es heute zum Beispiel im Kanton Aargau angewendet wird, folgen, dass also immer dann, wenn beide Parteien schriftlich auf ein Sühneverfahren verzichten, dieses auch nicht mehr durchgeführt werden muss. Das hat natürlich den Protest der Friedensrichterinnen und Friedensrichter, nicht zuletzt aus meinem Kanton, ausgelöst; das weiss ich. Sie wollen, dass immer ein Friedensrichterverfahren durchgeführt wird, auch wenn es von vornherein klar ist, dass es das gar nicht braucht: Es wird keine Lösung gefunden, beide Parteien sind anwaltlich vertreten, man muss zur Friedensrichterin oder zum Friedensrichter, hat unter Umständen einen weiten Weg und muss für nichts bezahlen. Es wird gar keine Dienstleistung geboten, weil von Anfang an klar ist, dass diese Frage auf diesem Weg nicht gelöst werden kann.

Meiner Meinung nach haben die Friedensrichterinnen und Friedensrichter keine stichhaltigen Argumente gegen mein Anliegen vorgebracht. Seien wir ehrlich, und sagen wir, worum es geht: Die Friedensrichterinnen und Friedensrichter, nicht zuletzt in der Stadt Zürich, aber auch anderswo, fürchten ein bisschen um ihre Existenz. Denn würde diesem Antrag zugestimmt, brauchte es halt ein «My» weniger Friedensrichterinnen und Friedensrichter als heute. Seien wir ehrlich: Friedensrichterinnen und Friedensrichter haben einen relativ gut bezahlten Job. Es sind meist Parteipfründen, die an Genossinnen und Genossen oder SVP-Parteisoldatinnen und -soldaten, die sich ehrenvoll eingesetzt haben, vergeben werden. Diese können mit diesem Job dann noch einen ansehnlichen Teil ihres Lebens als Friedensrichter verhringen.

Das wollen Sie jetzt perpetuieren. Es muss mir jetzt niemand sagen, mit diesem Obligatorischerklären des Friedensrichters würden mehr Vergleiche vor Friedensrichtern geschlossen, als wenn es nicht obligatorisch wäre. Denn ich will ja nur, dass die Friedensrichter nicht zum Zuge kommen, wenn es eh klar ist, dass es keinen Vergleich gibt, wenn nämlich beide Parteien darauf verzichten. Also was soll das, wenn z. B. in einem grossen handelsgerichtlichen Streit zwei Anwälte, die sich zum Teil auch vertreten lassen können, vor einem Friedensrichter einen Scheindisput führen? Der Friedensrichter fragt: Kann man sich da einigen? Die Parteien sagen: Nein. Dann geht man wieder und zahlt trotzdem einige Tausend Franken. In diesem Sinne bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Ich bitte Sie aber auch, den Antrag der Minderheit I (Stamm) abzulehnen. Es ist unsinnig, im Scheidungsverfahren noch eine Friedensrichterverhandlung durchzuführen. Heute haben wir zwei Grundtypen von Scheidungsverfahren: Wir haben das Scheidungsverfahren auf gemeinsames Begehren hin, und wir haben das Scheidungsverfahren nach zweijähriger Trennung. Wenn jemand zwei Jahre getrennt ist, kann er die Scheidung durchsetzen. Wieso brauchen wir in diesen

Fällen noch einen Friedensrichter? Der Friedensrichter wird die Parteien nach zweijähriger Trennung, wenn eine Partei scheidungswillig ist, nicht wieder zusammenbringen. Deswegen ersuche ich Sie, hier dem Bundesrat zu folgen. Bei den übrigen Anträgen überlasse ich es Ihrem Verstand, sinnvoll abzustimmen.

Huber Gabi (RL, UR): Die Minderheit IV möchte eine Bestimmung des OR, welche aufgehoben werden soll, in die ZPO übernehmen. Artikel 274g OR sieht die Koordination zweier Verfahren vor. Wenn heute gleichzeitig ein Ausweisungsverfahren und eine ausserordentliche Kündigung hängig sind, ist die Ausweisungsinstanz für beide Verfahren zuständig. Dies soll so bleiben. Alt Ständerat Hans Hofmann hatte im Ständerat einen gleichlautenden Antrag eingereicht, zog ihn aber zurück, nachdem der Bundesrat eine vertiefte Abklärung zuhanden des Zweitrates versprochen hatte. Das Bundesamt für Justiz erstellte daraufhin einen Bericht und kam zum Schluss, die heutige Regelung sei nicht in die ZPO zu übernehmen, weil diese den gegensätzlichen Interessen von Mietern und Vermietern angemessen Rechnung trage. Die heute geltende Sonderregelung im OR werde durch eine gleichwertige Bestimmung in Artikel 253 des Entwurfes abgelöst.

Diese Schlussfolgerung teilt die Minderheit nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Die Annahme, der Ausweisungsrichter werde den Einwand des Mieters, die Kündigung sei nichtig oder es liege kein Kündigungsgrund vor, als haltlos abweisen und die Ausweisung anordnen, ist unrealistisch. Weil der Ausweisungsrichter künftig nicht mehr zwingend entscheiden muss, wird er sicherheitshalber immer mangelnde Liquidität annehmen und die Ausweisung verweigern. Für den Vermieter heisst das, dass er das ordentliche Verfahren mit vorgelagertem Verfahren vor der Schlichtungsbehörde und den ganzen Instanzenzug durchlaufen muss.
- 2. Ebenfalls unrealistisch ist die Annahme, die Schlichtungsbehörde werde das Verfahren aussetzen und der Ausweisungsrichter werde über die Ausweisung entscheiden, wenn der Mieter die Kündigung bei der Schlichtungsbehörde anficht und der Vermieter an den Ausweisungsrichter gelangt. Künftig gäbe es keine Verfahrenszusammenführung beim Ausweisungsrichter mehr. Anders als heute müsste über die Gültigkeit der Kündigung nicht mehr entschieden werden; daher wird der Ausweisungsrichter bei hängigem Schlichtungsverfahren infolge der Kündigungsanfechtung auch hier mangels Liquidität keine Ausweisung anordnen. Der Vermieter muss also auch in diesen Fällen den ganzen Instanzenzug durchlaufen.

Fazit: Nach Aufhebung der geltenden Koordinationsbestimmung kann durch den Mieter eine speditive Ausweisung nach einer ausserordentlichen Kündigung ohne Weiteres verhindert werden, entweder durch den Einwand der Ungültigkeit der Kündigung direkt im Ausweisungsverfahren oder durch Anfechtung der Kündigung bei der Schlichtungsbehörde. Der Ausweisungsrichter wird in beiden Fällen mangels Liquidität die Ausweisung verweigern, weil er nicht zu einem Entscheid gezwungen ist. Übrigens kommen auch in der Rechtslehre immer mehr kritische Stimmen zum Thema Verfahrenskoordination bei Ausweisungen auf. Professor Thomas Koller z. B. kritisiert den Bundesratsentwurf in diesem Bereich ausdrücklich und plädiert für die Beibehaltung der heutigen Regelung in Artikel 274g OR; er spricht sich sogar dafür aus, dass nicht bloss der Text dieser Bestimmung in die ZPO überführt werde, sondern dass die gesamte bundesgerichtliche Rechtsprechung zu dieser Bestimmung in der Kodifikation des Zivilprozessrechtes ihren Niederschlag finde.

Mein Antrag wurde in der Kommission sehr knapp, mit einer Stimme Unterschied, abgelehnt. Ich ersuche Sie um Zustimmung, und dies würde dann auch Zustimmung zu meinem Minderheitsantrag bei Artikel 246 Buchstabe b Ziffer 0 bedeuten.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, die Anträge der Minderheiten III (Moret) und IV (Huber) anzunehmen und die Anträge der Minderheiten I (Stamm), II (Sommaruga Carlo) und V (Vischer) abzulehnen.

Der Minderheitsantrag III bezieht unseres Erachtens zu Recht auch die Handelsgerichte in diese Regelung mit ein. Sie erinnern sich, dass wir in Artikel 6 die Handelsgerichte als einzige mögliche kantonale Instanz bezeichnet haben. Es ist aus unserer Sicht gerechtfertigt, hier Artikel 5 und Artikel 6 gleich zu behandeln.

Zum Minderheitsantrag IV haben Sie soeben die ausführliche Begründung der Minderheitssprecherin gehört; wir können uns diesen Argumentationen vollumfänglich anschliessen

Beim Minderheitsantrag I lehnen wir es ausdrücklich ab, die erfolgte Änderung zum heute in vielen Kantonen bewährten Verfahren ohne friedensrichterliche Verhandlung in diesen Fällen wieder rückgängig zu machen. Das wäre unseres Erachtens eine zusätzliche Verkomplizierung und Verlängerung des Verfahrens.

Den Minderheitsantrag II lehnen wir mit folgender Begründung ab: Der Bundesrat hat unseres Erachtens diese Klagen zu Recht so formuliert. Die Aberkennungsklage hat ja bereits ein vorgängiges Verfahren durchlaufen, sodass es hier nicht mehr nötig ist, das wieder aufzunehmen.

Den Minderheitsantrag V lehnen wir ab, weil wir im Gegenzug Artikel 196 unterstützen. Bei Artikel 196 unterstützen wir ausdrücklich die Mehrheitsfassung, weil wir die Ausnahme von Miet- und Pachtzinsen ablehnen. Daraus ergibt sich der Schluss, dass wir den Minderheitsantrag V ablehnen.

Somit bitte ich Sie, die Anträge der Minderheiten III (Moret) und IV (Huber) anzunehmen und die Minderheitsanträge I (Stamm), II (Sommaruga Carlo) und V (Vischer) abzulehnen

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Zu Artikel 195 liegt eine ganze Reihe von Minderheitsanträgen vor. Aus systematischen Gründen möchte ich mit dem Antrag der Minderheit V (Vischer) beginnen, denn bei diesem geht es um das Schlichtungsobligatorium ganz allgemein. Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen und am Schlichtungsobligatorium festzuhalten. Sein Vorteil ist ein doppelter: Einerseits sind die Schlichtungsbehörden ein wirksamer Filter zugunsten der Gerichte, andererseits sind die Schlichtungsbehörden bürgernahe und kostengünstige Anlaufstellen. Sie erleichtern den Leuten den Zugang zur Justiz.

Die Schweiz hat eine ausgesprochene Schlichtungstradition. Das schlägt sich denn auch in den meisten kantonalen Prozessordnungen nieder: Sie stellen dem formellen Prozess einen sogenannten Aussöhnungsversuch voran. Die Friedensrichter oder Vermittler sind in unseren Kantonen eine festverankerte Institution. Wenn Sie nun die Schlichtung ins freie Belieben der Parteien stellen, wäre das aus heutiger Optik eine Umkehr des Systems. Die Friedensrichter würden an Bedeutung verlieren. Wir meinen, das sei nicht zu verantworten in einer Zeit, in der die Ressourcen der Justiz knapp sind. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass die Friedensrichter heute eine Schlichtungsquote von über 50 Prozent haben.

Der Entwurf des Bundesrates erlaubt es den Parteien, ab einem Streitwert von 100 000 Franken gemeinsam auf die Schlichtung zu verzichten, dies in der Meinung, dass die Parteien bei solchen Streitwerten anwaltlich vertreten sind und die Möglichkeiten einer vorgerichtlichen Lösung genügend ausgelotet haben. Das ist eine sachgerechte Lösung. Ich möchte Sie daher bitten, hier der Mehrheit zu folgen und beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.

Zum Antrag der Minderheit I (Stamm), zum Schlichtungsverfahren im Scheidungsverfahren: Es ist sicher unbestritten, dass gerade im Scheidungsverfahren, soweit möglich, einvernehmliche Lösungen gefunden werden sollen. Kontrovers ist nur, wer bei den Einigungsverhandlungen die Regie führen soll: die Schlichtungsbehörde nach den Artikeln 194ff. der ZPO oder unmittelbar der Scheidungsrichter nach Artikel 286 ZPO? Der Bundesrat und die Kommissionsmehr-

heit sind der Überzeugung, dass es der Scheidungsrichter sein soll, und zwar auch bei der streitigen Scheidung. Warum dies? Der vorgängige Gang zur Schlichtungsbehörde würde den Scheidungsprozess nur verlängern und verkomplizieren. Denn selbst wenn sich die Parteien vor dem Friedensrichter über alles einigen würden, dürfte er selbst die Scheidung ja nicht aussprechen. Die Parteien müssen dann gleichwohl an das Scheidungsgericht gelangen, denn das ZGB verlangt bei Scheidungen ein Gerichtsurteil. Das Einzige, was der Friedensrichter tun kann, ist dies: die Parteien überreden, friedlich beisammen zu bleiben, d. h., die Scheidungsklage zurückzuziehen. Der Gang zur Schlichtungsbehörde wäre somit für Leute, die sich wirklich scheiden lassen wollen, ein absolut unnötiger Umweg. Gleiches gilt für die streitige Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft.

Für die Konzentration des gesamten Scheidungsverfahrens beim Scheidungsrichter spricht im Übrigen auch, dass dieser auch für die vorsorglichen Massnahmen, also die vorläufige Regelung des Unterhalts und der Obhut und Sorge für die Kinder, sachlich zuständig ist.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit zu folgen und zur Lösung des Entwurfes des Bundesrates zurückzukehren.

Zum Antrag der Minderheit II (Sommaruga Carlo) betreffend SchKG-Klagen: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Buchstabe e nimmt Jene SchKG-Klagen, welche heute im sogenannten beschleunigten Verfahren zu beurteilen sind, vom Schlichtungsverfahren aus. Die Mehrheit der Kommission möchte auch die Aberkennungsklage in diesen Ausnahmenkatalog aufnehmen. Der Bundesrat ist damit einverstanden, obwohl dies vom Entwurf abweicht, denn die meisten Kantone sehen für die Aberkennungsklage bereits heute eine Ausnahme von der vorgängigen Schlichtung vor. Daher lautet mein Antrag, die Mehrheit zu unterstützen und die Minderheit II abzulehnen.

Zum Antrag der Minderheit III (Moret) auf Schlichtung in gewissen Verfahren: Ich bitte Sie, den Antrag der Mehrheit abzulehnen und jenem der Minderheit III zuzustimmen. Warum? Erstens ist eine unterschiedliche Behandlung von Streitigkeiten im Immaterialgüterrecht nach Artikel 5 und Streitigkeiten im Handelsrecht nach Artikel 6 kaum gerechtfertigt. In beiden Fällen urteilt eine einzige Instanz; in einigen Fällen kann es sich sogar um das gleiche Fachgericht handeln. Zweitens ist es bei diesen Streitigkeiten sinnvoll, wenn direkt der urteilende Fachrichter und nicht zuerst noch ein Friedensrichter einen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Das notwendige Fachwissen kann bei einer nichtspezialisierten Schlichtungsbehörde nicht vorausgesetzt werden. Drittens bringt der Verzicht auf eine vorgängige Schlichtung bei handelsrechtlichen Streitigkeiten eine Zeitersparnis und trägt zur Stärkung der Handelsgerichtsbarkeit bei.

Zum Antrag der Minderheit IV (Huber) betreffend die Frage des mietrechtlichen Verfahrens: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. An sich ist das Anliegen dieser Minderheit absolut berechtigt. Auch der Bundesrat will natürlich nicht, dass unberechtigte Kündigungsanfechtungen und Erstrekkungsbegehren eine Ausweisung in die Länge ziehen. Zu diskutieren ist allein der Verfahrensweg. Die Minderheit IV will einfach die geltende Verfahrensbestimmung von Artikel 274g OR in die ZPO überführen. Der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission sind hingegen der Auffassung, dass diese Spezialbestimmung überflüssig wird, weil dem Vermieter nach Artikel 253 ZPO in klaren Fällen der schnelle Rechtsschutz zur Verfügung steht. Das Konzept ist einfach: Eindeutige Fälle gehen direkt zum Ausweisungsrichter, egal, ob es sich um eine ordentliche oder eine ausserordentliche Kündigung handelt. Nichtliquide Fälle hingegen beginnen bei der Schlichtungsbehörde. Das sind klare Spielregeln, die weder einseitig zugunsten oder zuungunsten des Vermieters noch einseitig zugunsten oder zuungunsten des Mieters gehen. Die mietrechtliche Sonderregelung von Artikel 274g OR, welche in der Praxis doch einige Schwierigkeiten bereitet, wird durch eine gleichwertige allgemeine Regel abgeIch möchte Sie daher bitten, den Antrag der Minderheit IV (Huber) abzulennen.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Der Entwurf des Bundesrates geht von einem grundsätzlichen Schlichtungsobligatorium aus, was den kantonalen Traditionen entspricht. «Zuerst schlichten, dann richten», das ist die Devise.

Das Schlichtungsobligatorium hat zweifellos drei Vorteile: Erstens sind die Schlichtungsbehörden ein wirksamer Filter, durch den die Gerichte entlastet und somit auch Kosten gespart werden. Zweitens ist nachgewiesen, dass die Schlichtungsverfahren sehr oft zum Erfolg führen. Drittens stellt die Schlichtungsbehörde eine bürgernahe Anlaufstelle dar, welche den Zugang zur Justiz erleichtert. Das ist allgemein anerkannt, und das sind die Gründe, weshalb diese Vorlage auf dem Schlichtungsobligatorium aufbaut.

Der Entwurf sieht nun gewisse Ausnahmen für bestimmte Verfahren vor wie z. B. für das summarische Verfahren, für die beschleunigten Verfahren, für das Scheidungsverfahren sowie für einige besondere Klagen gemäss SchKG. Das entspricht im Allgemeinen dem geltenden Recht und berücksichtigt die Besonderheiten der speziellen Verfahren. Die Mehrheit beantragt Ihnen deshalb, diese Regelung zu übernehmen und zusätzlich – in Abweichung zur ursprünglichen Vorlage des Bundesrates und zur ständerätlichen Fassung – noch die Aberkennungsklage in den Ausnahmenkatalog aufzunehmen.

Ich komme nun zu den diversen Minderheiten, zuerst zur Minderheit V (Vischer). Die Minderheit V beantragt, dass das Schlichtungsverfahren entfällt, wenn beide Parteien schriftlich darauf verzichten, mit Ausnahme von mietrechtlichen und arbeitsrechtlichen Streitigkeiten. Diese Regelung würde das System wesentlich verändern. Es gilt nochmals darauf hinzuweisen, dass die Friedensrichter und -richterinnen heute eine Schlichtungsquote von über 50 Prozent aufweisen. Überdies würde die ausgedehnte Verzichtsmöglichkeit dem Grundsatz der ZPO, nämlich der Förderung der einvernehmlichen Streiterledigung, widersprechen. Ihre Kommission beantragt Ihnen mit 16 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Minderheitsantrag V abzulehnen.

Im Weiteren komme ich zum Antrag der Minderheit II (Sommaruga Carlo). Ich kann hier auf die zutreffenden Ausführungen von Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf verweisen. Richtigerweise muss hier erwähnt sein, dass die Aberkennungsklage keine beschleunigte Klage gemäss SchKG, sondern eine ordentliche Klage ist. Es gibt hier somit keinen Grund, wegen der Verfahrensform auf das Schlichtungsverfahren zu verzichten. Die Kommission beantragt Ihnen mit 11 zu 10 Stimmen trotzdem, die Aberkennungsklagen vom Obligatorium auszunehmen.

Ich komme zum Antrag der Minderheit I (Stamm). Die Minderheit I beantragt, dass nicht sämtliche Scheidungsverfahren vom Schlichtungsobligatorium ausgenommen werden, sondern nur die Scheidungsverfahren auf gemeinsames Begehren. Auch diesbezüglich hat Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf die Auffassung nicht nur des Bundesrates, sondern der Mehrheit der Kommission vorgetragen. Ich möchte deshalb nur zwei Punkte noch einmal erwähnen, nämlich erstens die Tatsache, dass die Erfolgsquote der Friedensrichterinnen und Friedensrichter bei den Scheidungsverfahren praktisch null ist - das ist klar, weil sie nämlich das Verfahren nicht einvernehmlich beenden können, ausser die Parteien gehen unverrichteter Dinge wieder nach Hause. Im Scheidungsverfahren gibt es somit keine Schlichtungsmöglichkeit; ein gerichtliches Verfahren ist zwingend vorgeschrieben. Die Mehrheit der Kommission ist zweitens dezidiert der Ansicht, dass die Scheidungsrichterinnen und Scheidungsrichter kompetenter in der Ausarbeitung allfälliger Scheidungskonventionen betreffend die Regelung der Nebenfolgen sind.

Ich komme nun noch zum Antrag der Minderheit IV (Huber). Diese Minderheit verlangt, dass das Schlichtungsverfahren im Falle einer Anfechtung von ausserordentlichen Kündigungen entfalle, wenn ein Ausweisungsbegehren hängig

Was geschieht, wenn es, wie auch nach heutigem Recht, zu dieser geforderten Kompetenzattraktion kommt? Gemäss Bundesgericht muss der Ausweisungsrichter in voller Kognition über die Frage der Gültigkeit der Kündigung befinden. Somit werden zwei Verfahrensarten miteinander vermischt, und das Ziel, im summarischen Verfahren schnell zu einem Ausweisungsbefehl zu kommen, wird verwässert. Zivilprozessual gesprochen ist der heute geltende Artikel 274g OR oder die von der Minderheit beantragte Version ein Schnitzer oder - verzeihen Sie diese saloppe Ausdrucksweise - ein seltsamer zivilprozessualer Verfahrenszwitter. Die von der Zivilprozessordnung vorgesehene neue Lösung unterscheidet nämlich nicht zwischen ordentlicher und ausser-ordentlicher Kündigung. Bei der Frage, ob schneller Rechtsschutz zu gewähren sei, stellt sie einzig darauf ab, ob die Rechts- und Sachlage liquid ist. Ist sie es, greift der schnelle Rechtsschutz nach Artikel 253, der ein echtes Summarverfahren vorsieht, welches im Falle einer liquiden Sachund Rechtslage zu einer materiell-rechtlichen Erkenntnis

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der Mehrheit der Kommission, der Mehrheit zu folgen. Frau Huber hat zu Recht darauf hingewiesen: In der Kommission war das Abstimmungsergebnis relativ knapp. Dieser Minderheitsantrag wurde mit 11 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Zum letzten Minderheitsantrag, dem Antrag der Minderheit III (Moret): Frau Moret verlangt, dass nicht nur in Bezug auf die Verfahren gemäss Artikel 5, sondern auch in Bezug auf Artikel 6, d. h. die Handelsgerichtsbarkeit, auf das Schlichtungsobligatorium verzichtet wird. Eine Mehrheit ist auch hier der Meinung, dass es auch bei höheren Forderungen nicht unversucht bleiben soll, sich einvernehmlich zu einigen, und dass deshalb hier das Schlichtungsobligatorium beibehalten werden soll.

Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der Kommission, überall der Mehrheit zu folgen.

Bst. c, d - Let. c, d

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/649) Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I ... 48 Stimmen

Bst. e – Let. e

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/618) Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II ... 42 Stimmen

Bst. f - Let. f

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/619) Für den Antrag der Minderheit III ... 120 Stimmen Für den Antrag der Mehrheit ... 39 Stimmen

Abs. 0, 1 - Al. 0, 1

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/620) Für den Antrag der Mehrheit ... 108 Stimmen Für den Antrag der Minderheit V ... 54 Stimmen

Abs. 2 - Al. 2

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/621) Für den Antrag der Minderheit IV ... 104 Stimmen Dagegen ... 61 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen Les autres dispositions sont adoptées

# Art. 196

06.062

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Hofmann, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Vischer)

... verzichten. Davon sind Streitigkeiten betreffend Miet- und Pachtzinse ausgenommen.

# Art. 196

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Hofmann, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al.

... d'un commun accord. Font exception les litiges relatifs aux loyers et fermages.

Thanei Anita (S, ZH): Es geht bei Artikel 196 um die Frage, wann auf ein Schlichtungsverfahren verzichtet werden kann. Absatz 1 sieht vor, dass bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten mit einem Streitwert von mindestens 100 000 Franken die Parteien gemeinsam auf die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens verzichten können. Ich beantrage mit meiner Minderheit, dass die Streitigkeiten betreffend Miet- und Pachtzinse von dieser Verzichtsmöglichkeit ausgenommen sind, und zwar tue ich das aus folgenden Überlegungen: Mietrechtliche Schlichtungsverfahren betreffend Mietzins oder pachtrechtliche betreffend Pachtzins sind sehr erfolgsträchtig. Es wird sehr häufig eine Einigung erzielt. Überdies gilt es zu berücksichtigen, dass ein Streitwert von 100 000 Franken bei Mietzinserhöhungen relativ schnell erreicht wird, da er nach Artikel 90 Absatz 2 der vorliegenden ZPO berechnet wird. Man geht von der zwanzigfachen Jahresdifferenz aus. Somit ist diese Streitwertgrenze bereits bei einer Mietzinserhöhung um 417 Franken pro Monat erreicht. Praktisch sämtliche Mietzinserhöhungen wegen umfassender Sanierungen würden bereits in diesem Stadium zur Disposition stehen. Das ist nicht Sinn und Zweck der Regelung des Schlichtungsobligatoriums.

Mit der Möglichkeit des Verzichts besteht natürlich die Gefahr, dass die Mietenden zu einem solchen gedrängt werden; das ist umso problematischer, als wir vorhin beschlossen haben, nur das Schlichtungsverfahren und nicht das nachfolgende erstinstanzliche Mietgerichts- oder Gerichtsverfahren sei kostenlos. Ich bitte Sie deshalb, die Streitigkeiten betreffend Miet- und Pachtzinse auszunehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass Kündigungsschutzverfahren nicht ausgenommen wären. Ich bin auch der Ansicht, dass bei Mietzinsen von über 10 000 Franken dieser Schutz im Bereich des Kündigungsschutzes nicht nötig ist, aber im Bereich der Mietzinserhöhung sieht es anders aus.

Ich bitte Sie, meinen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Fluri Kurt (RL, SO): So, wie die Minderheitssprecherin ihren Antrag dargestellt hat, könnte man ihn verstehen. Auf der anderen Seite muss man sich überlegen, wie das Verfahren abläuft. Es geht ja, wie von ihr dargestellt, um Mietzinserhöhungen, und solche müssen vom Mieter angefochten werden. Mit anderen Worten: Der Mieter beginnt das Verfahren. Deswegen kann er trotz dieses Streitwerts von 100 000 Franken das Verfahren durchziehen, und es steht nicht so zur Disposition, wie wenn der Vermieter nach der Berechnungsweise von Frau Thanei über diese Streitwertgrenze käme.

Mit anderen Worten bitten wir Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Thanei abzulehnen.

Die Minderheit denkt hier vor allem an Mietzinsanfechtungen. Der Streitwert von 100 000 Franken wird bei diesen Streitigkeiten natürlich verhältnismässig schnell erreicht, denn er wird nach der besonderen Regel von Artikel 90 Absatz 2 ZPO berechnet, d. h., es gilt der zwanzigfache Wert der einjährigen Nutzung. Das bedeutet, dass diese 100 000 Franken schon bei einer Erhöhung des monatlichen Mietzinses von 417 Franken überschritten werden. Damit stünde das Schlichtungsverfahren relativ früh zur Disposition der Parteien.

Braucht der Mieter deshalb zusätzlichen Schutz? Besteht die Gefahr, dass er vom Vermieter ausgetrickst und um das Gratis-Schlichtungsverfahren gebracht wird? Nein, überhaupt nicht! Denn es ist jeweils der Mieter, der eine Mietzinserhöhung anficht. Der Mieter ist der Kläger; somit kann er trotz eines Streitwerts von 100 000 Franken ohne Weiteres ein Schlichtungsgesuch stellen. Damit kommt es dann ganz normal zum Verfahren vor der Schlichtungsbehörde.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: L'article 196 concerne le cas où les parties, ou en tout cas l'une d'entre elles, peuvent renoncer à la conciliation. Comme cela a déjà été indiqué, dans les litiges patrimoniaux d'une valeur litigieuse supérieure à 100 000 francs, les parties peuvent renoncer à la procédure de conciliation.

La minorité Thanei propose d'ajouter une contre-exception pour les litiges relatifs aux loyers et fermages, pour lesquels les parties ne pourraient jamais renoncer à la conciliation.

La majorité s'oppose à cet amendement, considérant qu'il n'est pas nécessaire de protéger davantage les parties, et donc davantage le locataire, puisque la renonciation à la conciliation implique forcément l'accord des deux parties. Or, l'une des deux parties est le locataire.

J'ajoute que, d'une manière générale, les locataires sont défendus par des avocats spécialisés dans le domaine des baux et loyers. Ils sont également défendus par des associations qui, elles aussi, sont rompues au droit du bail. Donc, il n'existe pratiquement aucun risque qu'un locataire doive renoncer à une conciliation contraint et forcé. En réalité, par cette proposition de minorité, Madame Thanei souhaiterait faire le bonheur du locataire contre sa volonté éclairée.

C'est la raison pour laquelle nous ne pouvons pas accepter cette solution, et la majorité de la commission vous demande de rejeter la proposition défendue par la minorité Thanei.

Abstimmung - Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/622)

Für den Antrag der Mehrheit ... 88 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

# Art. 197

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

... einer vorsitzenden Person sowie aus einer paritätischen Vertretung der Geschlechter. Die Kantone können zusätzliche Paritäten vorsehen.

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Daguet, Hubmann, Menétrey-Savary, Thanei, Vischer)

... Vertretung. Bei der Parität sind auch die verschiedenen Vermieterkategorien zu berücksichtigen.

Antrag Hurter Thomas

Abs. 2

... besteht die Schlichtungsbehörde aus einer Einzelperson oder aus einer vorsitzenden Person und einer paritätischen Vertretung der Geschlechter. Besteht sie aus einer Einzelperson, kann die betroffene Partei bei Diskriminierung durch sexuelle Belästigung die Durchführung des Schlichtungsverfahrens durch eine Person des gleichen Geschlechts verlan-

Schriftliche Begründung

Die Kantone waren bisher in der Organisation der Schlichtungsstellen in Gleichstellungssachen frei. Es besteht kein Grund, das zu ändern. Die Kantone sollen insbesondere auch weiterhin die Möglichkeit haben, die Schlichtungsstelle als «Einzelvermittlungsamt» zu organisieren. Ein solches ist flexibler als eine Kollegialbehörde und kann rascher handeln. Die Möglichkeit, eine Einzelperson als Schlichterin bzw. Schlichter einzusetzen, rechtfertigt sich jedenfalls in kleineren Kantonen auch deshalb, weil es nur wenig Gleichstellungsverfahren gibt. So ging beispielsweise im Kanton Schaffhausen bei der Schlichtungsstelle, die bei privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen obligatorisch anzurufen ist, in den Jahren 2003 bis 2006 kein einziger Fall ein; es blieb bei wenigen Beratungen. Eine Kollegialbehörde zu schaffen, die praktisch nichts zu tun hat, ist aber unzweckmässig.

Den speziellen Umständen bei Diskriminierung durch sexuelle Belästigung kann bei einem Einzelvermittlungsamt dadurch Rechnung getragen werden, dass in solchen Fällen die betroffene Partei die Durchführung des Schlichtungsverfahrens durch eine Person gleichen Geschlechts verlangen kann. Das kann beispielsweise dadurch gewährleistet werden, dass neben der ordentlichen Schlichterin bzw. dem ordentlichen Schlichter als Stellvertretung eine Person des anderen Geschlechts eingesetzt wird.

Art. 197

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

... d'une représentation paritaire d'hommes et de femmes. Les cantons peuvent prévoir d'autres parités.

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Daguet, Hubmann, Menétrey-Savary, Thanel, Vischer)

Al. 1

... paritairement. La représentation paritaire prend en compte les différentes catégories de bailleurs.

Proposition Hurter Thomas

Al. 2

... l'autorité de conciliation se compose d'une seule personne ou d'un président et d'une représentation paritaire d'hommes et de femmes. Si elle se compose d'une seule personne, la partie concernée peut, en cas de discrimination par harcèlement sexuel, demander que la procédure de conciliation soit menée par une personne du même sexe.

Sommaruga Carlo (S, GE): Je serai relativement bref. En matière de baux et loyers, les autorités de conciliation sont d'ores et déjà prévues dans le Code des obligations comme des autorités paritaires, à savoir qu'en plus du juge, s'il y en a un, il y a en tout cas deux juges assesseurs, l'un représentant les milieux des locataires et l'autre les milieux des bailleurs. Cela permet en fait d'amener plus facilement les parties à trouver un arrangement. La proposition de la minorité consiste simplement à indiquer que les assesseurs bailleurs soient représentatifs finalement de différents types de catégories.

Pourquoi est-ce important? Parce qu'il est par exemple indispensable que les coopératives soient représentées parmi les assesseurs locataires, que les propriétaires publics soient aussi représentés dès lors que le paysage des bailleurs est constitué de différents types de catégorie. Or ce n'est actuellement pas toujours le cas dans tous les cantons. Dès lors, je vous invite à soutenir la proposition de la minorité dont le texte est en fait le même que celui du projet initial du Conseil fédéral, c'est-à-dire qu'il demande d'assurer que la diversité soit représentée au sein des assesseurs bailleurs. Je vous prie donc de soutenir ma proposition de minorité.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, den Minderheitsantrag Sommaruga Carlo und auch den Einzelantrag Hurter Thomas abzulehnen.

Beim Minderheitsantrag Sommaruga Carlo ginge es darum, Vermieterkategorien zu berücksichtigen. Nun gibt es allerdings im geltenden Obligationenrecht keine Vermieterkategorien; es gibt einfach Mieter und Vermieter. Es wäre deshalb wohl kaum möglich oder mindestens sehr auslegungsbedürftig, in der Anwendung eines derartigen Gesetzesartikels die verschiedenen Kategorien zu schaffen. Man müsste irgendwelche qualitativen und quantitativen Kriterien finden.

Mit dem Antrag Hurter Thomas wird eine Rationalisierung des ganzen Verfahrens beabsichtigt. Sie sehen in der schriftlichen Begründung, dass er anführt, es gebe sehr wenig Fälle, weshalb sich die Bestellung eines paritätischen Gerichtes nicht rechtfertige. Nun ist es aber so, dass es darum geht – Rationalisierung in Ehren –, bei diesen Verfahren nach dem Gleichstellungsgesetz die Parität zu gewährleisten. Wenn Herr Hurter in der Begründung anführt, man könne ja eine Stellvertretung des jeweiligen Geschlechts bestellen, dann ist damit noch keine Parität gegeben. Mit anderen Worten: Aus dem Willen, eine paritätische Gruppierung zu schaffen, wird eine Einseitigkeit. Das können wir nicht unterstützen.

Deswegen bitten wir Sie, den Antrag Hurter Thomas zu Absatz 2 und ebenfalls den Antrag der Minderheit zu Absatz 1 abzulehnen.

Sommaruga Carlo (S, GE): Monsieur Fluri, j'ai entendu votre argumentation contre la proposition de la minorité. Je constate simplement que le texte de la proposition est le même que celui du projet initial du Conseil fédéral. Il me semble difficile d'imaginer que le Conseil fédéral ait présenté une disposition qui soit inapplicable. Votre argumentation tombe quelque peu à faux. Ce sont les travaux préparatoires avec les commissions d'experts qui ont incité le Conseil fédéral à présenter cette disposition. Ne devez-vous pas admettre que vous êtes dans l'erreur?

Fluri Kurt (RL, SO): Wir haben festgestellt, dass diese Frage im Ständerat diskutiert und dort abgelehnt worden ist. Wir halten natürlich grosse Stücke auf den Bundesrat, aber auch auf den Ständerat, und wir können jetzt in dieser Frage halt einfach der Argumentation des Ständerates folgen.

Aeschbacher Ruedi (CEg, ZH): Ich habe mich kurzfristig gemeldet; danke, Herr Präsident, dass ich ein paar Worte dazu sagen kann.

Der Entwurf des Bundesrates macht durchaus Sinn, und das nimmt die Minderheit auf. Es geht nämlich darum, dass die verschiedenen Aspekte in dieser paritätischen Schlichtungs-behörde wirklich vertreten sind. Zu diesen Aspekten gehört eben auch, dass die Vermieterschaft durchaus auch einmal eine Genossenschaft sein kann. Das genossenschaftliche Wohnen beinhaltet ja auch gewisse Unterschiede, gerade auch unter dem Aspekt, dass beim genossenschaftlichen Wohnen ja nicht irgendwo ein Gewinn erzielt werden soll, sondern dass man die reine Kostenmiete hat. Es gibt noch andere Probleme bzw. Aspekte zu diesem genossenschaftlichen Wohnen. Es wäre wirklich von Vorteil, wenn in diesen Schlichtungsbehörden auch diese fachliche Kompetenz vertreten wäre. Deshalb macht der Antrag der Minderheit Sommaruga Carlo durchaus Sinn. Es ist nicht eine zusätzliche Belastung, es geht nicht darum, irgendwelche Kategorien neu zu definieren. Es geht nur darum, mögliche professionelle Kenntnisse zusätzlich in diese Behörde einzubringen, die das Verfahren vereinfachen, weil dann in gewissen Fällen die entsprechende Kompetenz vorhanden ist.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Antrag der Minderheit Sommaruga Carlo verlangt, wieder zur Fassung des Bundesrates zurückzukehren. Dagegen habe ich natürlich nichts einzuwenden, obwohl zuzugeben ist, dass die Fassung des Ständerates konziser ist.

Zum Antrag Hurter Thomas: Ich bitte Sie, diesen abzuleh-Viele Kantone haben heute schon paritätische Schlichtungsbehörden, also Kollegialbehörden. Es trifft zu, dass andererseits in ein paar Kantonen Einzelpersonen als Schlichtungsbehörde amten. Das geltende Bundesrecht kennt diesbezüglich keine Vorgaben. Die ZPO verlangt neu Parität. Somit wäre eine Einzelbehörde nicht möglich; hier bestünde für die Kantone organisatorischer lungsbedarf. Es fragt sich, ob die ZPO Vorgaben für die Organisation machen soll; im Mietrecht besteht über das Paritätserfordernis Konsens. Mir scheint, auch im Gleichstellungsrecht müsse Parität gewährleistet sein, denn dieses Gebiet ist rechtspolitisch auch sensibel. Der Ausweg, den der Antrag Hurter Thomas anbietet, löst das Problem eigentlich nicht, denn wenn eine Klägerin verlangen kann, dass ihr Fall ausschliesslich von einer Frau beurteilt wird, dann diskriminiert das - zumindest formal - automatisch den beklagten Mann; umgekehrt gilt das natürlich auch. Zu berücksichtigen ist, dass es hier ja nicht um Leibesvisitationen geht, wo der oder die Betroffene Anrecht auf Durchführung durch einen Polizisten des gleichen Geschlechts haben

Man muss schon sehen: Die Kantone sind nicht gezwungen, die Schlichtungsstellen als Vollamt auszugestalten. Es gibt sehr viele verschiedene Organisationsformen, um den unterschiedlichen Verhältnissen in den Kantonen Rechnung zu tragen.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Die Mehrheit der Kommission hat der Fassung des Ständerates zugestimmt. Ich ersuche Sie, dies auch zu tun. Herr Sommaruga will einen Zusatz gemäss Entwurf des Bundesrates, wonach bei der Parität verschiedene Vermieterkategorien zu berücksichtigen sind. Damit führt er eine Neuheit gegenüber dem OR ein. Der Ständerat hat sich jedoch am Obligationenrecht orientiert, das grundsätzlich die Hauptkategorien des Mietrechtes geregelt hat. Insofern ist es sinnvoll, der Fassung des Ständerates zuzustimmen.

Der Einzelantrag Hurter Thomas lag der Kommission nicht vor. Ich glaube aber, aus der Fassung der Kommission, wie sie nun vorliegt, kann man e contrario folgern, dass sie ihn, hätte er ihr vorgelegen, abgelehnt hätte. Ich kann mich den treffenden Ausführungen der Frau Bundesrätin anschliessen: Die Kommission wollte eben auch im Bereich des Gleichstellungsgesetzes eine paritätische Vertretung, sie wollte nicht die einzelrichterliche Vertretung, ob jetzt Frau oder Mann, und hat an dieser Parität festgehalten. Herr Hurter will aus nicht ganz erfindlichen Gründen nun davon absehen. Dies scheint mir nicht zulässig zu sein. Es macht auch keinen Sinn, hier den Kantonen irgendwelche Freiräume zu öffnen. Ich ersuche Sie, bei der Fassung der Kommission zu bleiben. Sie entspricht dem Grund und Geist des Gleichstellungsgesetzes, welches ein adaquates Verfahren braucht und welches der Einzelantrag Hurter Thomas eigentlich auszuhebeln versucht.

Ich bitte Sie also, in beiden Fällen der Mehrheit zu folgen.

Erste Abstimmung – Premier vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 06.062/623) Für den Antrag der Mehrheit ... 92 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 06.062/624) Für den Antrag der Mehrheit ... 103 Stimmen Für den Antrag Hurter Thomas ... 40 Stimmen

# Art. 198

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

#### Art. 199

Antrag der Mehrheit

Ahs 1-3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

In den Angelegenheiten nach Artikel 197 kann sie, soweit ein Urteilsvorschlag oder ein Entscheid infrage kommt, ausnahmsweise einen Schriftenwechsel durchführen.

Antrag der Minderheit I

(Thanei, Daguet, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 4 Streichen

Antrag der Minderheit II

(Stamm, Burkhalter, Huber, Joder, Markwalder Bär, Miesch, Müller Thomas, Pagan)

Abs. 4

... infrage kommt, einen Schriftenwechsel durchführen.

#### Art. 199

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Elle peut ordonner à titre exceptionnel un échange d'écritures préalable, si une proposition de jugement ou une décision est envisagée ...

Proposition de la minorité l

(Thanei, Daguet, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Vischer)

Biffer

Proposition de la minorité II

(Stamm, Burkhalter, Huber, Joder, Markwalder Bär, Miesch, Müller Thomas, Pagan)

Elle peut ordonner un échange d'écritures préalable, si une proposition de jugement ou une décision est envisagée ...

Thanel Anita (S, ZH): Ich beantrage Ihnen, Absatz 4 zu streichen. Nach diesem Absatz 4 kann die Schlichtungsbehörde in den Angelegenheiten nach Artikel 197, soweit ein Urteilsvorschlag oder ein Entscheid infrage kommt, einen Schriftenwechsel durchführen. Angelegenheiten nach Artikel 197 sind miet- und pachtrechtliche Verfahren sowie Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz. Es sind diese Angelegenheiten, für die zwingend eine paritätische Schlichtungsbehörde vorgesehen ist. Es handelt sich dabei um Sozialschutzverfahren, bei denen sich im Allgemeinen eine stärkere und eine schwächere Partei gegenüberstehen. Nun zeigt es sich immer wieder, dass die schwächere Partei,

in diesem Falle die Mietenden und die Arbeitnehmenden bzw. bei Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz die Frauen – in den meisten Fällen handelt es sich um Frauen -. Mühe haben, eine solche Rechtsschrift zu verfassen, weil sie nicht so rechtskundig sind und im Allgemeinen auch nicht über das Geld für einen Anwalt oder eine Anwältin verfügen. Ein Schriftenwechsel führt jedoch bereits im Schlichtungsverfahren zu einem Anwaltszwang. Das ist jedoch das, was man nicht will. Insbesondere bei Verfahren, bei denen die Schlichtungsbehörden paritätisch zusammengesetzt sind, sollte es möglich sein, dass die Parteien während der Verhandlung den Sachverhalt vorlegen und, auch mit Unterstützung der Schlichtungsbehörde, durch Stellen von Fragen allenfalls ergänzen können. Wir haben diverse Male darauf hingewiesen, dass das Schlichtungsverfahren möglichst formlos, einfach und rasch sein soll. Sieht man jedoch einen Schriftenwechsel vor, wird das Ganze zeitlich verzögert und verkompliziert.

Ich bitte Sie deshalb, Absatz 4 zu streichen und den Antrag

der Minderheit II (Stamm) abzulehnen.

Nationalrat

Stamm Luzi (V, AG): Ich kann es hier extrem kurz machen. Die Minderheit II geht eigentlich in die andere Richtung. Sie sagt, es komme infrage, einen Schriftenwechsel durchzuführen. Das Einzige, was fehlt, ist das Wort «ausnahmsweise». Im Gegensatz zur Mehrheit ist die Minderheit II der Meinung, es komme ein Schriftenwechsel nicht nur ausnahmsweise infrage. Der Grundgedanke dahinter ist einfach: Es geht wieder um eine Stärkung der Schlichtungsbehörde. Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit II zuzustimmen.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, beide Minderheitsanträge abzulehnen. Die Mehrheitsfassung wurde in der Kommission in dem Sinne präzisiert, dass der Schriftenwechsel eben eine Ausnahme bilden soll. Nun verlangt der Minderheitsantrag I (Thanei), dass man keinen Schriftenwechsel durchführen können soll. Wir halten allerdings einen Schriftenwechsel, der wie gesagt auch weiterhin die Ausnahme bleiben wird, für eine nützliche Hilfe für die Entscheid- oder Vorschlagsinstanz - nach der Mehrheitsfassung ist ja beides möglich -, und zwar in dem Sinne, dass die Gedanken oder die Begründung schriftlich niedergelegt werden. So ist es der Behörde eher möglich, sich über die Frage ein Bild zu machen. Mit anderen Worten: Wir halten die Möglichkeit eines Schriftenwechsels für sinnvoll, halten aber die generelle Durchführung eines Schriftenwechsels ebenfalls für nicht sinnvoll und lehnen deshalb auch den Antrag der Minderheit II (Stamm) ab. Wir erachten es als sinnvoll, dass man einen Schriftenwechsel durchführen kann, aber nur ausnahmsweise.

Wir bitten Sie also, die Mehrheit zu unterstützen.

von Graffenried Alec (G, BE): Im Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie, der Minderheit I zu folgen und einen Schriftenwechsel in diesem Stadium des Verfahrens abzulehnen. Wir sind hier immer noch im Schlichtungsverfahren, das heisst, wir sind im allerersten Verfahrensstädium. Wir wollen hier möglichst einfach bleiben, wir wollen möglichst bürgernah bleiben. Der Zugang zur Justiz soll hier möglichst niederschwellig sein. Es ist schon richtig: Ein Schriftenwechsel bringt differenzierte Argumente, bringt grundsätzlich mehr Qualität hinein. Aber wir wollen hier unmittelbar bleiben, wir wollen nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern bleiben. Wir wollen erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Stadium einen Prozess nach Möglichkeit noch selber bestreiten können. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier auf einen Schriftenwechsel verzichten. Bei einem Schriftenwechsel ist der Private, der sich nicht anwaltschaftlich vertreten lässt, immer im Nachteil gegenüber der Partei, die sich anwaltschaftlich vertreten lässt.

Ich habe nichts gegen Anwälte, ich bin selber einer. Es ist wichtig, dass man sich im richtigen Zeitpunkt anwaltschaftlich vertreten lässt, aber hier sind wir in einem Verfahrensstadium, in dem das Risiko noch gering ist; es ist besser, wenn in diesem Stadium das Verfahren unmittelbar geführt wird und auf einen Schriftenwechsel noch generell verzichtet wird. Ein Nachteil droht nicht, weil ein Schriftenwechsel immer noch in einem ordentlichen Verfahren nachgeholt wer-

den kann.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen und den Antrag der Minderheit II abzulehnen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, entweder die Mehrheit oder die Minderheit II (Stamm) zu unterstützen.

Der Antrag der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen behebt ein Versehen. Ein Schriftenwechsel soll natürlich nicht nur im Fall eines Urteilsvorschlags möglich sein, sondern auch bei einem Entscheid der Schlichtungsbehörde. Der Bundesrat ist mit dieser Änderung einverstanden. Ein Schriftenwechsel wird die Ausnahme bleiben, denn er verlangsamt das Schlichtungsverfahren in der Tat. Ob Sie dies nun aber ausdrücklich ins Gesetz schreiben wollen oder nicht, überlasse ich Ihnen.

Ich bitte Sie aber, Artikel 199 Absatz 4 nicht zu streichen, wie dies der Minderheitsantrag I (Thanei) will. Warum? Er-

stens richtet sich die Bestimmung nur an die Schlichtungsbehörden im Miet-, Pacht- und Gleichstellungsrecht. Dort hat die Schlichtungsbehörde die Qualität eines Fachgerichtes. Sie ist mit Spezialisten paritätisch besetzt. Diese sollen die Möglichkeit haben, einen Schriftenwechsel durchzuführen, bevor sie einen Urteilsvorschlag oder einen Entscheid fällen. Zweitens ist die Durchführung eines Schriftenwechsels nur eine Möglichkeit und kein Muss. Gerade in Gleichstellungssachen kann er aber ein nützliches Werkzeug sein.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: L'article 199 qui nous est soumis explique de quelle manière l'autorité de conciliation doit être saisie et quelles sont les exigences minimales. Ces dernières sont bien moindres que celles qui seront exigées ultérieurement pour la demande au fond. L'article 218 est en effet beaucoup plus détaillé que l'article 199. En conciliation, il sera même possible à une partie de

dicter ses prétentions à l'autorité.

L'alinéa 4, qui se rapporte exclusivement aux litiges en droit du bail, est fondé sur la loi sur l'égalité. Il a fait l'objet d'un débat suite à une nouvelle proposition de la majorité de la Commission des affaires juridiques et à deux propositions de minorité. La majorité de la commission souhaite compléter le projet du Conseil fédéral en permettant, à titre exceptionnel, à l'autorité de conciliation de procéder à un échange d'écritures préalable lorsqu'elle envisage une proposition de jugement au sens de l'article 207 ou une décision au sens de l'article 209. Elle insiste sur le fait, et c'est pour cela que les mots «à titre exceptionnel» ont été introduits, qu'il s'agit d'une simple possibilité qui ne doit nullement devenir la règle, d'autant plus que cela a pour effet de ralentir la procédure.

La minorité I (Thanei) propose de biffer cet article dans le but de protéger la partie faible. Le propos est paradoxal; en effet, la partie faible, souvent représentée par un mandataire professionnellement qualifié, se trouve en meilleure position si elle peut déposer des explications écrites. Madame Thanei nous a dit qu'à ce stade de la procédure, la partie faible, et souvent - a-t-elle expliqué - les femmes qui saisissent l'autorité de conciliation, n'ont pas encore eu recours à un avocat et n'ont donc pas les moyens techniques ou scientifiques de déposer une écriture.

Je crois néanmoins qu'il faut nuancer le terme «écriture» puisque, précisément, on se trouve au stade de la conciliation. Il n'y a pas encore toutes les exigences de forme d'une demande en justice introduite après une conciliation. Les explications écrites pourront donc même être rédigées à la main, en conciliation, par la partie qui en ressentirait le besoin. Les conditions de forme sont donc beaucoup moins strictes à ce stade. Et même si une partie n'est pas défendue par un avocat, sa situation et sa protection seront améliorées si elle peut déposer des explications écrites.

La majorité de la commission vous invite donc à rejeter la

proposition défendue par la minorité l.

La proposition de la minorité II (Stamm) correspond à celle de la majorité, à la seule différence que les termes «à titre exceptionnel» n'y figurent pas. Ceci a pour conséquence que l'échange d'écritures risque de devenir la règle. Ceci ne correspond pas à l'esprit du projet puisque à ce stade on veut précisément aller relativement vite.

Donc, nous vous invitons également à rejeter la proposition de la minorité II, dans la mesure où les termes «à titre exceptionnel» sont biffés, ce que la majorité de la commission

ne souhaite pas.

Erste Abstimmung – Premier vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/625) Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II ... 38 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/626) Für den Antrag der Mehrheit ... 93 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I ... 51 Stimmen

#### Art. 200-205

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 206

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Nach Eröffnung berechtigt die Klagebewilligung während dreier Monate zur Einreichung der Klage beim Gericht.

Abs. 4

In Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen sowie aus landwirtschaftlicher Pacht beträgt die Klagefrist 30 Tage. Vorbehalten bleiben weitere besondere gesetzliche und gerichtliche Klagefristen.

Antrag Thanei

(ersetzt Antrag der Minderheit Thanei zu Art. 207 Abs. 1)
Abs. 1

... und erteilt die Klagebewilligung:

a. bei der Anfechtung von Miet- und Pachtzinserhöhungen dem Vermieter oder Verpächter;

b. der klagenden Partei in den übrigen Fällen.

Schriftliche Begründung

Entspricht dem geltenden Recht

#### Art. 206

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AI. 3

Le demandeur est en droit de porter l'action devant le tribunal dans un délai de trois mois à compter de la délivrance de l'autorisation de procéder.

Al. 4

Le délai est de 30 jours dans les litiges relatifs aux baux à loyer ou à ferme d'habitations ou des locaux commerciaux et aux baux à ferme agricoles. Les autres délais d'action légaux ou judiciaires prévus dans des dispositions spéciales sont réservés.

Proposition Thanei

(remplace la proposition de la minorité Thanei à l'art. 207 al. 1)

Al. 1

... et délivre l'autorisation de procéder:

 a. au bailleur en cas de contestation de l'augmentation du loyer ou du fermage;

b. au demandeur dans les autres cas.

# Art. 207

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

b. ... Pachtzinsen, der Schutz vor missbräuchlichen Mietund Pachtzinsen, der Kündigungsschutz oder die Erstreckung ...

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Hubmann)

Abs. 1

Die Schlichtungsbehörde unterbreitet den Parteien einen Urteilsvorschlag ...

Antrag der Minderheit

(Thanei, Daguet, Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Abs. 2

Der Urteilsvorschlag muss eine kurze Begründung enthalten

Art. 207

Proposition de la majorité

Al. 1

 b. ... agricoles en ce qui concerne la consignation du loyer ou du fermage, la protection contre les loyers abusifs, la protection contre les congés ou la prolongation du bail à loyer ou à ferme;

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Hubmann)

Al. 1

L'autorité de conciliation soumet aux parties ...

Proposition de la minorité

(Thanei, Daguet, Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga (Carlo)

Al. 2

La proposition de jugement contient une brève motivation ...

#### Art. 208

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

... innert 20 Tagen seit der schriftlichen Eröffnung ablehnt. Die Ablehnung bedarf keiner Begründung.

Abs. 2

Nach Eingang der Ablehnung stellt die Schlichtungsbehörde die Klagebewilligung zu:

 a. der ablehnenden Partei in den Angelegenheiten nach Artikel 207 Absatz 1 Buchstabe b;

b. der klagenden Partei in den übrigen Fällen.

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(von Graffenried, Aeschbacher, Amherd, Hüber, Jositsch, Kiener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Schmid-Federer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer, Wyss Brigit)

Abs. 4

Wird die Klage nicht rechtzeitig eingereicht, gilt der Urteilsvorschlag als angenommen und hat die Wirkung eines rechtskräftigen Entscheides.

Antrag Thanei

Abs. Žbis

Wird die Klage in den Angelegenheiten nach Artikel 207 Absatz 1 Buchstabe b nicht rechtzeitig eingereicht, so gilt der Urteilsvorschlag als anerkannt und hat die Wirkungen eines rechtskräftigen Entscheides.

Schriftliche Begründung

Vgl. Begründung der Minderheitsanträge zu Art. 259i, 273 und 274–274g OR

# Art. 208

Proposition de la majorité

Al. 1

.... parties. L'opposition ne doit pas être motivée.

Al. 2

Après la réception de l'opposition, l'autorité de conciliation délivre l'autorisation de procéder:

 a. à la partie qui s'oppose à la proposition dans les litiges visés à l'article 207 alinéa 1 lettre b;

b. au demandeur dans les autres cas.

# Al. 3 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(von Graffenried, Aeschbacher, Amherd, Huber, Jositsch, Kiener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Schmid-Federer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer, Wyss Brigit)

4*l. 4* Si l'action n'act na

Si l'action n'est pas intentée dans les délais, la proposition de jugement est considérée comme acceptée et déploie les effets d'une décision entrée en force.

# Proposition Thanei

Al. 2bis

Si, pour les cas prévus à l'article 207 alinéa 1 lettre b, l'action n'est pas intentée dans les délais, la proposition de jugement est considérée comme reconnue et déploie les effets d'une décision entrée en force.

Le président (Bugnon André, président): La proposition Thanei à l'article 206, les deux propositions de la minorité Thanei à l'article 207 ainsi que la proposition Thanei à l'article 208 sont traitées ensemble parce qu'elles forment un concept. Le débat vaut également pour les propositions de la minorité Thanei au chiffre 5 de l'annexe (Code des obligations).

Thanei Anita (S, ZH): Bei den Artikeln 206ff. geht es für die Mietenden um die Wurst. Ich habe bereits in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen, dass die Vorlage in Bezug auf das mietrechtliche Verfahren eine wesentliche Verschlechterung darstellt und wir deshalb die Beibehaltung der bisherigen Regelung oder zumindest eine äquivalente fordern. Es gibt keinen Grund, das seit 1990 geltende und bewährte Verfahren im Mietrecht zu ändern. Worum geht es?

Mit der letzten Mietrechtsrevision wurde der Schutz der Mietenden vor allem im Bereich Kündigung und Mängelrechte verbessert. Damit diese Rechte in der ganzen Schweiz einheitlich durchgesetzt werden können, enthält das geltende Mietrecht, das seit dem 1. Juli 1990 in Kraft ist, auch Prozessvorschriften. Bundesrat und Parlament gingen damals nämlich zu Recht davon aus, dass ein richtig verstandener Mieterschutz auch ein spezielles Verfahren benötigt. Was nützen die besten Gesetzesbestimmungen, wenn sie nicht einfach und ohne grosses Kostenrisiko durchgesetzt werden können? Im Obligationenrecht sind deshalb zwingend paritätisch zusammengesetzte Schlichtungsbehörden als Fachgremien vorgeschrieben; das haben wir in Artikel 197 ZPO aufgenommen. Diese Fachgremien sind im Kündigungsschutz- und Mietzinshinterlegungsverfahren wegen Mängeln heute entscheidungsbefugt. Wer den Entscheid nicht akzeptiert, muss an die je nach Kanton unterschiedliche richterli-che Behörde gelangen. Bei Mietzinserhöhungen hat die Schlichtungsbehörde zwar keine Entscheidungskompetenz, es ist heute jedoch gesetzlich vorgesehen, dass die Vermieterschaft sich im Falle der Nichteinigung nach einer Schlichtungsverhandlung an das zuständige Gericht wenden muss. Ich habe bereits einige Male gesagt - und ich werde nicht müde, es zu repetieren -, dass sich diese Regelung in der Praxis bewährt hat; insbesondere hat die Mieterseite mit der Entscheidungskompetenz der Schlichtungsbehörde gute Erfahrungen gemacht. Ohne Not soll nun einiges zulasten der Mietenden geändert werden. Der ursprüngliche Entwurf - er ist bereits ein bisschen verbessert worden - sah einen Kahlschlag vor. Die Schlichtungsbehörden werden zum Nachteil der Mietenden geschwächt; das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Wir haben bereits in der Kommission längere Diskussionen über diese Besonderheiten geführt und eine leichte Verbesserung erreicht; sie ist jedoch noch unvollständig und genügt nicht.

Eine Minderheit beantragt Ihnen deshalb die Beibehaltung der heutigen obligationenrechtlichen Regelung, d. h. der Regelung in den Artikeln 259i, 273 sowie 274 bis 274g OR. Eventualiter beantragt Ihnen in etwa dieselbe Minderheit, gewisse Änderungen an den Artikeln 207 bis 208 anzubringen. Diese Minderheiten und ich sind nun bereit, sämtliche Anträge zur Beibehaltung der obligationenrechtlichen Vorschriften sowie sämtliche Minderheitsanträge zu den Artikeln 207 und 208 zurückzuziehen, wenn meine beiden Einzelanträge zu den Artikeln 206 und 208 von Ihnen angenommen werden.

Weshalb? Weil wir mit der Annahme dieser beiden Einzelanträge - es handelt sich um eine Kompromisslösung - in etwa eine äquivalente Regelung zum geltenden Recht haben. Sie gewährleistet erstens, dass die Partei, die einen Urteilsvorschlag ablehnt, klagen muss. Sie gewährleistet zweitens, dass der Urteilsvorschlag rechtskräftig wird, wenn nicht geklagt wird. Da besteht im jetzigen Vorschlag eine Lücke. Es ist nicht geregelt, was passiert, wenn eine Partei den Urteilsvorschlag nicht annimmt und nicht klagt. Das heisst, mein Einzelantrag zu Artikel 208 ist eine Vervollständigung der Regelung der Mehrheit. Drittens nimmt mein Minderheitsantrag zu Artikel 206 die heutige Regelung auf, wonach bei Mietzinserhöhungen und Pachtzinserhöhungen die Vermieterseite im Falle einer Nichteinigung oder einer Ablehnung des Urteilsvorschlages klagen muss. Das ist das heutice Recht. Es entspricht auch der Logik. Es ist die Vermieterseite, die etwas will, die eine Forderung stellt, die eine Mietzinserhöhung durchsetzen will

lch bitte Sie also – der langen Rede kurzer Sinn –, die Einzelanträge zu den Artikeln 206 und 208 zu akzeptieren. Dann wäre diese ganze Sache relativ schnell bereinigt.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Wir haben es hier mit den besonderen Kompetenzen der Schlichtungsbehörde zu tun. In der Kommission für Rechtsfragen wurde darüber sehr ausführlich diskutiert; Sie ersehen das aus der Fahne. Kontrovers ist vor allem das Mietschlichtungsverfahren. Dort stellt sich die konzeptionelle Frage, ob wir die Mietschlichtung in der ZPO regeln wollen, also im Erlass, den wir heute behandeln, wie das Bundesrat, Ständerat und Mehrheit vorschlagen, oder ob wir sie im OR belassen wollen, wie das die Minderheit verlangt.

Frau Nationalrätin Thanei hat erklärt, dass sie bereit ist, diesen Minderheitsantrag betreffend OR zurückzuziehen, wenn ihre Anträge zu Artikel 206 Absatz 1 und zu Artikel 208 Absatz 2bis ZPO angenommen werden. Das würde der Bundesrat sehr unterstützen, und das würde dann auch die Diskussion wesentlich vereinfachen. Der Bundesrat stimmt in diesem Sinne den Anträgen Thanei zu Artikel 206 Absatz 1 und zu Artikel 208 Absatz 2bis ZPO zu.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Vous avez lu qu'une nouvelle proposition Thanei prévoit que soit maintenu dans le domaine du droit de bail le principe selon lequel, lorsqu'une hausse de loyer est contestée par le locataire et que la conciliation échoue, il appartient au bailleur de procéder devant le tribunal, quand bien même il n'est pas, du point de vue de la procédure, le demandeur puisque c'est le locataire qui a saisi l'autorité de conciliation. Cette proposition n'a pas été soumise à la commission et le maintien de la pratique actuelle semblait, en tout cas jusqu'à aujourd'hui, contraire à ce qui a été voulu par les auteurs du projet, le texte du Conseil fédéral prévoyant le contraire.

L'obligation faite au bailleur de procéder après l'échec de la conciliation a été évoquée en Commission des affaires juridiques le 3 avril 2008 en lien avec l'article 208. A l'époque, elle n'a toutefois pas fait l'objet d'une proposition formelle de modification de l'article 206 devant la réticence d'un certain nombre de membres de la commission. Aujourd'hui, nous entendons le Conseil fédéral donner son accord à cette proposition. Nous en prenons acte. Il faut aussi bien constater que les parties aux procès en matière de baux et loyers ont pu s'accommoder de ce renversement du devoir d'agir depuis 18 ans, si je ne m'abuse. Il s'agirait tout simplement de maintenir une pratique, même si, il faut bien l'avouer, la solution que nous adopterions aujourd'hui est moins favorable aux bailleurs que celle qui était prévue dans le projet initial. Cela étant, je constate aujourd'hui que le Conseil fédéral est

d'accord avec cette proposition et il faut donc en prendre acte.

Je relève toutefois que cette proposition ne peut être acceptée qu'à condition qu'il y ait un retrait des propositions de minorité à l'article 207 alinéa 1, ainsi qu'aux articles 273 et 274 du Code des obligations et de la proposition de la minorité von Graffenried à l'article 208 alinéa 4. Ce n'est qu'à ces conditions que l'on pourrait envisager d'accepter la proposition Thanei aux articles 206 et 208.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Wir haben, wie Sie jetzt gehört haben, zwei neue Einzelanträge Thanei zu Artikel 206 Absatz 1 bzw. zu Artikel 208 Absatz 2bis. Frau Thanei hat signalisiert, dass gleichzeitig die Anträge ihrer Minderheit zu Artikel 207 wie auch die Minderheitsanträge zur Beibehaltung der bisherigen mietrechtlichen Bestimmungen im Obligationenrecht zurückgezogen würden. Die Kommission hat über die neuen Anträge nicht befunden, es sind ja Einzelanträge. Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat heute gesagt, sie sei mit den Einzelanträgen Thanei zu den Artikeln 206 und 208 einverstanden.

Manchmal passiert es eben, dass auch nach der Gesamtabstimmung in einer Kommission noch eine sinnvolle Einigungssuche passiert. Ich glaube, das ist jetzt passiert. Frau Thanei und andere Beteiligte verschiedener Couleur haben versucht, eine optimale Lösung bezüglich dieser wichtigen mietrechtlichen Bestimmungen zu den Schlichtungsbehörden im Verfahrensrecht zu finden. Wenn wir dem zustimmten, würden wir uns gewissermassen wieder dem Obligationenrecht annähern und gleichzeitig das Verfahren vereinfachen

In diesem Sinne kann ich Ihnen keine offizielle Empfehlung der Kommission geben, aber ich kann Ihnen – wie soll ich sagen? – im Sinne meines Vorredners eine Einschätzung geben: Wenn Sie diesem Paket, nämlich den beiden Einzelanträgen Thanei, so zustimmen, im Wissen darum, dass dann die besagten Minderheitsanträge – auch der Antrag der Minderheit von Graffenried zu Artikel 208 – zurückgezogen werden, dann haben wir eine einigermassen abgerundete Lösung. Ich glaube, dass wir dann auch einen gewissen Burgfrieden zwischen der Mieterseite, den Mieterverbänden mit ihren Einwänden, und der anderen Seite hergestellt haben. Die ganze ZPO hat dadurch eine grössere Tragfähigkeit gewonnen.

Wie ich dem Schweigen der Kommissionsmitglieder entnehme, hat sich dieser Konsens ausgebreitet, sodass ich Ihnen empfehle, den Einzelanträgen Thanei und deren Implikationen im Sinne der gemachten Ausführungen zuzustimmen.

von Graffenried Alec (G, BE): Ich habe den Antrag der Minderheit zu Artikel 208 Absatz 4 noch nicht begründen können, aber er ist bereits mehrfach erwähnt worden. Ich kann ehrlicherweise sagen, dass der Antrag ursprünglich nicht von mir stammt, sondern von der Verwaltung eingebracht worden ist. Wir werden jetzt über das Konzept Thanei abstimmen. Wenn Sie diesem Konzept zustimmen, kann ich den Antrag der von mir vertretenen Minderheit zurückziehen.

Art. 206, 208

Le président (Bugnon André, président): Il n'y a qu'un seul vote sur les deux propositions Thanei faites respectivement aux articles 206 et 208.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/627) Für die Anträge Thanei ... 107 Stimmen Dagegen ... 30 Stimmen

Le président (Bugnon André, président): La proposition de la minorité von Graffenried à l'article 208 est retirée.

Übrige Bestimmungen angenommen Les autres dispositions sont adoptées Art. 207

Le président (Bugnon André, président): Les deux propositions de la minorité Thanei à l'article 207 sont retirées.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr La séance est levée à 12 h 55 Donnerstag, 12. Juni 2008 Jeudi, 12 juin 2008

15.00 h

06.062

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221) Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung - Suite)

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Art. 209

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Stamm, Freysinger, Geissbühler, Heer, Kaufmann, Nidegger, Reimann Lukas, Schwander)

Abs. 1

In vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von 1000 Franken entscheidet die Schlichtungsbehörde abschliessend. Bei einem Streitwert zwischen 1000 und 5000 Franken kann die Schlichtungsbehörde entscheiden, sofern die klagende Partei ...

Art. 209

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Stamm, Freysinger, Geissbühler, Heer, Kaufmann, Nidegger, Reimann Lukas, Schwander) *Al. 1* 

Dans les litiges patrimoniaux dont la valeur litigieuse ne dépasse pas 1000 francs, l'autorité de conciliation statue au fond de manière définitive. Lorsque le montant de la valeur litigieuse est compris entre 1000 et 5000 francs, l'autorité de conciliation peut statuer au fond sur requête du demandeur.

Stamm Luzi (V, AG): Auch hier kann ich es kurz machen. Es geht immer noch um die Schlichtungsverfahren. Es geht immer noch um die Friedensrichter. Der Antrag meiner Minderheit bedeutet wiederum, dass man die Stellung der Friedensrichter stärken möchte. Sie sehen in der linken Spalte auf Ihrer Fahne, dass folgendes System vorgesehen ist: In vermögensrechtlichen Streitigkeiten – das heisst bei normalen Forderungen; das ist eigentlich das normale tägliche Brot der Friedensrichter – sind die Friedensrichter für den Entscheid bis und mit 2000 Franken zuständig, wenn der Kläger das will. Der Kläger kann also kommen und sagen: «Ich möchte den Streit kleinhalten. Ich möchte ihn nicht vor

Gericht ziehen. Ich möchte ihn nicht mit Anwälten relativ teuer führen, sondern ich stelle den Antrag» – Voraussetzung ist, dass die klagende Partei den entsprechenden Antrag stellt –, «dass der Friedensrichter bis 2000 Franken entscheidet.»

959

Mit unserem Minderheitsantrag möchten wir nun die Stellung der Friedensrichter in zweifacher Hinsicht stärken: Erstens heisst es, bis 1000 Franken sei der Friedensrichter ohnehin zuständig. Es gibt Kantone, in denen das schon so funktioniert. Ich habe als Beispiel einen Fall vor Augen, in dem eine Person einer anderen im Schwimmbad auf die Brille trat. Der Schaden betrug, glaube ich, 765 Franken. Dieses Verfahren kam vor Gericht. Es wurden Rechtsanwälte eingeschaltet. Die Meinung der Minderheit ist, dass man bei so kleinen Streitwerten gar nie bis vors Gericht kommt, sondern dass der Friedensrichter bei Bagatellfällen unterhalb von 1000 Franken abschliessend zuständig ist.

Zweitens beantragen wir, dass der Kläger nicht nur bis zur Limite von 2000 Franken sagen kann, er wolle, dass der Friedensrichter zuständig sei, sondern bis zur Limite von 5000 Franken.

Beides, sowohl die abschliessende Zuständigkeit bis 1000 Franken für den Friedensrichter als auch die Zuständigkeit bis 5000 Franken, wenn der Kläger das will, führt zu einer Stärkung des Friedensrichters in dem Sinne, dass man ihm mehr Vertrauen entgegenbringt. Man sagt, dass relativ kleine Streitigkeiten möglichst beim Friedensrichter bleiben und durch diesen definitiv erledigt werden sollen. In solchen Fällen soll man nicht – oder nicht mehr – ans Gericht gehen.

Deshalb bitte ich Sie, zusammengefasst, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, den Minderheitsantrag Stamm abzulehnen.

Zuerst zur abschliessenden, endgültigen Spruchkompetenz der Schlichtungsbehörde: Hier stellen sich verfassungsrechtliche Bedenken. Artikel 191 Absatz 2 der Bundesverfassung besägt, dass Entscheide, ungeachtet des Streitwertes, ans Bundesgericht weiterziehbar sein müssen, wenn sie grundsätzliche oder verfassungsrechtliche Fragen aufwerfen. Wir müssten daher in der ZPO eine besondere Verfassungsbeschwerde bzw. ein Rechtsmittel für grundsätzliche Fälle konstruieren, damit man überhaupt an eine Vorinstanz des Bundesgerichtes gelangen kann. Das aber wäre nun doch viel zu kompliziert, und der erwünschte Effekt – weniger Beschwerden – wäre keineswegs gesichert. Denn beschränkte Beschwerdegründe bedeuten noch lange nicht, dass die Leute wirklich weniger Beschwerde führen. Denken Sie nur an die alte Praxis unter der staatsrechtlichen Beschwerde.

Dann verlangt die Minderheit, die Spruchkompetenz der Schlichtungsbehörde auf 5000 Franken zu erhöhen. Auch das ist unseres Erachtens abzulehnen.

- 1. Die 2000 Franken, die Bundesrat, Ständerat und die Mehrheit der Kommission vorschlagen, sind im Vergleich zum geltenden Prozessrecht eine ganz massive Erhöhung. Heute haben die Friedensrichter meist nur eine Spruchkompetenz von wenigen hundert Franken, in der Regel sind es zweihundert bis fünfhundert Franken.
- 2. Das Laienelement der Friedensrichter und Schlichtungsstellen würde so langsam etwas infrage gestellt. Man muss sich dann schon fragen, ob Laien eine solch hohe Spruchkompetenz haben dürfen. Für die meisten Leute sind 5000 Franken keine Bagatelle mehr.
- 3. Das Verfahren nach Artikel 209 soll ein möglichst unformeller, rein mündlicher Prozess sein; kleine Fälle sollen ohne viel Aufhebens erledigt werden. Je höher nun der Streitwert ist, desto mehr müsste dieses sogenannte Abspruchverfahren natürlich den formalen Anforderungen eines wirklichen Prozesses genügen. Es würde entsprechend aufwendiger, und es wäre auch mit mehr Beschwerden zu rechnen.



Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Ich ersuche Sie namens der Mehrheit der Kommission, den Antrag der Minderheit Stamm abzulehnen.

Wie richtig ausgeführt wurde, stehen hier zwei Grundproble-

matiken im Vordergrund:

Zum Ersten will Herr Stamm, dass der Friedensrichter bis zu einem Streitwert von 1000 Franken obligatorisch und endgültig entscheiden kann und muss. Gemäss der Konzeption der Mehrheit soll die Spruchkompetenz nur dann dem Friedensrichter oder der Friedensrichterin übertragen werden, wenn die klagenden Parteien einen entsprechenden Antrag stellen. Herr Stamm will das bis zu einem Streitwert von 1000 Franken obligatorisch erklären. Das ist nicht sinnvoll, denn es ist eine falsche Meinung, jeder Prozess, der bis zu einem Betrag von 1000 Franken gehe, sei a priori ein einfacher Prozess. Manchmal stellen sich auch bei kleinen Streitwerten diffizile Rechtsfragen. Manchmal haben Sie einen Prozess über - was weiss ich - eine Million Franken, der völlig klar sein kann, weil irgendwo ein Dokument vorhanden ist, das zeigt: Der Schuldner muss bezahlen. Es kann aber sein, dass Sie bei einem Abrechnungsprozess, z. B. bei einem Auftragsverhältnis mit einem Handwerker, diffizilste Rechtsfragen zu beantworten haben. Es geht dabei vielleicht um 995 Franken. Für die Partei, die klagt, kann das entscheidend sein. Deshalb ist es nicht sinnvoll, diese Kompetenz allein dem Friedensrichter oder der Friedensrichterin zu überträgen, die ja in der Regel juristische Laien sind.

Zum Zweiten ist der Antrag der Minderheit Stamm, wie Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf zu Recht ausgeführt hat, verfassungswidrig. Die Verfassung sieht die Möglichkeit des Weiterzugs an das Bundesgericht zwingend vor, die Sie hier ausschalten. Herr Kollege Stamm, ich glaube, wir sind uns einig: Es wäre schlecht, wenn wir jetzt eine neue Zivilprozessordung erliessen und dabei gleichzeitig feststellen müssten, dass wir in dieser Zivilprozessordnung eine Bestimmung hätten, die wir als nicht verfassungskonform einstufen müssten.

Der zweite Teil des Antrages will die fakultative Möglichkeit der friedensrichterlichen Kompetenz bis zu einem Streitwert von 5000 Franken ausweiten. Das schien der Mehrheit der Kommission, auch im Sinne der Ausführungen von Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf, zu weit zu gehen. Vergessen wir nicht: Friedensrichter sind in erster Linie dazu da, Vergleiche zu schliessen. Vergleiche können Sie immer schliessen, unabhängig vom Betrag. Aber ihnen eine Spruchkompetenz bis 5000 Franken zu übertragen, wäre in den Augen der Kommission eine zu weitgehende Kompetenz.

Aufgrund dieser Erwägungen ersuche ich Sie im Namen der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen, den Antrag der Minderheit Stamm abzulehnen.

Le président (Bugnon André, président): Le groupe radicallibéral et le groupe PDC/PEV/PVL soutiennent la proposition de la majorité.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/631) Für den Antrag der Mehrheit ... 84 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 27 Stimmen

Art. 210

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I (Stamm, Joder, Mathys, Miesch, Pagan) Abs. 1

... der Parteien tritt in familienrechtlichen Verfahren eine Mediation ...

Antrag der Minderheit II (Miesch, Joder, Mathys, Stamm) Streichen

# Art. 210

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I (Stamm, Joder, Mathys, Miesch, Pagan) Al. 1

Dans les procédures du droit de la famille, si les parties ...

Proposition de la minorité II (Miesch, Joder, Mathys, Stamm) Riffer

Le président (Bugnon André, président): Les propositions de la minorité Miesch aux articles 210 à 215 forment un concept.

Stamm Luzi (V, AG): Wir wechseln das Thema: Wir sind nicht mehr beim Schlichtungsverfahren, wir sind nicht mehr bei den Friedensrichtern, sondern jetzt sind wir bei der Mediation.

Ich vertrete die Minderheit I, die Ihnen beliebt machen will, dass wir die Mediation nur in familienrechtlichen Verfahren ermöglichen. Kollege Miesch wird nachher die andere Position vertreten, wonach überhaupt kein Mediationsverfahren möglich sein soll, sondern dass es, mit anderen Worten, so funktionieren soll, wie es heute in den meisten Kantonen funktioniert:

Mediation bedeutet ja, dass man in irgendeiner Phase des Verfahrens, zum Beispiel schon, wenn es eingeleitet wird, wenn der Friedensrichter angerufen wird, ein Vermittlungsverfahren dazwischenschaltet, bei dem ein neutraler Mediator versucht, den Streit zu schlichten.

Die Skepsis dem Mediationsverfahren gegenüber rührt von verschiedenen Punkten her. Sie kommt einmal daher, dass man sich fragt: Was passiert mit der Mediation, wenn sie plötzlich Teil des normalen Gerichtsverfahrens wird? Heisst das, dass in irgendeinem Stadium das Verfahren ausgegliedert wird und ins Mediationsverfahren übergeht? Eine Problematik liegt darin, dass dieses Verfahren zerflattern kann, wenn es irgendwie beim Mediator nicht vorwärtsgeht; es kann im Sand verlaufen. Die Parteien stehen dann vor der Situation, dass sie schon im vorprozessualen Verfahren versucht haben, eine Einigung zu finden, und dann dieselbe Problematik wieder beim Mediator haben. Das Verfahren verläuft im Sande, es verursacht Kosten und hilft nichts. Das sind die grundsätzlichen Bemerkungen.

Es stellen sich bei der Mediation auch Detailprobleme, wie zum Beispiel Fragen im Zusammenhang mit der Rechtshängigkeit. Wie funktioniert denn das, wann wird das Verfahren rechtshängig? Dann geht es in die Mediation, ist enorm lange rechtshängig – es ist eigenartig, diese Systematik einzuführen. Und es ist nicht zuletzt die Problematik drin, was denn mit der unentgeltlichen Prozessführung ist. Die Befürchtung ist auf dem Tisch, dass die Mediation, wenn wir sie einführen, früher oder später durch den Staat bezahlt wird.

Es ist bekanntlich so, dass wir eine unentgeltliche Prozessführung in dem Sinne haben, dass die Gerichtskosten und die Kosten für Anwälte, die streiten, von der Öffentlichkeit übernommen werden müssen, wenn sich die Rechtsparteien die Vertretung oder die Gerichtskosten nicht leisten können. Die Befürchtung geht in die Richtung, dass dies dann auch auf die Mediation angewendet wird. Früher oder später wird es so sein, dass argumentiert wird: Wenn man das ganze Mediationsverfahren dazwischenschalten muss, muss auch das vom Staat übernommen werden. Zusammengefasst: Es gibt Skepsis diesem Mediationsverfahren gegenüber.

Ich will nicht im Detail wiederholen, was ich schon in der Kommission darlegen konnte. Es gibt vom Bezirksgericht Zürich einen Schlussbericht zur Mediation am Bezirksgericht Zürich aus dem Jahre 2001. Da hat dieses Gericht eine relativ grosse Untersuchung gemacht und ist zum Schluss gekommen: Das Mediationsverfahren ist weniger erfolgreich,

als man denkt. Also: Grundsätzliche Bedenken, ob das Mediationsverfahren effizient ist und klappt.

Mein Minderheitsantrag findet seinen Ursprung darin, dass es Erfahrungen gibt, wonach sich die Mediation im Familienrecht, ich rede faktisch von Scheidungen, trotzdem schon befriedigend institutionalisiert hat. Das gilt zum Beispiel auch für den Kanton Aargau, aus welchem ich komme. Es ist mir klar, und das habe ich miterlebt: Es gibt Anwälte, die sich im Mediationswesen etwas spezialisiert haben, sie machen diese Arbeit befriedigend bis sehr gut. Und man kann sagen: Im Familienrecht hat sich diese Institution einigermassen bewährt. Die Problematik vom Verlängern zerflatternder Verfahren, die Problematik der langfristig unentgeltlichen Prozessführung stellt sich auch hier. Aber meine Minderheit sagt: Okay, die Praxis hat gezeigt, im Familienrecht ist es anwendbar; auf allen anderen Gebieten, vor allem für Forderungen, wäre es zu atypisch, wahrscheinlich zu neu, zu komisch.

Deshalb dem Antrag der Minderheit I, «nur limitiert auf Familienrecht», bitte zustimmen!

Miesch Christian (V, BL): Ich bin – fast würde ich sagen: Gott sei Dank – nicht Jurist, aber ich darf von mir behaupten, dass ich Träger von gesundem Menschenverstand bin. Ich durfte in der Kommission in dieser Frage mittun und habe mich näher damit befasst. Mir ist eines aufgefallen: In der Kommission haben sich vor allem Juristen gemeldet, die Mediation betreiben. Ich bin auch schon in der Wandelhalle angegängen worden; es gibt anscheinend bereits einen Verband. Zudem bekomme ich in meiner Firma jetzt vermehrt Werbebroschüren für Mediation.

Das hat mich hellhörig gemacht und mich veranlasst, Ihnen die Streichung der Artikel 210 bis 215 zu beantragen. Ich kann keinem dieser Artikel ein sinnvolles Kosten-Nutzen-Verhältnis entnehmen, und niemand konnte sagen, was der Nutzen einer Regelung der Mediation wäre. Mir scheint vielmehr, die Mediation werde nach dem Motto eingeführt: «Nützt es nichts, so schadet es nichts.» Das ist doch keine Basis für die Einführung einer neuen Regelung. Wie in der Strafprozessordnung sollten wir deshalb auch in der Zivilprozessordnung auf die Mediation verzichten.

Ich möchte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf noch eine Frage stellen, und zwar zu dem Beispiel der unentgeltlichen Prozessführung. Angenommen, die Parteien könnten sich einen Gerichtsprozess nicht leisten und erfüllten die Voraussetzungen für die unentgeltliche Prozessführung, wird dann eine Mediation angeordnet? Wenn sich der Mediator einarbeitet – das kommt noch dazu, dass er sich einarbeitet –, leistet er ja eigentlich die gleiche Arbeit, wie sie der Richter leisten muss, und er hat einen ebenso grossen Zeitaufwand. Da der Mediator aber keine Entscheidungsbefugnisse hat, kann er am Schluss nur einen Vorschlag machen.

Wird sein Vorschlag nicht angenommen, geht der Fall ans Gericht. Ich möchte deshalb wissen, dies nur als Beispiel, ob bei Fällen mit unentgeltlicher Prozessführung dann das ganze Mediationsverfahren vom Steuerzahler beglichen werden muss. Ginge der Fall nach einer gescheiterten Mediation ans Gericht, müssten die Steuerzahler dann nämlich beide Verfahren zahlen. Das wäre unerträglich.

Die Möglichkeit, anstelle des Schlichtungsverfahrens die Mediation zu wählen, könnte zudem dazu führen, dass die Parteien vor Einleitung eines Gerichtsverfahrens an zwei Vermittlungsverfahren teilnehmen, was zu sinnlosen Kosten und zu Verzögerungen führen würde.

Ich bin in der Kommission namentlich von Herrn Sommaruga kritisiert worden. Er sagte, das sei ein dummer Antrag, er sei unmöglich und hätte im Plenum sowieso keine Chance. Immerhin beantragte jedoch auch die ständerätliche Kommission die Streichung der Mediation, und der Ständerat lehnte diesen Antrag nur mit Stichentscheid des Präsidenten ab. Ich hatte deshalb ein Interesse an einer offenen Besprechung. Eine solche hat dann zum Glück auch stattgefunden.

Wie gesagt, wird hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht stimmen. Ich bitte Sie deshalb um die Streichung der Artikel 210 bis 215. In der Strafprozessordnung haben wir nämlich auch keine Mediation vorgesehen.

Vischer Daniel (G, ZH): Es ist richtig, dass die Mediation eine grosse Aufmerksamkeit bekommen hat. Das kann man auch in Bezug auf die Kommissionsberatung sagen. Die Mediation ist eines der Themen, die medienträchtig sind. Ich bin fast überzeugt: Morgen wird in den Zeitungen nur stehen, was wir zur Mediation beschlossen haben. Novenrecht usw., vielleicht viel wichtigere Bestimmungen, interessieren gar niemanden, weil vielleicht auch gar niemand weiss, worum es dabei geht.

Die SVP will die Mediation eigentlich abschaffen – Herr Miesch ganz, Herr Stamm «durch die Blume». Es gibt gute Mediation und schlechte Mediation. Aber wenn gute Mediatoren und Mediatorinnen am Werk sind, dann ist dies für die Parteien ein Qualitätssprung. Es kürzt das Verfahren ab, und es macht es am Ende auch billiger.

Hier haben wir die fakultative Bestimmung bzw. die Möglichkeit, eine Mediation durchzuführen. Warum wollen Sie das abschaffen? Warum geben Sie der Mediation nicht die Chance, dann zum Zuge zu kommen, wenn beide Parteien das wollen? Es gibt viele Parteien, die eine Mediation nicht wollen, aber es gibt auch Parteien, die eine Mediation wollen, und diese sollen die Möglichkeit haben.

Die Stärke der Mediation ist, dass auch streng ausserrechtliche Gesichtspunkte in eine Einigung einfliessen können, dass eine Güterabwägung stattfindet, bei der gewissermassen auch immaterielle Gesichtspunkte zum Zuge kommen. Im Familienrecht kann dies z. B. mit Bezug auf die Zukunft der Kinder von grösstem Glück sein. In einem Forderungsprozess kann sich das Gleiche ergeben. Deswegen sehe ich nicht, warum Sie sich gegen diese Möglichkeit wehren.

Herr Miesch, Ihr Hauptargument war, es habe hier Leute des Mediatorenverbandes gegeben, die Sie störten. Ja, weiss Gott, mich stören die meisten Lobbyisten in diesem Hause. Ich halte sie eigentlich zu 99,9 Prozent für unnötig. Da haben wir keine Differenz, nur: Wir müssen in der Sache entscheiden, ohne Lobbyisten.

von Graffenried Alec (G, BE): Ich möchte Herrn Miesch antworten. Herr Kollege Miesch, niemand wird zu einer Mediation gezwungen. Lesen Sie den Text: Die Mediation ist freiwillig. Es liegt auch in der Sache der Mediation, dass man zur Mediation nicht gezwungen wird. Die Mediation ist ein Verfahren, das von beiden Parteien gewollt wird.

Sie haben nach dem Zweck dieser Mediation gefragt und danach, warum es zusätzlich zur Schlichtung noch die Mediation brauche. Zusätzlich zur Schlichtung braucht es die Mediation, weil die Mediation ein anderes Verfahren ist. Die Mediation ist ein Verfahren der Streitbeilegung, bei dem die Parteien autonom entscheiden können, wie sie den Streitbeilegen wollen; sie werden in der Mediation durch den Mediator oder die Mediatoren dazu angeleitet.

Der Gewinn davon ist, dass die Parteien selber entscheiden, wie sie ihren Streit beilegen, und dass sie darin autonom sind, wie das Ergebnis der Streitbeilegung aussehen soll. Die Parteien sind deshalb zufriedener mit dem Ergebnis. Bei einem Gerichtsverfahren hat man immer das Problem, dass tendenziell eine Partei etwas unzufrieden ist. Ziel der Mediation ist es, dass man den Streit eben in einer Art und Weise bewältigt, dass beide Parteien eigentlich als Sieger oder Siegerinnen aus dem Verfahren hervorgehen; man strebt sogenannte Win-win-Lösungen an. Mediation ist ein Verfahren, das beiden Parteien etwas bringen soll. Mediation wäre vielleicht nicht zuletzt auch hier in diesem Ratssaal manchmal nützlich.

Stamm Luzi (V, AG): Darf ich Sie betreffend Friedensrichter Folgendes fragen: Ist es nicht so, dass auch die Friedensrichter da sind, um Streitfälle beizulegen? Es hat mich erstaunt, dass Sie beim Friedensrichter hinsichtlich Scheidungen der Meinung waren, dass diese keine Rolle spielen sollen. Da hätte man doch die Streitbeilegung zugunsten der Lösung mit einem Friedensrichter auch bejahen müssen.

von Graffenried Alec (G, BE): Es ist eben etwas anderes; das Verfahren ist etwas anders. Sie werden je nachdem gezwungen, zum Friedensrichter zu gehen, da müssen Sie eben zum Friedensrichter gehen. Die Mediation ist ganz freiwillig, da sollen beide Parteien sagen: Wir wollen den Streit zuerst einmal anhängig machen, und dann wollen wir versuchen, gemeinsam zu einer Lösung zu kommen. Beim Friedensrichter werden Sie gezwungen, zur Schlichtungsbehörde zu gehen. Die Voraussetzungen sind auf der Seite der Parteien eigentlich schon anders, als sie es bei der Mediation sind. Die Mediation – und das ist der Kern der Sache – ist ein freiwilliges Verfahren und deswegen auch nicht besonders bedrohlich. Es werden sich nur die Parteien, die das wollen, tatsächlich auf eine Mediation einlassen.

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich beantrage Ihnen namens der SVP-Fraktion, die Minderheit II (Miesch) zu unterstützen. Warum? Die Vereinheitlichung der Zivilprozessordnung wurde unter anderem damit begründet, dass die unterschiedlichen kantonalen Prozessordnungen die Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche erschweren und in die Länge ziehen. Nun will die Mehrheit die Möglichkeit schaffen, eine behördliche Stelle durch eine private – nicht privatrechtliche – zu ersetzen bzw. zu konkurrenzieren. Denn die Organisation und Durchführung der Mediation ist Sache der Parteien. Die Mediation ist von der Schlichtungsbehörde und vom Gericht unabhängig und vertraulich durchzuführen.

Ich frage mich, was diese zusätzliche Regelung soll. Wie lange soll eine Mediation dauern? Ist eine Mediation innerhalb der heutigen Praxis nicht möglich? Kann nicht schon heute jederzeit z. B. ein Sistierungsantrag auch vor dem Friedensrichter gestellt werden und dann eben unter Priva-

ten eine Einigung gesucht werden?

Ich kann Ihnen sagen, dass mir in den letzten zwanzig Jahren im Zivilprozess, egal auf welcher Stufe, noch nie ein Antrag auf Sistierung eines Verfahrens verweigert worden ist. Während der Dauer der Sistierung konnte ich jeweils eine Einigung suchen. Der Vorteil der bisherigen Lösung ist, dass die behördliche Stelle immer und jederzeit, und das ist das Ziel der Vereinheitlichung der Zivilprozessordnung, für eine beförderliche Behandlung zuständig und verantwortlich ist. Beim vorliegenden Mediationsverfahren sind weder Fristen noch mögliche Fristverlängerungen grundsätzlich geregelt. Heute muss oder sollte das Schlichtungsverfahren spätestes nach einem Jahr abgeschlossen sein. Was passiert, wenn die Mediation nach einem Jahr nicht abgeschlossen ist? Kann ich dann einen Fristverlängerungs- oder einen Sistierungsantrag stellen? Ich habe festgestellt, dass unsere Friedensrichter und Vermittler sehr erfolgreich sind - nicht nur bei kleineren Beträgen, auch bei grösseren Beträgen. Warum müssen wir in Zukunft dieses erfolgreiche Rechtsinstitut mit der Mediation konkurrenzieren? Der Berichterstatter, Herr Vischer, hat vorhin gesagt, Aufgabe der Friedensrichter sei es, Vergleiche anzustreben. Die Mediation hat auch die Aufgabe, Vergleiche anzustreben, aber bei den heutigen Verfahren steht das Ganze unter behördlicher Aufsicht, damit es nicht in die Länge gezogen werden kann. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Mediation aus der Zivilprozessordnung zu streichen.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, die Minderheiten I (Stamm) und II (Miesch) abzulehnen und damit implizit das Mediationsverfahren in der ZPO zu verankern. Die Mediation ist ein Verfahren zur Lösung von Konflikten durch Verhandeln unter Leitung einer neutralen Drittperson. Dazu gibt es heute tatsächlich ausgebildete Spezialisten, wie Herr Kollege Miesch ausgeführt hat. Aber in unserem Milizsystem ist das Schöne und Wertvolle, dass eben einerseits Spezialisten in den Kommissionen Einsitz nehmen, aber auch Leute mit ge-

sundem Menschenverstand wie Herr Kollege Miesch. Das gibt eben dann in der Regel eine gute Lösung.

Im Gegensatz zum Strafprozess handelt es sich hier, bei diesem Mediationsverfahren, um ein Verfahren innerhalb der sogenannten Dispositionsmaxime. Das heisst, dass der Sachverhalt und dessen Klärung in den Händen der Prozessparteien liegen. Das ist grundsätzlich anders als im Strafprozess, wo auch wir die Mediation nicht unterstützen konnten. Hier ist es aber ein sinnvolles Alternativinstrument gegenüber dem obligatorischen Schlichtungsverfahren vor dem Friedensrichter. Damit ist nichts gegen die friedensrichterliche Sachkompetenz gesagt, aber ich sehe auch nicht ein, weshalb man die freiwillige Wahl verhindern will.

Bei der Mediation entstehen keine Kosten für den Staat. Das ist in Artikel 215 Absatz 1 geregelt. Es gibt eine Ausnahme in Absatz 2, bei den kindesrechtlichen Angelegenheiten; und in Absatz 3 können die Kantone weiter gehende Kostenerleichterungen vorsehen. Aber von Bundesrechts wegen entstehen dem Staat keine Kosten. Sie können in der ZPO in Artikel 93, den wir ja schon vor Langem beschlossen haben, sehen, dass sich die Prozesskosten aus den Gerichtskosten und der Parteientschädigung zusammensetzen. Die Gerichtskosten sind definiert als die Pauschalen für das Schlichtungsverfahren, für den Entscheid usw. Hierin sind die Mediationskosten explizit nicht enthalten, und deswegen lässt sich aus Artikel 93 eben direkt ableiten – auch dann, wenn man etwas anderes behaupten wollte –, dass die Mediationskosten eben nicht Teil der Prozesskosten sind.

Die Übergänge zwischen Gerichtsverfahren und Mediation werden klar geregelt, Herr Schwander. Das ist der Unterschied zu heute; heute ist die Mediation ein rein privates Verfahren vor der gerichtlichen Anhängigkeit. Wenn es rechtshängig ist, kann die Mediation heute nach diesem Artikel 211 eingefügt werden und der Sistierung des Gerichtsverfahrens dienen. Die Frage, wann und wie die Mediation eingesetzt werden kann, ist heute nicht geregelt. Das ist der Unterschied zu unserem Antrag.

Wir halten diesen Antrag für angemessen und auch für im notwendigen Masse offen. Die Artikel beschränken sich auf eine absolute minimale Regelung und lässt sehr viel offen.

Die Befürchtungen gegenüber der Mediation sind uns bekannt, auch der Bericht aus Zürich. Aber bitte sehr, wer die Mediation nicht in Ansprüch nehmen will, muss sie nicht in Ansprüch nehmen; das ist nach dieser Dispositionsmaxime Sache der Parteien.

Somit halten wir also grundsätzlich am Mediationsverfahren fest. Wir sehen auch nicht ein, weshalb wir es auf das familienrechtliche Verfahren beschränken sollten. Auch wenn es im Bereich des Familienrechts sehr häufig sein wird, vielleicht am häufigsten, dann heisst das noch lange nicht, dass man es in den anderen zivilrechtlichen Belangen ausschliessen soll.

Damit also: Bleiben Sie beim Antrag der Mehrheit.

**Müller** Thomas (CEg, SG): Die CVP/EVP/glp-Fraktion beantragt Ihnen, die Anträge der Minderheiten I (Stamm) und II (Miesch) abzulehnen und die Mediation in den Zivilprozess aufzunehmen.

Wir hatten im Strafprozess ganz klar gegen die Mediation gestimmt, weil der Staat im Strafprozess ein eigenes Interesse am Ausgang des Verfahrens hat und ihm auch der Strafanspruch zusteht. Bei der ZPO ist es ganz anders. Der Staat stellt lediglich den Privaten ein Verfahren zur Streiterledigung in der Form des Zivilprozesses zur Verfügung. Der Staat selbst hat aber kein Interesse am Verfahrensausgang. Ein modernes Instrument zur Streiterledigung ist eben die Mediation

Persönlich bin ich auch sehr skeptisch, aber es gibt heute keinen Grund, diese Mediation aus dem Entwurf zu streichen. Geben wir auch Neuem einmal eine Chancel Es gibt aus unserer Sicht auch keinen Grund, die Mediation auf bestimmte Rechtsgebiete – das Familienrecht, wie dies Herr Stamm fordert – einzuschränken, sondern man soll sie für alle Rechtsgebiete offenhalten.

Die Regelungen, wie sie in den Artikeln 210 bis 215 formuliert sind, erscheinen uns sachgerecht. Sie sind offen. Vier Punkte sind wichtig:

1. Mediation kommt nur auf übereinstimmende Willensäusserung beider Prozessparteien zustande. Sie kann also nicht angeordnet werden.

2. Für den Abbruch der Mediation genügt die einseitige Willenserklärung einer einzigen Partei.

Organisation und Durchführung obliegen den Parteien. Der Staat muss also nicht selbst Instrumente schaffen oder

Leute zur Verfügung stellen.

4. Die Kosten der Mediation sind Sache der Prozessparteien; da schliesse ich mich der Argumentation von Herrn Fluri an. Nach dem Wortlaut von Artikel 93 des Entwurfes ist für uns klar, dass sich die unentgeltliche Prozessführung nicht auf die Mediation bezieht.

Ich ersuche also um Ablehnung beider Minderheitsanträge.

Sommaruga Carlo (S, GE): Le groupe socialiste soutient le principe du maintien de la médiation dans la procédure civile unifiée et demande donc le rejet des deux propositions de minorité: la minorité I (Stamm) et la minorité II (Miesch).

Pourquoi le fait-il? Parce que, finalement, la médiation ést un instrument qui permet de résoudre des litiges de manière différente de la conciliation ordinaire. Je rappelle que la conciliation est normalement concentrée uniquement sur l'objet du litige et qu'elle est donc uniquement limitée à la prise en considération des conclusions des parties, et que l'arrangement qui devrait être trouvé ne peut avoir lieu que dans ce cadre-là.

La médiation, par sa spécificité, permet en fait d'aller audelà du simple litige et d'intégrer les éléments, je dirai, affectifs et matériels qui dressent les parties l'une contre l'autre, et cela par une prise en compte beaucoup plus globale du contexte dans lequel se situe le litige judiciaire. La médiation permet finalement de trouver une solution aux tensions entre les parties, mais aussi aux non-dits entre les parties. On remarque que les parties demandent ce processus.

A Genève, par exemple, on voit que les médiations sont plus nombreuses, que ce soit d'ailleurs dans des affaires qui peuvent être de nature patrimoniale ou non patrimoniale, c'est-à-dire celles qui relèvent aussi de relations plus personnelles. Il n'y a donc pas lieu, comme le propose Monsieur Stamm, de limiter la médiation au seul type d'affaire. La médiation familiale, comme je le disais, est une technique de résolution des conflits extrêmement intéressante, et l'objectif – comme la conciliation, mais de manière différente – est de désengorger les tribunaux de procédures qui durent et qui coûtent à la collectivité.

Dès lors, le groupe socialiste vous prie de suivre la majorité et de rejeter les deux propositions de minorité.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Zu Artikel 210 liegen zwei Minderheitsanträge vor. Ich möchte Sie bitten, diese Minderheitsanträge abzulehnen. Die Minderheit I (Stamm) beantragt, die Mediation auf familienrechtliche Verfahren zu beschränken, und die Minderheit II (Miesch) stellt das System der Mediation gänzlich infrage. Sie will also die Mediation aus der ZPO streichen. Beides ist unseres Erachtens abzulehnen.

Die ZPO regelt nur das Verhältnis der Mediation zum Zivilprozess. Ob und wie eine Mediation durchgeführt wird, ist Sache der Parteien. Die Mediation ist damit bloss eine Option; sie beruht auf beidseitigem Einverständnis und absoluter Freiwilligkeit. Die Parteien tragen auch die Kosten selbst; dem Staat entstehen also hier keine Kosten.

Damit, Herr Nationalrat Miesch, kann ich Ihnen sagen, dass es nicht wie beim Verfahren des Zivilprozesses ist, wo die unentgeltliche Rechtspflege spielt. Eine Ausnahme sind die Kinderbelange – darauf wurde hingewiesen. Bei Artikel 215 ZPO sehen Sie, dass in kindesrechtlichen Angelegenheiten nicht vermögensrechtlicher Art – das ist auch noch wichtig – die Parteien dann Anspruch auf eine unentgeltliche Mediation haben, wenn ihnen die erforderlichen Mittel fehlen und wenn das Gericht die Durchführung einer Mediation empfiehlt; aber wirklich nur unter diesen Voraussetzungen. Sonst spielt die unentgeltliche Rechtspflege nur, wenn ein gewöhnlicher Zivilprozess anhängig gemacht wird.

Machen die Parteien von der Mediation Gebrauch, dann sind die Bestimmungen in der ZPO praktisch. Durch den gemeinsamen Mediationsantrag werden nämlich allfällige Fristen gewahrt und wird dann auch die Rechtsanhängigkeit begründet. Das ist ein erheblicher Schritt in Richtung Rechtssicherheit; und es ist nicht ersichtlich, weshalb diese Verbindung zur Mediation nur für das Familienrecht gelten sollte. Zwar ist es tatsächlich so, dass in familienrechtlichen Angelegenheiten die Mediation eine besondere Bedeutung hat – darauf wurde zurecht verwiesen. Aber sie hat nicht nur dort eine besondere Bedeutung. Denken Sie beispielsweise an die Wirtschaftsmediation, die heute auch eine Rolle spielt, oder auch an die Mediation in nachbarrechtlichen Streitigkeiten. Auch dort wird immer wieder von der Mediation Gebrauch gemacht.

Meines Erachtens ist es verwirrlich, wenn Sie die Mediation nur auf einen Bereich oder nur auf gewisse Gebiete beschränken wollen. Dann wäre sie in anderen Gebieten und anderen Bereichen ja wohl ausgeschlossen. Oder soll der gebietsweise Ausschluss nur bedeuten, dass man dort mit der Mediation keine Rechtshängigkeit begründen und keine Fristen wahren kann? Das wäre auch eine Möglichkeit. Dann gäbe es aber wiederum zwei Qualitäten von Mediation: eine, die mit dem Zivilprozess verbunden ist, und die andere, die irgendwo frei herumschwebt. Das wäre eine willkürliche Angelegenheit, das wollen wir alle sicher nicht.

Ich möchte Sie daher bitten, dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen und dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Le titre 2 de la partie spéciale, qui inclut les articles 210 à 215, concerne la médiation. Dans le cadre de l'examen du présent projet de Code de procédure civile, la médiation a fait l'objet d'un long débat au Conseil des Etats qui a finalement, sous réserve de l'intitulé du titre — «Conciliation par la médiation» —, suivi intégralement le projet du Conseil fédéral. Il sera relevé que le choix du titre en français — «Conciliation par la médiation» — est malheureux et que la Commission de rédaction serait bien inspirée de modifier ce titre, par exemple en «Résolution des litiges par la médiation», qui correspond mieux au texte allemand «Einigung mit Mediation» — le terme allemand correspondant à celui de «conciliation» aux articles 194 et suivants étant «Schlichtung».

En comparaison avec les autres sujets, et notamment la conciliation, la médiation n'a pas fait l'objet de longs débats au sein de la Commission des affaires juridiques. Sa majorité vous propose de suivre le projet du Conseil fédéral à ces articles.

Une minorité I (Stamm) suggère de limiter la médiation aux procédures du droit de la famille, alors qu'une minorité II (Miesch) suggère de biffer tout le titre 2 et donc les articles 210 à 215.

La majorité de la commission est d'avis que la médiation peut et doit jouer un rôle important dans la résolution des littges. Elle est effectivement déjà connue en droit de la famille; mais elle peut aussi s'appliquer à tous les domaines, ce qui inclut les litiges commerciaux.

Je me permets de vous rappeler que le canton de Genève connaît depuis 2003 des dispositions spécifiques en matière de médiation, et il n'y a pas eu de problème dans ce domaine. Les expériences faites à l'étranger peuvent également être considérées comme positives et concluantes, notamment aux Etats-Unis et dans plusieurs pays d'Europe.

Il n'y a par ailleurs aucune raison de limiter la médiation au droit de la famille. Cela dévaloriserait le principe de la médiation qui doit être inclus et contenu dans une législation moderne telle que ce nouveau Code de procédure civile.

Le code ne définit pas la médiation. Il s'agit d'un mode de résolution des litiges sans intervention directe de l'Etat, ce que confirme l'article 213. Les dispositions en matière de médiation sont succinctes, ce qui laisse une grande liberté aux parties et permet aux cantons, en rapport avec une interprétation large de leurs compétences en matière d'organisation des autorités judiciaires, de fixer des exigences pour les médiateurs en tant qu'organe extrajudiciaire.

De plus, la médiation n'a pas de caractère obligatoire, les parties restant libres d'y recourir ou non – le juge pouvant toutefois leur recommander d'y participer. Il faut ajouter que la médiation n'exclut nullement la participation des avocats puisque ceux-ci peuvent assister leur client.

Et enfin, pour rassurer Monsieur Stamm, l'article 212 prévoyant que les parties se chargent de l'organisation et du déroulement de la médiation, cela implique donc que les parties supportent les frais de la médiation. Ce principe est encore confirmé à l'article 215 alinéa 1. La médiation ne coûtera donc rien aux cantons, sous réserve des affaires non patrimoniales concernant le droit des enfants, et encore, à certaines conditions seulement.

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous demande de rejeter les propositions des minorités l' (Stamm) et II (Miesch).

Erste Abstimmung – Premier vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/632) Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I ... 40 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/633) Für den Antrag der Mehrheit ... 105 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II ... 40 Stimmen

**Präsidentin** (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Diese Abstimmung gilt auch für die Artikel 211 bis 215.

# Art. 211-215

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit (Miesch, Joder, Mathys, Stamm) Streichen

# Art. 211-215

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité* (Miesch, Joder, Mathys, Stamm) Riffer

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

# Art. 216-223

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 223bis

Antrag der Kommission Streichen

# Art. 223bis

Proposition de la commission Biffer

Angenommen – Adopté

# Art. 224

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

#### Art. 225

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Antrag der Minderheit

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Schwander)

Titel

Neue Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen Abs. 1

Die Parteien können bis und mit den letzten Parteivorträgen neue Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen vorbringen.

Abs. 2

Danach werden neue Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen nur noch berücksichtigt, wenn sie ohne Verzug vorgebracht werden und:

a. erst nach den letzten Parteivorträgen entstanden oder gefunden worden sind (echte Noven); oder

b. bereits vor den letzten Parteivorträgen vorhanden waren, aber trotz zumutbarer Sorgfalt nicht vorher vorgebracht werden konnten (unechte Noven).

Abs. 3

Hat das Gericht den Sachverhalt von Amtes wegen abzuklären, so berücksichtigt es neue Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen sowie Beweismittel bis zur Urteilsberatung.

# Art. 225

Proposition de la majorité

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AI. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Schwander)

Titre

Nouvelles allégations, exceptions et contestations

Al.

De nouvelles allégations, exceptions et contestations sont possibles jusqu'à la fin des dernières plaidoiries. Al. 2

Elles ne sont admises ultérieurement que si elles sont invoquées sans retard et:

a. si elles sont postérieures ou si elles sont découvertes postérieurement aux dernières plaidoiries («Nova» proprement dits); ou

b. si elles existaient avant les dernières plaidoiries et qu'elles ne pouvaient être invoquées antérieurement en dépit de la diligence requise («Nova» improprement dits).

AI. 3

Lorsqu'il doit établir les faits d'office, le tribunal admet de nouvelles allégations, exceptions et contestations ainsi que les nouveaux moyens de preuve jusqu'aux délibérations.

# Art. 226

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Schwander)

Abs. 2

Nach den ersten Parteivorträgen ist eine Klageänderung nur noch zulässig, wenn sie zudem auf neuen Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen nach Artikel 225 Absatz 2 beruht oder wenn die Gegenpartei zustimmt.

# Art. 226

Proposition de la majorité Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité (Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Schwander)

41 2

La demande ne peut être modifiée ultérieurement que si elle repose sur de nouvelles allégations, exceptions et contestations au sens de l'article 225 alinéa 2 ou si la partie adverse y consent.

Reimann Lukas (V, SG): Die Problematik des Novenrechts stellt sich bekanntlich nicht nur im Rechtsmittelverfahren, sondern auch im erstinstanzlichen Verfahren. Das Novenrecht sollte sich ausschliesslich auf neue Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen beziehen – nicht aber auf neue Beweismittel.

Die vorgeschlagene Regelung für die Artikel 225, 226 und 314 schränkt die zulässigen Beweismittel und damit die Wahrheitsfindung im Zivilprozess erheblich ein. Es ist beispielsweise möglich, dass sich erst im letzten Parteivortrag einer Partei herausstellt, dass sie eine bestimmte Tatsache nun doch bestreitet, oder dass das Gericht nach Abschluss der Parteivorträge bekanntgibt, dass eine bestimmte Tatsache als entscheidrelevant betrachtet wird, während die beweisbelastete Partei vorher davon ausgegangen ist, dass diese Tatsache nicht entscheidrelevant sei. Sofern nun aber neue Beweismittel nach dem betreffenden Parteivortrag bzw. Schriftenwechsel nicht mehr beantragt werden können, wäre der betroffenen Partei eine Beweisführung in diesen Fällen abgeschnitten. Diese Fälle werden auch nicht durch die beiden Ausnahmeregelungen in Artikel 226 Absatz 2 abgedeckt.

Wenn nach Abschluss des Behauptungsverfahrens keine neuen Beweismittel mehr offeriert werden können, stellt sich die Frage, ob der Artikel 152 noch Sinn macht. Ein separates Beweisverfahren macht doch nur dann Sinn, wenn auch noch neue Beweismittel in Bezug auf eine bestrittene und entscheidrelevante Frage offeriert werden können.

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Wortlaut in den Artikeln 225, 226 und 314 würde meines Erachtens das verfassungsmässige Recht der Parteien auf den Beweis erheblich einschränken.

Er könnte im Zivilprozess zum Einfallstor werden, um ein an sich begründetes Anliegen eines Rechtsuchenden gestützt auf ein rein formales Argument – die verspätete Nennung des betreffenden Beweismittels – abzuweisen. Die Regelung führt also letztlich zu einer Erschwerung für die beweisbelastete Partei. Denn sie hat das Risiko zu tragen, dass sie ein bestimmtes Beweismittel nicht rechtzeitig genannt hat.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Regelung ist Ausdruck einer überaus strengen Eventualmaxime. Diese Regelungen werden in der Wissenschaft als «Erbstück des gemeinrechtlichen Zivilprozesse» bezeichnet, welches vor allem «ältere Zivilprozessordnungen» präge. Es handelt sich also um eine antiquierte Form des Zivilprozesses, die nun für die ganze Schweiz übernommen werden soll. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung ist ein Schritt zurück. Wir wollen doch eine moderne Zivilprozessordnung schaffen, welche die Wahrheitsfindung ins Zentrum des Verfahrens stellt. Moderne Zivilprozessordnungen in den Kantonen gehen denn auch konsequent von einer gelockerten Eventualmaxime aus.

Der von mir beantragte Wortlaut orientiert sich an der Zivilprozessordnung des Kantons Zürich; die Regelung hat sich
dort bewährt. Es ist nicht prozessökonomisch, wenn eine
Partei in einer komplexen Streitsache sämtliche Beweismittel in ihren Parteivorträgen vorbringen muss, wenn sich dann
erst nach Abschluss des Behauptungsverfahrens herausstellt, welche Punkte eigentlich bestritten sind und welche
Tatsachenbehauptungen das Gericht als entscheidrelevant
erachtet. Anwälte würden gezwungen, eine Vielzahl von Beweisofferten präventiv einzugeben, auch wenn sich die

Mehrzahl davon im späteren Verlauf des Prozesses als unnötig erweist. Dies erhöht in unnötiger Weise die Kosten für die beteiligten Parteien, und zwar sowohl die Kosten für den Kläger als auch die Kosten für die Beklagten. Es steigen aber auch die Kosten für die Gerichte, weil die Rechtsschriften dadurch ganz automatisch viel umfangreicher und grösser werden. Ist das im Interesse der Prozessökonomie und des Bürgers, der bei einem staatlichen Gericht Schutz sucht? Ich denke nicht und bitte Sie, den Minderheitsantrag anzunehmen.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich spreche bereits jetzt zum Novenrecht, und das auch deshalb, weil ich einen Minderheitsantrag zu Artikel 306 eingereicht habe. Dort geht es ja um das Novenrecht bei der Berufung.

An sich hat Herr Reimann mit einigen der Argumente Recht, die er vorgebracht hat. Es geht aber jetzt darum, welches Konzept wir wählen. Richtig ist: Ein zu strenges Novenrecht ist laienfeindlich. Wir haben heute Prozessordnungen, wie zum Beispiel im Kanton Basel-Stadt, die eine strenge Eventualmaxime kennen, die es einer anwaltlosen Partei praktisch verunmöglichen, dort zu prozessieren. Auch auswärtige Anwälte haben dort fast keine Chance.

Der Bundesrat hat nun eine mittlere Linie gewählt. Wir kennen ja jetzt, verfahrenstechnisch, ein schriftliches Vorverfahren und dann ein mündliches Parteiverfahren. Nach der bundesrätlichen Konzeption ist es möglich, noch im ersten Parteivortrag Noven einzubringen. Der Ständerat wollte eine andere Lösung. Er schränkte das ein. In diesem Sinne ist schon einmal zu konstatieren, dass die Kommission des Nationalrates jetzt wieder auf den Entwurf des Bundesrates zurückgeht, was ich als sinnvoll erachte.

Nun, warum bin ich nicht für den Antrag der Minderheit Reimann Lukas? Ich plädiere dafür, dass wir eine gewisse Zäsur im erstinstanzlichen Verfahren machen, im zweitinstanzlichen Verfahren dann aber wieder Noven zulassen, wie das heute zum Beispiel in Scheidungsverfahren bundesgesetzlich vorgeschrieben ist. Ich denke, es macht Sinn, die Prozesse in der ersten Instanz nicht allzu sehr zu verlängern. Die Lösung Reimann würde dazu führen, dass der Prozess in der ersten Instanz zu lange dauern würde. Und es wäre tatsächlich fragwürdig, wenn in der gleichen Instanz nach einem Beweisverfahren im abschliessenden Beweiswürdigungsvortrag plötzlich nochmals Noven vorgebracht werden könnten – was ja dazu führen würde, dass eventuell gerade anschliessend noch einmal ein Beweisverfahren durchgeführt werden müsste. Das wäre ja dann auch der Sinn der Noven.

Das würde eigentlich zu einem Perpetuum mobile in der ersten Instanz führen. Das kann nicht der Sinn sein. Deswegen erachte ich den Antrag der Kommissionsmehrheit als gemässigte Fassung, die zu einem zeitlich einigermassen sinnvollen Abschluss des Verfahrens in der ersten Instanz beiträgt. Hingegen meine ich - ich werde das dann begründen -, dass in der zweiten Instanz noch einmal die Möglichkeit, Noven vorzubringen, bestehen muss. In diesem Sinne ersuche ich Sie, die Minderheit Reimann Lukas abzulehnen. Ich ersuche ihn selbst und seine Fraktion, sich im Gegenteil meine Konzeption zu überlegen, die nämlich im Endeffekt laienfreundlicher ist, weil sie ein erstinstanzlich abgeschlossenes Verfahren innert Frist kennt, in der zweiten Instanz aber auch Laien tatsächlich ermöglicht, ohne Anwälte zu prozessieren. Sie wollen eine ausgedehnte erste Instanz, aber eine strenge Vorschrift in der zweiten. Das scheint mir nicht sinnvoll zu sein. In diesem Sinne ist Ihr Antrag zu wenig zu Ende gedacht. Schwenken Sie auf die mittlere Linie ein; Ihre Argumentation würde dann nämlich besser passen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Das Novenrecht ist eine Kernfrage des Zivilprozessrechts. Es regelt, bis zu welchem Zeitpunkt die Parteien neue Tatsachen, neue Beweismittel und neue Begehren vorbringen dürfen. Die heutigen kantonalen Regelungen sind sehr unterschiedlich ausgestatet, die einen sind sehr grosszügig, die anderen streng. Ein grenzenloses Novenrecht kann keine Lösung sein. Denn es

öffnet dem unsorgfältigen und trölerischen Prozessieren Tür und Tor. Ein absolutes Novenverbot, das andere Extrem, ist ebenfalls auszuschliessen, denn sonst wird das Rechtsschutzziel verfehlt. Es gilt also, einen Kompromiss zu finden. Der Entwurf des Bundesrates sieht vor, dass neue Tatsachen und Beweismittel bis zu Beginn der Hauptverhandlung, also bis und mit den sogenannten ersten Parteivorträgen, vorgebracht werden dürfen. Nach diesem Zeitpunkt soll die Einschränkung gelten, dass nur noch echte und entschuldbar unechte Noven zulässig sind. Dieses Modell kennen heute verschiedene kantonale Prozessordnungen.

Dem Ständerat ging das zu weit: Noven sollen gemäss Ständerat nur noch im Vorbereitungsverfahren unbeschränkt zulässig sein. Sobald es zur Hauptverhandlung kommt, wären ab Beginn der Verhandlung nur noch echte und entschuld-

bar unechte Noven zulässig.

Ich möchte Sie bitten, den Minderheitsantrag Reimann Lukas abzulehnen. Die Minderheit möchte, dass Noven noch bis ganz am Schluss des Prozesses, also noch in den Schlussplädoyers, unbeschränkt vorgebracht werden können. Mit anderen Worten: Sie möchte im Ergebnis ein unbegrenztes Novenrecht. Eine solche Lösung ist dem Schweizerischen Zivilprozessrecht fremd. Sie würde die Eventualmaxime völlig aushebeln. Theoretisch und im Extremfall könnte dann ein Prozess nicht nur sehr lange, sondern ewig dauern. Der Minderheitsantrag Reimann Lukas ist deshalb abzulehnen.

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Die freisinnig-demokratische Fraktion und die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützen den Antrag der Mehrheit.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Compte tenu de l'importance du sujet, nous allons nous exprimer en français et en allemand.

Les minorités qui vous sont présentées ont trait aux articles 223 à 228. Ces dispositions prévoient qu'après l'échange initial d'écritures, ou éventuellement deux échanges, le tribunal peut convoquer une audience d'instruction. Même si le texte légal mentionne qu'il s'agit d'une possibilité, pour laisser toute liberté au tribunal, il est à souhaiter que cette ou ces audiences aient lieu la plupart du temps, c'est-à-dire dans l'écrasante majorité des cas.

Le Code de procédure civile prévoit trois sortes d'audiences: les audiences d'instruction, les premières plaidoiries et les plaidoiries finales. Les audiences d'instruction et les premières plaidoiries peuvent cependant être combinées, c'est-àdire qu'il ne peut y avoir qu'une seule audience remplissant les fonctions prévues par les articles 223 et 224. Dans ce cas, les parties doivent en être informées avant l'audience. Dans la variante complète, l'audience d'instruction vise à préparer les premières plaidoiries, ce que dit expressément l'article 223 alinéa 2. Après cette audience d'instruction ont lieu les premières plaidoiries; il s'agit de donner la possibilité aux parties de s'exprimer sur le fond du litige et de présenter leurs arguments. Après cet exposé des parties, le tribunal administre les preuves, conformément à l'article 227. Enfin, à l'issue de l'administration des preuves, la procédure se clôt par les plaidoiries finales qui permettent aux parties de s'exprimer une dernière fois. Ces plaidoiries peuvent être orales ou écrites; une combinaison des deux est cependant exclue par la loi. Pour d'évidentes raisons, les plaidoiries finales ont lieu à une date différente des premières plaidoiries et de l'administration des preuves; les parties peuvent cependant y renoncer.

En ce qui concerne les amendements et les propositions proprement dites, la commission a débattu à plusieurs reprises sur la question de l'admissibilité de la modification de la demande et de l'admissibilité des faits et moyens de preuve nouveaux «anciens», c'est-à-dire les «unechte Nova». Il s'agit de deux éléments différents mais qui doivent être coordonnés dans le temps. Le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et la commission sont d'accord au sujet de cette coordination temporelle, mais divergent quant à la fixation du

dernier moment admissible. Ces questions sont dispersées aux articles 223bis, 224, 225, 226 et 314.

En résumé, la majorité soutient le projet initial du Conseil fédéral et non la version modifiée par le Conseil des Etats. Par ailleurs une minorité Reimann Lukas propose deux amendements, l'un à l'article 225, l'autre à l'article 226.

Dans le projet du Conseil fédéral, soutenu par la commission, les faits nouveaux «anciens» peuvent être allégués jusqu'à la fin des premières plaidoiries, soit jusqu'au mo-

ment où l'administration des preuves commence.

Il en est de même à certaines conditions de la modification de la demande. Le Conseil des Etats avait choisi d'inscrire ces points plus tôt dans la procédure. Dans tous les cas, tous les faits nouveaux «nouveaux», c'est-à-dire les «Nova» proprement dits peuvent toujours être présentés, ce que stipule l'article 225 alinéa 2 lettre a; de même que les faits nouveaux «anciens» — «Nova» improprement dits —, qui n'ont pas pu être présentés pour des raisons excusables. Les divergences d'opinion d'aujourd'hui ne concernent donc que les faits nouveaux «anciens» non excusables, soit ceux qui étaient déjà connus antérieurement.

La commission est d'avis que lors de la première plaidoirie, à l'occasion de laquelle les parties ont le droit de s'exprimer oralement pour la première fois sur les écritures de leur partie adverse, il doit être possible de compléter la demande ou de présenter des faits nouveaux. Le débat d'instruction précédent ne porte en effet que sur l'organisation de la procédure et éventuellement sur l'administration des premières preuves. Il semble donc logique à la commission d'admettre des faits nouveaux et une modification de la demande à la

première audience de confrontation.

Les propositions de la minorité Reimann Lukas prévoient une version beaucoup plus souple des articles 225, 226 et 314, autorisant de nouvelles allégations, exceptions et contestations, jusqu'à la fin des dernières plaidoiries. La majorité s'y oppose, au vu des considérations précédentes, la solution choisie par la commission représentant un juste équilibre quant au moment où de nouvelles allégations ne sont plus admises. De même, l'amendement de la minorité conduirait à une procédure civile tactique, où des faits importants pourraient être présentés en fin de procédure et soustraits à l'instruction, de sorte que la majorité vous recommande de rejeter les propositions de la minorité.

S'agissant de l'article 306, par lequel Monsieur Vischer a défendu sa proposition de minorité, j'y reviendrai brièvement – très brièvement je le précise – lorsque cette disposition sera

analysée.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Es geht bei den Artikeln 225, 226 und 314 um eine Kernfrage des Prozessrechtes, auch wenn man aus dem Lärmpegel in diesem Ratssaal das Gegenteil schliessen könnte. Es geht um die Frage, bis zu welchem Zeitpunkt die Parteien neue Tatsachenbehauptungen und Beweismittel einbringen sowie die Klage ändern können. In den Kantonen kennen wir heute sehr unterschiedliche Regelungen. Zum Teil sind Noven bis und mit dem Berufungsverfahren unbegrenzt zulässig, zum Teil kann man praktisch nichts Neues mehr vorbringen, beispielsweise im Kanton Basel-Stadt.

Nach dem Konzept des Entwurfes des Bundesrates ergehen zuerst Klagebegründung und -antwort schriftlich, ohne novenrechtliche Schranken. Dann folgt allenfalls ein zweiter Schriftenwechsel. Weiter ist fakultativ eine Instruktionsverhandlung möglich. Erst dann, also nach einem umfassenden Vorverfahren mit unbeschränktem Novenrecht, folgt die Hauptverhandlung. Gemäss dem Entwurf des Bundesrates kann man bis zu den ersten Parteivorträgen an der Hauptverhandlung Noven vorbringen, und zwar unbeschränkt. Nachher sind noch sogenannte echte Noven zulässig sowie entschuldbare unechte Noven.

Der Ständerat hat dieses Konzept abgeändert, und zwar dahingehend, dass die novenrechtlichen Schranken mit dem Beginn der Hauptverhandlung greifen. Gründe für diese Änderung waren für den Ständerat, dass es für die Gegenpartei schwieriger sei, wenn sie an der Hauptverhandlung mit

neuen Parteibehauptungen und allenfalls auch mit neuen Beweismitteln konfrontiert werde. Das zu vermeiden ist Sinn und Zweck des schriftlichen Vorverfahrens. Erfolgen neue Beweisanträge und Parteibehauptungen in der Hauptverhandlung, kann dies dazu führen, dass Verhandlungen abgebrochen werden müssen.

Ähnlich wie bei der Frage des Novenrechts sieht es bei der Frage aus, bis zu welchem Zeitpunkt eine Klageänderung zulässig sein soll. Der Bundesrat hat hier in Gleichschaltung mit der novenrechtlichen Regelung vorgesehen, dass die Klageänderung grundsätzlich bis und mit den ersten Parteivorträgen zulässig sein soll. Der Ständerat macht diesbezüglich hier wieder die gleiche Einschränkung

Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Ihnen, die ursprüngliche, bundesrätliche Version zu übernehmen, das heisst, Noven länger zuzulassen, als das in der ständerätlichen Version vorgesehen ist.

Eine Minderheit Reimann Lukas will dieses Novenrecht ausweiten und - man kann sagen - mehr oder weniger unbe-schränkt zulassen. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass mit diesem Antrag einem unsorgfältigen, trölerischen, ja sogar taktischen Prozessieren Tür und Tor geöffnet wird. Problematisch beim Minderheitsantrag Reimann Lukas ist überdies die zeitliche Achse. Er sieht nämlich die Möglichkeit vor, dass Noven unter gewissen Voraussetzungen auch noch nach dem Ende der Hauptverhandlung ..

Also, wenn es kein Protokoll gäbe, dann würde es keine Rolle spielen, was man hier vorne sagt. Aber eben, da es ein Protokoll bzw. das Amtliche Bulletin gibt, muss man trotzdem noch irgendwie Sätze machen, die einen Sinn haben. Noch ein letzter Satz: Der Minderheitsantrag Reimann Lukas lässt auch in Bezug auf die zeitliche Achse noch einiges offen, weil Noven unter gewissen Voraussetzungen bis zur Urteilsberatung zulässig sind. Wenn man sich das praktisch vorstellt, hört das Verfahren nicht mehr auf, weil die Gegenpartei immer noch Anspruch auf rechtliches Gehör hat. Erfolgt die Urteilsberatung beispielsweise erst eine oder zwei Wochen nach Beendigung der Hauptverhandlung, kann es je nachdem zu einem ewigen Hin und Her kommen.

Ich bitte Sie im Namen der Kommission, in Bezug auf die Artikel 225, 226 und 314 der Mehrheit zu folgen.

Abstimmung – Vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 06:062/634) Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 37 Stimmen

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 314.

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

# Art. 228-238

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 239

Antrag der Kommission Abs. 1 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

c. ... sofern die Hinterlegung von Miet- und Pachtzinsen, der Schutz vor missbräuchlichen Miet- und Pachtzinsen, der Kündigungsschutz oder die Erstreckung des Miet- oder Pachtverhältnisses betroffen ist:

#### Abs. 3

... Instanz nach den Artikeln 5 und 7 und vor dem Handelsgericht nach Artikel 6.

# Art. 239

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

c. ... commerciaux et aux baux à ferme agricoles en ce qui concerne la consignation du loyer ou du fermage, la protection contre les loyers abusifs, la protection contre les congés ou de prolongation du bail à loyer ou à ferme;

... unique selon les articles 5 et 7 ou le tribunal de commerce selon l'article 6 sont compétents.

Angenommen – Adopté

# Art. 240-242

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 243

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Das Gericht stellt den Sachverhalt von Amtes wegen fest:

a. in den Angelegenheiten nach Artikel 239 Absatz 2;

b. bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken:

1. in den übrigen Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen sowie aus landwirtschaftlicher Pacht;

in den übrigen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten.

Abs. 3

Das Gericht berücksichtigt neue Tatsachen und Beweismittel bis zur Urteilsberatung.

Antrag der Minderheit

(Thanei, Hämmerle, Hofmann, Jositsch, Sommaruga Carlo, Vischer, von Graffenried, Wyss Brigit) Abs. 4

In den Angelegenheiten von Artikel 239 Absatz 2 Buchstaben a bis c sowie in den arbeitsrechtlichen Streitigkeiten gemäss Artikel 336a OR sowie Artikel 337c Absatz 3 OR entscheidet das Gericht ohne Bindung an die Parteianträge.

# Art. 243

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats Al. 2

Le tribunal établit les faits d'office:

a. dans les affaires selon l'article 239 alinéa 2;

b. lorsque la valeur litigieuse ne dépasse pas 30 000 francs:

1. dans les autres litiges relatifs aux baux à loyer et à ferme d'habitations et de locaux commerciaux ainsi qu'aux baux à ferme agricoles:

2. dans les autres litiges découlant d'un contrat de travail.

Il admet des faits et des moyens de preuve nouveaux jusqu'aux délibérations.

Proposition de la minorité

(Thanei, Hämmerle, Hofmann, Jositsch, Sommaruga Carlo, Vischer, von Graffenried, Wyss Brigit)

Al. 4

Dans les affaires visées à l'article 239 alinéa 2 lettres a à c ainsi que dans les litiges relevant du droit du travail visés à l'article 336a CO et à l'article 337c alinéa 3 CO, le tribunal se prononce sans être lié par les conclusions des parties.

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Der Antrag der Minderheit Thanei wird von Herrn Sommaruga vertreten.

Sommaruga Carlo (S, GE): Ici il s'agit d'une disposition qui concerne l'établissement des faits et la prise en compte des conclusions des parties dans le cadre du procès. La règle principale en matière de définition de l'objet judiciaire civil est la maxime de disposition, à savoir que chacune des parties prend des conclusions et le juge tranche dans le cadre ou dans les limites, si vous voulez, fixées par les conclusions prises par les parties. Si l'une des parties ne prend pas de conclusions suffisantes ou si l'une des parties oublie de prendre une conclusion, le juge n'en tiendra pas compte et l'affaire sera tranchée et liquidée malgré la lacune. Pour parer aux conséquences de cette règle principale, il y a la possibilité d'appliquer la maxime d'office. La proposition de la minorité Thanei prévoit que la maxime d'office s'applique dans des procès bien précis.

Quels sont ces types de procès civils? Il s'agit de litiges relevant de la loi sur l'égalité, des litiges en cas de violence, menaces ou harcèlement selon l'article 28b du Code civil suisse, des litiges relatifs au contrat du bail, du bail à ferme agricole concernant les congés, la prolongation du bail ou la

contestation de majoration de loyer.

Pourquoi proposer ce type de maxime pour ces litiges? Cela est relativement simple; les procédures concernent des justiciables qui sont dans une situation de faiblesse. Et dans la mesure où ils sont parfois seuls à plaider devant les tribunaux, il convient de permettre aux tribunaux de pouvoir aller au-delà des conclusions que ceux-ci ou celles-ci auraient mal formulées ou oublié de formuler.

C'est d'ailleurs aussi le cas dans les autres litiges qui sont également inclus dans la proposition de la minorité Thanei, à savoir les litiges qui relèvent des congés selon les articles 336a et 337 du Code des obligations — les congés donnés en matière de travail. Dans tous ces domaines-là, il est important que le juge puisse, lorsqu'il a établi les faits, trancher de manière à aller même au-delà des conclusions que l'une ou l'autre des parties a prises. Cela permet de rendre une justice qui correspond à la réalité, et non pas une justice déconnectée des faits réels et des conclusions présentés de manière inexacte par les parties.

Dans la mesure où il convient de renforcer la partie faible à la procédure dans toutes les procédures spéciales citées, je vous invite à suivre la minorité Thanei.

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Die freisinnig-demokratische Fraktion und die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützen den Antrag der Mehrheit.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, den Minderheitsantrag zu Artikel 243 Absatz 4 ZPO abzulehnen. Die Minderheit möchte insbesondere für das Mietrecht, das Arbeitsrecht und das Gleichstellungsrecht die Offizialmaxime einführen. Sie begründet ihren Antrag damit, dass nur so ein ausreichender Sozialschutz gewährleistet sei. Dem ist nicht so. In den Streitigkeiten, die der Minderheitsantrag anspricht, gilt bereits die Untersuchungsmaxime. Das Gericht sorgt also dafür, dass die Parteien, namentlich auch die sozial schwächeren, die Tatsachen vollständig behaupten und die Beweismittel bezeichnen. Es gibt auch die Gelegenheit, unklare und unvollständige Rechtsbegehren zu ergänzen. Wie die Praxis zeigt, ist dies absolut genügend. Die Offizialmaxime, wie sie nun verlangt wird, ist ein Fremdkörper im Zivilprozessrecht. Sie gilt nur ganz aus-

nahmsweise, nämlich im Kindesrecht und im Kindes- und Erwachsenenschutz. Sonst herrscht im Zivilprozess die Dispositionsmaxime. Ich bitte Sie also, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: L'article 243 concerne l'établissement des faits. Sur ce point précis, il reprend en partie le concept de maxime inquisitoire sociale, développé en droit du bail à l'article 274d CO, et en droit du travail à l'article 343 CO. Le Conseil fédéral l'a défini à l'alinéa 1 de l'article 243; le Conseil des Etats l'a modifié et notre commission n'a pas de proposition supplémentaire à ce sujet.

En revanche, la commission est d'avis que le tribunal doit établir les faits d'office, non seulement dans les domaines de l'article 239 alinéa 2, mais encore dans toutes les procédures en droit du bail et du travail, dont la valeur litigieuse est inférieure à 30 000 francs.

La minorité Thanei propose un alinéa 4 supplémentaire selon lequel, dans certains litiges en droit du bail et dans les litiges en relation avec la fin du contrat de travail, le tribunal n'est pas lié par les conclusions des parties. La majorité de la commission est d'avis que le procès civil doit être régi par le principe de libre disposition et que le tribunal ne doit pas, même en droit du bail ou du travail, allouer davantage que ce qui est réclamé par une partie: il ne doit pas statuer «ultra petita».

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous recommande de rejeter la proposition de la minorité Thanei.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/635) Für den Antrag der Mehrheit ... 80 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Art. 244, 245

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 246

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Huber, Burkhalter, Fluri, Markwalder Bär, Mathys, Miesch, Pagan, Stamm)

). ).

0. Ausweisung eines Mieters oder Pächters;

Art. 246

Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Huber, Burkhalter, Fluri, Markwalder Bär, Mathys, Miesch, Pagan, Stamm)

b. ...

0. expulsion d'un locataire ou d'un fermier;

l. ..,

**Präsidentin** (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Gemäss Abstimmung bei Artikel 195 haben Sie sich für den Antrag der Minderheit entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit Adopté selon la proposition de la minorité

# Art. 247-284

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 285

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Streichen

#### Art. 285

Proposition de la commission Al. 1 Adhérer au projet du Conseil fédéral Al. 2 Biffer

Angenommen – Adopté

#### Art. 286-293

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 294

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Art. 294

Proposition de la commission
Al. 1
... de l'enfant et désigne comme curateur ...
Al. 2, 3
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

# Art. 295, 296

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 297

Antrag der Kommission Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 21. Dezember 2007 über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen sind vorbehalten.

# Art. 297

Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conse

Adhérer à la décision du Conseil des Etats Al. 2

Les dispositions de la loi fédérale du 21 décembre 2007 sur l'enlèvement international d'enfants et les Conventions de La

Haye sur la protection des enfants et des adultes sont réservées.

Angenommen – Adopté

#### Art. 298

969

*Antrag der Kommission* Streichen

#### Art. 298

*Proposition de la commission* Biffer

Angenommen - Adopté

# Art. 299-305

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

# Art. 306

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Vischer, Hämmerle, Hofmann, Jositsch, Sommaruga Carlo, Thanei)

Abs. 2

Mit der Berufung können neue Tatsachenbehauptungen, Beweisanträge, Bestreitungen und Einreden vorgebracht werden.

# Art. 306

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Vischer, Hämmerle, Hofmann, Jositsch, Sommaruga Carlo, Thanei)

AI. 2

L'appel peut contenir de nouvelles allégations, offres de preuves, contestations et exceptions.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich muss eine Vorbemerkung machen. Es ist möglich, dass der Antrag systematisch an einer falschen Stelle platziert ist und eigentlich in Artikel 314 eingebaut werden müsste. Ich denke, dies müsste dann im Differenzbereinigungsverfahren vorgenommen werden. Aber jetzt geht es um das Prinzip.

Worum geht es mir? Mir geht es darum, dass Noven im Berufungsverfahren vorgebracht werden können, und zwar nicht nur echte Noven. Das heisst, mein Konzept sieht so aus, wie ich es dargelegt habe: Jetzige Fassung erste Instanz; Novenmöglichkeit in der zweiten Instanz. Wir kannten diese Bestimmung bis heute im Scheidungsverfahren. Dort schreibt das Bundesrecht vor, dass Noven vorgebracht werden können. Diese Bestimmung wird jetzt durch dieses Gestz derogiert. Auch im Scheidungsverfahren ging es um Fragen, die teilweise der Dispositionsmaxime unterstellt waren. Denken wir an den nachehelichen Unterhalt, denken wir an das Güterrecht.

Die Mehrheit will nun im zweitinstanzlichen Verfahren nur noch echte Noven zulassen, also Tatsachen, die im erstinstanzlichen Verfahren nicht bekannt waren, nicht zugänglich gemacht werden konnten etc. – es sind die bekannten Formeln. Ich meine, es sei laienfreundlich, wenn auch in einem zweitinstanzlichen Verfahren Noven aller Couleurs zulässig sind. Im Scheidungsverfahren hat sich dies rundweg bewährt. Es besteht eigentlich kein Grund, jetzt davon abzurücken; ich denke, es sei vielmehr sogar sinnvoll, dies auszuweiten.

Welche Einwände gibt es? Man sagt, das würde dem unsorgfältigen Prozessieren Tür und Tor öffnen. Nein, ein Verfahren wird meist erstinstanzlich abgeschlossen. Viele Verfahren erledigen sich durch Vergleiche, andere durch Urteile; der grössere Teil der Verfahren geht gar nicht weiter. Bei jenen Verfahren aber, die weitergezogen werden, ist es sinnvoll, dass wir nicht von Anfang an mit der Frage konfrontiert sind, ob nun echte oder unechte Noven vorliegen. Die Schwierigkeit der zweiten Instanz ist es nämlich meist, dass wegen prozessualem Aufwand bis hin zur Spitzfindigkeit sehr viel Zeit aufgewendet werden muss, um eine saubere Abgrenzung vorzunehmen. Das kann wiederum dazu führen, dass dann höchstrichterlich ein Verfahren zurückgewiesen wird, weil eine unsaubere Abgrenzung bezüglich der Noven vorgenommen wurde. In diesem Sinne ist eben die Zulassung von Noven für das zweitinstanzliche Verfahren auch eine Vereinfachung des zweitinstanzlichen Verfahrens. Aus diesem Grunde, weil es einer modernen Zivilprozessordnung gut ansteht, schlage ich Ihnen vor, dies ins Berufungsverfahren einzubauen. Dies ist auch ein laienfreundlicher Antrag: Er erleichtert Laien, auch in der zweiten Instanz einen Prozess selber zu führen. Malen Sie aber jetzt nicht den Teufel an die Wand, und sagen Sie nicht, damit würden sich die Prozesse in der zweiten Instanz ausweiten. Das ist ja bei den jetzigen Scheidungsverfahren auch nicht der Fall; es gab gar kein Problem. In vielen Fällen ist es gar nicht möglich, unechte Noven vorzubringen, weil ja ein Prozess gewissermassen nicht beliebig auf einer Schiene A geführt werden kann und dann im Berufungsverfahren auf einer Schiene B. Solche Prozesse gibt es mehrheitlich gar nicht, obgleich dies als Gegenargument immer wieder behauptet wird, vor allem von Oberrichtern, die natürlich am liebsten hätten, dass die Kognition noch weiter eingeengt würde.

Wir wollen ein volkstümliches Verfahren. Wir haben ein erstinstanzlich strenges Verfahren. Machen wir in der zweiten Instanz ein sauberes Novenrecht, wie ich es vorschlage, dann haben wir schon fast den perfekten Zivilprozess.

Hofmann Urs (S, AG): Wir bitten Sie, den Minderheitsantrag Vischer zu unterstützen. Die grundsätzlichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Novenrecht stellen, haben wir bereits bei Artikel 225 abgehandelt. Es geht um die Interessenabwägung zwischen einer Verfahrensbeschleunigung, einer korrekten Verfahrensführung, dem Vermeiden einer trölerischen Prozessführung einerseits und dem Erreichen korrekter, inhaltlich richtiger Urteile, somit der Durchsetzung des materiellen Rechtes andererseits.

Während auch wir bei Artikel 225 die Meinung vertraten, es müsse im Rahmen eines erstinstanzlichen Verfahrens einen gewissen Zeitpunkt geben, nach dem nicht mehr neue Angriffsmittel, neue Einreden, neue Tatsachen vorgebracht werden könnten, gibt es für uns keinen plausiblen Grund, weshalb in der zweiten Instanz ein Novenrecht nicht in einer viel breiteren Art und Weise gegeben sein soll.

Gerade wenn die Ausführungen, die Herr Reimann zu seinem Minderheitsantrag bei Artikel 225 gemacht hat, ernst gemeint waren, dann muss auch diesem Minderheitsantrag Vischer bei Artikel 306 zugestimmt werden. Wenn Laien die Möglichkeit haben sollen, in der ersten Instanz ohne anwaltschaftliche Unterstützung zu prozessieren, dann müssen sie auch, wenn sie dann aufgrund des erstinstanzlichen Urteils erkannt haben, dass sie selbst nicht in der Lage sind, diesen Prozess auch in der zweiten Instanz zu führen, vor der zweiten Instanz die Möglichkeit haben, neue Angriffsmittel, neue Tatschen vorzutragen, und dürfen dann nicht mit denjenigen Argumenten «abgeschnitten» werden, die verhindern, dass sie zu ihrem Recht kommen.

Trölerisches Verhalten in der zweiten Instanz – wie offenbar bei einem erweiterten Novenrecht befürchtet wird – ist nicht zu befürchten. Keine Partei wird mutwillig in der ersten Instanz nicht diejenigen Angriffsmittel, die sie als notwendig und sinnvoll erkannt hat, vortragen, um dann in der zweiten Instanz ein zusätzliches Prozessrisiko zu übernehmen, das mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbunden ist. Diese Befürchtungen sind nicht berechtigt und sprechen nicht gegen dieses Konzept, wie Herr Vischer es vorgetragen hat. Bitte unterstützen Sie seinen Minderheitsantrag.

Müller Thomas (CEg, SG): Auch die CVP/EVP/glp-Fraktion bittet Sie, dem Minderheitsantrag Vischer zuzustimmen. Die Bestimmungen, auf welche Art und bis zu welchem Zeitpunkt neue Tatsachen und Beweisanträge im Prozess vorzutragen sind, sind massgeblich dafür, ob das Zivilprozessrecht seine friedensstiftende Funktion wahrnehmen kann. Wir wollen ja alle, dass, wer materiell Recht hat, Recht bekommt und nicht im Prozess an formalprozessualen Schikanen oder Hindernissen scheitert.

Ich hatte den Antrag auf volles Novenrecht, für unechte und echte Noven, zu meiner Zeit in der Kommission für Rechtsfragen eingebracht und bin Daniel Vischer sehr dankbar, dass er nach meinem Ausscheiden diesen Antrag als Minderheitsantrag hier in die Ratsdebatte einbringt.

Sein Konzept überzeugt. Wir haben bei den Artikeln 225 und 226 einer relativ engen Fassung zugestimmt, in der Meinung, dass dafür echte und unechte Noven im Berufungsverfahren vollumfänglich zulässig sind.

Ich nenne Ihnen nur drei ganz kurze Beispiele dafür, weshalb es Sinn macht:

1. Wenn eine Partei einen Prozess selbst, ohne Anwalt, führt und vergisst, eine Behauptung zum Sachverhalt vorzutragen, hat sie, auch wenn sie materiell Recht hat, keine Chance mehr, dies im Berufungsverfahren nachzuholen, wenn nicht das volle Novenrecht gilt.

wenn nicht das volle Novenrecht gilt.

2. In der ersten Instanz haben Sie einen Anwalt, der den Sachverhalt nicht vollständig behauptet. Sie verlieren deshalb vor erster Instanz. Wenn Sie in der Berufung nicht die Möglichkeit haben, volle Noven vorzutragen, so werden Sie diesen Fehler Ihres Anwaltes in der zweiten Instanz nicht nachbessern können und werden mit seiner Haftpflichtversicherung streiten müssen. Das kann nicht im Sinne eines effizienten Zivilprozesses sein.

3. Herr Kollege Reimann hat es erwähnt: Wenn ein Gericht einen bestimmten Umstand am Ende für entscheidrelevant hält und dies nicht vorhersehbar war und die Partei deshalb die Tatsache nicht behauptet hatte, verliert die Partei ohne volles Novenrecht im Berufungsverfahren einen Prozess, in dem sie eigentlich materiell-rechtlich Recht bekommen müsste. Das wollen wir nicht.

Wir bitten Sie, dem Gesamtkonzept zu folgen und dem Antrag der Minderheit Vischer zuzustimmen.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, diesen Minderheitsantrag – richtigerweise eigentlich zu Artikel 314 – abzulehnen. Wir haben nun gehört, was dafür und was dagegen spricht. Viele Details sind natürlich aus einer bestimmten Sicht an sich richtig, aber sie verstossen unseres Erachtens gegen den Grundsatz, dass der Prozess nicht zweimal geführt werden soll. Der Prozess soll vollumfänglich vor der ersten Instanz geführt werden. Vor der zweiten Instanz soll er nur noch reduziert geführt werden, gemäss Artikel 306 bzw. Artikel 314. Dies ist unsere Begründung aus prozessökonomischer Sicht, auch wenn dies aus Sicht der Advokatur vielleicht nicht zutreffend ist. Aber bei dieser Interessenabwägung geben wir dem anderen Argument mehr Gewicht und bitten Sie deshalb, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, den Minderheitsantrag abzulehnen. Gemäss dem Antrag der Minderheit sollen die Noven vor der Berufungsinstanz unbeschränkt eingebracht werden können. Dieser Antrag ist aus zwei Gründen abzulehnen: Zum einen ist das Novenrecht systematisch nicht hier zu regeln, sondern bei Artikel 314. Darauf hat Herr Nationalrat Vischer bereits hingewiesen; das ist ein rein formeller Grund, den man allenfalls noch beheben könnte. Zum anderen ist der Minderheitsantrag aber auch aus inhaltlichen Gründen abzulehnen. Es gibt zwar kantonale Prozessordnungen, die auch vor der oberen Instanz unbeschränkt Noven zulassen; darauf wurde zu Recht hingewiesen. Das ist z. B. im Kanton Luzern der

Fall. Es ist aber eine klare Minderheit der Kantone, denn eine solche Lösung geht viel zu weit. Ein unbeschränktes Novenrecht vor der oberen Instanz entwertet das erstinstanzliche Verfahren und belohnt letztlich unsorgfältiges Prozessieren. Auch das andere Extrem – das möchte ich hier sagen –, ein totales Novenverbot vor der oberen Instanz, würde klar zu weit gehen.

Der bundesrätliche Entwurf bringt daher einen Kompromiss. Noven können vor der Berufungsinstanz vorgebracht werden, aber nicht unbeschränkt, sondern nur im gleichen Rahmen wie zuletzt noch an der Hauptverhandlung der ersten Instanz. Das ist unseres Erachtens kohärent. Die zweite Instanz setzt novenrechtlich dort ein, wo die erste aufgehört hat. Das Novenfenster darf nicht weiter offen sein als zuletzt vor der ersten Instanz, sonst machen wir im Verfahren einen Schritt zurück.

Dieser Lösung haben auch schon der Ständerat und die Mehrheit der Kommission zugestimmt. Ich möchte Sie darum bitten, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Nous continuons à nous mouvoir dans le monde fascinant de la procédure civile et des «echte Nova» et «unechte Nova».

L'article 306, dont il est question ici, concerne les motifs de l'appel. Le projet prévoit que, s'agissant d'une voie de recours ordinaire, l'appel peut être formé pour violation du droit ou constatation inexacte des faits. La minorité Vischer propose un alinéa 2 nouveau autorisant explicitement de nouvelles allégations et offres de preuves. Cela concerne les faits nouveaux «anciens», c'est-à-dire les «unechte Nova», soit des faits qui étaient déjà connus en première instance.

Pour les raisons qui ont été évoquées par Madame la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf, la majorité s'oppose à cet ajout, étant donné que les faits nouveaux «nouveaux», c'est-à-dire les «echte Nova», restent admis, de sorte que le jugement de deuxième instance peut tenir compte de l'évolution de la situation factuelle. En revanche, la majorité ne veut pas permettre à une partie de présenter en appel des faits fautivement — que ce soit intentionnellement ou par négligence — passés sous silence en première instance, qui ont été soustraits à l'instruction et dont le juge de première instance n'a donc pas pu tenir compte dans son jugement. La motivation est semblable à celle concernant les articles 225 et 226: il s'agit d'éviter le risque de procédure tactique, le risque de stratégie judiciaire visant, un peu comme au poker, à présenter un certain nombre de faits pour voir comment le juge réagira, et en cacher un certain nombre d'autres.

Il serait de surcroît totalement incohérent par rapport à notre vote précédent, dans lequel nous avons admis que les «unechte Nova» ne pouvaient pas être présentés postérieurement à la fin de l'instruction, d'admettre qu'ils puissent être présentés en appel. En d'autres termes, on n'autoriserait pas une partie à présenter des faits nouveaux au premier juge juste avant qu'il juge. En revanche, une fois que le juge a tranché, on pourrait présenter au juge d'appel des faits soustraits à la connaissance du juge de première instance.

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous demande de rejeter la proposition défendue par la minorité Vischer.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/637) Für den Antrag der Minderheit ... 73 Stimmen Für den Antrag der Mehrheit ... 71 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen Les autres dispositions sont adoptées

# 2. Abschnitt Titel

Antrag der Kommission
Berufung, Berufungsantwort und Anschlussberufung

Section 2 titre

Proposition de la commission Appel, réponse, appel joint

Angenommen – Adopté

Art. 307-313

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 314

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Schwander)

Abs. 1

Für das Vorbringen neuer Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen gilt Artikel 225 Absätze 2 und 3 sinngemäss.

Abs. 2

Eine Klageänderung ist nur zulässig, wenn sie auf neuen Tatsachenbehauptungen, Einreden und Bestreitungen beruht. Im Übrigen gilt Artikel 226 sinngemäss.

Art. 314

Proposition de la majorité Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Reimann Lukas, Freysinger, Geissbühler, Kaufmann, Schwander) Al. 1

L'article 225 alinéas 2 et 3 est applicable par analogie aux nouvelles allégations, exceptions et contestations.

Al. 2

Seule la modification de la demande qui se fonde sur de nouvelles allégations, exceptions et contestations est admise; pour le surplus, l'article 226 s'applique par analogie.

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Gemäss Abstimmung bei den Artikeln 225 und 226 haben Sie sich für den Antrag der Mehrheit entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art 315

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Hurter Thomas Abs. 2

... mit einer schriftlichen Begründung. Die Kantone können vorsehen, dass der Entscheid ohne Begründung eröffnet wird. In diesem Fall können die Parteien innert 30 Tagen eine vollständige Ausfertigung verlangen.

Schriftliche Begründung

Für erstinstanzliche Gerichte sieht Artikel 235 des Gesetzentwurfes vor, dass sie ihren Entscheid grundsätzlich ohne Begründung eröffnen können. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) über die Eröffnung von Entscheiden, die ans Bundesgericht weitergezogen werden können. Laut Seite 7344 der Botschaft richtet sich dieser Vorbehalt an die Gerichte, welche als einzige Instanz entscheiden. Verwiesen wird dabei auf Artikel 112 BGG. Ebenfalls gemäss Botschaft, Seite 7376, soll die Rechtsmittelinstanz im Unterschied zum erstinstanzlichen Verfahren ihren Entscheid immer mit einer schriftlichen Begründung eröffnen, und zwar «im Hinblick auf eine mögliche



Beschwerde an das Bundesgericht». Auch in diesem Zusammenhang wird auf Artikel 112 BGG verwiesen.

Der erwähnte Artikel 112 BGG enthält in Absatz 2 folgende Regelung: «Wenn es das kantonale Recht vorsieht, kann die Behörde ihren Entscheid ohne Begründung eröffnen. Die Parteien können in diesem Fall innert 30 Tagen eine vollständige Ausfertigung verlangen.» Diese Bestimmung gilt ungeachtet dessen, ob der ans Bundesgericht weiterziehbare Entscheid von einem (oberen) Gericht, das als einzige kantonale Instanz geurteilt hat, oder von einer Rechtsmittelinstanz gefällt wurde. Es besteht daher kein Grund, diese Konstellationen in der ZPO verschieden zu behandeln und im zweiten Fall zwingend schon von vornherein eine schriftliche Begründung vorzuschreiben. Im Gegenteil: Eine solche Regelung widerspricht derjenigen von Artikel 112 Absatz 2 BGG, die generell von der Möglichkeit ausgeht, dass die Kantone eine Eröffnung ohne Begründung vorsehen können.

Die den Kantonen mit Artikel 112 Absatz 2 BGG ermöglichte Lösung ist nicht nur zweckmässig, sondern auch ökonomisch. Die Parteien erleiden dadurch keinen Nachteil, können sie doch, wenn sie es wünschen, gegebenenfalls auf jeden Fall ein Begründung verlangen. Die oberen kantonalen Gerichte werden dagegen deutlich entlastet, wenn sie ihre Entscheide nicht in jedem Fall schriftlich begründen müssen.

#### Art. 315

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Hurter Thomas Al. 2

... avec une motivation écrite. Les cantons peuvent prévoir que la décision soit communiquée sans motivation. Les parties peuvent alors en demander, dans les 30 jours, une expédition complète.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag Hurter Thomas zu Artikel 315 Absatz 2 und Artikel 325 Absatz 5 ZPO abzulehnen.

Herr Nationalrat Hurter ist der Auffassung, dass nach der ZPO ein oberes kantonales Gericht sein Urteil nicht immer schriftlich begründen müsse, sofern es als einzige Instanz entscheide, denn in diesem Fall werde durch den Verweis auf das Bundesgerichtsgesetz vorbehalten, dass das kantonale Recht Ausnahmen von der schriftlichen Begründung vorsehen dürfe. Dagegen müsse ein oberes Gericht das Urteil immer schriftlich begründen, wenn es als Rechtsmittelinstanz entscheide. Das sei unlogisch, und deshalb müsse man in der ZPO auch für die Rechtsmittelinstanz einen solchen Vorbehalt zugunsten des kantonalen Rechtes schaften.

Diese Frage ist sehr technisch, doch hier liegt offensichtlich ein Missverständnis vor. In Artikel 235 Absatz 3 ZPO ist nicht das kantonale Recht vorbehalten, sondern das Bundesgerichtsgesetz. Und das Bundesgerichtsgesetz verlangt von den Vorinstanzen eine schriftliche Begründung. Zwar verweist das BGG in der Tat für Ausnahmen wiederum auf das kantonale Recht. Aber im Zivilprozessrecht wird es in Zukunft kein solches kantonales Recht mehr geben, denn wir machen ja das Prozessrecht mit dieser ZPO zu Bundesrecht. Der Vorbehalt in Artikel 112 BGG bezüglich des kantonalen Rechtes spielt somit beim Zivilprozess künftig nicht mehr. Die oberen kantonalen Gerichte werden daher punkto Begründungspflicht gleich behandelt, ob sie nun als einzige oder als Rechtsmittelinstanz angesprochen sind.

Im Übrigen ist es gleich wie in der neuen StPO: Auch dort sind die Rechtsmittelentscheide schriftlich zu begründen. Der Vorbehalt auf das kantonale Recht in Artikel 112 Absatz 2 BGG wird im Ergebnis nur noch im Bereich des Staatsund Verwaltungsrechtes relevant sein, nicht mehr im Zivilprozess und auch nicht mehr im Strafprozess.

Und vielleicht noch eine inhaltliche Bemerkung: Die schriftliche Begründungspflicht für ein kantonales Obergericht ist absolut sachgerecht, denn ein Obergericht arbeitet ganz an-

ders als ein unteres, kantonales, erstinstanzliches Gericht. Schriftliche Urteilsbegründungen gehören zum Standard und leisten einen wichtigen Beitrag zu einer einheitlichen Rechtsprechung.

12 juin 2008

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Dans sa décision, l'autorité de deuxième instance dispose d'une pluralité de choix. Elle peut confirmer la décision, réformer la décision attaquée ou, à certaines conditions, renvoyer en première instance. La motivation écrite de la décision de deuxième instance est imposée par le Code de procédure civile. Il n'est donc pas nécessaire de la demander.

La nouvelle proposition Hurter Thomas souhaite permettre aux cantons de prévoir qu'une décision puisse être communiquée sans motivation, les parties pouvant la demander. Sans avoir formellement voté à ce sujet, la Commission des affaires juridiques est d'avis que les décisions de deuxième instance - articles 315 et 325 du Code de procédure civile suisse - doivent être motivées. Dès lors que les autorités de deuxième instance sont en principe collégiales et ont principalement pour but de vérifier le droit, il convient que leurs décisions soient immédiatement motivées. L'autorité de deuxième instance doit donc examiner attentivement la décision de première instance. Il est nécessaire que les raisons qui ont conduit l'autorité de deuxième instance à admettre ou rejeter un appel soient immédiatement communiquées aux parties. L'argument concernant l'article 112 alinéa 2 de la loi sur le Tribunal fédéral ne semble pas pertinent dès lors qu'il mentionne «si le droit cantonal le prévoit» pour l'absence de motivation. Or, le Code de procédure civile constituera du droit fédéral de sorte qu'il n'y a plus aucune compétence pour les cantons en matière de procédure civile, ce qui rend caduque la référence à la loi sur le Tribunal fédéral.

La commission vous invite donc à rejeter cet amendement.

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Die freisinnig-demokratische Fraktion, die CVP/EVP/glp-Fraktion und die sozialdemokratische Fraktion unterstützen den Antrag der Kommission.

Die folgende Abstimmung gilt auch für Artikel 325.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/638) Für den Antrag der Kommission ... 110 Stimmen Für den Antrag Hurter Thomas ... 40 Stimmen

#### Art. 316, 317

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

#### Art. 318

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschlüss des Ständerates

Antrag Müller Thomas Abs. 1

... innert 30 Tagen seit Eröffnung ...

Schriftliche Begründung

Die 30 Tage schaffen eine einheitliche Fristenregelung in der Zivilprozessordnung (vgl. kantonale Berufung Art. 307 und Weiterzug ans Bundesgericht).

#### Art. 318

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Müller Thomas Al. 1 ... dans les 30 jours ...

Nationalrat

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Der Antrag Müller Thomas lag der Kommission nicht vor. Ich versuche jetzt aber ein bisschen so zu denken, wie unsere Kommission denkt. Der Antragsteller hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in Artikel 307 bereits eine dreissigtägige Frist aufgenommen haben; er verweist auch zu Recht auf die Fristen betreffend Weiterzug ans Bundesgericht. Da die Mehrheit unserer Kommission aus Anwältinnen und Anwälten besteht, sind wir im Allgemeinen mit längeren Fristen glückli-

Ich glaube, dass ich Ihnen deshalb im Namen der Kommission empfehlen kann, dem Einzelantrag Müller Thomas zuzustimmen.

Abstimmung - Vote (namentlich - nominatif: Beilage - Annexe 06.062/641) Für den Antrag Müller Thomas ... 129 Stimmen Für den Antrag der Kommission ... 17 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen Les autres dispositions sont adoptées

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

#### Art. 320

Antrag der Kommission

Die Rechtsmittelinstanz stellt der Gegenpartei die Beschwerde zur schriftlichen Stellungnahme zu, es sei denn ...

Für die Beschwerdeantwort gilt die gleiche Frist wie für die Beschwerde.

#### Art. 320

Proposition de la commission

L'instance de recours notifie le recours à la partie adverse pour se prononcer par écrit, à moins que ...

La réponse doit être déposée dans le même délai que le re-

Angenommen – Adopté

#### Art. 321-324

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

### Art. 325

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

# Antrag Hurter Thomas

Abs. 5

... mit einer schriftlichen Begründung. Die Kantone können vorsehen, dass der Entscheid ohne Begründung eröffnet wird. In diesem Fall können die Parteien innert 30 Tagen eine vollständige Ausfertigung verlangen.

#### Art. 325

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats Proposition Hurter Thomas

... avec une motivation écrite. Les cantons peuvent prévoir que la décision soit communiquée sans motivation. Les parties peuvent alors en demander, dans les 30 jours, une expédition complète.

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Der Antrag Hurter Thomas wurde bereits bei Artikel 315 erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission Adopté selon la proposition de la commission

#### Art. 326-340

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 341

Antrag der Kommission Abs. 1

... das Vollstreckungsgericht anordnen:

abis. eine Ordnungsbusse bis 5000 Franken;

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

... l'exécution peut:

abis. prévoir une amende d'ordre de 5000 francs au plus;

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 342

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 343

Antrag der Kommission Abs. 1

a. ... nachkommt;

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Al. 1

a. ... tribunal;

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 344-405

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts Abrogation et modification du droit en vigueur

Ziff. I; II Einleitung, Ziff. 1, 3, 4, 6–11, 13–17, 19–30 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I; Il introduction, ch. 1, 3, 4, 6–11, 13–17, 19–30 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. II Ziff. 2

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates mit Ausnahme von:

Art. 74 Abs. 2 Bst. b
b. wenn ein Bundesgesetz eine einzige kantonale Instanz vorsieht:

Art. 75 Abs. 2 Bst. a

a. ein Bundesgesetz eine einzige kantonale Instanz vorsieht;

Ch. II ch. 2

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats à l'exception de:

Art. 74 al. 2 let. b b. si une loi fédérale prévoit une instance cantonale unique; Art. 75 al. 2 let. a

a. une loi fédérale prévoit une instance cantonale unique;

Angenommen – Adopté

Ziff. II Ziff. 5

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates mit Ausnahme von: Art. 331e Abs. 6

... Die gleiche Regelung gilt bei gerichtlicher Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft.

Antrag der Minderheit

(Thanei, von Graffenried, Jositsch, Kiener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Vischer, Wyss Brigit) Art. 259i Streichen

Achter Titel, vierter Abschnitt (Art. 274–274g) Unverändert

Antrag der Minderheit

(Thanel, von Graffenried, Jositsch, Klener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Vischer, Wyss Brigit)

Art. 273 Abs. 4, 5
Streichen

Ch. II ch. 5

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats à l'exception de: Art. 331e al. 6

... Cette disposition est applicable en cas de dissolution judiciaire du partenariat enregistré.

Proposition de la minorité

(Thanei, von Graffenried, Jositsch, Kiener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Vischer, Wyss Brigit) Art. 259i Biffer Titre huitième, chapitre IV (Art. 274–274g) Inchangé

Proposition de la minorité (Thanei, von Graffenried, Jositsch, Kiener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Vischer, Wyss Brigit) Art. 273 al. 4, 5 Biffer

Präsidentin (Bruderer Pascale, zweite Vizepräsidentin): Gemäss Entscheid bei den Artikeln 206 bis 208 ist der Antrag der Mehrheit angenommen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. II Ziff. 12

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates mit Ausnahme von: Titel

Patentgesetz vom 25. Juni 1954 (revidierte Fassung vom 22. Juni 2007) (BBI 2007 4701)

Art. 13 Abs. 1

Wer in der Schweiz keinen Wohnsitz hat, muss einen Vertreter mit Zustelldomizil in der Schweiz bestellen, der ihn in Verfahren nach diesem Gesetz vor den Verwaltungsbehörden vertritt. Keiner Vertretung bedürfen jedoch:

Ch. II ch. 12

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats, à l'exception de:

Titre

Loi du 25 juin 1954 sur les brevets (version révisée du 22 juin 2007) (FF 2007 4473)

Art. 13 al. 1

Celui qui n'a pas de domicile en Suisse doit instituer un mandataire avec domicile de notification en Suisse qui, dans les procédures prévues par la présente loi, le représente devant les autorités administratives. Ne nécessitent pas de représentation:

Angenommen – Adopté

Ziff. II Ziff. 18

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

mit Ausnahme von:

Art. 11b Titel

Kostenvorschuss und Sicherheit für die Parteientschädigung Art. 11h Text.

Der Kostenvorschuss und die Sicherheit für die Parteientschädigung richten sich nach der Zivilprozessordnung vom

Art. 151 Abs. 4

Für Stimmrechtssuspendierungsklagen nach dem Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel sind die schweizerischen Gerichte am Sitz der Zielgesellschaft zuständig.

Ch. II ch. 18

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

à l'exception de: Art. 11b titre

Avance de frais et sûretés en garantie des dépens

L'avance de frais et les sûretés en garantie des dépens sont régies par le Code de procédure civile du ...

Art. 151 al. 4

Les tribunaux suisses du siège de la société visée sont compétents pour connaître des actions en suspension de l'exercice du droit de vote fondées sur la loi fédérale du 24 mars 1995 sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières.

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/640) Für Annahme des Entwurfes ... 123 Stimmen Dagegen ... 28 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen - Adopté

07.400

Parlamentarische Initiative SPK-NR.
Parlamentsrecht.
Verschiedene Änderungen Initiative parlementaire CIP-CN.
Droit parlementaire.
Modifications diverses

Fortsetzung - Suite

Einreichungsdatum 12.01.07
Date de dépôt 12.01.07
Bericht SPK-NR 21.02.08 (BBI 2008 1869)
Rapport CIP-CN 21.02.08 (FF 2008 1687)
Stellungnahme des Bundesrates 16.04.08 (BBI 2008 3177)
Avis du Conseil fédéral 16.04.08 (FF 2008 2813)
Nationalrat/Conseil national 10.06.08 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)

 Geschäftsreglement des Nationalrates (Parlamentsrecht. Verschiedene Änderungen)
 Règlement du Conseil national (Droit parlementaire. Modifications diverses)

Detailberatung - Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung Antrag der Kommission: BBI

Titre et préambule, ch. I introduction Proposition de la commission: FF

Angenommen - Adopté

Art. 15 Abs. 1a, 1, 2 Antrag der Kommission: BBI

Antrag der Mehrheit des Büros Gemäss Entwurf der Kommission, Minderheit I

Antrag der Minderheit des Büros (Baader Caspar, Büchler, Häberli-Koller, Parmelin) Unverändert Neuer Antrag der Mehrheit Unverändert

975

Neuer Antrag der Minderheit I (Engelberger, Frösch, Gross, Heim, Hiltpold, Hodgers, Marra, Stöckli, Tschümperlin, Zisyadis) Gemäss Entwurf der Kommission, Minderheit I

Neuer Antrag der Minderheit II (Hodgers, Frösch, Gross, Heim, Marra, Tschümperlin, Zisyadis) Gemäss Entwurf der Kommission, Minderheit II

Art. 15 al. 1a, 1, 2

Proposition de la commission: FF

Proposition de la majorité du Bureau Selon projet de la commission, minorité I

Proposition de la minorité du Bureau (Baader Caspar, Büchler, Häberli-Koller, Parmelin) Inchangé

Nouvelle proposition de la majorité Inchangé

Nouvelle proposition de la minorité l (Engelberger, Frösch, Gross, Heim, Hiltpold, Hodgers, Marra, Stöckli, Tschümperlin, Zisyadis) Selon projet de la commission, minorité l

Nouvelle proposition de la minorité II (Hodgers, Frösch, Gross, Heim, Marra, Tschümperlin, Zisyadis) Selon projet de la commission, minorité II

Engelberger Edi (RL, NW): Ich beantrage Ihnen, dem neuen Antrag der Minderheit I zuzustimmen und die Sitzverteilung in den Kommissionen nach einem feineren Proporzsystem vorzunehmen, als das bis anhin der Fall war. Damit würden bei der Kommissionssitzverteilung die gesamten Kommissionssitze proportional verteilt, wie das übrigens auch im Ständerat angewendet wird und dort auch bestens funktioniert. Deshalb ist oder wäre dies nach unserer Wahrnehmung auch für den Nationalrat richtig.

Damit bezieht sich das Resultat der Wählerinnen und Wähler nicht auf die einzelnen Kommissionen, sondern auf die gesamten Kommissionssitze des Rates. Insofern kommt auch der Wählerwille am besten zum Ausdruck, wenn man die Stärkeverhältnisse im Rat auf die Gesamtzahl der Kommissionssitze überträgt. Die Kräfteverhältnisse müssen sicher nicht zwingend in jeder einzelnen Kommission zum Ausdruck kommen oder sich widerspiegeln.

Die Kommission hat den Antrag der Minderheit I mit 13 zu 11 Stimmen knapp abgelehnt, das Büro dagegen hat ihm mit 6

Stimmen knapp abgelehnt, das Büro dagegen hat ihm mit 6 zu 4 Stimmen zugestimmt. Da muss ich wohl sagen, dass das Ergebnis ebenfalls knapp ist. Aber zusammenfassend ist für uns offensichtlich, dass dieses neue Verteilsystem den

Wählerwillen am ehesten zum Ausdruck bringt.

Dazu möchte ich darauf hinweisen, dass wir heute mit der Möglichkeit des Zusammenschlusses von Fraktionen, wie das zwischen CVP, EVP und der Grünliberalen Partei auch gemacht wurde, eine veränderte Ausgangslage haben. Es gibt eigentlich die sogenannten Breitbandfraktionen, deren Zusammensetzung in den Kommissionen ein anderes Bild ergibt, als es aufgrund der Listenverbindungen für die Nationalratswahlen der Fall war. Solche Zusammenschlüsse entsprechen also nicht unbedingt dem Wählerwillen, sondern kommen zweckorientiert zustande. Man gewinnt damit – dies das Fazit – einfach elf zusätzliche Kommissionssitze. Daraus ersehen Sie, dass das verfeinerte System der Verteilung der Kommissionssitze nach unserem Minderheitsantrag I seine absolute Berechtigung hat und Ihre Zustimmung auch verdient.

Vorlage 2

Antrag der Minderheit (Ory, Hêche, Recordon)

Rückweisung der Vorlage 2 an den Bundesrat

mit dem Auftrag, diese Vorlage dem Parlament gleichzeitig mit dem Projekt des Ersatzes für das Kampfflugzeug F-5 Tiger vorzulegen

Titel

Bundesbeschluss über den Erhalt der Fähigkeiten des F/A-18 (F/A-18 WE) vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf die Artikel 60 und 167 der Bundesverfassung, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 20. Februar 2008, beschliesst:

Art. 1 Abs. 1

Dem Erhalt der Fähigkeiten des F/A-18 (F/A-18 WE) wird zugestimmt.

Art. 1 Abs. 2

Es wird ein Verpflichtungskredit von 404 Millionen Franken für die Beschaffung von Rüstungsmaterial nach dem Verpflichtungskreditverzeichnis im Anhang bewilligt.

Art 2 Ahs 1

Der jährliche Zahlungsbedarf ist in den Voranschlag aufzunehmen.

Art. 2 Abs. 2

Die Beschaffung des Rüstungsmaterials geht zulasten des Voranschlagskredits, Finanzposition 1045/A2150.0100, Rüstungsmaterial (Verteidigung).

Art. 3

Der Bundesrat regelt die Durchführung der Beschaffung. Art. 4

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

Projet 2

Proposition de la minorité (Ory, Hêche, Recordon)

Renvoi du projet 2 au Conseil fédéral

avec mandat de présenter cet objet en même temps que le rapport sur le remplacement partiel des avions de combat F-5 Tiger

Titre

Arrêté fédéral sur la sauvegarde des capacités du F/A-18 (F/A-18 WE) du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu les articles 60 et 167 de la Constitution, vu le message du Conseil fédéral du 20 février 2008, arrête:

Art. 1 al. 1

La sauvegarde des capacités du F/A-18 (F/A-18 WE) est approuvée.

Art. 1 al. 2

Un crédit de 404 millions de francs est ouvert pour l'acquisition de matériel d'armement, selon la liste des crédits d'engagement figurant en annexe.

Art. 2 al. 1

Les crédits de paiement annuels sont inscrits au budget. Art. 2 al. 2

L'acquisition de matériel d'armement est portée à la charge du crédit budgéfaire, position financière 1045/A2150.0100, Matériel d'armement (Défense).

Art. 3

Le Conseil fédéral règle les modalités de l'acquisition. Art. 4

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Der Antrag der Minderheit für eine Vorlage 2 ist mit der Abstimmung über Artikel 1 Absatz 2 erledigt worden.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen Dagegen ... 3 Stimmen (5 Enthaltungen) 06.062

### Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221) Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite) Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Differenzen – Divergences)

Schweizerische Zivilprozessordnung

Code de procédure civile suisse

Art. 5 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Bst. gbis, h

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Recordon, Berset, Inderkum, Savary, Seydoux, Stadler) Bst. h

Festhalten

Art. 5 al. 1

Proposition de la majorité

Let. gbis, h

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Recordon, Berset, Inderkum, Savary, Seydoux, Stadler)

Let. h

Maintenir

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Erlauben Sie mir noch ein paar Sätze, bevor wir in die Detailberatung gehen. Wir haben es zwar mit vielen Differenzen zu tun, nur bei wenigen wird es aber eine grössere Diskussion geben. Ihre Kommission für Rechtsfragen beantragt Ihnen bei den meisten Punkten, sich dem Nationalrat anzuschliessen. In wenigen Bereichen will sie aber an den Beschlüssen unseres Rates festhalten. Es sind dies insbesondere zwei zentrale Punkte, zum einen das mietrechtliche Ausweisungsverfahren, Artikel 195 Absatz 2, und zum anderen das Beweisverfahren, insbesondere das Novenrecht, Artikel 223ff. Ich kann Ihnen auch sagen, dass sich die Kommission in diesen beiden Punkten einig ist und es dort keine Minderheiten gibt. Es gibt allerdings heute einen Einzelantrag Hess Hans. Dies möchte ich als Hinweis an den Nationalrat verstanden wissen. Gerade beim Beweisrecht widersetzen wir uns den Versuchen, die heutige Zürcher Zivilprozessordnung über alle anderen Zivilprozessordnungen zu stülpen, sie also zu übernehmen, nicht zuletzt auch aus verfahrensökonomischen Uberleaungen.

Die drei Minderheiten bei den Artikeln 5, 297 und 298 betreffen alle das gleiche Thema, nämlich Kindesentführungen. Ich gehe davon aus, dass der Entscheid zu Artikel 5 dann auch für die anderen beiden Artikel gilt. Bei zwei weiteren Artikeln, 143 Absatz 2 Buchstabe b. Fristenstillstand bei vereinfachten Verfahren, und Artikel 197, Paritätische Schlichtungsbehörden, hält Ihre Kommission ebenfalls an Ihren Beschlüssen fest.

Nun zu Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe gbis: Ihre Kommission folgt dem Nationalrat, der hier eingefügt hat, dass Streitigkeiten nach dem Kollektivanlagengesetz und nach dem Bör-

sengesetz von einer einzigen kantonalen Instanz beurteilt werden sollen. Nach Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe c des bundesrätlichen Entwurfs könnten Streitigkeiten nach dem Kollektivanlagengesetz einem Handelsgericht zugewiesen werden. Solche Gerichte bestehen aber erst in vier Kantonen. Für börsenrechtliche Streitigkeiten gilt nach dem Entwurf immer der normale doppelte Instanzenzug auf kantonaler Ebene, wie er im Bundesgerichtsgesetz verlangt wird. Die Verfahren nach den beiden Gesetzen sind in Sachen Komplexität und Spezialität durchaus mit jenen nach dem Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht zu vergleichen. Kantonale Obergerichte oder, wo vorhanden, Handelsgerichte sind für die Beurteilung solcher Streitigkeiten besser geeignet als untere Instanzen. Wir stimmen deshalb dem Nationalrat zu.

Artikel 5 Absatz 1 Litera h betrifft, wie ich erwähnt habe, auch die Artikel 297 und 298. Das Bundesgesetz über internationale Kindesentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen enthält auch zivilprozessuale Regelungen. Dieses Spezialgesetz ist erst am 21. Dezember 2007 verabschiedet worden, also nach der ersten Beratung der Zivilprozessordnung (ZPO) im Ständerat. Es stellte sich uns daher die Frage, ob man diese Regelungen im Sinne des Kodifikationsprinzips aus dem Spezialgesetz herausbrechen und in die ZPO integrieren solle. Der Nationalrat will, dass die Bestimmung im Spezialgesetz belassen wird, weil es ein Anliegen der Praxis ist, in diesem Spezialgesetz alle Spezialbestimmungen beieinanderzuhaben. Mit diesem Spezialgesetz arbeiten ja nicht nur Zivilgerichte, sondern insbesondere auch die zentralen Behörden des Bundes und der Kantone, und für die Spezialisten dieser Behörden ist es einfach angenehmer, wenn alles im Spezialgesetz geregelt wird. Man kann nicht alles in die ZPO übernehmen, weil es über weite Strecken auch um verwaltungsrechtliche Belange geht.

Die Kommission wollte wissen, nach welchen Kriterien im übrigen Recht etwas aufgehoben und in die ZPO übernommen wird. Denn dass die jeweiligen Fachpersonen alle verfahrensmässigen Bestimmungen zu ihren Bereichen in einem Gesetz beieinanderhaben möchten, gilt natürlich überall. Die Verwaltung strebt im Prinzip eine prozessuale Gesamtkodifikation an. Deshalb werden bestehende materielle bundesrechtliche Verfahrensbestimmungen in die ZPO überführt. Von diesem Prinzip weicht der Nationalrat im konkreten Fall ab, weil sich dieser Fall von anderen Gesetzgebungen dadurch unterscheidet, dass das formelle Recht im erwähnten Spezialgesetz eigentlich der Hauptregelungsgegenstand ist. Die Zentralbehörde internationale Kindesentführungen ist dem Bundesamt für Justiz unterstellt. Die entsprechenden Spezialisten, die auch in engem Kontakt mit den kantonalen Zentralbehörden stehen, haben sich in der hausinternen Diskussion schliesslich mit ihrem Wunsch durchgesetzt, alle einschlägigen verwaltungsrechtlichen und zivilprozessualen Verfahrensbestimmungen im Spezialgesetz zu belassen.

Die Kommission war gespalten: Die Mehrheit – sie ergab sich durch Stichentscheid des Präsidenten – schloss sich dem Nationalrat an. Die Minderheit beharrt auf der ursprünglichen Fassung.

Recordon Luc (G, VD): Il s'agit ici de savoir si nous fixons dans le Code de procédure civile lui-même l'idée d'une instance cantonale unique pour les questions ayant trait au retour d'enfants enlevés, pour lesquelles, comme l'a dit le rapporteur, il y a une législation spéciale. On peut évidemment avoir des points de vue divergents à cet égard. Il nous semble néanmoins que la clarté de la rédaction du Code de procédure civile et l'importance de l'objet qui en ressort, tout autant que la nécessité de voir effectivement les cantons avoir une instance unique dans ce domaine, parlent en faveur d'une solution conforme à ce que le Conseil fédéral nous a proposé dans son projet.

Il est en effet – pour insister sur l'aspect le plus important – fondamental que les questions ayant trait à ces retours d'enfants enlevés soient traitées par une instance à la fois spé-

cialisée, familière de ces problèmes et rapide, mais qu'elle soit néanmoins suffisamment proche de la réalité du terrain, comme peut l'être une instance cantonale. Et une instance cantonale unique répond bien à l'ensemble de ces critères et à cette conception.

C'est pour cette raison qu'une minorité assez composite et assez importante de la commission vous prie de bien vouloir en rester au texte du Conseil fédéral.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, der Mehrheit zu folgen. Es geht hier lediglich um die Frage, wo das gerichtliche Verfahren zur Rückführung entführter Kinder geregelt werden soll. Folgen Sie der Minderheit, wird es sowohl in der ZPO als auch im Bundesgesetz über internationale Kindesentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen geregelt. Das ist zwar nicht falsch, aber überflüssig und aus systematischer Sicht nicht eben schön. Eine ausschliess-liche Regelung in einem der beiden Gesetze ist vorzuziehen. Der Nationalrat und die Mehrheit Ihrer Kommission haben sich für eine Regelung im Spezialgesetz entschieden. Sie tragen damit auch einem Anliegen aus der Praxis Rechnung.

Die internationalen Kindesentführungen sind rechtlich und menschlich sehr komplex. Deshalb verlangt ja auch das Bundesrecht für die gerichtlichen Entscheide jeweils eine einzige kantonale Instanz. So kann das nötige Know-how entwickelt und auch dem Faktor Zeit entsprechend Rechnung getragen werden. Involviert sind nicht nur die Zivilgerichte, involviert ist auch die zentrale Behörde des Bundes. Gerichte und Verwaltung müssen koordiniert vorgehen. In der ZPO können wir aber nur die Aufgaben der Zivilgerichte regeln, das Verfahren vor der Zentralbehörde bliebe im Spezialgesetz. Ein solches Splitting wäre weder zweckmässig noch benutzerfreundlich. Es ist einfacher, und es ist auch praktikabler, sämtliche Aspekte der Kindesentführung in einem einzigen Erlass zu regeln.

Das ist eine rein technische Bereinigung, materiell ändern wird sich nichts. Ich bin überzeugt, dass das eine sachgerechte Lösung ist, und man muss sich auch überlegen, dass das Kodifikationsprinzip ja nicht einfach um seiner selbst willen gilt. Prozessrecht ist in diesem Sinne dienendes Recht. Entscheidend müssen immer die Bedürfnisse der Praxis sein.

Ich möchte Sie darum bitten, der Mehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit ... 24 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 8 Stimmen

Art. 6 Abs. 3 Bst. a, c; 6a; 39bis; 45 Abs. 1 Bst. c Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 6 al. 3 let. a, c; 6a; 39bis; 45 al. 1 let. c Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

#### Art. 52 Abs. 1

Antrag der Kommission

Verhandlungen und eine allfällige mündliche Eröffnung des Urteils sind öffentlich. Die Entscheide werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

### Art. 52 al. 1

Proposition de la commission

Les débats et une éventuelle communication orale du jugement sont publics. Les décisions doivent être rendues accessibles au public.

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Der Nationalrat will hier sicherstellen, dass allfällige mündliche Eröffnun-

726

gen eines Urteils öffentlich erfolgen. Die Möglichkeit einer schriftlichen Urteilseröffnung wird damit aber nicht ausge-

Zur Darstellung auf der Fahne ist noch anzumerken, dass der Nationalrat nicht beabsichtigte, den zweiten Satz von Absatz 1 zu streichen. Der Antrag der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates war auf der Fahne für die nationalrätliche Debatte falsch wiedergegeben. Der zweite Satz sollte nicht gestrichen werden. Entsprechend modifizieren wir den nationalrätlichen Beschluss folgendermassen: «Verhandlungen und eine allfällige mündliche Eröffnung des Urteils sind öffentlich. Die Entscheide werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.» Ich wollte das zuhanden des Protokolis festhalten.

Angenommen - Adopté

Art. 62 Abs. 2; 66 Abs. 2 Bst. b. d; 90 Abs. 2; 95; 2. Kapitel Titel; Art. 109; 114 Abs. 1; 116 Abs. 1 Bst. c; 120; 121 Abs. 1; 122 Abs. 2; 127 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 62 al. 2; 66 al. 2 let. b, d; 90 al. 2; 95; chapitre 2 titre; art. 109; 114 al. 1; 116 al. 1 let. c; 120; 121 al. 1; 122 al. 2; 127 al. 2

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 143 Abs. 2 Bst. b Antrag der Kommission Festhalten

Art. 143 al. 2 let. b Proposition de la commission Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 146 Abs. 1 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 151a

Antrag der Kommission Titel

Beweisverfügung

Text

Vor der Beweisabnahme werden die erforderlichen Beweisverfügungen getroffen. Darin sind insbesondere die zugelassenen Beweismittel zu bezeichnen, und es ist zu bestimmen, welcher Partei zu welchen Tatsachen der Haupt- oder der Gegenbeweis obliegt. Beweisverfügungen können jederzeit abgeändert oder ergänzt werden.

### Art. 151a

Proposition de la commission Titre Ordonnances sur preuves Texte

Les ordonnances de preuves nécessaires sont rendues avant l'administration des preuves. Elles désignent en particulier les moyens de preuve admis et déterminent à quelle partie incombe la preuve ou la contre-preuve de quels faits. Elles peuvent être modifiées ou complétées en tout

Angenommen – Adopté

Art. 152

Antrag der Kommission

Titel

Beweisabnahme

Abs. 0

Die Beweisabnahme kann ...

Abs. 1

Streichen

Art. 152

Proposition de la commission

Administration des preuves

L'administration des preuves peut ...

Al. 1 Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 185a

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 185a

Proposition de la commission

Biffer

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Bei Artikel 185a gibt es eine Differenz, die wir aufrechterhalten wollen. Der Nationalrat will mit dieser Bestimmung Privatgutachten in den Katalog der Beweismittel aufnehmen. Nach herrschender Lehre und Rechtsprechung sind Privatgutachten aber keine eigentlichen Beweismittel, sondern Parteibehauptungen, wobei die Grenzen natürlich fliessend sind. Im Rahmen der freien Beweiswürdigung kann und muss der Beweiswert eines Privatgutachtens derart abgeschwächt werden, dass man nicht mehr weit von einer besonders substanziellen Parteibehauptung entfernt ist. Die Streichung dieser Bestimmung hindert Parteien nicht daran, Privatgutachten einzureichen. Die Gerichte können diese Gutachten lesen und damit machen, was sie wollen. Wenn man die Privatgutachten aber hier unter den Beweismitteln aufführt, gibt man ihnen einen falschen Stellenwert, denn die Gutachter richten sich immer nach ihren Auftraggebern.

Wir beantragen Ihnen deshalb Streichung dieser Bestimmung; wir haben einen entsprechenden Antrag unseres Kol-

legen Bürgi angenommen.

Angenommen – Adopté

Art. 195

Antrag der Kommission

Abs. 1 Bst. c-e

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Streichen

Antrag Hess

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 195

Proposition de la commission

Al. 1 let. c-e

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2 Biffer



Proposition Hess Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Das ist, ich habe es eingangs gesagt, sicher einer der beiden zentralen Punkte der heutigen Diskussion. Bei dieser Bestimmung geht es um das mietrechtliche Verfahren, das den Nationalrat sehr stark beschäftigt hat. Der Nationalrat will mit dieser Bestimmung die Sonderregelung von Artikel 274g OR tel quel in die ZPO überführen. Ihre Kommission ist einstimmig der Auffassung, dass wir an unserem Beschluss und damit am Entwurf des Bundesrates festhalten sollten. Da dies eine der beiden grossen Differenzen ist, hole ich hier etwas aus. Wir haben

zu diesem Punkt auch noch einen Antrag Hess.

Artikel 274g OR regelt, dass die Schlichtungsbehörde die Kündigungsanfechtung bzw. das Erstreckungsgesuch des Mieters an den Ausweisungsrichter zu überweisen hat, wenn der Vermieter bei diesem ein Ausweisungsgesuch gestellt hat oder nachträglich stellt. Damit soll verhindert werden, dass unberechtigte Kündigungsanfechtungen und Erstreckungsgesuche die Ausweisung in die Länge ziehen. Auch der Bundesrat und unser Rat, der Erstrat ist, wollen natürlich nicht, dass unberechtigte Kündigungsanfechtungen und Erstreckungsgesuche das Ausweisungsverfahren verlängern. Diese spezifische mietrechtliche Regelung soll jedoch durch eine allgemeine ersetzt werden, die auch für

alle anderen Materien gilt.

Die erwähnten Streitigkeiten sollen in klaren Fällen neu im Rahmen des schnellen Rechtsschutzes nach Artikel 253 ZPO behandelt werden. Mietrechtliche Streitigkeiten sollen eigentlich immer über die sachverständigen und sehr erfolgreich arbeitenden mietrechtlichen Schlichtungsstellen laufen. Dieser Grundsatz gilt bereits heute, wird von Artikel 274g OR jedoch durchbrochen, indem die Schlichtungsbehörde übersprungen werden kann, wenn es um eine Ausweisung infolge einer ausserordentlichen Kündigung geht. Das leuchtet ohne Weiteres ein, wenn evident ist oder liquide bewiesen werden kann, dass eine ausserordentliche Kündigung berechtigt ist, beispielsweise bei einer Kündigung wegen Zahlungsverzug, Konkurs oder schwerer Pflichtverletzung. In solchen Fällen ist nach Artikel 272a OR eine Erstreckung des Mietverhältnisses gesetzlich ausgeschlossen. Der Umweg über die Schlichtungsbehörde wäre für den Vermieter ein unnötiger Zeitverlust. Entsprechend muss hier eine Spezialregel greifen. Über Artikel 253 räumt die ZPO in diesen Fällen den direkten Weg zum Ausweisungsrichter ein.

Der Rechtsschutz in klaren Fällen ist ein neues Institut, das es bereits in verschiedenen Kantonen gibt. Es handelt sich um ein typisches Summarverfahren, das aber materielle Rechtskraft zeitigt. Damit gelingt es auch, den verfahrensmässigen Widerspruch von Artikel 274g OR zu vermeiden. Bei Artikel 274g OR wird nämlich ein klassisches Summarverfahren, eben das Ausweisungsverfahren, mit einer Frage kombiniert, die in einem einlässlichen Prozess zu klären ist, nämlich die Frage, ob eine ausserordentliche Kündigung gültig ist oder nicht. Die neue allgemeine Regelung der ZPO geht noch einen Schritt weiter, und zwar zugunsten der Vermieter. Diese können neu auch nach einer ordentlichen Kündigung diesen schnellen Weg immer beanspruchen, wenn die Mieter eine Kündigung nicht fristgerecht anfechten oder ihre Wohnung sonst nicht verlassen. Nach geltendem OR wären die Vermieter in diesen Fällen gezwungen, zunächst über die Schlichtungsbehörde zu gehen. Das macht aber ebenfalls keinen Sinn.

Auf der anderen Seite gibt es auch ausserordentliche Kündigungen, deren Berechtigung nicht evident ist, beispielsweise Kündigungen aus wichtigen Gründen nach Artikel 266g OR. Bei der Prüfung der Frage, ob ein wichtiger Grund vorliegt oder nicht, hat das Gericht grossen Auslegungsspielraum. Es muss auch die Frage der Erstreckung des Mietverhältnisses prüfen. Das ist eigentlich ein typischer Fall, der vor die sachverständige Schlichtungsbehörde gehört. Der Vermieter kann ja auch nicht fristlos kündigen, sondern hat eine drei-

monatige Kündigungsfrist einzuhalten. In diesem Fall einer ausserordentlichen Kündigung ist der vom OR heute eingeräumte Weg zum Ausweisungsrichter nicht sehr plausibel. Wir wollen also die bisherige Regelung durch eine ersetzen, die nicht zwischen ordentlicher und ausserordentlicher Kündigung unterscheidet, sondern danach differenziert, ob die Sach- und Rechtslage klar ist oder nicht. Immer wenn sie klar ist, steht der Weg über ein rasches Summarverfahren nach Artikel 253 ZPO offen; wenn sie es nicht ist, greift das ordentliche Verfahren, das bei der Schlichtungsbehörde beginnt. Diese Differenzierung nach der Liquidität der Sachund Rechtslage ist viel sachgerechter als die Unterscheidung zwischen ordentlicher und ausserordentlicher Kündigung.

Mit dem Bundesrat ist Ihre Kommission daher dezidiert der Meinung, dass man mit Artikel 253 einen konsequenten Systemwechsel vornehmen sollte. Dieses allgemeingültige Rechtsinstitut ist eine ausgewogene Lösung, die beiden Seiten dient. Es gibt Konstellationen, bei denen der Vermieter mit der neuen Regelung rascher zu seinem liquiden Recht kommt. Umgekehrt gibt es auch Fälle, in denen der Vermieter über die Schlichtungsstelle gehen muss, was durchaus

im Sinne der Mieterseite ist.

Wir beantragen Ihnen deshalb Festhalten und somit die Streichung von Absatz 2.

Hess Hans (RL, OW): Ich danke dem Berichterstatter für die ausführliche Begründung der Haltung der Kommission. Leider kannte ich diese Begründung nicht, ich hatte keinen Zugang zum Protokoll. Ich kann Ihnen jetzt mitteilen, dass ich mit dem Hinweis auf Artikel 253 ZPO meinen Antrag zurückziehe. Ich bedauere ausserordentlich, dass ich über das Wochenende so viel Aufwand betrieben habe. Ich habe erst heute Morgen einen Kollegen kontaktiert, und schon er hat mir gesagt, dass es falsch sei, was ich mache. Aber jetzt steht es im Amtlichen Bulletin, und die Nachwelt weiss, was man wirklich will.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich bin froh, dass Herr Hess seinen Antrag zurückzieht. Das Konzept der ZPO ist einfach und klar und auch weder zugunsten des Vermieters noch zugunsten des Mieters, sondern wirklich neutral. Eindeutige Fälle gehen an den Ausweisungsrichter, nichtliquide Fälle beginnen bei der Schlichtungsbehörde. Noch klarer und einfacher kann man es also fast nicht machen. Ich denke, es ist gut, wenn wir diese Regelung so übernehmen.

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Es ist gut, wenn auch Bundesräte froh sind. (Heiterkeit) Der Antrag Hess ist zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission Adopté selon la proposition de la commission

Art. 197 Abs. 2 Antrag der Kommission Festhalten

Art. 197 al. 2 Proposition de la commission Maintenir

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Diese Änderung betrifft die Frage, wie die paritätischen Schlichtungsbehörden zusammengesetzt sein sollen beziehungsweise inwieweit der Bund in der ZPO verbindliche Vorschriften machen soll. Die Rechtslage ist in den Kantonen sehr unterschiedlich. Der Nationalrat will für die Schlichtungsbehörden lediglich die Geschlechterparität vorschreiben und den Rest den Kantonen überlassen. Ihre Kommission ist der Auffassung, das Feld sei ganz den Kantonen zu überlassen, da diese mit der Umsetzung der neuen Vorschriften schon genug zu tun haben. Die Kommission hat einem entsprechenden Antrag von Kollege Recordon auf Festhalten zugestimmt.

Angenommen - Adopté

Art. 199 Abs. 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 199 al. 4
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 206 Abs. 1, 3, 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 206 al. 1, 3, 4
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Wir haben das mietrechtliche Verfahren schon ausgiebig diskutiert. Es geht hier um die Rollenverteilung in mietrechtlichen Prozessen vor erster ordentlicher Instanz. Artikel 206 regelt den Fall, dass es vor der Schlichtungsbehörde zu keiner Einigung kommt und die Schlichtungsbehörde entsprechend eine Klagebewilligung erteilt.

Der Nationalrat will, dass diese Bewilligung bei Anfechtungen von Miet- und Pachtzinserhöhungen dem Vermieter oder Verpächter erteilt wird beziehungsweise dass ihm die Klägerrolle zugeteilt wird. Das entspricht eigentlich dem geltenden Recht von Artikel 274f OR. Diese Änderungen lassen sich mit Verweis auf das geltende Recht und auf die Besonderheiten des sozialpolitisch geprägten Mietrechtes rechtfertigen. Der Nationalrat hat darüber diskutiert, das gesamte mietrechtliche Verfahren im OR zu belassen, hat dies dann aber verworfen und im Sinne einer Kompromisslösung diese Spezialbestimmung in die ZPO übernommen.

Die Kommission empfiehlt Ihnen, sich dem Nationalrat anzuschliessen, zumal der Entscheid dort relativ klar ausgefallen ist

Angenommen – Adopté

Art. 207 Abs. 1 Bst. b; 208 Abs. 1, 2, 2bis
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 207 al. 1 let. b; 208 al. 1, 2, 2bis Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 223bis; 224; 225 Abs. 1, 2; 226; 227 Antrag der Kommission Festhalten

Art. 223bis; 224; 225 al. 1, 2; 226; 227 Proposition de la commission Maintenir

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Hier geht es jetzt um den zweiten wichtigen Punkt, bei dem wir weiterhin eine Differenz aufrechterhalten wollen. Der Nationalrat hat hier eine Konzeptänderung beschlossen. Die Artikel 223bis bis 227 hängen zusammen. Es geht hier um die Frage, bis wann und unter welchen Voraussetzungen einerseits eine Klageänderung vorgenommen werden kann und anderseits vor allem sogenannte Noven, das sind neue Tatsachen und Beweismittel, vorgebracht werden können.

Gemäss Nationalrat können Noven bis und mit den ersten Parteivorträgen unbeschränkt vorgebracht werden. Dementsprechend ist auch eine Klageänderung zulässig. Die Lösung des Ständerates ist griffiger, indem ein früher endender Zeitraum festgelegt wird, während dem unbeschränkt Noven vorgebracht und Klageänderungen vorgenommen werden können. Dieser Zeitraum beginnt nach der Instruktionsverhandlung und endet vor der Hauptverhandlung. Danach sind Noven nur noch zulässig, wenn sie ohne Verzug vorgebracht werden und trotz zumutbarer Sorgfalt nicht vorher vorgebracht werden konnten. Der Ständerat war und Ihre Komnission ist noch immer der Ansicht, dass dies im Interesse der Verfahrensbeschleunigung liegt. Sie beantragt Ihnen daher, bei den Artikeln 223bis bis 227 an den ständerätlichen Beschlüssen festzuhalten.

Auch der Bundesrat hat seine Meinung geändert. Er hält die ständerätliche Version für die bessere. Es ist in der Tat ein Unding, wenn jemand an die Hauptverhandlung kommen und dort schrankenlos Noven vorbringen kann. Das Problem dabei ist, dass die Gegenpartei plötzlich mit Neuerungen konfrontiert ist, die noch nie Prozessthema waren. Um die Waffengleichheit und das rechtliche Gehör nicht zu verletzen, muss dann der Prozess fairerweise vertagt werden. Was bringt die Novenschranke des Nationalrates überhaupt, wenn sie sich nur auf den zweiten Teil der Hauptverhandlung bezieht? Herr Direktor Leupold hat nach Beispielen gesucht und uns in der Kommission das folgende vorgetragen: «Wenn die Kuh, um die gestritten wird, vor dem Gerichtsgebäude angebunden wird und nach dem ersten Parteivortrag von einem Blitz erschlagen wird, haben wir wahrscheinlich ein echtes Novum.»

Wir haben entsprechenden Anträgen unserer Kollegen in der Kommission – insbesondere die Kollegen Inderkum und Recordon haben sich geäussert – zugestimmt und beantragen Ihnen Festhalten.

Auch bei Artikel 243 Absätze 2 und 3 geht es um das Novenrecht im vereinfachten Verfahren. Unser Rat hat bei Artikel 243 Absatz 1 die vom Bundesrat vorgesehene milde Untersuchungsmaxime in eine ausgebaute richterliche Frage-pflicht umgewandelt. Absatz 2 des bundesrätlichen Entwurfes beziehungsweise Absatz 3 des nationalrätlichen Beschlusses hat hingegen schon eine weiter gehende Bedeutung. Nach der bundesrätlichen Fassung mit der milden Untersuchungsmaxime muss man Noven bis zur Urteilsberatung beachten. Nach der ständerätlichen Fassung gelten die soeben behandelten allgemeinen Regeln. Der Nationalrat hat zwar die in Absatz 1 eingeführte Fragepflicht belassen, in Absatz 3 aber explizit wieder die Regelung eingebracht, wonach Noven bis zur Urteilsberatung unbeschränkt zu beachten sind. Bei der Differenz bei Artikel 243 Absatz 2 geht es also darum, dass der Sachverhalt in miet- und pachtrechtlichen Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken von Amtes wegen festzustellen ist. Wir haben es hier also eigentlich mit einem Anwendungsbereich der Untersuchungsmaxime zu tun, die sich von der neuen, ausgebauten richterlichen Fragepflicht unterscheidet.

In Absatz 3 findet sich die vorhin angesprochene Differenz. Nach meiner Erinnerung hat der Nationalrat nicht bewusst entschieden, diese Bestimmung wiederaufzunehmen. Ihre Kommission ist mit dem nationalrätlichen Beschluss zu Absatz 2 einverstanden. Absatz 3 will Ihre Kommission streichen, weil sie jetzt generell entschieden hat, bis wann Noven vorgebracht werden können. Davon wollen wir nicht abweichen. Daher sind wir für Streichung von Absatz 3.

Zu den letzten beiden Artikeln, wo es auch um das Novenrecht geht, zuerst zu Artikel 306 Absatz 2: Die vom Nationalrat geschaffene Differenz ist hier mit Blick auf die Systematik eigentlich falsch. Wenn man diese Bestimmung beschliessen will, soll man es bei Artikel 314 tun. Beides lehnt Ihre Kommission aus inhaltlichen Gründen dezidiert ab, denn es ist unlögisch, im Berufungsverfahren das Novenfenster weiter zu öffnen als zuletzt im erstinstanzlichen Verfahren. Es kann nicht angehen, dass im Berufungsverfahren wiederum beschränkt Noven vorgebracht werden können und so der Prozess von vorn beginnt. Wir

06.062

haben diesen Absatz deshalb gestrichen. Im Nationalrat ist er übrigens auch nur sehr knapp - mit 73 zu 71 Stimmen beschlossen worden.

Zu Artikel 314: In diesem Zusammenhang ist es auch sinnvoll, diesen Artikel zu behandeln. Hier geht es darum, was man im zweitinstanzlichen Verfahren noch vorbringen darf. Es ist zwingend, dass man hier denselben Entscheid trifft wie im gesamten Konzept zu den Artikeln 223bis und folgende. Das sind die Artikel, zu welchen ich schon Stellung genommen habe.

Ihre Kommission hält deshalb am ständerätlichen Konzept im gesamten Bereich des Novenrechtes fest und bittet Sie, diesem ebenfalls zuzustimmen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich werde gerade Artikel 223bis bis Artikel 227 abhandeln; dann wäre das auch erledigt.

Der Entwurf des Bundesrates sieht ja vor, dass neue Tatsachen und Beweismittel bis zum Beginn der Hauptverhandlung, also bis und mit den ersten Parteivorträgen, möglich sein sollen. Nach diesem Zeitpunkt soll dann diese Schranke greifen. Nur echte und entschuldbar unechte Noven sind dann noch zulässig. Dieses Modell kennen heute verschiedene kantonale Prozessordnungen; diesem Konzept ist auch der Nationalrat gefolgt. Dem Ständerat ging es zu weit. Noven sollen gemäss dem Beschluss des Ständerates nur im Vorbereitungsverfahren unbeschränkt zulässig sein. Wenn es zur Hauptverhandlung kommt, dürfen ab Beginn dieser Hauptverhandlung nur noch echte und entschuldbar unechte Noven zugelassen werden.

Welche Lösung ist nun die bessere, diejenige des Entwurfes des Bundesrates oder diejenige gemäss dem Beschluss des Ständerates? Beide liegen relativ nahe beieinander. Der Bundesrat empfiehlt Ihnen aber, der strengeren Lösung Ihres Rates zu folgen. Warum? Diese Lösung ist moderat; sie entspricht im Übrigen im Wesentlichen dem Entwurf der Expertenkommission; sie bedeutet kein striktes Novenverbot, sodass es durchaus möglich ist, echte und entschuldbar unechte Noven auch noch in der Verhandlung vorzubringen; Ihr Beschluss bringt zudem eine Straffung des Verfahrens mit sich, was wir alle ja auch befürworten. Wenn man weiter geht und - wie im Entwurf vorgesehen - an der Hauptverhandlung noch Noven zulässt, besteht die Gefahr, dass die Hauptverhandlung zu einer Überraschungsparty verkommt und der Prozess natürlich auch unnötig in die Länge gezogen werden kann.

Wir denken, dass der Beschluss des Ständerates im Sinne der Prozessökonomie auch von unserer Seite her zu unterstützen ist.

Angenommen - Adopté

Art. 239 Abs. 2 Bst. c, Abs. 3 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 239 al. 2 let. c, al. 3 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 243 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Abs. 3 Streichen

#### Art. 243

Proposition de la commission Al. 2 Adhérer à la décision du Conseil national Al. 3

Angenommen – Adopté

Art. 246 Bst. b Ziff. 0 Antrag der Kommission Streichen

Antrag Hess Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 246 let. b ch. 0. Proposition de la commission Biffer

Proposition Hess Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Nachdem wir bei Artikel 195 Absatz 2 nicht die Regelung von Artikel 274g OR in die ZPO übernommen haben, sondern uns für das klare System von Artikel 253 ZPO entschieden haben, braucht es diese Ergänzung hier nicht. Diese Kompetenz ergibt sich jetzt direkt aus Artikel 253. Konsequenterweise ist die eingefügte Ziffer wieder zu streichen. Ich denke, dass Kollege Hess auch damit einverstanden ist; das ist das gleiche Thema wie vorhin.

Hess Hans (RL, OW): Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission Adopté selon la proposition de la commission

#### Art. 285

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

#### Art. 291 Abs. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates (die Änderung betrifft nur den französischen Text)

### Art. 291 al. 1

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

#### Art. 294 Abs. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 294 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

### Art. 297 Abs. 2

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit (Recordon, Berset, Inderkum, Savary, Seydoux, Stadler) Streichen (vgl. Art. 5 Abs. 1 Bst. h)

#### Art. 297 al. 2

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité (Recordon, Berset, Inderkum, Savary, Seydoux, Stadler) Biffer (cf. art. 5 al. 1 let. h)

### Art. 298

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit (Recordon, Berset, Inderkum, Savary, Seydoux, Stadler) Festhalten (vgl. Art. 5 Abs. 1 Bst. h)

#### Art. 298

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité (Recordon, Berset, Inderkum, Savary, Seydoux, Stadler) Maintenir (cf. art. 5 al. 1 let. h)

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Ich gehe davon aus, dass über die Artikel 297 und 298 bei Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe h entschieden worden ist.

Recordon Luc (G, VD): Il est exact que le vote auquel nous avons procédé tout à l'heure me paraît régler la question pour l'article 297.

Toutefois, pour l'article 298, j'avoue que je ne suis pas absolument certain que la loi spéciale règle la chose de la même manière. Mais peut-être que Madame la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf pourra nous dire si, en effet, l'article 298 est réglé exactement de la même manière dans la loi spéciale. Si c'était le cas, mon amendement pourrait aussi être retiré à l'article 298, mais je n'en suis pas sûr.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Zu Artikel 298: Es handelt sich nur um die Frage, in welchem Gesetz das geregelt wird; es gibt materiell keine Änderung.

Ich möchte zuhanden des Amtlichen Bulletins noch etwas nachtragen, denn da besteht auch eine Abweichung: Bei Artikel 243 bin ich mit der Fassung des Ständerates einverstanden. Es kann sich ja auch um eine Angelegenheit handeln, in der die Verhandlungsmaxime gemäss Artikel 245 Absatz 1 gilt. Da muss die gleiche Novenschranke gelten wie im ordentlichen Verfahren, sonst würde der Prozess unnötig in die Länge gezogen.

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Der Antrag der Minderheit zu Artikel 298 ist zurückgezogen worden, derjenige zu Artikel 297 wurde bereits mit der Abstimmung zu Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe h erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 306 Abs. 2
Antrag der Kommission
Streichen

Art. 306 al. 2
Proposition de la

Proposition de la commission Biffer

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Wenn man das Novenende vor der Hauptverhandlung ansetzt und nicht bei der Hauptverhandlung, dann muss man bei der Berufungsinstanz logischerweise dasselbe machen. Das Novenrecht, es wurde gesagt, ist an sich systematisch nicht hier zu regeln.

Aber auch aus inhaltlichen Gründen muss der Beschluss des Nationalrates abgelehnt werden, d. h., es ist der Antrag Ihrer Kommission zu unterstützen. Es ist so, dass der bundesrätliche Entwurf einen Kompromiss bringt: Noven können vor der Berufungsinstanz vorgebracht werden, aber nicht unbeschränkt, sondern im gleichen Rahmen wie zuletzt noch an der Hauptverhandlung der ersten Instanz. Das entspricht in der Logik dann wieder dem, was Sie bereits entschieden haben. Man darf in der zweiten Instanz das Novenfenster nicht weiter öffnen, als man es in der letzten Instanz geöffnet hat.

Angenommen – Adopté

#### 2. Abschnitt Titel

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Section 2 titre

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

#### Art. 314

Antrag der Kommission Festhalten

#### Art. 314

Proposition de la commission Maintenir

Angenommen - Adopté

### Art. 318 Abs. 1

Antrag der Kommission ... innert 30 Tagen seit Zustellung des begründeten ...

#### Art. 318 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national (la modification ne concerne que le texte allemand)

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Der Entwurf sah eine Beschwerdefrist von 20 Tagen vor. Das Anfechtungsobjekt ist hier in der Regel weniger komplex, sodass im Sinne der Verfahrensbeschleunigung eine kürzere Frist durchaus gerechtfertigt ist. Der Nationalrat hat die Einheitlichkeit der Rechtsmittelfristen in den Vordergrund gestellt und die Frist auf 30 Tage verlängert. Auch wenn unser Rat sich hier dem Nationalrat anschliesst, gibt es keine vereinheitlichte Rechtsmittelfrist, denn für die Anfechtung von Summarentscheiden gilt eine Frist von 10 Tagen. Wir denken, dass es richtig ist, nach Gewicht und Dringlichkeit des Anfechtungsobjektes zu differenzieren. Im Nationalrat fiel der Entscheid mit 129 zu 17 Stimmen deutlich aus.

Ihre Kommission schliesst sich in Bezug auf die Frist von 30 Tagen dem Nationalrat an, hält aber an der Formulierung unseres Rates fest, will den Begriff der Zustellung also nicht durch den der Eröffnung ersetzen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat kann mit dieser dreissigtägigen Frist leben. Die Frist darf richtigerweise aber erst mit der Zustellung des begründeten Entscheids oder der nachträglichen Entscheidbegründung zu laufen beginnen. Ich denke, es handelt sich hier um ein Versehen des Nationalrates.

Ich möchte Sie bitten, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 320; 341 Abs. 1; 343 Abs. 1 Bst. a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 320; 341 al. 1; 343 al. 1 let. a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts Abrogation et modification du droit en vigueur

Ziff. Il Ziff. 2, 5, 12, 18

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II ch. 2, 5, 12, 18
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

07.098

### Patentanwaltsgesetz Loi sur les conseils en brevets

Erstrat - Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 07.12.07 (BBI 2008 407) Message du Conseil fédéral 07.12.07 (FF 2008 327) Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Erstrat – Premier Conseil) Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Fortsetzung – Suite)

07.099

### Patentgerichtsgesetz Tribunal fédéral des brevets. Loi

Erstrat - Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 07.12.07 (BBI 2008 455) Message du Conseil fédéral 07.12.07 (FF 2008 373) Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Erstrat – Premier Conseil) Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Fortsetzung – Suite)

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Zunächst zum Geschäft 07.098, Patentanwaltsgesetz: Innovation und Produkte auf hohem Forschungs- und Entwicklungsniveau sind zentral für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand. Bei innovativen Produkten stellt sich die Frage nach dem Erfindungsschutz. In diesem Zusammenhang ist die Patentberatung zentral. Das Patentrecht ist eine Disziplin, die Fachkompetenz und viel Erfahrung voraussetzt. Heute kann jede Person die Vertretung und Beratung in Patentsachen wahrnehmen, unabhängig davon, ob sie die besonderen fachlichen Anforderungen an den Beruf erfüllt oder nicht. Fehlt bei Patentanwältinnen und Patentanwälten die fachliche Kompetenz. kann dies verheerende Folgen haben. Denn Patente sind oft die entscheidende Investition in den wirtschaftlichen Erfolg. Heute ist die Qualitätssicherung bei den beratenden Anwältinnen und Anwälten nicht gewährleistet.

Ziel des vorliegenden Geschäftes ist es, die fachliche Qualität bei der Beratung und Vertretung in Patentsachen zu gewährleisten. Das soll mit der Einführung eines Titelschutzes erreicht werden. Spezifische Berufsqualifikationen sollen das Führen bestimmter Berufsbezeichnungen erlauben. Der geschützte Titel soll die fachliche Befähigung gewährleisten. Das Patentanwaltsgesetz sieht vor, dass die Berufsbezeichnung Patentanwältin oder Patentanwalt nur von Personen verwendet werden darf, welche in ein Patentanwaltsregister eingetragen sind und nachgewiesenermassen die für diesen Eintrag geforderten Berufsqualifikationen haben. Dazu ge-

hören ein natur- oder ingenieurwissenschaftlicher Hochschulabschluss, eine bestandene Patentanwaltsprüfung und Berufserfahrung. Personen, die sich nicht in das Patentanwaltsregister eintragen lassen wollen, können nach wie vor die gewerbsmässige Beratung und Vertretung in Patentsachen wahrnehmen, sie müssen jedoch eine andere Berufsbezeichnung, wie zum Beispiel Patentvertreter oder Patentberater, wählen.

Die Einführung des Titelschutzes ermöglicht es, bei der Beratung und Vertretung in Patentsachen einen hohen Qualitätsstandard zu gewährleisten. Gleichzeitig ist der Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit verhältnismässig, weil die Dienstleistung auch von Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmern angeboten werden kann, die sich nicht ins Patentanwaltsregister eintragen lassen. Ihre Kommission unterstützt das Vorhaben, denn der Patentschutz fördert Innovation. Sie beantragt Ihnen einstimmig, auf diese Vorlage einzutreten. Nun noch einige Ausführungen bezüglich Eintreten auf das Geschäft 07.099, Patentgerichtsgesetz: Ich habe mich gerade zur Bedeutung des Patentsystems für unsere Wirtschaft geäussert. Ein wesentlicher Bestandteil eines gut funktionierenden Patentsystems ist die Rechtsdurchsetzung.

funktionierenden Patentsystems ist die Rechtsdurchsetzung. Streitigkeiten in Patentsachen sind besonders komplex, weil das Patentrecht an der Schnittstelle von Technik und Recht liegt. Sie erfordern von den damit befassten Richterinnen und Richtern spezielle Fachkenntnisse. Mit neuen Technologien nehmen die Herausforderungen weiter zu. Aufgrund der zunehmenden Verflechtung von internationalen, europässchen und nationalen Regelwerken wird auch das Patentrecht immer komplexer.

Pro Jahr werden nur wenige Patentstreitigkeiten vor Gericht anhängig gemacht. Heute sind es in der Schweiz durchschnittlich deren dreissig pro Jahr. Die Mehrheit der zuständigen kantonalen Gerichte verfügt nicht über das notwendige Fachwissen, geschweige denn über die Möglichkeiten, eine gefestigte eigene Praxis zu entwickeln. Mangelnde Rechtssicherheit und fehlende Kontinuität in der Rechtsprechung sind eine weitere Folge. Meist werden aussenstehende Sachverständige beigezogen, was aus rechtsstaatlichen Gründen problematisch ist. Die gerichtliche Durchsetzung von Patenten und der damit verbundene Innovationsschutz sind nur unzureichend gewährleistet.

Das sind die Gründe, weshalb der Bundesrat anstelle der bislang in erster Instanz zuständigen kantonalen Gerichte die Schaffung eines eidgenössischen Spezialgerichtes vorschlägt. Das neue Bundespatentgericht soll zivilrechtliche Patentstreitigkeiten entscheiden. Die Richterinnen und Richter sind mehrheitlich nebenamtlich tätig, was einem künftigen Anstieg und möglichen Schwankungen der Geschäftslast Rechnung trägt. Das Gericht soll an die Infrastruktur des Bundesverwaltungsgerichtes angebunden werden, auch um die Kosten tief zu halten, aber klar als selbstständiges Gericht. Wir haben ein Schreiben des Bundesverwaltungsgerichtes erhalten, welches mit dieser Anbindung nicht ganz einverstanden ist. Wir haben aber diese Einwände nicht nachvollziehen können.

Das Gericht setzt sich aus juristisch und technisch ausgebildeten Richterinnen und Richtern zusammen. Das Verfahren soll sich nach der neuen Schweizerischen Zivilprozessordnung richten, wobei Ausnahmeregelungen den Besonderheiten patentrechtlicher Verfahren Rechnung tragen sollen. Die Finanzierung soll über Gerichtsgebühren und subsidiär aus Patentgebühren sichergestellt werden, also keine finanzielle Zusatzbelastung für Bund und Kantone bringen.

Ihre Kommission für Rechtsfragen beantragt Ihnen, auch auf diese Vorlage einzutreten. Sie hat ein paar Retuschen angebracht, und bei zwei Bestimmungen gibt es Minderheiten, einerseits bei Artikel 9, wo es um das Wahlgremium geht, und andererseits bei Artikel 11, wo es um die Bewilligung von Nebenbeschäftigungen der Richterinnen und Richter geht. Dort gibt es Minderheitsanträge. Wir haben aber ohne Gegenstimmen Eintreten beschlossen und bitten Sie ebenso, auf dieses Gesetz einzutreten.

sitionne comme «hub» pour les opérations humanitaires en Asie et en Afrique.

La maîtrise de l'ouvrage sera assurée par le CICR, qui sera également le bénéficiaire du prêt de la FIPOI. La parcelle sur laquelle sera construit le bâtiment multifonctionnel appartient à la Fondation des terrains industriels de Genève et sera mise à disposition du CICR gratuitement sous la forme d'un droit de superficie. Le bâtiment sera conforme aux normes Minergie. Il sera porté une attention particulière au facteur énergétique et au développement durable. Ce bâtiment valorisera au mieux la parcelle choisie en développant les communications et les relations spatiales, visuelles et fonctionnelles entre les secteurs de stockage, d'archivage et de bureaux.

Le 10 septembre 2008, le Conseil fédéral a approuvé le présent message et a ouvert la voie à la procédure parlementaire. La Commission de politique extérieure de votre conseil s'est penchée de façon approfondie sur ce message - tout comme l'avaient fait avant elle la Commission des finances et la Commission des constructions publiques. Elle vous recommande, à une très large majorité, de l'approuver.

Sous réserve de votre approbation aujourd'hui et de celle du Conseil des Etats lors de la prochaine session des Chambres fédérales, il est prévu de commencer les travaux au printemps prochain. Leur durée est estimée à environ 18 mois et le nouveau bâtiment devrait être achevé en 2010. Il est dans l'intérêt de la Suisse d'offrir aux organisations internationales les meilleures conditions-cadres possibles. C'est la raison pour laquelle j'aimerais vous encourager à approuver l'octroi du prêt proposé par le Conseil fédéral.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

Bundesbeschluss über die Gewährung eines Darlehens an die Fipol zur Finanzierung einer Logistikhalle des **IKRK** in Genf

Arrêté fédéral relatif à l'octroi d'un prêt à la FIPOI destiné à financer la construction par le CICR d'une halle logistique à Genève

Detailberatung - Discussion par article

Titel und Ingress Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1 Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Rutschmann

... wird ein Verpflichtungskredit von 24 Millionen Franken für ein zinsloses ..

Schriftliche Begründung

Der Bau dieser Logistikhalle für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist bezüglich Bedarf, Raumprogramm und architektonischer Gestaltung grundsätzlich unbestritten.

Nicht akzeptabel ist, dass sich das IKRK als zukünftiger Benutzer dieses Baus mehr als 2 Millionen Franken zulasten des Fipoi-Darlehens als sogenannte Bauherrenleistung auszahlen lassen will. Dabei beansprucht das IKRK etwa 780 000 Franken für sich selber, für etwa 1 250 000 Franken wurde vom IKRK ein Beratungsbüro engagiert.

Die Verrechnung von Eigenleistungen wie z. B. Bauherrenberater oder eigene Aufwendungen ist sowohl bei öffentlichen Bauten wie auch in der Privatwirtschaft absolut unüblich. Massiv übertrieben ist aber auch die Höhe dieser sogenannten Bauherrenleistungen. Mit rund 2 Millionen Franken sind diese Beraterhonorare sogar noch höher als das im Kostenvoranschlag ausgewiesene Architektenhonorar.

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Rutschmann Un crédit d'engagement de 24 millions de francs est ...

Abstimmung - Vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 08.063/1398) Für den Antrag der Kommission ... 114 Stimmen Für den Antrag Rutschmann ... 46 Stimmen

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote (namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 08.063/1399) Für Annahme der Ausgabe ... 152 Stimmen Dagegen ... 14 Stimmen

Das qualifizierte Mehr ist erreicht La majorité qualifiée est acquise

#### Art. 2

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble (namentlich - nominatif: Beilage - Annexe 08.063/1400) Für Annahme des Entwurfes ... 158 Stimmen Dagegen ... 14 Stimmen

#### 06.062

### Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221) Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung - Suite) Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 02.12.08 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.08 (Differenzen - Divergences)

#### Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Wir haben in der Differenzbereinigung im Zusammenhang mit unserer neuen Zivilprozessordnung Differenzen zum Ständerat ausgeräumt, gleichzeitig an einigen Punkten aber auch festgehalten und in einigen Bereichen auch neue Differenzen geschaffen. Im Einzelnen gilt:

Bezüglich Artikel 52, dem Öffentlichkeitsprinzip, sind wir dem Ständerat gefolgt. Es geht da um den Zusatz, dass die

Entscheide der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Hier besteht keine Differenz mehr.

Bei Artikel 143 geht es um den Fristenstillstand. Da gibt es eine Differenz, und zwar bei der Frage, ob dieser Fristenstillstand auch für das vereinfachte Verfahren gelten soll. Der Nationalrat hat dies aufgehoben, aber der Ständerat will auch beim vereinfachten Verfahren gemäss Bundesrat einen Fristenstillstand. Die Kommission unseres Rates will das streichen. Hiezu gibt es also wieder eine Differenz, es wird kein Minderheitsantrag gestellt.

Dann kommt Artikel 151a, in dem es um die Beweisverfügung geht. Da hat der Ständerat eine neue Bestimmung zur Klarifizierung in das Gesetz hereingenommen. Diese Bestimmung trägt zur Klarifizierung bei, und Ihre Kommission ist hier unbestrittenermassen dem Ständerat gefolgt. Hier besteht keine Differenz mehr.

Das gilt auch für das ganze Beweisabnahmeverfahren, bei dem der Nationalrat nunmehr endgültig dem Ständerat gefolgt ist. Eine komplizierte Situation ergibt sich in Bezug auf den Fragenkomplex, bis wann Klageänderungen zulässig sind und bis wann Novenrecht im erstinstanzlichen Verfahren gilt. Hier gibt es zwei Grundkonzeptionen: Es gibt die Konzeption des Bundesrates, welche milder ist, wenn man so sagen darf, d. h., sie lässt im Verfahren länger eine Klageänderung und Noven zu. Dem gegenüber steht die Konzeption des Ständerates, der diese Möglichkeit einschränken will. Nach dem Bundesrat sind Klageänderung und Noven noch im ersten Parteivortrag bei der Hauptverhandlung möglich. Beim Ständerat ist das beim Fristenwechsel ausgeschlossen.

Nun hat die Kommission unseres Rates beschlossen, dem Ständerat zu folgen. Sie hat eine Modifizierung vorgenommen, aber im Prinzip ist sie der strengeren Fassung gefolgt; dazu liegt ein Minderheitsantrag vor.

Ich habe übersehen, dass die Kommission vorgängig noch bei Artikel 195 ebenfalls mehrheitlich dem Ständerat gefolgt ist: Es geht um die Frage des Ausweisungsverfahrens im Mietrecht, bei dem der Nationalrat bei seiner Beratung eine neue Fassung eingeführt hatte, die auf das summarische Verfahren verwies. Die Mehrheit unserer Kommission ist hier nun aber dem Ständerat gefolgt. Wir werden noch im Einzelnen darauf eingehen, weil hiezu ein Minderheitsantrag vorliegt. Wir haben in Korrespondenz zu dieser Frage eventuell auch eine Differenz bei Artikel 246.

Dann kommt ein weiterer Problemkreis: Es ist Artikel 270a in Verbindung mit Artikel 137 ZGB. Da geht es um die Frage der Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes, die ja nach Rechtshängigkeit der Trennungsklage möglich ist. Hier haben wir eigentlich nur eine kosmetische Differenz; es geht nämlich darum, ob das nur im ZGB oder auch in der ZPO geregelt werden soll. Hiezu gibt es einen Minderheitsantrag; wir werden darauf zurückkommen.

Schliesslich haben wir Artikel 314: Hier geht es um das Novenrecht im Berufungsverfahren. Hier hat der Nationalrat eine mildere Novenfassung gewählt, er hat eine Differenz zum Ständerat geschaffen. Dies ist eine wichtige Frage, die dann in der Detailberatung zu diskutieren sein wird, weil hiezu ebenfalls ein Minderheitsantrag vorliegt.

Sodann hat unsere Kommission – zum Teil auch aufgrund des Rates der Redaktionskommission – verschiedene Anpassungen vorgenommen, die unbestritten sind. Generell kann man sagen, dass jetzt am Schluss der Beratung das Prinzip gilt, dass alle prozessrechtlichen Bestimmungen, die in anderen Gesetzen enthalten sind und die den Zivilprozess betreffen, nunmehr in der ZPO zu regeln sind und schliesslich jetzt auch geregelt werden. Das ist etwas technisch. Ich weiss, man macht den Juristen ja heutzutage den Vorwurf, sie würden am Volk vorbeireden; da kann man denken, was man will. Aber man kann bei einer Zivilprozessordnung – Gott möge es verzeihen! – halt nur juristisch argumentieren.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Nous sommes dans le cadre de la procédure d'élimination des divergences. Je serai donc extrêmement bref lors du discours

d'introduction, dans la mesure où Monsieur Vischer a dit l'essentiel de ce qui devait être dit.

Un certain nombre de divergences ont effectivement été maintenues jusqu'à aujourd'hui, d'autres ont été éliminées, tel est le cas notamment de la question de savoir si les décisions doivent être rendues accessibles au public. Il y a encore quelques divergences majeures, notamment la question de la suspension des délais en cas de procédure simplifiée. Dans ce domaine-là, le Conseil des Etats souhaite maintenir cette disposition, c'est-à-dire qu'il n'y ait pas de suspension des délais, alors que le Conseil national souhaite biffer cette disposition.

Une divergence a été éliminée à l'article 152, qui traite de l'administration des preuves, de sorte qu'on n'y reviendra plus. Il reste une divergence en matière de conciliation dans le domaine du droit du bail lorsqu'une procédure d'expulsion est engagée, ainsi qu'une question relative à l'application de la procédure. Le Conseil national avait décidé en juin dernier que la procédure sommaire s'appliquait dans ce cas. Le Conseil des Etats est revenu sur cette disposition, ne l'admettant pas et considérant que ce type d'expulsion répondait aux cas clairs prévus par le nouveau Code de procédure civile. Le Conseil des Etats a été suivi par la majorité de la commission du Conseil national. Il y a cependant une minorité, sur laquelle on reviendra.

Un vaste sujet sera également abordé tout à l'heure, où un certain nombre de divergences subsistent. Il s'agit de ces fameux «Nova», principalement des «Nova» improprement dits, c'est-à-dire de faits nouveaux improprement dits. Lorsque le projet du Conseil fédéral nous a été soumis, la version était effectivement relativement souple. Le Conseil des Etats a serré la vis, il a été beaucoup plus strict, en ce sens qu'il a considéré, lorsqu'il a voté ce projet dans un premier temps et lorsqu'il y est revenu dans un deuxième temps, que les faits nouveaux ne pouvaient être allégués que jusqu'à la fin des premières plaidoiries, c'est-à-dire lors du premier échange d'écritures. Le Conseil national a suivi le Conseil des Etats sur le principe. Néanmoins, il a décidé d'assouplir les conditions qui avaient été fixées par le Conseil des Etats. J'aborde très brièvement encore les «Nova» en appel; il en sera également question tout à l'heure. Alors même qu'on ne peut plus alléguer des faits nouveaux, improprement désignés, à l'issue de la procédure d'instruction, selon la version du Conseil des Etats et du Conseil national, peut-on revenir avec des faits nouveaux en appel? C'est la question sur laquelle nous devrons statuer tout à l'heure.

Et puis, Monsieur Vischer vous l'a dit, il y a encore une divergence sur le déplacement d'une disposition concernant la suspension de la vie commune, lorsqu'il y a une procédure pendante dans le domaine du droit de la famille. Là, un toilettage est prévu par la majorité de la commission. Mais nous aurons l'occasion d'y revenir tout à l'heure, lors de la discussion par article. J'en ai terminé pour cette partie générale.

#### Art. 52 Abs. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 52 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 143 Abs. 2 Bst. b Antrag der Kommission Festhalten

# Art. 143 al. 2 let. b Proposition de la commission

Proposition de la commissior Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 151a; 152 Abs. 0, 1; 185a Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 151a; 152 al. 0, 1; 185a Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 195 Abs. 2
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit (Schwander, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber, Kaufmann, Miesch, Moret, Nidegger, Reimann Lukas) Festhalten

Art. 195 al. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité (Schwander, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber, Kaufmann, Miesch, Moret, Nidegger, Reimann Lukas) Maintenir

Schwander Pirmin (V, SZ): Die Minderheit beantragt Ihnen, die heutige Verfahrensregelung in die Zivilprozessordnung zu übernehmen.

Wenn der Vermieter bei der ausserordentlichen Kündigung ein Ausweisungsgesuch beim Ausweisungsrichter gestellt hat oder nachträglich ein solches stellt, so muss nach der heutigen Regelung der Ausweisungsrichter sowohl über die Kündigungsanfechtung als auch über die Ausweisung entscheiden. In diesem Fall entfällt die Durchführung einer Schlichtungsverhandlung. Es soll auch in Zukunft verhindert werden, dass unberechtigte Kündigungsanfechtungen und Erstreckungsgesuche die Ausweisung in die Länge ziehen. Der Ständerat hat die bisherige Lösung mit der Begründung abgelehnt, bei klarem Recht bzw. bei liquiden Verhältnissen ermögliche das summarische Verfahren nach Artikel 253 ZPO eine schnelle Ausweisung; dieses allgemeingültige Rechtsinstitut sei eine ausgewogene Lösung. Es wird aus Sicht der Minderheit aber übersehen, dass das summarische Verfahren schlichtweg kein Ersatz für die heutige Regelung im Mietrecht ist. Das summarische Verfahren nach dem neuen Artikel 253 ZPO ist denn auch nicht neu. In einigen kantonalen Prozessordnungen ist das vorliegend diskutierte summarische Verfahren bereits heute vorgesehen. Dieses nützt dem Vermieter erfahrungsgemäss nur etwas, wenn der Mieter keine Einwände gegen die Kündigung vorbringt. Sobald irgendwelche, auch vorgeschobene Einwände erhoben werden, sind die Verhältnisse nicht mehr liquid. Im summarischen Verfahren erfolgen keine Beweisverfahren zur Abklärung solcher vorgeschobenen Einwände. Irgendwelche vorgeschobenen Einwände, die sich im summarischen Verfahren nicht prüfen lassen, verhindern somit eine schnelle Ausweisung mangels Liquidität.

Die heutige Lösung soll dem Vermieter bei Zahlungsverzug oder bei gravierender Verletzung der Sorgfalt durch den Mieter eine kurzfristige Beendigung des Mietverhältnisses erlauben. Nach Artikel 253 der neuen ZPO ist dies nicht mehr möglich, weil die Verhältnisse bei Einwänden des Mieters sehr schnell nicht mehr liquid sind. Der Ausweisungsrichter ist daher weiterhin gesetzlich zu verpflichten, wie nach geltendem Recht gleichzeitig über die Ausweisung und über die Gültigkeit der Kündigung zu entscheiden. Nur so können trölerische Verfahrensverzögerungen verhindert werden.

trölerische Verfahrensverzögerungen verhindert werden. Die geltende Regelung zur Verfahrenszusammenlegung beim Ausweisungsrichter in Fällen ausserordentlicher Kündigungen hat sich in den letzten 18 Jahren in der Praxis etabliert und sehr bewährt. Ich bitte Sie, diese bewährte Regelung in die ZPO aufzunehmen.

Thanei Anita (S, ZH): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, hier der Mehrheit zu folgen. Weshalb? Wir haben bereits im ersten Umgang und in der RK-NR ausgiebig über diese Frage diskutiert. Es geht hier darum, ob das Kündigungsschutzverfahren im Falle einer von Mieterseite angefochtenen ausserordentlichen Kündigung bei gleichzeitigem Ausweisungsbegehren von Vermieterseite im summarischen Verfahren behandelt werden soll. Zivilprozessual handelt es sich bei Artikel 195 Absatz 2, wie auch beim geltenden Artikel 274g OR, um eine seltsame Bestimmung. Es ist eine Zwitterbestimmung, es wird nämlich im Rahmen des summarischen Verfahrens über das Kündigungsschutzbegehren der Mieterinnen und Mieter im Sinne eines ordentlichen Verfahrens entschieden. Das heisst, dass das, was damit angestrebt wird - Herr Schwander hat es jetzt wieder gesagt, man will die Mieterseite daran hindern, sich dilatorisch zu verhalten -, mit dieser Ausnahmebestimmung eben gerade nicht erreicht wird. Denn selbst wenn im summarischen Verfahren über eine ausserordentliche Kündigung befunden werden soll, gilt gemäss ständiger Praxis des Bundesgerichtes nicht die Beweismittelbeschränkung, sondern es muss ein ordentliches Beweisverfahren durchgeführt werden. Das heisst, dass man im Ergebnis überhaupt keine Verfahrensbeschieunigung hat.

Wir haben nun mit Artikel 253 ZPO eine klare Regelung. Das summarische Verfahren ist möglich, auch bei ausserordentlichen Kündigungen, wenn der Sachverhalt liquid ist. Liquid ist der Sachverhalt bei ausserordentlichen Kündigungen in vielen Fällen, aber nicht in allen. Wenn es sich um Zahlungsverzugskündigungen handelt, wird im Allgemeinen diese erforderliche Liquidität gegeben sein. Aber bei sämtlichen Kündigungen mit Bezug auf Vertragsverletzungen oder Verletzungen der Sorgfaltspflicht oder bei Kündigungen aus wichtigen Gründen wird in wenigen Fällen die erforderliche Liquidität gegeben sein. Das heisst, dass Sie im Ergebnis sehr wahrscheinlich mit dieser Variante, die wir heute bereits kennen, schlechter fahren. Es wird nämlich Diskussionen darüber geben, wieweit jetzt dieser Sachverhalt geklärt ist und wieweit nicht. Mit der Regelung gemäss Mehrheit sind beide Seiten bessergestellt: die Mieterseite, weil sie ihre Ansprüche vor der sachkundigen Behörde, nämlich Schlichtungsbehörde, geltend machen kann, und die Vermieterseite auch, weil es schlussendlich schneller geht.

Wenn Sie die Verfahrensbestimmungen zum Schlichtungsverfahren im Mietrecht genauer studieren, wird klar, dass die Schlichtungsbehörde in einem einfachen und raschen Verfahren einen Urteilsvorschlag unterbreiten kann. Deshalb ist das Argument der Verfahrensverzögerung wirklich nicht stichhaltig.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, hier der Mehrheit zu folgen.

Aeschbacher Ruedi (CEg, ZH): Was hier so schwierig und kompliziert daherkommt, ist folgendes Problem: Es geht im Fall, in dem eine ausserordentliche Kündigung angefochten wird und gleichzeitig ein Ausweisungsverfahren läuft, um die Frage, wer in welchem Verfahren zuständig sein soll. Die Minderheit Schwander möchte in diesem Falle anstelle eines summarischen Verfahrens ein Ausweisungsverfahren, währenddem die Mehrheit die Kompetenz und Zuständigkeit bei der Schlichtungsbehörde belassen will, die für die Bearbeitung und Diskussion der entsprechenden Fragen einen grossen Sachverstand hat. Uns scheint die Lösung der Mehrheit eindeutig besser und sachgemässer, weil die Schlichtungsbehörde in diesen Fällen eben über die notwendige Sachkompetenz verfügt. Sie kann in aller Regel in einem einfachen Verfahren auch rascher entscheiden.

Daher ersuchen wir Sie mit dem Bundesrat und mit dem Ständerat, der Mehrheit zu folgen. Wenn Sie das tun, ist die Konsequenz übrigens die, dass unser Rat auch zu Artikel 246 Buchstabe b ZPO – auf Seite 12 der Fahne – bereits den Entscheid zugunsten der Mehrheit fällt, weil diese Bestimmung nur die Konsequenz des jetzigen Entscheides beinhaltet.

Fluri Kurt (RL, SO): Sie haben es gehört: Es gibt grundsätzlich zwei Verfahren – das raschere, summarische Verfahren und das ordentliche Verfahren. Uns scheint die Unterscheidung gemäss Ständerat – der einstimmig beschlossen hat – und Bundesrat, also die Unterscheidung nach der Liquidität der Sach- und Rechtslage, sachgerechter zu sein. Selbstverständlich ist auch für uns die Schnelligkeit des Verfahrens ein wichtiges Postulat. Im Mittelpunkt der Beurteillung einer offenen Rechtsfrage steht aber nicht die Schnelligkeit, sondern das richtige, sachgerechte Urteil. Unter diesen Aspekten scheint uns die Differenzierung nach der Liquidität geelgneter als die Unterscheidung zwischen ordentlicher und ausserordentlicher Kündigung.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der Mehrheit – gemäss Beschluss des Ständerates bzw. gemäss Entwurf des Bundesrates – zu unterstützen. Unsere Empfehlung gilt auch für Artikel 246 Buchstabe b auf Seite 12 der Fahne, bei welchem ich den Antrag der Kommissionsmehrheit nicht mehr mündlich vertreten werde. Ich bitte Sie also, bei beiden Bestimmungen dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzu-

stimmen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen Ihres Rates zu unterstützen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Die Minderheit Ihrer Kommission - das hat Herr Schwander jetzt erwähnt - befürchtet, dass bei Aufhebung von Artikel 274g des OR die mietrechtlichen Ausweisungsverfahren durch dilatorische Kündigungsanfechtungen und Erstreckungsbegehren in die Länge gezogen werden. Sie fordert daher, dass Artikel 274g des OR tel quel in die ZPO übernommen wird. Bundesrat, Ständerat und Mehrheit Ihrer Kommission sind der festen Überzeugung, dass eine solche Spezialbestimmung in der ZPO überflüssig ist, weil dem Vermieter neu der schnelle Rechtsschutz in klaren Fällen zur Verfügung steht. Dieser ist in Artikel 253 der ZPO geregelt. Artikel 274g des OR wird durch eine gleichwertige Regel ersetzt. Diejenigen, die in der Praxis mit Artikel 274g des OR gekämpft haben, wissen, wie schwierig und kompliziert diese Regelung ist. Sie wissen auch, dass sich diese Regelung in der Praxis nicht bewährt hat. Das Konzept der ZPO ist einfacher. Eindeutige Fälle gehen direkt zum Ausweisungsrichter, egal, ob es um eine ordentliche oder um eine ausserordentliche Kündigung geht; nichtliquide Fälle beginnen bei der Schlichtungsbehörde. Das sind nun klare Spielregeln, die sich weder einseitig zugunsten des Vermieters noch einseitig zugunsten des Mieters auswirken.

Ich möchte Sie bitten, bei der Fassung des Bundesrates zu bleiben und den Minderheitsantrag abzulehnen. Die heutigen Verfahrensregeln des Mietrechts – das wissen alle, die damit zu tun haben – sind alles andere als übersichtlich. Ich möchte Sie gleich auch bitten, Artikel 246 Litera b entspre-

chend anzupassen.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Die Kommission hat mit 13 zu 10 Stimmen beschlossen, dem Ständerat und

dem Bundesrat zu folgen.

Es geht hier um die Frage, welches Verfahren bei ausserordentlichen Kündigungen gilt. Eine Minderheit will, dass das Verfahren vor der Schlichtungsstelle bei einem bereits rechtshängigen Ausweisungsverfahren an den Ausweisungsrichter überwiesen wird. Das ist die geltende Regelung des OR. Wie gesagt worden ist, bewährte sie sich aber nicht. Die jetzige Regelung ist eigentlich eine Zwitterregelung.

Neu schaffen wir in diesem Gesetz eine klare Unterscheidung zwischen liquiden Fällen und illiquiden Fällen; dies ergibt sich aus Artikel 253 ZPO, wonach in liquiden Fällen das summarische Verfahren gilt. Nunmehr aber soll in den übrigen Fällen wie z. B. bei einer ausserordentlichen Kündigung, wo sich eben auch verschiedene Rechtsfragen stellen können, weiterhin das mietrechtliche Verfahren zum Zuge kommen. Das mietrechtliche Verfahren beginnt vor einer Schlichtungsstelle. Diese Schlichtungsstellen arbeiten zügig. Diese

Schlichtungsstellen garantieren also, dass der Prozess in rascher Folge abgewickelt wird. Wie Frau Thanei richtig gesagt hat, sind wir überdies in vielen Fällen mit liquiden Problemen konfrontiert, das heisst, es kommt das rasche Verfahren zum Zuge. In den übrigen Fällen, wo das Problem illiquid ist, ist aber das mietrechtliche Verfahren vonnöten, damit eben tatsächlich geklärt werden kann, was Sache ist.

Das Hauptargument der Minderheit ist die Verfahrensbeschleunigung, ist das Verhindern trölerischer Prozesse. Gerade die bisherige Praxis hat aber gezeigt, dass das mit der bisherigen Regelung des OR gar nicht erreicht wird. Die Mehrheit geht davon aus, dass die nunmehr getroffene ZPO-Regelung eigentlich zu einer Verfahrensbeschleunigung führt, aber auch gleichzeitig garantiert, dass im mietrechtlichen Verfahren illiquide Fragen behandelt werden.

Ich ersuche Sie, der Fassung der Mehrheit zuzustimmen.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Quelques minutes doivent être consacrées à ce sujet car c'est un sujet extrêmement important. C'est la première divergence majeure au sein de la Commission des affaires juridiques. En revanche, il n'y a plus de divergence entre le Conseil des Etats et la majorité des membres de notre commission.

Il s'agit ici de la question de l'exemption de conciliation pour certains litiges en droit du bail. Même si les articles 195 alinéa 2 et 246 lettre b chiffre 0 n'ont pas la même portée, ils ont toujours été traités comme un paquet ou comme un concept unique. Par 13 voix contre 10 et aucune abstention, la Commission des affaires juridiques a décidé de se rallier au Conseil des Etats qui propose de biffer ces deux dispositions. Le Conseil fédéral approuve et appuie la suppression de ces deux dispositions, qu'il convient cependant de présenter séparément.

L'article 195 alinéa 2 qui résulte d'une proposition adoptée par le Conseil national en juin 2008 est une adaptation de l'article 274g CO actuel. Il prévoit que, dans quatre cas de congé extraordinaire, lorsque le locataire conteste un tel congé et qu'une procédure d'expulsion est engagée contre lui, l'autorité compétente en matière d'expulsion statue aussi sur la validité d'un congé. Il n'y a pas alors de procédure de conciliation proprement dite puisque l'autorité de conciliation doit transmettre la cause à l'autorité compétente en matière d'expulsion. Dans sa majorité, notre commission est d'avis qu'il n'était pas nécessaire, voire procéduralement peu logique, de reprendre l'article 274g CO. En effet, dès lors que le Code de procédure civile crée un nouveau cas de «protection dans les cas clairs» pour les cas précis mentionnés à l'article 253 CPC, qui se rapporte à tous les domaines du droit et qui peut être invoqué par une partie dès que la situation des preuves est liquide, autrement dit évidente, il n'est pas nécessaire de conserver la procédure particulière du droit du bail.

Autrement dit, la structure future du Code de procédure civile avec les trois types de procédures fait que le régime spécial connu actuellement par le droit du bail pour les seuls congés extraordinaires n'est plus nécessaire. Même les opposants à l'article 195 alinéa 2 ont confirmé en commission que l'article 253 CPC permettrait de traiter les cas clairs de demeure du locataire pour non-paiement, faillite ou violation grave de son devoir de diligence. L'article 257f CO traite ces

Dans la procédure, au sens de l'article 253 CPC, le locataire ne pourra réellement faire valoir que des griefs de vice de forme pour s'opposer à la procédure d'expulsion à son égard. Comme cela a déjà été relevé dans les débats précédents, le Code de procédure civile ne prévoit plus de distinction procédurale entre les congés ordinaires et extraordinaires en droit du bail. Ainsi en cas de congé ordinaire non contesté par le locataire, le bailleur pourra aussi saisir le tribunal selon la procédure de l'article 253 CPC. En revanche, il existe des cas de congé extraordinaire où la situation factuelle n'est pas évidente, notamment en cas de congé pour justes motifs en vertu de l'article 266g CO. La commission a considéré que, dans ce cas, l'autorité de conciliation devait

être saisie préalablement à une procédure judiciaire afin de tenter de résoudre le litige.

Enfin, je dirai très brièvement quelques mots sur l'article 246 CPC. Il s'agit de la proposition de la minorité d'ajouter un chiffre 0 à la lettre b de l'article 246. Cet article énumère les cas soumis à la procédure sommaire. La majorité de notre commission est favorable au texte initial du projet du Conseil fédéral et adopté par le Conseil des Etats. La minorité souhaite compléter l'article 246 pour que la procédure sommaire s'applique aussi pour le cas de l'expulsion d'un locataire ou d'un fermier. L'article 246 lettre b chiffre 0 règle la question de l'expulsion d'un locataire ou d'un fermier, que le congé initial ait été un congé ordinaire ou extraordinaire. Contrairement à l'article 195 alinéa 2, la proposition de la minorité à l'article 246 lettre b chiffre 0 vise tous les types de congé en droit du bail. En revanche cette disposition ne pré-

voit pas d'attraction de compétence auprès du juge de l'ex-

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/1401) Für den Antrag der Mehrheit ... 101 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Ce vote est valable pour l'article 246 lettre b chiffre 0 également.

Art. 197 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 197 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 223bis
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit (Vischer, Leutenegger Oberholzer, Reimann Lukas, Roth-Bernasconi, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit) Festhalten

### Art. 223bis

pulsion.

Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité (Vischer, Leutenegger Oberholzer, Reimann Lukas, Roth-Bernasconi, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Les propositions de la minorité Vischer sont présentées par Madame Thanei. Le vote qui suit vaut également pour les articles 225 et 226.

Thanei Anita (S, ZH): In den Artikeln 223bis, 225 und 226 geht es um die Frage, bis wann eine Klageänderung erfolgen kann beziehungsweise bis wann neue Tatsachen und Beweismittel in erstinstanzlichen Verfahren vorgebracht werden können. Wir haben in diesem Saal und selbstverständlich in beiden Kommissionen für Rechtsfragen bereits ausführlich darüber diskutiert. Es geht um die Grundsätze, die wir insbesondere auch in der Eintretensdebatte behandelt haben. Es geht in dieser Vorlage einerseits darum, eine Verfahrensbeschleunigung zu erreichen, und andererseits geht es um die materielle Wahrheitsfindung. Das Postulat der Verfahrensbeschleunigung und auch das Kostenargument auf der einen Seite würden erforderlich machen, dass man Noven ausschliesst und dass man auch Klageänderungen nicht mehr zulässt. Auf der anderen Seite erfordert das Po-

stulat der materiellen Wahrheitsfindung, dass man ein möglichst weites Novenrecht und auch Klageänderungen bis zum letzten Stadium zulässt.

Der Bundesrat hat sowohl für Noven als auch für Klageänderungen eine ausgeweitete Möglichkeit vorgesehen, der Ständerat eine eingeschränkte, und die Mehrheit Ihrer Kommission hat nun in Bezug auf das Novenrecht eine Kompromisslösung beantragt. Eine Minderheit beantragt Ihnen, sowohl in Bezug auf die Klageänderung wie auch in Bezug auf das Novenrecht, wieder zur ursprünglichen Variante des Bundesrates zurückzukommen.

Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen mit Bezug auf alle drei Minderheiten, diese zu unterstützen. Weshalb? Es gibt eigentlich nur einen Grund, und das ist der Hauptgrund: Wir sind dezidiert der Ansicht, dass ein ausgedehntes Novenrecht vor allem den nicht anwaltlich vertretenen, unbeholfenen und im Allgemeinen sozial schwächeren Rechtsuchenden zugutekommt. Es ist zudem auch völlig klar, dass diejenigen, die sich das Prozessieren am besten leisten können und schon von Anfang an anwaltlich vertreten sind, bereits bei der Klagebegründung sämtliche Tatsachenbehauptungen und Beweismittel vorbringen können, während die anderen allenfalls erst im Verlaufe des Verfahrens realisieren, was sie auch noch zu sagen hätten.

Ich bitte Sie deshalb, damit die gesamte ZPO als ausgewogenes Paket daherkommt, hier den Minderheiten zu folgen.

Aeschbacher Ruedi (CEg, ZH): Es geht hier um die Verfahrensfrage, die wie folgt lautet: Bis zu welchem Zeitpunkt und bis zu welchem Prozessstadium können neue Tatsachen vorgebracht werden, können neue Beweisanträge gestellt werden? Das ist hier die Frage.

Die Entwicklung ist so verlaufen, dass der Bundesrat ursprünglich davon ausgegangen ist, dass das Novenrecht nicht allzu weit ausgedehnt werden sollte, dass man also ab einem relativ frühen Zeitpunkt nicht mehr mit neuen Beweisanträgen im Verfahren kommen und neue Behauptungen aufstellen könnte, sondern dass in einem relativ frühen Zeitpunkt das Verfahren weitergetrieben werden sollte, ohne dass immer wieder neue Behauptungen einfliessen dürften. Demgegenüber hat der Ständerat eine deutliche Ausdehnung des Novenrechts und des Rechts, die Klage zu ändern, vorgenommen. Diese Ausdehnung ist relativ weit gegangen und kann eben auch dazu führen, dass dann das Verfahren immer wieder verzögert wird, dass immer wieder neue Schlaufen eingeschlagen werden können. Das Verfahren kann daher von der Abwicklung her nicht optimal laufen. Nun hat die Kommission in ihrer Mehrheit eine Mittellösung gefunden und schlägt Ihnen diese auch zum Entscheid vor. Die Mittellösung besteht im Wesentlichen darin, dass gemäss Artikel 225 Absatz 2 zwar noch neue Tatsachen an der Hauptverhandlung eingebracht und noch berücksichtigt werden können. Aber es werden daran relativ viele Auflagen geknüpft, und diese Auflagen sorgen dafür, dass eben diese Ausdehnung nicht zu weit geht. In diesem Sinne schlägt Ihnen die Mehrheit eine Mittellösung zwischen der Variante Bundesrat, die eng ist, und der weiten Variante des Ständerates vor. Diese Mittellösung scheint uns vernünftig zu sein, sie scheint uns auch der Sache angepasst zu sein; sie ist massvoll und macht Sinn.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Gleichzeitig möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Artikel 223bis und 224 bis 227 zusammenhängen. Aus meiner Sicht gehört auch Artikel 314 dazu. Mit den Entscheiden, die wir hier fällen, entscheiden wir auch über Artikel 314. Wenn das nicht der Fall wäre, müsste man das korrigieren.

Wyss Brigit (G, SO): Ich beantrage Ihnen im Namen der grünen Fraktion, die Minderheitsanträge zu den drei Artikeln zu unterstützen und damit beim ursprünglichen Konzept des Bundesrates zu bleiben. Wir bitten Sie, der geänderten Form, wie sie der Ständerat vorschlägt, nicht zu folgen. Wir sind überzeugt, dass das ursprüngliche Konzept der schwächeren Partei gerecht wird, weil es dafür sorgt, dass es keinen faktischen Anwaltszwang gibt, und weil somit der

schwächeren Partei ermöglicht wird, das Verfahren selber in die Hand zu nehmen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Minderheitsanträge zu den drei Artikeln zu unterstützen.

Fluri Kurt (RL, SO): Ich mache es sehr kurz: Ich bitte Sie, der von Kollege Aeschbacher geschilderten Konzeption und damit dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen. Es ist, wie bereits mehrfach gesagt, ein Mittelweg zwischen einem grosszügigen und einem sehr stark eingeschränkten Novenrecht. Es ist unseres Erachtens geeignet, sowohl der Verfahrensbeschleunigung zu dienen als auch die Möglichkeit zu schaffen, im Notfall, im Interesse der Rechtsbeurteilung durch das Gericht, neue Tatsachen und Beweismittel einzubringen – aber eben bloss eingeschränkt.

Ich bitte Sie, bei all diesen Bestimmungen dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Le groupe UDC soutient les propositions de la majorité.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, den Beschluss der Kommission für Rechtsfragen Ihres Rates zu unterstützen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Der Beschluss Ihrer Kommission stellt einen Kompromiss zwischen dem Konzept des Nationalrates und dem Konzept des Ständerates dar. Wie gemäss ständerätlichem Konzept sind Noven an der Hauptverhandlung grundsätzlich nur noch beschränkt zulässig. Hat aber vorgängig kein zweiter Schriftenwechsel oder keine Instruktionsverhandlung stattgefunden, sollen Noven zu Beginn der Hauptverhandlung noch unbeschränkt vorgebracht werden können. Denn sonst wird das Replikrecht erschwert. In dieser Hinsicht wird also eine Angleichung an das Konzept des Nationalrates vorgenommen. Dieser Kompromissbeschluss ist sachgerecht; den Parteien wird damit ermöglicht, Noven nach dem ersten Schriftenwechsel zumindest einmal noch unbeschränkt vorzubringen. Zugleich verhindert dieser Beschluss, dass das Verfahren unnötig in die Länge gezogen wird und die Hauptverhandlung dann zu einer «Überraschungsparty» verkommt. Damit werden die beiden Hauptkritikpunkte der ursprünglichen Konzepte beseitigt.

Der Bundesrat bittet Sie, den Antrag der Mehrheit Ihrer Kommission anzunehmen. Der Inhalt entspricht im Wesentlichen auch dem Expertenentwurf und ist heute in den kantonalen Prozessrechten weit verbreitet.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Les articles 223bis et suivants faisaient l'objet d'une divergence importante entre le Conseil national et le Conseil des Etats, à savoir les faits nouveaux. Pour les «Nova» en première instance, la Commission des affaires juridiques a proposé et adopté une solution de compromis que le Conseil fédéral a approuvée. En revanche, en ce qui concerne les «Nova» en appel, la Commission des affaires juridiques a maintenu sa divergence avec le Conseil des Etats.

Je vais présenter brièvement le compromis sur les «Nova» en première instance; les «Nova» en appel seront traités ultérieurement.

Je rappelle que la divergence entre le Conseil national et le Conseil des Etats concernait le moment jusqu'où des faits nouveaux et une modification de la demande pouvaient être déposés. Le projet initial du Conseil fédéral, que le Conseil national avait suivi en juin, permettait de présenter des faits nouveaux lors des premières plaidoiries, c'est-à-dire dans les débats principaux. Le Conseil des Etats, tant lors de son premier examen en 2007 que lors de l'élimination des divergences en septembre 2008, a souhaité que les «Nova», ou plus précisément les faits nouveaux «anciens» non excusables ou les «unechte Nova», ne puissent plus être présentés lors des débats principaux. Le compromis de notre commission vise à suivre le Conseil des Etats quant au fond, tout en prévoyant quelques modifications de forme. Ainsi, les faits nouveaux «anciens» doivent être présentés avant les débats

principaux, afin qu'au début des débats principaux le cadre du litige soit clairement établi et que toute manoeuvre dilatoire ou faite de mauvaise foi soit évitée.

Sur la forme, le compromis se concrétise de la manière suivante. L'article 223bis, qui traite de la modification de la demande, est rédigé de telle façon qu'il permette de suivre le Conseil des Etats, dès lors que cette disposition autorise la modification de la demande avant le début des débats principaux.

L'article 224 concerne les premières plaidoiries. Il s'agit de se rallier à la position du Conseil fédéral et du Conseil national tel qu'il s'est prononcé en juin 2008, car elle est plus cohérente que celle du Conseil des Etats. La commission est d'ailleurs unanime sur le maintien de cet article.

C'est en fait l'article 225 qui constitue le coeur de la discussion concernant les faits nouveaux. Sur le fond, il est suggéré de se rallier à la décision du Conseil des Etats en limitant l'admissibilité des faits nouveaux «anciens» non excusables à la phase se terminant avant le début des débats principaux. Les exceptions sont au nombre de trois correspondant aux alternatives qui sont présentées aux lettres a et b de l'alinéa 2 et à l'alinéa 2bis. La lettre a vise les «Nova» proprement dits, soit les faits nouveaux «nouveaux» et la lettre b vise les «Nova» improprement dits, soit les faits nouveaux «anciens» excusables. Enfin, l'alinéa 2bis vise le cas particulier où cumulativement il n'y a pas eu de deuxième échange d'écritures, ni de débats d'instruction. C'est le seul cas où les parties n'ont pas eu la possibilité de présenter les faits nouveaux «anciens» non excusables, de sorte qu'il faut leur donner cette possibilité au début des débats principaux. Ce compromis de la majorité de la commission permet donc, par le biais de trois exceptions que j'ai présentées, de faire en sorte que la partie ou l'avocat ayant oublié des faits quelle qu'en soit la raison - peut les présenter avant le début des débats principaux. Il existe donc toujours au moins une deuxième chance et cela permet de satisfaire le droit de la procédure civile.

L'article 226 quant à lui traite de la modification de la demande. Là, la commission suggère d'adopter la version du Conseil des Etats, car cet article est en lien logique avec l'article 223bis décidé par ce même conseil.

La majorité vous propose d'adopter cette nouvelle mouture des articles 223bis et suivants.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Wir sind hier beim erstinstanzlichen Verfahren. Es geht um die Frage, bis wann Klageänderungen und bis wann Noven zulässig sind. Das ist eine Frage, die einheitlich beurteilt werden kann, deswegen hängen die Artikel 223bis, 224 und 226 zusammen. Alle Minderheitsanträge betreffen die gleiche Kernfrage.

Die Mehrheit ist dem Ständerat gefolgt, hat aber eine Modifizierung vorgenommen. Was wir Ihnen nunmehr präsentieren, ist eine Kompromissfassung. Ursprünglich standen sich zwei Konzepte gegenüber: Gemäss Bundesrat sind Noven und Klageänderungen bis und mit dem ersten Parteivortrag an der Hauptverhandlung zulässig, gemäss Ständerat sind Noven und Klageänderungen nur bis und mit dem zweiten Schriftenwechsel zulässig. Wir haben nun eine Modifizierung vorgenommen, nach der Noven auch dann vorgebracht werden können, wenn kein zweiter Schriftenwechsel angeordnet wurde und keine Instruktionsverhandlung stattfand. Dies ist eine gute Fassung. Ich ersuche Sie, ihr zu folgen. Warum? Wir wollen zwei Sachen erreichen: Erstens sollen die Parteien gezwungen werden, von Anfang an sorgfältig zu prozessieren, zweitens wollen wir ein schnelles Verfah-

die Parteien gezwungen werden, von Anfang an sorgfältig zu prozessieren, zweitens wollen wir ein schnelles Verfahren, d. h., wir wollen ein Verfahren, das zwar wahrheitsdienlich ist, aber klare Abläufe hat. Schnell soll es in dem Sinne sein, dass einmal ein Schnitt gemacht wird und nach diesem Schnitt nicht noch etwas Neues vorgebracht werden kann. Ich habe gesagt, dass es eine Einschränkung gibt, diese Einschränkung muss aber genügen. Wir wollen natürlich auch ein eher kostensparendes Verfahren, und längere Verfahren sind auch teurere Verfahren.

Nun hat die Kommission in ihrer Mehrheit ein Gesamtkonzept entwickelt. Sie hat nämlich gesagt, dass wir in Bezug auf das erstinstanzliche Verfahren einer strengeren Fassung folgen, derweil wir im Berufungsverfahren Noven zulassen. Wir schlagen Ihnen nun – man kann fast sagen: im Sinne eines Gesamtkunstwerkes - eine einheitliche Regelung vor: eine Straffung des erstinstanzlichen Verfahrens und eine gewisse Ausweitung des zweitinstanzlichen Verfahrens. Damit ist beidem gedient, der Verfahrensbeschleunigung und der Wahrheitsfindung,

Ich ersuche Sie, der Mehrheitsfassung zuzustimmen.

Abstimmuna - Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/1402) Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen

#### Art. 224

Antrag der Kommission Festhalten

#### Art. 224

Proposition de la commission Maintenir

Angenommen - Adopté

#### Art. 225

Antrag der Mehrheit Abs. 1 Streichen

Abs. 2

An der Hauptverhandlung werden neue Tatsachen und Beweismittel nur noch berücksichtigt, wenn sie ohne Verzug vorgebracht werden und:

a. erst nach Abschluss des Schriftenwechsels oder nach der letzten Instruktionsverhandlung entstanden oder gefunden worden sind (echte Noven); oder

b. bereits vor Abschluss des Schriftenwechsels oder vor der letzten Instruktionsverhandlung vorhanden waren, aber trotz zumutbarer Sorgfalt nicht vorher vorgebracht werden konnten (unechte Noven).

Abs. 2bis

Falls weder ein zweiter Schriftenwechsel noch eine Instruktionsverhandlung stattgefunden haben, können neue Tatsachen und Beweismittel zu Beginn der Hauptverhandlung vorgebracht werden.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Vischer, Leutenegger Oberholzer, Reimann Lukas, Roth-Bernasconi, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Abs. 1, 2 Festhalten Abs. 2bis

Streichen

#### Art. 225

Proposition de la majorité

Al. 1 Biffer

Des faits et moyens de preuve nouveaux ne sont admis aux débats principaux que s'ils sont invoqués sans retard et: a. s'ils sont postérieurs ou s'ils sont découverts postérieurement à la fin de l'échange d'écritures ou à la dernière audience d'instruction («Nova» proprement dits); ou

b. s'ils existaient avant la fin de l'échange d'écritures ou la dernière audience d'instruction et qu'ils ne pouvaient être invoqués antérieurement en dépit de la diligence requise («Nova» improprement dits).

Al. 2bis

S'il n'y a pas eu de deuxième échange d'écritures, ni de débats d'instruction, des faits et moyens de preuve nouveaux sont admis à l'ouverture des débats principaux.

Nationalrat

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Vischer, Leutenegger Oberholzer, Reimann Lukas, Roth-Bernasconi, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Al. 1, 2 Maintenir

Al. 2bis Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

#### Art. 226

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit (Vischer, Leutenegger Oberholzer, Reimann Lukas, Roth-Bernasconi, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Festhalten

Art. 226 Proposition de la majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Vischer, Leutenegger Oberholzer, Reimann Lukas, Roth-Bernasconi, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit) Maintenir

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 227

Antrag der Kommission Festhalten

Proposition de la commission Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 243 Abs. 3

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 243 al. 3

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 246 Bst. b Ziff. 0

Antrag der Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Schwander, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber, Kaufmann, Miesch, Moret, Nidegger, Reimann Lukas) Festhalten

Art. 246 let. b ch. 0

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité (Schwander, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber, Kaufmann, Miesch, Moret, Nidegger, Reimann Lukas) Maintenir

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

#### Art. 270a

Antrag der Mehrheit

Titel

Aufhebung des gemeinsamen Haushalts

Tex

Jeder Ehegatte kann nach Eintritt der Rechtshängigkeit für die Dauer des Verfahrens den gemeinsamen Haushalt aufheben.

Antrag der Minderheit (Schwander, Fluri, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber, Miesch, Moret, Nidegger) Streichen

#### Art. 270a

Proposition de la majorité

Titre

Suspension de la vie commune

Texte

Chaque époux peut suspendre la vie commune dès litispendance et pour la durée de la procédure de divorce.

Proposition de la minorité (Schwander, Fluri, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber, Miesch, Moret, Nidegger) Biffer

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Un seul débat a lieu sur les propositions de la minorité Schwander à l'article 270a et au chiffre 3 de la modification du droit en vigueur.

Schwander Pirmin (V, SZ): Es geht hier um die Frage, ob diese Bestimmung, Artikel 270a, in die Zivilprozessordnung oder in das Zivilgesetzbuch gehört. Die Minderheit geht mit dem Ständerat davon aus, dass es sich hier um materielles Recht und nicht um Verfahrensrecht handelt. Wenn wir Artikel 270a ins Verfahrensrecht, also in die ZPO, aufnehmen wollen, dann müsste unseres Erachtens Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf zuhanden der Materialien noch bestätigen, dass diese Bestimmung für sich genommen nur unterhegatten Rechtswirksamkeit erlangen würde und in keinem Fall zum Beispiel für Vermieter. Aber auch im Falle einer solchen Erklärung von Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf ist die Minderheit nach wie vor der Ansicht, dass dieser Artikel eindeutig ins materielle Recht gehört.

Ich bitte Sie daher, der Minderheit zu folgen und zwischen Verfahrensrecht und materiellem Recht eine klare Grenze zu setzen

Aeschbacher Ruedi (CEg, ZH): Es geht hier um die Frage, ob es sich bei diesem Artikel um eine Verfahrensvorschrift handelt, die richtigerweise in die Zivilprozessordnung gehört, oder ob es sich um eine materielle Vorschrift handelt. Die Mehrheit denkt, glaube ich, absolut richtig, dass es sich um eine Verfahrensvorschrift handelt, die wie alle anderen Verfahrensvorschriften bislang im ZGB gestanden hat. Es geht um die Artikel 135 bis 149 und auch um Artikel 208 Absatz 2. Diese Verfahrensvorschriften werden heute zu Recht in die Zivilprozessordnung übernommen. Es ist nun wirklich eine komische Situation, wenn man, wie es die Minderheit möchte, nur noch gerade die eine Verfahrensvorschrift, nämlich diejenige von Artikel 137 Absatz 1, im ZGB stehenlassen würde; sie käme dann wahrscheinlich bei Artikel 135 des ZGB zu stehen. Es ist aber genau der Wortlaut von Artikel 137 Absatz 1 ZGB, der nicht in die ZPO transferiert werden soll. Das macht wenig Sinn. Ich glaube, wir haben konsequent alle Verfahrensvorschriften in die Zivilprozessordnung übernommen. Dabei sollte es auch bleiben.

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Le groupe radical-libéral soutient la proposition de la minorité.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Mehrheit der Kommission zu unterstützen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Vorerst einmal geht es hier um eine technische Bereinigung. Materiell hat diese Bereinigung keine Folgen, materiell ändert sich also nichts; darüber sind wir uns wohl einig.

Der Antrag der Mehrheit Ihrer Kommission entspricht einem Anliegen der Redaktionskommission. Es geht lediglich um die Frage, wo die Bestimmung über die Aufhebung des gemeinsamen Haushalts während der Dauer des Scheidungsverfahrens stehen soll: im ZGB, wie das bis anhin der Fall ist, oder eben neu in der ZPO. Der Bundesrat zieht die Regelung in der ZPO vor, gerade mit dem Argument, das der Sprecher der Minderheit vorgetragen hat: Es geht um eine klare Grenzziehung zwischen materiellem Recht und Verfahrensrecht.

Die Regelung des gemeinsamen Haushalts während der Dauer des Scheidungsverfahrens ist, darüber sind wir uns sicher einig, klar eine verfahrensrechtliche und nicht eine materiellrechtliche Bestimmung. Daher wäre die Bestimmung im ZGB singulär, also nicht am richtigen Ort. Alle anderen verfahrensrechtlichen Bestimmungen über die Scheidung, namentlich die Artikel 135 bis 149 ZGB, sind aus dem ZGB in die ZPO transferiert worden; und ich meine auch zu Recht. Ferner würde die Bestimmung im ZGB unter dem Titel «Scheidungsfolgen» stehen, und das wäre wohl wirklich falsch und würde absolut keinen Sinn machen.

Ich möchte Sie daher bitten, der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Die Kommission hat diese Bestimmung mit 12 zu 11 Stimmen beschlossen. Es geht darum zu klären: Ist der Inhalt von Artikel 137 ZGB, die Aufhebung des gemeinsamen Haushalts nach Rechtshängigkeit der Klage, eine prozessrechtliche Frage oder eine materiellrechtliche Frage? Wir sind der klaren Auffassung: Es ist eine prozessrechtliche Frage. Mithin haben wir es nunmehr in der ZPO geregelt. Für die ZPO gilt der Grundsatz: Wir vereinheitlichen die Zivilprozessordnungen; wir wollen aber auch den gesamten den Zivilprozess betreffenden Fragenkomplex so vereinheitlichen, dass alle Bestandteile, die in einem anderen Gesetz geregelt sind, nunmehr in der ZPO geregelt werden. Aus diesem Grunde ist die Mehrheitsfassung eigentlich die rechtlich logische Fassung, die sich aus dem prozessrechtlichen Gehalt dieser Frage ergibt.

Aus dem Votum von Herrn Kollege Schwander tönte freilich heraus – wenn ich das richtig gehört habe –, es gebe auch eine materiellrechtliche Differenz. Er interpretiert da nämlich auch eine mietrechtliche Frage hinein. Das ist aber falsch. Von dieser Bestimmung werden überhaupt keine mietrechtlichen Fragen tangiert. Es geht nur um die Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes. Wie lange? Während des Prozesses! Die Antworten auf alle anderen Fragen, die materiell zu klären sind, ergeben sich weiterhin aus dem materiellen Becht.

Ich ersuche Sie, fast ein bisschen der juristischen Vernunft zu gehorchen und der Mehrheit zuzustimmen.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: L'article 270a résulte d'une proposition conjointe de la Commission de rédaction et de l'administration. Il s'agit de déplacer, sans rien changer quant au contenu du texte — pas une virgule n'a changé de place —, dans le Code de procédure civile le texte de l'article 137 alinéa 1 du Code civil concernant la suspension de la vie commune des époux dès le début de la litispendance. Il s'agit donc simplement de déménager une disposition légale du Code civil dans le Code de procédure civile.

Par 12 voix contre 11 et 1 abstention, la commission a accepté le déplacement de cette disposition. La minorité souhaite laisser cette disposition procédurale dans le Code civil pour assurer une meilleure lisibilité de ce texte. La majorité, quant à elle, est d'avis qu'il faut rassembler les dispositions procédurales dans le Code de procédure civile et ainsi approuver l'article 270a. Il y a, il faut bien le reconnaître, une certaine logique dans la philosophie qui a conduit au déménagement de cette disposition, puisque le nouveau Code de procédure civile a pour objectif de réunir dans un seul code l'ensemble des règles de procédure civile que l'on trouvait auparavant dans d'autres codes.

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous propose d'accepter ce déménagement de disposition, si vous me passez l'expression.

Abstimmung - Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.062/1406) Für den Antrag der Mehrheit ... 81 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 76 Stimmen

Art. 291; 306 Abs. 2 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 291; 306 al. 2 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

## Art. 314 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Mit der Berufung können neue Tatsachenbehauptungen, Beweisanträge, Bestreitungen und Einreden vorgebracht wer-

Antrag der Minderheit (Fluri, Freysinger, Huber, Markwalder Bär, Moret, von Graf-

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 314 al. 1

Proposition de la majorité

L'appel peut contenir de nouvelles allégations, offres de preuves, contestations et exceptions.

Proposition de la minorité

(Fluri, Freysinger, Huber, Markwalder Bär, Moret, von Graffenried)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie, die Minderheit zu unterstützen.

Sie sehen auf der Fahne die beiden Konzeptionen: Artikel 314 gemäss Ständerat, zweite Kolonne von links, und gemäss Mehrheit, zweite Kolonne von rechts. Die Mehrheit will, dass mit der Berufung neue Tatsachenbehauptungen usw. vorgebracht werden können. Berufung heisst zweite Instanz. Das heisst, dass eigentlich der ganze Prozess wie vor der ersten Instanz noch einmal geführt werden kann, plus neue Behauptungen und Beweisanträge. Der Ständerat hingegen möchte das erstens auf Tatsachen und Beweismittel einschränken, die ohne Verzug eingebracht werden und trotz zumutbarer Sorgfalt nicht schon vorher, das heisst vor der ersten Instanz, hätten vorgebracht werden können. Zweitens will der Ständerat eine Klageänderung nur noch dann zulassen, wenn ein sachlicher Zusammenhang mit der alten, ursprünglichen Klage besteht, wenn die Gegenpartei zustimmt und - kumulativ - wenn sie auf neuen Tatsachen und Beweismitteln beruht.

Wir sind mit dem Ständerat, der darüber keine Debatte geführt und auch keine Abstimmung durchgeführt hat, der Meinung, dass man nicht mehr in der Berufung, das heisst in der zweiten Instanz, den ganzen Prozess wiederholen kön-

nen soll, erstens im Interesse der Verfahrensdisziplin - man soll die Beweismittel, Tatsachenbehauptungen usw. in erster Instanz vorbringen und einlegen - und zweitens natürlich vor dem Hintergrund des immer vorgebrachten und in gewissem Mass auch immer berechtigten Anliegens der Verfahrensbeschleunigung.

Wir bitten Sie deshalb, angesichts dieser ganz klaren Gegensätze - Ständerat: Verfahrensbeschleunigung, Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen: mögliche Wiederholung des gesamten Prozesses vor der zweiten Instanz - hier dem Ständerat zu folgen, der, wie gesagt, einstimmig und ohne Diskussion diese Konzeption unterstützt.

Thanei Anita (S, ZH): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, hier der Mehrheit zu folgen. Es ist eine ähnliche Diskussion, wie wir sie schon im Zusammenhang mit den Artikeln 223bis, 224 und 226 geführt haben. Es geht wieder um die Fragen: Wo soll der Schwerpunkt sein? Wollen wir die Verfahren beschleunigen, und wollen wir nur diejenigen, die in Bezug auf die Verfahrensvorschriften aufgeklärt sind, schützen? Oder wollen wir die sozial schwächere Partei genügend schützen? Wir sind hier wieder einmal klar der Ansicht, dass die sozial Schwächeren geschützt werden sollen, das heisst, dass man mit der Berufung auch neue Tatsachenbehauptungen und Beweisanträge stellen kann und soll.

Weshalb? Sehr oft ist es so, dass jemand mit einem Verfahren konfrontiert ist und erst nach Erhalt des erstinstanzlichen Urteils realisiert, was nun geschehen ist. Dann sucht er oder sie einen Anwalt oder eine Anwältin auf. Das ist die Realität, und es geht nicht an, dass wir mit einer gesamtschweizerischen Zivilprozessordnung praktisch den Rechtsschutz für diejenigen, die ihn am meisten nötig haben, derart einschränken. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Rahmen der Revision des Scheidungsrechtes das Novenrecht für das Berufungsverfahren im ZGB festgehalten haben, und zwar für alle Bereiche, wo nicht die Offizialmaxime gilt, das heisst in Bezug auf güterrechtliche Fragen und in Bezug auf die Fragen des Frauenunterhaltes.

Wenn Sie jetzt der Minderheit folgen und im Anhang sämtliche Verfahrensbestimmungen im ZGB streichen, ist das Novenrecht im Scheidungsverfahren ersatzlos gestrichen. Es gibt keinen Grund - auch in Bezug auf die Scheidungsverfahren –, diese Regel, die sich bewährt hat, zu ändern. Aber, langer Rede kurzer Sinn: Das Wichtigste ist hier, dass wir den Rechtsschutz der Benachteiligten nicht derart einschränken, indem wir sie praktisch um die Berufungsmöglichkeit bringen, weil sie eben - ich habe es bereits gesagt, aber es ist mir so wichtig, dass ich es zweimal sagen möchte – zum Teil erst, wenn sie das erstinstanzliche Urteil in der Hand haben, realisieren, was geschehen ist. Im Übrigen aber das ist kein entscheidendes Kriterium - gibt es auch Berufskolleginnen und -kollegen von mir, die sehr glücklich über dieses Novenrecht sind.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, der Minderheit Ihrer Kommission zu folgen, das heisst also, der Fassung des Ständerates zuzustimmen. Gemäss der Mehrheit Ihrer Kommission sollen Noven auch vor der Berufungsinstanz unbeschränkt eingebracht werden können. Das ist abzulehnen. Es gibt zwar sieben kantonale Prozessordnungen, die auch vor der oberen Instanz unbeschränkt Noven zulassen. Umgekehrt gibt es aber vier kantonale Prozessordnungen, die im Berufungsverfahren überhaupt keine Noven mehr zulassen. Fünfzehn kantonale Prozessordnungen haben in etwa die Regelung, die wir hier mit der Fassung des Ständerates und der Minderheit vorschlagen.

Unbeschränktes Novenrecht vor der oberen Instanz entwertet das erstinstanzliche Verfahren komplett und belohnt letztlich unsorgfältiges Prozessieren. Auch das andere Extrem, ein totales Novenverbot, würde unseres Erachtens zu weit gehen. Ich meine, dass der Kompromissvorschlag richtig ist und unterstützt werden soll. Dieser ständerätliche Kompromiss bringt eine adäquate Lösung: Noven sollen vor der Berufungsinstanz vorgebracht werden können, aber nicht unbeschränkt, sondern im gleichen Rahmen, wie es zuletzt noch im Hauptverfahren, vor der ersten Instanz also, möglich war. Das ist kohärent und entspricht der Mehrheit der heutigen kantonalen Regelungen. Die zweite Instanz soll novenrechtlich dort einsetzen, wo die erste aufgehört hat. Das Novenfenster darf im Berufungsverfahren nicht weiter offen sein, als es vor der ersten Instanz war, sonst würden wir in der zweiten Instanz einen Schritt zurück machen und wieder von Neuem beginnen.

Lüscher Christian (RL, GE), pour la commission: Par une très courte majorité – 73 voix contre 71 –, le Conseil national avait accepté, en juin 2008, l'ajout d'un article 306 alinéa 2 ayant une portée large concernant les nouvelles allégations, offres de preuves, contestations et exceptions. A l'unanimité, le Conseil des Etats a proposé de biffer cette disposition. La commission de notre conseil en a de nouveau débattu, puis a considéré que cette disposition devait être maintenue, mais à l'article 314 et non à l'article 306.

La majorité de la commission a décidé de maintenir cette possibilité de permettre en appel l'allégation de faits nouveaux, soit tous les faits nouveaux, sans distinction entre les «echte» et les «unechte» «Nova», les faits excusables ou non. Il a été expliqué que même en ayant une conception large des «Nova», une partie ne pouvait de toute manière pas alléguer en appel l'inverse de ce qui avait été allégué en première instance. De plus, cette ouverture favorise principalement la partie non représentée par un avocat; autrement dit, la commission ne voulait pas sanctionner la partie comparaissant sans avocat en première instance, car elle ne pourrait plus réparer un éventuel oubli. Enfin, cette disposition vise à éviter un changement de pratique dans le domaine du droit de la famille, et c'est la raison pour laquelle la majorité de la commission propose de soutenir cette disposition.

Vischer Daniel (G, ZH), für die Kommission: Die Kommission hat mit 13 zu 7 Stimmen, also mit deutlichem Mehr, dem Nationalratsbeschluss den Vorzug gegeben. Dieser nationalrätliche Beschluss ging ja auf einen Antrag aus der CVP-Fraktion, nämlich von Herrn Kollege Müller Thomas, zurück.

Was wollen wir? Wir wollen, dass in der zweiten Instanz Noven vorgebracht werden können. Das ist gemäss geltendem Recht im ZGB im Scheidungsverfahren heute bereits so. Wir haben in der Mehrheitsfassung ein Gesamtkonzept: Wir haben in der ersten Instanz eine strengere Regelung, als sie der Bundesrat ursprünglich vorsah, wollen für die zweite Instanz aber Noven ermöglichen. Warum? Zum einen geht es um familienrechtliche Fragen, und zwar um diejenigen Fragen, die nicht der Offizialmaxime unterstehen. Es ist eine Frage, die nicht zuletzt die Männer in diesem Saal angeht. Vorwiegend sind sie es ja noch immer, die nach einem Scheidungsverfahren Unterhaltsbeiträge zahlen müssen: Wir wollen, dass in einem Berufungsverfahren auch diesbezüglich Noven vorgebracht werden können. Es geht aber auch um eine gewerbefreundliche Regelung. Welche Fallkonstellation kann eintreffen? Jemand geht ohne Anwalt, ohne Anwältin in ein erstinstanzliches Verfahren. Es wird ein Fehler gemacht - wir haben eine strenge Regelung im erstinstanzlichen Verfahren -, und man vergisst, etwas rechtzeitig vorzubringen, weil man gar nicht weiss, dass man es hätte vorbringen müssen. Dann soll es doch nach anwaltlicher Beratung möglich sein, dass man das im zweitinstanzlichen Verfahren noch nachholen kann.

Wir haben ja die bisherige Regelung des ZGB im Scheidungsverfahren in allen Kantonen erlebt. Die Berichte liefen nicht darauf hinaus, diese Regelung sei eine Katastrophe gewesen. Sie hat keine wahnsinnigen Verfahrensverzögerungen gebracht. Es nützt Ihnen nämlich nichts, wenn Sie in einem Prozess Kraut und Rüben vorbringen – die Richter sind ja nicht «Huschelis», die sich dann den Prozess verlän-

gern lassen, sondern sie wissen, um welche wirklichen Fragen es noch geht, und das sind wenige.

In diesem Sinn ersuche ich Sie, dieser Mehrheitsfassung zuzustimmen. Es ist eine Fassung, die im erstinstanzlichen Verfahren dem sorgfältigen und schnellen Prozessieren das Wort redet, es aber auch Laien ermöglicht, im zweitinstanzlichen Verfahren Korrekturen anzubringen, und zwar nicht zuletzt in familienrechtlichen Angelegenheiten.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 06.062/1407) Für den Antrag der Minderheit … 85 Stimmen Für den Antrag der Mehrheit … 83 Stimmen

#### Art. 318 Abs. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 318 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

#### Art. 400

Antrag der Kommission ... werden im Anhang 1 geregelt.

#### Art. 400

Proposition de la commission ... sont réglées dans l'annexe 1.

Angenommen – Adopté

#### Art. 400a

Antrag der Kommission

Titel

Koordinationsbestimmungen

Text

Die Koordination von Bestimmungen anderer Erlasse mit diesem Gesetz ist im Anhang 2 geregelt.

#### Art. 400a

Proposition de la commission

Titre

Dispositions de coordination

Texte

La coordination de la présente loi avec d'autres actes législatifs est réglée dans l'annexe 2.

Angenommen - Adopté

### Änderung bisherigen Rechts (Anhang 1) Modification du droit en vigeur (annexe 1)

#### Ziff. 3

Antrag der Mehrheit Vierter Abschnitt (Art. 135–149), Art. 208 Abs. 2 Aufheben

Antrag der Minderheit (Schwander, Fluri, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber, Miesch, Moret, Nidegger) Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Ch. 3

Proposition de la majorité Chapitre IV (art. 135–149), art. 208 al. 2 Abroger Proposition de la minorité

(Schwander, Fluri, Freysinger, Geissbühler, Heer, Huber,

Miesch, Moret, Nidegger)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

#### Ziff. 13

Antrag der Kommission

Art. 37 Abs. 2

Streichen

Art. 39, 40, 42

Aufheben

Art. 43 Titel

Vorsorgliche Massnahmen

Art. 43 Text

Ersucht eine Person um die Anordnung vorsorglicher Massnahmen, so kann sie insbesondere verlangen, dass das Gericht Massnahmen anordnet:

a. zur Beweissicherung:

b. zur Ermittlung der Herkunft von Material, das mit der Sortenbezeichnung einer in der Schweiz geschützten Sorte versehen ist:

c. zur Wahrung des bestehenden Zustandes; oder

d. zur vorläufigen Vollstreckung von Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen.

#### Ch. 13

Proposition de la majorité

Art. 37 al. 2

Biffer

Art. 39, 40, 42

Abroger

Art. 43 titre

Mesures provisionnelles

Art. 43 texte

Toute personne qui requiert des mesures provisionnelles peut notamment exiger du tribunal qu'il les ordonne dans l'un des buts suivants:

a. assurer la conservation des preuves;

 b. rechercher la provenance du matériel portant la dénomination de variété d'une variété protégée en Suisse;

c. sauvegarder l'état de fait; ou

d. assurer à titre provisoire l'exercice d'une action en prévention ou en cessation du trouble.

#### Angenommen - Adopté

#### Ziff, 19a

Antrag der Kommission

Titel

Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 13. Juni 2008

Art. 21

Aufheben

Art. 22 Abs. 1

Das Gericht stellt den Sachverhalt von Amtes wegen fest. Es ist an die Begehren der Parteien nicht gebunden.

#### Ch. 19a

Proposition de la commission

Titre

Loi fédérale du 13 juin 2008 sur la responsabilité civile en matière nucléaire

Art. 21

Abroger

Art. 22 al. 1

Le tribunal établit les faits d'office. Il n'est pas lié par les conclusions des parties.

#### Angenommen - Adopté

#### Koordinationsbestimmungen (Anhang 2) Dispositions de coordination (annexe 2)

#### Ziff. 1

Antrag der Kommission

Titel

Koordination der Zivilprozessordnung vom ... mit dem neuen Kernenergiehaftpflichtgesetz

Einleituna

Unabhängig davon, ob das neue Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 13. Juni 2008 (neues KHG) oder die Zivilprozessordnung vom ... (ZPO) zuerst in Kraft tritt, wird mit Inkrafttreten des später in Kraft tretenden Gesetzes sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten die ZPO wie folgt geändert:

Art. 37a Titel

Nuklearschäden

Art. 37a Abs. 1

Für Klagen aus nuklearen Ereignissen ist zwingend das Gericht des Kantons zuständig, auf dessen Gebiet das Ereignis eingetreten ist.

Art. 37a Abs. 2

Kann dieser Kanton nicht mit Sicherheit bestimmt werden, so ist zwingend das Gericht des Kantons zuständig, in welchem die Kernanlage des haftpflichtigen Inhabers gelegen ist.

Art. 37a Abs. 3

Bestehen nach diesen Regeln mehrere Gerichtsstände, so ist zwingend das Gericht des Kantons zuständig, der die engste Verbindung zum Ereignis aufweist und am meisten von seinen Auswirkungen betroffen ist.

#### Ch. 1

Proposition de la commission

Titre

Coordination du Code de procédure civile avec la loi du 13 juin 2008 sur la responsabilité civile en matière nucléaire Introduction

Quel que soit l'ordre dans lequel le Code de procédure civile et la loi du 13 juin 2008 sur la responsabilité civile en matière nucléaire entrent en vigueur, à l'entrée en vigueur de la seconde de ces lois, ou à leur entrée en vigueur simultanée, le Code de procédure civile est modifié comme suit:

Art. 37a titre

Dommages nucléaires

Art. 37a al. 1

Le tribunal du canton où l'événement dommageable est survenu connaît impérativement des actions découlant d'un accident nucléaire.

Art. 37a al. 2

S'il est impossible de déterminer ce canton avec certitude, le tribunal du canton où se situe l'installation nucléaire de l'exploitant responsable est impérativement compétent.

Art. 37a al. 3

S'il existe plusieurs fors selon les règles qui précèdent, le tribunal du canton le plus étroitement lié à l'accident et le plus affecté par ses conséquences est impérativement compétent

#### Angenommen – Adopté

#### Ziff. 2

Antrag der Kommission

Titel

Koordination von Ziffer 19 des Anhangs 1 mit dem neuen KHG

Text

Unabhängig davon, ob das neue KHG oder die ZPO zuerst in Kraft tritt, wird mit Inkrafttreten des später in Kraft tretenden Gesetzes sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten Ziffer 19 des Anhangs 1 der ZPO gegenstandslos und das neue KHG wird gemäss Ziffer 19a des Anhangs 1 der ZPO geändert.

#### Ch. 2

Proposition de la commission

Titre

Coordination du chiffre 19 de l'annexe 1 avec la loi du 13 juin 2008 sur la responsabilité civile en matière nucléaire

Quel que soit l'ordre dans lequel le Code de procédure civile et la loi du 13 juin 2008 sur la responsabilité civile en matière nucléaire entrent en vigueur, à l'entrée en vigueur de la seconde de ces lois, ou à leur entrée en vigueur simultanée, le chiffre 19 de l'annexe 1 du Code de procédure civile est sans objet et la loi du 13 juin 2008 est modifiée selon le chiffre 19a de l'annexe 1 du Code de procédure civile.

Angenommen - Adopté

#### 06.461

Parlamentarische Initiative
Rechsteiner Paul.
Rehabilitierung
der Schweizer
Spanienfreiwilligen
Initiative parlementaire
Rechsteiner Paul.
Réhabilitation des Suisses
engagés volontaires
durant la guerre civile espagnole

Erstrat - Premier Conseil

Einreichungsdatum 21.09.06 Date de depôt 21.09.06 Bericht RK-NR 06.11.08 (BBI 2008 9147) Rapport CAJ-CN 06.11.08 (FF 2008 8207) Stellungnahme des Bundesrates 26.11.08 (BBI

Stellungnahme des Bundesrates 26.11.08 (BBI 2008 9161) Avis du Conseil fédéral 26.11.08 (FF 2008 8221)

Nationalrat/Conseil national 02.12.08 (Erstrat - Premier Conseil)

#### Antrag der Mehrheit Eintreten

Antrag der Minderheit (Kaufmann, Geissbühler, Heer, Reimann Lukas, Schwander) Nichteintreten (= die Initiative abschreiben)

Proposition de la majorité Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Kaufmann, Geissbühler, Heer, Reimann Lukas, Schwander) Ne pas entrer en matière (= classer l'initiative)

Sommaruga Carlo (S, GE), pour la commission: En juillet 1936, cinq ans après la restauration de la République et juste après les élections qui ont vu triompher le Frente Popular, éclate le conflit entre la République populaire d'Espagne et la Phalange qui, sous le commandement du général Franco, regroupe les ultranationalistes proches des mouvements fascistes européens. Les nationalistes espagnols s'empareront de toute l'Espagne républicaine. La guerre civile espagnole, qui durera jusqu'en 1939, voit la déroute des forces républicaines et la naissance de la plus longue dictature d'Europe.

Ce conflit est un événement crucial de l'histoire européenne du siècle passé. En effet, on assiste à l'intervention des troupes fascistes d'Italie et d'Allemagne en Espagne, et à la nonintervention des démocraties. La Suisse quant à elle fait valoir sa neutralité.

Face à la passivité des démocraties saisies par la peur du communisme et au risque de voir disparaître la République –

qui, malheureusement, se concrétisera –, l'on assiste à un élan de solidarité populaire pour la République, et cela de manière non connue à ce jour. Déjà quelques jours après le soulèvement militaire, des volontaires venant de partout commencent à rejoindre les rangs des républicains espagnols. L'Espagne devient le champ de bataille de la défense de la République contre la dictature, plus encore, le front symbolique de l'engagement pour la liberté. Des milliers de femmes et d'hommes parcourent l'Espagne. Ce sont ainsi 35 000 à 40 000 volontaires qui, de tous pays, rejoignent les rangs républicains.

Parmi ceux-ci, il y a environ 650 citoyennes et citoyens suisses officiellement répertoriés par les historiens, le contingent par pays le plus important. Certains sont déjà sur place parce qu'ils y travaillent; d'autres prennent la route ou le chemin de fer dans des départs spontanés et désordonnés. Ce sont essentiellement des ouvriers, des artisans et des chômeurs. Ils sont originaires des villes — Zurich, Bâle, Genève —, et surtout d'un canton, le Tessin. Ils partent par idéal, mais aussi un peu par aventure vers une Espagne mythique. Ils bravent les menaces qui sont proférées à leur encontre dans leur pays. Entre 20 à 25 pour cent de ces volontaires périssent dans les combats; beaucoup de combattants de la liberté reviennent de cette guerre blessés et désillusionnés. Mais à leur retour au pays, ces hommes et ces femmes trouveront surtout la justice.

Un article du journal «Le Temps», dans son édition du 24 novembre 2001, soulignait ce qui suit: «Peut-être effrayés par l'ampleur du mouvement de sympathie pour l'Espagne 'rouge', les tribunaux nationaux ont la main particulièrement lourde. Alors que dans la plupart des autres pays européens, comme la France, la Belgique ou l'Angleterre, les volontaires de la guerre d'Espagne sont arrêtés temporairement ou simplement interrogés, les ressortissants suisses n'échappent que très rarement à la prison.» Il s'agit de peines d'emprisonnement allant de quinze jours à quatre ans, et cela équivaut à la déchéance des droits civiques dans 60 pour cent des cas qui sont prononcés.

Les historiens ont assez montré que, plus que l'ensemble des caractéristiques de ses volontaires, c'est l'attitude de ses autorités qui distingue la Suisse. On le constate d'une part aux mesures prises pour entraver l'aide à la République espagnole — ainsi, quelques semaines après le déclenchement des hostilités, le Conseil fédéral arrête une interdiction tant de quitter la Suisse pour participer aux hostilités que de les soutenir ou de les favoriser sur le territoire suisse —, d'autre part à la mise en oeuvre de la justice militaire, avec une systématique toute helvétique contre les volontaires qui reviennent au pays.

Les interventions politiques en faveur des volontaires ne datent pas d'hier. La première fut le postulat du 13 décembre 1938 déposé par le conseiller national saint-gallois Otto Huber qui, appuyé par 69 députés et dans l'élan de la campagne de 1938 en faveur des brigadistes, sollicitait un rapport et l'examen de l'octroi d'une amnistie des volontaires. Par la suite, et jusqu'en 1999, diverses interventions parlementaires furent déposées. Toutes, à l'exception du postulat Pini 91.3214, «Réhabilitation des combattants suisses de la guerre d'Espagne», furent rejetées. Toutefois, aujourd'hui, alors que plus de 70 ans se sont écoulés depuis l'engagement des premiers volontaires et qu'une poignée de ces hommes et femmes sont encore vivants, la commission, qui s'est penchée à nouveau sur la question suite à l'initiative parlementaire Rechsteiner Paul, a estimé qu'après la réhabilitation politique et morale, il serait juste de leur accorder la réhabilitation juridique.

Rappelons que la réhabilitation politique et morale des combattants suisses en Espagne par le Conseil fédéral est intervenue le 22 mai 1996 lors de la réponse à la question ordinaire Grobet 96.1030, «Réhabilitation des combattants suisses de la guerre d'Espagne». L'exécutif y affirmait faire siens les propos tenus par la Madame la conseillère fédérale Ruth Dreifuss, laquelle, dans une allocution officielle, avait qualifié la lutte des combattants suisses en Espagne contre la dictature fasciste de courageuse, de nécessaire au main-

#### Änderung anderer Erlasse Modification d'autres lois

Ziff. 13 Art. 220
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Ch. 13 art. 220**Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Die Änderung von Artikel 220 des Strafgesetzbuches war im Entwurf des Bundesrates nicht vorgesehen. Wir sind dann, offenbar von der Vormundschaftsbehörde Zürich, auf eine Lücke aufmerksam gemacht worden. Nach dem Bundesgericht hat eine Vormundschaftsbehörde heute nicht das Recht, einen Strafantrag zu stellen, wenn ein Kind im Rahmen einer Kindesschutzmassnahme bei Pflegeeltern platziert und den Eltern die Obhut entzogen worden ist. Das Antragsrecht steht nur den Eltern oder dem Vormund zu. Die Vormundschaftsbehörde Zürich hat angeregt, diese Lücke zu schliessen. Die neue Formulierung ist mit Strafrechtsexperten abgesprochen, sie wird begrüsst.

Wir beantragen Ihnen also auch hier, sich dem Nationalrat anzuschliessen.

Angenommen – Adopté

06.062

# Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221)
Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)
Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)
Nätionalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil des Etats 04.12.08 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2009 21)
Texte de l'acte législatif (FF 2009 21)

#### Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Art. 143 Abs. 2 Bst. b
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 143 al. 2 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Ich kann Ihnen zunächst eine erfreuliche Mitteilung machen: Falls Sie uns in allen Punkten folgen, ist das Geschäft fertig beraten und zur Schlussabstimmung bereit. Es geht noch um drei Differenzen.

Zuerst zu Artikel 143 Absatz 2 Buchstabe b, zum Stillstand der Fristen: Wir sind eigentlich der Meinung gewesen, dass

der Verzicht auf Gerichtsferien ein probates Mittel zur Prozessbeschleunigung sei. Im Interesse der Bereinigung der Vorlage kann Ihre Kommission für Rechtsfragen aber in vereinfachten Verfahren Gerichtsferien akzeptieren. Das ist – wir haben auch darüber geredet – vielleicht auch im Interesse von kleinen Anwaltskanzleien, wo nicht immer garantiert ist, dass jemand da ist, wenn plötzlich eine Frist hereinschneit.

Wir bitten Sie, dem Nationalrat zu folgen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat ist auch der Auffassung, dass im Sinne der Differenzbereinigung die Geltung der Gerichtsferien im vereinfachten Verfahren zu unterstützen ist. Dann haben wir all die prozeduralen Fragen endlich erledigt. Es macht ja gegenüber der heutigen Praxis keinen sehr grossen Unterschied aus.

Angenommen - Adopté

#### Art. 224

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S. BL), für die Kommission: Es geht hier um die Klageänderung, um das Novenrecht. Wir haben ja hier eine grundsätzlich striktere Haltung eingenommen als der Nationalrat. Nachdem der Nationalrat aber den gröbsten Fehler – er wollte nämlich noch im Berufungsverfahren Noven zulassen – gestrichen hat, allerdings nur mit zwei Stimmen Unterschied, konnten wir etwas nachsichtig sein. Bei den übrigen Bestimmungen haben wir uns dem Nationalrat anschliessen können, weil hier eine Kompromissformulierung vorgeschlagen wird. Der Grundsatz ist, dass Noven in der Hauptverhandlung nur beschränkt zulässig sein sollen. Die Ausnahme soll sein, dass Noven zu Beginn der Hauptverhandlung noch unbeschränkt zulässig sein sollen, wenn kein zweiter Schriftenwechsel oder keine Instruktionsverhandlung stattgefunden hat; das ist eine Einschränkung, in dem Sinne ein Kompromiss, und wir können uns dem Nationalrat anschliessen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Wir schliessen uns diesem Kompromiss an. Die Bestimmung, wie sie jetzt verabschiedet worden ist, ist in sich konsistent.

Angenommen – Adopté

### Art. 225, 227

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

#### Art. 270a

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Hier geht es um eine Bestimmung im Zivilgesetzbuch betreffend die Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes. Die Absicht war hier, dass sämtliche Verfahrensbestimmungen, die noch im Zivilgesetzbuch sind, in die Zivilprozessordnung übernommen werden. Es geht also nur darum, dass der Inhalt dieser Bestimmung vom ZGB in die ZPO wandert; das ist alles. Wir beantragen Ihnen, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

884

Art. 400, 400a

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Änderung bisherigen Rechts (Anhang 1) Modification du droit en vigueur (annexe 1)

Ziff. 3, 13, 19a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 3, 13, 19a
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Das ist einfach die Folge des vorigen Beschlusses; natürlich muss jetzt im ZGB gestrichen werden, was wir in die ZPO transferiert haben.

Angenommen – Adopté

Koordinationsbestimmungen (Anhang 2) Dispositions de coordination (annexe 2)

Ziff. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Wir haben diese Koordination auf Anregung der Redaktionskommission vorgenommen.

Angenommen – Adopté

Le président (Berset Alain, président): Les divergences sont ainsi éliminées.

05.3315

Motion Banga Boris.
Perspektiven
für Berufsmilitär
und Zeitsoldaten
Motion Banga Boris.
Perspectives
des militaires de carrière
et des militaires contractuels

Einreichungsdatum 15.06.05
Date de dépôt 15.06.05
Nationalrat/Conseil national 07.10.05
Nationalrat/Conseil national 01.10.08
Bericht SiK-SR 17.10.08
Rapport CPS-CE 17.10.08
Ständerat/Conseil des Etats 04.12.08

Altherr Hans (RL, AR), für die Kommission: Nationalrat Banga hat im Jahre 2005 eine Motion eingereicht. Er will den Bundesrat beauftragen, ein Aktionsprogramm vorzulegen, das dem militärischen Berufspersonal und den Zeitsoldaten neue Perspektiven verleiht, zukunftsgerichtete Anreize zur Stärkung der professionellen Säule der Armee XXI schafft

und das Verfahren für deren Einsatz im Ausland verbessert. Der Nationalrat hat diese Motion am 1. Oktober 2008 beraten und knapp, mit 92 zu 79 Stimmen, angenommen.

Ihre Kommission hat sich mit dieser Motion intensiv befasst und auch einen Besuch bei der Truppe durchgeführt. Wir sind zum Schluss gekommen – ich verweise dazu auf Ziffer 4 unseres Berichtes –, dass die Anliegen von Herrn Banga bzw. die Anliegen der Motion bereits weitestgehend erfüllt sind. Wo es um einen Aktionsplan geht, sind sie vollkommen erfüllt. Wo es um die Umsetzung geht, sind sie weitestgehend erfüllt. In dieser Situation sind wir einstimmig der Auffassung, dass die Motion abgelehnt werden muss. Obwohl wir mit den Zielen vollständig einverstanden sind, bleibt uns nichts anderes, als die Motion abzulehnen, damit sie abgeschrieben werden kann.

Schmid Samuel, Bundesrat: Der Bundesrat hat ursprünglich beantragt, die Motion anzunehmen, weil sie in eine Richtung stiess, die einem Bedürfnis des VBS und des Bundesrates entsprach. Der Präsident Ihrer Kommission hat bereits darauf hingewiesen, dass diese Forderungen in der Zwischenzeit weitestgehend erfüllt sind; es gibt noch einzelne – ein oder zwei – Projekte, die noch einige Zeit weiterlaufen werden, das Gros aber ist etabliert. Wir dürfen auch feststellen, dass die Anzahl der Neueintritte bei den Berufsmilltärs sowohl bei den Unteroffizieren als auch bei den Offizieren in der letzten Zeit doch wieder leicht zugenommen hat und dass wir auch wieder eine höhere Anzahl brevetieren dürfen. Das ist mindestens teilweise auch ein Produkt dieser einzelnen Projekte.

Wenn Sie die Motion annehmen, dürfte sie umgehend zur Abschreibung anstehen. Wenn Sie sie ablehnen, dann tun Sie es nicht, weil Sie das Motionsziel negieren, sondern eigentlich in der Erkenntnis – das ist auch eine Erkenntnis der Kommission –, dass in der Zwischenzeit die Ziele praktisch erfüllt sind.

**Präsidentin** (Forster-Vannini Erika, erste Vizepräsidentin): Herr Bundesrat, halten Sie an Ihrem Antrag fest, oder können Sie sich dem Antrag der Kommission anschliessen?

Schmid Samuel, Bundesrat: Ich empfehle Ihnen, den Antrag der Kommission anzunehmen, weil er der Zweckmässigkeit des Verwaltungshandelns entspricht.

**Präsidentin** (Forster-Vannini Erika, erste Vizepräsidentin): Die Kommission beantragt einstimmig die Ablehnung der Motion. Der Bundesrat schliesst sich diesem Antrag an.

Abgelehnt – Rejeté

### Dreizehnte Sitzung - Treizième séance

Freitag, 19. Dezember 2008 Vendredi, 19 décembre 2008

08.20 h

06.062

### Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7221)
Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6841)
Ständerat/Conseil des Etats 14.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 29.05.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 29.09.08 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil des Etats 04.12.08 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2009 21)

#### Schweizerische Zivilprozessordnung Code de procédure civile suisse

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen (Einstimmigkeit) (0 Enthaltungen) 06.063

### ZGB. Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht CC. Protection de l'adulte, droit des personnes

Schlussabstimmung - Vote final

et droit de la filiation

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBI 2006 7001)
Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6635)
Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 02.10.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 02.10.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 03.10.08 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 04.12.08 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 11.12.08 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2009 141)
Text de l'acte législatif (FF 2009 139)

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) Code civil suisse (Protection de l'adulte, droit des personnes et droit de la filiation)

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen ( (Einstimmigkeit) (0 Enthaltungen)

06.092

### Berufliche Vorsorge. Mindestumwandlungssatz Prévoyance professionnelle. Taux de conversion

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 22.11.06 (BBI 2006 9477)
Message du Conseil fédéral 22.11.06 (FF 2006 8969)
Ständerat/Conseil des Etats 12.06.07 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 24.09.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.08 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2009 19)
Texte de l'acte législatif (FF 2009 19)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Mindestumwandlungssatz) Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Taux de conversion minimal)

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes ... 35 Stimmen Dagegen ... 1 Stimme (6 Enthaltungen) 수 NATIONALRAT

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

Killer, Hans

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 34

Abstimmung vom / Vote du: 29.05.2008 12:05:42

The state of the s						
Abate, Fabio	-	+	RL		TI	1
Aebi, Andreas		*	V		BE	5
Aeschbacher, Ruedi	_	ř.	CE	,	Zŀ	Ī
Allemann, Evi		Ü	S		BE	
Amacker-Amann, Kathr	in -	+ ]	CE	ī	BL	
Amherd, Viola	1	F	CEg		VS	ī
Amstutz, Adrian		F	٧		BE	
Aubert, Josiane	=	- 1	S		VD	ĺ
Baader, Caspar	1	- 1	V	Į	BL	1
Bader, Elvira		П	CEg	П	SC	,
Baettig, Dominique	+	-	V		JŪ	٠
Bänziger, Marlies	=	- 1	G		ZH	
Barthassat, Luc	+	Π	CEg	1	GE	
Baumann, J. Alexander	+	. [	٧	T	TG	
Bäumle, Martin	*		CEg	7	ZH	
Berberat, Didier	*		S		NE	
Bigger, Elmar	+	. 1	V	1	SG	
Bignasca, Attilio	*	া	V	1	TI	
Binder, Max	+		V	1	ZH	1
Bischof, Pirmin	*	1	CEo	1	SO	i.
Borer, Roland F.	+	1	V	1	SO	
Bortoluzzi, Toni	*	7	V	1	ZH	
Bourgeois, Jacques	+	1	RL	1	FR	
Brélaz, Daniel	*	1	G	1	УD	
Bruderer, Pascale	=	T	S	T	AG	,
Brunner, Toni	+	T	V		SG	
Brunschwig Graf, Martin	*	1	RL_	T	GE	1
Büchler, Jakob	+	1	CEg	T	SG	1
Bugnon, André	#	Т	V	T	VD	٦
Carobbio Guscetti, Marin	=	Т	S	T	TI	1
Cassis, Ignazio	*	T.	RL	T	TI	٦
Cathomas, Sep	+	Т	CEg		GR	1
Caviezel, Tarzisius	+		RL	Γ	GR	1
Chevrier, Maurice	*		CEa		VS	1
Daguet, André	*	T	S	_	BE	1
Darbellay, Christophe	*	13	CEg		vs	1
de Buman, Dominique	*	_	CEg		FR	ļ
Donzé, Walter	+		CEg	_	BE	1
Dunant, Jean Henri	*	1	V		BS	1
Egger-Wyss, Esther	+	1	CEg_		AG	1
Eichenberger-Walther, C	*		RL	7	AG	ļ
Engelberger, Edi	*	T	RL	-	W	ļ
Estermann, Yvette	*		V	_	LU	1
Fasel, Hugo	*		Ğ		FR	١
Fässler-Osterwalder, Hid	=		s	-	SG	1
Favre, Charles	+		RL	_	VD	ĺ
Favre, Laurent	+		RL	-	NE	1
Fehr, Hans	+	-	V	_	ZH	
Fehr, Hans-Jürg	-		S		SH	١
Fehr, Jacqueline	=	Т	S		7H	ŀ

<b>u.</b> 20.00.2000 i	٠.	00.7	_
Fehr, Mario	T	S	ZH
Fiala, Doris	1	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	TŦ	<b>T</b> V	AG
Fluri, Kurt	+	RL.	SO
Föhn, Peter	*	٧	SZ
Français, Olivier	1	RL	VD
Freysinger, Oskar	*	V	VS
Frösch, Therese	=	G	BE
Füglistaller, Lieni	+	V	AG
Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
Galladé, Chantal	=	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	+	V	BE
Genner, Ruth	=	_	ZH
Germanier, Jean-René	+		Vs
Giezendanner, Ulrich	*		AG
Gilli, Yvonne	1	G	SG
Girod, Bastien	=	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEg	LU
Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
Glur, Walter	+	T V	AG
Golf, Christine	=	s	ZH
Graber, Jean-Pierre	*	V	
the state of the s	=		BE
Graf Lisabas Edilla	1	G	BL
Graf-Litscher, Edith	-	S	TG
Grin, Jean-Pierre	_	<u>V</u>	VD.
Gross, Andreas	%	<u>S</u>	ZH
Grunder, Hans	+	V	BE
Gysin, Hans Rudolf	-	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	V	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Hany, Urs		CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+	<u> </u>	GR
Heer, Alfred		<u> </u>	ZH
Heim, Bea	=	S	SO
Hiltpold, Hugues	*	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	=	G	GE
Hofmann, Urs	=	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	*	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	V	SH
Hutter, Jasmin	+	V	SG
Hutter, Markus	+	RL	ZH
Ineichen, Otto	+	RL	LU
Joder, Rudolf	+	V	BE
John-Calame, Francine	=	G	NE
Jositsch, Daniel	=	S	ZH
Kaufmann, Hans	+	٧	ZH

	Mile, Hana			10
	Kleiner, Marianne	*	RL	AR
	Kunz, Josef	*	V	LU
	Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
	Lang, Josef	=	G	ZG
	Leuenberger, Ueli	=	G	GE
	Leutenegger Oberholzer	, =	S	BL
	Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
	Levrat, Christian	=	S	FR
	Loepfe, Arthur	+	CEg	Al
	Lumengo, Ricardo	=	S	BE
	Lüscher, Christian	+	√RL	GE
	Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
	Malama, Peter	+	RL	BS
1	Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
1	Marra, Ada	=	S	VD
	Marti, Werner	*	S	GL
1	Maurer, Ueli	+	V	ZH
Ì	Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG
Ì	Messmer, Werner	+	RL	TG
ı	Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
Ì	Miesch, Christian	+	V	BL
Ì	Moret, Isabelle	+	RL	VD
ſ	Mörgeli, Christoph	*	V	ZH
	Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
	Müller, Geri	*	G	AG
	Müller, Philipp /	*	RL	AG
I	Müller, Thomas	+	CEg	SG
	Müller, Walter	+	RL	SG
Ţ	Müri, Felix	+	V	LU
ľ	Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Ī	Nidegger, Yves	+	٧	GE
	Nordmann, Roger	=	S	VD
	Noser, Ruedi	*	RL	ZH
£-	Nussbaumer, Eric	Ξ	S	BL
	Parmelin, Guy	+	٧	VD
	Pedrina, Fabio	*	S	TI
	Pelli, Fulvio	*	RL	TI
	Perrin, Yvan	+	٧	NE
Ī	Perrinjaguet, Sylvie	+	RL	NE
	Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
r	Pfister, Theophil	+	V	SG
_	Rechsteiner, Paul	=	S	SG
	Rechsteiner, Rudolf	*	S	BS
	Reimann, Lukas	+	V	SG
_	Rennwald, Jean-Claude	=	S	JU
	Reymond, André	+	v	GE
	Rickli, Natalie	*	v	ZH
	Rielle, Jean-Charles	=	S	GE
	Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
_				<u> </u>
		: I	<u> </u>	1.22

the account of the second of the second			1000
Rime, Jean-François	*	V	FR
Robbiani, Meinrado	*	CEg	TI
Rossini, Stéphane	=	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	=	S	GE
Ruey, Claude	+	RL	VD
Rutschmann, Hans	*	V	ZH
Schelbert, Louis		Ğ	LU
Schenk, Simon	+	V	BE
Schenker, Silvia	=	S	BS
Scherer, Marcel	*	ĺν	ZG
Schibli, Emst	+	٧٠	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEq	ZH
Schmidt, Roberto	+	CEg	VS
Schneider, Johann N.	*	RL	BÉ
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	=	S	GE
Spuhler, Peter	*	٧	TG
Stahl, Jürg	+	V	ZH
Stamm, Luzi	+	٧	AG
Steiert, Jean-François	=	S	FR
Stöckli, Hans	=	S	BE
Stump, Doris	=	S	AG
Teuscher, Franziska	=	- G	BE
Thanei, Anita	=	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	=	G	VD
Triponez, Pierre	*	RL	BE
Tschümperlin, Andy	=	S	SZ
van Singer, Christian	(E)	G	VD
Veillon, Pierre-François	+	٧ .	VD
Vischer, Daniel	=	G	ZH
von Graffenried, Alec	=	G	BE
von Rotz, Christoph	*	٧·	OW
von Siebenthal, Erich	+	V	BE
Voruz, Eric	=;	S	VD
Waber, Christian	+	3.	ВE
Walter, Hansjörg	*	_ V	TG
Wandfluh, Hansruedi	+]	V	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Nehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	*	CEg	ZH
Widmer, Hans	=	S	LU
Nobmann, Walter	+	V	SO
Wyss, Brigit	=	G	so
Myss, Ursula	=	s	BE
Zemp, Markus	+	CEg	AG
Zisyadis, Josef	*	G	VD
Zuppiger, Bruno	+	ν	ZH
1 1		7 '	ार्
(4) 2.3 ft (5) 6. MI (6) (4.3 ft/17)		4.1	

. 11	그리면 사람이 모르는 이 점에 이 그렇게 가지 않는 것이 되었다. 그 그래요 그래요 그래요 그래요 그래요 그래요 그래요 그래요 그래요 그	from the profession		100	400 100 100		. A	T. 18 T.
	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	V		Tot.
+	Ja/oui/si	24		23		43	1	91
11	Nein / non / no		18	100	36			54
0	Enth. / abst. / ast.							0
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1			1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	12	4	12	6	19		53
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité Proposition de la minorité Thanei

Kiener Nellen, Margret

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoli

### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 51, al. 2

Abstimmung vom / Vote du: 29.05.2008 12:17:25

+	RL	TI	
*	٧	BE	
+	CEg	Zŀ	ľ
+			
n *	CEg	BL	
	CEg	VS	
=	V	BE	
+	S	VD	ì
=	V.	BL	ì
*	CEg	SO	Ĺ
=	V	JU	
		ZH	7
+	CEg	GE	
ļΞ	V	TG	Š
	CEg	ZH	
*			1
=	V	SG	
1 *	V	TI	ì
=	V	ZH	ĺ,
	CEg	SO	
=	V	SO	è
=	V	ZH	
+	RL	FR	
1	G	VD	
+	-		
=		1000	
-		-	
<del>-</del>	4 40 40		
	127.7	100	
12.7			
			ļ
	to Summer con-		-
	5 55 6 4 224	2000	1
200	24 2 100 2 2		1
	45,550, 50, 50	15 5 11 1	ł
31.75		7 77 77 7	ł
			i
-	15 4 25 15 15 15		l
			ł
3			ł
-		7.17	l
		200	l
-1			l
	2 Sec. 25	to a contract of	ŀ
	27, 12, 27, 27, 27		
$\overline{}$		77.7	
		20.00	
-		7.7	1
-	1 200	1 7 777	ŀ
T	· o	ᄺ	ď
		V	* V BE + CEg ZI + S BE n * CEg BL + CEg VS = V BL * CEg SO = V JU + G ZH + CEg SO - V TG - V SG * CEG SO - V ZH * S AG - V ZH * S AG - V ZH * S AG - V ZH * CEG GR - V ZH * CEG GR - CEG VS * CEG FR * CEG SB * C

Fehr, Mario         +         S         ZH           Fiala, Doris         +         RL         ZH           Flückiger-Bäni, Sylvia         =         V         AG           Flüri, Kurt         +         RL         SO           Föhn, Peter         *         V         SZ           Français, Olivier         +         RL         VD           Fressinger, Oskar         *         V         VS           Frosch, Therese         +         G         BE           Füglistaller, Lieni         =         V         AG           Gadient, Brigitta M.         +         V         GR           Galladé, Chantal         +         S         ZH           Geissbühler, Andrea Mar         =         V         BE           Geiner, Ruth         +         G         ZH           Gerner, Ruth         +         G         ZH           Giuz, Vasiter         -				j. 5	
Fiala, Doris		Fehr, Mario	T+	S	ZH
Fluri, Kurt			+	RL	
Fluri, Kurt		Flückiger-Bäni, Sylvia	=	Įν	AG
Föhn, Peter	÷	Company of the College	+	RL	SO
Français, Olivier         +         RL         VD           Freysinger, Oskar         *         V         VS           Frösch, Therese         +         G         BE           Füglistaller, Lieni         =         V         AG           Gadient, Brigitta M.         +         V         GR           Galladé, Chantal         +         S         ZH           Geiner, Ruth         +         G         ZH           Gerner, Ruth         +         G         ZH           Gerner, Jann-René         +         RL         VS           Giezendanner, Ulrich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         ZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glauser-Zufferery, Alice         =         V         VD           Glür, Walter         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graf- Maya         +         G         BL           Graf- Maya         +         G         BL           Graf- Litscher, Edith <td></td> <td>THE REPORT OF THE PARTY OF THE</td> <td>*</td> <td>V</td> <td>SZ</td>		THE REPORT OF THE PARTY OF THE	*	V	SZ
Freysinger, Oskar	2	A CONTROL OF THE PARTY OF THE P	+	RL	
Frösch, Therese	ĕ	The first control of the control of			-
Füglistaller, Lieni         =         V         AG           Gadient, Brigitta M.         +         V         GR           Galladé, Chantal         +         S         ZH           Geissbühler, Andrea Mar         =         V         BE           Genner, Ruth         +         G         ZH           Germanier, Jean-René         +         RL         VS           Giezendanner, Ulrich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         ZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glazer-Zufferey, Alice         =         V         VD           Glur, Walter         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graf-Lischer, Edith         +         S         TG           Graf-Lischer, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE	Ė		+		-
Gadlent, Brigitta M.         +         V         GR           Galladé, Chantal         +         S         ZH           Geissbühler, Andrea Mar         =         V         BE           Genner, Ruth         +         G         ZH           Germanier, Jean-René         +         RL         VS           Giezendanner, Ulrich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         ZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glazer-Zufferey, Alice         =         V         VD           Glur, Walter         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gys	170		=		
Galladé, Chantal         +         S         ZH           Geissbühler, Andrea Mar         =         V         BE           Genner, Ruth         +         G         ZH           Germanier, Jean-René         +         RL         VS           Giezendanner, Ulrich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         SZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glauser-Zufferey, Alice         =         V         VD           Glur, Walter         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graber, Jean-Pierre         =         V         AG           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Häberl-Koller, Brigitte         +         CEg         TG	ě,		+	V	_
Geissbühler, Andrea Mar         =         V         BE           Genner, Ruth         +         G         ZH           Germanier, Jean-René         +         RL         VS           Giezendanner, Ulrich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         ZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glauser-Zufferey, Alice         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graber, Jean-Pierre         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graber, Jean-Pierre         =         V         BE           Graf, Maya         +         G         BL           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         *         S         ZH           Grunder, Hans         *         CEg         TG           Haller			-	111	
Genner, Ruth         +         G         ZH           Germanier, Jean-René         +         RL         VS           Giezendanner, Urich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         ZH           Glauser-Zufferey, Alice         =         V         VD           Glur, Walter         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graber, Jean-Pierre         =         V         BE           Graf, Maya         +         G         BL           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Graf, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         *         S         ZH           Grunder, Hans         *         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Haller, Ursula         +         V         BE           Hammerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *<			=	2.72.1.2.	40.00
Germanier, Jean-René         +         RL         VS           Giezendanner, Ulrich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         ZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glauser-Zufferev, Alice         =         V         VD           Glur, Walter         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graber, Jean-Pierre         =         V         BE           Graf, Maya         +         G         BL           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         +         RL         BL           Hämmerle, Andrea         +         V         BE           Hämmerle, Andrea         +         V         GR           Haer, Alfred         +         V         ZH           Heim, Bea					V-12-2-2
Giezendanner, Ulrich         *         V         AG           Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastlen         +         G         ZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glauser-Zufferev, Alice         =         V         VD           Glur, Walter         =         V         AG           Goli, Christine         +         S         ZH           Graber, Jean-Pierre         =         V         BE           Graf, Maya         +         G         BL           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Häberli-Koller, Brigitte         +         CEq         TG           Haller, Ursula         +         V         BE           Hämmerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hans				-	
Gilli, Yvonne         +         G         SG           Girod, Bastien         +         G         ZH           Glanzmann-Hunkeler, Id         +         CEg         LU           Glauser-Zufferey, Alice         =         V         VD           Gulr, Walter         =         V         AG           Goll, Christine         +         S         ZH           Graber, Jean-Pierre         -         V         BE           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Häberl-Koller, Brigitte         +         CEg         TG           Haller, Ursula         +         V         BE           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hansjörg         *         V         GR           Heer, Alfred         *         V         ZH           Heim, Bea         +         S         SO           Hittpold, Hugues	Š		-	222 2 2 2	
Girod, Bastien	i.				200
Glanzmann-Hunkeler, Id					
Glauser-Zufferey, Alice	÷			1 . 1	
Giur, Walter			Ė	10000	
Goll, Christine			5		1.00
Graber, Jean-Pierre         =         V         BE           Graf, Maya         +         G         BL           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Grunder, Hans         =         V         BL           Häberli-Koller, Brigitte         +         CEg         TG           Haller, Ursula         +         V         BE           Haller, Ursula         +         V         BE           Hammerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hansjörg         *         V         GR           Heer, Alfred         *         V         ZH           Heim, Bea         +         S         SO           Hiltpold, Hugues         *         RL         GE           Hochreutener, Norbert         +         CEg         BE           Hodgers, Antonio         +         G         GE           Hofmann, Urs         +<			1		1 7 7 7 1
Graf, Maya         +         G         BL           Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Häberli-Koller, Brigitte         +         CEq         TG           Haller, Ursula         +         V         BE           Hämmerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hansjörg         *         V         GR           Heer, Alfred         *         V         ZH           Heim, Bea         +         S         SO           Hiltpold, Hugues         *         RL         GE           Hochreutener, Norbert         +         CEg         AG           Hother, Gabi         +         RL         UR           Humbel, Ruth         *         CEg         AG           Hutter, Jasmin         =         V         SG           Hutter, Jasmin         =<				V	
Graf-Litscher, Edith         +         S         TG           Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Häberli-Koller, Brigitte         +         CEg         TG           Haller, Ursula         +         V         BE           Hammerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hansjörg         *         V         GR           Heer, Alfred         *         V         ZH           Heim, Bea         +         S         SO           Hiltpold, Hugues         *         RL         GE           Hochreutener, Norbert         +         CEg         BE           Hodgers, Antonio         +         G         GE           Hofmann, Urs         +         S         AG           Huber, Gabi         +         RL         UR           Hutter, Jasmin         =         V         SH           Hutter, Jasmin <td< td=""><td></td><td>A REAL PROCESS OF THE PROCESS OF THE PARTY O</td><td>T.</td><td>0</td><td>1 10000 100</td></td<>		A REAL PROCESS OF THE PROCESS OF THE PARTY O	T.	0	1 10000 100
Grin, Jean-Pierre         =         V         VD           Gross, Andreas         %         S         ZH           Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Häberli-Koller, Brigitte         +         CEg         TG           Haller, Ursula         +         V         BE           Hämmerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hansjörg         *         V         GR           Heer, Alfred         *         V         ZH           Heim, Bea         +         S         SO           Hiltpold, Hugues         *         RL         GE           Hochreutener, Norbert         +         CEg         BE           Hodgers, Antonio         +         G         GE           Hofmann, Urs         +         S         AG           Huber, Gabi         +         RL         UR           Hutter, Jasmin         =         V         SH           Hutter, Jasmin         =         V         SG           Hutter, Markus         * <td></td> <td>Crof Litophor Edith</td> <td>100</td> <td></td> <td></td>		Crof Litophor Edith	100		
Gross, Andreas		Crin John Diorre	ΗΞ-	N/	
Grunder, Hans         =         V         BE           Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL           Häberli-Koller, Brigitte         +         CEg         TG           Haller, Ursula         +         V         BE           Hämmerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hansjörg         *         V         GR           Heer, Alfred         *         V         ZH           Heim, Bea         +         S         SO           Hiltpold, Hugues         *         RL         GE           Hochreutener, Norbert         +         CEg         BE           Hodgers, Antonio         +         G         GE           Hofmann, Urs         +         S         AG           Huber, Gabi         +         RL         UR           Hurter, Thomas         =         V         SH           Hutter, Jasmin         =         V         SG           Hutter, Markus         *         RL         ZH           Ineichen, Otto         +         RL         UL           John-Calame, Francine <td< td=""><td></td><td>Cross Andress</td><td>0/</td><td>V</td><td></td></td<>		Cross Andress	0/	V	
Gysin, Hans Rudolf         *         RL         BL-Häberli-Koller, Brigitte           Haller, Ursula         +         V         BE-Hämmerle, Andrea         *         S GR-R-SGR-SGR-SGR-SGR-SGR-SGR-SGR-SGR-SGR		Crunder Hone	70		
Häberli-Koller, Brigitte + CEq TG. Haller, Ursula + V BE. Hämmerle, Andrea * S GR. Hany, Urs * CEg ZH. Hassler, Hansjörg * V GR. Heer, Alfred * V ZH. Heim, Bea + S SO. Hiltpold, Hugues * RL. GE. Hochreutener, Norbert + CEg BE. Hodgers, Antonio + G. GE. Hofmann, Urs + S AG. Huber, Gabi + RL. UR. Humbel, Ruth * CEg AG. Hurter, Thomas = V SH. Hutter, Jasmin = V SG. Hutter, Markus * RL. ZH. Ineichen, Otto + RL. LU. Jöder, Rudolf = V BE. John-Calame, Francine + G. NE. Jositsch, Daniel + S ZH. Kaufmann, Hans = V ZH.	1		-		
Haller, Ursula	1			15 5 5 1100	
Hämmerle, Andrea         *         S         GR           Hany, Urs         *         CEg         ZH           Hassler, Hansjörg         *         V         GR           Heer, Alfred         *         V         ZH           Heim, Bea         *         RL         GE           Hiltpold, Hugues         *         RL         GE           Hochreutener, Norbert         +         CEg         BE           Hodgers, Antonio         +         G         GE           Hofmann, Urs         +         S         AG           Huber, Gabi         +         RL         UR           Humbel, Ruth         *         CEg         AG           Hurter, Thomas         =         V         SH           Hutter, Jasmin         =         V         SG           Hutter, Markus         *         RL         ZH           Ineichen, Otto         +         RL         ZH           John-Calame, Francine         +         G         NE           Jositsch, Daniel         +         S         ZH           Kaufmann, Hans         =         V         ZH	1		1.0	20.00	
Hany, Urs	1	APPENDING THE PROPERTY OF THE PARTY OF THE P		NAT THE 22	-
Hassler, Hansjörg	1	Published the State of the Control o			
Heer, Alfred	ŀ		11.5		7-6,16.6
Heim, Bea	···	A Company of America Self-self-self-self-self-self-self-self-s	2 2		24111
Hitpold, Hugues		A CONTRACT OF THE PROPERTY OF			a transplace of
Hochreutener, Norbert		And the best of the first of the second	*	2.4	1
Hodgers, Antonio	: -	and the state of t	35.5	1 4 5 4 5 4 5 6 6 7	All 2 151
Hofmann, Urs			1000	1 100	
Huber, Gabi			-		
Humbel, Ruth         *         CEg         AG           Hurter, Thomas         =         V         SH           Hutter, Jasmin         =         V         SG           Hutter, Markus         *         RL         ZH           Ineichen, Otto         +         RL         LU           Joder, Rudolf         =         V         BE           John-Calame, Francine         +         G         NE           Jositsch, Daniel         +         S         ZH           Kaufmann, Hans         =         V         ZH					25.5 (2.11)
Hurter, Thomas					1 1 1 1 miles
Hutter, Jasmin			2.43		of the beauty of
Hutter, Markus	ŀ	Hurter, Inomas	=		
Ineichen, Otto	+	nutter, Jasmin	= }		
Joder, Rudolf         =         V         BE           John-Calame, Francine         +         G         NE           Jositsch, Daniel         +         S         ZH           Kaufmann, Hans         =         V         ZH	-	The product of the second production of the second	-		
John-Calame, Francine         +         G         NE           Jositsch, Daniel         +         S         ZH           Kaufmann, Hans         =         V         ZH			+		1.00000
Jositsch, Daniel + S ZH Kaufmann, Hans = V ZH			=		
Kaufmann, Hans = V ZH					27774
			+		
[Kiener Nellen, Margret   +   S   BE			3		
	U	<u>vener Nellen, Margret</u>	+	<u> 5  </u>	BE

一 医大口上的医阴道乳膜 新生物物 医皮肤性病		attended to	
Killer, Hans	=	V	AG
Kleiner, Marianne		RL	AR
Kunz, Josef	*	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	4	S	FR
Loepfe, Arthur	+	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	+	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEa	LŪ
Malama, Peter	+	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	1	RL	BE
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Werner	*	S	GL
Maurer, Ueli	=	V	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia		CEg	SG
Messmer, Werner	4	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
Miesch, Christian	_	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	*	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	*	G	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	-	V	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	0	V	GE
Nordmann, Roger	+	S	VD
Noser, Ruedi	*	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	+	S	BL
Parmelin, Guy		· v	VD
Pedrina, Fabio	*	S	TI
Pelli, Fulvio	*	RL	Ti
Perrin, Yvan		V V	NE
	·秦//	RL	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	- 2 CASS - 1	ZG
Pfister, Gerhard Pfister, Theophil		CEg:	SG
	-	2012/03/2015	A Contract
Rechsteiner, Paul	+	S S	SG
Rechsteiner, Rudolf		<u>ه</u>	BS
Reimann, Lukas		٧ -	SG
Rennwald, Jean-Claude	+	S	JU
Reymond, André	=	<u> </u>	GE
Rickli, Natalie	=	٧_	ZH
Rielle, Jean-Charles	+	S	GE
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
	Т	1	

ag de jeda faksa ayri i ak <u>risti i a s</u>	100	Fa	11/10/16
Rime, Jean-François	*	V	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	+	RL	VD
Rutschmann, Hans	*	V	ZH
Schelbert, Louis	*	G	LU
Schenk, Simon	Ξ	/ V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	*	V	ZG
Schibli, Ernst	=	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	*	CEg	VS
Schneider, Johann N.	*	RL	BE.
Schwander, Pirmin	=	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	ĽÜ
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*	V	TG
Stahl, Jürg	=	V	ZH
Stamm, Luzi	=	V	AG
Steiert, Jean-François	*	S	FR
Stöckli, Hans	+	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	+	Ğ	BE
Thanei, Anita	*	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD
Triponez, Pierre	*	RL	BE
Tschümperlin, Andy	+	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	=	٧	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	*	Ý	OW
von Siebenthal, Erich	H.	٧	BE
Voruz, Eric	+	S	VD
Waber, Christian	+		BE
Walter, Hansjörg	*	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	Į.	V	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CÉq	SZ
Welbel, Thomas	4	CEg	ZH
Widmer, Hans	+	S	LU
Wobmann, Walter	=	V	SO
Wyss, Brigit	+	G	so
Wyss, Ursula	+	s	BE
Zemp, Markus	4	CEg	AG
Zisyadis, Josef	*	G	VD
Zuppiger, Bruno	_	v	ZH
appigor, Didito	200		

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEa	G	RL	s	V		Tot.
+	Ja / oui / si	22	17	22	34	2	1	98
=	Nein / non / no					43		43
0	Enth, / abst. / ast,					. 1		1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps, 4				1			1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	14	5	13	8	16	1	56
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui:
Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la majorité

Proposition de la minorité Reimann Lukas

다 NATIONALRAT 사 Abstimmungsprotokoll

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 87, al. 1

### Abstimmung vom / Vote du: 29.05.2008 12:38:25

Abate, Fabio		÷	RL		<u>  TI</u>	
Aebi, Andreas		+	V	Į,	BE	
Aeschbacher, Ruedi		*	CEg		ZH	
Allemann, Evi		= .	S		BE	
Amacker-Amann, Kathr	in	*	CEg		BL	
Amherd, Viola		*	CE	1	VS	
Amstutz, Adrian	Ţ	+	٧		BE	
Aubert, Josiane	T	4	S		VD	•
Baader, Caspar		F	V		BL	
Bader, Elvira	T		CE	,	SO	
Baettig, Dominique	1	F	V		JU	
Bänziger, Marlies		= 1	G		ZH	
Barthassat, Luc	٦,	- 1	CEc	П	GE	
Baumann, J. Alexander	1		٧	٦	TG	
Bäumle, Martin		1	CE	ı	ZH	
Berberat, Didier	*	1	S	1	NE	
Bigger, Elmar	1		V.	7	SG	
Bignasca, Attilio		-	v	1	TI	
Binder, Max	+	4	v		ZH	
Bischof, Pirmin	1		CEg	+	SO	•
Borer, Roland F.	+	_	V	+	so	
Bortoluzzi, Toni	+	-	V	+	ZH	
Bourgeois, Jacques	+		RL	+	FR	
Brélaz, Daniel	*	+	G	+	VD	
Bruderer, Pascale	=	+	S	+		
	-	+	V	+	AG SC	
Brunner, Toni Brunschwig Graf, Martin	*	+		+	SG	
		+	RL	+	GE_	
Büchler, Jakob	+	+	CEg		SG	
Bugnon, André	#	+	<u>V</u>	+	<u>VD</u>	l
Carobbio Guscetti, Marin	=	Ŧ	S	+	<u>II</u>	Į
Cassis, Ignazio		4	RL	+	<u>II</u>	l
Cathomas, Sep	*	+	CEg	100	GR	l
Caviezel, Tarzisius		+	RL	-	GR	ļ
Chevrier, Maurice	*		CEg	_	<u>vs</u>	l
Daguet, André	*		<u>s</u>	_	BE	l
Darbellay, Christophe	*		CEg		VS:	ŀ
de Buman, Dominique	*	-	CEg	•	FR	
Donzé, Walter	+		CEg	_	BE	
Dunant, Jean Henri	*		<u>v</u>	L	BS	ļ
Egger-Wyss, Esther	+	L	CEg	1	AG_	
Eichenberger-Walther, C	*	L	RL_	1	AG	
Engelberger, Edi	*	L	RL_		W	
Estermann, Yvette	+		٧	Ш	LU	
asel, Hugo	*	L	G_		FR	
ässler-Osterwalder, Hid	=		S	3	SG	
avre, Charles	+	L	RL	١	/D	
avre, Laurent	+		RL.		VE	1
ehr, Hans	*		٧	7	ZH	
ehr, Hans-Jürg	=		S		SH :	
ehr, Jacqueline	п		S_	Ž	ZH	

u, L0.00.2000	-	.00.2	٠,
Fehr, Mario	Ţ.	S	Z⊦
Fiala, Doris	-	RL	Z⊢
Flückiger-Bäni, Sylvia	<b>1</b> 4	١V	AG
Fluri, Kurt	1	RL	SC
Föhn, Peter		V	SZ
Français, Olivier	4	RL	VD
Freysinger, Oskar	1	V	VS
Frösch, Therese	1.	G	BE
Füglistaller, Lieni	1	V	AG
Gadient, Brigitta M.	+	· V	GR
Galladé, Chantal	-		ZH
Geissbühler, Andrea Ma	ar +		BE
Genner, Ruth	=	G	ZH
Germanier, Jean-René	+		VS
Giezendanner, Ulrich			AG
Gilli, Yvonne	=	Ġ	SG
Girod, Bastien	1=	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	1 +	CEg	
Glauser-Zufferey, Alice	1+	T V	VD
Glur, Walter	+	+	AG
Goli, Christine	+ _	s	ZH
Graber, Jean-Pierre	1=	Ιÿ	BE
Graf, Maya	=	G	BL
Graf-Litscher, Edith	╁Ξ	S	TG
Grin, Jean-Pierre	+	V	VD
Gross, Andreas	1%	s	ZH
Grunder, Hans	/0 *	ν	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	-	CEg	TG
Haller, Ursula	+	V	BE
Hämmerle, Andrea		S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	*	V	GR
Heer, Alfred	*	T V	ZH
Heim, Bea	-	s	SO
Hiltpold, Hugues	*	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	=	G	GE
Hofmann, Urs	-	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	V	SH
Hutter, Jasmin	+	V	SG
Hutter, Markus	*	RL	ZH
Ineichen, Otto	*	RL	LU
Joder, Rudolf	+	V	BE
John-Calame, Francine	_T'	G	NE
Jositsch, Daniel		S	ZH
Kaufmann, Hans	<u>-</u>	<u> </u>	ZH
Kiener Nellen, Margret		S	BE
Motion Hollett, Mary Ct	1.4		

Killer, Hans	+	V	AG
Kleiner, Marianne	*	RL	AR
Kunz, Josef	*	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
Lang, Josef	=	G	ZG
Leuenberger, Ueli	=	G	GE
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	=	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEq	Al
Lumengo, Ricardo	=	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEq	LU
Malama, Peter	+	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
Marra, Ada	=	S	VD
Marti, Werner	*	S	GL
Maurer, Ueli	+	V	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG
Messmer, Wemer	+	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse		CEg	FR
Miesch, Christian	+	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL.	VD
Mörgeli, Christoph	*	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	=	CEg	ZH
Müller, Geri	*	G	AG
Müller, Philipp	*	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEa	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	+	٧	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	٧	GE
Nordmann, Roger	=	S	VD
Noser, Ruedi	*	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	=	S	BL
Parmelin, Guy	+	V	VD
Pedrina, Fabio	*	S	TI.
Pelli, Fulvio	+	RL	TI
Perrin, Yvan	+	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	+	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
Pfister, Theophil	+	V	SG
Rechsteiner, Paul	=	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	=	S	BS
Reimann, Lukas	+	V	SG
Rennwald, Jean-Claude	=	S	JU
Reymond, André	+	٧	GE
Rickli, Natalie	+	V	ZH
Rielle, Jean-Charles	=	S	GE
Riklin, Kathy	*		ZH
		30 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	

		<u> </u>	100
Rime, Jean-François	*	V	FR
Robbiani, Meinrado	=	CEg	I II
Rossini, Stéphane	<u> </u> =	. s_	VS
Roth-Bernasconi, Maria	=	S	GE
Ruey, Claude	T±.	RL	VD
Rutschmann, Hans	*	V	ZH
Schelbert, Louis	=	G	LU
Schenk, Simon	+	V	BE
Schenker, Silvia	=	S	BS
Scherer, Marcel	*	V	ZG
Schibli, Ernst	+	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	Ŧ	CEq	VS
Schneider, Johann N.	*	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	=	S	GE
Spuhler, Peter	*	V	TG
Stahl, Jürg	+	v	ZH
Stamm, Luzi	+	V	AG
Stelert, Jean-François	*	s	FR
Stöckli, Hans		S	BE
Stump, Doris	-	S	AG
	+=	G	BE
Teuscher, Franziska	=		
Thanei, Anita	*	S	ZH LU
Theiler, Georges	-	RL	VD
Thorens Goumaz, Adèle	*	G	7 277
Triponez, Pierre	*	RL	BE
rschümperlin, Andy	. 2	S	SZ
van Singer, Christian	=	G	VD
/eillon, Pierre-François	**	V	VD
/ischer, Daniel	=	G	ZH
on Graffenried, Alec	Ξ.	G	BE
on Rotz, Christoph	+	V	OW
on Siebenthal, Erich		<u>V</u>	BE
/oruz, Eric	=	S	VD
Vaber, Christian	+		BE
Valter, Hansjörg	*	V	TG
Vandfluh, Hansruedi	+	V	BE
Vasserfallen, Christian	+	RL	BE
Vehrli, Reto	+	CEg	SZ
Veibel, Thomas	=	CEg	ZH
Nidmer, Hans	=	S	LU
Vobmann, Walter	+	<u>v</u> [	so
Vyss, Brigit	=	G	so
Vyss, Ursula	=	S	BE
emp, Markus	*	CEg	AG
isyadis, Josef	*	G	VD
uppiger, Bruno	+	٧	ZH
		400	77.

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	V	-	Tot.	
+	Ja / oui / si	18		20	4.7	46	1	85	
=	Nein / non / no	3	18		33			54	
0	Enth. / abst. / ast.							0	Ĺ
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1			1	
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	15	4	15	9	16		59	
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes		147 T			1		1	l.

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la minorité I (Menétrey-Savary/Wyss Brigit)

29.05.2008 12:38:52/18

Identif.: 48.4 / 29.05.2008 12:38:25

**NATIONAL RAT** 5 Abstimmungsprotokoli

### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

**CONSEIL NATIONAL** Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 87, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 29.05.2008 12:39:24

1 +	RL	TI
-	V	BE
*		ı ZH
1 +		
n *		
*		
=	V	BE
+	S	VD
=	V	BL
*	CE	SO
=		JU
+	G	ZH
+	CEc	
=		
*		
*		NE
=		SG
*		TI
=		ZH
+		
=	V	SO
=	V	ZH
+	RL	FR
*	G	VD
+	S	AG
=	V	SG
*	RL	GE
+	CEq	SG
#	V	VD
+	S	Ti
*	RL	TI
*	CEg	GR
*	RL	GR
*	CEg	VS
*	S	BE
*	CEg	VS
*	CEg	FR
+	CEg	BE
*	V	BS
*	CEg	AG
*	RL	AG
*	RL	NW
=	٧.	LU ]
*	G	FR
+	S	SG
+	RL	VD
+	RL	NE
=]	V	ZH
+	S	SH
+	S	ZH
		* CEC

			<u> </u>
Fehr, Mario	+	S	ZH
Fiala, Doris	1+	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	=	V	AG
Fluri, Kurt	7 +	RL	so
Föhn, Peter	*	V	SZ
Français, Olivier	+	RL	VD
Freysinger, Oskar	1=	ΤŸ	VS
Frösch, Therese	+		BE
Füglistaller, Lieni	†=	Ιv	AG
Gadient, Brigitta M.	1 +		GR
Galladé, Chantal	+	1.0	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	-	T v	BE
Genner, Ruth	+	G	ZH
Germanier, Jean-René	+		VS
Giezendanner, Ulrich	*	V V	AG
Gilli, Yvonne	+		SG
1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	+	1 27 7	ZH
Girod, Bastien Glanzmann-Hunkeler, Id	1 .	G	LU
	+	CEg	
Glauser-Zufferey, Alice	-	l V	VD
Glur, Walter	+	\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\	AG
Goll, Christine	+	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	Ξ	V	BE
Graf, Maya	+	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
Grin, Jean-Pierre	=	V	VD
Gross, Andreas	%	S	ZH
Grunder, Hans	*	V_	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	*	CEg	TG
Haller, Ursula	+	V	BE
Hämmerle, Andrea	. 5	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	*	٧	GR
Heer, Alfred	*	ν	ZH
Heim, Bea	+	S	SO
Hiltpold, Hugues		RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	=	V	SH
Hutter, Jasmin	=	v	SG
Hutter, Markus		RL	ZH
neichen, Otto	*	RL	LU
Joder, Rudolf	-	V I	BE
John-Calame, Francine	+	G	
	+	1.01	NE
lositsch, Daniel	-	S	ZH
Kaufmann, Hans	-	V	ZH

a transfer of the contract of			25 5 5
Killer, Hans	=	٧	AG
Kleiner, Marianne	*	RL	AR
Kunz, Josef	*	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	+	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEg	AI
Lumengo, Ricardo	+	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
Malama, Peter	+	RL	BS
	+	RL	BE
Markwalder Bär, Christa			1.1102.1
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Wemer	2 (0)	S	GL
Maurer, Ueli	=	V	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
Messmer, Werner	+	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	100	CEg	FR
Miesch, Christian	=	Ý	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	*	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	+	G	AG
Müller, Philipp	*	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	=	V	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	V	GE
Nordmann, Roger	+	S	VD
Noser, Ruedi	*,	RL.	ZH
Nussbaumer, Eric	+	S	BL
Parmelin, Guy		V	VD
Pedrina, Fabio		S	TI
Pelli, Fulvio	+	RL	TI
Perrin, Yvan	=	٧	NE
Perrinjaquet, Sylvie	+	RL	NÉ
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
Pfister, Theophil	=		SG
Rechsteiner, Paul	+	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	+	s	BS
Reimann, Lukas	_	v	SG
Rennwald, Jean-Claude	7	S	JU
Reymond, André		v	GE
Rickli, Natalie	ᆲ	v	ZH
Rielle, Jean-Charles	+	S	GE
	*		ZH
Riklin, Kathy		CEg	41

The state of the s	. 6.5.		A 1911
Rime, Jean-François	*	V	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stephane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	+	RL	VD
Rutschmann, Hans	*	V	ZH
Schelbert, Louis	+	G	LU
Schenk, Simon	=	٧	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	*	V	ZG
Schibli, Ernst	=	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	*	CEg	VS
Schneider, Johann N.	*	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	v	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*	٧	TG
Stahl, Jürg	=	V	ZH
Stamm, Luzi	-	v	AG
Steiert, Jean-François	+	S	FR
	*	S	BE
Stöckli, Hans	+	S	AG
Stump, Doris	+	G	BE
Teuscher, Franziska	+	S	ZH
Thanei, Anita	*	RL	LU
Theiler, Georges	+	G	VD
Thorens Goumaz, Adèle	*	RL	νυ_ BE
Triponez, Pierre	÷		
Tschümperlin, Andy	-	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	=	<u>V</u>	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	*	V	OW
von Siebenthal, Erich	1	<u> </u>	BE
Voruz, Eric	+	S	VD.
Waber, Christian	=	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	BE
Walter, Hansjörg	*	V	TG
Wandfluh, Hansruedi	=	V	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE_
Wehrli, Reto	+	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Widmer, Hans	+	S	LU
Wobmann, Walter	=	V .	SO
Wyss, Brigit	+	G	so
Wyss, Ursula	+	S	BE
Zemp, Markus	*	CEg	AG
Zisyadis, Josef	*	G	VD_
Zuppiger, Bruno	=	٧	ZH
	100	रूप निर्देश	<del></del> -

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	S	٧	7 134 6 4 7 2	Tot.
+	Ja/oui/si	18	19	20	35	3		95
=	Nein / non / no					44	1	45
0	Enth. / abst. / ast.							0_
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	14.1			1			1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	18	3	15	7	15		58
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité

Kiener Nellen, Margret | \* S | BE

Proposition de la minorité II (Reimann Lukas)

H NATIONALRAT

**心** Abstimmungsprotokoll

### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 96

## **Abstimmung vom / Vote du:** 29.05.2008 12:51:18

	Abate, Fabio		+	RL	ď.	7.1
	Aebi, Andreas	П	+	V		BE
: 1	Aeschbacher, Ruedi		+	CE		ZH
٠.	Allemann, Evi		=	S		BE
- 6	Amacker-Amann, Kathr	in	*	CE	ř.	BL
1	Amherd, Viola	٦	*	CEg		VS
	Amstutz, Adrian	T	+	V	,	BE
1	Aubert, Josiane		.=	S		VD
	Baader, Caspar	٦	+	V		BL
-	Bader, Elvira	1	*	CEg		so
1	Baettig, Dominique	T	+	V	٦	JU
	Bänziger, Marlies		*	G	T	ZH
Ī	Barthassat, Luc	T	+	CEg	1	GE
1	Baumann, J. Alexander	Т	*	٧		TG
ĺ	Bäumle, Martin	T	*	CEg		ZH
. Ì	Berberat, Didier	T	*	s	1	NE
	Bigger, Elmar	1	+	V	1	SG
	Bignasca, Attilio	T	*	V		Ti
	Binder, Max	T	+	٧	1	ZH
ſ	Bischof, Pirmin	Т	=	CEg	T	so
	Borer, Roland F.	T	+	٧		so
	Bortoluzzi, Toni	T	+	V		ZH
	Bourgeois, Jacques	T	+	RL	1	FR
	Brélaz, Daniel	T	*	G	T	VD
	Bruderer, Pascale	T	=	S	T	AG
h	Brunner, Toni	Τ	+	V		SG
Ī	Brunschwig Graf, Martin	1	*	RL		GE
ſ	Büchler, Jakob	Т	+	CEg	Τ	SG
ſ	Bugnon, André	Т	#	٧	T	VD.
	Carobbio Guscetti, Marir	ī	*	S	Τ	TI
(	Cassis, Ignazio	L	*	RL	T	TL
0	Cathomas, Sep		*	CEg		GR
L	Caviezel, Tarzisius	Ľ	•	RL		GR
[	Chevrier, Maurice	٠_ــــــــــــــــــــــــــــــــــــ	*	CEg		vs
L	Daguet, André		*	S	Į.	BE
C	Darbellay, Christophe	L	•	CEg		VS
c	le Buman, Dominique		٠.	CEg		FR
Ľ	Oonzé, Walter		1	CEg		BE
E	Dunant, Jean Henri	L		V		BS
Ė	gger-Wyss, Esther	,	Ы	CEg		AG
	ichenberger-Walther, C	_	-	RL		AG
	ngelberger, Edi	_		RL	١	W
E	stermann, Yvette	١		V		LU
	asel, Hugo	Ŀ	: [	G		FR
F	ässler-Osterwalder, Hid	Ŀ		S		SG
F	avre, Charles	4	<u> </u>	RL		VD.
F	avre, Laurent	+		RL	Ī	VE
F	ehr, Hans	+		٧		ZH.
	ehr, Hans-Jürg	Ξ	Ţ	S	Ş	SH.
F	ehr, Jacqueline	=	$\int$	S		ZH.

[레고리]에 얼마라 살림하다.	йħ.		- Table 1
Fehr, Mario	*	S	ZH
Fiala, Doris	1+	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	+	V	AG
Fluri, Kurt	+	RL	SO
Föhn, Peter	<u> </u>	V	SZ
Français, Olivier	+	RL	VD
Freysinger, Oskar	+	٧	VS
Frösch, Therese	F	G	BE
Füglistaller, Lieni	+	V.	AG
Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
Galladé, Chantal	1.	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	r +	V	BE
Genner, Ruth	T =	G	ZH
Germanier, Jean-René	+	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	1.	V	AG
Gilli, Yvonne	1=	G	SG
Girod, Bastien	=	Ğ	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEq	LU
Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
Glur, Walter	+	T V	AG
Goll, Christine	1=	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	+	Ιν	BE
Graf, Maya	1=	G	BL
Graf-Litscher, Edith	=	S	TG
Grin, Jean-Pierre	+	V	VD
Gross, Andreas	%	S	ZH
Grunder, Hans	1	V	BE
Gysin, Hans Rudolf		RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte		CEg	TG
Haller, Ursula		V	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Hany, Urs	+	CEq	ZH
Hassler, Hansjörg	*	V	GR
Heer, Alfred	*	V	ZH
Heim, Bea	1	s	so
Hiltpold, Hugues	*	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio		G	GE
Hofmann, Urs	=	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	V	SH
Hutter, Jasmin	+	V	SG
Hutter, Markus	*	RL	ZH
Ineichen, Otto	*	RL	-LU
Joder, Rudolf	+	V	BE
John-Calame, Francine	=	G	NE NE
Jositsch, Daniel	<u> </u>	S	ZH
Kaufmann, Hans	+	V	ZH
Vaulmann, mans	T	<u>v</u> 1	41

	0		
Killer, Hans	+	٧	AG
Kleiner, Marianne	*	RL	AR
Kunz, Josef		, A	LU
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
Lang, Josef	Ξ	G	ZG
Leuenberger, Ueli	=	G	GE
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	=	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	=	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
Malama, Peter	*	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
Marra, Ada	=	S	VD
Marti, Werner	*	S	GL
Maurer, Ueli	+	<u>ه</u> ۷	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
	*	RL	TG
Messmer, Werner	*	4 1 2 2 2 2 2	11 July 201
Meyer-Kaelin, Thérèse	_	CEg	FR
Miesch, Christian	+	V	BL
Moret, Isabelle	*	RL	VD
Mörgeli, Christoph		٧_	ZH.
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	=	_ <u>G</u> _	AG
Müller, Philipp	+	RL_	AG
Müller, Thomas Müller, Walter	+	CEg	SG
	+	RL	SG
Müri, Felix	*	V	LU.
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	<u> </u>	GE
Nordmann, Roger	=	S	VD
Noser, Ruedi	*-	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	=	S	BL
Parmelin, Guy	+	<u>V</u>	VD.
Pedrina, Fabio	*	S	<u> 11  </u>
Pelli, Fulvio	+	RL	<u>_T</u>
Perrin, Yvan	+	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	+	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
Pfister, Theophil	+	V	SG
Rechsteiner, Paul	=	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	=	S	BS
Reimann, Lukas	0	٧	SG
Rennwald, Jean-Claude	*	S	JU
Reymond, André	+	V	GE
Rickli, Natalie	+	٧	ZH
Rielle, Jean-Charles	=	S	GE
Riklin, Kathy	*	CEg	ZH
A STATE OF STATE OF STATE OF	9 G	14 To.	

	Ċ,	Y	
Rime, Jean-François	*	l v	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	Ξ,	S	vs
Roth-Bernasconi, Maria	=	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	×.	V	ZH
Schelbert, Louis	2.=	G	LÜ
Schenk, Simon	*	V	BE
Schenker, Silvia	=	S	BS
Scherer, Marcel	*	V.	ZG
Schibli, Ernst	+	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	+	CEq	VS
Schneider, Johann N.	*	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	=	S	GE
Spuhler, Peter	*	V	TG
Stahl, Jürg	+	V	ZH
Stamm, Luzi	+	V	AG
Steiert, Jean-François	1	S	FR
Stöckli, Hans		S	BE
Stump, Doris	=	S	AG
Teuscher, Franziska	=	Ğ	BE
Thanel, Anita	=	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LU -
Thorens Goumaz, Adèle	=	G	VD
Triponez, Pierre	*	RL	BE
Tschümperlin, Andy	=	S	SZ
van Singer, Christian	=	G	VD
Veillon, Pierre-François	+	v	VD
Vischer, Daniel	=	G	ZH
von Graffenried, Alec	<u> </u>	G	BE
von Rotz, Christoph	+	V	ow
von Siebenthal, Erich	*	٧	BE
Voruz, Eric	Ξ	S	VD
Waber, Christian	+		BE
Walter, Hansjörg	*	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	+	٧	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Widmer, Hans	=	S	LU
Nobmann, Walter	+	V	SO
Nyss, Brigit	=	G	so
Nyss, Ursula	=1	s	BE
Zemp, Markus	*	CEg	AG
Zisyadis, Josef	*	G	VD
Zuppiger, Bruno	+	v	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	ν		Tot.
+	Ja/ou/si	18		19	15	42	1.	80
=	Nein / non / no	1	19		30			50
0	Enth. / abst. / ast.					1		ি 1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1			. 1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	17	3	16	12	19		67
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes	200				1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité Proposition de la minorité Vischer

Identif.: 48.4 / 29.05.2008 12:51:18

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 96, al. 2

Abstimmung vom / Vote du: 29.05.2008 12:52:12

			12.0	400
Abate, Fabio	-	⊦ R	L	TI
Aebi, Andreas	1	- \		BE
Aeschbacher, Ruedi	1	- CI	-g	ZH
Allemann, Evi	-	2 12	-	BE
Amacker-Amann, Kathr	in '			BL
Amherd, Viola	7			VS
Amstutz, Adrian	1			BE
Aubert, Josiane	1=	8		VD
Baader, Caspar	1			BL
Bader, Elvira	1.	CE		so
Baettig, Dominique	+			JU
Bänziger, Marlies	*	G		ZH
Barthassat, Luc	1+		-	GE
Baumann, J. Alexander	*	V		TG
Bäumle, Martin		CE		ZH
Berberat, Didier	*			VE
Bigger, Elmar	1	Ťv		3G
Bignasca, Attilio	*	ĺν	A 44 100	ΤĬ
Binder, Max	+	Τ̈́ν		žH
Bischof, Pirmin	+	CE		30
Borer, Roland F.	+	V		30
Bortoluzzi, Toni	1	V	-	ZH
Bourgeois, Jacques	+	RL		R
Brélaz, Daniel	*	Ğ		/D
Bruderer, Pascale	=	s		G
Brunner, Toni	+	V		G
Brunschwig Graf, Martin	*	RL		Œ
Büchler, Jakob	+			G
Bugnon, André	#	V		Ď.
Carobbio Guscetti, Marin	_	s	_	ī
Cassis, Ignazio	*	RL	4.0	ri 1
Cathomas, Sep	*	CE		R
Caviezel, Tarzisius	*	RL		R
Chevrier, Maurice	*	CE		S
Daguet, André	*	S		Ē
Darbellay, Christophe	*	CE		s
de Bumán, Dominique	*	CE		_
Donzé, Walter	*	CE	77	E
Dunant, Jean Henri	*	V	В	
Egger-Wyss, Esther	+	CEc		the second
Eichenberger-Walther, C	*	RL	1.714	
Engelberger, Edi	*	RL	N	
Estermann, Yvette	+	V	7	
Fasel, Hugo	=	G		
Fässler-Osterwalder, Hid	=	S	S	
Favre, Charles	+	RL	VI	
Favre, Laurent	+	RL	N	
Fehr, Hans	+	V	ZI	
Fehr, Hans-Jürg	=	s	SI	
Fehr, Jacqueline	=	S	ZI	
		7. V.C.	4.5	٠.

	11.0		
Fehr, Mario		S	ZH
Fiala, Doris	+		ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	+	· ν	AG
Fluri, Kurt	+	RL	SO
Föhn, Peter	*	V	SZ
Français, Olivier	4	RL	VD
Freysinger, Oskar	1 4		VS
Frösch, Therese	=	G	BE
Füglistaller, Lieni	+	V	AG
Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
Galladé, Chantal	*	s	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	r +	V	BE
Genner, Ruth	=	G	ZH
Germanier, Jean-René	+	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
Gilli, Yvonne	=	G	SG
Girod, Bastien	=	_	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	4	CEg	LU
Glauser-Zufferey, Alice	+		VD
Glur, Walter	*	Ιv	AG
Goll, Christine	=	s	ZH
Graber, Jean-Pierre	+	V	BE
Graf, Maya		G	BL
Graf-Litscher, Edith	-	s	TG
Grin, Jean-Pierre	+	V	VD
Gross, Andreas	%	s	ZH
Grunder, Hans	*		BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	*	CEg	
Haller, Ursula	*	V	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	*	V	GR
Heer, Alfred	*	V	ZH
Heim, Bea	=	S	so
Hiltpold, Hugues	*	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	=	G	GE
Hofmann, Urs	=	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	V	SH
Hutter, Jasmin	+	v	SG
Hutter, Markus	*	RL	ZH
Ineichen, Otto	*	RL	LU
Joder, Rudolf	+	V	BE
John-Calame, Francine	=	G	NE
Jositsch, Daniel		S	ZH
Kaufmann, Hans	+	V	ZH
Viener Mellen Mereret	*	v C	DE

		·	1.0
Killer, Hans	+	٧	AG
Kleiner, Marianne	*	RL	AR
Kunz, Josef	*	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
Lang, Josef	=	G	ZG
Leuenberger, Ueli	=	G	GE
Leutenegger Oberholzer,	=	s	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	-	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEg	AI.
Lumengo, Ricardo	=	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
Malama, Peter	*	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
Marra, Ada		S	VD
Marti, Werner	*	S	GL
Maurer, Ueli	+	10.500	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
	*		TG
Messmer, Werner	-	- RL	
Meyer-Kaelin, Thérèse	*	CEg	FR
Miesch, Christian	+	<u>V</u>	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	*	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	=	G	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas Müller, Walter	+	CEg	SG
	+	RL	SG
Müri, Felix	*	<u>V</u> .	<u>LU</u>
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	<u> </u>	GE
Nordmann, Roger	=	S	VD
Noser, Ruedi	*	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	=	S	BL
Parmelin, Guy	+	V	VD
Pedrina, Fabio	*	<u>_s`</u>	_TI_
Pelli, Fulvio	+	RL	_TL_
Perrin, Yvan	+	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	+	RL	NE
Pfister, Gerhard	*	CEg	ZG
Pfister, Theophil	+ ]	V	SG
Rechsteiner, Paul	= }	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	=	S	BS
Reimann, Lukas	0	V	SG
Rennwald, Jean-Claude	*	S	JU.
Reymond, André	+	٧	GE
Rickli, Natalie	+	v	ZH
Rielle, Jean-Charles	=	S	GE
Riklin, Kathy	*	CEg	ZH
r multi, i vout	-	<u> </u>	

Rime, Jean-François	*	٧	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TÍ.
Rossini, Stéphane	=	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	=	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	*	) V	ZH
Schelbert, Louis	=	G	LU
Schenk, Simon	*	V	BE
Schenker, Silvia	=	s	BS
Scherer, Marcel	*	V	ZG
Schibli, Ernst	+	_ V _	ZΗ
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	+	CEg	VS
Schneider, Johann N.	*	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LÜ
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	=	S	GE
Spuhler, Peter	*	V	TG
Stahl, Jürg	+	V	ZH
Stamm, Luzi	+	V	AG
Steiert, Jean-François	*	S	FR
Stöckli, Hans	*	S	BE
Stump, Doris	=	S	AG
Teuscher, Franziska	=	G	BE
Thanei, Anita	ı	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LÜ
Thorens Goumaz, Adèle	=	G	VD.
Triponez, Pierre	*	RL	BE
Tschümperlin, Andy	=	s	SZ
van Singer, Christian	=	G	VD
Veillon, Pierre-François	+	V	VD
Vischer, Daniel	=	G	ZH
von Graffenried, Alec	=	G	BE
von Rotz, Christoph	+	٧.	OW
von Siebenthal, Erich	*	V	BE
Voruz, Eric	=	S	VD
Waber, Christian	+		BE
Walter, Hansjörg	*	V	TG
Wandfluh, Hansruedi	+	V	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEq	ZH
Widmer, Hans	=1	S	ĽÚ
Wobmann, Walter	+	v	so
Wyss, Brigit	=	Ġ	so
Wyss, Ursula	1	S	BE
Zemp, Markus	*	CEg	AG
Zisyadis, Josef	*	G	VD
Zuppiger, Bruno	+	v	ZH
որինել՝ ուսյո	لب	<u> </u>	

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL.	S	٧		Tot.
+	Ja/oui/si	18		19		40	1	78
=.	Nein / non / no		19		30	1,		50
0	Enth, / abst. / ast					1		- 1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1			1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	18	3	16	12	20	1	69
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité
Proposition de la minorité Vischer

Kiener Nellen, Margret \*

# **內** NATIONALRAT Abstimmungsprotokoll

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 112

### **Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 10:58:18**

		Ċ	<u> 11</u> 2. juli			÷
Abate, Fabio	1	Ŀ	RL		TI	
Aebi, Andreas	Ŀ	• ]	٧		BE	
Aeschbacher, Ruedi	1	ŀ.	CE	П	ZH	
Allemann, Evi	-		S		BE	
Amacker-Amann, Kathri	1		CEg	П	BL	
Amherd, Viola	1		CEg		VS	
Amstutz, Adrian	,		٧	7	BE	3
Aubert, Josiane	=		s	T	VD	٦
Baader, Caspar	+		V	7	BL	
Bader, Elvira	*		CEg	1	SO	٦
Baettig, Dominique	+		V	7	JU	٦
Bänziger, Marlies	0	. ]	G	1	ZH	٦
Barthassat, Luc	+	_	CEg	1	GE	1
Baumann, J. Alexander	+	-	V	1	TG	٦
Bäumle, Martin	+	~†	CEg	1	ZH	1
Berberat, Didier	*	1	S	1	NE	1
Bigger, Elmar	*	1	v	+	SG	1
Bignasca, Attilio	*	+	v	1	TI.	1
Binder, Max	+	1	v	+	ZH	1
Bischof, Pirmin	+	†	CEg	1	SO	1
Borer, Roland F.	+	t	V		so	1
Bortoluzzi, Toni	+	1	v		ZH	1
Bourgeois, Jacques	*	1	RL		FR	1
Brélaz, Daniel	*	+	G		VD	1
Bruderer, Pascale	5	†	S	-	AG	1
Brunner, Toni	+	1	V	т.	SG	1
Brunschwig Graf, Martin	+	+	ŘL	_	GE	ľ
Büchler, Jakob	+	t	CEg	1	SG	1
Bugnon, André	#	t	V	7	VD.	ł
Carobbio Guscetti, Marin	=	t	s	7	TI	ł
Cassis, Ignazio	*	t	RL	-	TI.	ĺ
Cathomas, Sep	+	t	CEa	-	3R	i
Caviezel, Tarzisius	+	٠.	RL	.35	GR	ŀ
Chevrier, Maurice	*	+-	CEg	_	/S	١.
Daguet, André	*	┞	S	1.00	3E	ŀ
Darbellay, Christophe	*	1	CEg	-	/S	ŀ
de Buman, Dominique	*		CEg		R	1
Donzé, Walter	+		CEg		E I	
Dunant, Jean Henri	*	۲	V		SS	
Egger-Wyss, Esther	*	1	CEg	111	G.	1
Eichenberger-Walther, C	+	۲	RL.	-	G	;
Engelberger, Edi	+	۲	RL	,	w	
	+	۲	ν		.U	
Estermann, Yvette Fasel, Hugo	-	-	G		R	7
Fässler-Osterwalder, Hid	-		S		G	
	+		RL			ŕ
Favre, Charles	-		RL		IE I	
Favre, Laurent Fehr, Hans	+	4	V		77	
Fehr, Hans-Jürg		:	S		H	
Fehr, Jacqueline	-		S		뮈	
rent, Jacqueinte	<u> </u>		<u> </u>		П	

			11000	100
	Fehr, Mario	T=	s	ZH
	Fiala, Doris	+	RL	ZH
	Flückiger-Bäni, Sylvia	+	V	AG
	Fluri, Kurt	1	RL	so
•	Föhn, Peter	+	V	SZ
Ö.	Français, Olivier	+	RL	VD
	Freysinger, Oskar	+	V	VS
	Frösch, Therese	=	G	BE
	Füglistaller, Lieni	+	V	AG
	Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
Š	Galladé, Chantal	=	s	ZH
9	Geissbühler, Andrea Ma	+	V	BE
	Genner, Ruth	=	G	ZH
	Germanier, Jean-René	*	RL	VS
	Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
-	Gilli, Yvonne	=	G	SG
i i	Girod, Bastien	=	Ğ	ZH
	Glanzmann-Hunkeler, Id	*	CEg	Ĺΰ
	Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
	Glur, Walter	*	v.	AG
	Goll, Christine	=	Š	ZH
	Graber, Jean-Pierre	*	v	BE
1	Graf, Maya	=	Ġ	BL
1	Graf-Litscher, Edith	=	S	TG
1	Grin, Jean-Pierre	+	V	VD
1	Gross, Andreas	*	S	ZH
1	Grunder, Hans	+	V	BE
	Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
	Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
1	Haller, Ursula	+	V	BE
	Hämmerle, Andrea	=	S	GR
	Hany, Urs	*	CEg	ZH
	Hassler, Hansjörg	+	V	GR
	Heer, Alfred	*	V	ZH
	Heim, Bea	=	S	so
	Hiltpold, Hugues	*	RL	GE
	Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
	Hodgers, Antonio	= 1	G	GE
	Hofmann, Urs	=	s	AG
	Huber, Gabi	+	RL	UR
_	Humbel, Ruth	+	CEg	AG
	Hurter, Thomas	+	V	SH
h	Hutter, Jasmin	*	v	SG
	Hutter, Markus	+	RL	ZH
	neichen, Otto	+	RL	LU
ľ	Joder, Rudolf	+	ν	BE
	John-Calame, Francine	*	G	NE
_	lositsch, Daniel		S	ZH
$\overline{}$	Kaufmann, Hans	+	v	ZH
	Kiener Nellen, Margret	=+	s	BE
۳	acrost tronon, maryicl	لل	<u> </u>	لتد

The state of the s			
Killer, Hans	+	V	AG
Kleiner, Marianne	+	RL	AR
Kunz, Josef	+	l V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
Lang, Josef	=	G	ZG
Leuenberger, Ueli	=	G	GE
Leutenegger Oberholzer	, =	S	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	=	S	FR
Loepfe, Arthur	+	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	=	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	*	CEg	LU
Malama, Peter	+	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	*	RL	BE
Marra, Ada	=	S	VD
Marti, Werner	=	S	GL
Maurer, Ueli	*	٧	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	•	CEg	SG
Messmer, Werner	+	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
Miesch, Christian	*	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	*	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	4	G	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	*	V	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	V	GE
Nordmann, Roger	*	S	VD
Noser, Ruedi	*	RL	ZH
Nussbaumer, Eric		S	BL
Parmelin, Guy	*	V	VD
Pedrina, Fabio	=	S	TI.
Pelli, Fulvio	+,	RĹ	TI
Perrin, Yvan	+	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
Pfister, Theophil	+	V	SG
Rechsteiner, Paul	,=	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	ı	S	BS
.,	+	-ν_	SG
Reimann, Lukas	. 7	S	JU
Reimann, Lukas	= ]		
Reimann, Lukas Rennwald, Jean-Claude	= +	V	GE
Reimann, Lukas Rennwald, Jean-Claude Reymond, André	+		GE ZH
Reimann, Lukas Rennwald, Jean-Claude Reymond, André Rickli, Natalie		V	100
	*	V	ZH

Rime, Jean-François	*	V	FR
Robbiani, Meinrado	*	CEg	TI
Rossini, Stéphane	=	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	=	L <sub>S</sub>	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	+	V	ZH
Schelbert, Louis	=	G	LU
Schenk, Simon	+	V	BE
Schenker, Silvia	=	S	BS
Scherer, Marcel	+	V	ZG
Schibli, Ernst	+	٧	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEq	ZH
Schmidt, Roberto	+	CEg	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	*	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	=	S	GE
Spuhler, Peter	+	v	TĠ
Stahl, Jürg	*	V	ZH
Stamm, Luzi	+	V	AG
Steiert, Jean-François	=	S	FR
Stöckli, Hans	=	s	BE
Stump, Doris	=	S	AG
euscher, Franziska	= 1	G	BE
Thanei, Anita	=	S	ZH
heiler, Georges	+	RL	LU
horens Goumaz, Adèle	=	G	VD
riponez, Pierre	4	RL	BE
schümperlin, Andy	=	S	SZ
an Singer, Christian	=	G	VD
/eillon, Pierre-François	*	v	VD
/ischer, Daniel	=	Ğ	ZH
on Graffenried, Alec	0	G	BE
on Rotz, Christoph	+	V	OW
on Siebenthal, Erich	+	v	BE
oruz, Eric	*	s	VD
Vaber, Christian	*	<u> </u>	BE
Valter, Hansjörg	*	v	TG
Vandfluh, Hansruedi	+	V	BE
Vandilun, mansidedi Vasserfallen, Christian	+	RL	BE
Vehrli, Reto	*	CEg	SZ
Veibel, Thomas	+	CEg	ZH
Vidmer, Hans	=	S	LU
Vobmann, Walter	-	V	SO
voonanii, wallei		G	SO
Vyss, Brigit	-	S	BE
Vyss, Ursula	+	CEg	
emp, Markus			AG VD
isyadis, Josef	=	G	
uppiger, Bruno	+1	<u> </u>	ZH
		- ·	

	Fraktion / Groupe / Gruppo CEg G RL S V - Tot	]
+	Ja / oui / si 23 26 43 9	2
=	Nein / non / no 18 37 5	5
0	Enth. / abst. / ast.	2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato 13 2 9 6 19 1 5	0
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes	1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité Proposition de la minorité Thanei

## 神 NATIONALRAT Abstimmungsprotokoll

bstimmungsprotokoll Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 112

### Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 10:59:12

; 1	Abate, Fabio		+	RL		TI	Š
	Aebi, Andreas	T	+	V	9	BE	-
	Aeschbacher, Ruedi		+	CE	9	Zŀ	
j.	Allemann, Evi	T	=	S		BE	
Í	Amacker-Amann, Kathr	in	+	CE	1	BL	3
	Amherd, Viola	Т	+	CE	,	VS	7
	Amstutz, Adrian		+	٧		BE	
	Aubert, Josiane	Т	*	S		VD	ī
	Baader, Caspar		+	٧		BL	1
ĺ	Bader, Elvira		*.	CE		SO	
1	Baettig, Dominique	T	+	٧		JU	0.00
-	Bänziger, Marlies		0	G		ZH	
1	Barthassat, Luc	Τ	+	CE		GE	
Ì	Baumann, J. Alexander	T	*	٧		TG	
	Bäumle, Martin	1	+	CEg		ZH	
Ì	Berberat, Didier		*	S		NE	
Ī	Bigger, Elmar		*	V		SG	7
	Bignasca, Attilio	1	•	V		ΤI	ě
	Binder, Max	1		٧	1	ZΗ	
	Bischof, Pirmin		-	CEq	1	so	į
	Borer, Roland F.	1	-	V		so	7
	Bortoluzzi, Toni	1	-	V	1	ZH	in the
Ī	Bourgeois, Jacques	1		RL	1	FR	
	Brélaz, Daniel			G	+	VD	1
	Bruderer, Pascale	3	1	S	†	ĀG	1
	Brunner, Toni	١,		V	1	SG	1
i	Brunschwig Graf, Martin	1	1	RL	1	GE	1
i	Büchler, Jakob	+		CEg		SG	1
	Bugnon, André	#	_	V		VD	1
	Carobbio Guscetti, Marin		1	S	+	TI	1
	Cassis, Ignazio		7	RL	1	TI	1
	Cathomas, Sep	+	1	CEg	t	GR	1
	aviezel, Tarzisius	+	_	RL		GR	1
	Chevrier, Maurice	*	Ť	CEg	-	vs	1
	aguet, André	*		S	-	BE	1
	arbellay, Christophe	*	1	CEg	-	vs	1
	e Buman, Dominique	*	1	CEg	-	FR	١
Ē	onzé, Walter	+		CEg		BE	ĺ
Ē	unant, Jean Henri	*		V	+	BS	ŀ
Ē	gger-Wyss, Esther	*	1	CEg	+	AG	ı
	ichenberger-Walther, C	+	1	RL	-	ÁG	l.
	ngelberger, Edi	+	1	RL	77	W	l
	stermann, Yvette	+	T	٧		LU	ŀ
	asel, Hugo	*	1	G	_	FR	ľ
	assler-Osterwalder, Hid	=	T	S	100	sG	
	avre, Charles	+	T	RL	7.15	/D	
	avre, Laurent	+	t	RL		VE.	i
F	ehr, Hans	*	T	V		ZH	2
F	ehr, Hans-Jürg	=	1	S		SH	Ì
=,	ehr, Jacqueline	*		s		THE STATE OF THE S	
	an, occoquonno	1	÷	<del>-</del> - 1			

Fehr, Mario		=	S	Zŀ	Ī
Fiala, Doris	T	+	RL	Zŀ	ī
Flückiger-Bäni, Sylvia	T	+	٧	AC	;
Fluri, Kurt	. 7	+	RL	SC	)
Föhn, Peter		+	٧	SZ	7
Français, Olivier		+	RL	VE	)
Freysinger, Oskar	Τ	+	Ťγ	VS	5
Frösch, Therese	T	= :	G	BE	:
Füglistaller, Lieni		+	V	AG	;
Gadient, Brigitta M.		+	V	GF	ī
Galladé, Chantal		=	S	ZH	ī
Geissbühler, Andrea Ma	ır	£.	V.	BE	Ī
Genner, Ruth		= 1	G	ZH	Ī
Germanier, Jean-René		*	RL	VS	7
Giezendanner, Ulrich		*	V	AG	ï
Gilli, Yvonne	1	=	G	SG	ī
Girod, Bastien		=	G	ZH	
Glanzmann-Hunkeler, Id		•	CEq	LU	7
Glauser-Zufferey, Alice	-	П	٧	VD	Ü
Glur, Walter			٧	AG	-
Goll, Christine	1	=	S	ZH	٠,
Graber, Jean-Pierre	2		V	BE	7
Graf, Maya	1:		G	BL	
Graf-Litscher, Edith	1	- 1	S	TG	7
Grin, Jean-Pierre			٧	VD	7
Gross, Andreas		1	S	ZH	ī
Grunder, Hans	4		V.	BE	
Gysin, Hans Rudolf			RL	BL	Ī
Häberli-Koller, Brigitte	+	- 1	CEg	TG	ï
Haller, Ursula		7	٧	BE	1
Hämmerle, Andrea	=	T	S	GR	7
Hany, Urs	*		CEg	ZH	
Hassler, Hansjörg	+		٧	GR	
Heer, Alfred	*	3	٧	ZH	
Heim, Bea	=		S	SO	1
Hiltpold, Hugues	*		RL	GE	1
Hochreutener, Norbert	+	T	CEg	BE	1
Hodgers, Antonio	=		G	GE	1
Hofmann, Urs	=		S	AG	7
Huber, Gabi	+	1	RL	UR	1
Humbel, Ruth	+	T	CEg	AG	1
Hurter, Thomas	+	1	٧	SH	1
Hutter, Jasmin	*		٧	SG	1
Hutter, Markus	+		RL	ZH	1
neichen, Otto	+	T	RL	LU	1
loder, Rudolf	+	T	٧	BE	1
John-Calame, Francine	*	T	G	NE	1
lositsch, Daniel	=	T	S	ZH	1
Kaufmann, Hans	+	1	V	ZH	١
and recognized the second second		+-			١

[4] A. M. Martin, Phys. Lett. B 50, 200 (1997).			101.00	
Killer, Hans	+	V	AG	7
Kleiner, Marianne	+	RL	AR	1
Kunz, Josef	+	V	LU	٦
Lachenmeier-Thüring, A	-	G	BS	1
Lang, Josef	=	G	ZG	i
Leuenberger, Ueli	1 =	Ğ	GE	1
Leutenegger Oberholzer	-	s	BL	1
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH	1
Levrat, Christian	=	S	FR	1
Loepfe, Arthur	+	CEa	Al	1
Lumengo, Ricardo	Ē	S	BE	1
Lüscher, Christian	+	RL	GE	1
Lustenberger, Ruedi	*	CEg	LU	1
Malama, Peter	+	RL	BS	1
Markwalder Bär, Christa	*	RL	BE	1
		S	VD	١
Marra, Ada Marti, Werner	Ξ	S	GL	1
1 1 2 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	+	V	No. 1995 1 19	1
Maurer, Ueli	*		ZH	ŀ
Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG	ł
Messmer, Werner	+	RL	TG	ľ
Meyer-Kaelin, Thérèse	*	CEg	FR	1
Miesch, Christian	4	V	BL	
Moret, Isabelle	*	RL	VD	ŀ
Mörgeli, Christoph		V	ZH	l
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH	l
Müller, Geri	*	G	AG	ı
Müller, Philipp	1 1 1	RL	AG	l
Müller, Thomas Müller, Walter	+	CEg	SG	
	+	RL	SG	l
Müri, Felix	*	V_	LU	
Neirynck, Jacques		CEg	VD	
Nidegger, Yves	+	<u>V</u>	GE	
Nordmann, Roger	*	S	VD	
Noser, Ruedi	<u>,(**</u> 0) Na 11	RL	ZH	
Nussbaumer, Eric	.=.: -1 <b>:</b> :::::::::::::::::::::::::::::::::::	S	BL	
Parmelin, Guy	-50	V	VD	100
Pedrina, Fabio		S	TI	Š
Pelli, Fulvio	+	RL	TI	7
Perrin, Yvan	+	V	NE	
Perrinjaquet, Sylvie		RL	NE	Ţ
Pfister, Gerhard Pfister, Theophil	+	CEg	ZG	÷
		V	SG	
Rechsteiner, Paul	=	S	SG	Ý
Rechsteiner, Rudolf	*	S	BS	j
Reimann, Lukas	+	V	SG	
Rennwald, Jean-Claude	=	S	JU	e i
Reymond, André	+	<u> </u>	GE	'n
Rickli, Natalie	*	<u> </u>	ZH	i
Rielle, Jean-Charles	•	S	GE	
Riklin, Kathy J	+	CEg	ZH	
化光谱 化二甲基甲二甲基甲基甲甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲基甲	1000	化二硫矿 有新。		46

机电流电子电子 化氯化二甲磺基甲基二甲基	· V		<u> </u>	
Rime, Jean-François	*	V	FR	ļ
Robbiani, Meinrado	*	CEg	TI	
Rossini, Stéphane	=		VS	
Roth-Bernasconi, Maria	=	Š	GE	
Ruey, Claude	*	RL	VD	j
Rutschmann, Hans	+	V	ZH	
Schelbert, Louis	¥	Ğ	โบ	
Schenk, Simon	+	ν	BE	
Schenker, Silvia	=	s	BS	
Scherer, Marcel	+	v	ZG	
Schibli, Ernst ,	+	V	ZH	ĺ
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH	
Schmidt, Roberto	+	CEg	VS	
Schneider, Johann N.	+	RL	BE	ĺ
Schwander, Pirmin	+	V	SZ	۱
Segmüller, Pius	+	CEg	LU	١
Simoneschi-Cortesi, Chi	*	CEg	TI	١
Sommaruga, Carlo	•	S	GE	ĺ
Spuhler, Peter	+	V	TG	ĺ
Stahl, Jürg	*	v	ZH	١
Stamm, Luzi	+	V	AG	١
Steiert, Jean-François	=	S	FR	ĺ
Stöckli, Hans	=	s	BE	ĺ
Stump, Dons	=	S	AG	ĺ
Teuscher, Franziska	=	G	BE	ĺ
Thanei, Anita	=	S	ZH	ĺ
Theiler, Georges	+	RL	LU	
Thorens Goumaz, Adèle	=	G	VD	ĺ
Triponez, Pierre	+	RL	BE	ĺ
rnpenez, rtene Fschümperlin, Andy	=	S	SZ	ĺ
an Singer, Christian	=	G	VD	ĺ
/eillon, Pierre-François	*	V	VD	
/ischer, Daniel	ii	Ğ	ZH	ŀ
on Graffenried, Alec	0	G	BE	ĺ
on Rotz, Christoph	+	V	OW	
on Siebenthal, Erich	+	V	BE	
/oruz, Eric	*	S	VD	
Waber, Christian	*		BE	ŀ
Walter, Hansjörg	1	. V	TG	
Vandfluh, Hansruedi	*	V	BE	
Vasserfallen, Christian	+	RL	BE	
Vehrli, Reto	*	CEg	SZ	
Veibel, Thomas	+	CEg	ZH	
Vidmer, Hans	<u> </u>	S	LU	
Vobmann, Walter	+	v_	so	
Vyss, Brigit	<u> </u>	G_	so	
Vyss, Ursula	=	S	BE	
'emp, Markus	+	CEg	AG	
isyadis, Josef	=	G	VD	
uppiger, Bruno	+	v	ZH	
	3			

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEa	G	RL	s	v		Tot.
+	Ja / oui / si	23	100	25		40		88
=	Nein / non / no		17		32	STATES	T. V.	49
0	Enth. / abst. / ast.		2				= 13 (35) = 3 + 5 (3)	2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	13	3	10	11	22	1	60
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité

Kiener Nellen, Margret = S BE

Proposition subsidiaire de la minorité Thanei

HA NATIONALRAT

Abstimmungsprotokoli

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 130, al. 3

### Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 11:08:34

	173			
Abate, Fabio	٠,	RL	TI	i
Aebi, Andreas	1	٧	BE	
Aeschbacher, Ruedi	4	CE	ı ZH	Ē
Allemann, Evi	-		BE	
Amacker-Amann, Kathri	n 4		BL	Š
Amherd, Viola	*	CE		Ī
Amstutz, Adrian	1=	V	BE	
Aubert, Josiane	1	S	VD	-
Baader, Caspar	1=	ΤŽ	BL	Ť
Bader, Elvira	*	CEo	12 12121	
Baettig, Dominique	†=	V	JU	_
Bänziger, Marlies	1		ZH	-
Barthassat, Luc	1+		4 - 1 - 1 - 1 - 1 - 1	į
Baumann, J. Alexander	1 =	V	TG	-
Bäumle, Martin	*	CEg		-
Berberat, Didier	+	S	NE	į.
Bigger, Elmar	=	V	SG	7
Bignasca, Attilio	+-	ΙV	TI	÷
	=	l v	40, 100, 20	_
Binder, Max	+		ZH	H
Bischof, Pirmin	=	CEg V	SO	
Borer, Roland F.	-	V	SO ZH	
Bortoluzzi, Toni	<del>=</del>   +	1		
Bourgeois, Jacques	*	RL	FR	4
Brélaz, Daniel	*	G	VD	-
Bruderer, Pascale	+-	S	AG	
Brunner, Toni	ļΞ	V	SG	1
Brunschwig Graf, Martin	+	RL		4
Büchler, Jakob	+	CEg	SG	4
Bugnon, André	#	V	VD.	4
Carobbio Guscetti, Marin	*	S	<u>I</u>	4
Cassis, Ignazio	*	RL	Ti	1
Cathomas, Sep	+	CEg	GR	ł
Caviezel, Tarzisius	+	RL	GR	4
Chevrier, Maurice	+	CEg	VS	ł
Daguet, André		S	BE	ł
Darbéllay, Christophe	*	CEg	VS	ļ
de Buman, Dominique	+	CEg	FR	l
Donzé, Walter	+	CEg	BE	ł
Dunant, Jean Henri	*	V	BS	l
Egger-Wyss, Esther	*	CEg	AG	ļ
Eichenberger-Walther, C	+	RL	AG	İ
Engelberger, Edi	*	RL	NW	l
Estermann, Yvette	=	V	LU	l
Fasel, Hugo	+	G_	FR	ŀ
Fässler-Osterwalder, Hid	*	S	SG	
Favre, Charles	*	RL	VD	
Favre, Laurent	*	RL	NE	
Fehr, Hans	*	V	ZH	
Fehr, Hans-Jürg	+	S	SH	i i
Fehr, Jacqueline	*	<u> </u>	ZH	i

	500	12 60	14 July 19
Fehr, Mario	+	S	ZH
Fiala, Doris	*	RL	Z⊦
Flückiger-Bäni, Sylvia	=	V	AG
Fluri, Kurt	+	RL	SC
Föhn, Peter	*	V	SZ
Français, Olivier	+	RL	VD
Freysinger, Oskar	*	٧	VS
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	=		AG
Gadient, Brigitta M.	*	٧	GR
Galladé, Chantal	+	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma		V	BE
Genner, Ruth	+	G	ZH
Germanier, Jean-René	*	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
Gilli, Yvonne	+	G	SG
Girod, Bastien	+	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	*	CEa	LU
Glauser-Zufferey, Alice	-	V	VD
Glur, Walter		Ϊ́ν	AG
Goll, Christine	17	Š	ZH
Graber, Jean-Pierre	=	V	BE
Graf, Maya	+	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
Grin, Jean-Pierre	=	V	VD
Gross, Andreas	+	S	ZH
Grunder, Hans	*	V	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEa	TG
Haller, Ursula	=	V	BE
Hämmerle, Andrea	+	S	GR
Hany, Urs	*	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	-	V	GR
Heer, Alfred	*	Ϋ́	ZH
Heim, Bea	+	S	SO
Hiltpold, Hugues	+	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	*	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEq	AG
Hurter, Thomas	=	V	·SH
	*	V	SG
Hutter, Jasmin Hutter, Markus	+	RL	
Ingichan Offe	*	for a display to	ZH
Ineichen, Otto Joder, Rudolf		RL V	LU BE
	+		NE
John-Calame, Francine		G S	
Jositsch, Daniel	+	<u>ာ</u>	ZH ZH
Kaufmann, Hans	*	S	
Kiener Nellen, Margret	$\dashv$		<u>BE</u>

	ing in the first term of the company of the			. 134 4
	Killer, Hans	=	٧	AG
3	Kleiner, Marianne	+	RL	AR
ć	Kunz, Josef	T	V	LU
	Lachenmeier-Thüring, A	1+	G	BS
઼ૺ	Lang, Josef	+	G	ZG
	Leuenberger, Ueli	+	G	GE
ó	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
	Leutenegger, Filippo	*	RL	ZH
	Levrat, Christian	*	S	FR
	Loepfe, Arthur	+	CEq	Al
ij	Lumengo, Ricardo	+	S	BE
Ĺ	Lüscher, Christian	1 +	RL	GE
į,	Lustenberger, Ruedi	*	CEg	LU
į.	Malama, Peter	+	RL	BS
	Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
	Marra; Ada	*	S	VD
	Marti, Werner	*	S	GL
	Maurer, Ueli	=	V	′ZH
	Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
÷	Messmer, Werner	+	RL	TG
ì	Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
	Miesch, Christian	*	٧	BL
	Moret, Isabelle	+	RL_	VD
. N	Mörgeli, Christoph	*	\ \ \ \ \ _	ZH
	Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
÷	Müller, Geri	+	G	AG
1	Müller, Philipp	+	RL	AG
	Müller, Thomas	+	CEg	SG
	Müller, Walter	+	RL_	SG
j	Müri, Felix	3.	٧	LU
ċ	Neirynck, Jacques	+	CEg	VD
ij	Nidegger, Yves	+	٧.	GE
-	Nordmann, Roger	*	S	VD
	Noser, Ruedi	+	RL	ZH
	Nussbaumer, Eric	+	S	BL
	Parmelin, Guy	*	V	VD.
	Pedrina, Fabio	+	S	<b>TI</b>
	Pelli, Fulvio	+	RL	<u>_Ti_</u>
	Perrin, Yvan	=	V	NE
	Perrinjaquet, Sylvie	*	RL.	NE
	Pfister, Gerhard	*	CEg	ZG
Į	Pfister, Theophil	=	٧.	SG
1	Rechsteiner, Paul	+	S	SG
١	Rechsteiner, Rudolf	+	S	BS
	Reimann, Lukas	=	V	SG
1	Rennwald, Jean-Claude	+	S	JU
1	Reymond, André	*	<u> </u>	GE
1	Rickli, Natalie	*	V	ZH
1	Rielle, Jean-Charles	+	S	GE
Į	Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
		2.15	Secretary (S.)	Maria V.

The little to the second of the second		100	2000
Rime, Jean-François	*	V	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	1	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude		RL	VD-
Rutschmann, Hans	= ,	V	ZH
Schelbert, Louis	+	G	LU
Schenk, Simon	=	V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	=	V	ZG
Schibli, Ernst	.*	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	+	CEg	vs
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	V	SZ
Segmüller, Plus	+	CEg	LÜ
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*.	V	TG
Stahl, Jürg	=	V	ZH
Stamm, Luzi	=	V	AG
Steiert, Jean-François	+	S	FR
Stöckli, Hans	*	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BE
Thanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, Georges	+.	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD
Triponez, Pierre	+	RL	BE
Tschümperlin, Andy	*	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	П	٧	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	=	٧	OW
von Siebenthal, Erich	*	V	BE
Voruz, Eric	*	S	đ۸
Waber, Christian	*		BE
Walter, Hansjörg	*	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	11	V	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
	+	S	בט
Wobmann, Walter	=	V	so
Wyss, Brigit	+	G	SO
Wyss, Ursula	*	S	BE
Zemp, Markus	+	CEg	AG
Zisyadis, Josef	+	G	VD.
Zuppiger, Bruno	*	٧	ZH
ar Palik et Suski francis 🔝 🧖			1.37

	Fraktion / Groupe / Gruppo CEg G RL S V	- Tot.
+	+ Ja/oul/si 24 21 24 27 1	97
=:	=: Nein / non / no	37
0	o Enth./abst./ast.	0
*	* Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato 12 1 11 16 24	1 65
#	# Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes 1	1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité

Proposition de la minorité Reimann Lukas

Identif.: 48.4 / 12.06.2008 11:08:34

Ref.: (Erfassung) Nr: 615

**Abstimmungsprotokoll** 

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 195, let. c et d

Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 11:56:41

Abate, Fabio		ŀ.	RL		TI	
Aebi, Andreas	Ţ:	=	V		BE	
Aeschbacher, Ruedi	1		CEc	1	ZH	
Allemann, Evi	14	F	S		BE	١
Amacker-Amann, Kathri	n +		CEo		BL	
Amherd, Viola	1	-	CE	П	VS	
Amstutz, Adrian	1=	1	٧		BÉ	
Aubert, Josiane	-	-	S	•	VD	
Baader, Caspar			·V		BL	
Bader, Elvira	+		CEg	1	SO	
Baettig, Dominique	=	:	V	٦	JU	۰
Bänziger, Marlies	+		G	1	ZH.	•
Barthassat, Luc	=	_	CEg		GE	٠
Baumann, J. Alexander	*	1	٧	1	TG	
Bäumle, Martin	+	1	CEq	Ť	ZH	
Berberat, Didier	+	-	S	1	NE	٠
Bigger, Elmar	=	+	V	İ	SG	•
Bignasca, Attilio	*	1	v	1	TI	•
Binder, Max	=	1	V	1	ZH	
Bischof, Pirmin	+	1	CEg	1	SO	٠
Borer, Roland F.	=	1	V	1	SO	
Bortoluzzi, Toni	=	†	٧	1	ZH	i
Bourgeois, Jacques	+	†	RL	1	FR	
Brélaz, Daniel	*	-	G	1	VD	
Bruderer, Pascale	+	Ť	s	Ť	AG	ĺ
Brunner, Toni	=	T	V	1	SG	i
Brunschwig Graf, Martin	+	1	RL	t	GE	į
Büchler, Jakob	+	t	CEg	t	SG	ı
Bugnon, André	#	1	V	4-	VD	ı
Carobbio Guscetti, Marin	+	T	s	Ť	TI	ĺ
Cassis, Ignazio	*	T	RL	1	ΤĹ	i
Cathomas, Sep	+	T	CEg		GR	
Caviezel, Tarzisius	+	t	RL	-	GR	i
Chevrier, Maurice	+	f	CEg	-	vs l	ı
Daguet, André	*	T	S	-	BE	
Darbellay, Christophe	*	h	CEg	-	vs	
de Buman, Dominique	*		CEg	-	FR	
Donzé, Walter	=		CEģ		BE	
Dunant, Jean Henri	=		V	-	BS	
Egger-Wyss, Esther	+	- (	CEa		AG	
Eichenberger-Walther, C	+		RL.	_	AG	
Engelberger, Edi	*		RL		W	
Estermann, Yvette	_		۷ .		LU	
Fasel, Hugo	+		Ġ	_	FR	
Fässler-Osterwalder, Hid	+		S	7.	3G	
Favre, Charles	+	۰	RL	-	/D	
Favre, Laurent	+	-	RL		VE .	
Fehr, Hans	*	7	V	-11	ZH	
Fehr, Hans-Jürg	+	+	s		SH	
Fehr, Jacqueline	+	-	S	7.	ZH.	
on, vacqueine			ر ن		-11	

			100
Fehr, Mario	1	S	ZH
Fiala, Doris	T	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	=	V	AG
Fluri, Kurt	1	RL	so
Föhn, Peter	*	V	SZ
Français, Olivier	+		VD
Freysinger, Oskar	1:	V	VS
Frösch, Therese	1+		BE
Füglistaller, Lieni	*	ΙV	AG
Gadient, Brigitta M.	+	Ιv	GR
Galladé, Chantal	1	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma		v	BE
Genner, Ruth	+	G	ZH
Germanier, Jean-René	+	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*		AG
Gilli, Yvonne	+		SG
Girod, Bastien	+	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	-	10, 1 111	LU
Glauser-Zufferey, Alice	*	CEg   V	VD
	*	V	AG
Glur, Walter	1		-
Goll, Christine	+	S V	ZH
Graber, Jean-Pierre	+	-	BE
Graf, Maya	+	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+		TG
Grin, Jean-Pierre	15	<u> </u>	VD
Gross, Andreas	+	<del></del>	ZH
Grunder, Hans	+	V_	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	ν.	BE
Hämmerle, Andrea	+	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+	<u> </u>	GR
Heer, Alfred	*	V .	ZH
Heim, Bea	+	S	SO
Hiltpold, Hugues	+	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	Į	٧	SH
Hutter, Jasmin	*	ν	SG
Hutter, Markus	+	RL	ZH
neichen, Otto	+	RL	LU
Joder, Rudolf	*	٧	BE
John-Calame, Francine	+	G	NE
Jositsch, Daniel	+	S	ZH
Kaufmann, Hans	=	V	ZH

	and the state of t	2.1		
1	Killer, Hans	*	V	AG
	Kleiner, Marianne	*	RL	AR
	Kunz, Josef	=	٧	LU
1	Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
1	Lang, Josef	+	G	ZG
İ	Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Ì	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
1	Leutenegger, Filippo	*	RL	ZH
·	Levrat, Christian	+	S	FR
t	Loepfe, Arthur	*	CEa	Al
1	Lúmengo, Ricardo	+	S	BE
Ì	Lüscher, Christian	+	RL	GE
	Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
	Malama, Peter	+	RL	BS
	Markwalder Bär, Christa	*	RL	BE
1	Marra, Ada	+	S	VD
	Marti, Werner	*	s	GL
	Maurer, Ueli	=	٧	ZH
	Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
	Messmer, Werner	+	RL	TG
	Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
	Miesch, Christian	=	٧	BL
	Moret, Isabelle	+	RL	VD
	Mörgeli, Christoph	=	٧	ZH
	Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
	Müller, Geri	+	G	AG
L	Müller, Philipp	+	RL	AG
l	Müller, Thomas	+	CEg	SG
[	Müller, Walter	+	RL_	SG
	Müri, Felix	=	٧	LU
Ū	Veirynck, Jacques	+	CEg	VD
1	Videgger, Yves	±	V	GE
	Nordmann, Roger	+	S	VD
	Voser, Ruedi	+	RL	ZH
	Nussbaumer, Eric	+	S	BL
~	Parmelin, Guy	=	٧	VD
	Pedrina, Fabio	+	S	TI
F	Pelli, Fulvio	+	RL	TI
F	Perrin, Yvan	=	٧	NE
	Perrinjaguet, Sylvie	*	RL	NE
	Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
	fister, Theophil	=	٧	SG
	Rechsteiner, Paul	*	S	SG
	Rechsteiner, Rudolf	*	S	BS
	Reimann, Lukas	=	٧	SG
	Rennwald, Jean-Claude	7	S	JU
F	Reymond, André	=	٧	GE
F	Rickli, Natalie	=	٧	ZH
R	Rielle, Jean-Charles	+	S	GE
R	liklin, Kathy	+	CEg	ZH
				ptorijā,

Rime, Jean-François	=	V	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	+	S	vs
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	٧D
Rutschmann, Hans	=	٧	ZH
Schelbert, Louis	+	G.	LU
Schenk, Simon	Ξ	٧	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	1 2	V	ZG
Schibli, Ernst	=	٧	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	=	CEg	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	÷	٧	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*	٧	TG
Stahl, Jürg	=	٧	ZH
Stamm, Luzí	=	٧	AG
Stelert, Jean-François	+	S	FR
Stöckli, Hans	*	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	4	G	BE
Thanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD
Triponez, Pierre	*	RL	BE
Tschümperlin, Andy	*	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	=	٧	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	=	٧	OW
von Siebenthal, Erich	=	٧	BE
Voruz, Eric	*	S	VD
Waber, Christian	*		BE
Walter, Hansjörg	=	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	=	٧	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Widmer, Hans	+	S	LU
Wobmann, Walter	=	V	SO
Wyss, Brigit	+	G	so
Wyss, Ursula	+	Š	BE
Zemp, Markus	+	CEg	AG
Zisyadis, Josef	+	G	VD.
Zuppiger, Bruno	=1	v	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	ν	-	Tot.
+	Ja / oui / si	26	21	26	36	4		113
=	Nein / non / no	4		9 5 74 4 7 7 8 8		44		48
0	Enth. / abst. / ast.						43 T	0
*	- Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	6	1	9	7	14	1	38
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes	1				1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité

Kiener Nellen, Margret +

Proposition de la minorité I (Stamm)

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

**CONSEIL NATIONAL** Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 195, let. f

Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 11:58:18

Abate, Fabio	=	RL	TI	Fehr, Mario	+	S
Aebi, Andreas	=	T V	BE	Fialà, Doris	=	R
Aeschbacher, Ruedi	<b>+</b>	CEg	ZH	Flückiger-Bäni, Sylvia	=	ΙV
Allemann, Evi	=	S	BE	Fluri, Kurt	=	RI
Amacker-Amann, Kathrir	1 =	CEg		Föhn, Peter	*	Īν
Amherd, Viola	=	CEg	VS	Français, Olivier	=	RI
Amstutz, Adrian	=	V	BE	Freysinger, Oskar	=	l v
Aubert, Josiane	+	S	VD	Frösch, Therese	+	G
Baader, Caspar	*	٧	BL	Füglistaller, Lieni	*	١v
Bader, Elvira	=	CEg	so	Gadient, Brigitta M.	=	V
Baettig, Dominique	=	٧	JU	Galladé, Chantal	=	s
Bänziger, Marlies	+	G	ZH	Geissbühler, Andrea Mai	=	V
Barthassat, Luc	=	CEg	GE	Genner, Ruth	+	G
Baumann, J. Alexander	*	٧	TG	Germanier, Jean-René	*	RL
Bäumle, Martin	=	CEg	ZH	Giezendanner, Ulrich	*	
Berberat, Didier	=	S	NE	Gilli, Yvonne	+	G
Bigger, Elmar	=	V	SG	Girod, Bastien	+	
Bignasca, Attilio	=	V	Til	Glanzmann-Hunkeler, Id	=	_
Binder, Max	=	V	ZH	Glauser-Zufferey, Alice	=	V
Bischof, Pirmin	=	CEg	SO	Glur, Walter	*	V
Borer, Roland F.	=	V	SO	Goll, Christine	+	s
Bortoluzzi, Toni	=	٧	ZH	Graber, Jean-Pierre	=	V
Bourgeois, Jacques	=	RL	FR	Graf, Maya	+	G
Brélaz, Daniel	*	G	VD	Graf-Litscher, Edith	=	S
Bruderer, Pascale	=	S		Grin, Jean-Pierre	=	v
Brunner, Toni	=	٧	SG	Gross, Andreas	=	S
Brunschwig Graf, Martin	=	RL	GE	Grunder, Hans	-	٧
Büchler, Jakob	=	CEg	SG	Gysin, Hans Rudolf	*	RL
Bugnon, André	#	٧	VD	Häberli-Koller, Brigitte	=	CE
Carobbio Guscetti, Marin	+	S	TI	Haller, Ursula	=	V
Cassis, Ignazio	*	RL	TI	Hämmerle, Andrea	+	S
Cathomas, Sep	=	CEg	GR	Hany, Urs	=	CEc
Caviezel, Tarzisius	=	RL	GR	Hassler, Hansjörg	=	V
Chevrier, Maurice	=	CEa	vs	Heer, Alfred	*	V
Daguet, André	*	S	BE	Heim, Bea	=	S
Darbellay, Christophe	*	CEg	VS	Hiltpold, Hugues	=	RL
de Buman, Dominique	*	CEg	FR	Hochreutener, Norbert	=	CEg
Donzé, Walter	+	CEg	BE	Hodgers, Antonio	+	G
Dunant, Jean Henri	=	V	BS	Hofmann, Urs	+	S
Egger-Wyss, Esther	=	CEg	AG	Huber, Gabi	4	RL
		RL	AG	Humbel, Ruth	=	CEg
Engelberger, Edi	*	RL	NW	Hurter, Thomas	=	V
Estermann, Yvette	=	v	LU	Hutter, Jasmin	*	٧
Fasel, Hugo	*	G	FR	Hutter, Markus	=	RL
ässler-Osterwalder, Hid	_	S	SG	Ineichen, Otto	2	RL
			VD	Joder, Rudolf	*	V
		RL	NE	John-Calame, Francine	+	G
	-	V	ZH	Jositsch, Daniel	=	S
	=		SH	Kaufmann, Hans	_	<u>S</u>
om, nanovury			- U11   -	maumam, nano	- 1	V

- <u> </u>	1 4		:- <u> </u>
Fehr, Mario	-	S	ZH
Fiala, Doris	=	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	_   =	: V	AG
Fluri, Kurt	_=	RL	so
Föhn, Peter	•	V	SZ
Français, Olivier	=	RL	VD
Freysinger, Oskar	] ≥	V	Vs
Frösch, Therese	<b>]</b> +	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	Iν	AG
Gadient, Brigitta M.	=	V	GR
Galladé, Chantal	T	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	r =	٧	BE
Genner, Ruth	7	G	ZH
Germanier, Jean-René		RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
Gilli, Yvonne	+	G	SG
Girod, Bastien	+	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	=	CEa	
Glauser-Zufferey, Alice	=	V	VD
Glur, Walter	*	V	AG
Goll, Christine	+		ZH
Graber, Jean-Pierre	1 =	20.00	BE
Graf, Maya	+	Ġ	BL
Graf-Litscher, Edith	=	S	TG
Grin, Jean-Pierre	Ξ	ĺν	VD
Gross, Andreas	=	S	ZH
Grunder, Hans	=	V	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	=	CEg	
Haller, Ursula	=	V	BE
Hämmerle, Andrea	+	S	GR
Hany, Urs	=	CEg	
Hassler, Hansjörg	1	V	GR
Heer, Alfred	*	v	ZH
Heim, Bea	_	S	so
Hiltpold, Hugues	=	RL	GE
Hochreutener, Norbert	=	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi		RL	UR
Humbel, Ruth		CEq	AG
Hurtor Thomas	-	V	SH
Hurter, Thomas Hutter, Jasmin	`	V	SG
Huttor Markin	-		
Hutter, Markus	=	RL	ZH
neichen, Otto	-	RL	LU
Joder, Rudolf	+	ν	BE
John-Calame, Francine		G	NE
Jositsch, Daniel	=	S	ZH
Kaufmann, Hans	=	<u>V</u>	ZH

Killer, Hans	*	V	AG
Kleiner, Marianne	*-	RL	AR
Kunz, Josef	=	V_	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer,	+	s	BL
Leutenegger, Filippo	*	RL	ZH
Levrat, Christian	0	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	=	S	BE
Lüscher, Christian	=	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	=	CEg	LU
Malama, Peter	-	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	*	RL	BE
	+	** ***	VD
Marra, Ada		S	
Marti, Werner	+	S	GL
Maurer, Ueli	 _*:	2000	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	11.00	CEg	SG
Messmer, Werner	=	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	=	CEg	FR
Miesch, Christian	. =	V	BL
Moret, Isabelle	. =	RL	VD
Mörgeli, Christoph	=	V .	ZH
Moser, Tiana Angelina	=	CEg	ZH
Müller, Geri	+	_ G	AG
Müller, Philipp Müller, Thomas	=	RL	AG
Müller, Thomas	=	CEg	SG
Müller, Walter	=	RL	SG
Müri, Felix	=	V	LU
Neirynck, Jacques	=	CEg	VD
Nidegger, Yves	=	V	GE
Nordmann, Roger	+	S	VD
Noser, Ruedi	=	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	+	S	BL
Parmelin, Guy	=	_ V _	VD
Pedrina, Fabio	= [	S	ा
Pelli, Fulvio	=	RL	ा
Perrin, Yvan	=	٧	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*.	RL	NE
Pfister, Gerhard	=	CEg	ZG
Pfister, Theophil	= 1	٧	SG
Rechsteiner, Paul	*	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	+	S	BS
Reimann, Lukas	=	νĪ	SG
Rennwald, Jean-Claude	_	s	JU
Reymond, André	<u>_</u>	νİ	GE
Rickli, Natalie	_,	v	ZH
Rielle, Jean-Charles	=	s.	GE
Riklin, Kathy	_	CEg	ZH
rann, rany	7	<u> </u>	

		2 2 To the	3.5
Rime, Jean-François	=	V	FR
Robbiani, Meinrado	=	CEg	
Rossini, Stéphane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	=	V	ZH
Schelbert, Louis	17	G	LU
Schenk, Simon	=	V	BE
Schenker, Silvia	+	S.	BS
Scherer, Marcel	=	V	ZG
Schibli, Ernst	=	. V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	=	CEg	VS
Schneider, Johann N.	-	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	V	SZ
Segmüller, Pius	=	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	0	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*	V	TG
Stahl, Jürg	=	V	ZH
Stamm, Luzi	=	٧	AG
Steiert, Jean-François	+	S	FR
Stöckli, Hans	*	S	BE
Stump, Doris	Ξ	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BE
Thanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, Georges	= 1	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD
Triponez, Pierre	*	RL	BE
Tschümperlin, Andy	*	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	Q
Veillon, Pierre-François	=	٧	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	J.	٧	OW
von Siebenthal, Erich	ï	V	BE
Voruz, Eric	*	S	VD
Waber, Christian	*		BE
Walter, Hansjörg	=	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	=	V	BE
Wasserfallen, Christian	=	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	=	CEg	ZH
Widmer, Hans		S	LU
Wobmann, Walter	=	'V	SO
Wyss, Brigit	0	G	so
Wyss, Ursula	0	S.	BE
Zemp, Markus	=,	CEg	AG
Zisyadis, Josef	=	G	VD
Zuppiger, Bruno	=	V	ZH
"我是我,我们的现在分词,我们也是不是我们。"		74. T. 194.	2 5 5 7

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	V	-	Tot.
+	Ja/oui/si	2	18		19			39
· =	Nein / non / no	27	1	26	16	50	**************************************	120
0	Enth. / abst. / ast.	1	1.		3		1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	6	2	9	5	12	1	35
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes				8- 5-14	1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la minorité III (Moret)

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 195

## Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 11:59:11

Abate, Fabio	Ŀ	٢	RL		TI	
Aebi, Andreas	L	٠	V		BE	
Aeschbacher, Ruedi	J	_	CE	1	ZH	
Allemann, Evi	-	- ]	S		BE	
Amacker-Amann, Kathri	nН	F	CE	Ţ	BL	7
Amherd, Viola	1	П	CE	1	VS	-
Amstutz, Adrian	1	7	V	13	BE	7
Aubert, Josiane	Ī	-	S		VD	i.
Baader, Caspar	*		V		BL	
Bader, Elvira	+		CEc		SO	
Baettig, Dominique	T-	T	٧		JU	-
Bänziger, Marlies	1	1	G		ZH	•
Barthassat, Luc	+		CEg		GE	:
Baumann, J. Alexander		1	. v	٦	TG	Ī
Bäumle, Martin	+	1	CEg		ZH	
Berberat, Didier	1 =	T	s	1	NE	-
Bigger, Elmar	+	1	v	1	SG	•
Bignasca, Attilio	+	1	v	1	TI	Š
Binder, Max	+		v	1	ZH	-
Bischof, Pirmin	+	-1	CEg	-	so	
Borer, Roland F.	+	†	V	1	so	
Bortoluzzi, Toni	+	1	V	1	ZH	+
Bourgeois, Jacques	1	+	RL		FR	-
Brélaz, Daniel	*	1	G	1	VD	1
Bruderer, Pascale	=	1	s	1	AG	1
Brunner, Toni	+	1	v	1	SG	1
Brunschwig Graf, Martin	+	1	RL	1	GE	١
Büchler, Jakob	+	+	CEg	t	SG	İ
Bugnon, André	#	1	V	1	VD	١
Carobbio Guscetti, Marin	=	t	S	t	TI	į
Cassis, Ignazio	*		RL	1	TI	1
Cathomas, Sep	+	t	CEg	-	GR	١
Caviezel, Tarzisius	+		RL	٠,	GR	i
Chevrier, Maurice	+	_	CEg		VS	i
Daguet, André	*		S		BE	ĺ
Darbellay, Christophe	*	-	CEg		VS:	Ì
de Buman, Dominique	*	1	CEq	1	FR	l
Donzé, Walter	+	_	CEa	1	BE	ŀ
Dunant, Jean Henri	+		V	_	BS	ĺ
Egger-Wyss, Esther	+	1	CEq	+	AG	ľ
Eichenberger-Walther, C	+	7	RL		AG	1
Engelberger, Edi	*	_	RL		w	
Estermann, Yvette	+		v ,		ĹÜ	Į.
Fasel, Hugo			G	_	FR	i
Fässler-Osterwalder, Hid	_		S		sG	١,
Favre, Charles	+	۲	RL		VD	
Favre, Laurent	+		RL	_	VE	
Fehr, Hans	*		V .		ZH	è
Fehr, Hans-Jürg	_	3	S		SH	
Fehr, Jacqueline	<u>-</u>	-	S		2H _	
ciii, oacqueiiiie	2.4	- 1	<u> </u>		-11_	

		OO. 1	
Fehr, Mario	=	S	ZH
Fiala, Doris	1	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	+	T V	AG
Fluri, Kurt	+	RL	SO
Föhn, Peter	1	I.V.	SZ
Français, Olivier	+	RL	VD
Freysinger, Oskar	+	7 7 7 7 7 7	VS
Frösch, Therese	=	G	BE
Füglistaller, Lieni		V	AG
Gadient, Brigitta M.	1+	ĺν	GR
Galladé, Chantal	1	s	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	1	Īv	BE
Genner, Ruth	ΤΞ	G	ZH
Germanier, Jean-René	+	RL	VS
Giezendanner, Ulrich		T V	AG
Gilli, Yvonne	1=	G	SG
Girod, Bastien	١Ę	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEq	1 1 11 11 11 11 11
Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
Glur, Walter	*	į ν	AG
Goll, Christine	0	s	ZH
Graber, Jean-Pierre	1	ĺν	BE
Graf, Maya	1 =	G	BL
Graf-Litscher, Edith	1	s	TG
Grin, Jean-Pierre	+	V	VD
Gross, Andreas		S	ZH
Grunder, Hans	4	V	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEq	TG
Haller, Ursula	Ŧ	V	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Control Street and Street Street Street	+		ZH
	+	CEg	
Hassler, Hansjörg	*	V	GR ZH
Heer, Alfred	_	S	SO
Heim, Bea	7	RL	GE
Hiltpold, Hugues Hochreutener, Norbert	+		77.5
	=	CEg	BE
Hodgers, Antonio	=	<u> </u>	GE'
Hofmann, Urs		S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	V	SH
Hutter, Jasmin		V	SG
Hutter, Markus	+	RL	ZH
neichen, Otto	+	RL	TO
loder, Rudolf	*	<u> </u>	BE
lohn-Calame, Francine	=	G	ŇE
lositsch, Daniel	= ا	S	ZH
Kaufmann, Hans	+	V.	ZH

Parker of the second	1			
Killer, Hans	*	V	AG	]
Kleiner, Marianne	*	RL	AR	]
Kunz, Josef	+	V	LU	1
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS	1
Lang, Josef	=	G	ZG	1
Leuenberger, Ueli	-	G	GE	l
Leutenegger Oberholzer		s	BL	1
Leutenegger, Filippo	*	RL	ZH	1
Levrat, Christian	=	S	FR	1
Loepfe, Arthur	*	CEg	Al	1
Lumengo, Ricardo	=	S	BE	ĺ
Lüscher, Christian	+	RL	GE	1
Lustenberger, Ruedi	+	CEa	LU	ł
Malama, Peter	+	RL	BS	l
Markwalder Bär, Christa	*	RL	BE	ŀ
Compared to the compared to th	0	S	VD	ľ
Marra, Ada	100.00	S	GL	ì
Marti, Wemer Maurer, Ueli	=	V	ZH	1
	*	-	100	ŀ
Meier-Schatz, Lucrezia	1	CEg	SG	1
Messmer, Wemer	+	RL	TG	1
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR_	1
Miesch, Christian	+	<u>v</u>	BL	l.
Moret, Isabelle	+	RL	VD.	l
Mörgeli, Christoph	+	V.	ZH	ļ
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH	ľ
Müller, Geri	=	G.	AG_	
Müller, Philipp	+	RL	AG	Į.
Müller, Thomas	+	CEg	SG	
Müller, Walter	+	RL	SG	
Müri, Felix	+	_ V	LU	l
Neirynck, Jacques	+	CEg	VD	
Nidegger, Yves	+	V	GE_	ľ
Nordmann, Roger	=	S	VD	
Noser, Ruedi	+	RL	ZH	
Nussbaumer, Eric	=	S	BL	1
Parmelin, Guy	+	V	VD	
Pedrina, Fabio		S	TI	Ä
Pelli, Fulvio	+	RL	TI.	V
Perrin, Yvan	.+.	V	NE	
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE_	
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG	
Pfister, Theophil	+	V	SG	
Rechsteiner, Paul	*	S	SG	i. In
Rechsteiner, Rudolf	=	S	BS	7
Reimann, Lukas	+	V	SG	
Rennwald, Jean-Claude	=	S	JU	ď,
Reymond, André	+	v	GE	1
Rickli, Natalie	+	v	ZH	Ş
Rielle, Jean-Charles		s	GE	
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH	å
· maili, itauri	العدد الحدد	<u>~-9</u> ]		ż
TAGRESS 65: TOST 1 - TOT	355	of the 🏋	0.00	

		<u> </u>	V. <u>1966</u>
Rime, Jean-François	+	V	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	[7 <u>=</u> 2	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	=	Ś	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	+	٧	ZH
Schelbert, Louis	=	G	LU
Schenk, Simon	+	٧	BE
Schenker, Silvia	=	S	BS
Scherer, Marcel	+	٧	ZG
Schibli, Ernst	+	٧	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEq	ZH
Schmidt, Roberto	+	CEq	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	ĹŲ
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	4	S	GE
Spuhler, Peter	*	٧	TG
Stahl, Jürg	+	V_	ZH
Stamm, Luzi	+	٧	AG
Steiert, Jean-François	=	S	FR
Stöckli, Hans	*	S	BE
Stump, Doris	=	S	AG
Teuscher, Franziska	=	G	BE
hanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	Ξ	G	VD
riponez, Pierre	*	RL	BE
schümperlin, Andy	*	S	SZ
an Singer, Christian	= ]	G	VD
/eillon, Pierre-François	+	٧	VD
/ischer, Daniel	=	G	ZH
on Graffenried, Alec	=	G	BE
on Rotz, Christoph	+	٧	OW
on Siebenthal, Erich	+	٧.	BE
/oruz, Eric	*	S	VD
Vaber, Christian	*		BE
Valter, Hansjörg	+	٧	TG
Vandfluh, Hansruedi	+	V	BE
Vasserfallen, Christian	+	RL	BE
Vehrli, Reto	*	CEg	SZ
Veibel, Thomas	+	CEg	ZH
Vidmer, Hans	=	S	LU
Vobmann, Walter	+	V	SO
Vyss, Brigit	=	G	so
Vyss, Ursula	=	S	BE
emp, Markus	+	CEg	AG
isyadis, Josef	=	G	VD
uppiger, Bruno	+]	٧	ZH
a karaga karan karan basa da K	1.10	997 KD	1.7.7

	Fraktion / Groupe / Grup	po CEg	G	RL	S	٧	-	Tot.
+	Ja / oui / si	30		26	2	50		108
=	Nein / non / no		21		33			54
0	Enth. / abst. / ast.		74.		2			2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	6	1	9	6	12	1	35
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes		- 1			1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Proposition de la majorité

Kiener Nellen, Margret =

Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la minorité V (Vischer)

Identif.: 48.4 / 12.06.2008 11:59:11

#### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

#### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 195, al. 2

## Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 12:00:01

		200	. 1			<u>. 111</u>	
	Abate, Fabio	] :	7	RL	-	TI	á
-	Aebi, Andreas	T	= ,	V	·	BE	
	Aeschbacher, Ruedi	,	ŀ	CEc	1	ZH	Ī
٠,	Allemann, Evi	Ŀ	ŀ.	S		BE	
	Amacker-Amann, Kathr	in =	=	CEg	i.	BL	
	Amherd, Viola		=	CE		VS	7
١,	Amstutz, Adrian	=	=	٧		BE	_
	Aubert, Josiane	1	١,	S	2.	VD	7
:	Baader, Caspar	1		V		BL	
	Bader, Elvira	1		CEg		SO	П
1	Baettig, Dominique	]=		٧		JU	٦
1	Bänziger, Marlies	+		G		ZH	_
Ì	Barthassat, Luc	=		CEg		GE	٦
1	Baumann, J. Alexander	7=		V		TG	
Ì	Bäumle, Martin	T=		CEg		ZH	٦
ĺ	Berberat, Didier	+		S		NE	
ı	Bigger, Elmar	=		٧	1	SG	_
1	Bignasca, Attilio	=	1	٧	1	TI	1
Ì	Binder, Max	=	1	٧	1	ZH	٦
	Bischof, Pirmin	=	1	CEg	1	so	٦
	Borer, Roland F.	=	1	V	1	SO	
	Bortoluzzi, Toni	=	7	V	Ţ	ZH	7
	Bourgeois, Jacques	=	1	RL	1	FR	7
	Brélaz, Daniel	*	Ī	G	T	VD	٦
	Bruderer, Pascale	+	1	S	T	AG	1
	Brunner, Toni	\ <u>=</u>	T	٧	T	SG	1
	Brunschwig Graf, Martin	=	1	RL	T	GE	1
	Büchler, Jakob	=	1	CEg	T	SG	1
	Bugnon, André	#	Τ	٧	T	VD	7
	Carobbio Guscetti, Marin		T	S	T	TI	1
Ī	Cassis, Ignazio	*	1	RL	T	Ti	1
	Cathomas, Sep	=	T	CEg	-	GR	7
ſ	Caviezel, Tarzisius	=		RL	Ī	GR	1
ſ	Chevrier, Maurice	=	F	CEg	T	VS.	1
	Daguet, André	*	I	S	Γ	BE	1
	Darbellay, Christophe	*	Γ	CEg	Ι.	VS	]
C	le Buman, Dominique	*		CEg	Γ	FR.	].,
	Donzé, Walter	+	Γ	CEg.		BE	1
ſſ	Dunant, Jean Henri	=	Γ	٧		BS	1
E	gger-Wyss, Esther	=	Γ	CEg		ÀG	]
E	ichenberger-Walther, C	=		RL		AG	1
	ngelberger, Edi	*	1.00	RL		NW.	
	stermann, Yvette	=	Γ	٧.		LU	]
	asel, Hugo	+	Γ	G		FR	
F	ässler-Osterwalder, Hid	+		S		SG	
	avre, Charles	¥.		RL		VD.	
	avre, Laurent	=	7	RL	-	NE	
F	ehr, Hans	*		٧	-	ZH	
F	ehr, Hans-Jürg	+		S	-	SH	1
	ehr, Jacqueline	+	1	S	_	ZH	

Fehr, Mario	+	S	ZH
Fiala, Doris	Τ=	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	Ī	٧	AG
Fluri, Kurt	T=	RL	SO
Föhn, Peter	*	V	SZ
Français, Olivier	=	RL	VD
Freysinger, Oskar	=	V	VS
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	V.	AG
Gadient, Brigitta M.	=	V	GR
Galladé, Chantal	+	s	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	_	T v	BE
Genner, Ruth	+	G	ZH
Germanier, Jean-René	1 =	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
Gilli, Yvonne	+	Ğ	SG
Girod, Bastien	+	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+-	CEg	LU
Glauser-Zufferey, Alice	1=	V	VD
Glur, Walter	-	V	1 1
	1	S	AG
Goll, Christine	+		ZH
Graber, Jean-Pierre	-	<u>  V.</u>	BE
Graf, Maya	+,	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
Grin, Jean-Pierre	١Ē	V	VD
Gross, Andreas	+	S	ZH
Grunder, Hans	Ε.	V	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	=	CEg	TG
Haller, Ursula	*	V	BE
Hämmerle, Andrea	-	S	GR
Hany, Urs	=	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	7	V	GR
Heer, Alfred	*	<u> </u>	ZH
Helm, Bea	+	S	SO
Hiltpold, Hugues	=	RL	GE
Hochreutener, Norbert	=	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi	=	RL	UR
Humbel, Ruth	=	CEg	AG
Hurter, Thomas	=	V	SH
Hutter, Jasmin	*	V	SG
Hutter, Markus	= [	RL	ZH
neichen, Otto	=	RL	LU
Jöder, Rudolf	=	٧	BE
John-Calame, Francine	+	G	NE
Jositsch, Daniel	+	S	ZH
Kaufmann, Hans	=	٧	ZH

Killer, Hans	*	V	AG
Kleiner, Marianne	*	RL	AR
Kunz, Josef	=	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leutenegger, Filippo		RL	ZH
Levrat, Christian	+	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	+	S	BE
Lüscher, Christian	0	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	=	CEg	LU
Malama, Peter	=	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	*	RL	BE
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Wemer	+	S	GL
Maurer, Ueli	=	V	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
Messmer, Werner	=	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	=	CEa	FR
Miesch, Christian	=	V	BL
Moret, Isabelle	=	RL	VD
Mörgeli, Christoph	=	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	=	CEq	ZH
Müller, Geri	+	G	ĀG
Müller, Philipp	=	RL	AG
	=	CEg	SG
Müller, Thomas Müller, Walter	=	RL	SG
Müri, Felix	=	V	LU
Neirynck, Jacques	=	CEg	VD.
Nidegger, Yves		V	GE
Nordmann, Roger	+	S	VD
Noser, Ruedi	=	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	+	S	BL
Parmelin, Guy	-	V.	VD
Pedrina, Fabio	+	S	TI
Pelli, Fulvio	_	RL	TI
Perrin, Yvan		V	NE.
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
		CEg	ZG
Pfister, Gerhard Pfister, Theophil	글	V	SG
Rechsteiner, Paul	*	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	7	S	BS
		V	
Reimann, Lukas Rennwald, Jean-Claude	+	S	SG
	크		JU
Reymond, André	=	V	GE
Rickli, Natalie	-		ZH
Rielle, Jean-Charles	+	S	GE
Riklin, Kathy	=1	CEg	ZH

Rime, Jean-François	=	V.	FR
Robbiani, Meinrado	=	CEg	Ti
Rossini, Stéphane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	=	V	ZH
Schelbert, Louis	+	G	LU
Schenk, Simon	=	V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	=	V	ZG
Schibli, Ernst	=	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	=	CEg	VS
Schneider, Johann N.	F	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	V	SZ
Segmüller, Pius	=	CEg	LÜ
Simoneschi-Cortesi, Chi	0	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter		V	TG
Stahl, Jürg	=	V	ZH
Stamm, Luzi	=	V	AG
Steiert, Jean-François	+	s	FR
Stöckli, Hans	+	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BE
Thanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, Georges	=	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	Ğ	VD
Triponez, Pierre	*	RL	BE
Tschümperlin, Andy	*	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	=	VΥ	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	Ğ	BE
von Rotz, Christoph	=	V	OW
von Siebenthal, Erich	;¥.	٧	BE
Voruz, Eric	*	S	VD
Waber, Christian	*	•	BE
Walter, Hansjörg	= .	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	=	٧	BE
Wasserfallen, Christian	=	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	=	CEg	ZH
Widmer, Hans	+	S S	LU
Wobmann, Walter	=	٧	so
Wyss, Brigit	+	G	so
Wyss, Ursula	+	S	BE
Zemp, Markus	=	CEq	AG
Zisyadis, Josef	+	G	VD
Zuppiger, Bruno	=	V	ZH
	ا	34.11.17.	

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	S	V	72	Tot.
+	Ja / oui / si	2	21		38			61
1	Nein / non / no	27		25		52		104
0	Enth. / abst. / ast.	1		1				2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	6	1	9	5	10	∮ <b>1</b> .	32
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la majorité

Kiener Nellen, Margret

Proposition de la minorité IV (Huber)

## Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 196

Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 12:08:21

	Abate, Fabio	Ţ,	+	RL	3	Ti
	Aebi, Andreas		ŧ.	V	3	BE
	Aeschbacher, Ruedi		+	CEg		ZH
	Allemann, Evi		=	S	3	BE
	Amacker-Amann, Kathr	in	۲	CEg		BL
	Amherd, Viola		17	CEg		vs
	Amstutz, Adrian		F.	٧		BE
Ì	Aubert, Josiane			S		VD
ĺ	Baader, Caspar		۱	٧	7	BL
1	Bader, Elvira	1		CEg	1	SO
1	Baettig, Dominique	1		٧		JU
1	Bänziger, Marlies			G	1	ZH
	Barthassat, Luc	1		CEg	1	GE
ı	Baumann, J. Alexander	1		٧		TG
1	Bäumle, Martin	4		CEg	1	ZH
ĺ	Berberat, Didier	-		S	1	NE
Ī	Bigger, Elmar	1		٧	1	SG
I	Bignasca, Attilio	1	1	V	1	TI.
	Binder, Max	+		٧	T	ZH
	Bischof, Pirmin	+		CEg	T	SO
	Borer, Roland F.	+	٦	V	1	so
	Bortoluzzi, Toni	*	1	V	Ť	ZH
	Bourgeois, Jacques	1	7	RL	1	FR
г	Brélaz, Daniel	*	1	G	T	VD
	Bruderer, Pascale	=	1	S	1	AG
	Brunner, Toni	1+	1	٧	T	SG
ľ	Brunschwig Graf, Martin	+	1	RL	T	GE
Ī	Büchler, Jakob	+	T	CEg	T	SG
Ī	Bugnon, André	#	T	٧	-	VD:
	Carobbio Guscetti, Marin	=	1	S	Γ	ΤI
Ī	Cassis, Ignazio	*		RL		TI
	Cathomas, Sep	*	T	CEg	T	GR
	Caviezel, Tarzisius	+	T	RL		GR
	Chevrier, Maurice	*	T	CEg	١	vs
I	Daguet, André	*	T	S		BE
1	Darbellay, Christophe	*	T	CEg		vs
Ċ	le Buman, Dominique	*	T	CEg		FR
t	Oonzé, Walter	+		CEg		BE
1	Dunant, Jean Henri	+	T	٧	Γ	BS
	gger-Wyss, Esther	+	ŀ	CEg.		AG
E	ichenberger-Walther, C	+		RL		AG
	ngelberger, Edi	*	Γ	RL	1	W
E	stermann, Yvette	+	Γ	٧		LU
	asel, Hugo	*		G		FR
	ässler-Osterwalder, Hid	=		S		SG
	avre, Charles	+		RL.	_	VD
	avre, Laurent	+	L	RL	-1	NE.
F	ehr, Hans	*		٧		ZH
F	ehr, Hans-Jürg	•		S	3	SH
	ehr, Jacqueline	=		S		ZH
	and the figure of the end of the first of the contract of the				-	ಾಕ.

and the first term of the first term of the			
Fehr, Mario	]=	S	ZH
Fiala, Doris	+		ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia			AG
Fluri, Kurt	+	RL	SO
Föhn, Peter	*	V	SZ
Français, Olivier	*	RL	VD
Freysinger, Oskar	+	~	VS
Frösch, Therese	12	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	V	AG
Gadient, Brigitta M.	*	V	GR
Galladé, Chantal	*	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	r +	٧	BE
Genner, Ruth	=	G	ZH
Germanier, Jean-René	*	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
Gilli, Yvonne	=	G	SG
Girod, Bastien	=	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEg	LU
Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
Glur, Walter	*	V	AG
Goll, Christine	=	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	+	V	BE
Graf, Maya	*	G	BL
Graf-Litscher, Edith	=	S	TG
Grin, Jean-Pierre	+		VD
Gross, Andreas	=	S	ZH
Grunder, Hans	+	V	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	٧	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+	V	GR
Heer, Alfred	*	٧	ZH
Heim, Bea	=	S	so
Hiltpold, Hugues	+.	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	4	G	GE
Hofmann, Urs	=	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	٧	SH
Hutter, Jasmin	*	٧	SG
Hutter, Markus	+	RL	ZH
Ineichen, Otto	+	RL	LU
Joder, Rudolf	*	V	BE
John-Calame, Francine		G	NE
Jositsch, Daniel	-	S	ZH
Kaufmann Hans	4	V	7H

<u> Para la jaji salikasi kacajiya da </u>			200
Killer, Hans	*	V	AG
Kleiner, Marianne	*	RL	AR
Kunz, Josef	T #	V	LÜ
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
Lang, Josef	/ <u>=</u>	G	ZG
Leuenberger, Ueli	=	G	GE
Leutenegger Oberholzer	=	s	BL
Leutenegger, Filippo	*	RL	ZH
Levrat, Christian	╘	S	FR
Loepfe, Arthur	+	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	-	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	*	CEg	LU
	+	RL	BS
Malama, Peter	*	1 27 - 27 - 27	
Markwalder Bär, Christa	9 7.3	RL	BE
Marra, Ada	1.E	S	VD
Marti, Werner	=	S_	GL
Maurer, Ueli	*	<u> </u>	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
Messmer, Werner	+	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
Miesch, Christian	+	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	+	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	=	G_	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	+	V	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	V	GE
Nordmann, Roger	*	S	VD
Noser, Ruedi	+	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	*	S	BL
Parmelin, Guy	*	<u>v</u>	VD
Pedrina, Fabio	=	S	TI
Pelli, Fulvio	+	RL	Τi
Perrin, Yvan	+	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
	+	CEa	ZG
Pfister, Gerhard	+		
Pfister, Theophil	*	<u>V</u>	SG
Rechsteiner, Paul	*	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	1	_ <u>S</u> _	BS
Reimann, Lukas	+	<u> </u>	SG
Rennwald, Jean-Claude	=	S	JU
Reymond, André	*	<u>V</u> _	GE
Rickli, Natalie	+	<u> </u>	ZH
Rielle, Jean-Charles	=	S	GE
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
ggrege institutore ser ingles sin	44.55		

Rime, Jean-François	*	V	FR
Robbiani, Meinrado	*	CEg	TI
Rossini, Stéphane	=	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	=	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	+	V	ZH
Schelbert, Louis	=	G	LU
Schenk, Simon	+	٧	BE
Schenker, Silvia	=	s	BS
Scherer, Marcel	+	V	ZG
Schibli, Ernst	*	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	*	CEg	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	-	S	GE
Spuhler, Peter	*	v	TG
Stahl, Jürg		V	ZH
	+	V.	AG
Stamm, Luzi	-	S	FR
Steiert, Jean-François Stöckli, Hans	=	S	BE
	-	S	AG
Stump, Doris	=	G	BE
Teuscher, Franziska	_	S	ZH
Thanel, Anita	*	RL	LU
Theiler, Georges Thorens Goumaz, Adèle	-	G	VD
	*	RL	BE
Triponez, Pierre	=	S	SZ
Tschümperlin, Andy	25.7	44.0	VD.
van Singer, Christian	0	G V	VD
Veillon, Pierre-François	1. 1	G	ZH
Vischer, Daniel	=	G	BE
von Graffenried, Alec	+	V	OW
von Rotz, Christoph	+	v	BE
von Siebenthal, Erich	*	S	VD.
Voruz, Eric Waber, Christian	*		BE
Walter Langian	*	v	TG
Walter, Hansjörg	-	V	
Wandfluh, Hansruedi	+		BE BE
Wasserfallen, Christian	77.5	RL	
Wehrli, Reto	+	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Widmer, Hans	7	S	LU
Wobmann, Walter	-	<u>V</u>	SO
Wyss, Brigit	=	G	SO
Wyss, Ursula	=	<u>s</u>	BE
Zemp, Markus	+	CEg	AG
Zisyadis, Josef		G	VD
Zuppiger, Bruno		<u> </u>	ZH
A CONTRACTOR OF THE PROPERTY AND ADMINISTRATION OF THE PROPERTY ADMINISTRATION OF THE PROPERTY AND ADMINISTRATION OF THE PROPERTY AND ADMINISTRATION OF THE PROPERTY AND ADMINISTRATION OF THE	4 50 10	- 0.00	

Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	ν		Tot.
+ Ja/oul/si	26	San Program	23		39	38 M C.	88
= Nein / non / no		17	Y.	34			51
o Enth. / abst. / ast.		2					2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	10	3	12	9	23	. 1	58
# Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité
Proposition de la minorité Thanei

Kiener Nellen, Margret

#### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

**CONSEIL NATIONAL** Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 197, al. 1

#### Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 12:21:04

A	bate, Fabio	1+	RL	TI	]	Fehr, Mario	] =	Ī
Α	ebi, Andreas	+	V	BE	] •	Fiala, Doris	+	7
A	eschbacher, Ruedi	=	CEg	ZH	] -	Flückiger-Bäni, Sylvia	+	7
A	lemann, Evi	=	S	BE	]	Fluri, Kurt	+	
A	macker-Amann, Kathrir	1 +	CEg	BL	] :	Föhn, Peter	+	
	mherd, Viola	+	CEg	VS	] [	Français, Olivier	+	7
	nstutz, Adrian	+	V		]	Freysinger, Oskar	+	-
Αι	ubert, Josiane	=	S	VD	]	Frösch, Therese	+	
	ader, Caspar		٧	BL	]	Füglistaller, Lieni	*	
Ba	ider, Elvira	=	CEg	SO	]	Gadient, Brigitta M.	+	
Ba	ettig, Dominique	+	V	ΓJU	]	Galladé, Chantal	=	
Bä	inziger, Marlies	=	G	ZH	] :	Geissbühler, Andrea Mar	+	
	rthassat, Luc	*	CEg	GE	] .	Genner, Ruth	=	1
Ba	umann, J. Alexander	+	٧.	TG	]	Germanier, Jean-René	+	Į
Bä	iumle, Martin	+	CEg	ZH	]	Giezendanner, Ulrich	*	1
Be	rberat, Didier		S	NE	]	Gilli, Yvonne	=	1
Big	ger, Elmar	+	V	SG	]	Girod, Bastien	=	Ī
Big	nasca, Attilio	*	V	TI	]	Glanzmann-Hunkeler, Id	+	1
Bir	ider, Max	+	V	ZH	]	Glauser-Zufferey, Alice	+	Ţ
Bis	schof, Pirmin	+	CEg	SO	]	Glur, Walter	*	1
Во	rer, Roland F.	+	V	SO		Goll, Christine	11	1
Во	rtoluzzi, Toni	*	V	ZH		Graber, Jean-Pierre	+	Ī
Во	urgeois, Jacques	+	RL	FR	]	Graf, Maya	*	Ī
	elaz, Daniel	*	G	VD	]	Graf-Litscher, Edith	=	Ţ
Bru	ıderer, Pascale	п	S	AG		Grin, Jean-Pierre	+	Ţ
	ınner, Toni	+	٧	SG	]	Gross, Andreas	=	Ι
Bn	inschwig Graf, Martin	+	RL	GE	]	Grunder, Hans	+	Ī
Bü	chler, Jakob	+	CEg	SG	H	Gysin, Hans Rudolf	*.	Ī
	gnon, André	#	V	VD		Häberli-Koller, Brigitte	+	Ī
Ca	robbio Guscetti, Marin	1	S	TI.	] [	Haller, Ursula	+	I
Ca	ssis, Ignazio	*	RL	Ti		Hämmerle, Andrea	*	I
Cal	homas, Sep	*	CEg	GR		Hany, Urs	+	Γ
Ca	viezel, Tarzisius	+	RL	GR	ं	Hassler, Hansjörg	+	
Che	evrier, Maurice	*	CEg	VS	200	Heer, Alfred	*	I
Dag	guet, André	*	S	BE		Heim, Bea	<u>.</u>	I
Dar	bellay, Christophe	*	CEg	VS		Hiltpold, Hugues	+	
de	Buman, Dominique	*	CEg	FR	[	Hochreutener, Norbert	+	
Dor	rzé, Walter	=	CEg	BE		Hodgers, Antonio	*	
Dur	nant, Jean Henri	+	٧	BS		Hofmann, Urs	=	
Egg	er-Wyss, Esther	+	CEg	AG		Huber, Gabi	+	
Eicl	nenberger-Walther, C	+	RL.	AG	ે[	Humbel, Ruth	+	ľ
Eng	elberger, Edi	*	RL	NW	- [	Hurter, Thomas	+	Ĭ,
Este	ermann, Yvette	+	٧	LU		Hutter, Jasmin	*	Γ
Fas	el, Hugo	*	G	FR	ं	Hutter, Markus	+	
Fäs	sler-Osterwalder, Hid	=	S	SG	F	Ineichen, Otto	+	1
Fav	re, Charles	+	RL	VD			+	
	re, Laurent	+		NE			=	10.0
Feh	r, Hans	*	٧	ZH		Jositsch, Daniel	=	Ī
	r, Hans-Jürg	*	S	SH			+	ř
		=	S	ZH		Kiener Nellen, Margret	=	
100	THE RESIDENCE OF THE PARTY OF T		Asset Salar	S - 25 F		र पुराक्ष स्थित करी होता प्रशास करेंगी स्टाउट		-

u. 12.00.2000			
Fehr, Mario	ء ا	S	ZH
Fiala, Doris	+	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	+	<u> </u>	AG
Fluri, Kurt	+	RL	SO
Föhn, Peter	+	V	SZ
Français, Olivier	+	RL	VD
Freysinger, Oskar	+	V	Vs
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	<u> </u>	AG
Gadient, Brigitta M.	+	\ V	GR
Galladé, Chantal	=	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	r +	V.	BE
Genner, Ruth	=	G	ZH
Germanier, Jean-René	+	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	Ι ν	AG
Gilli, Yvonne	=	G	SG
Girod, Bastien	=	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEg	LU.
Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
Glur, Walter	*	V	AG
Goll, Christine	=	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	+	V	BE
Graf, Maya	*	G	BL
Graf-Litscher, Edith	=	S	TG
Grin, Jean-Pierre	+	V	VD
Gross, Andreas	=	S	ZH
Grunder, Hans	+	V .	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	V	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+	١.٧	GR
Heer, Alfred	*	V	ZH
Heim, Bea	.≡	S	SO
Hiltpold, Hugues	+	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	*	G	GE
Hofmann, Urs	=	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	<u> </u>	SH
Hutter, Jasmin	*	÷ν.	SG
Hutter, Markus	+	RL	ZH
Ineichen, Otto	+	RL	LU
Joder, Rudolf	+	٧	BE
John-Calame, Francine	=	G	NE
Jositsch, Daniel	=	S	ZH
Kaufmann, Hans	+	٧	ZH
And the second s	7		222

		1000	
Killer, Hans	*	V	AG
Kleiner, Marianne		RL	AR
Kunz, Josef	+	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
Lang, Josef	=	G	ZG
Leuenberger, Ueli	=	G	GE
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Leutenegger, Filippo	*	RL	ZH
Levrat, Christian	=	S	FR
Loepfe, Arthur	+	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	=	s	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	*	CEg	LÜ
Malama, Peter	*	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
Marra, Ada	=	S	VD
Marti, Werner	=	S	GL
Maurer, Ueli	*	V.	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia		CEg	SG
Messmer, Werner	*	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEq	FR
Miesch, Christian	+	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	+	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	=	G	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEa	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	*	v	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	V	GE
Nordmann, Roger	*	S	VD
Noser, Ruedi	+	RL.	ZH
Nussbaumer, Eric	*	S	BL
Parmelin, Guy	+	v	VD
Pedrina, Fabio	=	S	ΤĪ
Pelli, Fulvio	+	RL '	ΤĪ
Perrin, Yvan	+	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEq	ZG
Pfister, Theophil	+	V	SG
Rechsteiner, Paul	*	Š	SG
Rechsteiner, Rudolf	*	s	BS
Reimann, Lukas	+	v	SG
Rennwald, Jean-Claude	= 1	S	JU
Reymond, André	+	v	GE
Rickli, Natalie	4	v	ZH
Rielle, Jean-Charles	_	s	GE
Riklin, Kathy	+	CEq	ZH
I MARIE I MARIE		~-9_1	

ing that <u>is that their in the in the just in the fir</u>	1000		
Rime, Jean-François	+	٧	FR
Robbiani, Meinrado	=	CEg	TI
Rossini, Stéphane	=	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	=	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	+	٧	ZH
Schelbert, Louis	=	G	LU
Schenk, Simon	+	٧	BE
Schenker, Silvia	=	S	BS
Scherer, Marcel	*	V	ZG
Schibli, Ernst	*	٧	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	*	CEg	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	ां।
Sommaruga, Carlo	=	S	GE
Spuhler, Peter	*	٧	TG
Stahl, Jürg	*	٧	ZH
Stamm, Luzi	+	٧	AG
Steiert, Jean-François	.= 7	S	FR
Stöckli, Hans	=	S	BE
Stump, Doris	=	S	AG
Teuscher, Franziska	=	G	BE
Thanei, Anita	=	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL.	LU
Thorens Goumaz, Adèle	=	G	VD
Triponez, Pierre	÷	RL	BE
Tschümperlin, Andy	=	S	SZ
van Singer, Christian	=,	G	VD
Veillon, Pierre-François	*	٧	VD
Vischer, Daniel	0	G	ZH
von Graffenried, Alec	=	G	BE
von Rotz, Christoph	+	V	OW
von Siebenthal, Erich	+	V	BE
Voruz, Eric	*	S	VD
Waber, Christian	*		BE.
Walter, Hansjörg	+	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	+	V	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Widmer, Hans	=	S	LU
Wobmann, Walter	+	٧	SO
Wyss, Brigit	¥	G	so
Wyss, Ursula	=	S	BE
Zemp, Markus	+	CEq	AG
Zisyadis, Josef	*	G	VD
Zuppiger, Bruno	*	٧	ZH
The state of the s	. 0.00	9 97 5 97	0.0000000

	그리라면 하는 경에 대한 사람들은 그리다는 그렇게 되었다면 하나 되어 있다면 하는데 그렇게 하면 하다면 하는데 하는데 그렇게 하는데 그렇게 되었다. 그 그렇게 하는데 살아 하는데 하는데 하는데 하는데	1.00	4 1 1 1 1 1 2 1 1 2	<u>, 1866 (1866)</u>	40.00	25.7 4 4 7 7	20 10 10 10 10	
	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	ś	V		Tot.
+	Ja/ou//si	21	1.	26		44		92
=	Nein / non / no	4	15		34		775-77 K. 1 - 22-14-1	53
0	Enth: / abst. / ast.		1					1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	11	5	9	9	18	1	53
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes		100			1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la minorité Sommaruga Carlo

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 197, al. 2

Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 12:21:57

Abate, Fabio	1	RL	TI
Aebi, Andreas	=	V	BE
Aeschbacher, Ruedi	+	CEg	ZH
Allemann, Evi	+		BE
Amacker-Amann, Kathri	n +	CEg	
Amherd, Viola	1+	CEg	VS
Amstutz, Adrian	=	V	BE
Aubert, Josiane		S	VD
Baader, Caspar	*	L V	BL
Bader, Elvira	+	CEg	SO
Baettig, Dominique	=	V	JU
Bänziger, Marlies	+	G	ZH
Barthassat, Luc	*		GE
Baumann, J. Alexander	=	٧	TG
Bäumle, Martin	+	CEg	ZH
Berberat, Didier	+	S	NE
Bigger, Elmar	=	V .	SG
Bignasca, Attilio	=	V	TI
Binder, Max	=	V	ZH
Bischof, Pirmin	*	CEg	SO
Borer, Roland F.	=	\ V	SO
Bortoluzzi, Toni	*	V	ZH
Bourgeois, Jacques	+	RL	FR
Brélaz, Daniel	*	G	VD
Bruderer, Pascale	+	S	AG
Brunner, Toni	=	V	SG
Brunschwig Graf, Martin	+	RL	GE
Büchler, Jakob	*	CEg	SG
Bugnon, André	#	٧.	VD
Carobbio Guscetti, Marin	+	S	TI.
Cassis, Ignazio	*	RL	TI
Cathomas, Sep	*	CEg	GR
Caviezel, Tarzisius	+	RL	GR
Chevrier, Maurice	*	CEg	VS
Daguet, André	*	S	BE
Darbellay, Christophe	*	CEg	VS
de Buman, Dominique	*	CEg	FR
Donzé, Walter	+	CEg	BE
Dunant, Jean Henri	=	<u> </u>	BS
Egger-Wyss, Esther	+	CEg	AG
Eichenberger-Walther, C	+	RL	AG
Engelberger, Edi	*	RL	NW
Estermann, Yvette	=	<u> </u>	LÜ
Fasel, Hugo	*	G	FR
Fässler-Osterwalder, Hid	+	S	SG
Favre, Charles	+		VD.
Favre, Laurent	+	RL	NE
Fehr, Hans	*	<u> </u>	ZH
Fehr, Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr, Jacqueline	+	S	ZH_
A STANDARD S	بننت		

E 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	7		
Fehr, Mario	+		ZH
Fiala, Doris	+		ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	₽	<u> </u>	AG
Fluri, Kurt	1+	RL	SO
Föhn, Peter	<u> </u> =	V	SZ
Français, Olivier	+	RL	_ VD
Freysinger, Oskar	*	<u> </u>	vs
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	V	AG
Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
Galladé, Chantal	+	S	ZH
Geissbühler, Andrea Mar	=	V	BE
Genner, Ruth	+	G	ZH
Germanier, Jean-René	1	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
Gilli, Yvonne	+	G	SG
Girod, Bastien	+	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEg	-
Glauser-Zufferey, Alice	=	V	VD
Glur, Walter	-	ΙV	AG
	+	S	42 2.9
Goll, Christine	1	V	ZH
Graber, Jean-Pierre	*		BE
Graf, Maya	-	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+	<u>S</u>	TG
Grin, Jean-Pierre	=	V	VD
Gross, Andreas	+	S_	ZH
Grunder, Hans	+	\ V	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	V	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Hany, Urs	*	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+	٧	GR
Heer, Alfred	*	V	ZH
Heim, Bea	+	S	so
Hiltpold, Hugues	+	RL.	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi	*	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	=	٧	SH
Hutter, Jasmin	*	V	SG
Hutter, Markus	*	RL	ZH
CONTRACTOR CONTRACTOR AND ADMINISTRATION OF THE PARTY OF	+	RL	LU
A STEEL SHOP A STATE OF A STATE O	=	V	BE
	+	G	NE
the security and the security of the security	+	S	
Jositsch, Daniel	-	\ \( \)	ZH
Kaufmann, Hans	=   +	V	ZH
Kiener Nellen, Margret	<u> </u>	<u>    s     </u>	BE

T*	V	AG	٦
*	RL	AR	٦
=	V	LU	1
+	Ġ	2000	7
			٦
+			া
-		1	1
1 *		2.77	٦
+			٦
_	1 1 1 1 1	1000	٦
-		4 4 4 4	1
	10 10 10 10 10		1
			┨
+			1
_			1
			1
-	100000		1
-	4 4 4 4 A 4 A	1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1	1
200			1
			1
_			1
-			$\frac{1}{2}$
1		-	┨
+			1
100			1
1		9 50000	1
		A	┨
-			ł
_	1 2 2 2		}
			1
<u> </u>		1	Į.
			1
=			ŀ
-			ŀ
			ľ
100			ł
-			ľ
_			{
*		70.00	ļ
=			ļ
-	RL		ŀ
+	CEg		
=	V	SG	
*	S	SG	
*	S	BS	l
=	V	SG	ľ
+	S	JU	
=	_ <b>V</b> ]	GE	
=	V	ZH	
+	S	GE	
+	CEq	ZH	É
	推进 · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	* RL = V + G + G + G + S + RL + S + RL + S + RL + CEG + RL + RL + CEG + RL - CEG - RL - RL - CEG - RL - RL - CEG - RL - RL - RL - CEG - RL - RL - RL - RL - RL - RL - RL - CEG - RL - RL - RL - RL - RL - RL - RL - RL	* RL AR AR AR AR AR AR AR AR AR AR AR AR AR

	<u>, i i i i</u>		1 2 1
Rime, Jean-François	=	l v	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	.=	V	ZH
Schelbert, Louis	+	G	LU
Schenk, Simon	=	V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel		V	ZG
Schibli, Emst	*	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	*	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	*	CEg	vs
Schneider, Johann N.	*	RL	BE
Schwander, Pirmin	Ξ	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*	V	TG
Stahl, Jürg	*	V.	ZH
Stamm, Luzi	=	v	AG
Steiert, Jean-François	+	s	FR
Stöckli, Hans	+	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BE
Thanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, Georges	*	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD
Triponez, Pierre	+	RL	BE
Tschümperlin, Andy	+	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	*	V	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
on Graffenried, Alec	+	G	BE
on Rotz, Christoph	Ě	V	OW
on Siebenthal, Erich	=	V	BE
/oruz, Eric	*	S	VD
Waber, Christian	*	1	BE
Walter, Hansjörg	=	V	TG
Vandfluh, Hansruedi	$\equiv$	V	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	+	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Vidmer, Hans	+	S	LU
Vobmann, Walter	=	V	SO
Vyss, Brigit	+	G	SO
Vyss, Ursula	+	S	BE
Zemp, Markus	+	CEg	AG
isyadis, Josef	+	G	VD
Cuppiger, Bruno	*	V	ZH
<u>ा स्टार्टिंग के अनुसर्वे किया है हैं के कि</u>		man ji bir ji baya.	50, 500

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	V	- J	Γot.
+	Ja/ou//si	23	19	23	34	4		103
=	Nein / non / no			3.5		40		40
0	Enth. / abst. / ast.							0
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	13	3	12	9	18	1	56
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes		er Kivi			1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui; Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la commission Proposition Hurter Thomas

#### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

**CONSEIL NATIONAL** Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet
Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 199, al. 4

Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 12:34:51

· 克· · · 克· · · · · · · · · · · · · · ·		100 100 100 100	
Abate, Fabio	] 4	RL	TI
Aebi, Andreas	=	V	BE
Aeschbacher, Ruedi	1	CEo	ZH
Allemann, Evi	+	S	BE
Amacker-Amann, Kathri	n *	CEg	BL
Amherd, Viola	1+		
Amstutz, Adrian	E		BE
Aubert, Josiane	+	S	VD
Baader, Caspar	*	V	BL
Bader, Elvira	+	CEg	SO
Baettig, Dominique	=	\ V	JU
Bänziger, Marlies	+	G	ZH
Barthassat, Luc	+	CEg	GE
Baumann, J. Alexander	=	V	TG
Bäumle, Martin	+	CEg	ZH
Berberat, Didier	Ŧ		NE
Bigger, Elmar	=	V	SG
Bignasca, Attilio	=	V	TI
Binder, Max	=	٧	ZH
Bischof, Pirmin	+	CEg	so
Borer, Roland F.	*	V	so
Bortoluzzi, Toni	*	V	ZH
Bourgeois, Jacques	+	RL	FR.
Brèlaz, Daniel	*	G	VD
Bruderer, Pascale	+	S	AG
Brunner, Toni	=	V	SG
Brunschwig Graf, Martin	+	RL	GE
Büchler, Jakob	+	CEg	SG
Bugnon, André	#	٧	VD
Carobbio Guscetti, Marin	+	S	TI
Cassis, Ignazio	*	RL	TI
Cathomas, Sep	*	CEg	GR
Caviezel, Tarzisius	+	RL	GR
Chevrier, Maurice	*	CEg	VS
Daguet, André	. •	S	BE
Darbellay, Christophe	*	CEg	VS
de Buman, Dominique	*	CEg	FR
Donzé, Walter	+	CEg	BE
Dunant, Jean Henri	=	V	BS
Egger-Wyss, Esther		CEg	AG
Eichenberger-Walther, C	+	RL	AG
Engelberger, Edi_	*	_RL′	NW
Estermann, Yvette	=	V	LU
Fasel, Hugo	*	G	FR
Fässler-Osterwalder, Hid	+	S	SG
Favre, Charles	+	RL	VD
Favre, Laurent	+	RL	NE
Fehr, Hans	*	V	ZH
Fehr, Hans-Jürg	*	S	SH
	+	S	ZH
CALL CONTRACTOR AND TORONOON AND THE RESERVE	3 . 7 5 5	120 20 31 7	

			<u> 1967 - 1</u>
Fehr, Mario	+	S	ZH
Fiala, Doris	+	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	=		AG
Fluri, Kurt	+	RL	SC
Föhn, Peter	4	V	SZ
Français, Olivier	*	RL	VD
Freysinger, Oskar	1=	V	VS
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	Ĭ	AG
Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
Galladé, Chantal	+	s	ZH
Geissbühler, Andrea Mai	-	V	BE
Genner, Ruth	1	Ġ	ZH
Germanier, Jean-René	+	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
Gilli, Yvonne	+	G	SG
Girod, Bastien	+	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	*	CEg	LU
Glauser-Zufferey, Alice	-	V	VD
	*	V	AG
Glür, Walter Goll, Christine	+	S	
	=	V	ZH
Graber, Jean-Pierre	-		BE
Graf, Maya	*	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
Grin, Jean-Pierre	.≢.	<u> </u>	VD
Gross, Andreas	+	S	ZH
Grunder, Hans	+	V	BE
Gysin, Hans Rudolf	+	RL	BL.
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	·V	BE
Hämmerle, Andrea	*	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+	V	GR
Heer, Alfred	*	V .	ZH
Heim, Bea	+	S	SO
Hiltpold, Hugues	+	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi	=	RL	UR
Humbel, Ruth	*	CEg	AG
Hurter, Thomas	=		SH
Hutter, Jasmin	*	٧	SG
Hutter, Markus	+		ZH
Ineichen, Otto	+	RL	LU
Joder, Rudolf	*	V	BE
John-Calame, Francine	+	Ğ	NE
Jositsch, Daniel	+		ZH
Kaufmann, Hans	-	V	ZH
Kauimann, Hans	= 1	V .	Zn.

化氯化铁铁 化二氯甲酰胺 医二甲二甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲甲二甲		1000	the state of the state of
Killer, Hans	*	٧	AG
Kleiner, Marianne	*	RL	AR
Kunz, Josef	=	V.	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer,	+	s	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	+	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	+	s	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
Malama, Peter	+	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	*	RL	BE
Marra, Ada	1.*	S	VD
Marti, Werner	+	S	GL
Maurer, Ueli		V	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
Messmer, Werner	+	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEa	FR
Miesch, Christian	=	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	=	V	ZH
	+	CEg	ZH
Müller, Geri	*	G	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	*	V	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	=	V	GE
Nordmann, Roger	*	s	VD
Noser, Ruedi	4	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	*	S	BL
Parmelin, Guy	*	v	VD
Pedrina, Fabio	+	S	ΤÍ
Pelli, Fulvio	+ [	RL	τi
Perrin, Yvan	= 1	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEq	ZG
	-	V	SG
Rechsteiner, Paul	*	Š	SG
Rechsteiner, Rudolf	+	S	BS
Reimann, Lukas	<u>:</u>	νŤ	SG
	7	s	JU
Reymond, André	≨†	V	GE
Rickli, Natalie	=†	v	ZH
	<del>-</del>	S	GE
	+	-	ZH
( Manify ( Newsy	ب	<u> </u>	411

1 5 <u>21 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1 5 1</u>		12.86	4.4
Rime, Jean-François	*	<u> </u>	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	=	V	ZH
Schelbert, Louis	+	G	LU
Schenk, Simon	=	V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	*	V	ZG
Schibli, Ernst	*	l v	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	*	CEa	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	v	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg ·	LÜ
Simoneschi-Cortesi, Chi	*	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*	v	TG
Stahl, Jürg	*	v	ZH
Stamm, Luzi	_	v	AG
Steiert, Jean-François	+	S	FR
Stöckli, Hans	+	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BE
Thanei, Anita	+	s	ZH
Theiler, Georges	7	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD
Triponez, Pierre	+	RL	BE
Tschümperlin, Andy	+,	S	SZ
van Singer, Christian	4	G	VD
Veillon, Pierre-François	*	v	VD
Vischer, Daniel	+	Ġ	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	-2	v	OW
von Siebenthal, Erich	=	v	BE
Voruz, Eric	*	S	VD.
Waber, Christian	*	700	BE
Walter, Hansjörg	è	/ V	TG
Wandfluh, Hansruedi	_	v	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	+	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Widmer, Hans	+	S	LU
Wobmann, Walter		v	so
Wyss, Brigit	7	G	so
Wyss, Ursula	+	S	BE
Zemp, Markus	*	CEa	AG
Zemp, warkus Zisyadis, Josef	+	G	VD
Zuppiger, Bruno	*	V	ZH
<u>Հարթից</u> ել, <u>DIUNO</u>		V .	<u> 411 )</u>

Fraktion / Group	e / Gruppo	CEg	G	RL	S	V	3 (1) 3 (2)	Tot.
+ Ja/oui/si		22	18	27	35	4		106
■ Nein / non / no				1		37		38
o Enth. / abst. / ast.					70. st 10. st 10. st			0
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato		14	4	7	8	21	1	55
# Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Proposition de la majorité

Kiener Nellen, Margret +

Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la minorité II (Stamm)

#### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 199, al. 4

Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 12:35:44

	Abate, Fabio	å	+	RL	٦	TI
	Aebi, Andreas	٠,	+	V		BE
	Aeschbacher, Ruedi		+	CEg		ZH
	Allemann, Evi		=	S	Ţ	BE
	Amacker-Amann, Kathr	in	*	CEg		BL
	Amherd, Viola	٦	+	CEg		VS
	Amstutz, Adrian	7	+	V		BE
	Aubert, Josiane		*	S	1	VD
è	Baader, Caspar	٦	*	٧		BL
- 1	Bader, Elvira		+	· CEg	T	SO
	Baettig, Dominique	7	+	V	1	JU
	Bänziger, Marlies	1	Ŧ.	G	1	ZH
1	Barthassat, Luc		+	CEg	1	GE
	Baumann, J. Alexander	1	+	V	1	TG
	Bäumle, Martin	1	+	CEg	7	ZH
-	Berberat, Didier	1	=	S	1	NE
1	Bigger, Elmar	1	+	V	1	SG
1	Bignasca, Attilio	1	+	V	T	ΤĪ
l	Binder, Max	1	+	V	t	ZH
Ì	Bischof, Pirmin	1	+	CEg	t	so
Ì	Borer, Roland F.	†	*	V	Ī	so
Ì	Bortoluzzi, Toni	1	*	V	1	ZH
	Bourgeois, Jacques	†	+	RL	T	FR
г	Brélaz, Daniel	1	*	G	1	VD
	Bruderer, Pascale	t	=	S	1	AG
	Brunner, Toni	1	+	V	t	SG
ľ	Brunschwig Graf, Martin	1	+	RL	-	GE
ľ	Büchler, Jakob	Ť	+	CEg	-	SG
	Bugnon, André		#	V	_	VD.
	Carobbio Guscetti, Marin		=	S	1	TI
	Cassis, Ignazio .	T	*	RL		TI
	Cathomas, Sep	T	*	CEg	1	GR
	Caviezel, Tarzisius		+	RL	-	GR
	Chevrier, Maurice	T	*	CEg	-	VS_
	Daguet, André		*	S	_	BE
	Darbellay, Christophe		*	CEq	-	vs
	de Buman, Dominique		*	CEg		FR
I	Donzé, Walter	Γ.	+ 1	CEg		BE
1	Dunant, Jean Henri		ŧ	٧	- :	BS
	gger-Wyss, Esther		*	CEg	~~	AG ]
	ichenberger-Walther, C	_	-	RL		AG ]
	ngelberger, Edi		•	RL		w
	stermann, Yvette		-	V	3.0	LU
	asel, Hugo		•	G	_	FR
	ässler-Osterwalder, Hid		-	S	7	SG
	avre, Charles	4		RL		河
	avre, Laurent	-	- 1	RL		VE
	ehr, Hans	•	1	V	277	ZH ]
F	ehr, Hans-Jürg	,	†	s	5 1	SH
F	ehr, Jacqueline	-	1	s	-10	ZH
-	,		بالند			

αι	<b>J:</b> 12.06.2008 1	۷.,	50.4	+
]	Fehr, Mario	T=	s	ZH
	Fiala, Doris	+	RL	ZH
	Flückiger-Bäni, Sylvia	+	V	AG
	Fluri, Kurt	1	RL	so
	Föhn, Peter	=	V	SZ
	Français, Olivier	. *	RL.	VD
	Freysinger, Oskar	+	V	VS
	Frösch, Therese	E	G.	BE
3-2	Füglistaller, Lieni	*	V	AG
	Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
	Galladé, Chantal	=	S	ZH
	Geissbühler, Andrea Mai	+	V	BE
	Genner, Ruth	=	G	ZH
	Germanier, Jean-René	+	RL	VS
	Giezendanner, Ulrich	*	v	AG
	Gilli, Yvonne	Ī	G	SG
1	Girod, Bastien		G	ZH
	Glanzmann-Hunkeler, Id	*	CEg	LU
	Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
1	Glur, Walter	*	V	AG
1	Goll, Christine		Š	ZH
1	Graber, Jean-Pierre	+	V	BE
1	Graf, Maya	· *	G	BL
	Graf-Litscher, Edith	-	S	TG
	Grin, Jean-Pierre	+	٠ <u>٧</u>	VD
	Gross, Andreas	-	S	ZH
	Grunder, Hans	<b>-</b>	V	BE
	Gysin, Hans Rudolf	+	RL	BL
	Häberli-Koller, Brigitte	+	CEa	TG
	Haller, Ursula	+	V	BE
ŀ	Hämmerle, Andrea	*	S	GR
1	Hany, Urs	+	CEg	ZH.
	Hassler, Hansjörg	+	V.	GR
	Heer, Alfred	. **	V	ZH
	Heim, Bea	╗┪	S	SO
	Hiltpold, Hugues	7	RL	GE
	Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
	The Principle of the Bright Street Co. Co., Co.	-	G	GE
	Hodgers, Antonio	=	S	AG
	Hofmann, Urs	7	RL	UR
	Huber, Gabi	*	CEa	
	Humbel, Ruth	+	V	AG
H	lurter, Thomas	* 3		SH
Ľ	lutter, Jasmin	+	V	SG
H	lutter, Markus	-	RL	ZH
	neichen, Otto	+	RL V	LU
	loder, Rudolf	*		BE.
	lohn-Calame, Francine	-	G	NE
	lositsch, Daniel	=	S	ZH
	Kaufmann, Hans	+	<u>v</u>	ZH
Ľ	Gener Nellen, Margret	=	S	BE

	经基本 化氯化氯化氯化 医二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二	1.0	5.9	
	Killer, Hans	*	٧.	AG
Ì,	Kleiner, Marianne	*	RL	AR
ï	Kunz, Josef	+	V	LU
'n	Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
1	Lang, Josef	=	G	ZG
i	Leuenberger, Ueli	=	G	GE
	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
	Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
	Levrat, Christian	=	S	FR
	Loepfe, Arthur	+	CEg	Al
	Lumengo, Ricardo	=	S	BE
	Lüscher, Christian	+	RL	GE
1	Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU .
	Malama, Peter	+	RL	BS
1	Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
1	Marra, Ada	*	S	VD
	Marti, Wemer	=	S	GL
	Maurer, Ueli .	*	٧	ZH
١	Meier-Schatz, Lucrezia	*	CEg	SG
	Messmer, Wemer	+	RL	TG
[	Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
1	Miesch, Christian	+	\ <b>V</b> .	BL
	Moret, Isabelle	+	RL	VD
[	Mörgeli, Christoph	+	٧	ZH
	Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
	Müller, Geri	*	G	AG
	Müller, Philipp	+	RL	AG
l	Müller, Thomas	+	CEg	SG
L	Müller, Walter	+	RL	SG
1	Müri, Felix	*	٧.	LU
L	Neirynck, Jacques	*	CEg	_VD_
	Nidegger, Yves	+	V	GE
	Nordmann, Roger	*	S	VD
	Noser, Ruedi	+	RL	ZH
	Nussbaumer, Eric	*	S	BL
	Parmelin, Guy	*	V	VD
	Pedrina, Fabio	=	S	TI
_	Pelli, Fulvio	+1	RL	TI.
	Perrin, Yvan	+	<u> </u>	NË
	Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
	Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
L	Pfister, Theophil	+	V	SG
1	Rechsteiner, Paul	*	S	SG
U	Rechsteiner, Rudolf	=	S	BS
	Reimann, Lukas	+	V	SG
	Rennwald, Jean-Claude	=	S	JU
	Reymond, André	+	V	GE
	Rickli, Natalie	+	V	ZH
	Rielle, Jean-Charles	=	s	GE
Ŀ	Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
		Visid	# 19 (Per s)	

Spuhler, Peter         *         V         TG           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         VD           Veillon, Pierre-François         *         V         VD           Vischer, Daniel         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           Voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christi				77.50
Robbiani, Meinrado	Rime, Jean-François	*	V	FR
Rossini, Stéphane	Robbiani, Meinrado	+		7 7 7
Roth-Bernasconi, Maria		=		
Ruey, Claude         *         RL         VD           Rutschmann, Hans         +         V         ZH           Schelbert, Louis         =         G         LU           Schenk, Simon         +         V         BE           Schenker, Silvia         =         S         BS           Schenker, Marcel         +         V         ZG           Schibli, Ernst         *         V         ZH           Schmid-Federer, Barbar         +         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         VS           Schrieder, Johann N.         +         RL         BE           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Staint, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert,		=	4.5 3.5 2.5	GE
Rutschmann, Hans         +         V         ZH           Schelbert, Louis         =         G         LU           Schenker, Silvia         =         S         BS           Schenker, Silvia         =         S         BS           Scherer, Marcel         +         V         ZG           Schibli, Ermst         +         CEg         VS         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         VS         Schmidt, Roberto         *         CEg         VS         Schnieder, Johann N.         +         RL         BE         Schwander, Pirmin         +         V         SZ         Segmüller, Pius         +         CEg         LU         Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         LU         Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI         Sommaruga, Carlo         *         S         GE         Spuhler, Peter         *         V         TG         Stanl, Jürg         *         V         ZH         Stamm, Luzi         +         V         ZH         Stamm, Luzi         +		*	4	
Schelbert, Louis         =         G         LU           Schenk, Simon         +         V         BE           Schenker, Silvia         =         S         BS           Schenker, Marcel         +         V         ZH           Schibil, Emst         *         V         ZH           Schmid-Federer, Barbar         +         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         ZH           Schwander, Pirmin         +         V Eg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         ZH		+	1.5000	
Schenk, Simon         +         V         BE           Schenker, Silvia         =         S         BS           Schenker, Silvia         =         S         BS           Schenker, Marcel         +         V         ZH           Schibli, Ermst         *         V         ZH           Schmid-Federer, Barbar         +         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         LU           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spubller, Peter         *         V         ZH           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Sta		=	G	LU
Schenker, Silvia         =         S         BS           Scherer, Marcel         +         V         ZG           Schibil, Emst         *         V         ZH           Schmid-Federer, Barbar         +         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         ZH           Schnieder, Johann N.         +         RL         BE           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steleirt, Jean-François         =         S         FR           Steleirt, Jean-François         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         AG <td< td=""><td>Schenk Simon</td><td>+</td><td>V</td><td>BE</td></td<>	Schenk Simon	+	V	BE
Scherer, Marcel         +         V         ZG           Schibli, Emst         *         V         ZH           Schmid-Federer, Barbar         +         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         VS           Schmidter, Johann N.         +         RL         BE           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steleirt, Jean-François         -         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georg	Schenker, Silvia	=	S	V 10,000
Schibli, Emst         *         V         ZH           Schmid-Federer, Barbar         +         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         VS           Schmidt, Roberto         *         CEg         VS           Schmidt, Poberto         +         RL         BE           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         TI           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöcklir, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         BE           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Veill		+		
Schmid-Federer, Barbar         +         CEg         ZH           Schmidt, Roberto         *         CEg         VS           Schmidt, Roberto         *         CEg         VS           Schmidter, Johann N.         +         RL         BE           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         TU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TU           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Stall, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Storent, Joris         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         BE           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Tipione	and the second s	*	V	
Schmidt, Roberto         *         CEg         VS           Schreider, Johann N.         +         RL         BE           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Stall, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stockli, Hans         =         S         BE           Stockli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Voillon, Pierre-Fran		+	CEa	
Schneider, Johann N.         +         RL         BE           Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanel, Anita         +         RL         U           Theiler, Georges         +         RL         U           Thorens Goumaz, Adèle         -         G         LU           Tinponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         ZH           von Rotz,				
Schwander, Pirmin         +         V         SZ           Segmüller, Pius         +         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         ZH           Spuhler, Peter         *         V         ZH           Stanin, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VE           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         SZ           van Singer, Ch		+		
Segmüller, Pius         +         CEg         LU           Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         ZH           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thainei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Teschümperlin, Andy         =         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         VD           Vischer, Daniel         =         G         VD           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Sieben	Schwander, Pirmin			
Simoneschi-Cortesi, Chi         *         CEg         TI           Sommaruga, Carlo         *         S         GE           Spuhler, Peter         *         V         TG           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Steiert, Jean-François         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         S         SZ           Van Singer, Christian         =         G         VD           Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Rotz, Christoph         +         V         OW		+		10 A A
Sommaruga, Carlo	Simoneschi-Cortesi, Chi	*		20.00
Spuhler, Peter         *         V         TG           Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöcklit, Hans         =         S         BE           Stürmp, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         -         S         S         S           Van Singer, Christian         =         G         VD           Voillon, Pierre-François         *         V         VD           Voin Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Rotz, Christian         +         V         BE           Waber, Christian         +         V         BE      <	Sommaruga, Carlo			GE
Stahl, Jürg         *         V         ZH           Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stürmp, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         S         S           Van Singer, Christian         =         G         VD           Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           Waber, Christian         +         V         TG           Waber, Christian         +         V         TG		*		TG
Stamm, Luzi         +         V         AG           Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         VD         VD           Veillon, Pierre-François         *         V         VD         VV           Vischer, Daniel         =         G         ZH         VO         VV           Von Graffenried, Alec         =         G         BE         VO         VV         W         BE         VO         W         BE         VO         W         BE         VO         W         BE         VD <td></td> <td>*</td> <td>٧</td> <td></td>		*	٧	
Steiert, Jean-François         =         S         FR           Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         VD           Veillon, Pierre-François         *         V         VD           Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Rotz, Christian         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         DW           von Siebenthal, Erich         +         V         DW           Waber, Christian         *         -         BE           Waller, Hansiörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE		+	٧	AG
Stöckli, Hans         =         S         BE           Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Thorens Goumaz, Adèle         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         VD           Veillon, Pierre-François         *         V         VD           Vischer, Daniel         =         G         BE           von Rotz, Christian         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         DE           Wornz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansiorg         +         V         TG           Waiter, Hans         +         CEg         ZH	Steiert, Jean-François	=	S	FR
Stump, Doris         =         S         AG           Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         VD           Veillon, Pierre-François         *         V         VD           Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           Vonuz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Waber, Christian         *         -         BE           Waber, Christian         +         V         BE <td>Stöckli, Hans</td> <td>=</td> <td></td> <td>Acres 1977</td>	Stöckli, Hans	=		Acres 1977
Teuscher, Franziska         =         G         BE           Thanei, Anita         =         S         ZH           Theiler, Georges         +         RL         LU           Thorens Goumaz, Adèle         =         G         VD           Iriponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S         SZ           van Singer, Christian         =         G         VD           Veillon, Pierre-François         *         V         VD           Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Rotz, Christoph         +         V         BE           voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansiörg         +         V         TG           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Wobmann, Walter         +         V         SO	Stump, Doris	=		AG
Thanei, Anita	Teuscher, Franziska	=	G	BE
Theiler, Georges		=	S	
Thorens Goumaz, Adèle		+	RL	LU
Triponez, Pierre         +         RL         BE           Tschümperlin, Andy         =         S * SZ           Van Singer, Christian         =         G VD           Veillon, Pierre-François         * V VD           Vischer, Daniel         =         G ZH           von Graffenried, Alec         =         G BE           von Rotz, Christoph         + V BE           vonzi, Eric         * S VD           Waber, Christian         * - BE           Walter, Hansjörg         + V TG           Wasserfallen, Christian         + RL         BE           Webrit, Reto         + CEg SZ           Weibel, Thomas         + CEg ZH           Widmer, Hans         = S LU           Wobmann, Walter         + V SO           Myss, Brigit         = G SO           Vyss, Ursula         = S BE           Zemp, Markus         * CEg AG           Zisyadis, Josef         = G VD	Thorens Goumaz, Adèle	=	G	VD
Tschümperlin, Andy		+	RL	BE
van Singer, Christian         =         G         VD           Veillon, Pierre-François         *         V         VD           Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansjörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wesperfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Wobmann, Walter         +         V         SO           Wyss, Brigit         =         G         SO           Wyss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Tschümperlin, Andy	=	S*	SZ
Veillon, Pierre-François         *         V         VD           Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansiorg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Wyss, Brigit         =         G         SO           Wyss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	van Singer, Christian	Ħ	G	VD
Vischer, Daniel         =         G         ZH           von Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           Voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansfürg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Veillon, Pierre-François	*	Ý	VD
von Graffenried, Alec         =         G         BE           von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           Voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansiörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wesserfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Wyss, Brigit         =         G         SO           Wyss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Vischer, Daniel	=	G	ZH
von Rotz, Christoph         +         V         OW           von Siebenthal, Erich         +         V         BE           Voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansjörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Nobmann, Walter         +         V         SO           Wyss, Brigit         =         G         SO           Wyss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	von Graffenried, Alec	=		BE
von Siebenthal, Erich.         +         V         BE           Voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansjörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Nobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Wyss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	von Rotz, Christoph	+	V	OW
Voruz, Eric         *         S         VD           Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansjörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Wyss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	von Siebenthal, Erich		_ <b>V</b> _	BE
Waber, Christian         *         -         BE           Walter, Hansjörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Nobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Voruz, Eric		s	VD
Walter, Hansjörg         +         V         TG           Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Waber, Christian	*	•	BE
Wandfluh, Hansruedi         +         V         BE           Wasserfallen, Christian         +         RL         BE           Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Walter, Hansjörg	+	V]	TG
Wehrli, Reto         +         CEg         SZ           Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Widmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Wandfluh, Hansruedi	+		BE
Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Midmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Wasserfallen, Christian	+		
Weibel, Thomas         +         CEg         ZH           Midmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Wehrli, Reto	+	CEg	SZ
Midmer, Hans         =         S         LU           Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Wobmann, Walter         +         V         SO           Myss, Brigit         =         G         SO           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Nidmer, Hans	=	S	LU
Myss, Brigit         =         G         SO.           Myss, Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG.           Zisyadis, Josef         =         G         VD.	Nobmann, Walter	+	V	SO
Myss; Ursula         =         S         BE           Zemp, Markus         *         CEg         AG           Zisyadis, Josef         =         G         VD	Nyss, Brigit	=	G	so
Zemp, Markus * CEg AG Zisyadis, Josef = G VD	Wyss, Ursula	.=	S	BE
Zisyadis, Josef = G VD	Zemp, Markus	*	CEg	AG
Zuppiger, Bruno * V ZH		=	G	VD.
	Zuppiger, Bruno	*	V	ZH

			ges and district		. 1. CON - 1. A.	1,010,000		
	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	S	٧		Tot.
-	Ja / ou / si	23		29		41		93
=	Neiñ / non / no		17		33	1		51
0	Enth. / abst. / ast.		90 (1971) 86 (1971)					0
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	13	5	6	10	20	1	55
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la minorité I (Thanei)

#### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 206, al. 1 et Art. 208, al. 2bis

## **Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2008 12:51:58**

			44	٠.
Abate, Fabio	1	RL	TI	ġ.
Aebi, Andreas	=	- V	BE	
Aeschbacher, Ruedi	1	CE	z ZH	Ē
Allemann, Evi	4	S	BE	
Amacker-Amann, Kathri	n +	CE	BL	4
Amherd, Viola	] +			
Amstutz, Adrian	=		BE	
Aubert, Josiane	+	S	VD	
Baader, Caspar	1.	ν	BL	
Bader, Elvira	+	CEc	SO	
Baettig, Dominique	]=	V	JU	
Bänziger, Marlies	+	G	ZH	٦
Barthassat, Luc	+	CEg	GE	7
Baumann, J. Alexander	*	٧		٦
Bäumle, Martin	+	CEg		7
Berberat, Didier	+	S	NE	٦
Bigger, Elmar	=	٧	SG	1
Bignasca, Attilio	*	V	TI	٦
Binder, Max	*	V	ZH	٦
Bischof, Pirmin	*	CEg	SO	٦
Borer, Roland F.	*	V	SO	٦
Bortoluzzi, Toni	*	V	ZH	٦
Bourgeois, Jacques	+	RL	FR	٦
Brélaz, Daniel	*	G	VD	1
Bruderer, Pascale	+	s	AG	7
Brunner, Toni	=	٧	SG	1
Brunschwig Graf, Martin	+	RL	GE	1
Büchler, Jakob	+	CEg		1
Bugnon, André	#	V	VD	1
Carobbio Guscetti, Marin	+	s	TI	1
Cassis, Ignazio	*	RL	TI	1
Cathomas, Sep	*	CEq	GR	1
Caviezel, Tarzisius	+	RL	GR	1
Chevrier, Maurice	*	CEg	VS	1
Daguet, André	*	S	BE	1
Darbellay, Christophe	*	CEg	VS	1
de Buman, Dominique	*	CEg	FR	1
Donzé, Walter	+	CEg	BE	1
Dunant, Jean Henri	*	V	BS	1
Egger-Wyss, Esther	+	CEg	AG	1
Eichenberger-Walther, C	+	RL.	AG	ı
Engelberger, Edi	*	RL	NW	١
Estermann, Yvette	=	V	LU	1
Fasel, Hugo	*	G	FR	
Fässler-Osterwalder, Hid	+	S	SG	
Favre, Charles	*	RL	VD	
Favre, Laurent	+	RL	NE	
Fehr, Hans	*	V	ZH	
Fehr, Hans-Jürg	*	S	SH	١.
Fehr. Jacqueline	+	S	7H	

		4.7			医医直囊 化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化二氯化			
	+	RL	TI	7	Fehr, Mario	+	s	ZH
	=	V	BE	]	Fiala, Doris	*	RL	ZH
- 1	+	CEg	ZH	]	Flückiger-Bäni, Sylvia	=	V	AG
	+	S	BE	]	Fluri, Kurt	+	RL	SO
hri	+	CEg	BL		Föhn, Peter	*	V	SZ
ġ.	+	CEg	vs	]	Français, Olivier	*	RL	VD
- 1	=			]	Freysinger, Oskar	+	ν.	VS
	+	S	VD	]	Frösch, Therese	+	G	BE
	*	V	BL	]	Füglistaller, Lieni	=	V	AG
3	+	CEg	SO	]	Gadient, Brigitta M.	+	V	GR
	=	V	JU	]	Galladé, Chantal	+	S	ZH
	+	G	ZH	Į	Geissbühler, Andrea Mai		V	BE
	+	CEg	GE	1.	Genner, Ruth	+	G	ZH
er_	*	V	TG	]	Germanier, Jean-René	+	RL	VS
	+	CEg	ZH		Giezendanner, Ulrich	*	V	AG
	+	S	NE	2	Gilli, Yvonne	+	G	SG
2	=	V.	SG		Girod, Bastien	+	G	ZH
1	*	V	TI		Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEg	LU
	*	V	ZH		Glauser-Zufferey, Alice	=	V	VD
نا	*	CEg	SO		Glur, Walter	*	٧	AG
	*	V	SO		Goll, Christine	+	S	ZH
	*	V	ZH		Graber, Jean-Pierre	=	V	BE
	+	RL	FR		Graf, Maya	+	G	BL
	*	G	VD		Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
_	+	S	AG		Grin, Jean-Pierre	=	V	VD
٤	=	V	SG	4	Gross, Andreas	+	S	ZH
<u>in</u>	+	RL	GE		Grunder, Hans	+	٧	BE
	+	CEg	SG		Gysin, Hans Rudolf	+	RL	BL
	#	V	VD		Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	T.G
rin	+	S	TL		Haller, Ursula	+	٧	BE
	*	RL	TI	١.	Hämmerle, Andrea	* .	S	GR
	*	CEg	GR		Hany, Urs	*	CEg	ZH
_	+	RL	GR	4	Hassler, Hansjörg	+	<u>V</u>	GR
	*	CEg	VS		Heer, Alfred	*	V	ZH
	*	S	BE		Heim, Bea	+	S	SO
_	*	CEg	_vs_	2	Hiltpold, Hugues	+	RL	GE
_	*	CEg	FR		Hochreutener, Norbert	*	CEg	BE
1.2	+	CEg	BE		Hodgers, Antonio	+	G	GE
4	*	V	BS		Hofmann, Urs	+	S	AG
_	+	CEg	AG		Huber, Gabi	+	RL	UR
잌	+	RL	AG		Humbel, Ruth	+	CEg	AG
4	*	RL	NW		Hurter, Thomas	=	<u> </u>	SH
4	=	<u> </u>	LU		Hutter, Jasmin	*	V	SG
4	*	_G	FR		Hutter, Markus	+	RL	ZH
d	+	S	SG		Ineichen, Otto	*	RL	LU
4	*	RL	VD		Joder, Rudolf	*	<u> </u>	BE.
4	+	RL	NE	1	John-Calame, Francine	+	G	NE
4	*	_V	ZH		Jositsch, Daniel	+	S	ZH
4	*	S	SH		Kaufmann, Hans	=	V	ZH
Ļ	+	s	ZH	١L	Kiener Nellen, Margret	+	S	BE
			2.00		スカー・ステースとびない ようしょ (4) スカーデースター	-1-	200	

Killer, Hans	=	V	AG
Kleiner, Marianne	. *	RL	AR_
Kunz, Josef	*	٧	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS_
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer,	+	S	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	+	S	FR
Loepfe, Arthur	0	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	+	S	BE
Lüscher, Christian	0	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
Malama, Peter	+	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Wemer	+	S	GL
Maurer, Ueli	*	V	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	**	CEg	SG
Messmer, Werner	+	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
Miesch, Christian	=	٧	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	=	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	*	G	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	=	٧	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	VD
Nidegger, Yves	+	V	GE
Nordmann, Roger	*	S	VD
Noser, Ruedi	*	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	*	S	BL
Parmelin, Guy	*	V	VD
Pedrina, Fabio	+	S	_TI_
Pelli, Fulvio	+	RL	TI
Perrin, Yvan	=	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
Pfister, Theophil	=	V	SG
Rechsteiner, Paul	+	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	*	S	BS
Reimann, Lukas	=	٧	SG
Rennwald, Jean-Claude	+ \	S	JU
Reymond, André	= [	V	GE
Rickli, Natalie	= [	V	ZH
Rielle, Jean-Charles	*	Ş	GE
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
	-		

		23	<u> </u>
Rime, Jean-François	*	٧	FR
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	*	V	ZH
Schelbert, Louis	+	G	LU
Schenk, Simon	П	V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	*	V	ZG
Schibli, Ernst	*	V	ZH
Schmid-Federer, Barbar	÷	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	*	CEg	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	٠٧ -	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	+	CEg	ΤL
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	*	٧	TG
Stahl, Jürg	*	٧	ZH
Stamm, Luzi	=	٧	AG
Steiert, Jean-François	+	S	FR
Stöckli, Hans	+	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BÈ
Thanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD_
Triponez, Pierre	+	RL	BE
Tschümperlin, Andy	+	S	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	*	V	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	=	٧	OW
von Siebenthal, Erich	=	V	BE
Voruz, Eric	*	S	VD
Naber, Christian	*	•	BE
Walter, Hansjörg	=	٧	TG
Wandfluh, Hansruedi	*	٧	BE
Wasserfallen, Christian	+	RL	BE
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH
Nidmer, Hans	+	S	LU
Nobmann, Walter	=	V	SO
Wyss, Brigit	+	G	SO
Wyss, Ursula	+	S	BE
Zemp, Markus	*	CEg	AG
Zisyadis, Josef	+	G	VD
Zuppiger, Bruno	*	V	ZH
		_	

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G'	RL	s	٧	9	Tot.
+	Ja/oui/si	23	19	24	35	6		107
=	Nein / non / no					30		30
0	Enth. / abst. / ast.	1		1				2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato c	12	3	10	8	26	1	60
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Propositions Thanei

Rejet des propositions Thanei

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

#### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 195, al. 2 et 246, let. b, chiff. 0

#### Abstimmung vom / Vote du: 02.12.2008 10:50:59

			1 1 1 1 1 2 2 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1		
	Abate, Fabio	+	RL	TI	Fiala, Doris
	Aebi, Andreas	=	V	BE	Flückiger-Bäni, Sy
	Aeschbacher, Ruedi	+	CEg	ZH	Fluri, Kurt
	Allemann, Evi	+	S	BE	Föhn, Peter
	Amacker-Amann, Kathri	n +	CEg	BL	Français, Olivier
	Amherd, Viola	+	CEg	VS	Freysinger, Oskar
	Amstutz, Adrian	=	٧		Frösch, Therese
	Aubert, Josiane	+	S	VD	Füglistaller, Lieni
	Baader, Caspar	] =		BL	Gadient, Brigitta M
	Bader, Elvira	+	CEg		Galladé, Chantal
	Baettig, Dominique	=	V	JU	Geissbühler, Andr
	Bänziger, Marlies	+	G		Germanier, Jean-I
	Barthassat, Luc	+	CEg	GE	Giezendanner, Ulr
	Baumann, J. Alexander		V	TG	Gilli, Yvonne
	Bäumle, Martin	+	CEg	ZH	Girod, Bastien
	Berberat, Didier	+	S	NE	Glanzmann-Hunke
	Bigger, Elmar	=	V	SG	Glauser-Zufferey,
	Bignasca, Attilio	*	v	Ti	Glur, Walter
-:	Binder, Max	=	v	ZH	Goll, Christine
	Bischof, Pirmin	+			Graber, Jean-Pieri
• :	Borer, Roland F.	=	V	so	Graf, Maya
	Bortoluzzi, Toni	=	V	_	
	Bourgeois, Jacques	-	RL	ZH	Graf-Litscher, Editi
		*		FR.	Grin, Jean-Pierre
	Brélaz, Daniel	+	S	VD	Gross, Andreas
	Bruderer, Pascale	*		AG	Grunder, Hans
ı	Brunner, Toni	-	l V Ri	SG	Gysin, Hans Rudol
ı	Brunschwig Graf, Martin	-		GE	Häberli-Koller, Brig
l	Büchler, Jakob		CEg	SG	Haller, Ursula
I	Bugnon, André	=	<u>V</u>	VD_	Hämmerle, Andrea
Į	Carobbio Guscetti, Marin	+	S	TI.	Hany, Urs
Į	Cassis, Ignazio	*	RL	TI_	Hassler, Hansjörg
ŀ	Cathomas, Sep	+	CEg	GR	Heer, Alfred
ļ	Caviezel, Tarzisius	+	RL	GR	Heim, Bea
	Chevrier, Maurice	+	CEg	VS	Hiltpold, Hugues
	Daguet, André	+	S	BE	Hochreutener, Nort
	Darbellay, Christophe	+	CEg	VS	Hodgers, Antonio
	de Buman, Dominique	*	CEg	_FR_	Hofmann, Urs
	Donzé, Walter	+	CEg	BE	Huber, Gabi
	Dunant, Jean Henri	=	<u> V</u>	BS	Humbel, Ruth
	Egger-Wyss, Esther	*	CEg	AG	Hurter, Thomas
г	Eichenberger-Walther, C	+	RL	AG	Hutter, Jasmin
	Engelberger, Edi	=	RL	NW	Hutter, Markus
	Estermann, Yvette	=	<u> </u>	LU	Ineichen, Otto
Į	Fässler-Osterwalder, Hid	+	S	SG	Joder, Rudolf
	Favre, Charles	=	RL	VD	John-Calame, Fran
	Favre, Laurent	=	RL	NE	Jositsch, Daniel
		(≟)	V	ZH	Kaufmann, Hans
		+	S	SH	Kiener Nellen, Marg
Ī	ehr, Jacqueline	+	S	ZH	Killer, Hans
	ehr, Mario	Ŧ	S	ZH	Kleiner, Marianne
_		100	A Section	7.54	CONTRACTORS SEATERS

Fiala, Doris	I	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	=	V	AG
Fluri, Kurt	1 +	RL	SO
Föhn, Peter	=	· V	SZ
Français, Olivier	=	RL	VD
Freysinger, Oskar	=	LV	VS
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	V	AG
Gadient, Brigitta M.	+	2	GR
Galladé, Chantal	+	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	r =	Ι ν	BE
Germanier, Jean-René	+	LRL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	L V	AG
Gilli, Yvonne	+	G	SG
Girod, Bastien	]*	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEg	LU
Glauser-Zufferey, Alice	1 =	V	VD
Glur, Walter	*	٧	AG
Goll, Christine	+	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	*	V	BE
Graf, Maya	+	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
Grin, Jean-Pierre	=	V	VD
Gross, Andreas	+	S	ZH
Grunder, Hans	+		BE
Gysin, Hans Rudolf		RL.	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	1 2 2 2	
Haller, Ursula	+	- 1	BE
Hämmerle, Andrea	+	S	GR
Hany, Urs	+	CEq	ZH
Hassler, Hansjörg	+		GR
Heer, Alfred	=	٧	ZH
Heim, Bea	+	S	so
Hiltpold, Hugues	=	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi	=	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	*	V	SH
Hutter, Jasmin	=	V	SG
Hutter, Markus	=	RL	ZH
Ineichen, Otto	+	RL	LU
Joder, Rudolf	=	V	BE
John-Calame, Francine	+	G	NE
Jositsch, Daniel	+	S	ZH
Kaufmann, Hans	=	V	ZH
Kiener Nellen, Margret	+	S	BE
Killer, Hans	/=	٧	AG
Kleiner Marianne	=	RI	AR

and the control of th		1, 175	1 1 1 1 1 1 1
Kunz, Josef	=	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer,	+	S	BL
Leutenegger, Filippo	=	RL	ZH
Levrat, Christian	+	S	FR
Loepfe, Arthur	0	CEq	Al
Lumengo, Ricardo	•	S	BE
Lüscher, Christian	=	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	*	CEq	LU
Malama, Peter	+	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Wemer	*	S	GL
Maurer, Ueli	_	v	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG
Messmer, Werner	100	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEq	FR
Miesch, Christian	-	V	BL
Moret, Isabelle	-	RL	VD
Mörgeli, Christoph		V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	+	G	AG
Müller, Philipp	-	RL	AG
Müller Thomas	+	-	SG
Müller, Thomas Müller, Walter	+	CEg RL	SG
Maini Colin	-	V	LU
Müri, Felix	-	CEq	VD
Neirynck, Jacques	*	V	GE
Nidegger, Yves	*	S	VD
Nordmann, Roger		RL.	ZH
Noser, Ruedi	-1	S	BL
Nussbaumer, Eric	+		
Parmelin, Guy	-	<u> </u>	VD
Pedrina, Fabio	+	S	<u> </u>
Pelli, Fulvio	+	RL	TI NE
Perrin, Yvan	=	V	
Perrinjaquet, Sylvie	극	RL	NE 7C
Pfister, Gerhard	0	CEg	ZG
Pfister, Theophil		<u> </u>	SG
Prelicz-Huber, Katharina	+	_G	ZH
Rechsteiner, Paul	+	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	+	S	BS
Reimann, Lukas	=	<u>V</u>	SG
Rennwald, Jean-Claude	+	S	JU
Reymond, André	=	V	GE
Rickli, Natalie	=	<u>V</u>	ZH
Rielle, Jean-Charles	+	S	GE \
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
Rime, Jean-François	=1	<u> </u>	FR
		<u> </u>	ы

<u>ing day display in the late of the second control of the late of </u>		<u> </u>	200
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	+	s	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	=	V	ZH
Schelbert, Louis	4	G	LU
Schenk, Simon	=	V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	=	V.	ZG
Schibli, Ernst	=	ν_	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	+.	CEg	VS
Schneider, Johann N.	*	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	V	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	#	CEg	ΤĬ
Sommaruga, Carlo	<b>.</b>	S	GE
Spuhler, Peter	=	٧	TG
Stahl, Jürg	=	V	ZH
Stamm, Luzi	=	V_	AG
Steiert, Jean-François	+	S	FR
Stöckli, Hans	*	S	BE
Stump, Doris	+	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BE
Thanei, Anita	+	S	ZH
Theiler, George's	= 1	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD .
Triponez, Pierre	Ξ	RL	BE
Tschümperlin, Andy	+	S	SZ
van Singer, Christian	+,	G	VD
Veillon, Pierre-François	=	V	VD
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	Ξ	V	OW
on Siebenthal, Erich	Ξ	V	BE
Voruz, Eric	+	S	VD
Naber, Christian	+	1	BE
Walter, Hansjörg		V	TG
Nandfluh, Hansruedi	=	٧	BE
Wasserfallen, Christian	=]	RL	BE
Weber-Gobet, Marie-Thé	+	G	FR
Wehrli, Reto	*	CEg	SZ
Veibel, Thomas	+	CEg	ZH
Widmer, Hans	+	S	LU
Wobmann, Walter	= [	٧	so
Wyss, Brigit	+	G	so
Nyss, Ursula	*	S	BE
Zemp, Markus	+	CEg	AG
isyadis, Josef	+	G	VD
Zuppiger, Bruno	آع	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	S	V		Tot.
+	Ja/oul/si	28	20	10	38		5	101
=	Nein / non / no			20		50		70
0	Enth. / abst. / ast.	2					194	2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	5	2	5	. 5	9		26
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes	1						1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité

Proposition de la minorité Schwander

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

## Gegenstand / Objet du vote:

Art. 223bis, 225 et 226

Abstimmung vom / Vote du: 02.12.2008 11:13:07

Abate, Fabio	+	RL	LTL
Aebi, Andreas	+	l V	BE
Aeschbacher, Ruedi	+	CEg	ZH
Allemann, Evi	=	S	BE
Amacker-Amann, Kathrin	+	CEg	BL
Amherd, Viola	+	CEg	VS
Amstutz, Adrian	+	V	BE
Aubert, Josiane	=	S	VD
Baader, Caspar	+	V	BL
Bader, Elvira	+	CEg	so
Baettig, Dominique	+	V	JU
Bänziger, Marlies	=	G	ZH
Barthassat, Luc	+	CEg	GE
Baumann, J. Alexander	+	V	TG
Bäumle, Martin	+	CEg	ZH
Berberat, Didier	=	S	NE
Bigger, Elmar	+	Ιv	SG
Bignasca, Attilio	*	V	TI
Binder, Max	4	V	ZH
Bischof, Pirmin	+	CEg	so
Borer, Roland F.	+	V	so
	+	V	ZH
Bortoluzzi, Toni Bourgeois, Jacques	+	RL	100 1 1
	- T		FR
Brélaz, Daniel	=	S	VD
Bruderer, Pascale	*	-	AG
Brunner, Toni	- ' '	V	SG
Brunschwig Graf, Martin	+	RL.	GE
Büchler, Jakob	+	CEg	SG
Bugnon, André	+	<u>V</u>	VD
Carobbio Guscetti, Marin	:= :*	S	T!
Cassis, Ignazio		RL	TL
Cathomas, Sep	+	CEg	GR
Caviezel, Tarzisius	+	RL	GR
Chevrier, Maurice	*	CEg	vs
Daguet, André	=	S	BE
Darbellay, Christophe	*	CEg	_vs_
do Barriari Dominiquo	*	CEg	FR
Donzé, Walter	+	CEg	BE
Dunant, Jean Henri	+	_ V	BS
	+	CEg	AG
	+	RL	AG
	+	RL	NW
Estermann, Yvette	+	v	LU
Fässler-Osterwalder, Hid	=	ၭ	SG
Favre; Charles	+	RL	VD
	+	RL	NE
	+	٧	ZH
Fehr, Hans-Jürg	=	S	SH
ehr, Jacqueline	=	S	ZH
ehr, Mario	*	S	ZH

1	100 200	
407	l RL	ZH
1	V	AG
1+	RL	SO
+	\ V	SZ
+	RL	VD
*	V	VS
=	G	BE
*	V	AG
+		GR
=	S	ZH
ır +	V	BE
+	RL	VS
*	V	AG
ΙΞ	G	SG
*	G	ZH
+	CEg	LU
+	V	VD
+	V	AG
=	S	ZH
*	J V	BE
=	G	BL
=	S	TG
+	l V	VD
=	S	ZH
+		BE
*	RL	BL
*	CEg	TG
+		BE
=	S	GR
+	CEg	ZH
+	-	GR
+	V	ZH
=	S_	SO
+	RL	GE
+	CEg	BE
=	G	GE
=	S	AG
+	RL	UR
+	CEg	AG
+	V	SH
+	٧	SG
+	RL	ZH
*	RL	LU
+	V	BE.
=	G	NE
		フロー
=	S	ZH
= +	ν	ZH
11 + 11 +	14 5 5 6 6	
		+ RL + V + RL - V - RL - V - RL - V - RL - V - RL - RL - CEg

Kunz, Josef	*	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	=	G	BS
Lang, Josef	=	G	ZG
Leuenberger, Ueli	=	G	GE
Leutenegger Oberholzer	*	S	BL
Leutenegger, Filippo	*	RL	ZH
Levrat, Christian	1=	S	FR
Loepfe, Arthur	*		Al
Lumengo, Ricardo	=	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
Malama, Peter	*	RL	BS
	+	RL	BE
Markwalder Bär, Christa	-		VD
Marra, Ada	*	<u>S</u> _	
Marti, Werner	نندا	l S V	GL
Maurer, Ueli	+		ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG
Messmer, Werner	+	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	*	CEg	FR
Miesch, Christian	+	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	+	<u> </u>	ZH
Moser, Tiana Angelina	L.	CEg	ZH
Müller, Geri Müller, Philipp	=	G	AG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	+	V	LU
Neirynck, Jacques	*	CEg	۷D
Nidegger, Yves	<b>/*</b> :	٧	GE
Nordmann, Roger	*	S	VD
Noser, Ruedi	+	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	=	S	BL
Parmelin, Guy	+	V	VD
Pedrina, Fabio	*	S	TI
Pelli, Fulvio		RL	TI
Perrin, Yvan	+	v	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
Pfister, Theophil	+	V	SG
Prelicz-Huber, Katharina	=	Ğ	ZH
Rechsteiner, Paul		S	SG
Rechsteiner, Rudolf		S	BS
Reimann, Lukas	•	v	SG
		S	JU
Rennwald, Jean-Claude	+	V	GE
Reymond, André			
Rickli, Natalie	+	<u>V</u>	ZH
Rielle, Jean-Charles	=	S	GE
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
Rime, Jean-François	+	<u> </u>	FR

在"更大"的"大"的"大","一","一","一","一"。	16.0	人名吉杰 电间点	20 0 2 5
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	=	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	*	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	+	V	ZH
Schelbert, Louis	=	G	LU
Schenk, Simon	+	V	BE
Schenker, Silvia	=	S	BS
Scherer, Marcel	+	V	ZG
Schibli, Emst	+	ν	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEg	ZH
Schmidt, Roberto	+	CEg	VS
Schneider, Johann N.	+	RL	BE
Schwander, Pirmin	+	ν	SZ
Segmüller, Pius	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	#	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	=	S	GE
Spuhler, Peter	4	V	TG
Stahl, Jürg	+	V	ZH
Stamm, Luzi	+	V	ÁĞ
Steiert, Jean-François	=	S	FR
Stöckli, Hans	*	S	BE
Stump, Doris	÷ = 1	S	AG
Teuscher, Franziska	=	Ğ.	BE
Thanei, Anita	2	S	ZH
Theiler, Georges	+	RL	LU
Thorens Goumaz, Adèle	=	G	VD.
riponez, Pierre	+	RL	BE
schümperlin, Andy	н	S	SZ
an Singer, Christian	=	G	VD
/eillon, Pierre₌François	+	٧	VD
/ischer, Daniel	=	G	ZH
on Graffenried, Alec	0	G	BE
on Rotz, Christoph	+	٧	OW
on Siebenthal, Erich	+	٧	BE
/oruz, Eric	=	S	VD.
Vaber, Christian	* .		BE
Valter, Hansjörg	+	٧	TG
Vandfluh, Hansruedi	+	Ÿ	BE
Vasserfallen, Christian	*	RL	BE
Veber-Gobet, Marie-Thé	Ξ	G	FR
Vehrli, Reto	+	CEg	SZ
Veibel, Thomas	+	CEg	ZH
Vidmer, Hans	<u>+</u>	S	LÜ
Vobmann, Walter	7	V	SO
Vyss, Brigit	-	G	so
Vvss. Ursula	*	S	BE
Vyss, Ursula emp, Markus	+	CEg	AG
isyadis, Josef	=	G	VD
uppiger, Bruno	+	v	ZH
appigor, erallo	لبني	3 7 3	<u> </u>

	Fraktion / Groupe / Gruppo   CEg   G   RL   S   V	T	Tot.
+	Ja / oui / si 27 28 5		4 107
	Nein / non / no 20 35		55
0	Enth. / abst. / ast.		1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato 8 1 9 8 .		1 36
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes 1		1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité

Kleiner, Marianne

Proposition de la minorité Vischer/Thanei

#### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

# Gegenstand / Objet du vote:

Art. 270a (et modification du droit en vigueur: 3. Code civile)

Abstimmung vom / Vote du: 02.12.2008 11:25:12

Abate, Fabio	T	*	RL	Ĭ,	TI	
Aebi, Andreas		=	٧		BE	
Aeschbacher, Ruedi		F	CEc		ZH	Ī
Allemann, Evi		-	S		BE	_
Amacker-Amann, Kathr	in -	ŀ	CEc		BL	7
Amherd, Viola	١,	F	CEg		VS	
Amstutz, Adrian	-		V	٦	BE	7
Aubert, Josiane	١,	-	S		VD	ī
Baader, Caspar	-	П	٧	1	BL	-
Bader, Elvira	1		CEg		SO	7
Baettig, Dominique	1:		٧		JU	7
Bänziger, Marlies	١,	. 1	G	1	ZH	7
Barthassat, Luc	1	.	CEg	1	GE	
Baumann, J. Alexander		1	V	1	TG	7
Bäumle, Martin	*	1	CEg	1	ZH	3
Berberat, Didier	*	1	S	1	NE	-
Bigger, Elmar	*	1	v	1	SG	÷
Bignasca, Attilio	*	1	v	1	TI	-
Binder, Max	1=	1	V	1	ZH	÷
Bischof, Pirmin	+	-	CEg	1	so	i
Borer, Roland F.	1=	-+-	V	Ť	so	-
Bortoluzzi, Toni	1=	+	v	t	ZH	-
Bourgeois, Jacques	=	+	RL	+	FR	-
Brélaz, Daniel	1	$^{+}$	G	t	VD	-
Bruderer, Pascale	+	+	S	+	AG	-
Brunner, Toni	*	+	٧	+	SG	4
Brunschwig Graf, Martin	1=	1	RL	t	GE	
Büchler, Jakob	*	+	CEg	t	200	-
Bugnon, André	-	+	V	t	VD	-
Carobbio Guscetti, Marin	+	t	Š	t	TI	1
Cassis, Ignazio	*	t	RL	t	TI	1
Cathomas, Sep	1	+	CEa	+-	GR	1
Caviezel, Tarzisius	=	+	RL	•		ł
Chevrier, Maurice	+	t	CEg		GR_ VS	1
Daguet, André	+	۲	S		BE	1
Darbellay, Christophe	+	+	CEg		VS	ł
de Buman, Dominique	*		CEg		FR	١
Donzé, Walter	+		CEg	-	BE	I
Dunant, Jean Henri	=	۲	V	•	BS	ĺ
Egger-Wyss, Esther	+	H	CEg	_	AG	Ì
Eichenberger-Walther, C	=		RL		AG	l
	*	H	RL	1.5		Į
Engelberger, Edi Estermann, Yvette	=	-	V		<u>w</u>	l
	+		S		LU SG	ļ.
Fässler-Osterwalder, Hid		-		-		ľ
Favre, Charles	= 1 2 2 3	-	RL_		VD.	ŀ
Favre, Laurent	*	ŀ	RL V		VE.	ŀ
Fehr, Hans	100	1	-		ZH	i
Fehr, Hans-Jürg	+	L	S		SH	
Fehr, Jacqueline	+	Ļ	S	_	ZH	
Fehr Mario	+	1.3	S	2	ZH	,

"' YT' 'T' TYY			_
Fiala, Doris	=	RL	Zŀ
Flückiger-Bäni, Sylvia	Ξ	V	AC
Fluri, Kurt	=	RL	SC
Föhn, Peter	=	V	SZ
Français, Olivier	=	RL	VD
Freysinger, Oskar	=	V	VS
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	*	V	AG
Gadient, Brigitta M.	+		GR
Galladé, Chantal	+	S	ZH
Geissbühler, Andrea Ma	ır =	V	BE
Germanier, Jean-René	=	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	1=	V	AG
Gilli, Yvonne	1+	Ğ	SG
Girod, Bastien	*	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	i	CEg	1.00
Glauser-Zufferey, Alice	1=	V	VD
Glur, Walter	*	· v	AG
Goll, Christine	+	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	1	V	BE
Graf, Maya	+	G	BL
Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
Grin, Jean-Pierre	-	V	
	+	S	VD   ZH
Gross, Andreas	17	<del></del>	
Grunder, Hans	T .	DI.	BE BL
Gysin, Hans Rudolf	-	RL	-
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	-	BE
Hämmerle, Andrea	+	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+		GR
Heer, Alfred	౼	V	ZH
Heim, Bea	+	S	SO
Hiltpold, Hugues	=	RL	GE
Hochreutener, Norbert	0	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	*	<u>s</u>	AG
Huber, Gabi	=	RL	UR
Humbel, Ruth	0	_CEg	AG
Hurter, Thomas	=	V	SH
Hutter, Jasmin	=	<u> V</u>	SG
Hutter, Markus	=	RL	ZH
Ineichen, Otto	ا=ا	RL	LU
Joder, Rudolf	=	V	BE
John-Calame, Francine	+	G	NE
Jositsch, Daniel	+	S	ZH
Kaufmann, Hans	= ]	ν	ZH
Kiener Nellen, Margret	*	S	BE
Killer, Hans	=	٧	AG

Kunz, Josef	*	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer,	+	S	BL
Leutenegger, Filippo	¥	RL	ZH
Levrat, Christian	+	S	FR
Loepfe, Arthur	=	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	+>	S	BE
Lüscher, Christian	0	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	=	CEa	LU
Malama, Peter	*	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	=	RL	BE
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Werner	+	S	GL
Maurer, Ueli	=	٧	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG
Messmer, Wemer	=	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
Miesch, Christian	7=0	ν	BL
Moret, Isabelle	ī	RL	VD
Mörgeli, Christoph	=	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	+	G	AG
Müller, Philipp	=	RL	AG
Müller, Thomas	_	CEq	SG
Müller, Walter	_	RL	SG
Müri, Felix		V	LU
Neirynck, Jacques	7	CEg	VD
Nidegger, Yves	•	V	GE
Nordmann, Roger	+	s	VD
Noser, Ruedi	*	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	+	S	BL
Parmelin, Guy	*	v	VD
Pedrina, Fabio	*	S	Ť
Pelli, Fulvio	*	RL	Ti l
Perrin, Yvan	_1	v	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
Pfister, Gerhard	<u>_</u> †	CEg	ZG
Pfister, Theophil	-	V	SG
Prelicz-Huber, Katharina	<del>-</del>	Ğ	ZH
Rechsteiner, Paul	+	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	*	S	BS
Reimann, Lukas	*	v	SG
Rennwald, Jean-Claude	*	S	JU
A Company of the Comp	_	V	GE
Reymond, André	=+	V	ZH
Rickli, Natalie - Rielle, Jean-Charles	-	s	GE
Diblin Kothy	÷	CEg	ZH
Riklin, Kathy	*	V I	FR
Rime, Jean-François	لــــــــــــــــــــــــــــــــــــــ	V	FIV.

<u> , m 25 , m , b , b t                          </u>			900
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI
Rossini, Stéphane	+	S	VS
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE
Ruey, Claude	*	RL	VD
Rutschmann, Hans	=	٧	ZH
Schelbert, Louis	+	G	LU
Schenk, Simon	7 <u>-</u>	V	BE
Schenker, Silvia	+	S	BS
Scherer, Marcel	=	V	ZG
Schibli, Emst	=	v	ZH
Schmid-Federer, Barbar	+	CEq	ZH
Schmidt, Roberto		CEg	VS
Schneider, Johann N.	=	RL	BE
Schwander, Pirmin	=	V	SZ
Segmüller, Plus	+	CEg	LU
Simoneschi-Cortesi, Chi	#	CEg	TI
Sommaruga, Carlo	+	S	GE
Spuhler, Peter	=	٧	TG
	=	7	ZH
Stahl, Jürg	-	V	AG
Stamm, Luzi	-	S	FR
Steiert, Jean-François	*	20 Ta 20 Ta	
Stöckli, Hans	+	S	BE
Stump, Doris	*	S	AG
Teuscher, Franziska	+	G	BE
Thanei, Anita	*	S	ZH
Theiler, Georges		_RL_	LU
Thorens Goumaz, Adèle	+	_G_	VD
Triponez, Pierre	=	RL	BE
Tschümperlin, Andy	+	<u>S</u>	SZ
van Singer, Christian	+	G	VD
Veillon, Pierre-François	*	<u>V</u>	VD_
Vischer, Daniel	+	G	ZH
von Graffenried, Alec	+	G	BE
von Rotz, Christoph	릐	<u> </u>	OW
von Siebenthal, Erich	=	V	BE
Voruz, Eric	+	S	VD
Waber, Christian	크	•	BE
Walter, Hansjörg	=	V	TG
Wandfluh, Hansruedi	=	V	BE
Wasserfallen, Christian	*	RL	BE
Neber-Gobet, Marie-Thé	+	G	FR
Nehrli, Reto	+	CEg	SZ
Neibel, Thomas	+	CEg	ZH
Nidmer, Hans	+	S	LU
Nobmann, Walter	=	ν	so
Wyss, Brigit	+	G	so
Myss, Ursula	+	S	BE
Zemp, Markus	Ξ.	CEg	AG,
zisyadis, Josef	*	G	VD
Zuppiger, Bruno	=	٧	ZH
			t. 1 Hg.

200	그 마다 그렇게 하는데 그 그게 그리고 하고 있는 경기 있다. 그 전에 가장 살아가셨습니다. 그 그리고 있다고 그렇게 하는데 하는데 하는데 하는데 하는데 하는데 하다.			<u>, 11 918. </u>	9 M. 1980			
	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	S	٧	-	Tot.
+	Ja/ou/si	23	19		35		4	81
=	Nein / non / no	6		23		46	1.	76
0	Enth. / abst. / ast.	2		1				3
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	4	3	11	8	13		39
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes	1						1

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Proposition de la majorité

Kleiner, Marianne

Bedeutung Nein / Signification de non:

Proposition de la minorité Schwander

Identif.: 48.6 / 02.12.2008 11:25:12

#### Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

#### Gegenstand / Objet du vote:

Art. 314

## Abstimmung vom / Vote du: 02.12.2008 11:40:13

	Abate, Fabio	*	RL	TI	] [Fi	ala, Doris
ė	Aebi, Andreas	T=	٧			ückiger-Bäni, S
	Aeschbacher, Ruedi	+	CEg	ZH		uri, Kurt
	Allemann, Evi	+		BE		hn, Peter
	Amacker-Amann, Kathri		CEq			ançais, Olivier
è,	Amherd, Viola	+	CEg			eysinger, Oska
	Amstutz, Adrian	=	Ιv	BE		ösch, Therese
	Aubert, Josiane	+	S	VD		glistaller, Lieni
	Baader, Caspar	*	V	BL		dient, Brigitta I
	Bader, Elvira	+	CEq	so		lladé, Chantal
	Baettig, Dominique	=	V	JU		eissbühler, And
	Bänziger, Marties	+	G	ZH		rmanier, Jean-
	Barthassat, Luc	+	CEq		1: [	ezendanner, U
	Baumann, J. Alexander	=	V	TG		li, Yvonne
	Bäumle, Martin	+	CEg			od, Bastien
	Berberat, Didier	+	s	NE		anzmann-Hunk
	Bigger, Elmar	=	V	SG		suser-Zufferey,
	Bignasca, Attilio	*	i v	TI		ur, Walter
	Binder, Max	=	v	ZH		II, Christine
	Bischof, Pirmin	+	CEg	so		aber, Jean-Piei
	Borer, Roland F.	*	V	so		af, Maya
	Bortoluzzi, Toni	=	v	ZH		af-Litscher, Edi
	Bourgeois, Jacques	=	RL	FR	100	n, Jean-Pierre
	Brélaz, Daniel	+	G	VD		oss, Andreas
	Bruderer, Pascale	+		AG	100	inder, Hans
	Brunner, Toni	*	v	SG		sin, Hans Rudo
	Brunschwig Graf, Martin		RL	GE		oerli-Koller, Bri
	Büchler, Jakob	+	CEg	SG		ler, Ursula
	Bugnon, André	-	V	VD		mmerle, Andre
	Carobbio Guscetti, Marin	+	Š	Ti		ny, Urs
	Cassis, Ignazio	*	RL	Ti		ssier, Hansjörg
	Cathomas, Sep	+	CEg	GR		er, Alfred
	Caviezel, Tarzisius	=	RL	GR		m, Bea
ĺ	Chevrier, Maurice	*	CEg	vs		pold, Hugues
i	Daguet, André	+	S	BE		A SECTION OF STREET
Ì	Darbellay, Christophe	+	CEg	VS		<u>chreutener, Noi</u>
ļ	de Buman, Dominique	*	A STREET, STRE	FR		lgers, Antonio
١	Donzé, Walter	+	CEg CEg	BE	A Color of	mann, Urs
ł	Dunant, Jean Henri	0	V	Control of the control		er, Gabi.
ŀ	Egger-Wyss, Esther	+	CEg	BS AG		nbel, Ruth
ŀ	Eichenberger-Walther, C	=	RL			ter, Thomas
r	Engelberger, Edi	=	RL	AG	Tull	er, Jasmin
	Estermann, Yvette	긝	V	NW		ter, Markus
г	The state of the s	_	V i	LU		chen, Otto
г	Fässler-Osterwalder, Hid	+	Š	SG		er, Rudolf
	Favre, Charles	=	RL	VD		n-Calame, Frai
	Favre, Laurent		RL	NE		tsch, Daniel
	Fehr, Hans	=	V	ZH		fmann, Hans
	Fehr, Hans-Jürg		S	SH		<u>ier Nellen, Mar</u>
	Fehr, Jacqueline	+	S	ZH		r, Hans
	Fehr, Mario	+	S	ZH ]	[Kleir	ner, Marianne

8 <u>34  </u> Po <u>rtuin 33  </u> Topologic			
Fiala, Doris	=	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	=	Ι, V	AG
Fluri, Kurt	=	RL	so
Föhn, Peter	=	] V	SZ
Français, Olivier	=	RL	VD
Freysinger, Oskar	=	TV	VS
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni		V	AG
Gadient, Brigitta M.	=		GR
Galladé, Chantal	*	s	ZH
Geissbühler, Andrea Mar	=	V.	BE
Germanier, Jean-René	=	RL	VS
Glezendanner, Ulrich	.=	٧	AG
Gilli, Yvonne	+	G	SG
Girod, Bastien	*	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEq	LU
Glauser-Zufferey, Alice	=	V	VD
Glur, Walter	=	V	AG
Goll, Christine	+	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	*	V	BE
Graf, Maya	+	Ġ	BL
Graf-Litscher, Edith	+	S	TG
Grin, Jean-Pierre	=	v	VD
Gross, Andreas	+	s	ZH
Grunder, Hans	=	2	BE
Gysin, Hans Rudolf	*	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	_		BE
Hämmerle, Andrea	+	S	GR
Hany, Urs	+.	CEg	ZH.
Hassler, Hansjörg	_	- OLG	GR
Heer, Alfred	_	V	ZH
Heim, Bea	+	Š	so
Hiltpold, Hugues	_	RL	GE
Hochreutener, Norbert	_	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
	+	s	AG
Huber, Gabi	_	RL	UR
Humbel, Ruth	*	CEg	AG
Hurter, Thomas	-	V	SH
Hutter Jacmin	7	V	SG
Hutter, Jasmin Hutter, Markus		RL	ZH
Ineichen, Otto	러	RL	LU
	_		
Joder, Rudolf	-	V	BE
	*	G	NE
Jositsch, Daniel		S V	ZH
Kaufmann, Hans	=	-	ZH
Kiener Nellen, Margret	_	S	BE
Killer, Hans	=	V	AG

	4 5	* o	1.0
Kunz, Josef	ΤΞ	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer	. +	S	BL
Leutenegger, Filippo	=	RL	ZH
Levrat, Christian	+	s	FR
Loepfe, Arthur	=	CEq	Al
Lumengo, Ricardo	+	S	BE
Lüscher, Christian	-	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	+	CEg	LU
Malama, Peter	=	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	=	RL	BE
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Werner	+	S	GL
Maurer, Ueli	*	Ιv	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG
Messmer, Werner	=	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
	=	V	BL
Miesch, Christian	-	RL	VD
Moret, Isabelle	=		ZH
Mörgeli, Christoph		\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	1
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri Müller, Philipp	+	G_	AG
Muller, Philipp	=	RL	AG
Müller, Thomas	+	CEg	SG
Müller, Walter	=	RL	SG
Müri, Felix	=	<u> V</u> _	LU
Neirynck, Jacques	+	CEg	VD
Nidegger, Yves	•	V_	GE
Nordmann, Roger	+	S	VD
Noser, Ruedi	=	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	*	S	BL
Parmelin, Guy	=	V	VD
Pedrina, Fabio	*	S	TI
Pelli, Fulvio	*	RL_	_T[_
Perrin, Yvan	=	V	NE
Perrinjaquet, Sylvie	*	RL	NE
Pfister, Gerhard	0	CEg	ZG
Pfister, Theophil	+	V	SG
Prelicz-Huber, Katharina	+	G	ZH
Rechsteiner, Paul	+	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	+	S	BS
Reimann, Lukas	=	V	SG
Rennwald, Jean-Claude	+	S	JU
Reymond, André	;≅;	V	GE
Rickli, Natalie	=	٧	ZH
Rielle, Jean-Charles	+	S	GE
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
Rime, Jean-François	=	V	FR
rano, ocur i runçolo	السا	¥ .	

	4, 52,		40 to 52	
Robbiani, Meinrado	+	CEg	TI	1
Rossini, Stéphane	+	S	VS	
Roth-Bernasconi, Maria	+	S	GE	1
Ruey, Claude	*	RL	VD	1
Rutschmann, Hans	=	V	ZH	1
Schelbert, Louis	+	G	LU	1
Schenk, Simon	=	V	BE	İ
Schenker, Silvia	+	S	BS	i
Scherer, Marcel	=	V	ZG	İ
Schibli, Ernst	=	٧	ZH	۱
Schmid-Federer, Barbar	+	CEq	ZH	١
Schmidt, Roberto	*	CEg	VS	İ
Schneider, Johann N.	=	RL	BE	ĺ
Schwander, Pirmin	=	٧	SZ	ĺ
Segmüller, Pius	+	CEg	LÜ	Ì
Simoneschi-Cortesi, Chi	#	CEq	Τĺ	ĺ
Sommaruga, Carlo	+	s	GE	ĺ
Spuhler, Peter	=	V	TG	ı
Stahl, Jürg	=	V	ZH	ļ
Stamm, Luzi	-	V.	AG	İ
Steiert, Jean-François	*	S	FR	ĺ
Stöckli, Hans	*	S	BE	ı
Stump, Doris	+	S	AG	İ
Teuscher, Franziska	+	G	BE	l
Thanel, Anita	+	S	ZH	ı
Theiler, Georges	1	RL	LU	ĺ
Thorens Goumaz, Adèle	+	G	VD.	ŀ
Triponez, Pierre	11	RL	BE	l
Tschümperlin, Andy	+	S	SZ	ŀ
van Singer, Christian	#	G	VD	ŀ
Veillon, Pierre-François	*	V	VD	
Vischer, Daniel	+	G	ZH	ŀ
von Graffenried, Alec	=	G	BE	Į.
von Rotz, Christoph	<b>.</b>	V	OW.	l
von Siebenthal, Erich	=	V	BE	
Voruz, Éric	+	S	VD	
Waber, Christian	=		BE	
Walter, Hansjörg	Ξ	<u> </u>	TG	
Wandfluh, Hansruedi	=	<u>V</u>	BE	
Wasserfallen, Christian	=	RL	BE	
Weber-Gobet, Marie-Thé	+	G	FR	
Wehrli, Reto	=	CEg	SZ	
Weibel, Thomas	+	CEg	ZH	
Widmer, Hans	+	S	LU	
Wobmann, Walter	=	V	SO	
Wyss, Brigit	+	G	SO	
Wyss, Ursula	+	S	BE	
Zemp, Markus	+	CEg	AG.	
Zisyadis, Josef	*	G	VD	
Zuppiger, Bruno	=1	<u> </u>	ZH	
andere not be access to the notice of the con-	100.00	22 / 1 · 10.		

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	S	V	ing a second	Tot.
+ Ja / oui / si		27	19		36	1		83
= Nein / non / no		3	. 1	29		47	5	85
o Enth. / abst. / ast.	(1955년 1955년 - 1955년 - 1955년 1955년 - 1957년 1952년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년 - 1957년	1		antigata Saya Sa		. 1		2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato		4	2	6	7.	10		29
# Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux vo	tes	1			9.1.6			1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la majorité Proposition de la minorité Fluri

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet

Schweizerische Zivilprozessordnung: Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO)

Code de procédure civile suisse: Code de procédure civile suisse (CPC)

#### Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 19.12.2008 08:38:09

Abate, Fabio	+	RL	TI	
Aebi, Andreas	1	·ΓV	BE	
Aeschbacher, Ruedi	T+	CEg	ZH	
Allemann, Evi	T+	S	BE	
Amacker-Amann, Kathri	n +	CEg	BL	-
Amherd, Viola	+			
Amstutz, Adrian	+		BE	
Aubert, Josiane	1	S	VD	
Baader, Caspar	1+		BL	7
Bader, Elvira	1+	CEq	so	
Baettig, Dominique	+		JU	
Bänziger, Marlies	+	G	ZH	7
Barthassat, Luc	+		GE	Ī
Baumann, J. Alexander	+	V	TG	
Bäumle, Martin	+		ZH	7
Berberat, Didier	+		NE	1
Bigger, Elmar	*	ĺν	SG	-
Bignasca, Attilio	+	v	TI	Ì
Binder, Max	+	Ϊ́ν	ZH	
Bischof, Pirmin	+	CEg	so	
Borer, Roland F.	+	V	so	1
Bortoluzzi, Toni	+	Ιv	ZH	1
Bourgeois, Jacques	4	RL	FR	1
Brélaz, Daniel	+	G	VD	1
Bruderer, Pascale	+	S	AG	1
Brunner, Toni	+	ΙŬ	SG	1
Brunschwig Graf, Martin	+	RL	GE	1
Büchler, Jakob	+	CEg	SG	١
Bugnon, André	+	V	VD	1
Carobbio Guscetti, Marin	+	S	TI	İ
Cassis, Ignazio	+	RL	TI	١
Cathomas, Sep	+	CEg	GR	ĺ
Caviezel, Tarzisius	+	RL	GR	ĺ
Chevrier, Maurice	+	CEg	vs	ĺ
Daguet, André	+	S	BE	l
Darbellay, Christophe	+	CEg	VS	١
de Buman, Dominique	+	CEq	FR	ľ
Donzé, Walter	+	CEg	BE	l
Dunant, Jean Henri	+	V	BS	Ì.
Egger-Wyss, Esther	+	CEg	AG	ľ
Eichenberger-Walther, C	+	RL	AG	l
Engelberger, Edi	+	RL	NW	l
Estermann, Yvette	+	v	LU	
Fässler-Osterwalder, Hid	+	s	SG	
Favre, Charles	+	RL	VD	5.  -
Favre, Laurent	+	RL	NE	
Fehr, Hans	*	V	ZH	٠,
Fehr, Hans-Jürg	+	s	SH	
Fehr, Jacqueline	+	S	ZH	
Fehr, Mario	+	S	ZH	
Con the control of th	232	<u> </u>	411)	

<u>,</u>	,		<u> </u>
Fiala, Doris	+	RL	ZH
Flückiger-Bäni, Sylvia	+	V	AG
Fluri, Kurt	+	RL	so
Föhn, Peter	+	V	SZ
Français, Olivier	*	RL	VD
Freysinger, Oskar	+	V	VS
Frösch, Therese	+	G	BE
Füglistaller, Lieni	+	V	AG
Gadient, Brigitta M.	+	] -	GR
Galladé, Chantal	+	S	ZH
Geissbühler, Andrea Mar	111	V	BE
Germanier, Jean-René	+	RL	VS
Giezendanner, Ulrich	*	LV.	AG
Gilli, Yvonne	+	G:	SG
Girod, Bastien	+	G	ZH
Glanzmann-Hunkeler, Id	+	CEg	LŲ
Glauser-Zufferey, Alice	+	V	VD
Glur, Walter	+	٧	AG
Goll, Christine	+	S	ZH
Graber, Jean-Pierre	÷	V	BE
Graf, Maya	+	_G	BL
Graf-Litscher, Edith	ŧ	S	TG
Grin, Jean-Pierre	+	V.	VD
Gross, Andreas	+	S	ZH
Grunder, Hans	•		BE
Gysin, Hans Rudolf	+	RL	BL
Häberli-Koller, Brigitte	+	CEg	TG
Haller, Ursula	+	3.3	BE
Hämmerle, Andrea	+	S	GR
Hany, Urs	+	CEg	ZH
Hassler, Hansjörg	+	•	GR
Heer, Alfred	+	<u>V.</u>	ZH
Heim, Bea	+	S	SO
Hiltpold, Hugues	+	RL	GE
Hochreutener, Norbert	+	CEg	BE
Hodgers, Antonio	+	G	GE
Hofmann, Urs	+	S	AG
Huber, Gabi	+	RL	UR
Humbel, Ruth	+	CEg	AG
Hurter, Thomas	+	<u> </u>	SH
Hutter, Jasmin	+	V	SG
Hutter, Markus	+	RL	ZH
Ineichen, Otto	+	RL	LU
Joder, Rudolf	+	<u> </u>	BE
John-Calame, Francine	+	G	NE
Jositsch, Daniel	+	<u>s</u>	ZH
Kaufmann, Hans	+	V	ZH
Kiener Nellen, Margret	+		BE
Killer, Hans	+	<u> V</u>	AG

Kleiner, Marianne

			<u> </u>
Kunz, Josef	+	V	LU
Lachenmeier-Thüring, A	+	G	BS
Lang, Josef	+	G	ZG
Leuenberger, Ueli	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leutenegger, Filippo	+	RL	ZH
Levrat, Christian	+	S	FR
Loepfe, Arthur	*	CEg	Al
Lumengo, Ricardo	+	S	BE
Lüscher, Christian	+	RL	GE
Lustenberger, Ruedi	<u>+</u>	CEg	LU
Malama, Peter	+	RL	BS
Markwalder Bär, Christa	+	RL	BE
Marra, Ada	+	S	VD
Marti, Werner	+	S	GL
Maurer, Ueli	*	ν	ZH
Meier-Schatz, Lucrezia	+	CEg	SG
Messmer, Wemer	7	RL	TG
Meyer-Kaelin, Thérèse	+	CEg	FR
Miesch, Christian	+	V	BL
Moret, Isabelle	+	RL	VD
Mörgeli, Christoph	*	V	ZH
Moser, Tiana Angelina	+	CEg	ZH
Müller, Geri	+	G	ĀG
Müller, Philipp	+	RL	AG
Müller, Thomas	*	CEg	SG
Müller, Walter	+	RL	SG
Müri, Felix	+	V	LU
Neirynck, Jacques	+	CEg	VD.
Nidegger, Yves	+	V	ĞE
Nordmann, Roger	+	S	VD
Noser, Ruedi	*	RL	ZH
Nussbaumer, Eric	+	S	BL
Parmelin, Guy	+	V	VD
Pedrina, Fabio	+	S	ΤĬ
Pelli, Fulvio	+	RL	Ti
Perrin, Yvan	+	V	NE
Perrinjaguet, Sylvie	+	RL	NE
Pfister, Gerhard	+	CEg	ZG
Pfister, Theophil	+	V	SG
Prelicz-Huber, Katharina	+	G	ZH
Rechsteiner, Paul	+	S	SG
Rechsteiner, Rudolf	+	S	BS
Reimann, Lukas	_	V	SG
Rennwald, Jean-Claude	-	S	10
Reymond, André	7	- V	GE
Rickli, Natalie	7	V	ZH
Rielle, Jean-Charles	7	S	GE
Riklin, Kathy	+	CEg	ZH
Rime, Jean-François	+	V LEG	FR
ramo, ocan-ciançois		V	117
문학자 회사 <u>회</u> 등 기본 기계 교육	Т	- [ - ]	14.7

+	CEg	TI	1
+	S	vs	1
+	S	GE	ŀ
0	RL	VD	ĺ
+	V	ZH	١
+	G		Ì
+	V		ŀ
+	S		١
_	111111111111111111111111111111111111111		ĺ
-			ŀ
_		* 435.5	ľ
_	0.000	10.77	١
_	1100	7	ľ
	and the second second	2 11 1000	1
2.75			l
	11 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	4 4	ŀ
-			ľ
			ŀ
-			1
_			l
	77		l
-		401 110	ŀ
	10 100	and the second second	l
+	G	BE	
+	S	ZH	
+	RL	LU	ŀ
+	G	VD	
+	RL	BE	ŀ
+	S	SZ	ŀ
+	G	VD	İ
+	٧		ŀ
+	G	ZH	ľ
		2	i
		10.00	
		200	ŀ
			ľ
.,			
-		7.00	1
		1 1 11 11 11	ŀ
-			
7.3			
27.0		12 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	ŀ
_	47.4 4 4 01		
-	127 1 1 27 1	20.000	ı
	S		
+	-	SO	
+	G	so	ŗ
+,	_ S _	BE	
+	CEg	AG	
+	G	VD	
+	V	ZH	
	400	T	
	++0++++++++++++++++++++++++++++++++++++	+ S + S 0 RL + V + G + V + S + V + CEG + CEG + CEG + V + V + V + S - CEG + RL + V + S - CEG + S - CEG + S - CEG	+   S   VS     +   S   GE     0   RL   VD     +   V   ZH     +   G   LU     +   V   ZH     +   CEg   ZH     +   CEg   ZH     +   CEg   ZH     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   LU     +   CEg   SE     +   CEg   SE     +   CEg   SE     +   CEg   SZ     +   CEg   SZ     +   CEg   SZ     +   CEg   SZ     +   CEg   SZ     +   CEg   SZ     +   CEg   SZ     +   CEg   SS

	그 하늘부터에 그 그는 사람들이 가는 것을 하는 것 같아. 그 사람들이 되는 것이 되었다면 보고 있다. 그는 사람들이 사람들이 되었다면 하는 것이 없는 것이 없는 것이다. 그는 것이 없는 것이 없는	to the first term of the		1 1000 1000 1	M. A.A. Tark.	1,22,350,700	200	
	Fraktion / Groupe / Gruppo	CEg	G	RL	s	V	2	Tot.
+	Ja / oul / si	33	22	32	42	54	4	187
=	Nein / non / no			A		. 1	1.4	7A.1
0	Enth. / abst. / ast.			1				1
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato	2	- 4,2	2	1	4	1	10
#	Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes	1						1

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non: